
32101 074689686





VI. JAHRGANG ▪ APRIL/MAI ▪ 1919 1./2. HEFT.

SÜDOST

BALKAN-REVUE

EINE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER: OTTMAR E. STRAUSS

ABONNEMENTSPREIS JÄHRLICH 24.— M.

BALKAN-VERLAG ▪ G. M. B. H.
BERLIN-FRIEDENAU ▪ MAYBACHPLATZ 18

VI. Jahrg	April/Mai 1919	Heft 1/2

Über die Aussichten des zukünftigen deutsch-bulgarischen Wirtschaftsverkehrs.

Von **Marcello Rogge-Berlin.**

Wir leben mitten in einer Zeit, in der man mit Recht die klassische Weisheit des Heraklit Panta rei („Alles fließt") im bekannten Börneschen Sinne: „Nichts ist dauernd als der Wechsel" zu erweitern vermag. Unmöglich ist es für uns, die allernächste Zukunft zu überblicken, noch viel weniger können wir auch nur eine annähernde Distanz zu den dereinstigen Verhältnissen finden, unter denen wir einmal wieder aufzubauen vermögen, was nach fast fünfjährigem Grauen des Weltkrieges und einer noch nicht abzuschätzenden langen Zeit nicht weniger furchtbarer innerer Zerrüttung und Zermürbung vom einst stolzragenden Bau der deutschen Volkswirtschaft noch übrig geblieben ist. —

Alles fließt. ... Scheint es da nicht vermessen, in völliger Unkenntnis, wohin uns der kataraktengleich dahinbrausende Strom dieser Zeit überhaupt noch treiben wird, schon heute über zukünftige Aussichten unseres Außenhandelsverkehrs Betrachtungen anzustellen? Es ist wahrlich selbst dem bisherigen Optimisten, bei dem die Wogen der Begeisterung besonders für die Balkan- und Orientländer oft über das erträgliche Maß hinauszugehen schienen, heute nicht mehr leicht, rosig in die Zukunft zu schauen. Unser Außenhandel mit dem gesamten Erdkreis liegt infolge des Krieges gänzlich darnieder und wird es ungeheuer schwer haben, es im Laufe der kommenden Jahrzehnte auch nur einiger-

maßen zur alten Geltung zu bringen. Dazu haben unsere Gegner in langwieriger, aber äußerst geschickter Weise es fertig gebracht, uns durch eine beispiellose Hetze gegen alles Deutsche, durch die berüchtigten schwarzen Listen, durch Handelsspionage und nicht zuletzt durch die furchtbaren wirtschaftlichen Bedrückungen des sich schier endlos dahinziehenden Waffenstillstandes noch für lange Zeit nach dem Kriege die Wiederanknüpfung der alten Beziehungen in unseren früheren Absatzgebieten, wenn auch wohl nicht ganz unmöglich zu machen, so doch in jeder Beziehung zu erschweren. Dennoch dürfen wir nicht verzweifeln und müssen vor allem jetzt mit allen nur verfügbaren Kräften daran gehen, so bald nur irgend möglich uns dort unsere Position wiederzugewinnen, wo nur immer die geringste Aussicht auf Erfolg zu winken scheint. Letzteres scheint aber aus verschiedenen noch näher zu erörternden Gründen besonders für unsere zukünftigen Beziehungen mit unserem einstigen Bundesgenossen Bulgarien der Fall zu sein. Hier sollten wir daher nicht unterlassen, schon jetzt alle Vorbereitungen zu treffen, um rechtzeitig gewappnet in den wirtschaftlichen Kampf eintreten zu können, der uns in näherer oder fernerer Zukunft gegenüber dort heute schon mit allen wirtschaftlichen Kampfmitteln arbeitenden Gegnern erwartet. Wir dürfen jedenfalls, noch bevor wir effektiv in diesen Kampf eintreten, an dieser Stelle ein nicht gering einzuschätzendes Aktivum für uns in Anspruch nehmen. Dieses Aktivum stellt zwischen die bis zum Herbst des vorigen Jahres durch rastlos, nicht immer und überall gleich geschickte, im allgemeinen aber, wie die Tatsachen bewiesen haben, doch erfolgreiche Arbeit der deutschen Handelsschaft überaus günstige Stellung dar, die die deutsche Wirtschaft in ihren sich immer mehr verknüpfenden Beziehungen zu Bulgarien eingenommen hat. Dagegen dürfen wir uns nicht verhehlen, daß wir uns heute politisch Bulgarien gegenüber in einer gerade im Gegensatz zu den damaligen glänzenden Verhältnissen doppelt bedauernswert traurigen Lage befinden, die sich besonders dadurch kennzeichnet, daß es unsern Gegnern tatsächlich bald nach Beginn unseres furchtbaren

inneren und äußeren Zusammenbruchs gelungen ist, uns völlig von unsern einstigen Kampfesgenossen und Freunden auf dem Balkan abzuschneiden und neben dem wirtschaftlichen Band, das vor allem die stolze Linie des völkerverbindenden Balkanzuges, wie das schimmernde von uns bereits zur recht leistungsfähigen Wasserstraße entwickelte und noch weiter auszubauende Strombett der Donau darstellte, auch alle geistigen und kulturellen Verbindungen zu trennen.

Dennoch konnte schon in den Novembertagen, in deren stürmischem Verlauf die Entwickelung der Weltlage auch noch nicht annähernd richtig beurteilt zu werden vermochte, von berufener Seite darauf hingewiesen werden, daß wir wohl nicht anzunehmen brauchten, daß alles das, was deutsche Kulturbestrebungen in den Jahres des Weltkrieges in Bulgarien geschaffen haben, nun mit einem Schlage erloschen wäre. Was deutsche Künstler, deutsche Gelehrten und Dichter, was ferner die Presse und nicht zuletzt die wachsende Verbreitung der deutschen Sprache den lerneifrigen und sprichwörtlich wißbegierigen Bulgaren an deutscher Kultur vermittelt haben, läßt sich in der Tat nicht so schnell wieder ausmerzen. Schon heute dürfen wir nach erfreulichen Mitteilungen im neutralen Auslande weilender Bulgaren, die in Verbindung mit ihrem Mutterlande zu bleiben vermochten, feststellen, daß die einst in den unglücklichen Oktobertagen des Vorjahres tatsächlich in nicht geringem Umfange im bulgarischen Volke sich bemerkbar machende Verbitterung, ja Gehässigkeit gegen ihre deutschen Verbündeten, nach und nach einer ganz anderen Stimmung Platz gemacht haben. Bulgarien befindet sich heute in einer geradezu furchtbaren Lage und wird von den Ententestaaten nicht besser behandelt, als wir, sodaß auch die Lebensverhältnisse in Bulgarien tatsächlich sich um keinen Deut gebessert haben, sogar als noch ungünstiger, als während des Krieges, bezeichnet werden müssen. Wir sehen hier nächst dem furchtbaren Beispiel des Geschickes Ungarns und unseres eigenen unglücklichen Vaterlandes, daß das uneingeschränkte und wehrlos ma-

maßen zur alten Geltung zu bringen. Dazu haben unsere Gegner in langwieriger, aber äußerst geschickter Weise es fertig gebracht, uns durch eine beispiellose Hetze gegen alles Deutsche, durch die berüchtigten schwarzen Listen, durch Handelsspionage und nicht zuletzt durch die furchtbaren wirtschaftlichen Bedrückungen des sich schier endlos dahinziehenden Waffenstillstandes noch für lange Zeit nach dem Kriege die Wiederanknüpfung der alten Beziehungen in unseren früheren Absatzgebieten, wenn auch wohl nicht ganz unmöglich zu machen, so doch in jeder Beziehung zu erschweren. Dennoch dürfen wir nicht verzweifeln und müssen vor allem jetzt mit allen nur verfügbaren Kräften daran gehen, so bald nur irgend möglich uns dort unsere Position wiederzugewinnen, wo nur immer die geringste Aussicht auf Erfolg zu winken scheint. Letzteres scheint aber aus verschiedenen noch näher zu erörternden Gründen besonders für unsere zukünftigen Beziehungen mit unserem einstigen Bundesgenossen Bulgarien der Fall zu sein. Hier sollten wir daher nicht unterlassen, schon jetzt alle Vorbereitungen zu treffen, um rechtzeitig gewappnet in den wirtschaftlichen Kampf eintreten zu können, der uns in näherer oder fernerer Zukunft gegenüber dort heute schon mit allen wirtschaftlichen Kampfmitteln arbeitenden Gegnern erwartet. Wir dürfen jedenfalls, noch bevor wir effektiv in diesen Kampf eintreten, an dieser Stelle ein nicht gering einzuschätzendes Aktivum für uns in Anspruch nehmen. Dieses Aktivum stellt zwischen die bis zum Herbst des vorigen Jahres durch rastlos, nicht immer und überall gleich geschickte, im allgemeinen aber, wie die Tatsachen bewiesen haben, doch erfolgreiche Arbeit der deutschen Handelsschaft überaus günstige Stellung dar, die die deutsche Wirtschaft in ihren sich immer mehr verknüpfenden Beziehungen zu Bulgarien eingenommen hat. Dagegen dürfen wir uns nicht verhehlen, daß wir uns heute politisch Bulgarien gegenüber in einer gerade im Gegensatz zu den damaligen glänzenden Verhältnissen doppelt bedauernswert traurigen Lage befinden, die sich besonders dadurch kennzeichnet, daß es unsern Gegnern tatsächlich bald nach Beginn unseres furchtbaren

inneren und äußeren Zusammenbruchs gelungen ist, uns völlig von unsern einstigen Kampfesgenossen und Freunden auf dem Balkan abzuschneiden und neben dem wirtschaftlichen Band, das vor allem die stolze Linie des völkerverbindenden Balkanzuges, wie das schimmernde von uns bereits zur recht leistungsfähigen Wasserstraße entwickelte und noch weiter auszubauende Strombett der Donau darstellte, auch alle geistigen und kulturellen Verbindungen zu trennen.

Dennoch konnte schon in den Novembertagen, in deren stürmischem Verlauf die Entwickelung der Weltlage auch noch nicht annähernd richtig beurteilt zu werden vermochte, von berufener Seite darauf hingewiesen werden, daß wir wohl nicht anzunehmen brauchten, daß alles das, was deutsche Kulturbestrebungen in den Jahres des Weltkrieges in Bulgarien geschaffen haben, nun mit einem Schlage erloschen wäre. Was deutsche Künstler, deutsche Gelehrten und Dichter, was ferner die Presse und nicht zuletzt die wachsende Verbreitung der deutschen Sprache den lerneifrigen und sprichwörtlich wißbegierigen Bulgaren an deutscher Kultur vermittelt haben, läßt sich in der Tat nicht so schnell wieder ausmerzen. Schon heute dürfen wir nach erfreulichen Mitteilungen im neutralen Auslande weilender Bulgaren, die in Verbindung mit ihrem Mutterlande zu bleiben vermochten, feststellen, daß die einst in den unglücklichen Oktobertagen des Vorjahres tatsächlich in nicht geringem Umfange im bulgarischen Volke sich bemerkbar machende Verbitterung, ja Gehässigkeit gegen ihre deutschen Verbündeten, nach und nach einer ganz anderen Stimmung Platz gemacht haben. Bulgarien befindet sich heute in einer geradezu furchtbaren Lage und wird von den Ententestaaten nicht besser behandelt, als wir, sodaß auch die Lebensverhältnisse in Bulgarien tatsächlich sich um keinen Deut gebessert haben, sogar als noch ungünstiger, als während des Krieges, bezeichnet werden müssen. Wir sehen hier nächst dem furchtbaren Beispiel des Geschickes Ungarns und unseres eigenen unglücklichen Vaterlandes, daß das uneingeschränkte und wehrlos ma-

chende „Pater peccavi“ bisher noch keinem Lande Siegerwahn und imperialistischen Machtgelüsten gegenüber auch nur das geringste genützt hat. Da die Bulgaren nun jetzt unter dem Druck der verblendeten Sieger zu seufzen haben und ein berechtigter Unmut gegen die aufgezwungenen Besatzungstruppen (besonders Franzosen) in weitesten Kreisen des Volkes immer mehr wächst, ist, wie zu erwarten, als logische Folge das Gedenken an die Taten und Erfolge der deutschen Freundschaft, nicht nur nicht ganz ausgelöscht, sondern hat längst einer ruhigeren Beurteilung der Dinge Platz gemacht, die sicher nicht zu unsern Ungunsten ausfallen kann und wohl geeignet ist, der späteren Entwickelung unserer Beziehungen mit den einstigen Freunden die Wege zu ebnen.

Wir dürfen daher mit gutem Mut behaupten, daß schon von diesen wichtigen Gesichtspunkten aus gesehen, unsere Aussichten in Bulgarien nicht unrettbar vernichtet sind. Besonders zu berücksichtigen wäre auch in diesem Zusammenhange, daß im Laufe der letzten Monate in den wenigen uns zu Gesicht gekommenen bulgarischen Blättern sich deutlich ein reges Interesse für die demokratische Umwandlung Deutschlands bekundet und gewisse Sympathien anregt, die zweifellos mit ihr Teil dazu beitragen dürften, das Verstehen zwischen den beiden Völkern für künftige Zeiten der äußeren und inneren Stabilisierung zu vertiefen.

Andererseits müssen wir nach den nun einmal während der letzten schweren Jahre — bedauerlicherweise zu unserm Nachteil — gemachten Erfahrungen feststellen, daß viel weniger politische oder kulturelle Sympathien oder Antipathien beim Ausbau wirtschaftlicher Verbindungen maßgebend sind, als die nüchterne Realität der wirtschaftlichen Notwendigkeit, die allein in der Leistungsfähigkeit und Aufnahmemöglichkeit der beiden Wirtschaftskontrahenten begründet liegt. Es ist daher letzten Endes eine Frage unserer eigenen bisher im Konkurrenzkampf durch Güte der Ware, wie Billigkeit der Preise gleich leistungsfähigen Produktivität, ob wir wieder mit unserem ehemaligen guten Absatzgebiet Bulgarien dauernd in ein für beide Teile er-

sprießliches Geschäftzu kommen vermögen. Wer aber wagte über diese Möglichkeit überhaupt angesichts der derzeitigen verfahrenen innerpolitischen Verhältnisse, der wilden Sozialisierungsversuche, der zahllos einander folgenden Streiks einer durch gewissenlose, phantastische Hetzer zum Wahnsinn getriebenen Arbeitermasse, der ungeheuerlichen Lohnforderungen und endlich der zahlreich verübten verbrecherischen Sabotage am deutschen Volksgut, schon heute sich ein nur halbwegs gültiges Urteil zu bilden! Wirtschaftliche Unfruchtbarkeit wird uns, wenn es so weitergeht, an den Rand des Abgrundes — nein, dort stehen wir ja schon! — in den Abgrund selbst treiben. Es ist nicht Ort und Zeit, hier eingehender auf diese schon ganz allgemein für unsere wirtschaftliche wie politische Lebensmöglichkeiten bestehenden Gefahren hinzuweisen. Es möge nur noch einmal eindringlich betont werden, daß wir, wie hier der Spezialfall des Wiederausbaues unserer Beziehungen mit Bulgarien deutlich zeigt, keine Zeit mehr ungenützt versäumen dürfen, denn, wie nicht anders zu erwarten, haben die Kaufleute der Ententestaaten bereits alle nur möglichen Vorbereitungen getroffen, das von uns jetzt notgedrungen verlassene Arbeitsgebiet selbst energisch auszubeuten. Hier bietet sich auf den ersten Blick besonders für Amerika als Wettbewerber bedeutsamer Vorteil, da es gerade auf den Gebieten der landwirtschaftlichen Maschinen, Verkehrsmittel und billigen Massenartikel sich sehr wohl zur Befriedigung des derzeitigen bulgarischen Bedarfes eignet. So ist es denn auch schon Tatsache gworden, daß bereits unmittelbar im Rücken der Heere smarte amerikanische, französische, englische und auch italienische Geschäftsleute die Länder des Balkans und der Levante überlaufen, um baldmöglichst feste Abmachungen hinsichtlich zukünftiger Handelsbeziehungen zu treffen. Nach Berichten, denen man Zuverlässigkeit nicht abzusprechen vermag, soll es diesen mit den Verhältnissen aus früheren Zeiten wohlvertrauten und mit aller bekannten Lebhaftigkeit und Gerissenheit arbeitenden wirtschaftlichen Ententevertretern bereits gelungen sein, gewisse Erfolge

Geschäftsabschlüssen vor, ja es soll sogar mit den Warenlieferungen begonnen worden sein. An der letzteren Mitteilung Zweifel zu hegen, ist jedoch wohl berechtigt, wenn wir bei ruhiger Beurteilung der derzeitigen Lage berücksichtigen, daß angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse ein Aufleben des Geschäftsverkehrs zwischen den Balkanländern und den Ländern der Alliierten noch kaum möglich ist, da dies vor allem schon die schlechten Verkehrs-Verbindungen verbieten. Zufuhren aus Frankreich, England und Amerika können doch eigentlich nur auf den zwei, noch dazu mit Getreide- und Truppentransporten überlasteten, wenig leistungsfähigen Eisenbahnlinien über Saloniki erfolgen. Auch die Expreßverbindung Paris—Belgrad—Sofia—Konstantinopel, die bis 1914 bestand, dürfte im Falle sie wieder, ähnlich wie die bereits wiedereröffnete Linie Paris—Bukarest, dem Verkehr zugänglich gemacht werden würde, für den Warenverkehr doch nur in ganz geringem Maße in Betracht kommen. So wird der bulgarische Ententeverkehr nach wie vor zum ersten Teil auf den Seeweg angewiesen sein, der aber zweifellos während noch ganz geraumer Zeit angesichts des überaus geringen Welttonnageraumes nur in verhältnismäßig beschränktem Umfange für den Warenaustausch zwischen Bulgarien und seinen jetzigen Ententefreunden in Frage kommen wird.

Die hermetische Absperrung Bulgariens, sowohl was dem Reise-, Post-, wie Telegraphenverkehr anbelangt, wird in dem schon während des Kriegszustandes schwer darbenden Lande, das bei der zumeist recht ungleichen Verteilung seiner Produktionsarten und zugleich wegen des für seine jetzigen Bedürfnisse viel zu wenig rationell ausgebauten Verkehrsnetzes in allen Kreisen des Volkes, vornehmlich natürlich in den größeren Städten, fühlbaren Mangel an den nötigsten Nahrungsmitteln und Gebrauchsgegenständen leiden mußte, als geradezu furchtbare Bedrückung empfunden. Immer wieder wird daher in der bulgarischen Presse, wie in zahlreichen Sonderpublikationen, die endliche Aufhebung dieser drakonischen Maßnahme im Interesse der friedlichen Entwickelung des Landes gefordert unter

Hinweis darauf, daß weitere Bedrückung das Volk unabänderlich dem Bolschewismus, der Anarchie und dem völligen wirtschaftlichen wie kulturellen Untergang entgegentreiben würde. Da diese Bedürfnisse tatsächlich sehr dringend sind, darf es als ausgeschlossen gelten, daß man in Bulgarien darauf warten kann, ihre Befriedigung aus den Ententeländern, d. h. gar aus Amerika, zu erreichen. Es mehren sich daher die Stimmen im Lande, wie auch bei den die Interessen ihres Vaterlandes im neutralen Auslande vertretenden berufenen Persönlichkeiten, Bulgarien die Möglichkeit zu geben, bei ihren früheren Lieferanten, also insbesondere bei Deutschland, einzukaufen. Die Länder des einstigen Österreich-Ungarn, das als Hauptkonkurrent Deutschlands den Balkan sozusagen als ein Monopolgebiet seines industriellen Absatzes betrachtete (Lieferung Österreich-Ungarns an Bulgarien vor dem Kriege 24,1 %, Deutschlands 20,4 % der bulgarischen Einfuhr) kommen in nächster Zukunft angesichts der völlig zerrütteten Verhältnisse nach dem Auseinanderfallen der habsburgischen Monarchie als leistungsfähige Lieferanten wohl nur noch in sehr beschränktem Maße in Betracht, sodaß wir, wenn es uns gelingt, recht bald nur einigermaßen mit altbekannter Rührigkeit auf dem Plane zu erscheinen, wir hier einen bedeutenden Vorsprung zu erlangen vermögen. Man benötigt in Bulgarien zur Zeit besonders Ackergeräte zur Sicherung der nächsten Ernte, deren Aussichten im allgemeinen angesichts der Tatsache, daß zum ersten Male seit sieben Jahren nunmehr wieder die gesamte Bevölkerung sich der Bestellung der Äcker zu widmen vermag, nicht schlecht sind. Es fehlt jedoch ferner an Eisen zur Vornahme der dringendsten Reparaturen an Pflügen, Beschlagmaterial für Vieh und Pferde, Baumaterialien zur Durchführung der notwendigsten Wasserregulierungen, elektrotechnisches Material usw. Weiterhin kommen für notwendigsten Bedarf in Betracht: Bleche, Zement, Tafelglas, Kunstdünger, Farbstoffe, Drogen, Maschinen zu verschiedensten, vorzgülich landwirtschaftlichen Zwecken, Emailgeschirr, Porzellanartikel, Haushaltungsgegenstände und vor allem auch Wirkwaren.

Obgleich die Entente jetzt glaubt, Bulgarien einerseits nach Möglichkeit zermürben zu müssen, damit es ihren Absichten umso gefügiger wird und ein für alle Male jede Erinnerung an seine ehemaligen wohl erprobten deutschen Freunde verliert, so dürften die letzten Meldungen vom Balkan, die ein immer weiteres Umsichgreifen des gefährlichen bolschewistischen Gedankens als bedeutsames „Mene tekel" auch den verblendetsten Imperalisten unter den Alliierten aufzwingen, dazu beitragen, dem unglücklichen Lande gewisse unbedingt notwendige wirtschaftliche Erleichterungen zu gewähren, wenn nicht gerade auf dem Balkan, dem furchtbaren Herd des Weltkrieges, zuletzt auch noch die allesvernichtende Flamme der Weltrevolution verderbliche Nahrung finden soll. — Ein wichtiger Weg zur Stabilisierung der Verhältnisse in Bulgarien ist seiner Einfachheit wegen daher in der Möglichkeit einer baldigen Wiederanknüpfung der gewaltsam gelösten Verbindungen mit Deutschland gegeben. Wir dürfen angesichts der Verstocktheit und merkwürdigen Kurzsichtigkeit unserer Gegner allerdings in die Verwirklichung dieses Gedankens so ohne weiteres keine allzu große Hoffnung setzen. Dennoch ist man schon heute sowohl in deutschen, wie bulgarischen Kreisen davon überzeugt, daß nach Wiederherstellung des freien Handelsverkehrs, der doch einmal wieder kommen muß und wird, unverzüglich wieder eine ganz erhebliche Nachfrage nach deutschen Erzeugnissen in Bulgarien einsetzen wird. In dieser Beziehung sind zweifellos nach wohldurchdachtem fachmännischem Urteil nicht zuletzt auch die in steigender Zahl erfolgten Besuche bulgarischer Interessenten auf den verschiedenen Leipziger Messen der letzten Jahre und den während der Kriegsjahre dankenswerter Weise auch in andern bedeutenden Industriestädten (Breslau) veranstalteten Ausstellungen von dauernder Nachwirkung geblieben. Schließlich hängt natürlich alles von dem Frieden ab, der nach dem Willen aller Einsichtigen nun der Welt die endgültige Gesundung bringen soll, und der, wenn er dieses Ideal wirklich erreichen will, auch die Verbindungen zwischen wirtschaftlich in jeder Hin-

sicht zu dauernder gegenseitiger Unterstützung derartig geschaffenen Ländern, wie sie Deutschland und Bulgarien darstellen, gewährleisten müßte.

Der deutsche Auslandskaufmann hat, dank seiner Reellität, seines geschäftlichen Entgegenkommens und der Güte seiner Waren, ebenso wie im Orient, sich in Bulgarien zweifellos viele gute Freunde erworben, sodaß seine Rückkehr in diese Länder, soweit dies in der Macht der Bevölkerung selbst liegt, bald nur noch eine Frage kürzerer Zeit sein kann. Es ist daher ganz selbstverständlich und wird mit Recht gefordert werden dürfen, daß die deutschen Vertreter bei den Friedensverhandlungen mit allem Nachdruck für die Interessen unserer im Auslande arbeitenden und Pionierarbeit für deutsche Wirtschaft und Kultur leistenden Landsleute eintreten werden. Zum Wiederaufbau und weiteren Ausbau unseres Außenhandels, hier vorzugsweise nach dem Balkan (Bulgarien), wird es ferner unbedingt notwendig sein, daß die regierenden Kreise des neuen Deutschland sich mehr denn je der guten und großzügigen Auswahl ihrer Vertreter angelegen sein lassen. Vor allem werden die Konsulate vermehrt werden müssen und mit nur erlesenen, sehr tüchtigen Persönlichkeiten besetzt werden, die in direktem Kontakt mit den maßgebenden Kreisen des betreffenden Landes ihrer Tätigkeit stehen und ihre Kenntnisse auf tatsächliche, persönlich erprobte Arbeit zurückführen können. Besitzen diese zu entsendenden Vertreter zu den leitenden Stellen und Persönlichkeiten ihrer Wirkungsorte unmittelbare Beziehungen, so wird dies nach Zeiten gegenseitiger Verhetzung und Verbitterung umso willkommener sein müssen, denn umso leichter werden sich durch sie wieder wirtschaftliche Verbindungen anknüpfen lassen, umso aussichtsvoller werden z. B. auch die Bemühungen um Erlangung einer staatlichen Konzession oder eines staatlichen oder kommunalen Lieferungsvertrages seitens eines Deutschen in der nun einmal unabwendbaren Konkurrenz mit einem uns im Weltkrieg feindlich gewesenen Ausländer sein. Persönliche Konnexionen sind, wie die Praxis oft genug erwiesen hat, in solchen Dingen nun

einmal weit mehr ausschlaggebend, als man bisher gemeinhin angenommen haben mag. In Verkennung dieser Wichtigkeit lag mit einer der Hauptkrebsschäden unserer Auslandsvertretungen und Auslandspolitik überhaupt, unter deren Unterlassungssünden besonders unsere als anerkannt tüchtige Pioniere für deutsches Wesen und deutsche Wirtschaft tätig gewesenen Auslandsdeutschen zu leiden gehabt haben. Es wird fortan daher nichts verschlagen dürfen, ob der Konsul resp. wirtschaftliche Auslandsvertreter unseres Volkes, ebenso wie sein diplomatischer Kollege, die Universitätshörsäle besucht, oder aus dem Handelsfache oder sonst einem praktischen Wirtschaftsberufe hervorgegangen ist. Persönliche Tüchtigkeit und vor allem die Fähigkeit weitestgehenden Einfühlens in die gegebenen Verhältnisse dürfen hier allein entscheiden. Niemals dürfen wieder Persönlichkeiten mit unserer Repräsentation betraut werden, die im Grunde keine Ahnung von der Schwierigkeit ihrer Aufgabe haben und entweder ihren Posten als angenehme Sinecure betrachteten oder in verderblicher persönlicher Unfähigkeit dem Vaterlande weit mehr Schaden zufügten, wie die Arbeit zahlloser tüchtiger und tatkräftiger Männer allen Anfeindungen und Verärgerungen zum Trotz in jahrelangem Bemühen um die Geltung der deutschen Sache wieder gut zu machen vermochte. Da die Bulgaren, wie wohl bekannt, ihrem altüberlieferten Charakter nach ein tiefes Mißtrauen gegen alles Fremde hegen, ein Mißtrauen, das erst in letzter Zeit unseres Zusammenwirkens im Kampf gegen den gemeinsamen übermächtigen Gegner dank guten Willens und erfolgreicher Arbeit auf beiden Seiten allmählich im Schwinden war — so ist es hier doppelt angebracht, an maßgebender Stelle dem letzterörterten Punkt besonders liebevolle Berücksichtigung anzuempfehlen.

Wir wünschen heute aufrichtig, daß dem tapferen und tüchtigen Volk der Bulgaren aus der Zeit der furchtbaren Prüfungen, in der wir nach gemeinsamen, unvergänglichen Ruhmes- und Siegestaten, nun auch Gefährten im Leid geworden sind, neue Lebensmöglichkeiten entsprießen mögen,

und wenn nun in absehbarer Zeit tatsächlich der langersehnte Friede die Welt wieder beglückt und Freund und Feind durch das alles überbrückende gemeinsame Band des Welthandels und Weltverkehrs einen wird, wir nach vorübergehender Entfremdung recht bald zu beiderseitigem, für Bulgarien naturgemäß noch viel bedeutsamer als für Deutschland ins Gewicht fallendem Vorteil den Weg wieder zu einander finden mögen.



Die rumänische Landwirtschaft.

Von G. Buetz-Dessau.

Für die Kriegswirtschaft Deutschlands spielte der Weizen- und Maisreichtum Rumäniens eine bedeutende Rolle; die Friedenswirtschaft, die einen von der Entente nicht völlig beherrschten Absatzmarkt suchen muß, wird an Rumäniens ölhaltigen Futtermitteln, den Hülsenfrüchten und Erträgnissen der Plantagenkultur eine willkommene Stütze finden. Hat Rumänien sich auch in den letzten Friedensjahren und nicht weniger in den Kriegszeiten bemüht, seine Industrie zu entwickeln, so kann es jetzt doch noch als ein reines Agrarland angesprochen werden. Schon die Verteilung seiner Bevölkerung läßt erkennen, in welchem Maße das flache Land die Volkswirtschaft beherrscht und ihr seinen Stempel aufdrückt. Rumänien hat nach der letzten Volkszählung vom Dezember 1912 7 248 061 Einwohner. Von dieser Gesamteinwohnerschaft lebten 5 918 928 Personen auf dem Lande und nur 1 329 133 Personen in der Stadt. Das entspricht einer prozentualen Verteilung von 81,7 % zu 18,3 %. Von 1904 zu 1911 ging die Zahl der Dörfer von 8525 auf 8353 zurück, die Zahl der Flecken aber vermehrte sich von 950 auf 1147. (Nach dem Handelsarchiv 1912. S. 814 ff). Hinderlich für die Entwickelung der Städte ist, daß die starke Geburtenzahl des Landes — 1910 kamen 85,85 % aller Geburten auf das Land und 14,15 % auf die Stadt — von dem Lande noch voll aufgenommen werden kann. Der Nachwuchs findet Brot und Verdienst innerhalb der Landwirtschaft. Das Zurückgehen der Dörfer in den Jahren 1904—1911 hängt im wesentlichen mit der sich ständig fühlbarer erweisenden Landverteilung zusammen. Die Ausdehnung des Grundbesitzes ist

stets ein natürlicher Feind der Dorfentwickelung. Im Gegensatze zu Bulgarien, aber ähnlich wie in der Türkei, herrscht in Rumänien der Großbesitz vor. Die natürliche Entwickelung des Landes zu einem Kornbau treibenden Staate und die mit dem Anwachsen des Weizenbaues sich ständig entwickelnde Mühlenindustrie haben den Großbesitz noch befestigt. Nach einer Untersuchung über die wirtschaftlichen Verhältnisse Rumäniens im „Internationalen Volkswirt" (Nr. 41—43, 1913) gestaltete sich die ländliche Besitzverteilung in folgender Weise: Es gehörten 4113 Güter dem Großgrundbesitz (berechnet fir 1904). Hiervon besaßen:

1444 Güter eine Größe von	100—199 ha,	insgesamt	199 517 ha,
1495 „ „ „ „	200—499 ha,	„	475 416 ha,
752 „ „ „ „	500—999 ha,	„	522 720 ha,
428 „ „ „ „	über 1000 ha,	„	767 664 ha.

Die 4119 Güter hatten demnach einen Flächenraum von 1 945 317 ha inne. Der rumänische Bauernbesitz nahm 1909 6 129 039 ha ein. Dieses Land verteilte sich nach der gleichen Quelle in folgender Weise: Es befanden sich im Besitze

			Eigenbesitz	Pachtland
unter 100 ha	4045501 ha;	hiervon waren	2749814 ha	1 295 687 ha
über 100 ha	2983594 ha;	„ „	799 996 ha	1 283 602 ha.

Von dem durch Bauern bearbeiteten Boden waren demnach nur 3 549 810 ha Eigenbesitz und 2 579 289 ha an Bauern verpachteter Großbesitz. Während das Eigentum nur 57,92 % ausmachte, belief sich der vom Großbesitz beherrschte Landanteil auf 42,08 %.

Insgesamt betrug die landwirtschaftlich nutzbar gemachte Bodenfläche, die Wiesen und Pflanzungen einbegriffen, nach dem Berichte des rumänischen Ackerbau- und Domänenministeriums im Jahre 1912 7 153 900 ha. Die Vermehrung der Anbaufläche ist nur eine langsam anwachsende. Die Erweiterung des Kornanbauraumes geschieht vornehmlich auf Kosten der Wiesen und künstlichen Weiden. Die Erweiterung des landwirtschaftlich nutzbaren Raumes ging von 1904 bis 1913 in folgender Weise vor sich. Die gesamte landwirtschaftliche Anbaufläche betrug:

1904 5,93 Mill. ha	1911 6,99 Mill. ha	1914 6,27 Mill. ha
1908 6,02 „ ha	1912 7,15 „ ha	1915 6,08 „ ha.

Etwa 85 % der Anbaufläche wird von der Körnerwirtschaft in Anspruch genommen. Im Jahre 1912 nahm nach dem Berichte des Landwirtschaftsministers der Getreideanbau 5 182 424 ha gleich 84,60 % der Gesamtanbaufläche in Anspruch. Hinsichtlich des Anbaues besteht in Rumänien die bemerkenswerte Tatsache, daß der Kleinbau ausschließlich Getreidewirtschaft betreibt. Der Anbau von Futtermitteln, von Hülsenfrüchten und Knollenfrüchten, der Anbau von Textilpflanzen und Industriepflanzen, die Wiesen- und Weidewirtschaft in Verbindung mit der Viehwirtschaft wird von dem Großbetriebe übernommen. Die Bauernwirtschaft ist seit Generationen auf den Kornbau eingespielt, man kennt die Absatzbedingungen und ist zu Neuerungen schwer zu bewegen. Das Ergebnis hiervon ist, daß diejenigen landwirtschaftlichen Produktionszweige, innerhalb derer die Menschenhand und die Spatenkultur des Kleinbesitzes entscheiden, vernachlässigt sind. Für Rumänien ist dieser Zustand volkswirtschaftlich umso entscheidender, als Klima und Boden der rumänischen Landwirtschaft eine reiche Zahl von landwirtschaftlichen Nebenbetrieben gestattet. Ihre teilweise recht empfindsame Unentwickeltheit ist ein Ergebnis der Einseitigkeit der rumänischen Bauernwirtschaft. Hier ist eine wesentliche Unterscheidung zwischen dem rumänischen und bulgarischen Bauern.

Die Beteiligung des Bauerntums drückt sich für die Kornproduktion ziffernmäßig höchst eindrücklich aus. Von der gesamten Anbaufläche von 5,17 Mill. ha hatte der Großgrundbesitz 1,56 Mill. ha mit Korn bebaut, die Kleinbauern (die Kleinpächter mit eingerechnet) 3,61 Mill. ha. Demnach war 1912 der Großgrundbesitz mit 30,16 %, der Kleinbesitz mit 69,84 % bei dem Kornanbau vertreten. Der Kornanbau wird, wie ja allgemein bekannt ist, von dem Weizenanbau beherrscht. Ihm zur Seite steht — was nicht so allgemein bekannt zu sein pfegt — der Maisanbau. Rumänien steht als Weltverfrachter von Mais an erster Stelle, nur die Weltexporteure für Weizen, die Vereinigten Staaten, Kanada und

Australien übertreffen seine Weizenausfuhr. Leider ist es Rumänien bisher nicht gelungen, den Anbau seiner sonstigen Getreidearten auch nur annähernd mit seiner Mais- und Weizenproduktion in Einklang zu bringen. Der geringe Haferanbau bleibt noch immer ein wesentliches Hemmnis für die rumänische Pferdezucht. Das ist um so bedauerlicher, als die rumänische Pferderasse eine wirklich gute und die einzig brauchbare des Balkans ist. Der Roggenanbau konnte sich bisher nicht entwickeln, da weder eine inländische noch ausländische Nachfrage dafür vorhanden war. Der Gerstenanbau war nie so entwickelt, daß er in namhafte Konkurrenz mit der russischen Gerste hätte treten können. Die Qualität der Moldau-Gerste würde ihr einen Weltmarkt zu sichern imstande sein. Vor allem wäre ein stärkerer Anbau für Gerste im Interesse der heimischen Viehzucht, die nichts weniger als entwickelt ist, sehr zu wünschen. Die geringe Steigerung der Kulturfläche wirkt bei dem starken Anreiz zum Weizen- und Maisanbau höchst nachteilig aut die Entwickelungsfähigkeit der übrigen Kornfrüchte ein. Die Kriegsjahre haben hier keine Wandlung geschaffen, im Gegenteil gestaltete sich der Weizenanbau infolge der hohen Weizenpreise noch rentabler als zuvor. Gerade im Kriege aber hat es sich gezeigt, daß die Überspannung des Exportanbaues eine Gefahr für den Innenkonsum bildet. Litt der Markt doch unter einer ständigen Knappheit an Hafer und Gerste. Die als Folge hiervon auftretende Preissteigerung wurde zu einer nicht geringen Gefahr für den rumänischen Viehstand. Im einzelnen stellte sich die Verteilung der einzelnen Kornarten hinsichtlich des Anbaus nach einer im Monitorul Oficial 1913 und 1916 gemachten amtlichen Statistik in folgender Weise:

Es wurde angebaut im Jahre

	1912			1915	
Weizen	2069420	ha	Weizen	1904249	ha
Mais	2079220	„	Mais	107289	„
Gerste	499885	„	Gerste	554900	„
Hafer	381785	„	Hafer	430963	„
Roggen	197244	„	Roggen	50727	„
Hirse	44275	„	Hirse	275	„

Auffallend für die Ernten des Landes sind ihre starken Schwankungen. Das Klima des Landes mit seinen hart wechselnden Temperaturen zwischen Kälte und Hitze, Niederschlägen und dürrer Trockenheit kommt hier zum Ausdruck. Eine hoffnungsvolle Ernte wird nicht selten noch vor dem Einbringen halb um den Ertrag gemindert. Ein gewisser, noch nicht überwundener agrarischer Kulturstand drückt sich in den schwankenden Ernteerträgen zweifellos ebenfalls aus. Überblickend kann gesagt werden, daß die rumänischen Kornernten am Ausgange des 19. Jahrhunderts schlecht waren, sie zeitigten den Krisenzustand von 1900, es folgte dann eine Reihe von Mittelernten, die Ernten von 1910 und 1911 waren überaus günstig. 1912 glaubte man eine der reichsten Ernten einbringen zu können und stand dann plötzlich vor einer Mißernte, der man die Krisis von 1912 zu einem Teile mit zuschreiben muß. Die folgenden Jahre standen ausschließlich unter der Einwirkung des Krieges. Im einzelnen stellten sich die Ernteergebnisse in folgender Weise dar (die Ziffern sind aus den Berichten des Kais. Konsuls in Bukarest von 1912 und 1913, nach dem deutschen Konsulatsberichte von 1910 und einem Erntebericht der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung", Jahrgang 1916, zusammengestellt). Die Getreideernte für Weizen zeigte in 1000 hl gerechnet die nachstehende Entwickelung: Man erntete im Jahre

1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1914	1915
40127	14884	19316	19994	39032	33028	31336	17368	31449

An den Erträgnissen der Weizenproduktion war der Großbesitz 1912 mit 16,83 Mill. hl, der Kleinbesitz mit 14,50 Mill. hl beteiligt. Der Kleinbesitz hat eine dominierende Stellung bei dem zweitwichtigen Produktionsgute, dem Maisanbau. Hierdurch wird der Kleinbesitz zum Träger der heimischen Produktion an Brotkorn. Mais ist die Brotfrucht Rumäniens, Weizen blieb bisher das kaufmännische Handelsgut. Die Maisernte hat als Durchschnittsertrag in Rumänien das Ergebnis von etwa 29 Mill. hl. Von 1896 bis 1915 berechnet ergaben sich in 1000 hl die nachstehenden Rusultate:

1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1914	1915
46 004	20 298	27 801	24 716	36 531	39 014	36 621	36 140	30 451

Von dem Gesamtertrage von 36 621 385 hl Mais im Jahre 1912 produzierte der Großgrundbesitz 5,67 Mill. hl, der Bauer aber lieferte den Ertrag von 30,95 Mill. hl. Der Kleinbesitz ist also fast ausschließlicher Anbauer von Mais. Der Grund für die starke Beteiligung des Kleinbesitzes am Maisbau ist vornehmlich in den Absatzbedingungen zu suchen. Mais wird von den zahlreichen rumänischen Bauernmühlen vermahlen, bleibt am Platze und hat einen sicheren Markt. Weizen ist Versandgut, muß gelagert und im Großhandel abgesetzt werden, benötigt also alle Vorbedingungen einer kapitalistischen Großwirtschaft. Der Versuch der Bauernmühlen sich zusammenzuschließen, um ebenfalls für den Export arbeiten zu können, ist mißglückt. Voraussichtlich werden nun allerdings unter den Einwirkungen des Krieges die entwickelten Bauernmühlen eine Zulassung zum Export erreichen. Wird den Bauernmühlen ein Anteil an der Weizenmehlproduktion möglich, der in der Gesamtproduktion an Mehl mitspricht, dann kann eine Erweiterung der bäuerlichen Produktion an Weizenbau angenommen werden. Im Jahre 1913 mahlten 4800 Bauernmühlen nur 15 000 Waggon Weizen, die Handelsmühlen, damals 98, lieferten dagegen 110 000 Waggons.

Der Anbau von Gerste und Hafer wird von dem Großgrundbesitz und dem Kleinbesitz, berechnet nach dem Größenverhältnis des Landanteils beider Besitzformen, in ziemlich gleicher Weise betrieben. Es macht sich hier das Pachtsystem mit seinem Anbauzwange bemerkbar. Der Großgrundbesitz liebt es, seinen Weizenanbauraum auf Kosten des Pächters zu erweitern. Bestimmungsweise muß von dem Pachtlande ein ausbedungener Prozentsatz mit Gerste und Hafer angebaut werden. Der gehobene Kleinbesitz mit Viehhaltung wünscht außerdem Viehfutter zu haben. Der Ertrag dieser beiden Kornarten ging in den letzten Jahren nach der rumänischen Erntestatistik in folgender Weise vor sich. Es betrug die Ernte für Hafer und Gerste in 1000 hl.

	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1914	1915
Gerste	11 829	6 065	6 287	9 143	10 447	9 240	7 504	8 908	19 101
Hafer	9 220	6 290	6 056	7 031	11 034	9 221	7 321	8 815	10 239

Im Jahre 1912 lieferte von dem Ernteertrag an Gerste von 7 504 141 hl der Großgrundbesitz 2 075 278 hl, der Bauernbesitz 5 431 863 hl; von dem Ernteergebnis an Hafer lieferte 1912 bei einem Ertrage von insgesamt 7 321 030 hl der Großgrundbesitz 2 704 227 hl, der Kleinbesitz 4 321 813 hl.

Die Roggenernte, die ja nur eine sehr untergeordnete Stelle spielt, belief sich 1912 auf 1 262 685 hl. Die Ernte stellte sich von 1916 bis 1915 in 1000 hl wie folgt:

1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1914	1915
3136	830	930	1092	2779	1761	1262	690	1026.

Die Steigerungsfähigkeit der Ernteerträgnisse ist noch, abgesehen von dem Weizenanbau, beträchtlich. Die Roggenernten ergeben in dem Zeitraum von 1906 zu 1912 einen Durchschnittsertrag von 11,8 hl auf den Hektar (Deutschland rechnet 19,1 dz pro ha. Der mittlere Ertrag vom Gerstenanbau war 15 hl auf den ha (Deutschland rechnet 22,2 dz pro ha). Der Durchschnittsertrag für Hafer ist für Rumänien 19,2 hl (Deutschland rechnet 21,9 dz pro ha).

Auch die Produktion von Mais ist nicht im wünschenswerten Umfange vertreten. Die Durchschnittsziffer ist hier 14,5 dz auf den h; Bulgarien rechnet 17,7 dz für den ha; die Türkei 18,2 dz pro ha und Südrußland 19,9 dz für den ha (nach der internationalen Erntestatistik; die Ziffer für die Türkei nach der Agrarstatistik des Osmanischen Reichs für 1332 (1916/1917).

Es ist schon wiederholt betont werden, daß Rumänien ein geringer Weizenkonsument und ein umso eifrigerer Maisverbraucher ist. In den Exportzahlen zeigt sich diese Tatsache in voller Klarheit.

Hinsichtlich des Weizens läßt sich folgende Tabelle aufstellen (die Ausfuhrzahlen sind der rumänischen Ausfuhrstatistik entnommen):

	1911	1912	1913
Weizenernte	2 603 356 t	2 433 403 t	173 885 910 hl,
Weizenausfuhr	790 627 t	1 360 520 t	75 025 393 kg.

Hierzu kommt eine außerordentlich hohe Mehlausfuhr. Die Mehlausfuhr betrug 1898 noch 1560 Waggons, hob sich 1900 auf 4307 Waggons, um 1913 die Ausfuhrhöhe von 12 867 Waggons Mehl zu erreichen.

Für den Konsum des Mais lauten die Ergebnisse wesentlich anders. Es läßt sich hier folgende Tabelle aufstellen:

	1911	1912	1913
Maisernte	3 127 750 t	2 250 000 t	36 140 216 hl,
Maisausfuhr	1 537 813 t	1 851 000 t	230 897 kg.

Eine Ausfuhr von Maismehl findet nicht statt, demnach blieben dem Lande 1911: 1 589 937 t Mais und 1912: 399 000 t Mais. Die Abnehmer der Weizen- und Maiseinfuhr decken einander nicht. Weizen wird hauptsächlich von Ägypten und der Türkei abgenommen — und zwar in der Form von Weizenmehl — Mais nimmt ganz überwiegend Österreich-Ungarn auf. Für 1912 gestaltete sich die Weizenausfuhr nach den einzelnen Ländern (nach der rumänischen Statistik von 1913) wie folgt:

Es erhielten	Weizen in kg:	Kleieausfuhr 1913
Türkei	59 222 869	479 748 kg
Ägypten	30 464 997	7 500 „
Griechenland	10 877 642	6 521 816 „
Öst.-Ungarn	8 424 341	7 325 004 „
Deutschland	4 592 225	350 000 „
England	2 786 213	— „
Holland	2 209 940	— „
Italien	1 417 417	— „
Belgien	155 350	1 443 500 „
Frankreich	110 000	— „

Die Ausfuhr von Mais ging an Österreich-Ungarn, Frankreich, Deutschland und Griechenland. Bei der Ausfuhr von Gerste und Hafer macht sich der schlechte Viehstand Rumäniens bemerkbar. Im Verhältnis zu den Erträgnissen ist der Innenverbrauch, zumal bei der Gerste sehr gering. Im Verhältnis zu der Ernte stellte sich die Ausfuhr der beiden Getreidearten (zusammengestellt nach dem Handelsarchiv S. 916, Jahr 1913) folgendermaßen:

	1911	1912
Gerstenernte	368 652 t	460 000 t
Gerstenausfuhr	472 110 t	240 908 t
Haferernte	401 645 t	310 000 t
Haferausfuhr	231 454 t	28 715 t

Der Roggen wird überwiegend vom Auslande aufgenommen, spielt aber im Hinblick auf die geringe Ernte keine Rolle.

Für die heutige und künftige Wirtschaftslage ist es von Bedeutung, in welcher Weise Rumänien für seine gesamte Kornausfuhr einen Markt fand. Stellt man die Ausfuhr von Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Mais nach ihrer Aufnahme auf den einzelnen staatlichen Märkten zusammen, dann kann für die letzten Friedensjahre das nachfolgende Ergebnis vermerkt werden. Es nahm auf an Korn in Mill. Lei:

	Engl.	Belg.	Frankr.	Ital.	Rußl.	Ö.-Ung.	Deutschl.	Türkei
1910	25,58	204,70	27,28	59,73	–	17,51	10,20	—
1912	29,24	144,86	25,23	116,44	0,74	63,50	19,72	15,93
1913	19,82	166,23	26,65	54,34	0,74	63,22	17,58	24,22

Zu beachten sind hierbei die außergewöhnlich hohen Ziffern der belgischen Einfuhr. Es liegt hier der bekannte Fehler vor, das Durchfuhrgut als Aufnahmegut in der Statistik anzusetzen. Man kann nahezu ¾ der belgischen Kornaufnahme als Empfangsgut für Deutschland anrechnen. Hieraus ergeben sich auch die geringen Ziffern für Deutschland. Mit der erfolgten Donauregulierung wird der Korntransport Rumäniens an die Zentralstaaten nunmehr im stärkeren Maße auf diesem Binnlandswege erfolgen. Erst dann wird sich ziffernmäßig auch nach der rumänischen Statistik die Höhe der deutschen Kornaufnahme ergeben.

Der Anbau von Öl- und Faserpflanzen belief sich 1911 auf 91 141 ha und 1912 auf 108 122 ha, 1914 auf 72 965 ha, 1915 auf 38 123 ha. Die Ernteerträge waren von 1906 bis 1915 die folgenden in 1000 hl:

	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1914	1915
Raps	219	53	91	527	1387	634	549	584	285
Leinsaat	201	56	63	72	128	213		58	47
Hanf	30	24	22	28	33	36		27	23
Sonnenblumen	—		8	7	21	76	93	109	180

Der Anbau von Öl- und Faserpflanzen wird vornehmlich vom Großbesitze vorgenommen. Öl- und Textilpflanzen spielten bisher eine unwesentliche Rolle in der rumänischen Landwirtschaft, denn ihre Produktion nahm nur etwa 1,70 bis 1,77 % der Gesamtanbaufläche des Staates ein. Von

den 108122 ha bestellten Bodens baute der Großbesitz 74625 ha, der Kleinbesitz 33497 ha mit Öl- und Textilpflanzen an.

Der Anbau von Hülsenfrüchten ist noch geringer gewesen als der von Öl- und Faserpflanzen. Zusammen mit den Knollengewächsen machte er nur 72453 ha im letzten normalen Wirtschaftsjahre Rumäniens, also 1912, aus. Allerdings ist hier die Statistik insofern ungenau, als Bohnen und Kartoffeln zwischen Maisfeldern angebaut werden. Dieser Anbau mit eingerechnet, nahm die Kultur dieser agrarischen Güter 1912 629188 ha und 1915 663704 ha ein. Die Entwickelung der hier eingeheimsten Ernten zeigt folgendes Bild: Man erntete von 1906 zu 1915 in 1000 hl.

	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1914	1915
Bohnen	1343	1196	1389	956	1311	1618	1634	2036	1948
Erbsen	211	122	111	137	174	263	238	309	264
Linsen	—	—	—	—	—	7	6	4	1
Futterbohnen	—	—	—	—	—	3	4	2	2
Kartoffeln	—	—	—	—	—	1542 dz	1314 dz	1016 dz	1260 dz

Diese Anbauziffern beweisen, daß Rumänien bisher nicht fähig war, zum Exportlande dieser Waren in irgendwie nennenswerter Weise zu werden. Diese Feststellung ist um so notwendiger heute, als man dem deutschen Publikum in übertriebener Weise Hoffnungen auf die Zufuhr rumänischer ölhaltiger Futtermittel macht. Die Bohnenausfuhr ist heute schon entwickelt, kann aber längst nicht den gestellten Ansprüchen genügen und steht in Wirklichkeit nicht im Einklang mit den auch hier erweckten Hoffnungen. Es steht zu erwarten, daß die hier beginnende starke Nachfrage eine große Erweiterung des Anbaus nach sich ziehen wird, zumal der Preis als bestes Reizmittel wirken muß. Da Rumänien aber zunächst in seiner Leistungskraft beschränkt ist und der Weizen- und Maisanbau stets ihre Forderungen stellen werden, erscheint es ratsam, auch für die Zukunft keine übermäßigen Erwartungen zu hegen. Auch von dem vielen Gemüse und den mannigfachen Obstsorten, welche Rumänien uns angeblich zum Ankauf anbieten kann, steht das meiste zunächst noch auf dem Papier. Der

Bulgare ist der geborene Gärtner, der Rumäne betreibt die Gartenwirtschaft bisher noch reichlich unvollkommen. Die Gemüsegärtnerei nimmt einen Flächenraum von 400 bis 500 000 ha ein. Im Jahre 1911 waren 469 061 ha zu Gemüseland umgelegt, im Jahre 1912 494 728 ha. Als Massengut tritt nur der Anbau von Kürbis aus, der dazu noch zwischen Mais angebaut wird. Um einen Begriff von der Ausdehnung der rumänischen Gemüsewirtschaft zu geben, mag die Anbaustatistik für Gemüse für die letzten Friedensjahre folgen. (Die Ziffern sind dem Handelsarchiv S. 925 Jahr 1913 und Welt-Archiv S. 420/21, B. 1916 entnommen.)

Es wurden angebaut in ha:

	1911	1912	1914	1915
Weißkohl	5433	5452	5701	5672
Zwiebeln	3605	3890	3873	4196
Gemüse	6309	6081	6854	6732
Melonen	7146	8148	8148	8772
Kürbisse	446568	471158	516163	532331

Aus der Aufstellung ergibt sich, daß der Kriegszustand hier keine wesentlichen Änderungen hervorrief. Das Ergebnis der Gesamternte stellte sich wie folgt für das Jahr 1915 dar:

Es ergaben einen Erntebetrag

Kohl	517902	Stück
Zwiebeln	258408	dz
Gemüse	397602	dz
Melonen	204038	Stück
Kürbisse	576818	Stück

In der dem Gemüsebau verwandten Plantagenwirtschaft nimmt nur der Anbau von Pflaumen einen für die Ausfuhr entscheidenden Raum ein. In Verbindung mit ihnen ist die Weinkultur zu nennen. Pflaumengärten und Weingärten nahmen im Jahre 1912 zusammen 161 557 ha ein. Hiervon entfielen 87 353 ha auf die Weinkulturen und 74 204 ha Pflaumenkulturen. 1915 hatte man 83 249 ha Weinkulturen und 70 100 ha Pflaumenkulturen. Nach der rumänischen Obstbaustatistik von 1905 hatte das Land 42,55 Millionen Pflaumenbäume, 1911 wurde die Pflaumenernte auf einen Wert von 9,68 Mill. Lei angegeben. Der Wein-

bau, zwar intensiv betrieben, gestattete bisher keine Ausfuhr (den kleinen Ausfuhrziffern stehen wenigstens weit stärkere Einfuhrziffern gegenüber). Die Pflaumen werden wesentlich im Inland verbraucht, da sie zur Herstellung von Tzuika, einem 13—16 % alkoholhaltigen Branntwein verwendet werden. Die Erträge des Weinbaues sind keine hohen; vorwiegend, wie im ganzen Balkan, ist der Anbau der amerikanischen Weinrebe. Der Wert des Weinertrages wird im Durchschnitte auf 44 bis 45 Lei für den ha berechnet. Von den 70 409 ha trächtigen Weinkulturen waren 5147 ha vom Großbesitz und 68 282 ha vom Kleinbesitz angebaut. Die Ernteergebnisse für die Pflaumen- und Weinkulturen stellten sich von 1906 bis 1915 in Mll. hl. (Die Ziffern sind nach der rumänischen Erntestatistik zusammengestellt):

	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1915
Traubenernte	1,76	0,96	2 28	1,27	1,71	0 99	1,58	1 99
Pflaumenernte	1,51	0,66	2 33	0,36	2,96	1,05	—	2,34

Ist an dem Weinbau der Großbesitz noch fühlbar mitbeteiligt, übernimmt den Tabakanbau fast ausschließlich der Kleinbesitz. Der unter Regie stehende Tabak wird von den kleinen Bauern gebaut und bringt selten mehr als 50 Mill. Lei Einnahmen. Da die Verwaltungskosten reichlich hoch sind, stellen sich die staatlichen Reineinnahmen auf etwa 32—33 Mill. Lei. Hieran ist der Wert des rumänischen Tabakbaues bereits zu messen. Der Anbau von Tabak wird erst seit etwa 1900 betrieben. Die Erfahrungen sind gering, die Erfolge dementsprechend. Die Produktion ist niedrig. Der Tabakanbau wurde im Jahre 1911 auf 9952 ha und im Jahre 1912 auf 9284 ha betrieben, 1915 auf 13 044 ha; die Ernte von 1912 ergab 59 629 dz, jene von 1915: 84 219 dz Tabak. Als Ausfuhrgut ist Tabak demnach als Bagatelle zu behandeln, wenn auch nachweisbare Fortschritte vorhanden sind.

Entscheidender für die Volkswirtschaft ist schon der Anbau der Zuckerrübe. Die Anbaufläche der Zuckerrübe belief sich 1911 auf 13 603 ha und 1912 auf 14 336 ha, 1915 auf 13 833 ha. Die Ernteerträge waren in 1000 dz gerechnet von 1907 zu 1915 die folgenden:

1907	1908	1909	1910	1911	1912	1914	1915
1091	1668	2078	3081	2030	2922	2249	1854

Bis zum Ausbruche des Balkankrieges wurde die Rübenernte in fünf Zuckerfabriken verarbeitet. Die Zuckerfabrikation dieser fünf Fabriken stellte sich von den Kampagnen 1905/1906 bis 1910/1912 in Tonnen gerechnet wie folgt:

1905/06	1906/07	1907/08	1908/09	1909/10	1910/11	1911/12
41,512	44,877	42,013	24,955	27,697	50,003	260,160

Es gelang Rumänien, sich von der früheren starken Zuckereinfuhr, vornehmlich aus Österreich-Ungarn freizumachen. Die Zuckereinfuhr ist nur noch eine ganz geringe. Sie erreicht nicht mehr $1/2$ Mill. kg. Nach der amtlichen Statistik für Rübenzuckerindustrie (sie gehört zu den staatlich subventionierten Industrien) hatte man in den letzten beiden rumänischen Friedensjahren das nachstehende Ergebnis zu verzeichnen.

Es betrug in kg:

	1910/1911	1911/1912
Rübenernte	386276880	260160448
Zuckererzeugung	50003141	32556618
Inlandskonsum	29861867	33241206
Einfuhr	390071	231989
Ausfuhr	2276957	4911885

Grund zur Annahme einer schnelleren Steigerung der Produktion der Zuckerindustrie liegt nicht vor. Rumänien deckt seinen Innenbedarf, für die Ausfuhr hat es zu kräftige und zu nahe Konkurrenten in Rußland, Österreich und Deutschland.

Als landwirtschaftliches weiteres Nebengewerbe ist die Gewinnung von Spiritus zu nennen. Rumänien hatte im letzten Friedensjahre 29 Spiritusfabriken, in denen 56881319 kg Rohmaterial verwendet wurden. Für 1910/11 belief sich die Produktion auf 11,62 Mill. Liter. Die Fabriken arbeiten ausschließlich für den Inlandsbedarf. Der Großbetrieb ist hier allein Träger der Produktion. Die Spiritusindustrie Rumäniens hat eine Zukunft; bisher mangelt es noch immer an Kapital und Kenntnissen.

Die weiteren landwirtschaftlichen Nebenerwerbsquellen, die Bienenzucht und die Seidenraupenkultur, ruhen wieder

fast völlig in den Händen des bäuerlichen Kleinbetriebes. Der Bienenzucht hat die Regierung eine nachhaltige Förderung und Pflege angedeihen lassen; trotzdem geht sie zurück. Das Schwinden des Wiesenbestandes, der ungenügende Waldbestand (infolge des früher betriebenen Raubbaues) soll die Ursache sein. Hinzu kommen dürfte, daß der Kleinbauer nicht die notwendige Sorgfalt obwalten läßt, vielleicht auch nicht die Kenntnisse hat, obgleich, wie der Imker der Ukraine zeigt, der Kleinbesitz der Träger der Bienenwirtschaft ist. Nach einer Zählung vom Sommer 1901 hatte man in Rumänien über 300000 Bienenstöcke, die 385000 kg Honig und 95000 kg Wachs ergeben haben sollen. 1916 zählte man 311572 Bienenstöcke.

Auch hinsichtlich der Seidenraupenzucht hat das Ackerbauministerium Vorkehrungen getroffen, die Produktion zu stärken und einzubürgern. Die Vorbedingungen sind durchaus vorhanden, denn Rumänien verfügt über rund 500000 Maulbeerbäume. Obgleich die Regierung die Eierverteilung in die Hand nahm und Kurse zur Belehrung organisierte, steht doch die Produktion heute noch in keinem Verhältnis zu den vorhandenen Möglichkeiten. 1910 hatte man einen Ertrag von 215120 kg Kokons, welche 7575 kg gute, 17683 kg mittelgute und 10578 kg minderwertige Seide ergaben. Der Bericht des Ackerbauministeriums (dem auch die Zahlen entnommen sind) lautet für 1910 dahin, daß die vorhandenen Möglichkeiten hinsichtlich ihrer Ausnützung um die Hälfte zurückblieben. Es liegt kein Grund vor, zumal die Kriegsjahre hier doppelt störend gewirkt haben, anzunehmen, daß die Produktionsverhältnisse heute günstiger sind. Es mangelt an Zeit, Verständnis und Arbeitshänden. Zusammenfassend kann nach den 1916 von dem Ackerbau- und Domänenministerium herausgegebenen Ziffern für 1915 folgendes Ergebnis für die rumänische Landwirtschaft zusammengestellt werden:

Anbaufläche in	ha	%	Ernteertrag
Getreide	5124016	84,24	83696191 hl
Hülsen	104657	1,72	34979846 hl
Industriepflanzen	27890	0,46	1972759 hl

Anbaufläche in	ha	%	Ernteertrag
Gärtnereien	25753	0,42	2953768 Stück
Futter und Heu	587767	0,60	1340576 dz
Wein und Pflaumen	153649	2,52	1997274 hl u. 7349091 dz
Textil- und Ölfrucht	59296	0,98	—

Die Brauindustrie, obschon völlig im Gebiete der Industrieentwickelung liegend, soll hier nicht berücksichtigt werden. Demnach bliebe nur noch die Behandlung der rumänischen Viehwirtschaft. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß Rumänien sich keiner entwickelten Viehwirtschaft rühmen kann. Nur der Großbetrieb hat eine rentable Viehhaltung, aber auch hier bleibt viel zu wünschen übrig. Die Gründe sind mannigfaltig. Zunächst kommen hier alle die Gründe mit in Frage, welche eine extensive Viehwirtschaft kennzeichnen. Mangel an Vollfütterung, Mangel an Ställen, Unkenntnis der Viehaufzucht, schlechte Absatzbedingungen und damit verbundene schlechte Preise. Für Rumänien kommt hinzu, daß der Rumäne wenig am Tiere hängt, daß im Kleinbetriebe der Weizenanbau die Wiese und Weide in einer ungesunden Art zurückdrängt, und daß man den kapitalistischen Anforderungen einer Viehwirtschaft zumeist nicht gewachsen ist. Wie überall in solchen Fällen würde hier wesentlich die Verkehrserschließung des Landes fördernd helfen. Der Krieg hat gerade die rumänische Viehwirtschaft hart betroffen, die Regierung wird in ganz anderer Weise als zuvor hier einzuschreiten haben. Da die Kaufkraft des Handels sich infolge des Krieges sehr gemindert hat und die ohnehin nicht große Bevölkerungszahl zurückging, liegt kein Grund zu der Annahme vor, daß man keine rasche Entwickelung der rumänischen Viehwirtschaft erwarten darf. Für die letzten Friedensjahre lassen sich die Verhältnisse dahin zusammenfsasen, daß eine leichte Vermehrung der Rindviehzucht zu erkennen war. Die von der Regierung endlich bewilligte Sperrung der Vieheinfuhr machte sich hierbei geltend. Die Schweinezucht ging ständig zurück. Der Großbetrieb hat zwar, durch die billigen Fütterungsmittel in Gestalt des Abganges der Brauereien und der Zuckerfabriken versucht, den Bestand zu heben, der Kleinbetrieb aber versagte ganz.

Die Schafzucht wurde infolge der Minderung der Wiesen geringer, in auffallender Weise nahm das Haustier des Kleinbesitzers, die Ziege, ab. Da Zahlen stets einen schnellen und klaren Überblick geben, mag die nachfolgende Zusammenstellung Platz finden. Die Ziffern sind den „Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft", Jahrgang 1916, Nr. 65, dem Konsulatsberichte von 1912 und dem „Weltwirtschaftlichen Archiv" S. 425, Jahrjang 1916 entnommen. Hiernach betrug der rumänische Viehbestand in Stück:

	1900	1907	1911	1913	1916
Rinder	2588526	2585205	2666945	2805532	2937877
Schafe	5665444	5104506	5269433	5950342	7810809
Schweine	1709205	1123504	1021405	1380427	1382184
Pferde	864324	807704	824714	938333	1218563
Ziegen	282515	190703	186515	237524	300609
Esel	7701	4684	4248	4004	12297

Die Zahlen von 1916 können an dem Gesamtbilde nichts ändern, weil für 1916 der an Rumänien gefallene Viehbestand der Dobrudscha mit eingerechnet ist; dieser Viehbestand aber ist keineswegs unbeträchtlich.

Der Viehbestand ausschließlich der Dobrudscha wurde für 1916 nach dem Monitorul Oficial Nr. 68 wie folgt angegeben:

Rindvieh	2782413	Stück
Schafe	6668881	„
Schweine	1359289	„
Pferde	1134171	„
Ziegen	189582	„
Esel	8835	„

Die Geflügelzucht ist in der Moldau entwickelt, ohne indessen eine Ausfuhr an Geflügel oder Eiern zuzulassen. Sie ist lediglich die lokale Einnahmequelle des finanziell schwachen Kleinbauers.

Trotz der mannigfachen Rückstände ist die Landwirtschaft die feste Stütze des rumänischen Wirtschaftslebens. Die in der Landwirtschaft verkörperten Werte sind im Hinblick auf die begrenzte Ausdehnung des Staates bedeutend. Die Höhe dieser Werte rechtfertigt die Annahme, daß Rumänien seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau durch

die weitere Hebung seiner Agrarkultur suchen muß. Nachfolgend mag eine Aufstellung gegeben werden, welche einen kurzen Überblick über die Werte der rumänischen landwirtschaftlichen Produktion gibt. Die Bruttowerte der rumänischen landwirtschaftlichen Produktion betrugen 1911 in Millionen Lei bei der

Weizenernte	409,3	Rapsernte	11,16	Futterernte	14,80
Gersten „	84,8	Lein „	5,56	Trauben „	46,18
Hafer „	54,5	Bohnen „	32,11	Pflaumen „	9,68
Roggen „	18,9	Reben „	6,57		
Mais „	409,6	Tabak „	6,72		

Demnach setzt man den Ertrag der Kornernte auf 1037 Millionen Lei an, den Ertrag der Industriegüter auf 16,72 Millionen Lei, jener der Hülsenfrucht auf (mit Bohnen) 42,81 Millionen Lei.

Die Einnahmen, welche der Staat durch den Verkauf seiner Agrargüter an das Ausland gewinnt, sind bedeutend. Im Jahre 1911 hatte Rumänien eine Gesamtausfuhr von 5 391 279 t, die dem Lande eine Einnahme von 691 850 476 Lei brachten. Von dieser Gesamtausfuhr kamen 4 657 028 t auf das Konto agrarischer Produkte. Sie entsprechen einem Werte von 644 904 904 Lei. Diese Zahlen sprechen für sich und bedürfen keiner näheren Erläuterungen.

Was der rumänischen Landwirtschaft bei ihrem Wiederaufbau notwendig ist, würde in erster Linie eine Erweiterung der landwirtschaftlichen Hoch- und Fachschulen sein, obgleich auf diesem Gebiete, wie durchaus nicht geleugnet werden soll, schon viel getan ist. Ferner ist es eine dringende Notwendigkeit, das Kreditbedürfnis des Landes in umfassenderer Weise als bisher zu befriedigen. Auch hier ist wesentliches getan, für den Balkan könnte Rumänien hier vorbildlich wirken. Dennoch befinden sich die aufgewandten Mittel in einem Mißverhältnis zu dem erforderlichen Bedürfnis. Vor allem sind die Kreditinstitutue, welche den Kredit des Landes und der Agrarindustrie zu decken bestrebt sind, nicht kapitalkräftig genug. Es ist zu hoffen, daß die jetzt eingeleitete Agrarreform sich den Erfordernissen des Kreditlebens der rumänischen Landwirtschaft nicht verschließen wird.

Die wirtschaftlichen Grundlagen des neuen Polens.

Von Joseph Mendel-Berlin.

Schon in den Stürmen des Weltkrieges, im Jahre 1916, ist den Polen Rußlands die staatliche Unabhängigkeit durch die bekannten Zwei-Kaiser-Proklamationen zugesagt worden, und der vorletzte der Wilsonschen Friedenspunkte lautet bekanntlich dahin, daß ein unabhängiger polnischer Staat errichtet werden soll, der alle Länder, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind, umfaßt, einen gesicherten, freien und zuverlässigen Zugang zur See besitzt und dessen wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie territoriale Unverletzlichkeit durch internationalen Vertrag garantiert wird. Bei der Durchführung der Wilsonschen Forderung ergeben sich nicht unerhebliche Schwierigkeiten für die Abgrenzung des neuen Staates. Der rein nationalistische Standpunkt ist deshalb für Polen garnicht durchzuführen, weil im Gegensatz zum Tschechenstaat selbst in Kongreß-Polen die Polen nur etwa 72 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Von Galizien ist nur der westliche Teil ausgesprochen polnisch, während der östliche zum überwiegenden Teil von Ruthenen bewohnt wird, und für die Provinz Posen liegen die Verhältnisse nicht wesentlich anders. Danzig und Königsberg aber sind rein deutsche Städte und auch ihre ländliche Umgebung ist deutsch. Was schon politisch höchst anfechtbar ist, würde wirtschaftlich noch weit schwieriger zu rechtfertigen sein. Aber immerhin werden die politischen Verhältnisse hier wie auch im Tschechenstaat den Ausschlag geben.

Die Grundlagen des Wirtschaftslebens Polens im Mittelalter und in der Neuzeit, sind von den Deutschen geschaffen

worden. Deutsche waren es, welche die Polen in allen wirtschaftlichen Zweigen, vor allem auch in der Landwirtschaft, unterwiesen haben. Die Slaven und damit auch die Polen waren ursprünglich durchweg kein Ackerbautreibendes Volk. Deutsche Kaufleute haben noch im Mittelalter und in der Neuzeit deutsches Getreide nach Polen und Rußland gebracht. Die polnische Bauernwirtschaft, welche in der Neuzeit unter deutschem Einfluß blühte, ist dann unter der drückenden Herrschaft des Adels wieder in Verfall geraten.

Die russische Herrschaft hat Polen nicht nur politisch geknechtet, sondern auch lange Zeite entweder wirtschaftlich überhaupt am Boden gehalten, oder bewußt in bestimmte, Rußland genehme Bahnen gelenkt. Der Grundgedanke der russischen Agrarpolitik in Polen war die Auflösung des adligen Grundbesitzes, auf dem der polnische Staat in den vergangenen Jahrhunderten sich aufgebaut hatte. Gleichzeitig damit wollte man die westeuropäische Kultur Polens treffen. Durch eine jahrzehntelange Arbeit hat man so zu Gunsten der kleinbäuerlichen Betriebe und des adligen Kleinbesitzes, der sogenannten kleinen Schlachta, die Landreform durchgeführt, jedoch gleichzeitig damit eine Verkleinerung der Betriebe selbst vornehmen müssen. Während sich im Jahre 1873 die von den Bauern und dem Kleingrundbesitz besessene Bodenfläche auf 4,60 Millionen Desjätinen stellte und 656 000 Betriebe umfaßte, war sie im Jahre 1904 auf 6,16 Mill. Desj. und etwas über 1 Mill. Betriebe gestiegen. Nach einer kurz vor dem Kriege aufgenommenen Statistik entfallen etwa 54,6 % der Bodenfläche Polens auf bäuerlichem Kleinbetrieb, 35,1 % auf Großgrundbesitz. Nach einer andern Statistik entfielen 45,8 % auf Bauernland, 34,4 auf Großgrundbesitz und 6,1 auf Kleinadelsbesitz. Eine Statistik aus dem Jahre 1904 gab 52,9 % auf Kleinbetrieb und 42,4 % auf Großbetrieb an. Das Verhältnis zwischen Klein- und Großbetrieb ist übrigens in den einzelnen Provinzen ein wechselndes. Durch die Weichselniederung zerfällt Polen in zwei landwirtschaftlich durchaus verschiedene Gebiete: in das nordöstliche reine Acker-

baugebiet und das südwestliche, das zur Hälfte Industrie, zur Hälfte Ackerbaugebiet ist. Von der 1897 9,4 Millionen Menschen zählenden Bevölkerung gehörten 55,6 % der Land- und Forstwirtschaft, 15,8 % der Industrie und dem Bergbau und 8,6 % Handel, Verkehrswesen und Schankwirtschaft an. Die Produktionsbedingungen der polnischen Landwirtschaft hat man jahrzehntelang durch eine Polen feindliche Tarifpolitik gehemmt, indem für den Transport von Getreide nach den innerrussischen Absatzmärkten doppelt so hohe Tarifgebühren zu entrichten waren, wie in umgekehrter Richtung. Dazu kamen an und für sich schon höhere Produktionskosten für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse als sie in Rußland üblich waren. Zu diesen ungünstigen Produktionsbedingungen tritt infolge der dichten Bevölkerung Polens ein außerordentlich niedriges Lohnniveau, das sich wesentlich niedriger als im eigentlichen Rußland und im benachbarten Deutschland stellte, woraus die starke Auswanderung nach Amerika und die sogenannte Sachsengängerei nach Deutschland zu erklären ist. Schon 1904 wurden die beschäftigungslosen Arbeitskräfte in Polen auf 6 bis 700 000 erwachsene Personen geschätzt, die Zahl der Auswanderer bewegte sich jährlich zwischen 6000 und 20 000, während die Zahl der Sachsengänger in den ersten Jahren des Jahrhunderts jährlich zwischen 140 und 150 000 Personen und darüber hinaus geschwankt hat und auch in den letzten Jahren vor dem Kriege sich kaum verringert haben wird.

Die polnischen Ernten bewegten sich in den letzten Jahren zwischen 5 und 6 Mill. dz Weizen, etwa 19 bis 22 Mill. dz Roggen, 4¾ bis 5¾ Mill. dz Gerste, 9½ bis 10¾ Mill. dz Hafer. An Kartoffeln wurden 80 bis 110 Mill. dz und an Zuckerrüben 10½ bis 12½ Mill. dz geerntet. Die Anbaufläche für Weizen betrug etwa 500 000 ha, für Roggen 2,1 bis 2,2 Mill. ha, für Gerste 480 bis 500 000 ha, für Hafer 2,12 bis 2,15 Mill. ha, für Kartoffeln etwas mehr oder etwas weniger als 1 Mill ha und für Zuckerrüben 58 bis 63 000 ha. Die Durchschnittserträge vom Hektar stellten sich für Weizen und Gerste auf 11 dz, für Roggen

auf 10 dz, für Hafer auf 9 dz, für Kartoffeln auf 96 dz und für Zuckerrüben auf 198 dz. Wie sehr die polnische Landwirtschaft noch intensiviert werden kann, mag ein Vergleich mit den durchschnittlichen Ernteergebnissen in der Provinz Posen zeigen, wo pro Hektar an Weizen 21, an Roggen 17, an Gerste 20, an Hafer 19, an Kartoffeln 149 dz im Durchschnitt der Jahre 1904 bis 1913 geerntet wurden, oder 91, 70, 81¾, 111, und 55 % mehr als in Polen. Die Bodenverhältnisse Polens sind denen der preußischen Ostseeprovinzen, besonders aber Posens außerordentlich ähnlich, sodaß also eine wesentliche Steigerung der Landwirtschaft und der geeigneten übrigen Produktionsbedingungen wohl erwartet werden kann. Mit seiner Ernte kann Polen seinen eigenen Getreidebedarf nicht decken und ist daher auf Zufuhr aus Deutschland und Rußland angewiesen. Mit Hilfe der in den deutschen Einfuhrscheinen liegenden Ausfuhrprämien, hat es dauernd bedeutende Getreidemengen aus Deutschland bezogen, so noch im letzten Friedensjahr 1913 2,30 Mill. dz Roggen, 200 000 dz Weizen und 380 000 dz Hafer. Wesentlich größer ist die Zufuhr von russischem Getreide nach Polen gewesen. Infolge der oben erwähnten Tarifverhältnisse sind durchschnittlich jährlich aus Rußland viel größere Mengen an Agrarprodukten nach Polen eingeführt worden, als Polen nach dem übrigen Rußland ausführte. Die überschüssige Zufuhr stellte sich im Durchschnitt der Jahre 1907 bis 1910 auf 2,15 Mill. Pud Roggen, 0,242 Mill. Pud Roggenmehl, 2,34 Mill. Pud Grütze, 9,10 Mill. Rud Weizenmehl und 0,42 Mill. Pud Hafer. Die so durch die Eisenbahntarifpolitik Rußlands geförderte Überschwemmung des polnischen Marktes mit russischen Agrarprodukten hat die Getreidepreise in Polen gesenkt, andererseits aber auch der polnischen Landwirtschaft den Ansporn zur Hebung der Produktion genommen.

Über die polnische Viehzucht, die durch den Krieg sehr stark gelitten hat, bestehen keine verläßlichen statistischen Angaben. So viel ist sicher, daß Polen auch auf die Einfuhr von russischem Vieh vor dem Kriege angewiesen war, das bei den primitiven russischen Aufzucht-

verhältnisen relativ billig war und trotz des Aufschlages der Transportkosten und Spesen die Preise für heimisches Vieh drückte und ebenso einen Hemmschuh für die Fortentwickelung der Viehzucht bildete. Große Sorgfalt hat man der Pferdezucht zugewandt, die übrigens auch mit russischer Staatshilfe gefördert wurde. Die Schafzucht Polens ist aus demselben Grunde wie in Deutschland stark zurückgegangen. Die Schweinezucht ist überhaupt nur geringfügig in Polen entwickelt gewesen. Mit der Hebung der Landwirtschaft hat sich auch die Nahrungsmittelindustrie gehoben. Es wurden vor allem Brennereien, Kartoffelstärke- und Kartoffelflockenfabriken ins Leben gerufen, wie auch die Zahl der Zuckerfabriken zugenommen hat, die kurz vor dem Kriege etwas über 50 betrug. Im letzten Friedensjahr wurden 3,3 Mill. Zentner Zucker hergestellt.

Was für die Landwirtschaft gilt, trifft in erhöhtem Maße für die Forstwirtschaft zu, die ebenfalls nicht entfernt auf der Höhe der deutschen Forstwirtschaft steht, obwohl die Oberleitung polnischer Forsten vielfach in Händen deutscher Fachleute lag. Am besten waren die Kronforsten bewirtschaftet. Ein Haupthinderungsgrund für die Entwickelung der Forstwirtschaft, wie auch für die Entwickelung der Landwirtschaft ist der Wegemangel. Der Holzbedarf Polens ist, da auf dem Lande und in den Kleinstädten fast ausschließlich Holzbau vorherrscht und in den Haushaltungen Holz zum Brennen benutzt wird, ein ganz außerordentlicher. Dazu ist der bäuerlichen Bevölkerung seit 50 Jahren das Recht gewährt worden, ihren Holzbedarf abgabefrei aus dem Herrenwalde zu holen und ebenso im Herrschaftswalde das Vieh zu weiden. Der Weltkrieg hat den Zustand der polnischen Forsten weiter verschlechtert. Einschränkung des Holzbedarfs, Verbesserunng des Waldzustandes und auch Vergrößerung der Waldfläche sind dringendes Erfordernis. Trotz seines schlechten und wenig wirtschaftlich gehandhabten Waldbestandes war Polen noch ein stark holzausführendes Land und hat große Mengen von Bau-, Gruben- und Papierholz an das Ausland geliefert.

Auf noch niedrigerem Stande als die polnische Landwirtschaft steht diejenige Galiziens, die im 18. Jahrhundert noch exportfähig war, während heute Getreide importiert werden muß. Die durchschnittliche Ernte Galiziens stellte sich in den letzten Jahren auf 6½ bis 7½ Mill. dz Weizen 8¼ bis 8¾ Mill. dz Roggen, 3¾ bis 4¾ Mill. dz Gerste und 7 bis 8½ Mill. dz Hafer. An Kartoffeln wurden durchschnittlich 60 bis 70 Mill. dz geerntet. Der Wert der gesamten galizischen Ernte, die übrigens auch etwas Mais, Buchweizen, Raps, Zucker und Futterrüben umfaßt, wurde 1912 auf rund 1¼ Milliarde Kronen geschätzt. In Galizien liegen die Hektarerträgnisse für Roggen und Weizen etwas ungünstiger, für Hafer und Gerste etwas günstiger als in Polen. Von der Gesamtfläche des Landes, die 7,85 Millionen Hektar umfaßt, entfallen auf landwirtschaftlichen Betrieb 70 % und 26 % auf die Forstwirtschaft. 80 % der Gesamtbevölkerung leben von der Landwirtschaft, sodaß man Galizien heute trotz seiner umfassenden Industrialisierung als ein ausgesprochenes Agrarland bezeichnen muß. Die Hektarerträgnisse der Jahre 1903 bis 1912 stellten sich für Weizen auf 11½ dz, für Roggen und Hafer auf 10 dz, für Gerste auf 10½ dz und für Mais auf 11½ dz. Sie stehen wesentlich hinter den Erträgnissen der österreichischen Monarchie und ganz bedeutend hinter denen Böhmens, aber auch Niederösterreichs zurück. Auf die rationelle landwirtschaftliche Entwickelung Galiziens und die Intensität der Betriebe hat einerseits die Zerstückelung des Grundbesitzes in kleine Betriebe von 1 bis 10 ha eingewirkt, andererseits der Mangel an fachmännischer Bildung der Landbevölkerung, des weiteren die Verschuldung des Bodens und der Mangel an Betriebskapital. Auch die steigende Auswanderung nach Amerika und in das übrige europäische Ausland hat die Ernteergebnisse Galiziens sehr ungünstig beeinflußt. Der Gesamtwert der galizischen Ernte stellte sich im Durchschnitt der Jahre 1909 bis 1913 auf 438,6 Millionen Kronen. Gut gepflegt ist die Viehzucht, und zwar neben Rinderzucht auch die Schweinezucht, Schaf- und Geflügelzucht. Der Nutztier- und Ge-

flügelbestand stellte sich für Galizien 1913 auf 2,50 Mill. Rinder, 0,905 Mill. Pferde, 0,359 Mill. Schafe, 1,83 Mill. Schweine, 0,019 Mill. Ziegen und 11,58 Mill. Geflügel. Von Pferden entfallen rund die Hälfte der österreichischen Monarchie, von Hornvieh und Schweinen je etwa der vierte Teil, von Geflügel der dritte Teil auf Galizien. Der Absatz in Molkereiprodukten, besonders Butter, die nach Österreich-Ungarn und der Türkei geht, ist sehr erheblich, während die galizische Geflügel- und Eierverwertungsgenossenschaft in den letzten Friedensjahren durchschnittlich für 40 Mill. Kronen Eier nach Deutschland, der Schweiz und Frankreich abgesetzt hat. Was die Forstwirtschaftsverhältnisse betrifft, so ist Galizien, das noch Ende des 18. Jahrhunderts äußerst waldreich war, später übermäßig entwaldet worden. Es herrschten hier bezüglich der Waldnutzung durch die Bauern, ganz ähnliche Verhältnise wie in Polen, die dem Aufschwung einer auch noch so primitiven Waldwirtschaft im Wege standen. Immerhin ist auch noch der heutige Waldbestand Galiziens ein überaus wertvoller. Die Waldfläche stellt sich auf rund 2 Mill. ha, also auf etwa 26 % der Gesamtfläche des Landes. Seit mehreren Jahrzehnten hat man der ausbreitenden Entwaldung durch Gesetz Einhalt getan und damit eine planmäßige Forstwirtschaft begründet, die insbesondere in den sehr ertragsreichen Staatsforsten geübt wird.

Die industriellen Verhältnisse Polens sind denen der Landwirtschaft völlig entgegengesetzt, zum Teil deshalb, weil man die Industrie russischerseits ganz auf Kosten der Landwirtschaft groß gezogen hat. Da diese Industrie aber die Bedürfnisse einer nicht sehr kaufkräftigen Landwirtschaft übersteigt, so ist sie zu einer dauernden Ausfuhr verurteilt. Die Industrie wurde in Polen schon Anfang des 19. Jahrhunderts durch Heranziehung fremder, namentlich preußischer und sächsischer Handwerker und Fabrikanten insbesondere zur Zeit der napoleonischen Herrschaft über Polen begründet. Die Ausländer erhielten große Privilegien, durften ihre Güter zollfrei einführen, und ebenso hat man den Handel nach dem Auslande nicht nur freigegeben,

sondern auch gefördert. Rußland hat die polnische Industrie durch seine Tarifpolitik begünstigt und nur vorübergehend Zölle auf polnische Ware nach Russisch-Asien gelegt. Schon durch den Tarif von 1850 wurde die Zollgrenze zwischen Polen und Rußland beseitigt. Einen mächtigen Ansporn erhielt die polnische Industrie durch Versteigerung, richtiger gesagt durch die Verschleuderung staatlicher russischer Betriebe, die für den Fiskus nur unter Verlusten gearbeitet hatten. Ebenso wurden wertvolle Bodenschatzkonzessionen für billiges Geld privaten Unternehmern abgegeben. Wie die bergmännische Produktion ist auch die sich auf ausländiche Rohstoffe stützende Textilindustrie in den letzten Jahrzehnten sprunghaft in die Höhe gegangen.

Beginnen wir mit den Mineralschätzen, welche die Grundlage für die polnische Industrie bieten, so kommt Kohle in Polen nur an einer einzigen Stelle, im Dombrowaer Revier im Kreise Bendzin vor. Diese Steinkohlenvorkommen stellen eine Fortsetzung des oberschlesischen Steinkohlenbeckens dar. Innerhalb des russischen Reiches machte die Steinkohlenproduktion des Dombrowaer Reviers über 20 % der gesamten russischen Steinkohlenförderung aus. An sich ist die polnische Kohle, obwohl sie wie in Schlesien in ungewöhnlicher Mächtigkeit bis zu 18 Meter vorkommt, ihrem Charakter nach nur eine magere Sandkohle, also zur Koks- und Gasgewinnung ungeeignet. Immerhin sind die Kohlenvorräte im Dombrowaer Revier recht bedeutend. Sie werden auf einem Areal von 800 qkm nach Abzug der Abbauverluste auf rund 2 Milliarden Tonnen geschätzt. Nach älteren Schätzungen hat man sogar bis zu einer Tiefe von 1000 Meter eine Kohlenmenge von 5 Milliarden Tonnen angenommen, während man das ganze schlesisch-galizisch-polnische Kohlenbecken bis zu der erwähnten Tiefe auf über 100 Milliarden Tonnen Kohle geschätzt hat. Die Kohlenförderung Polens aus dem Dombrowaer Gebiet stellte sich 1890 erst auf 2½, 1900 auf etwas über 4 Mill. Tonnen und 1913 auf 6,83 Mill. Tonnen. Da der Kohlenverbrauch der polnischen Industrie schon 1908 auf 3¼ Millionen Tonnen angegeben wurde und sich seit-

dem noch weiter gesteigert hat, ist man auf die Einfuhr guter Industriekohle aus Deutschland d.h. Schlesien angewiesen, während andererseits etwas polnische Kohle nach Rußland abgegeben wurde. So führte Polen 1913 rund 1 Mill. Tonnen Kohle aus, nahm aber dafür 1½ Mill. Tonnen Steinkohle und 800 000 Tonnen Koks aus Schlesien für seine Industrie, besonders für die Eisen- und Metallindustrie und für die Gasanstalten herein. Von der deutschen Kohlenausfuhr nach Rußland, die sich 1912 auf 1½, 1913 auf 2,1 Millionen Tonnen stellte, ist also der weitaus größte Teil nach Polen gegangen. Der polnische Steinkohlenbergbau, namentlich auch derjenige der staatlichen Gruben, ist vielfach durch ausländisches privates Kapital, vor allem deutsches, französisches, italienisches und belgisches entwickelt und betrieben worden, während polnisches Kapital nur in geringem Maße beteiligt war. Die Warschau—Wiener Bahn und die Iwangorod-Dombrowabahn stellen die Verbindung der polnischen Kohlengebiete mit Westrußland her. Wären sie besser betrieben worden, als es tatsächlich derr Fall war, so hätten sie sicher dem polnischen Kohlenbergbau einen noch größeren Anreiz zu seiner Entfaltung gegeben. Vor dem Weltkrieg bestanden neun große und eine Anzahl kleinerer Unternehmungen mit 51 Förderschächten.

Im polnischen Steinkohlenbergbau waren in den letzten Jahren rund 23 000 Arbeiter beschäftigt, die pro Mann durchschnittlich jährlich 276 Tonnen förderten, während die Jahresleistung in Oberschlesien pro Kopf 344 Tonnen betrug. Bei den günstigen Flözverhältnissen, bei genügender Besserung der technischen Anlagen ist die Zukunft des polnischen Bergbaues sehr aussichtsvoll; auch könnte die Arbeitsleistung erheblich gesteigert werden.

Die galizische Kohlengewinnung steht der polnischen wesentlich nach. Sie stellte sich Ende der 90iger Jahre auf ¾ Millionen Tonnen, hatte aber im Jahre 1913 eine Höhe von 2 Millionen Tonnen erreicht. Im galizischen Kohlenbergbau sind etwas über 6000 Arbeiter beschäftigt. Wie erwähnt, stehen die Kohlenbergwerke Westgaliziens im

geologischen Zusammenhang mit den schlesischen Kohlenlägern, doch war die Steinkohlenindustrie deshalb vernachlässigt, weil die galizische Kohle der schlesischen Kohle an Qualität nachstand und die Einfuhr der letzteren durch die österreichischen Einfuhrtarife begünstigt wurde. Versuchsbohrungen, die 1908 bis zu 1000 Meter vorgenommen wurden, haben immerhin ergeben, daß man den Steinkohlenvorrat Galiziens auf etwa 25 Milliarden Tonnen abbauwürdiger Kohle schätzen darf. Die Gesamtproduktion an Steinkohle hatte 1912 einen Wert von 15¼ Millionen Kronen. Geringfügig ist die Braunkohlenförderung, die sich in dem erwähnten Jahr auf 359 000 dz im Gesamtwert von 0,453 Mill. Kronen stellte. Bemerkt sei, daß die etwa 150 000 im ganzen polnisch-schlesischen Kohlenbecken beschäftigten Arbeiter sich fast durchweg aus Polen, die aus Galizien, Schlesien und dem Königreich Polen stammen, zusammensetzt, ein Umstand, der für die Konsolidation der polnischen Bergbaugebiete für die nahe Zukunft nicht unwesentlich ins Gewicht fällt.

An Erzen wurden in Polen Kupfererze und Bleierze nördlich und westlich von Kielce schon im Mittelalter abgebaut. Bedeutender ist der Zink- und Bleierzbergbau in den Kreisen Bendzin und Olkusz, wo auch Brauneisenerze vorkommen. Die Zinkhütten von Bendzin, Zagarze und Dombrowa erhalten ihr Rohmaterial aus den erwähnten Gebieten. Auf den Hauptgruben wurden 1912 zirka 44 000 t Galmei und 17 000 t Bleiglanz bezw. bleiglanzhaltigen Galmeis gewonnen. Die Zinkhütten stellten 1912 zirka 8800 t Zink her, das zum größten Teil von den Walzwerken der Sosnowicer Akt.-Ges. und der Firma Tillmanns und Oppenheim in Bendzin verarbeitet wurde. Polen hat von dieser Zinkproduktion auch dem übrigen Rußland abgegeben, das außerdem noch jährlich zirka 20 000 t Zink aus Deutschland einführen mußte, da die russische Zinkgewinnung überaus geringfügig ist. Galiziens Zinkproduktion (1913: 15 165 t) beschränkt sich auf zwei Zinkhütten bei Sierza. Das dortige Hauptunternehmen ist die Galizische Montanwerke-Akt.-Ges. (Kap.: 5 Mill. Kr.)

die 1913 513 163 t Kohle förderte und 3662 t Zink hüttenmännisch produzierte.

Eisenerze werden als Brauneisenstein und Toneisenstein abgebaut, u. a. bei Poreba bei Zawiercie. Reich an eisenerzführendem Ton ist weiter der ganze Südwestabhang des Höhenzuges von Krakau—Wielun. Die hier vorhandenen Erzvorräte dürften auf mindestens 500 Millionen Tonnen zu schätzen sein. Zu den erwähnten Eisenerzvorkommen treten noch die von Kielce und Radom. Die polnische Eisenerzindustrie bezieht aber heute 60 % ihres Bedarfs aus dem Kriwoiroggebiet der Ukraine (1912: 510 000 t). Die polnische Eisenhüttenindustrie hat ihren Sitz im Dombrowaer Revier. Sie stellte 1910 255 000 t, 1913 425 000 t Roheisen her, d. h. fast 10 % der gesamten russischen Roheisenerzeugung. Das Roheisen wird in der nächsten Nähe der Hochöfen zu Walzeisen, Röhren, Blechen und Feineisen verarbeitet. 1913 hatte die polnische Eisenhüttenindustrie 13 Hochöfen, 17 Kupolöfen, 32 Siemens-Martinöfen, 10 Pudelöfen, 10 Tiegelöfen und 64 Glüh-, Wärm- und Schweißöfen in Betrieb. Die Halbzeugproduktion belief sich auf 600 000 t, an Schienen, Draht, Blechen, Röhren, Stahleisen, Fassoneisen wurden 450 000 t hergestellt. Die Arbeiterzahl betrug im letzten Friedensjahr 1913 18 000 Mann. Die polnische Eisenindustrie hängt mit der oberschlesischen Eisenindustrie sehr eng zusammen, da die polnischen Betriebe meist Filialgründungen der oberschlesischen Eisenhütten darstellen. So gehört die seit 1881 bestehende Katharinenhütte in Sosnowice der Königs- und Laurahütte, ebenso das Hüttenwerk Blachownia. An den Metallfabriken B. Hantke ist die Oberschlesische Eisenindustrie A.-G. weitgehend beteiligt. Ein weiteres polnisches Hüttenwerk, die Milowicer Eisenwerke A.-G. (Kap.: 5 Mill. K.) mit Sitz in Friedenshütte, ist eine Gründung der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfsgesellschaft. Die polnischen Eisenwerke sind auf Erzbezug aus Südrußland und Schlesien angewiesen. Durch die hohen Zölle, die Rußland auf Eisen-Fertigfabrikate legte, war die Einfuhr deutschen Roheisens überaus begünstigt, und mit aus dieser Erwägung heraus

haben die oberschlesischen Werke in Polen ihre Betriebe zur Verarbeitung des eingeführten Roheisens errichtet. Die dann folgende Erhöhung des Roheisenzolls zwang die Werke zur Steigerung der Verarbeitung des Radomer Roheisens und der übrigen polnischen und russischen Erze. Die polnische Eisenindustrie steht technisch auf der Höhe, produziert aber infolge des teuren ausländischen Erz- und Kohlenbezugs recht teuer und ist, um rentabel zu arbeiten, auf weitgehende Verfeinerung angewiesen. Diese Verfeinerung hat ihr aber die Möglichkeit gegeben, das russische Reich weitgehend bis in die entlegensten Bezirke hinein mit ihren Erzeugnissen zu versorgen. Rußland wird noch für lange Zeit auf diese verfeinerten Erzeugnisse der polnischen Eisenindustrie angewiesen sein. Polen selbst stellt für diese Eisenerzeugnisse kein ausreichendes Absatzgebiet dar, während der Absatz nach Deutschland und Österreich durch die hohen Selbstkosten und die dortige Eisenindustrie ausgeschlossen erscheint. Der Produktionswert der polnischen Eisenhüttenwerke wurde 1913 auf 60 Millionen Rubel geschätzt. Die polnischen Eisenhüttenwerke waren vor dem Kriege dem russischen Eisensyndikat „Prodameta" angeschlossen und für Sorteneisen, Bleche und Universaleisen mit zirka 20 %, für Träger, Bandagen und Achsen mit 45 % beteiligt Galiziens Eisenerzgewinnung stellte sich 1910 auf 4176 t, an Bleierzen wurden 5864 t an Zinkerzen 2302 t gewonnen. Die Erzförderung repräsentierte einen Wert von 11½ Mill. Kr. Der Hüttenbetrieb Galiziens lieferte in der Hauptsache Zink und zwar 1910 8864 t im Werte von 4,6 Mill. Kr.

Von sonstigen Bergbauprodukten ist in Polen etwas Salz aus Bohrlöchern und Solquellen östlich von Alexandrowo sowie östlich von Pinczow gefunden worden, Gips und Schwefel im Karpathenvorland nördlich der Weichsel. Kleinere Schwefelgruben sind auch an der Mündung der Nida in die Weichsel im Betrieb, ferner hat man etwas Erdöl in Woicza festgestellt. An Salz und Erdöl wird aber der neue Nationalstaat Polen eine beträchtliche Hilfsquelle von dem Zuwachs Galiziens erhalten. Galizien ist überaus

reich an Salz. Schon im Mittelalter waren die Gruben in Wiliczka und Bochnia bekannt, die bis vor kurzem als Besitz der Krone dem österreichischen Salzmonopol einverleibt waren. Auch Ostgalizien besitzt eine Anzahl von Salinen. Galiziens Salzproduktion ist teils infolge der Begünstigung der Salinen anderer Kronländer, hauptsächlich aber infolge veralteter Betriebsmethoden in den letzten Jahren stetig zurückgegangen und stellte sich 1911 nur noch auf 140 000 t. An Salzsole wurden 1913 1,97 Mill. hl gewonnen, an Steinsalz 1,22 Mill. dz, an sekundären Salzerzeugnissen 1,51 Mill. dz, etwa je zur Hälfte Speisesalz und Industriesalz. Der Wert der galizischen Salzproduktion betrug 17,4 Mill. Kr. Zur Expoitation von Kalisalzen (Sylvinit Kainit) aus in Kaluz belegenen Gruben hatte sich vor dem Weltkrieg die Akt.-Ges. für Exploitation von Kalisalzen zu Lemberg (Kap. 6 Mill. Kr.) gebildet.

Die galizische Erdölproduktion wird dem neuen Staate gleichfalls zur Verfügung stehen, doch ist hier wesentlich, ob Ostgalizien bei Polen verbleibt, oder zur Ukraine treten wird. In letzterem Falle würde vermutlich der Hauptteil der galizischen Erdölgewinnung, also die Gruben von Boryslaw und Tustanowice auf ukrainisches Gebiet fallen. Die westgalizische Erdölproduktion, die ursprünglich die bedeutendere gewesen war, ist dann infolge des enormen Aufschwungs von Boryslaw-Tustanowice vernachlässigt worden. Die sehr wertvolles Erdöl enthaltenden Gruben Westgaliziens sind erst in der letzten Zeit vor dem Kriege wieder etwas stärker entwickelt worden, ihnen wird gleichfalls noch eine große Zukunft vorausgesagt. Die infolge der Russeninvasion und deren Zerstörungen stark zurückgegangene galizische Erdölförderung stellte sich 1916 und 1917 auf etwa 900 000 und 830 000 t, während sie in der letzten Zeit vor dem Kriege wesentlich mehr betragen hatte, wenn auch die Höchstproduktion von 1909 in Höhe von über 2 Mill. t noch nicht wieder erreicht worden ist. Neben Erdöl spielt das wertvolle Erdwachs in den polnischen Teilen Galiziens eine große Rolle, wenn sich auch die Läger infolge einer großen Raubwirtschaft stark erschöpft haben.

Die wichtigste Industrie Polens ist die Textilindustrie. Ihre Hauptgebiete sind Lodz, Sosnowice und Czenstochau, während die Hauptstadt Warschau nur für Textilspezialitäten in Betracht kommt. Weder Rohstoffe noch Kohlennähe noch auch geeignete Bahnbauten, schiffbare Flüsse und Kanäle haben die Textilindustrie in diesen Orten entfaltet, sondern lediglich deutscher Fleiß und deutsche Intelligenz haben sie aus den kleinsten Anfängen heraus entwickelt. Innerhalb der Textilindustrie nimmt die Baumwollindustrie die führende Stelle ein. Der Produktionswert dieser Industrie wurde 1910 auf ½ Milliarde M geschätzt. In dem genannten Jahr wurden von über 1½ Million Spindeln in 54 Spinnereien und von ca. 22 000 Arbeitern aus 67 Millionen kg Baumwolle 65,4 Millionen kg Garn gesponnen. Die polnische Baumwollindustrie verarbeitet etwa zur Hälfte amerikanische, außerdem große Mengen persischer, ostindischer und auch ägyptischer Baumwolle. Trotz der erschwerten Zollpolitik, trotz der Begünstigung der russischen Rohstoffe findet die amerikanische Baumwolle infolge der Billigkeit des Wasserwegs über die Ostseehäfen Eingang. In der Hauptsache werden Grobgarne gesponnen. An Webereien waren 1910 125 Fabriken mit 32 188 Webstühlen und etwa 28 000 Arbeitern vorhanden. Der Wert an rohen, unveredelten Baumwollwaren einschließlich der zur Herstellung von Wollwaren, Wirkwaren und Spitzen verwendeten, in polnischen Betrieben hergestellten Garne und Nähgarne, stellte sich auf über ¼ Milliarde Mark. Die polnische Baumwollspinnerei stand vor dem Kriege technisch auf der Stufe der Vollendung, war auch kaufmännisch gut geleitet und sehr ertragreich.

Die polnische Wollindustrie nahm innerhalb der gesamten Wollindustrie des russischen Reiches eine noch bedeutendere Stellung ein, als die Baumwollindustrie, indem 75 % der Wollindustrie des europäischen Rußlands auf Konreßpolen entfielen. Es waren in ihr vor dem Kriege etwa 300 000 Kammgarnspindeln (davon allein 220 000 im Sosnowicer Bezirk), 500 000 Streichgarnspindeln, 6 bis 7000 mechanische und 3000 Handwebstühle tätig. Wäh-

rend in der Streichgarnspinnerei und Weberei kleine Betriebe und Hausindustrie noch immer eine beträchtliche Rolle spielen, ist in der Kammgarnspinnerei der Großbetrieb vorherrschend. Der Produktionswert der Wollindustrie steht demjenigen derr Baumwollindustrie nur wenig nach und hat jährlich über 200 Mill. Mark betragen. Ebenso wie die Baumwollindustrie, produziert auch die Wollindustrie, in der Hauptsache gröbere und dichtere Gewebe. Wichtige Spezialzweige sind neben der Herstellung von Kleiderstoffen aus Wolle und Baumwolle vor allem die Teppichfabrikation, die Industrie der Wirkwaren (Strumpffabrikation) und Gardinenherstellung. Letztere hat ihren Hauptsitz in Warschau und Kalisch; es ist viel englisches und französisches neben polnischem aber auch deutschem Kapital in ihr investiert. Die Zahl der Gardinen-, Spitzen-, Tüll- und Stickereibetriebe stellte sich auf 114 mit einem Arbeiterbestand von 6 000 Mann. Der Produktionswert erreicht eine Höhe von fast 8½ Mill. Rubel. Sehr bedeutend ist die Strickwarenfabrikation, vor allem die Strumpffabrikation, in Polen vertreten; es gibt etwas über 100, meist in jüdischen Händen befindliche Kleinbetriebe, eine Art Hausindustrie, jedoch sind auch einige größere Betriebe vorhanden. Insgesamt stellen 4000 Arbeiter einen Produktionswert von 8¾ Mill. Rubel her. Etwa 15—20 Seidenindustriebetriebe mit einer Gesamtproduktion von 3½ Mill. Rubel befinden sich in Warschau; Halb- und Kunstseidefabrikation in Tomaszow und Myszkow, daneben gibt es auch Vigognespinnereien, Herstellung von Kunstwolle und Watte, Betriebe zur Herstellung von Plüschen, Teppichen, Decken und Portieren, Band- und Litzenfabriken. In Galizien ist die Textilindustrie im Gegensatz zu Polen zu keiner richtigen Entwickelung gekommen; die Konkurrenz von Fertigfabrikaten, die bisher aus Nieder- und Oberösterreich, aus Schlesien, Böhmen und Mähren kamen, haben dauernd einer stärkeren Entwickelung im Wege gestanden. Immerhin gibt es auch in Galizien namentlich in Biala-Bielitz und Krosno, sowie auch in einigen ostgalizischen Bezirken Textilzentren. Der Produktionswert von 56 Betrieben und

5000 Arbeitern wurden 1910 auf 31½ Mill. Kronen geschätzt.

Bergbau und Hüttenwesen und Textilindustrie haben in Polen das Entstehen einer ganzen Reihe weiterer Industriezweige ermöglicht, die von dem Wohlergehen der beiden großen Industriezweige nicht wenig abhängig sind. An die Textilindustrie schließt sich unmittelbar die Veredelungsindustrie (Appreturanstalten, Färbereien und Drukkereien) an, vor allem aber eine bedeutende Metall- und Maschinenindustrie, welche Webstühle, aber auch andere Textilmaschinen, Kessel, Appreturmaschinen, Druck- und Walzenmaschinen usw., fertigt. In der Metall- und Maschinenindustrie wurden etwas über 1500 Betriebe mit über 62 000 Arbeitern gezählt, die einen jährlichen Produktionswert von 110 Millionen Rubel repräsentierten. Die für die Eisenindustrie hervorgehobene Notwendigkeit der Verfeinerung kommt gleichfalls einer starken Individualisierung der Metall- und Maschinenfabriken zugute. Es sind alle Zweige vertreten: Eisengießereien, Draht- und Nägelfabriken, Werkzeugfabriken; daneben werden aber auch Metallmöbel, Haus- und Küchengeräte, Erzeugnisse der Schmieden- und Bauschlosserei hergestellt. Auch die Verwertung von Metallen wie Kupfer findet in einer Reihe von Spezialbetrieben statt, desgleichen sind Geldschrankfabriken, landwirtschaftliche Maschinenfabriken, elektrotechnische Betriebe, Herstellung von Gold-, Silber und Alfenidewaren in Polen gut vertreten. Die chemische Industrie zählt etwa 264 Betriebe mit einem Produktionswert von fast 30 Millionen Rubel. Die Bedürfnisse der Landwirtschaft haben die Gründung von Kunstdünger- und Superphosphatfabriken veranlaßt; pharmazeutische Präparate werden in Warschau, Sosnowice und Pabianice hergestellt. An erstgenannten beiden Orten finden sich auch Schwefelsäurefabriken. Weiterhin hat die Textilindustrie mit ihrem Bedarf an Farbstoffen, Bleichlaugen, Borax, Soda, Seife usw. das Inslebentreten chemischer Fabriken sehr begünstigt. Der Kupfermangel und die teuren Kupferpreise haben die Entwickelung der Elektrizitätsindustrie in Polen lange hintangehalten. Große Elektrizitäts-

werke waren nur in Warschau, Lodz und Sosnowice vorhanden, die sich meist in fremden, namentlich deutschen Händen befanden; kleinere elektrische Beleuchtungsanlagen bestanden in Czenstochau, Plock und anderen Orten. Während des Krieges sind infolge Mangels an Brennmaterial kleine elektrische Beleuchtungsbetriebe entstanden. Die großen Fabriken besitzen meist ihre eigenen Elektrizitätswerke. Außer Elektrizitätswerken bestehen in Polen eine Anzahl Gasanstalten, namentlich in Warschau und Lodz, die sich neben der Elektrizitätsindustrie gut behaupten konnten.

An die Landwirtschaft knüpft auch die Nahrungs- und Genußmittelindustrie Polens an. Zuckerrübenbau wird namentlich im Gouvernement Lublin betrieben. Der Wert der Zuckerindustrie, die zirka 22 000 Arbeiter beschäftigte, betrug 65 Millionen Rubel. Spiritus wurde von 500 Brennereien (Kartoffelbrennereien) in einer Menge von etwa 2 Millionen hl erzeugt. Die galizische Branntweinerzeugung betrug 1913/14 558 930 hl. Daneben bestehen in Polen etwa 100 Likörfabriken mit einem Produktionswert von rund 3 Millionen Rubel. Zirka 200 Brauereien stellten für 12¾ Millionen Rubel Bier her. Während die Brauereiindustrie vielfach im umfangreichen Großbetrieb und technisch vollendet betrieben wird, wird die Mühlenindustrie hauptsächlich in kleineren und Zwergbetrieben geübt. Es wurden 6000 Betriebe mit nur 9000 Arbeitern gezählt. Eine ausgedehnte Schokoladen- und Bonbonfabrikation, die namentlich von Ausländern betrieben wird und in erfolgreichen Wettbewerb mit der Moskauer und Petersburger Konfitürenindustrie tritt, ist namentlich in Warschau zu Hause. Trotz hohen Zolles sind erhebliche Mengen von Kakao und Kakaobutter eingeführt worden. Die Verarbeitung tierischer Produkte kommt in einer bedeutenden Lederfabrikation, die allerdings in der Hauptsache Leder- und Sattlereiwaren produziert, dagegen weniger auf Herstellung von Galanteriewaren eingestellt ist, zum Ausdruck. Warschaus Pelzindustrie unterhielt rege Verbindung mit Leipzig. Daneben sind Holzverarbeitungsindustrie und keramische Industrie (Zement, Kalk, Schamotte, Glas) in Polen

ebenfalls zu Hause. In Galizien stehen die letzterwähnten Industriezweige auf einer wesentlich niedrigeren Stufe, sind kaum auf den Export eingerichtet und lediglich für den inneren Markt bestimmt.

Der Handel Polens zeichnet sich dadurch aus, daß auch in ihm der Pole wie in der Industrie mit wenigen Ausnahmen nur in geringem Maße beteiligt ist. Das Kapital befindet sich größtenteils in ausländischen Händen, vielfach sind Handels- und Industriebetrieb nicht zu trennen. Ein eigentlicher Großhandel fehlt, woran in erster Linie die schlechten Verkehrswege und Verkehrsmittel und der Mangel an heimischem Kapital schuld sind. In der Textilindustrie fällt im Gegensatz zu Deutschland der Großhandel überhaupt fort. Hier ist der Industrielle selbst sein eigener Großhändler. Zu größerer Bedeutung ist der Handel nur in dem hauptstädtischen Zentrum Warschau gelangt, dem Knotenpunkt der wichtigsten von allen Himmelsrichtungen kommenden Bahnen. Warschau spielt aber andererseits auch als der wichtigste Weichselschiffahrtsplatz Polens eine Rolle. Der Binnenhandel erstreckt sich hauptsächlich auf die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und billigen Kleidungs- und Bedarfsgegenständen, die aus dem Auslande, namentlich England, Frankreich und Deutschland bezogen wurden. Ein nicht unansehnlicher Teil des Binnenhandels beschäftigt sich auch mit dem Vertrieb der technischen Bedarfsartikel der Industrie, die zum großen Teil in Polen selbst hergestellt werden. Der Zwischen- und Kettenhandel hat in Polen stets eine bedeutende Rolle gespielt und dadurch zu starken Preissteigerungen und erheblicher Verteuerung der Ware geführt. Dieser für die Volkswirtschaft keineswegs gesunde Zwischenhandel wird durch das Fehlen größerer Handelszentren und Märkte begünstigt. Der Kleinhandel liegt zum größten Teil in Händen der Juden, die auch im Bankwesen stark vertreten sind, sofern nicht hier russisches oder deutsches Kapital arbeitet. Wesentlich komplizierter als der polnische Binnenhandel mit seinem trotz scheinbarer Lebhaftigkeit durchaus ungesunden Charakter ist der Außenhandel. Ein großer Teil des aus

Rußland oder Westeuropa eingeführten Rohmaterials verläßt Polen wieder als Fertig- oder Halbfabrikat, sodaß bei vielen Stoffen, namentlich Metallwaren und Geweben, die Ausfuhr die Einfuhr wesentlich übersteigt, wogegen andererseits die Einfuhr von Maschinen und elektrischen Anlagen die Ausfuhr bei weitem überragt. Alles in allem zeigt aber Polen eine passive Handelsbilanz d. h. es führt höhere Werte ein als aus. Die Einfuhr aus Deutschland ist von 1900 auf 1912 von 100 auf 206 Millionen Rubel, aus Österreich-Ungarn von 20 auf 23 Millionen Rubel gestiegen. Die Ausfuhr nach Deutschland erhöhte sich von 91 auf 162, nach Österreich-Ungarn von 8 auf 28 Millionen Rubel.

Die Verkehrsverhältnisse Polens sind gegenüber denjenigen Rußlands bevorzugt, denn während in Rußland auf 1000 Quadratwerst nur 10,7 Werst an Bahnen kommen, besitzt Polen zirka 22 km auf 1000 qkm. Die Länge der Bahnen betrug vor dem Kriege 2621 Werst oder 2796 km. Trotz dieser Bevorzugung Polens kann man indessen nicht sagen, daß die Eisenbahnen den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes genügend Rechnung tragen. Sie sind meist nach strategischen und politischen Gesichtspunkten und ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Bedürfnisse angelegt worden, sodaß also die Eisenbahn der Industrie und nicht wie in andern Ländern die Industrie den Bahnen den Weg vorschreibt. Die Eisenbahnen werden durch Landstraßen, denen eine erheblich größere Bedeutung als in Deutschland zukommt, ergänzt. Diese Landstraßen dienen als Zufuhrstraßen zu den Eisenbahnstationen, sind aber im Frühjahr und Herbst in sehr schlechtem Zustand. In noch üblerem Zustande befinden sich die Wasserstraßen, die staatlicherseits sehr vernachlässigt wurden und, trotzdem es sich um den großen Weichselstrom und seine recht bedeutenden Nebenflüsse Bug und Narew handelt, für die Schiffahrt kaum benutzbar sind. Auf dem Wasserwege werden, abgesehen von einer ausgedehnten Holzflößerei im Transitverkehr mit Galizien, nur landwirtschaftliche Erzeugnisse und Baumaterialien verfrachtet, nicht aber industrielle Produkte. Im Gegensatz zu Polen ist in Galizien für Eisenbahnen und

Wasserstraßen sehr viel getan worden. Die Eisenbahnen besitzen eine Länge von 4120 km, von den 2121 km Wasserstraßen sind 815 km schiffbar.

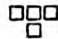
Das polnische Bankwesen wird einerseits durch eine Reihe spezifisch polnischer Banken in den beiden größten Wirtschaftszentren Warschau und Lodz repräsentiert, daneben aber haben bis zum Kriegsausbruch in beiden Städten und nicht minder in zahlreichen andern polnischen Orten Filialen und Agenturen der großen russischen Kreditinstitute Petersburgs und Moskaus vor allem der russischen Reichsbank bestanden. Die russischen Bankfilialen waren zu Zeit des Krieges unter Sequester gestellt. Die polnischen Banken haben zum Teil in Friedenszeiten engere oder losere Beziehungen zu deutschen Kreditinstituten unterhalten. So steht die Kommerzbank Warschau der Disconto-Gesellschaft, Mitteldeutschen Kreditbank und Nationalbank für Deutschland nahe, während an der Warschauer Diskonto-Bank auch der Schlesische Bankverein beteiligt war. Die Aktien der größten polnischen Kreditinstitute hatten infolge der mit Hülfe deuscher Banken durchgeführten Kapitalserhöhungen auch ihren Markt in Berlin. Andererseits haben einige polnische Banken Beziehungen zu Frankreich gehabt. Während des Weltkriegs hatte die Ostbank für Handel und Gewerbe, die der Darmstädter Bank nahesteht, durch Errichtung von Filialen im okkupierten Gebiet größere Erfolge zu verzeichnen. Was das galizische Bankwesen betrifft, so bestanden in Galizien 1914 8 Aktienbanken mit einem Kapital von 43,4 Millionen Kronen und einem Reservefonds von 44 Millionen Kronen.

Werfen wir endlich noch einen Blick auf die Provinz Posen, so wird man sagen müssen, daß hier durch das aggressive Vorgehen der Polen die vielfachen deutschen wirtschaftlichen Interessen auf das allerschwerste gefährdet worden sind. Posens wirtschaftliche Beteiligung für Deutschland liegt vor allem in der Landwirtschaft, die im Durchschnitt der letzten 5 Jahre 14 % der deutschen Roggenernte, 15% der Gersten-, 16½ % der Zuckerrüben-und 14% der Kartoffelernte darstellte. Daneben wurden auch beträcht-

liche Mengen Weizen und Hafer, sowie Fleisch und Speck geliefert. Die industrielle Entwickelung der Provinz Posen hat sich erst in den letzten Jahrzehnten vollzogen, sie ist hauptsächlich der Beteiligung deutschen Kapitals zu danken. Die Industrie der Provinz Posen baut sich im wesentlichen auf der Landwirtschaft auf, da Bodenschätze kaum vorhanden sind. So sind namentlich Brennereien und Brauereien, Kartoffelflockenfabriken und Zuckerfabriken, daneben auch chemische Fabriken begründet worden, die zum Teil gut florieren. Abgesehen von der Zentrale Posen sind auch andere Städte der Provinz wichtige Sitze dieser Industriezweige. Die hauptsächlichste Bankvertretung für Posen ist die Ostbank für Handel und Gewerbe, daneben bestehen auch zahlreiche polnische Banken, die namentlich auf dem Lande eine eifrige Tätigkeit entfaltet haben. Es ist bekannt, wie in den letzten Jahren die Polen nicht nur eine politische, sondern auch eine wirtschaftliche Einheit in der Provinz Posen zu bilden versucht haben.

Noch steht nicht fest, welche Teile der Provinz Posen dem neuen polnischen Reich, das sich in der Hauptsache aus dem ehemaligen Kongreßpolen und Galizien zusammensetzen wird, einverleibt werden. So viel aber kann schon heute gesagt werden, daß für das neue polnische Reich durch die Hauptkonstituenten Kongreßpolen und Galiziens überaus günstige wirtschaftliche Grundlagen gegeben sind. Die bisherigen Wirtschaftsverhältnisse bedingen aber eine Reorganisation nach mehrfachen Richtungen. Zunächst handelt es sich darum, die Wasserwege, Landstraßen und Eisenbahnen in Russisch-Polen auszubauen, zum zweiten die landwirtschaftliche Grundlage, die an sich eine recht breite ist, weiter durch Intensivierung der Landwirtschaft auszugestalten und dafür Sorge zu tragen, daß das neue Polen im Getreidebau nicht nur unabhängig vom Auslande wird, sondern möglichst auch exportiert. Gelingt es, in dem neuen polnischen Reich die Landwirtschaft nach westeuropäischem Muster zu intensivieren, so wird dadurch die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung steigen, andererseits aber auch für die Industrie, die in Russisch-Polen durch Rußland selbst

hoch geschätzt war, die Möglichkeit geboten, sich genügenden Absatz zu schaffen. Die Aussichten wie bisher auch weiter nach Rußland zu exportieren, werden günstig sein, dagegen werden sowohl Deutschland, wie auch Österreich-Ungarn auf die polnische industrielle Einfuhr verzichten müssen. Noch völlig ungeklärt ist die Frage, wie sich die mit deutschem Kapital begründete und zum Teil in deutschen Händen befindliche polnische Eisenindustrie entwickeln wird. Textilrohstoffe und Erze werden dem polnischen Reich über Deutschland oder vermutlich über einen Ostseehafen zur Verfügung stehen. Seinen geographisch-wirtschaftlichen Grundlagen nach gehört Polen zu den westeuropäischen Ländern, und darum wird sich auch ein schrofferer Gegensatz zu Zentraleuropa auf die Dauer schwerlich erhalten. Es darf auch nicht vergessen werden, daß Deutschland in Zukunft auf weite Strecken von Rußland getrennt ist.



Die Aussichten der türkischen Ölgewinnung und Verarbeitung.

Von E. Becker-Leipzig.

Durch den infolge des Weltkrieges gezeitigten Abschluß von den meisten Öle und Ölsaaten verfrachtenden Märkten des Auslandes ist die Aufmerksamkeit der öl- und fettverarbeitenden Industrie darauf gerichtet worden, neue Handelsbeziehungen anzuknüpfen. Hierbei werden auch große Hoffnungen auf die Türkei gesetzt. Aber die Schwierigkeiten, von der türkischen Ein- und Ausfuhr ein klares Bild zu gewinnen, führen vielfach zu ganz falschen Schlüssen über die Absatz- und Bezugsmöglichkeiten dortselbst. Um deshalb der deutschen Geschäftswelt einen ungefähren Überblick über die Ein- und Ausfuhrverhältnisse der Türkei zu geben, hat jüngst das deutsche Generalkonsulat in Konstantinopel einige türkische Statistiken aus den letzten Jahren vor dem Kriege veröffentlicht.

Nach diesen betrug die türkische Gesamtausfuhr an Ölfrüchten und Ölsaaten im Jahre 1913 686 145 dz, während Deutschland in diesem Jahre 18 215 606 dz hiervon einführte. Die türkische Gesamtausfuhr hierin machte demnach nur 3,77 % von Deutschlands Einfuhr aus.

Am meisten vorherrschend in der Türkei ist das Olivenöl. In einer jüngst erschienenen Statistik für das Jahr 1913/14 wird die Ernte an Oliven in der gesamten Türkei auf 30 000 Tonnen angegeben. Der Olivenbaum gedeiht beinahe in allen Gebieten der asiatischen Türkei; trotzdem ist die Olivenproduktion und Ölerzeugung von verhältnismäßig beschränkter Bedeutung, da die Kultur des Olivenbaumes, sowie die Erzeugung des Olivenöles im Lande höchst primitiv ist.

Als Aufbereitungsindustrie ist die Ölindustrie naturgemäß an den Ort des Vorkommens des Rohmaterials ge-

bunden, und zwar sind beim Olivenöl drei Hauptgebiete der Produktion zu unterscheiden, nämlich einmal die Südküste des Marmarameeres (Golf von Ismid, Mudania), dann die Westküste von Edremid bis südlich Smyrna und endlich in Syrien besonders das Wilajet Beirut. So bestehen z. B. am Golf von Edmerid allein 68 Ölfabriken, allerdings meist recht primitive Betriebe, mit je 1—5 offenen hydraulischen Pressen. Außerdem gibt es dort 79 kleine Ölmühlen ohne mechanische Betriebskraft mit je 1—2 Schraubenpressen. In der Kasa Mudania, wo hauptsächlich Speiseoliven gewonnen und nur Abfalloliven gepreßt werden, bestanden vor zwei Jahren noch 45 Ölmühlen (heute 29), außerdem drei Fabriken mit hydraulischen Pressen in Mudania und Nachbarorten. Für Syrien schätzt Ruppin die Zahl der Pressen auf 6—800, die Zahl der in der Ölindustrie Erwerbstätigen auf 6—10 000.

Die Ölgewinnung in dieser Gegend ist zwar schon nicht mehr so rückständig, wie in anderen Teilen des Landes, doch fehlt es an genügender Reinigung und Raffination des Öles und es könnte in dieser Beziehung manches geschehen, um die Qualität des Öles zu heben. Ferner würde es sich verlohnen, die Ölgewinnung in Extraktionsanlagen, die bisher nur in ganz geringem Umfange betrieben werden, zu erweitern, um eine bessere Ausnutzung des bei den derzeitigen Methoden gewonnenen Ölkuchens zu ermöglichen.

Die Zahl der meist modernen Extraktionsanlagen beträgt etwa 10, die je zur Hälfte an der Westküste und in Syrien gelegen sind, doch dürften diese jetzt kaum noch in Betrieb sein.

Der Olive an Bedeutung am nächsten kommt die Sesamsaat. Diese wird aber nur verhältnismäßig wenig zu Öl verarbeitet, sondern entweder direkt konsumiert oder in primitiven Mühlen zu einem Brei zermahlen, der zur Bereitung einer süßen Speise Helwa verwandt wird. Eigentliche Sesamölfabriken bestehen wohl nur je eine in Konstantinopel, wo Sesam-, und Leinöl für die Seifenfabrikation gepreßt wird und in Smyrna, wo außer Sesamöl auch der

erwähnte fette Brei hergestellt wird. Eine amtliche Statistik gibt auf eine Gewinnung von 45 000 Tonnen Sesamsaat nur 800 Tonnen Öl an.

Der Syrische Sesam enthält 50—55 % Öl und Fett und wird auf zweierlei Arten zu Öl verarbeitet, entweder erst geröstet, dann geschählt und gemahlen oder ohne zu rösten, zwischen zwei Stahlwalzen möglichst fein gequetscht und dann in Kollergang weiter verarbeitet.

Oliven- und Sesamöl wird in der Türkei viel zu Schmierzwecken von der Bahn und Industrieanlagen benutzt. Teilweise wurde auch schon aus Aprikosenkernen Öl gepreßt; Die Ausbeute daraus beträgt etwa 30 v. H.

Baumwollsaatöl, von dem 1914 noch über 8000 t eingeführt wurden, wird in absehbarer Zeit jedenalls ganz im Lande selbst erzeugt werden. Zwei moderne Ölfabriken bestehen jetzt in dem wichtigen Baumwollgebiet von Adan Mersina, ebenso zwei in Smyrna, von denen die eine, ein amerikanisches Unternehmen, eine Leistungsfähigkeit von 2800 t Öl besitzt. Die Fabrik ist von einer ungarischen Gesellschaft angekauft worden, von welcher Seite überhaupt große Regsamkeit in industrieller Hinsicht gezeigt wird.

Auch die Baumwollkulturen in Mesopotamien, wo ähnliche Vorbedingungen bestehen wie in Ägypten, gehen ohne Zweifel einer bedeutenden Zukunft entgegen.

Lein-, Mohn- und Hanföl werden trotz reichlichen Rohmaterials bisher nur in ganz kleinem Umfange hergestellt, eine Pressung würde sich besonders bei Leinsaat lohnen.

Nach alledem ergibt sich, daß die Vorbedingungen für eine umfangreiche Erzeugung von Ölfrüchten und Ölsaaten in der Türkei und somit auch für eine wesentlich erweiterte Ausfuhr von dort sehr günstig sind. Notwendig hierzu ist jedoch, daß dem Anbau von Ölpflanzen eine weit größere Sorgfalt zugewandt wird, als bisher, und daß ferner Ölmühlen und Ölpressereien nach deutschem Muster eingerichtet werden, die eine höchstmögliche Ausbeute an Öl gewährleisten. Eine weitere Notwendigkeit ist, daß die Verkehrswege, Eisenbahnen und Hafenanlagen in der Türkei wesentlich verbessert werden.

Zeitgeschichtliches.

Mit dem Bolschewismus ist es eine eigene Sache, denn niemand weiß so recht, was es eigentlich ist. Die einen erblicken in ihm den Heiland, den Erlöser — sie träumen den alten chiliastischen Traum — die andern erbleichen und zittern, wenn sie nur den Namen nennen hören. Einig sind sich so ziemlich alle darin, daß der Bolschewismus etwas Ansteckendes ist, sein Bazillus vor Grenzpfählen keinen Respekt empfindet und auch nicht wählerisch ist im Aussuchen seiner Opfer. Die Theorie, daß nur der Hunger den Bolschewismus aufkommen läßt, ist nicht ganz stichhaltig, denn in Budapest und München ist sicherlich längst nicht so viel gehungert worden wie in Wien, Leipzig und Bochum; aber sicher ist doch, daß Hunger, Verzweiflung und Verbitterung die besten Wegbereiter für den Bolschewismus sind. Will man ihm nicht zujubeln und sich ihm in die Arme werfen, was heute auch schon deutsche Professoren und sogenannte Staatsmänner erwägen, dann wird man gut daran tun, den Kommunismus fein säuberlich von Bolschewismus zu unterscheiden und jenen nicht unbedingt verantwortlich machen für die Methoden und Ziele dieses. Der Kommunismus ist eine Idee — gescheit oder dumm, darüber soll hier nicht gestritten werden — aber immerhin eine Idee gegen die man mit Knitteln und Handgranaten nicht ankämpfen soll; der Bolschewismus aber ist die Verneinung jeder Idee, auch der kommunistischen, mag er sich derselben auch noch so gern zu seiner Draperie bedienen; er ist eine moralische und geistige Monstrosität, eine Entartung alles sittlichen Wollens und geistigen Strebens. Der Bolschewismus als solcher ist ein Attentat auf die Menschheit und wenn sie sich aus Selbsterhaltungstrieb

dagegen wehrt mit allen Mitteln, dann handelt sie in der Notwehr und aus ihrem Lebensinstinkt heraus. Der Bolschewismus ist brutale Gewalt, nicht geistige Kraft — drum soll man nicht Welt- und Lebensweisheit feilbieten, wenn man gegen den Bolschewismus angehen will; ihm muß mit gleichen Mitteln entgegengewirkt werden, Schlag auf Schlag, ohne Zaghaftigkeit und Kleinmut. Starkes, zielbewußtes Wollen vermag gegen den Bolschewismus alles — sogenannte geistige Waffen versagen gegen ihn vollends, denn er ist dafür ein höchst untaugliches Objekt. Anders ist es mit dem Kommunismus — gegen den soll man ruhig ein bischen Geist verspritzen und vor allem sich hüten, dem Kommunismus Märtyrer zu zeugen, indem man den Kommunisten mit dem Bolschewisten vertauscht, obwohl es durchweg sehr schwer sein mag, die beiden auseinander zu halten. Aber der Kommunist ist nun einmal Träger einer Idee, die als solche respektiert und gewertet werden soll — im übrigen mag er sich selbst mit den Folgen abfinden, wenn er es vorzieht, seine Idee nicht geistig, sondern recht robust körperlich zu vertreten, wenn er um den Kampf des Geistes und naturnotwendige Gestaltung durch Anarchie und Chaos herumzukommen glaubt. Dem Bolschewismus kann eben nur bolschewistisch beigekommen werden.



Sozialisierung — das Wort hat die Massen erfaßt und läßt sie nicht mehr los. Sie soll das Heilmittel sein aus aller wirtschaftlichen und sozialen Not. Was sie aber ist und was sie soll — darüber besteht längst nicht überall Klarheit und noch weniger Einigkeit. Ist die Sozialisierung gleichbedeutend mit Verstaatlichung oder bedeutet sie die Vergesellschaftung von Betrieben? Wird der Arbeiter im sozialisierten Betrieb zum Beamten und die Staatskrippe zum Ernährer von rund 90 Prozent aller Staatsbürger — oder bricht der vergesellschaftete Betrieb mit allem Bürokratismus und kennt als höchstes Gesetz nur den größtmöglichsten Nutzen, Vorteil und Wohlstand der Gesellschaft? Tritt die Gesellschaft als kollektiver Arbeitgeber

an die Stelle des einzelnen, den man bislang den Kapitalisten nannte, dann wird der Arbeiter zum kleinen Bruchteil im großen Ganzen und hat auch nur mehr einen Bruchteil von Rechten — denn zuerst kommt immer die Gesellschaft, das soziale Ganze, und zuletzt der einzelne, kleine, armselige Arbeiter. Ist die Sozialisierung Vergesellschaftung, dann mag die Arbeit vorangehen, ist aber auch härtester Frondienst — ist sie Verstaatlichung, dann fehlt der Arbeit der Antrieb und das Ganze erstarrt in ödester Bürokratie und Faulheit. Solange man Intelligenz, Fleiß, Energie und Unternehmungsgeist nicht sozialisieren kann, solange wird es auch wohl kluge und dumme, faule und fleißige Menschen geben — ungleiche Menschen aber werden sich stets auch ungleiche Lebensbedingungen zu schaffen wissen. Nicht nur die Betriebe müssen reif zur Sozialisierung sein, auch die Menschen müssen reif dazu werden. Gewiß wird manches sozialisiert werden und noch mehr wird man versuchen zu sozialisieren, aber wenn man am Ende eines unglücklichen Krieges, der wahrhaftig wenig ganz gelassen hat, sozialisieren will, sei man sich klar, daß nichts leichter dann vergesellschaftet werden kann, als der Hunger und der Bankerott.



Auch mit dem Rätesystem will man seine Erfahrungen machen. Im alten Deutschland gabs so mancherlei Räte, im neuen wirds kaum weniger geben; früher waren es die Herren Geheim-, Regierungs- oder Stadträte, in Zukunft werden es die Herren Reichs-, Bezirks- oder Betriebsräte sein. Denn daß diese neuen Räte mit ihrem Drum und Dran in der neuen Verfassung „verankert“ werden, ist so sicher, wie das Amen hinter dem Vaterunser. Denn ohne die bleibende Errungenschaft der Räte würde den meisten, die sich stolz als die Träger der deutschen Revolution bezeichnen, der ganze Umsturz als wert- und bedeutungslos erscheinen; nicht als ob sie von vornherein darauf hingestrebt hätten, sondern weil sie zu spät erkannten, daß dieser ganze Umsturz im Grunde genommen doch recht un-

nötig gewesen ist. So etwas gesteht man natürlich nicht gern und darum ist das den Russen entlehnte Wort von den Räten wie eine Befreiung aus einer ziemlich peinlichen Situation freudig begrüßt worden. Das konnte man umso eher und lieber, als doch eigentlich nur das Wort von den Russen stammt — wie leider so manches andere an der deutschen Revolution, in der die Deutschen eine vorher kaum für glaublich gehaltene Ideenarmut bewiesen haben — die Sache aber selbst für den deutschen Arbeiter gar nicht so neu ist. Wir kannten auch schon vor dem 9. November Arbeiterausschüsse in den einzelnen Betrieben und wir strebten schon lange eine Arbeitskammer an — warum sollte es zum Unsegen ausschlagen, wenn der berufsständische Gedanke in unserem Vaterland wieder Geltung gewänne? Der Rätegedanke ist doch wenigstens ein Gedanke in der deutschen Revolution, die man in Zukunft gewiß nicht die „große" nennen wird, und darum sollte man denselben auch nach der politischen Seite hin ein wenig durchdenken und durcharbeiten. Vielleicht schafft's etwas.



Deutsch-Österreich und Deutschland möchten gern zusammen. Die Regierungen wollen, die Parlamente wollen und die Völker wollen, aber bislang gehts den beiden wie jenen Königskindern, die auch gerne zueinander wollten, doch das Wasser war zu tief. Wer will denn nun eigentlich nicht? Die alliierten und assoziierten Sieger haben schon lange vor dem Zusammenbruch ihrer Gegner das Selbstbestimmungsrecht der Völker zum Welt- und Menschheitsaxiom erhoben und unverfälschter als in Deutsch-Österreich ist wohl noch nie ein Volkswille zum Ausdruck gelangt. Aber „man" will nicht — denn dann wäre ja schließlich das Deutschtum doch nicht so geschwächt, wie es nach der guten Absicht seiner siegreichen Feinde sein sollte — die rage du nombre spukt noch in den Köpfen der Herren; der alte Clemenceau zählt die Häupter seiner Lieben und nummeriert die Köpfe der Deutschen. Schlimm genug, daß er bei jeder Zählart immer noch mehr deutsche Schädel

zählen muß als gallische — nun aber noch fast 9 Millionen dazu — nein, das geht nicht, das darf unter keinen Umständen sein! Also nicht — Marianne schmollt, droht, zankt, keift — sollen John Bull und Uncle Sam sich eines Prinzips wegen mit der verlebten Schönen herumärgern? Also gut — soll versucht werden, eine historische Entwicklung, eine völkische Notwendigkeit, eine nationale Selbstverständlichkeit wegzuleugnen, wegzuoperieren. Es sind doch kleine Geister, die in Paris Weltgeschichte zu machen versuchten!



Überhaupt Paris! Man möchte lachen, wäre es nicht so bitter traurig, daß da vier Leutchen — sie nennen sich Orlando, Lloyd George, Clemenceau und Wilson — gedacht haben, die Welt verteilen und Völker verschachern zu können! Und das nach einem vierjährigen Krieg, der doch eigentlich mehr Lehren erteilt hat, als die eine, daß die alte Staatskunft und das alte Gewalt- und Raubsystem, das unter der Flagge „Völkerrecht" Piraterie trieb, elendiglich Schiffbruch erlitten haben. Aber mancher scheints wirklich nie zu lernen; manchem gehn erst die Augen auf, wenn er sie schon vor Todesangst verdrehen muß.

Mit einem „Völkerbund" wollen sie das Antlitz der Welt erneuern, aber was sie planen, ist gar kein Bund der Völker, sondern ein Bündnisvertrag von Regierungen. Seine Idee wird auch keineswegs von den Völkern getragen — nur dadurch aber gewänne er Lebens- und Gestaltungskraft — sondern ist in den Köpfen einiger sich besonders weise dünkenden Staatsmänner ausgeklügelt worden. Da ist der deutsche Völkerbundsentwurf doch schon weitsichtiger und weitgreifender, er hat eine Zeit im Auge, die noch nicht da ist, aber schon heraufzuziehen scheint; für heute aber ist auch er nur ein frommer Wunsch. Mit alten Rezepten ist die Welt nicht mehr zu kurieren, doch sollte nach neuen Heilmitteln nicht eher gegriffen werden, bis ihre Heilkraft erkannt und an die Stelle des alten ein gut wirkendes neues Medikament verabreicht werden kann.



Der **deutsch-österreichische** Staat, der es bislang verstanden hat, den Gedanken einer Räterepublik in seinen Grenzen niederzuhalten, hat sich nunmehr eine endgültige Verfassung gegeben, durch die eine straffere Organisation der obersten Staatsgewalt durchgeführt worden ist. Schwieriger als die Lösung der Verfassungsfragen ließ sich indes die Regelung der Kabinettsbildung finden. Schließlich kam aber doch eine Einigung dahin zustande, daß die beiden großen Parteien, die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten zusammen die Regierung bildeten, ohne eine förmliche Koalition mit einander einzugehen. Sie wirken zusammen in einer Arbeitsgemeinschaft mit dem gemeinsamen Ziele, Deutsch-Österreich über die jetzige schwierige Zeit hinweg zu bringen.

Das Hauptproblem, daß die deutsch-österreichische Öffentlichkeit nach wie vor beschäftigt, ist die Frage des Anschlusses an das Deutsche Reich. Mit verstärktem Eifer bemühen sich die Gegner der deutschen Vereinigung, um gegen den Anschluß Stimmung zu machen und man kann unschwer das einheitliche Vorgehen der Anschlußgegner im feindlichen Ausland und in Deutsch-Österreich selbst beobachten und auch verfolgen, wie die Bälle hin und her geworfen werden. Die deutsch-österreichische Regierung zeigt sich indes entschlossen, bei ihrer Anschlußpolitik zu verharren und ist nicht geneigt, Tagesbedürfnissen zuliebe auf eine Politik auf weite Sicht Verzicht zu leisten. Der Umstand, daß nunmehr auch von der reichsdeutschen Regierung die Anschlußfrage positiver als viele Monate hindurch behandelt wird, verfehlt zwar ihren Eindruck in Deutsch-Österreich nicht, vermag aber doch der rührigen Propaganda der Anschlußgegner nicht ganz die Wage zu halten. Da indes heute noch alle Parteien für den Anschluß sind, dürfte auch bei einer Volksabstimmung die Gewißheit einer Entscheidung für den Anschluß an Deutschland gegeben sein.

Durch den Umsturz in Ungarn, der die Räterepublik herbeiführte, ist begreiflicherweise auch die deutsch-österreichische Öffentlichkeit in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Budapester Kommunisten säumten keinen Tag, den Deutsch-Österreichern ihre Agitatoren ins Land zu schicken, um Deutsch-Österreich für die Räterepublik reif zu machen. Diese Absicht wurde allerdings — bislang wenigstens — nicht verwirklicht, doch hat auch Wien einige unruhige Tage erlebt, da es den ungarischen Propagandisten doch gelungen ist, ein paar Male Putsche in Wien hervorzurufen.



Wie sich die Dinge in **Ungarn** selbst gestalten werden, ist im Augenblick noch sehr unklar. Längst hat sich allerdings erwiesen, daß die Auslieferung Ungarns an den Kommunismus, dies letzte

Heldenstück des Grafen Michael Karolyi, durchaus nicht eine Tat aufflammender nationaler Entrüstung über das Vorgehen der Entente war, sondern von den Trägern dieser revolutionären Bewegung jedenfalls von Anfang an als eine weitere Etappe auf dem Wege der kommunistischen Weltrevolution gedacht war. Die zahllosen Edikte, die in Budapest herausgegeben wurden, sind eine getreue Nachahmung der Verordnungen und Befehle, die Lenin und Trotzki in Rußland erlassen haben. Die Entente wurde durch den erneuten sozialen Umsturz in Ungarn in eine etwas kritische Lage gebracht, aus der sie sich zunächst durch Verhandeln, dann aber durch Anwendung von Gewalt herauszubringen trachtete. Da sich die Ententebesatzung Ungarns selbst als nicht stark genug erwies, um der roten Armee der Budapester Gewalthaber mit sicherem Erfolge entgegenzutreten, mußten auch die Rumänen vorrücken und Serben und Tschechen standen marschbereit.



Ob die **Tschechen** heute allerdings noch eine unbedingt zuverlässige Armee besitzen, dürfte nicht nur angesichts der Tatsachen des Übertrittes zweier tschechischer Bataillone zur roten ungarischen Armee zweifelhaft erscheinen, denn in Tschechien selbst macht die bolschewistische Bewegung offenbar recht bedenkliche Fortschritte. Anders wäre die Unruhe nicht zu erklären, die sich der Presse und ganzen Öffentlichkeit in Tschechien bemächtigt hat, die Tag für Tag über das Anwachsen der radikalsten Strömung im sozialistischen Lager klagen und mit schwerster Sorge der Entwicklung der Dinge entgegensehen. Das imperialistische Gebaren der tschechischen Regierung kann jedenfalls nicht mehr über die innere Schwäche des Landes hinwegtäuschen und hinzu kommt noch der für die Prager Machthaber geradezu unleidliche Zustand in der S l o w a k e i, wo man von den Tschechen nichts mehr wissen will und sich über die Gewalttaten der tschechischen Soldateska bitter beklagt.



Auch in **Südslawien** wird von bolschewistischen Emmissären stark gewühlt. Inwieweit allerdings die Unruhen in Kroatien, in Bosnien, in Dalmatien und auch in Serbien selbst auf bolschewistische Umtriebe zurückzuführen sind, oder dem Unwillen mit der jetzigen Zentralregierung in Belgrad und dem schonungslosen Walten der serbischen Militärkamarilla entspringen, läßt sich von hier aus schwerlich beurteilen. Unverkennbar ist allerdings der ständig wachsende Widerwille der Kroaten gegen eine serbische Regierung und die Gegner der Karageorgewicz sind heute in allen Ländern des neuen Südslawenreiches gegen ihre Verteidiger und Freunde stark in der Überzahl. Der Wunsch nach Schaffung

einer südslawischen Bundesrepublik wird immer allgemeiner. Mehrfach ist denn auch schon die Nachricht von der Abdankung König Peters aufgetaucht, ebenso wie neuerdings wieder die Absetzung des Königs Nikitas von Montenegro gemeldet wird.



Auch die **Albaner** haben schon ihre Unabhängigkeitsforderungen angemeldet. Das albanische Nationalkommitee in Genf hat in Übereinstimmung mit der albanischen Nationalversammlung in Durazzo, welche von der provisorischen Regierung ernannt wurde, und mit den albanischen Kolonien in Amerika, Rumänien und Ägypten, sowie der albanischen Republik von Korritza ein Programm aufgestellt, daß die absolute und vollständige Unabhängigkeit des albanischen Staates verlangt und die Rückgabe aller albanischen Provinzen, die auf ungerechte Weise Montenegro, Serbien und Griechenland angegliedert wurden, gemäß den Grundsätzen Wilsons fordert.



Seit Abschluß des Waffenstillstandes ist **Bulgarien** fast völlig isoliert. Die im Auslande befindlichen Bulgaren beklagen sich bitter darüber, daß ihnen jede Verbindung mit der Heimat abgeschnitten ist, und die bulgarische Kulturliga in der Schweiz hat daher im Namen des Rechtes und der Moral die Friedenskonferenz in Paris um Aufhebung der verhängten Postsperre gebeten. Aus den indirekten Nachrichten aus Bulgarien ist indes ersichtlich, daß die Entente den Bulgaren sehr wenig wohlwollend gesinnt ist, obwohl sie es doch gerade ihnen zu verdanken hat, daß der Zusammenbruch der Mittelmächte und dadurch ihr Sieg beschleunigt wurde. Zwar herrscht nach Mitteilungen bulgarischer Flüchtlinge im ganzen Lande Ruhe, die ihre Ursache teils in der Besetzung des Landes, teils darin hat, daß eine schonungslose Spionage betrieben wird, die jedermann in seiner persönlichen Freiheit gefährdet. Bezeichnend für die Stimmung im Lande ist auch die von Danew auf dem Kongreß der fortschrittlich-liberalen Partei abgegebene Erklärung, daß die Bulgaren nie aufhören würden, auf ihren berechtigten Ansprüchen auf Mazedonien, das jetzt von Serben und Griechen besetzt ist, und auf die Dobrudscha, die Rumänien wieder in Besitz genommen hat, zu bestehen. Boris spielt die Rolle eines Schattenkönigs, obwohl er sonst ziemlich volkstümlich ist. Nicht er bestimmt in Bulgarien, sondern der französische Oberbefehlshaber, General Tecienne, ein Mann von rücksichtsloser Strenge, der den Bulgaren seine Verachtung und Geringschätzung nicht verheimlicht. Die dem französischen Oberbefehlshaber unterstellten Italiener geben sich indes Mühe, die Bulgaren sich zu Freunden zu machen, in der Hauptsache, weil sie an den Bulgaren Bundesgenossen gegen den erstehenden südslawischen Staat gewinnen möch-

ten. Da Amerika mit Bulgarien nicht im Kriegszustand war, wurde die Blockade bald aufgehoben und England und Amerika ringen schon um den bulgarischen Markt. Trotz der Aufhebung der Blockade wurde indes wenig nach Bulgarien eingeführt, doch dürfte die Ernährung des Volkes im großen und ganzen sicher gestellt sein. Wie sich Bulgariens Zukunft gestalten wird ist angesichts der Dunkelheit, die für uns über dem Lande lastet, schwer zu beurteilen; außer Zweifel steht aber wohl, daß innenpolitisch die Bauernpartei und die Sozialdemokraten eine starke Mehrheit besitzen werden. Das ist auch insofern von Bedeutung, als diese Parteien nach einer Meldung des südslawischen Pressebureaus für die Republik eintreten, während die anderen Parteien meist die Beibehaltung der Monarchie, allerdings mit einem Herrscher aus der englischen Königsfamilie wünschen. Eine kleine Minderheit strebt aber auch eine Personalunion mit dem südslawischen Staate an.



Die Annahme, daß auch in **Rumänien** die revolutionäre Bewegung Boden gefaßt habe und die bolschewistische Gefahr im Wachsen begriffen sei, bestätigt sich bislang nur in sehr beschränktem Maße. Zwar hat es auch in Bukarest einige Unruhen gegeben, doch sind dieselben von der Regierung mit Leichtigkeit unterdrückt worden. Immerhin ist nicht zu verkennen, daß die Lage in Rumänien keineswegs rosig ist, da von der Entente nur wenig geschieht, um der Notlage des Landes abzuhelfen. Die Erkenntnis, daß die Entente das Land trotz aller Bundesgenossenschaft schlecht behandelt, läßt die Erinnerung an die deutsche Okkupation wieder in milderem und freundlicherem Lichte erscheinen. Die Opposition gegen die Regierung Bratianu wächst und die Verfolgung, der die Sozialdemokratie ausgesetzt ist, schafft dieser Partei doch nur immer neue Freunde und Anhänger. Bedeutsam nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Hinsicht ist das endlich erlassene Reformgesetz über die Landverteilung. Durch dasselbe wird der Großgrundbesitz zwar nicht völlig abgeschafft, da ihm zirka 1 Million ha verbleiben, doch wird der der Krone, der Landesbank und allen juristischen Personen gehörende Grundbesitz, zusammen rund 300 000 ha, in seiner Gesamtheit enteignet und den Bauern zugesprochen. Außerdem enteignet das Gesetz über 2 Millionen ha Land, das denjenigen Privatbesitzern weggenommen wird, die über 100 ha anbaufähiges Land besitzen. So verdoppelt sich nicht nur der landwirtschaftliche Eigenbesitz ansehnlich, sondern das Verhältnis zwischen Großgrundbesitz und Kleinbesitz wird völlig umgekehrt. Den Großgrundbesitzern, denen früher 70 % des anbaufähigen Landes gehörten, verbleiben jetzt nur noch 15 %.

Die großen Erwartungen, die in der **Türkei** auf die Franzosen gesetzt worden sind, sind zum größten Teil enttäuscht worden. Die französischen militärischen und zivilen Behörden in Konstantinopel lassen die Bevölkerung ihren Unwillen über die Teilnahme der Türkei am Kriege an der Seite der Mittelmächte hart fühlen, während die Engländer klüger zu Werke gehen und sich Mühe geben, das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen. Gleichzeitig leiten sie ohne viel Aufhebens die friedliche wirtschaftliche Eroberung des ganzen Landes ein. Die Hoffnung der Türken gilt indes nicht den Engländern, sondern den Amerikanern, von denen immer noch ein einigermaßen gerechter Friede erwartet wird. Die Engländer legen großen Eifer an den Tag, um die an den Armeniern begangenen Greuel zu sühnen, während die Franzosen sich in der Hauptsache der Griechen und Syrier annehmen. Auch aus der Türkei liegen Nachrichten über eine bolschewistische Bewegung vor. Eine allerdings recht abenteuerlich klingende Meldung berichtete sogar von der Zusammenziehung einer türkisch-bolschewistischen Armee unter Enver Pascha im östlichen Kleinasien. Ausgeschlossen ist es ja nicht, daß die Jungtürken, die trotz der Verhaftung ihrer Führer noch immer der bedeutendste politische Faktor in der Türkei sind, mit Hilfe der Bolschewisten wieder zur Macht kommen. In der Tat berichtete jüngst der Draht über Versuche des ehemaligen Komitees für Einheit und Fortschritt, die Macht wieder an sich zu reißen.

Das Kabinett Tewfik Pascha, das erst Ende Februar eingesetzt war, ist Anfang März zurückgetreten und durch Männer der liberalen Gruppe ersetzt worden. Es setzt sich in folgender Weise zusammen: Damad Ferid Pascha, Großwesir; Sabir Effendi, Scheich ül Islam; General Abuk Pascha, Kriegsminister; Marschall Schakir Pascha, Marineminister; Dschemal Bej, Minister des Innern; Tewfik Bej, Finanzminister; Ismail Sidki Bej, Justizminister; Abd ul Kadr Effendi, Präsident des Staatsrats; Ali Kemal Bej, Herausgeber des Sabah, Unterrichtsminister; General Awni Pascha, Minister der öffentlichen Arbeiten; Edhem Bej, Handelsminister; Mehmed Ali, Postminister.



Für die **Ukraine** begann das neue Jahre mit der Hoffnung auf eine allmähliche nationale Konsolidierung. Der von Stanislau aus verkündete Anschluß von Ostgalizien an die Ukraine und die günstig lautenden Nachrichten über eine nahende Anerkennung des ukrainischen Staates durch die Entente stützten diese Hoffnungen. Aber schwere Wolken lagen auf dem außenpolitischen Horizont. Die polnische Gefahr und die Bedrohung durch den Bolschewismus trübten die Freude und erschwerten verhängnisvoll jede innere Friedensarbeit. Durch das Anfang Januar nach Moskau

gerichtete kurzfristige Ultimatum des ukrainischen Direktoriums ist ein tatsächlicher Kriegszustand zwischen der Ukraine und Sowjet-rußland geschaffen worden, obwohl die Sowjetregierung ausweichend geantwortet hatte, indem sie darauf hinwies, daß gegen die Ukraine keinerlei Sowjet-Truppen vorgehen. Der Wert dieser Antwort steht in gleicher Höhe wie die Behauptungen der Sowjetregierung, daß in den baltischen Provinzen ebenfalls keine Sowjetarmee operiere, es handle sich hier um „Aufständische der Randvölker selbst". Diesen Kriegszustand vermochten auch die durch Mazurenko eingeleiteten Verhandlungen nicht zu beenden. Der Kampf mit der Gegenrevolution, die sich im Süden festgesetzt habe, ein entschlossenes Vorgehen gegen jegliche Einmischung europäischer Imperialisten in russische und ukrainische innere Angelegenheiten, müßten nach der Meinung des russischen Verhandlungsführers Manuilskis den Eckstein der äußeren Politik Sowjet-Rußlands und der Ukraine bilden. Die Frage der Regierungsform sollte nach dem Vorschlag der russischen Delegation auf dem Wege eines Räte-Kongresses gelöst werden, welcher nach denselben Prinzipien organisiert sein müßte, wie es seinerzeit in Rußland der Fall war. Mazurenko protestierte besonders energisch gegen diesen letzteren Vorschlag Manuilskis. Hinsichtlich der äußeren Politik erklärte Mazurenko, daß auf diesem Gebiet eine Verständigung auf den von der russischen Delegation vorgeschlagenen Grundlagen sich als möglich erweisen könnte und bat, ihm die Möglichkeit zu geben, diesbezüglich mit seinen Auftraggebern in Verbindung zu treten. Die Ereignisse erwiesen sich stärker als das fruchtlose Verhandeln in Moskau. Ende Januar entwickelten sich die bolschewistischen Operationen gegen die ukrainischen Randgebiete soweit, daß Charkow von den Sowjettruppen umzingelt wurde. Es währte nicht lange und Charkow fiel. Die von Moskau aus vorbereitete „Ukrainische Sowjetregierung" setzte sich dort fest. Der rumänische Sozialist Rakowski wurde unter Mitwirkung der Moskauer Regierung mit der Organisation der Sowjetgewalt in der Ukraine betraut und kam an die Spitze der Charkower Regierung. Der Prinkipoplan der Entente gab dieser Usurpatorenregierung zuerst die Möglichkeit, mit einer größeren Geste vor das Ausland zu treten. Das ukrainische Direktorium lehnte die Konferenz auf den Prinzen-Inseln ab, während die ukrainische Sowjetregierung dem Beispiele der Moskauer Regierung folgte und sich an der Konferenz beteiligen wollte.

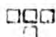
Rakowski hat bald nach der Übernahme der Regierung eine Proklamation erlassen, in der die Solidarität der Sowjet-Ukraine mit dem Sowjet-Rußland ausgesprochen wurde, und je mehr sich die ukrainische Sowjetregierung in den Bannkreis der Moskauer Machthaber hinein begab und damit die bolschewistische Gefahr

für die Ukraine gesteigert wurde, mußte das ukrainische Direktorium sich nach mächtiger auswärtiger Hilfe umsehen, um so mehr als die Zurückziehung der deutschen Truppen in verhängnisvoller Weise für die rechtmäßige Regierung fühlbar war. Am 25. Februar wurde es in der Presse bekannt, daß ein Abkommen zwischen der Entente und Petljura-Regierung in Birsula zustande gekommen ist. Fast gleichzeitig, offenbar auf Veranlassung der Entente, wurde ein Waffenstillstand zwischen den Polen und Ukrainern abgeschlossen.

Die neue Situation ergab die Notwendigkeit einer Umbildung der ukrainischen Regierung, aus der Winnitschenko zurückgetreten ist. Winnitschenko wird als ein Mann bezeichnet, dessen Gegensatz zum Bolschewismus nicht ausgeprägt genug ist, um einen erfolgreichen Kampf mit der bolschewistischen Gefahr nach Innen und Außen zu führen. Das neue, Ende Februar, gebildete Kabinett bekam unter anderem 6 aus Galizien stammende Mitglieder. Überhaupt spielen die Galizier gegenwärtig noch eine größere Rolle, als früher in der ukrainischen Politik. Auch scheint das Rückgrat der Petljura-Truppen aus galizischen Mannschaften zu bestehen.

Ende Februar verkündete Rakowski die Föderation der Ukraine mit Rußland. Die Einnahme Kiews durch die Sowjettruppen und das weitere Vordringen der letzteren auf die galizische und rumänische Front und zur Küste des Schwarzen Meeres verlieh den Kundgebungen der ukrainischen Sowjetregierung einen wirksamen Nachdruck. Die Lage der Ukraine hat sich so verschlimmert, daß man Mitte März, wo Rakowski seinen Sitz von Charkow nach Kiew verlegte, im Auslande bereits von einer Agonie der Ukraine zu sprechen begann.

In der außenpolitischen Situation der Ukraine hat sich in der letzten Zeit eine neue Wolke gezeigt. Die Polen scheinen einen engeren Anschluß an Rumänien zu suchen, um die Ukrainer politisch zu isolieren. Wenig beneidenswert ist die Lage der ukrainischen Delegierten, die sich unter Ssidorenko in Paris um die Vertretung der ukrainischen Wünsche bemühen. Für die Verworrenheit der Lage war es bezeichnend, daß Pichon Anfang April sagen konnte, er wüßte nicht, wo sich gegenwärtig Petljura befinde. Die in der Schweiz erscheinende Zeitung „L'Ukraine“ vom 3. April erwiderte darauf, daß die Petljura-Truppen 40 Kilometer vor Kiew ständen.



Rundschau.

Konstantinopel und die Zukunft der Türkei.

Von Rechtsanwalt **Habib Edib.**

In den Berichten über die Friedensbesprechungen der Alliierten taucht selten nur das Wort Konstantinopel auf, aber auch dann immer von unklaren Phrasen umrankt, aus denen nur eins deutlich zu verstehen ist: daß die Entente die Lösung dieser Frage immer wieder hinausschiebt.

Wahrscheinlich werden die innerpolitischen Umstürze in Mitteleuropa den Friedensschluß so sehr beschleunigen, daß ohne gründliches Studium über das Schicksal Konstantinopels Beschlüsse gefaßt werden müssen. Da jedoch das Hauptbestreben der machthabenden Parteien bei den Besiegten nicht allein, sondern auch bei den Siegern, dahin geht, jene Ursachen, die den Krieg entfacht haben und die Keime zu einem nächsten legen könnten, mit der Wurzel auszurotten, muß von vornherein die Frage der Zugehörigkeit Konstantinopels — auf das sich seit je die besitzgierigen Augen aller Staaten der Entente richteten, ohne sich, glücklicherweise, untereinander einigen zu können — im Sinne der Gerechtigkeit und des Weltinteresses gelöst werden. Denn Konstantinopel hat Bedeutung nicht nur als Stadt und Hauptstadt, es ist darüber hinaus unlösbar verbunden mit der Türkei und dem Türkentum.

Wohl hat einst das Schwert den Türken Eingang in Konstantinopel erzwungen, aber die Stadt fiel aus den Händen eines Volkes ihnen zu, das täglich mehr zwischen seinen Mauern verkam, das längst jeden Anspruch darauf verwirkt hatte, sich den Ehrennamen von Enkeln und Erben der alten Hellenen beizumessen. Die Rechte, die ihnen die

türkischen Sieger zuerkannten, könnten heute noch vor der Kritik und den Forderungen des Völkerrechts bestehen. Weder ihre Religion noch ihre Nationalität ist beeinträchtigt worden; selbst zur Zeit, als sich das türkische Reich auf dem Höhepunkt seiner Macht befand, errichtete das Scheriat — das ist das geistliche Recht, die Religion, die in ihren Teilen das Staatsrecht umfaßt — einen Schutzwall, den selbst der absolute Herrscher, plante er Vernichtungspolitik gegen die Fremdvölker, nicht einreißen konnte. Kein Gesetz hinderte die Griechen, in die Regierung einzutreten, aber da ihre Handelsinteressen stärker waren, gaben sie immer diesen den Vorzug. Auch sonst wurden ihnen so viele Konzessionen eingeräumt, daß man fast von einer Art Exterritorialität sprechen kann.

Immer wieder wird gegen die Türken der Vorwurf blinden Fanatismus' erhoben, weil sie die Hagia Sophia und einige andere Kirchen in Moscheen verwandelten. Aus Unkenntnis entspringt dieser ungerechte Vorwurf; die Gotteshäuser sind dem Andenken jener Mohammedaner geweiht worden, deren Blut seit Jahrhunderten, solange die Araber Beziehungen mit den Griechen hatten — das ist seit der Zeit des Propheten — vor den Mauern Konstantinopels geflossen war.

Aber die Türken begnügten sich nicht mit dem, was sie vorfanden; sie bauten Moscheen, deren Halbmonde noch heute zum Himmel ragen, Wahrzeichen hoher Kunst; sie richteten große Bibliotheken ein, gründeten geistliche Schulen und trugen Sorge für Verbreitung und Entwickelung ihrer Kultur. Aber da der Europäer stets aus den Kreisen türkischen Lebens ausgeschlossen blieb, die Verschiedenheit der Religion ein würdigendes Verständnis nicht ermöglichte, so empfingen die Ausländer immer nur unvorteilhafte Eindrücke. Erst im vergangenen Jahrhundert, als die religiöse Idee ihre Stärke verlor, wurden nach modernen Theorien neue Gesetze eingeführt, die rechtlich die Griechen den Türken völlig gleichstellten.

Es wird jetzt, wie griechische Telegraphenagenturen verbreiten, lebhaft dafür Stimmung gemacht, und es soll

auch eine starke Strömung dafür bestehen, Konstantinopel den Griechen zu geben. Das würde aber nicht nur den türkischen, sondern den Interessen der ganzen Welt zuwiderlaufen. Wer sich von seiner Phantasie die heutigen Griechen als geistige Nachkommen der alten Hellenen vorgaukeln läßt, wird von der Wirklichkeit bitter enttäuscht werden. Niemals kann im heutigen Griechenland das Hellas der Geschichte wiedererstehen. Dieses Griechenland unserer Tage war nicht einmal fähig, in den Gebieten, die es auf Kosten der Türkei bisher erhalten, die zum Teil mohammedanische Bevölkerung haben, irgendentwas für Zivilisation, geschweige denn für kulturellen Fortschritt zu tun. Obgleich seit der Eroberung durch die Türken die Griechen niemals aus Stadt und Provinz Konstantinopel ausgewiesen worden sind, war dort vor und während des Krieges, nach amtlichen und nichtoffiziellen, nach türkischen, griechischen und ausländischen Statistiken die Hälfte der Einwohner (anderthalb Millionen im ganzen) rein türkisch. Die andere Hälfte besteht aus Armeniern, Griechen, Juden, Levantinern und Ausländern, von denen kein Volk irgendwo die Majorität gegen die Türken aufweisen kann.

Es darf nicht geschehen, daß heute, da durch die Welt das Bestreben geht, die seit Jahrhunderten vergessene staatliche Selbständigkeit von einzelnen Völkern wiederherzustellen, die Türkei, die in der Geschichte und Politik der Welt eine so bedeutende Rolle gespielt hat, ausgeschaltet wird — es ist vielmehr notwendig, um die Ruhe der Welt zu gewährleisten, an deren Störung durch diesen Krieg die Orientfrage zum großen Teil beigetragen hat, der Türkei, die den ehrlichen Willen zur Arbeit hat, kräftig am Emporkommen zu helfen.

Wie es mit dem Völkerrecht in Einklang gebracht werden soll, die Hauptstadt eines selbständigen Staates zu internationalisieren, darüber dringen keine unzweideutigen Nachrichten zu uns; weil es unmöglich ist, eine neue Theorie aufzustellen, die dieses Verfahren rechtfertigen würde.

Man darf nicht daran denken, die Ausnahmegesetze noch weiter auszubauen in einem Lande, in dem bis vor etwa

fünf Jahren ein Teil der Bevölkerung auf Kosten der Türken Exterritorialität genoß, wo es genügte, um einen ausländischen Verbrecher oder Mörder zu schützen, über die Schwelle des Hauses, in dem er sich aufhielt, die Fahne eines fremden Staates zu breiten, um jede polizeiliche Untersuchung zu verhindern — vielmehr muß darauf hingearbeitet werden, die Aufhebung aller Ausnahmegesetze dadurch zu rechtfertigen, daß die türkischen Gesetze mit den europäischen in Einklang gebracht werden und ihnen alle Einwohner des Landes unterstehen. Bis zum Kriege waren alle modernen Gesetze der Türkei, mit Ausnahme der Zivilgesetze, von anderen Ländern übernommen worden, sogar von Japan (Prisenordnung), und während des Krieges ist auch ein Neuaufbau des Bürgerlichen Gesetzbuches auf Grund des Code Civil, des deutschen und schweizerischen BGV. in Angriff genommen worden. Es wäre ein sehr nützlicher Beschluß der Friedenskonferenz, die veralteten türkischen Gesetze zu annullieren, die neuen Gesetze anzuerkennen und nur Garantien der freien Ausübung derselben von der Türkei zu verlangen.

Konstantinopel ist nicht nur der Lebensnerv der osmanischen Türken, es ist auch der Übermittler europäischer Kultur zu den mittelasiatischen türkischen Stämmen. Wie seit Jahrzehnten Studieneifer und Wissensdrang die jungen osmanischen Türken an die Universitäten Europas, in letzter Zeit besonders Deutschlands, führten, so ist Konstantinopel das Ziel der bildungsbeflissenen Mittelasiaten. Damit die jungen Mohammedaner aus Bochara, Kaukasien, Afghanistan, die das fremdartige Leben Europas schreckt, weiter nach Konstantinopel kommen können, um den Samen westlicher Kultur in sich aufzunehmen und ihre Heimat damit zu befruchten, ist es von unumgänglicher Notwendigkeit, daß Konstantinopel, trotz aller modernen Gesetze, als türkisch-orientalische Stadt erhalten bleibt. Es würde seine Mission als Kulturträger für den Osten einbüßen, wenn es internationalisiert würde. Die Türkei besitzt keine andere Stadt, die mit Konstantinopel vergleichbar wäre; die völlige Zentralisation der Verwaltung hat es mit sich gebracht, daß

aller Schöpfergeist sich dort zusammenballte und eine andere Stadt deshalb als Hauptstadt gar nicht in Betracht kommen kann.

Die Türkei hat den Wunsch, Europa nahe zu bleiben und sich seine Kultur weiter nutzbar zu machen. Sollte auch Konstantinopel zu den Gebieten gehören, die der Annexionspolitik der alliierten Mächte zum Opfer fallen, so wäre das gleichbedeutend damit, daß den Türken die Luft zum Atmen genommen wird, man sie hinter unübersteigbare Mauern sperrt und sie also auf das Niveau von Bochara herabdrückt. Einem Volke, mit dem man in Frieden leben will, das nicht durch Verzweiflungsakte die Weltruhe gefährden soll, muß sein Recht gegeben werden. Sichert der Frieden eine verhältnismäßige allgemeine Zufriedenheit, dann wird auch den ausländischen Unternehmungen in der Türkei mehr Vertrauen entgegengebracht werden; denn die Türken mißtrauten bisher den Fremden, wissend, daß sie alle mit raublustigen Augen ihr Land betrachteten, daß es eines Tages zum Weltkrieg kommen müßte. Nach Lösung der schwebenden Fragen wird die Türkei alle modernen Gesetze einführen; so wird z. B. die Bestimmung, daß ausländische juristische Personen kein Grundstück erwerben können, sofort aufgehoben werden; Konstantinopel, das mehr als zur Hälfte durch fortdauernde Brände in Schutt und Asche liegt, wird durch die Initiative der Ausländer neu aufgebaut werden, Hypothekenbanken werden im ganzen Lande entstehen. Und so wird die ganze Welt ihren Nutzen finden.

Vor drei bis vier Monaten noch ist die Türkei von der Entente gezwungen worden, alle deutschen Schulen zu schließen, jetzt indessen wird sogar von den Staatsmännern der Alliierten die Notwendigkeit eingesehen und eingeräumt, einen Verständigungsfrieden zu schließen, der die Völker nicht durch Auspressung ihres Lebenssaftes in Verzweiflung und Rachegelüste stürzt. Die Türken erwarten für die Zukunft noch viel von Deutschland und hegen deshalb den ehrlichen Wunsch, es möchte sich trotz seiner augenblicklichen inneren Schwächung vom Platz am Tisch der Friedenskonferenz nicht verdrängen lassen, um dort auch für die

Interessen der Türkei, die mit seinen eigenen eng verbunden sind, einzutreten. Werden die Türken in die Wüste zurückgedrängt, zum Beduinenleben, so verschließt sich der Orient für immer Deutschland, für das er eine Lebensnotwendigkeit bedeutet. Lebenswichtig für eine lebenskräftige Türkei aber ist die Erhaltung Konstantinopels in türkischem Besitz.

(„Tägliche Rundschau".)



Wird ein Wilson- oder ein Clemenceau-Friede im Balkan werden?

Von St. Dimitloff-Bern.

„Die Balkanvölker, besonders die Bulgaren und die Serben, halten in ihrer Hand den Zünder für einen allgemeinen Weltbrand." (Gladstone).

Wenn man die Äußerungen Wilsons verfolgt, so bekommt man den Eindruck, daß im Balkan ein Versöhnungsfrieden zustande kommen werde, unter dessen Ägide die Völker frei und ruhig werden leben können. Demgegenüber erwecken aber die Äußerungen von Clemenceau, Pichon und andern Staatsmännern Frankreichs, Griechenlands und Rumäniens das Gefühl des Abschlusses eines ungerechten Friedens, der den Balkan bedroht. Die Äußerungen des Ministers Pichon in der französischen Kammer am 29. Dezember 1918 weisen klar genug darauf hin. So sagte er u. a. folgendes:

„La defaite bulgare procurera a nos frères serbes, grecs et roumaines la satisfaction de leurs esperances ce qui augmenters dans cette partie de l'Europe. La liberté, fondée sur les ameties fortement cimentiées au cours de cette guerre".

Aus diesen Äußerungen ist ersichtlich, daß die französische Diplomatie bestrebt ist, auf Kosten Bulgariens die Aspirationen der Serben, der Griechen und der Rumänen zu befriedigen. Wird das der Konferenz gelingen, so dürfen die Völker der Erde ja nicht hoffen, daß in diesem Winkel Europas jemals die ersehnte Ruhe einkehren werde.

Und was Unruhe im Balkan heißt, haben jetzt nicht nur die Völker des Balkans allein, sondern die ganze

Welt zu fühlen bekommen. Es ist aufrichtig zu bedauern, daß die Diplomaten so häufig Beschlüsse fassen, nur geleitet von Egoismus oder von Rachegefühlen, ohne genaue Kenntnis und Berücksichtigung der Psyche der betreffenden Völker. Und gerade in der Balkanfrage hat die europäische Diplomatie diesen Fehler gemacht, und durch unrichtige Auffassung und Beschlüsse bei diesen Völkern eine Unmenge von Zündstoff angehäuft, daß es nur noch eines Funkens bedarf, um sie in eine Flamme auflodern zu lassen. Die Bestätigung dieser Tatsache braucht man nicht in der dunkeln Vergangenheit der europäischen Orientpolitik zu suchen. Wir werden einige Beispiele aus der neueren Zeit anführen.

Zu Anfang der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts fand eine Vereinbarung statt zwischen der russischen und österreichischen Diplomatie betreffs Bosnien und Herzogewina, die damals türkische Provinzen waren. Die Vereinbarung setzte fest, daß Rußland sich bereit erklärte, diese Provinzen an Österreich abzutreten, sofern die Donaumonarchie sich neutral verhalten würde im Fall eines bewaffneten Konfliktes zwischen Rußland und der Türkei. Im Jahre 1875 fand in Bosnien und Herzogewina ein Aufstand statt, und im darauffolgenden Jahre in Bulgarien. Die großen Greueltaten, die damals von den Türken gegen die Christen verübt wurden, entrüsteten die Welt, und die europäische Diplomatie sah sich veranlaßt, eine Konferenz einzuberufen und der türkischen Mißwirtschaft ein Ende zu machen, und den Völkern im Balkan gewisse Freiheiten und Frieden zu garantieren. Diese Konferenz fand in Konstantinopel statt Ende 1876 und Anfang 1877. Es wurden verschiedene Reformen beschlossen und die Autonomie der Verwaltung für die Völker im Balkan vorgesehen. Alles schöne Sachen, die aber leider nur auf dem Papier stehen blieben, da die Türkei die Uneinigkeit und Eifersüchtelei der europäischen Diplomatie benutzte, und den Völkern in ihrem Reiche die versprochenen Rechte nicht gewährte. Im Frühjahr 1877 brach der Krieg zwischen Rußland und der Türkei aus und während der ganzen

Dauer des Krieges blieb Österreich, wie abgemacht, neutral, um in den Besitz der versprochenen Provinzen Bosnien und Herzogewina zu gelangen. Rußland hat damals eine ungeheure Menge an Menschen und Geld geopfert und auch Bulgarien vom türkischen Joch befreit. Die europäische Diplomatie war aber nicht befriedigt von dem Vertrag, welcher in St. Stephano zwischen Rußland und der Türkei am 19. Februar 1878 geschlossen wurde. Sie verlangte eine Annullierung, wie jetzt die Entente die Verträge von Brest-Litowsk 1917 und Bukarest 1918 annullierte. Im Sommer 1878 wurde der Berliner Kongreß einberufen, um die Karte der Balkanhalbinsel zu zeichnen, ohne daß die Balkanvölker darum befragt worden wären. Bei dem jetzt einzugehenden Frieden werden nun wiederum nicht die Bulgaren, sondern lediglich die Serben, Griechen und die Rumänen zur Festsetzung der neuen Landkarte im Balkan hinzugezogen!

Am Berliner Kongreß von 1878 wurde Österreich die Verwaltung von Bosnien und der Herzegowina anvertraut, um von demselben dann im Jahre 1908 gänzlich annektiert zu werden. Daß dieser Vorgang unter den Serben große Unzufriedenheit hervorrief, ist begreiflich, da diese Provinzen serbisch sind. Von dem Beschlusse der europäischen Diplomatie in Berlin war überhaupt keines der Völker im Balkan befriedigt. Die Türken nicht, weil ihnen zuviel weggenommen wurde. Der Sieger (Russe) nicht, weil man ihm den Sieg weggenommen und gezwungen hatte, in neun Monaten die Balkanhalbinsel zu räumen. Die Bulgaren waren nicht zufrieden, weil ihr Vaterland zerstückelt wurde und Mazedonien, Morawatal und Dobrudscha unter der fremden Herrschaft gelassen wurden. Die Rumänen waren nicht zufrieden, weil man ihnen Beßarabien weggenommen hatte, die Serben waren nicht zufrieden, weil Österreich das Protektorat über Bosnien und Herzegowina bekommen hatte. Die Griechen fanden Grund zur Unzufriedenheit, weil das ihnen gehörige Gebiet vom Epirus, Thessalien und die Inseln vorenthalten wurden. Von den Montenegrinern und Albanesen, die ewig unzufrieden sind, wollen wir nicht

sprechen. Mit einem Wort, durch die Beschlüsse in Berlin wurde der Balkan zu einem bis oben gefüllten Pulverfaß, welchem nur noch der zündende Funke fehlte, um in einem hellen Brand emporzulodern.

Der verstorbene englische Staatsmann Gladstone (Führer der Liberalen in England), der von diesem ungerechten Vorgehen gegen die Balkanvölker tief ergriffen war, rief einmal aus: „Nach dem Berliner Kongreß schäme ich mich, mich Engländer zu nennen, denn bisher war England bekannt als Schützer der Freiheit der Völker, und jetzt einen so ungerechten Vertrag zu unterzeichnen, kann ich nicht zugeben". Sieben Jahre später, also Ende 1885, sagte Gladstone vor einer bulgarischen Delegation in London die folgenden markanten Worte: „Der Berliner Vertrag hat leider den Balkanvölkern die Brandfackel in die Hand gedrückt, besonders die Bulgaren und die Serben halten in ihrer Hand den Zünder für einen allgemeinen Weltbrand und wenn sie noch einmal*) diesen Zünder anzünden sollten, so werden sie wie die Mäuse verbrennen und es wird ein allgemeiner Brand entstehen, dessen Grenzen nicht abzusehen sind. Und ich weiß nicht, wie er gelöscht werden wird." Diesen Brand, der noch nicht gelöscht ist, haben wir leider erlebt; Gladstone war nicht nur ein großer Staatsmann, sondern auch ein Prophet. Seine Prophezeihung hat sich erfüllt.

Aber nicht nur die Serben und Bulgaren sind verbrannt, sondern auch die übrigen Völker im Balkan haben mitgelitten, und Schuld daran trägt unserer Ansicht nach die europäische Diplomatie, die nicht näher vertraut war mit den Balkanvölkern. Volle 40 Jahre nach dem Berliner

*) Im September 1885 hat das bulgarische Volk die Vereinigung Nordbulgarien mit Ostrumelien proklamiert. Die Serben haben Bulgarien den Krieg erklärt unter dem Vorwand, daß das Gleichgewicht im Balkan gestört sei. Bulgarien, obgleich nur siebenjähriger Staat, schlug damals die Serben und die Bulgaren wären auf Belgrad zumarschiert, wenn die österreichische Diplomatie nicht gewesen wäre. Der Friede wurde im Februar 1886 in Bukarest geschlossen, ohne Annexion und Kontribution.

Kongreß hat man im Balkan nichts anderes gehabt, als Unruhe, Revolutionen, Mordtaten und zum Schluß einen Weltbrand, von welchem sich die Völker lange Jahre nicht erholen werden.

Ein weiterer diplomatischer Fehler wurde in London im Jahre 1913 begangen, als die Delegierten der Balkanstaaten unter der Ägide der Londoner Botschaftskonferenz den Frieden mit der Türkei abschließen sollten. Die österreichische und italienische Diplomatie machten damals große Fehler, daß sie den Serben nicht gestatteten, zum Adriatischen Meer zu gelangen, sondern sie nach Süden drängten, wo sie alsdann mit den Bulgaren wegen Mazedonien in Streit kamen. So wurde damals der zweite Balkankrieg hervorgerufen. Damit öffnete sich eine so tiefe Kluft zwischen den beiden verwandten Völkern, daß man nicht weiß, wie sie wieder zusammenzubringen sein werden.

Aus dem bisher Geschilderten geht hervor, daß bei dem jetzt zu schließenden Frieden es wünschenswert wäre, wenn die Konferenz in Paris diese früher gemachten diplomatischen Fehler in Berücksichtigung zieht und nunmehr Mittel und Wege finden würde, um die Völker im Balkan zu versöhnen und einen dauernden und gerechten Frieden zustande zu bringen. Es würde daher nicht nur für die Balkanvölker, sondern für die ganze Menschheit ein großes Glück bedeuten, wenn Wilsons edle Ideen durchgeführt werden würden. Dann würde auch endlich Frieden im Balkan und der Weg zu einem Balkanbund wäre gesichert.

Bulgarien war ja immer bereit, mit seinen Nachbarn in engste Beziehungen zu treten und mit ihnen in Ruhe zu leben. Das Volk ist nicht streitsüchtig. Seine Führer, besonders diejenigen, die heute das Koalitionsministerium bilden (Volkspartei, Progressisten, Demokraten, Radikalen, Sozialisten und Bauernbündler), traten immer für einen Balkanbund ein, wie schon 1912 dies der Fall war. Damals wurde aber dieser Bund von einigen Großmächten zerstört und an der Spitze dieses Zerstörungswerkes stand die österreichische Diplomatie. Graf Berchtold sagte gegen

Ende 1913 in dem österreichischen Parlament u. a. folgende bezeichnende Worte: „Das beste, was wir in diesem Balkankrieg erreicht haben, ist die Sprengung des Balkanbundes."

Heute haben die Völker das Wort; sie müssen sich zusammenfinden, den Völkerbund gründen, um in Ruhe leben zu können. Das ist der Wunsch aller Bulgaren, die nicht von Chauvinismus befallen, sondern von versöhnlichen Ideen beseelt sind.



Deutsche wissenschaftliche Sammlungen aus Rumänien. Die **deutsche wissenschaftliche Arbeit in Rumänien,** die **von der landes**kundigen Abteilung beim Oberkommando von Mackensen organisiert war, ist beim Abzuge unserer Truppen zum größten Teil für Deutschland gesichert worden. Besonders der vorige Sommer war für Beobachtungen auf ausgedehntes Reisen im besetzten Gebiet ausgenützt worden. Die Aufzeichnungen und vielen Bilder sind alle nach Deutschland gerettet worden. Über 800 Platten geographischer Gegenstände, die doppelte Anzahl ethnologischer Aufnahmen, die botanische und zoologische Sammlung wurde nach Deutschland gebracht. Aber eine kostbare Sammlung ethnologischer Gegenstände konnte nur zum Teil dem Museum für Völkerkunde in Leipzig zugeführt werden. Der Rest sowie die Karten und Büchersammlung mußte in Rumänien zurückbleiben. Als erste Veröffentlichung ist die Herausgabe eines ethnologischen Bilderatlasses geplant. Die Ergebnisse der Arbeiten sollen in verschiedenen Zeitschriften veröffentlicht werden.



Eine altgriechische Prachtvase. Im Jahre 1844 wurde in einer etruskischen Grabkammer ein in viele Stücke zerschlagenes Gefäß gefunden, dem in der Folgezeit merkwürdige Schicksale beschieden waren. Nachdem man es zusammengesetzt hatte, zeigte es sich, daß man hier vor dem vollendetsten Stück attischer Vasenmalerei stand, das vollkommen mit mythologischen Darstellungen bedeckt war. Die Vase wurde im Etruskischen Museum zu Florenz aufgestellt. Nachträglich fand sich noch ein Scherben, den man nicht mehr einfügen konnte. Im Jahre 1901 zerschlug ein Fremder die Vase mit einem Stock, und nun wurde sie zum zweitenmal zusammengefügt, wobei man auch das später aufgefundene Stück an die richtige Stelle brachte. Die Vase zeigt nicht nur hohe künstlerische, sondern auch weitgehende technische Vollendung, weist sie doch trotz ihrer großen Höhe von 57 Zentimetern und ihres

ebenso großen Durchmessers nur eine Dicke von 2 Millimetern, an den Rändern eine solche von nur 4 Millimetern auf. Sie stammt, wie Professor Dr. Trendelenburg in einem im Schubertsaal in Berlin gehaltenen Vortrag ausführte, aus der ersten Hälfte des 6. Jahrhunderts vor Christus und wurde in der Weise hergestellt, daß man den Ton erst trocknete und dann mit schwarzer Farbe bemalte. Nach dem ersten Brennen wurden die Einzelheiten mit scharfen Griffen hineingraviert und die weiblichen Gesichter mit weißer Farbe versehen, worauf die Vase nochmals gebrannt wurde. Ihrer ganzen Gestalt und Einrichtung nach handelt es sich um ein mit weiter Öffnung zum Schöpfen des Weines versehenes Mischgefäß, also um eine Art von Bowle.

Die Darstellungen bilden ein Muster griechischen Humors. Sie enthalten eine Unmasse von Figuren, von denen jede mit der Namensbezeichnung versehen ist, sogar die Hunde haben jeder seinen Namen. Alles in allem finden sich über 130 derartige Inschriften. Die Bemalung stellt zunächst den Brautreigen anläßlich der Hochzeit des Theseus und der Ariadne dar. Dann folgt eine Eberjagd sowie weiter ein Kentaurenkampf, an den sich die Leichenspiele des Achill zu Ehren des Patroklos anschließen. Die Hauptdarstellung zeigt den Hochzeitszug des Elternpaares des Achill, des Peteus und der Thetis, darunter ist der Einzug des Hophästos in den Olymp dargestellt, in dem insbesondere die mit hellem Schild und Speer bewehrte, aber ganz geknickte und ob seiner Mißerfolge zusammengebrochnene Gestalt des Ares äußerst humoristisch wirkt. Es folgt die Tötung des Troilos durch Achilleus, dann ein Tierfries und hierauf am Fuße der Kampf der Pygmäen mit den Kranichen. An den beiden Henkeln ist je eine Gorgo angebracht, die den bösen Blick oder die Bezauberung des Weines beim Eingießen oder Schöpfen fernhalten soll, darunter die Artemis und unter dieser Ajas mit der Leiche des Achill. Die ganze Art der Darstellung, das Beiwerk und der Spruch: „Möge es Euch im Leben gut gehen“ lassen darauf schließen, daß es sich hier um ein Hochzeitsgeschenk handelt, das schlagend die in neuerer Zeit mehrfach geäußerte Behauptung widerlegt, daß die Griechen keinen Humor gehabt hätten.

Wirtschaftliche Übersicht.

Italien in der Levante.

Von **Gustav Herlt.***)

Italien war auf dem Balkan und in der asiatischen Türkei ein gefährlicher Konkurrent der alten Monarchie geworden, und auch die anderen alten Lieferanten der Türkei empfanden seinen Wettbewerb unangenehm. Italien galt als Emporkömmling im Levantehandel, denn es sind kaum drei Jahrzehnte her, daß es mit seinen billigen Baumwollgarnen und -Geweben auf den levantinischen Märkten erschien und dafür Absatz fand. Man sprach damals viel von einer „italienischen Gefahr". Die alten Lieferanten der Türkei — Engalnd, Frankreich und Österreich — beruhigten sich aber bald wieder, als sie sahen, daß die italienischen Bäume nicht bis an den Himmel hinaufwuchsen, und hätten froher aufatmen können, wenn nicht unterdessen die Deutschen immer größere Fortschritte im Levantehandel gemacht hätten.

Den Italienern ist es nicht leicht gefallen, auf den levantinischen Märkten festen Fuß zu fassen, es hat hart darum ringen müssen. In der Türkei vollzieht sich der Handel zumeist nach Fabriksmarken; ist eine bei der Kundschaft gut eitgeführt, dann geht das Geschäft gewissermaßen ganz allein. Aber eine neue Marke einzuführen, ist sehr schwierig, die Händler verhalten sich meistens ablehnend dagegen, weil sie befürchten, bei ihren Kunden keinen Absatz dafür zu finden. Diese lassen sich nur durch einen billigen Preis dazu bewegen, mit der neuen Marke einen Versuch zu machen. So ist die Einführung neuer Marken oft nur durch Preisunterbietung möglich, welche Verluste allerdings später wieder hereingebracht werden können. Während des Krieges ist das Ansehen der alten Marken verblaßt, da wurde jede neue Marke gekauft, auch die schlechteste, weil es an Waren fehlte.

In Baumwollgarnen und billigen bedruckten Stoffen beherrschten die Engländer anfänglich den Markt unumschränkt, und es muß als ein großer Erfolg der tialienischen Industrie bezeichnet

*) Der neue Tag.

werden, daß sie gegen die englische Übermacht Marken einführen konnte. Das war ihnen nur durch ihre billigen Preise möglich, und diese waren auch so niedrig, daß man sich erstaunt fragte, wie die italienischen Fabrikanten dabei bestehen könnten. Man vermutete, daß sie sich in ihrer Kalkulation geirrt haben müßten, da sie aber alle weiterlieferten, war diese Annahme hinfällig. Es blieben als Erklärung für die billigen Verkaufspreise der Italiener nur die niedrigen Arbeitslöhne in Italien und geringere Gewinnansprüche der Unternehmer übrig.

Den italienischen Baumwollstoffen und -Garnen folgten bald andere Waren: Makkaroni, Seidenstoffe, Zündhölzchen — diese gleichfalls zu erstaunlich billigen Preisen — Hüte, Schuhe, Gipsarbeiten usw. Die italienische Ausfuhr nach der Türkei hob sich immer mehr und die Regierung tat alles, sie zu fördern. Die Schifffahrtsverbindungen wurden ausgestaltet und bald so bedeutend, daß die italienische Flagge einen ehrenvollen Rang in den türkischen Gewässern einnahm, die italienische Regierung unterhielt ferner einen Handelssachverständigen in Konstantinopel und die dortigen italienischen Kaufleute schlossen sich zu einer Handelskammer zusammen, die eine eigene Monatsschrift, die „Rassegna Italiana", herausgab.

Ermutigt durch diese Erfolge, versuchte die italienische Regierung einen Schritt weiter nach vorwärts zu tun und sich nach dem Vorbild der Weststaaten ein Einflußgebiet in Kleinasien zu schaffen, und zwar im südwestlichen Zipfel der Halbinsel, im sogenannten „Tekke". Der Stützpunkt dieses Einflußgebietes sollte der Küstenort Adalia an der Bucht gleichen Namens sein. Von Adalia wollten die Italiener eine Eisenbahn hinauf nach Buldur bauen, um sich das Hinterland Adalias zu erschließen. Dabei stießen sie aber auf den entschiedenen Widerstand der Engländer, da die Gegend von Buldur und Sparta in ihrem Einflußgebiete liegt und durch die Smyrna-Aïdin-Eisenbahn mit Smyrna verbunden ist. Diese wollte natürlich keine Ablenkung der Transporte nach Adalia.

Der türkisch-italienische Krieg unterbrach diese Bestrebungen der Italiener, brachte sie aber in den Besitz der dem „Tekke" vorgelagerten Zwölfinseln. Auch während des großen Krieges mußten natürlich die italienischen Festsetzungsabsichten ruhen. Nach Friedensschluß wird aber Italien sicherlich seine alten Pläne wieder aufnehmen und seine wirtschaftliche Stellung in der gesamten Levante zu stärken versuchen. Verschiedene glückliche Umstände kommen ihm dabei zustatten. Vor allem ist sein alter Konkurrent, die österreichisch-ungarische Monarchie, in mehrere Staaten zerfallen und hat ihren wichtigsten Hafen, Triest, verloren. Die österreichischen Waren werden jetzt unter italienischer Flagge

fahren und diese wird an Tonnenzahl und Ansehen bedeutend gewinnen, umsomehr, als die österreichisch-ungarische ganz verschwunden ist. Obwohl die italienische Regierung im eigenen Interesse gewiß alles tun wird, die Ausfuhr der alten österreichischen Länder über Triest zu ziehen, um dessen Verfall hintanzuhalten, so kann sie immerhin durch verschiedene kleine Mittel die italienischen Waren auf Kosten der österreichischen begünstigen. Die Verdrängung der feindlichen Waren durch italienische soll ja nach einer Forderung des „Secolo" das nächste Ziel der italienischen Handelspolitik sein. Die Triester deutschen Kaufleute sollen durch italienische ersetzt werden, und die italienischen Textilindustriellen wollen in Triest eine „Italienisch-orientalische Handelsgesellschaft" gründen. Damit es den italienischen Kaufleuten nicht an Kredit fehle, werden alle größeren italienischen Banken in Triest Niederlassungen errichten.

Die italienische Regierung verfolgt seit langem schon große Eisenbahnbaupläne auf der Balkanhalbinsel. Der erste bescheidene Anfang wurde mit der kleinen Gebirgsbahn Antivari—Virparsar in Montenegro gemacht, jetzt plant sie den Bau von Eisenbahnen in Albanien, das wohl ganz unter italienischen Einfluß geraten wird, und die Herstellung einer Eisenbahnverbindung von Valona nach Konstantinopel. Zu diesem Zwecke brauchen sie nur einen Anschluß von der adriatischen Küste an die Saloniki—Monastirbahn herzustellen, da von Saloniki bereits die Jonctionbahn nnach Konstantinopel führt. Große handelspolitische Bedeutung hat dieses Bahnbauprojekt nicht, die noch zu bauende westliche Strecke wird nur eine Lokalbahn sein. Nur für den Postverkehr wäre diese Verbindung von einiger Bedeutung. Weiter streben die Italiener eine Eisenbahnverbindung vom Adriatischen zum Schwarzen Meer durch Serbien oder Bulgarien an, aber auch diese hätte nur postalischen Wert, der Warenverkehr wird sich immer auf dem Wasser bewegen.

Die handelspolitische Bedeutungslosigkeit dieser Bahnen sehen die Italiener wohl selber ein, sie wollen damit wohl nur ihren politischen Einfluß auf dem Balkan vergrößern — Eisenbahnen waren ja im Orient immer schon ein Politikum und werden es auch bleiben. Jetzt, wo der österreichische und russische Einfluß auf dem Balkan vernichtet sind, droht dort der französische übermächtig zu werden. Durch den Übergang der orientalischen Eisenbahnen in französischen Besitz beherrschen die Franzosen alle Linien von Konstantinopel und Adrianopel bis Saloniki und weiter hinab bis Athen und können auch Einfluß auf die serbischen und bulgarischen Bahnen nehmen, da die vorgenannten Linien deren Fortsetzung bis ans Meer bilden. Diesem mächtigen französischen Eisenbahnsystem möchten die Italiener durch ein eigenes ein Gegen-

gewicht bieten; inwieweit ihnen das gelingen wird, hängt vom Friedensvertrag ab.



Metalle und Erzbergbaue in Österreich-Ungarn.

Von Privatdozent Dr. Ernst Grünfeld.

So wie im Berliner Kriegsministerium eine wissenschaftliche Kommission unter Professor Serings Leitung die Erforschung der kriegswirtschaftlichen Vorgänge im Deutschen Reiche in die Hand genommen hat, hatte sich auch in Wien eine Abteilung des K. u. K. (gemeinsamen) Kriegsministeriums gebildet, die sich als „Wissenschaftliches Komitee für Kriegswirtschaft des K. u. K. Kriegsministeriums“ ähnliche, wenn auch weiter gesteckte Aufgaben stellte. Dieser Forschungsstelle, die noch knapp vor dem Zusammenbruch und ihrem eigenen Ende einige Teilergebnisse für den Druck bereitgestellt hatte, verdanken wir eine eben erschienene Schrift des Wiener Privatdozenten Dr. Herm. Tertsch über die Erzbergbaue Österreich-Ungarns, die uns wertvolle Einblicke in die Metall- und Erzwirtschaft der ehemaligen Donaumonarchie tun läßt.

Es handelt sich zunächst um eine sorgfältige kartographische Darstellung der Erzbergbaue Österreich-Ungarns auf Grund der letzten Jahre vor dem Kriege mit Berichtigungen bis 1917, die von höchster Wichtigkeit ist, weil bei der Zerlegung des einstigen Habsburgerstaates die Verteilung der Erzvorräte ein Gegenstand des Studiums sein muß.

Ginge es nach Sprachgebieten, so wäre das Schicksal des deutschen Volkes immer noch erträglich. Denn — ganz abgesehen von der Kohle — sind es in Deutschböhmen die wertvollen Wolfram- und Radiumlager, in Südböhmen Graphitbaue, um nur das Wichtigste zu nennen, die dem deutschen Großgewerbe von Wert wären, oder wenigstens als Kompensationsobjekte in Betracht und auch an Graphit für die Eisenindustrie wird es nicht fehlen. kämen. Daß Deutsch-Österreich an Eisen reich ist, ist bekannt, Die Molybdän- und Quecksilberbaue werden aber wohl den Slowenen gehören, die damit in den Besitz eines kostbaren Schatzes gelangen. Behalten die Tschechen die Slowakei und die Rumänen Siebenbürgen, so wird dem künftigen magyarischen Staate an Erzen so gut wie nichts übrigbleiben, während Rumänien ein reiches Land werden kann.

Die Arbeit von Tertsch bietet aber auch eine ziemlich vollständige Erfassung der Metall- und Erzbilanz der ehemaligen Monarchie, der einige interassante Ergebnisse entgommen seien. Die Monarchie war in bezug auf ihre Metallbilanz passiv: Sie mußte, um ihren normalen Bedarf zu befriedigen, eine starke Metall-

und Erzeinfuhr bezahlen. Teilt man die Metalle nach der Deckung aus der österreichisch-ungarischen Erzeugung ein, so ergeben sich folgende 4 Gruppen:

1. Die Monarchie lieferte 90 bis 100 % des Bedarfs und war absolut unabhängig; das galt für Eisen, Antimon, Quecksilber und Radium. (Für Gold sind die Berechnungen nicht ganz klar. Ein namhafter Goldreichtum, namentlich in Ungarn war vorhanden.)

2. Die Monarchie lieferte 50 bis 90 % des Bedarfs und war relativ unabhängig: hier war nur das Blei einzureihen.

3. Die Monarchie lieferte 10 bis 50 % des Bedarfs und war relativ abhängig in Bezug auf Zink und Silber.

4. Die Monarchie lieferte weniger als 10 % des Gesamtbedarfs und war absolut abhängig bei der Verarbeitung von Kupfer, Zinn, Wismut, Arsen und Platin.

Der Gesamtkonsum der Monarchie an Metallen belief sich im Mittel der Jahre 1910—13 auf 24 734 370 t im Werte von 339 083 Kronen. Davon waren durch Eigenproduktion 23 053 891 t im Werte von 234 689 877 Kronen gedeckt, so daß ein Einfuhrüberschuß von nur 6,8 % des Gewichts, jedoch 30,8 % des Wertes zu decken war. Der auffallende Unterschied zwischen den beiden Prozentzahlen erklärt sich, wenn das Eisen aus der Berechnung fortgelassen wird. Dann ergibt sich ein Metallkonsum von 1 186 226 Tonnen im Werte von 144 686 916 Kronen, aber ein Einfuhrüberschuß von 734 314 t im Werte von 94 646 456 Kronen, d. i. 61,9 % der Menge und 65,5 % des Wertes. Es waren also gerade die teuren Qualitätsmetalle, die vom Ausland bezogen werden mußten. Man mag daraus ermessen, was durch Umstellung des Bergbaues im Kriege zur Ausgleichung des Defizits geleistet werden mußte.

Als Fundgrube wertvollen Materials und als Arbeitsbehelf für die Aufgaben der Gegenwart wird die vorzügliche Leistung des Wiener Gelehrten auch für die Erben der österreichisch-ungarischen Monarchie unentbehrlich sein.

(Deutsche Allg. Zeitung.)



Das steirische Eisenerz. Einem Bericht über die Gewinnung von Eisenerz und Roheisen in Steiermark sowie über den Eisenabsatz der steirischen Werke im Jahre 1917 sind die folgenden Ziffern zu entnehmen: Die Eisenerzförderung betrug 1,65 Millionen Tonnen, das ist um 610 000 Tonnen weniger als 1916. An Werke außerhalb Steiermarks wurden 21 889 Tonnen Rösteisen und 78 857 Tonnen Roherz abgesetzt, wovon nach Mähren 22 736, nach Schlesien 52 581, nach Böhmen 3540 Tonnen gingen. Die steirische Roheisenerzeugung betrug 500 000 Tonnen, das ist um 150 000 Tonnen weniger als 1916. Der Wert einer Tonne Frischroheisen betrug 153 Kronen. Der gesamte Absatz der obersteirischen Eisen-

schmelzwerke belief sich auf 494 220 Tonnen, das ist um 158 000 Tonnen weniger als 1916.



Neue Bergbaue in Innerösterreich.

Die Inbetriebsetzung aller bisher brachgelegenen Kohlenbergbaue in Innerösterreich sowie die Eröffnung neuer Kohlen- und Erzbergbaue macht nach der „N. Fr. Presse" weitere Fortschritte. Viele dieser Bergbaue, die in den letzten Monaten in Betrieb gekommen sind, weisen bereits eine ansehnliche Produktion auf. In Niederösterreich wurden die ehemals der Niederösterreichischen Kohlengewerkschaft gehörigen Braunkohlengruben in der Gegend von Göttweig und Statzendorf von einer Firma in Krems wieder in Betrieb gesetzt. Die derzeitige Förderung beträgt monatlich bereits zirka 12 000 Meterzentner. Zum Betriebe der früher brach gelegenen Graphitbergbaue Fürholz und Kaltbach (Steiermark) hat ein Wiener Stadtbaumeister eine Firma gegründet, die diese Bergbaue mit einer Belegschaft von zirka 40 Mann betreibt. In Niederösterreich ist auch ein neuer Kohlenbergbau bei Leiding-Inzenhof im Aufschluß. Weiter wurde das Graphitvorkommen bei Persenbeug von einer Aktiengesellschaft in Ausbeutung genommen. Im niederösterreichischen, Lunzer und Hollensteiner Revier betreiben neugegründete Steinkohlenwerke eines Wiener Privatmannes Steinkohlenbergbau, der bis jetzt eine Monatsförderung von zirka 800 Meterzentner aufweist. In Oberösterreich hat der neue Steinkohlenbergbau bei Weyer eine Monatsförderung von 1000 Meterzentner erreicht. In Steiermark hat eine Wiener Firma den Braunkohlenbergbau der Ennstaler Kohlengewerkschaft erworben; die Förderung, die bei Kriegsausbruch ganz eingestellt war, erreicht heute bereits monatlich zirka 8000 Meterzentner. Einen neuen Braunkohlenbergbau bei Weiz in Steiermark betreibt ein Wiener Großindustrieller. Eine große Wiener Firma hat vor einiger Zeit den Blei- und Zinkerzbergbau Haufenreith erworben. Eine nennenswerte Monatsförderung (zirka 1700 Meterzentner) weist auch bereits der neue Glanzkohlenbergbau in Pitschgauegg bei Wies auf. Von den bisher brach gelegenen Schwefelkiesvorkommen der Steiermark werden zwei Gruben ausgebeutet: der Bergbau Naintsch bei Angern der gleichnahmigen Gesellschaft und der Bergbau Groß-Stübing der Leykam-Josefstal A.-G. Neue Braunkohlengruben in Steiermark sind auch die Bergbaue bei St. Kathrein und Maria-Trost, ferner die Hödlgrube der Weststeirischen Montanwerke V. H. Veitschberger. Der Braunkohlenbergbau bei Oberdorf wurde von der Oststeirischen Handels- und Industriegesellschaft m. b. H. erworben und liefert derzeit monatlich bereits zirka 4300 Meterzentner Kohle. In Kärnten wurde der Braunkohlenbergbau Sonnberg von der Österreichisch-amerikanischen Magnesitgesellschaft

m. b. H. erworben, der jetzt eine Monatsförderung von zirka 12000 Meterzentner erreicht hat. In Vorarlberg hat der vor kurzem seitens der Stadtgemeinde Bregenz wieder eröffnete Braunkohlenbergbau Wirtatobel gegenwärtig schon eine monatliche Durchschnittsproduktion von 4300 Meterzentner erreicht.



Gründung einer Tschecho-Slowakischen Staatsbank. Durch die Abstempelung der Banknoten der Österreichisch-ungarischen Bank, wodurch eine selbständige Währung der tschecho-slowakischen Republik gegründet worden ist, entstand die Notwendigkeit, daß die Finanzverwaltung die Funktionen der Österreichischen Bank als Staatsnotenbank übernimmt.



Ein neues Moratorium in Böhmen. Die tschecho-slowakische Regierung hat eine Verordnung erlassen, die eine Stundung für privatrechtliche Forderungen vorsieht. Nach einer Verordnung kann das Prozeßgericht dem Beklagten, wenn er seine wirtschaftliche Lage rechtfertigt und der Gläubiger dadurch keinen beträchtlichen Schaden erleidet, über sein Ansuchen für privatrechtliche Forderungen, welche vor dem 1. August 1918 entstanden sind, eine Stundung bis längstens 30. Juni 1919 bewilligen. Von dieser Stundung sind ausgenommen Forderungen aus Wechseln, Schecks, Dienst- und Lohnverträgen, weiter die Forderungen von Krankenkassen, gewisse Ansprüche auf Zinsen- und Annuitätenzahlungen, Forderungen an Banken und Forderungen aus Versicherungsverträgen. Auch Gewerbetreibenden und Kaufleuten, die auf Grund eines Zeugnisses der Handelskammer beweisen können, daß sie vorwiegend zur Ausfuhr bestimmte Waren liefern und beziehen, kann eine Stundung dieser Forderungen bewilligt werden. Dasselbe gilt auch für das Vollstreckungsverfahren, für das ebenfalls ein Aufschub bis zum 30. Juni 1919 bewilligt werden kann.



Ein Unternehmen für Baumwollkultar ist in Berlin unter der Firma Mitroleva Handelsschaft für Mitteleuropa und die Levante, G. m. b. H. gegründet worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Hebung der Baumwollkultur und alle zur Förderung dieses Zweckes nützlichen Geschäfte, insbesondere der zu diesem Zwecke erforderliche Handel in Baumwolle, Nahrungsmitteln und anderen ähnlichen Waren, landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen aller Art, die Betätigung auf industriellen Gebieten und die Beteiligung an solchen oder ähnlichen Unternehmungen in Mitteleuropa, in der Türkei und anderen Ländern. Das Stammkapital beträgt 300000 Mark. Geschäftsführer ist Dr. Jakob Berne in Berlin.

Bulgarien.

Institut für den Wirtschaftsverkehr mit Bulgarien E. V., Berlin. Wie der Jahresbericht des Instituts betont, haben die welterschütternden Ereignisse des vergangenen Jahres der Wirksamkeit des Instituts für den Augenblick enge Grenzen gezogen. Auf eine um so erfolgreichere Tätigkeit konnte es bis September 1918 zurückblicken. Die Aufgabe, bulgarische Handwerker in Deutschland ausbilden zu lassen, konnte infolge der veränderten Verhältnisse vorerst nicht zur Lösung gebracht werden. Auch die Absicht, einer Anzahl bulgarischer Handelsschüler den Besuch der Leipziger Messe zu ermöglichen, mußte vertagt werden. Um enge Fühlung zu der bulgarischen Kaufmannschaft zu gewinnen, wurde für die Dauer der Herbstmessen sowohl in Leipzig wie auch in Breslau eine Auskunfts- und Vermittlungsstelle eingerichtet, die beide stark in Anspruch genommen wurden, Im Sommer 1918 wurde die Sofioter Geschäftsstelle eröffnet. Die persönlichen Verhandlungen mit den bulgarischen Ministern sowie mit der bulgarischen Kaufmannschaft und Landwirtschaft an Ort und Stelle ließen bereits manchen Nutzen für die Entwickelung der gegenseitigen geschäftlichen Beziehungen erkennen. Die Leitung des Instituts ist fest entschlossen, sobald der Friensschluß ihm wieder freie Hand zur Betätigung gibt, die ihm vorschwebenden Ziele weiter tatkräftig zu verfolgen. Die Zahl der Mitglieder ist von 640 auf 799 gestiegen, von denen im Laufe des Jahres infolge von Todesfällen und anderen Anlässen 74 ausgeschieden sind.



Bulgarische Finanzlage. Die „Bulgaria", das offiziöse Organ Daneff's, beurteilt die finanzielle und wirtschaftliche Lage Bulgariens sehr schwarz. Die Staatsschuld erreiche fast 13 Milliarden Leva ohne die schwebende Schuld, die von kurzfristigen und längst verfallenen Darlehen der seitherigen Verbündeten gebildet wird. Zur Abtragung dieser Verbindlichkeiten und zur Bestreitung der großen Ausgaben, welche der Wiederaufbau des Landes erfordert, denkt man an eine Zwangsanleihe. Eine Konfiskation der großen Vermögen scheine gleichfalls in Aussicht genommen zu sein.

Griechenland.

Griechischer Staatsschuldendienst. Nach den kürzlich veröffentlichten Ausweisen der Internationalen Finanzkommission in Athen betrugen die Einnahmen aus den verpfändeten Staatseinkünften in den zwölf Monaten des Jahres 1918 im ganzen Drachmen 888 808 334,50 gegen Dr. 65 985 574,35 im Jahre 1917. Daran sind, wie der „Frankf. Ztg." geschrieben wird, die den sogenannten

„plus-valurs" unterliegenden Staatseinkünfte mit Dr. 36 264 981,20 (1917: Dr. 33 523 091,34) beteiligt, die sich wie folgt zusammensetzen: Salz Dr. 4 300 291,55 (3 998 203,45), Petroleum 571 650 (2 282 230), Streichhölzer 1 151 528,74 (1 860 334,87), Spielkarten 314 612,50 (433 424,25), Zigarettenpapier 4 076 606,41 (2 998 321,27), Tabak 9 126 227,50 (7 879 082,50), Stempelpapier 15 092 984,50 (11 472 528), Naxosschmirgel 1 631 000 (2 598 967). Die subsidär in Betracht kommenden verpfändeten Revenuen wiesen folgende Einnahmen auf: Zuschlagsteuer auf Tabak 6 608 647,50 (5 905 542,50), die Zollämter Peräus, Laurion, Patras, Volo, Korfu, Saloniki und Cavalla 45 934 785,80 (26 756 940,55), zusammen Dr. 52 543 433,30 (32 462 483,05). Da die den „plus-values" unterliegenden Einnahmen sich, wie oben erwähnt, auf Dr. 34 296 054,85 belaufen, der durch das Kontrollgesetz von 1898 normierte jährliche Mindestbetrag der Einnahmen aber sich auf Dr. 26 491 666,67 stellt, so bleibt für 1918 ein Überschuß von Dr. 7 804 388,18, der nach Abzug von 15 Prozent für Verwaltungskosten im Verhältnis von 6:4 zwischen den ausländischen Gläubigern und der griechischen Regierung zur Verteilung gelangt.

Rumänien.

Schweizerisch-rumänischer Verkehr. Mit einem Kapital von 2 000 000 Francs ist ein Comptoir Roumain-Suisse für Import und Export mit Sitz in Bukarest gegründet worden.

Serbien.

Serbiens Versorgung mit Industrieerzeugnissen.

Nach übereinstimmenden Berichten neutraler Zeitungen herrscht in Serbien ein ganz außerordentlicher Mangel an Gegenständen des täglichen Bedarfs auf nahezu allen Gebieten. Schuld daran ist das Stocken fast der gesamten Industrie, was durch den vollständigen, bereits seit längerer Zeit anhaltenden Kohlenmangel verursacht ist. Vor allem ist der Handel zurzeit gänzlich entblößt von Erzeugnissen der Textilindustrie. Kleidungsstücke sind nur noch zu Preisen zu haben, die es dem Minderbemittelten vollkommen unmöglich machen, sich zu versorgen. Reisende, die in den letzten Monaten Belgrad besucht haben, schildern das entsetzliche Elend, das unter der ärmeren Bevölkerung, ganz besonders aber unter den Kindern herrscht. Sie laufen dort halbnackt auf den Straßen umher, um zu betteln und fallen infolge dessen Krankheiten aller Art, besonders der Tuberkulose anheim. In der Provinz sollen die Zustände ja noch schlimmer sein. Ein Komitee hat sich in der Hauptstadt gebildet, um wenigstens die notwendigsten Klei-

dungsstücke zu beschaffen. Sie müssen zum großen Teil aus dem Auslande bezogen werden, da sicherlich in absehbarer Zeit eine Aufnahme der heimischen Erzeugung kaum zu erwarten ist.

Es ist ja begreiflich, daß man in verschiedenen Ländern diese günstige Gelegenheit jetzt zu einem Absatzgebiet von Indusrieerzeugnissen auszunützen bestrebt ist. Aus der Schweiz liegen Nachrichten vor, nach denen dort mit staatlicher Unterstützung die Ausfuhr schweizerischer Erzeugnisse nach Serbien in großem Umfange betrieben wird. Namhafte Indusrielle haben gemeinsam mit dem schweizerischen Konsul in Belgrad nun einen umfangreichen Warenversand organisiert. Das schweizerische Volkswirtschafts-Departement hat dem Unternehmen durch Beschaffung von Ausfuhr- und Durchfuhrbewilligungen die nötige Unterstützung geliehen. In manchen Erzeugnissen der schweizerischen Industrie haben sich durch den stockenden Absatz während des Krieges beträchtliche Läger angesammelt, die also nun einen lohnenden Absatz nach Serbien finden werden. Ein erster Transport, ein aus einigen zwanzig plombierten Wagen bestehender Zug, ist bereits unter Begleitung des schweizerischen Konsuls nach Belgrad abgegangen. Der Verkauf der Waren findet unter Kontrolle eines Beamten der Schweizerischen Kreditanstalt statt, wobei die Bezahlung in bar oder in Schecks auf Paris hin zu leisten ist. Ein Risiko kommt also für die schweizerische Industrie dabei nicht in Betracht. Man nimmt an, daß der Transport in wenigen Wochen verkauft sein wird, woraufhin dann ein neuer Eisenbahnzug zusammengestellt wird. Die schweizer Industrie verspricht sich von diesem Unternehmen eine sehr wesentliche Förderung ihrer Handelsbeziehungen mit Serbien.

Auch Frankreich ist natürlich an der Arbeit, in Serbien noch einen neuen Markt für seine Ausfuhr zu erobern. Wenn man nun allerdings die lebhaften Klagen der französischen Presse über die dort noch immer vollkommen stockende gewerbliche Produktion verfolgt, dann begreift man nicht recht, woher eigentlich die Erzeugnisse kommen sollen, für die überall auf den Märkten des Orients jetzt Quartier gemacht wird. In Belgrad ist auch eine französische Handelsgesellschaft errichtet worden zu dem Zweck, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Jugoslawien zu entwickeln. An der Spitze steht ein Ausschuß, der den französischen Kaufleuten und Industriellen Auskünfte erteilt, die für den Warenabsatz von Wichtigkeit sind. Man will auch sogar serbischen Importeuren Gelegenheit zum Besuch von französischen Industriegebieten geben. Ob nun aber Serbien in der nächsten Zeit gerade einen besonderen Bedarf an den hier in erster Linie in Betracht kommenden französischen Erzeugnissen haben wird, bleibt abzuwarten.

(Deutsche Orient-Korrespondenz.)

Eine französische Handelsagentur in Belgrad. Wie „Idea Nazionale“ erfährt, wurde in Belgrad eine französische Handelsagentur errichtet, um den südslawischen Handel in französische Hände zu bringen. Unter Ausnützung der Valutadifferenzen beginnen die Franzosen alle erreichbaren Aktien der südslawischen Industrie aufzukaufen.

Türkei.

Die wirtschaftlichen Zustände in der Türkei.

Aus allen Berichten der ausländischen Blätter geht, wie der „Deutschen Orient-Korrespondenz“ geschrieben wird, übereinstimmend hervor, daß eine Besserung in der wirtschaftlichen Lage der Türkei bisher in nahezu fast keiner Beziehung dort zu verzeichnen ist. Die Zufuhr fremder Nahrungsmittel hat zwar zurzeit die größte Not einigermaßen beseitigt, sie hat aber nicht ausgereicht, um einen merkbaren Einfluß auf den Stand der Lebensmittelpreise auszuüben. Das Land leidet also daher nach wie vor ganz ungeheuerlich unter dem Wucher, der auch durch die strengen Vorschriften des erst im vorigen Jahre erlassenen Gesetzes zur Regelung der Volksernährung nicht bekämpft ist. Auf ihn ist in erster Linie das Überhandnehmen der Korruption zurückzuführen, die ja allerdings von jeher ständig in der türkischen Beamtenschaft eine so bedauerliche Rolle spielte. Bestechlichkeit und Unehrlichkeit herrscht überall. Da der Staat nicht in der Lage ist, seine Beamten der allgemeinen Teuerung entsprechend zu bezahlen, sucht nun jeder einzelne die zum Lebensunterhalt erforderlichen Mittel auf unlauteren Wegen zu beschaffen. Darunter leidet auch der Verkehr im höchsten Grade. So wird von allen Seiten gemeldet, daß Eisenbahnwagen für den Gütertransport eines der lohnendsten Spekulationsobjekte der Beamtenschaft geworden sind. Sie werden an der Börse in Konstantinopel meistbietend vergeben, wobei jedoch die enormen Überpreise in die Taschen der daran beteiligten Beamten fließen. Ist aber ein Kaufmann glücklich in den Besitz eines Eisenbahnwagens für einen Gütertransport gekommen, so hat er damit noch keineswegs eine sichere Aussicht erlangt, daß seine Sendung auch nun ihren Bestimmungsort erreicht, wenn er nicht den dafür in Frage kommenden Bahnbeamten auch hohe Zuwendungen macht. Hierdurch werden aber selbstverständlich somit alle Warenpreise, die unter der völligen Entwertung des Geldes an sich schon eine enorme Höhe erreicht haben, noch wesentlich verteuert.

Weiterhin herrscht auch noch nach wie vor ein großer Mangel an Kohlen. Unter ihm leidet dort die gesamte wirtschaftliche Betätigung deshalb wohl mit am meisten. Ein weiteres

großes Hindernis für einen Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens ist der Zusammenbruch der Valuta. Ausfuhrgüter zur Bezahlung der Einfuhr sind zurzeit nicht vorhanden. Barzahlung in Papiergeld ist bei dessen Kursstand ebenfalls fast unmöglich, und Goldgeld wird, soweit solches überhaupt noch erreichbar ist, mit einem außerordentlichen Agio gehandelt.

Wenn das Ausland, in erster Linie England und Amerika, der Türkei nun nicht bald in wirtschaftlicer Beziehung zu Hilfe kommen, ist ein völliger Zusammenbruch absolut unvermeidlich. Eine solche Hilfe müßte nun aber vor allem in Kreditgewährung und Stützung der Währung bestehen. Aber bisher zeigten diese Länder, ebenso wenig wie Frankreich, keine Neigung, den Gebieten, die auch in Zukunft dem türkischen Reiche verbleiben werden, irgendwelche nennenswerten Unterstützungen somit zuteil werden zu lassen. Ehe nicht über die Verteilung der Mandate über die vom osmanischen Reiche losgelösten Länder Klarheit besteht, dürfte sich auch wohl in dieser Beziehung sehr wenig ändern. Im Friedensschlusse, über den ja demnächst die Verhandlungen in Paris beginnen sollen, wird dann auch die Entscheidung über die Neuregelung der Finanzkontrolle zu erwarten sein. Und im Zusammenhange damit müssen dann ferner unbedingt Maßnahmen internationaler Art getroffen werden, um den ausländischen Gläubigern der Türkei die sonst unvermeidlichen schweren Verluste an ihren Guthaben zu ersparen.



Banque de Syrie. Die „Banque Impériale Ottomane" in Konstantinopel hat, um die französischen Interessen in Syrien zu erweitern, beschlossen, eine Zweigstelle der ottomanischen Bank unter reiner französischer Leitung in Syrien zu errichten. Das neue Unternehmen soll den Namen „Banque de Syrie" führen.



Eine griechische Bank in Konstantinopel. Unter der Firma „Banque de Constantinople" wurde auf Veranlassung der „Banque Industrielle" und der „Banque de Pirée" von einer griechischen Finanzgruppe eine Bank mit dem Sitz in Konstantinopel gegründet. Das Kapital beträgt nach „L'Information" 15 Millionen Drachmen.

Literatur.

Jaenecke, Wilh.: **Die Grundprobleme des türkischen Strafrechts.** 10, 144 und 51 Seiten. Berlin 1918. J. Guttentag.

In der vorliegenden anerkennenswerten Arbeit zeigt Jaenecke, wie sich das türkische Strafrecht durch die Gesetzgebung und

Judikatur zu seinem heutigen Stande entwickelte. Überdies führt er Vergleiche des türkischen mit dem deutschen Strafrecht durch. Das geltende türkische Strafrecht ist eine seltsame Kombination von altehrwürdigen mohammedanischen Rechtslehren, französischem Strafrecht, nationalen Besonderheiten und Willkür. Bis ins 19. Jahrhundert war in der Türkei ausschließlich der Scheriat maßgebend, der als Summe des Korans, der Sunna und der Werke der Rechtsgelehrten nach der Lehre des Islam das ganze Leben des Menschen regelt. Während der langen Zeit von der Ausgabe der Originalquellen des Scheriat an bis zur ersten Reform zu Beginn des 19. Jahrhunderts bemühten sich die mohammedanischen Juristen, durch weitgehende Auslegung des sehr lückenhaften und den wachsenden Bedürfnissen des praktischen Lebens nicht oder doch nicht ganz entsprechenden Scheriatrechtes, dieses in einzelnen Beziehungen weiter zu entwickeln. Im 19. Jahrhundert war für die Weiterbildung des türkischen Strafrechts das Grundgesetz von 1839 insofern von Bedeutung, als die ihm folgenden Verordnungen und Dekrete strafrechtlichen Inhalts von im ihren Ausgang nehmen. Am 9. August 1858 wurde das neue Strafgesetz eingeführt, das vornehmlich auf dem französischen Strafgesetz von 1810 beruht. Doch hat das Scheriatrecht, das im Volksbewußtsein tief verankert ist, die türkischen Gesetzgeber in vieler Hinsicht beeinflußt. Von einer harmonischen Verschmelzung der im französischen Recht und im Scheriatrecht vertretenen Grundgedanken kann freilich keine Rede sein. Auch die türkischen Justizbehörden zerfallen in die geistlichen Scheriatgerichte und die weltlichen Nisâmijagerichte, die von einander vollständig unabhängig sind. Als 1908 die konstitutionelle Verfassung eingeführt wurde, behielt man das alte Strafgesetzbuch bei, aber 1911 wurde es nach dem Vorbilde des italienischen abgeändert. Damit wurde in glücklicher Weise von dem code pénal francais eine Brücke zu modernen Strafrechtsauffassungen geschlagen.

Die mannigfachen Probleme des türkischen Strafrechts behandelt Jaenecke in durchaus klarer und allgemein verständlicher Weise, so daß das Buch jedem von Nutzen sein wird, der sich mit diesem Gegenstand befaßt. Im Anhange sind die wichtigsten Artikel des Strafgesetzes, des Preßgesetzes usw. in Übersetzung beigegeben.

H. Fehlinger.

Verlag: Balkan-Verlag G. m. b. H., Berlin SW 48.
Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Dr. Karl Spiecker, Berlin-Friedenau.
Druck: F. W. Rohden, Essen

VI. JAHRGANG ▪ JUNI 1919 ▪ 3. HEFT.

P34

SÜDOST

BALKAN-REVUE

EINE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER: OTTMAR E. STRAUSS

AUS DEM INHALT:

ABONNEMENTSPREIS JÄHRLICH 24.— M.

BALKAN-VERLAG ▪ G.M.B.H.
BERLIN-FRIEDENAU • MAYBACHPLATZ 18

VI. Jahrg.	Juni 1919	Heft 3

Neutralisierung Deutsch-Österreichs?

Von Expertus.

„Wir protestieren dagegen, daß Deutsch-Österreich als neutralisierter Staat aufgerichtet werden soll. Dieses kleine Deutsch-Österreich kann für sich allein nicht bestehen. Im letzten Halbjahr haben wir erfahren, daß wir wirtschaftlich allein keine Existenzmöglichkeit haben. Wegen des Imperialismus des Westens sollen wir in einem Kleinstaat eingesperrt bleiben. Wenn wir nicht hineinkommen in das große Deutschland, werden wir nicht einmal Deutsch-Österreicher sein: Kärntner, Tiroler, Salzburger werden sich von Wien loslösen; wir werden zerfallen in kleinste Staatlein. Aus einem solchen Gebilde kann nichts großes werden."
(Staatssekretär Dr. Bauer zur Massenversammlung vor dem Wiener Rathaus am 11. Mai.)

Der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herr Pichon, hat im März d. J. die Idee einer Neutralisierung Österreichs lanciert und dadurch in die internationale Diskussion über die Anschlußwünsche Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich viel Verwirrung hineingetragen. Von deutsch-österreichischer Seite ist der Plan einer Neutralisierung Österreichs hauptsächlich aus ethischen, nationalen und politischen Gründen abgelehnt worden. Man will nicht mit gebundenen Händen zusehen, wie den Brüdern in den nicht zum Staate geschlagenen völkischen Grenzgebieten, den Deutschen in Österreichisch-Schlesien und Deutsch-Böhmen vom übermächtigen Tschechenvolke Gewalt angetan wird; man will nicht aus dem Zusammenhang des großen

nationalen Lebens herausgerissen werden in die Grabesstille der Neutralität.

An diesen Äußerungen ist zunächst die Erkenntnis bemerkenswert, daß ein selbständiger deutsch-österreichischer Staat nicht aus allen den Gebieten bestehen kann, die ihm heute von Staatsrechtswegen gehören. Eine dauernde Staatsbildung aus den verschiedenen geographisch nicht zusammenhängenden Teilen ist unmöglich. Der deutsch-österreichische Staat kann geographisch nur aus dem zusammenhängenden Block des sogenannten alpenländischen Gebietes, d. h. aus den ehemaligen Kronländern: Ober- und Niederösterreich, Steiermark und Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg gebildet werden. Deutsch-Böhmen, Mähren und Schlesien müssen ihren eigenen Weg gehen, der am besten zum unmittelbaren Anschluß an das deutsche Reich führt oder zur Neutralisation, wenn eine föderalistische Staatsbildung nach dem Muster der Schweiz im böhmisch-mährischen Gebiet an dem Widerstand der Tschecho-Slowaken scheitern sollte.

Wenn auch unter dieser Beschränkung auf das alpenländische Gebiet der geographische Aufbau eines selbstständigen deutsch-österreichischen Staates durchführbar erscheint, so ist damit aber immer noch nicht gesagt, daß dieser Staat lebensfähig ist. Die Lebensfähigkeit Deutsch-Österreichs als eines selbständigen Staates müßte aber die unbedingte Voraussetzung seiner Neutralisation sein. Und wenn sie ausgeschlossen ist, so ist es die Verwirklichung des Neutralisationsplanes zugleich auch.

Merkwürdigerweise ist die Lebensfähigkeit des deutschösterreichischen Staates als eines selbständigen Gebildes bisher von keiner Seite ernsthaft nachgeprüft worden. Alles, was bisher über Deutsch-Österreich ernsthaft erarbeitet wurde, liegt auf dem Gebiet der Diskussion über die Möglichkeiten einer Donaukonföderation und der staatsrechtliche und wirtschaftspolitische Nachweis, daß die Donaukonföderation zum Unsegen für den deutsch-österreichischen Staat werden müßte, wie ihn unter andern Dr. Gustav Stolper geführt hat, löste immer nur die politische Folgerung aus, daß für Deutsch-Österreich der Anschluß an das Reich ge-

sucht werden müsse. Die Idee der Selbständigkeit Deutsch-Österreichs wurde nicht einmal in Erwägung gestellt, sie schien allen Wissenden wohl von vornherein als unmöglich.

Nun kommt mit dem französischen Start des Neutralisierunsgplanes das Angebot, die Grundlagen eines selbstständigen deutsch-österreichischen Staates mit Ententemitteln zu schaffen, Staats- und Wirtschaftsleben mit Krediten auszustatten, die Lebensmittelversorgung sicherzustellen, die staatsfinanziellen Grundlagen durch Erlassung von Kriegsentschädigungen zu verbessern. Ganz offenbar haben auch bei diesem französisch-amerikanischen Angebot intimere Anschauungen und Kenntnisse über die Natur des deutsch-österreichischen Staates vollkommen gefehlt, es ist ins Blaue hineingemacht worden ohne Überblick dessen, was in moderner Zeit zu den wirtschaftlichen Voraussetzungen einer Staatsbildung gehört. Staatsbildungen von heute stehen eben unter andern Voraussetzungen, als die vor hundert Jahren, in denen die Lebensverhältnisse sicher gegründet lagen in der wirtschaftlichen Autarkie kleiner lokaler Kreise.

Wenn der deutsch-österreichische Staat nicht von vornherein auf Sand gebaut werden soll, auf dem er im Sturmwind der Geschichte zerfallen wird, dann muß nachgeprüft werden:

Erstens, welches und wie groß sind die Konsumbedürfnisse seiner Bevölkerung;

zweitens, welche weiteren Produktonsmöglichkeiten bestehen, diesen Konsum zu decken, welche weiteren Produktionsmöglichkeiten, um durch den Verkauf heimischer Arbeitserzeugnisse auf dem Weltmarkt die Mittel zu beschaffen, aus denen das vom Ausland zu besorgende Defizit der eigenen Produktion gegenüber dem heimischen Verbrauch bestritten werden kann;

drittens, wie hoch sich die staatlichen Verpflichtungen belaufen, die bei der Neubildung als Erbteil des alten Staates übernommen werden müssen, wie hoch die Steuerkraft des neuen Staates einzuschätzen ist, ob sie in der Lage sein wird, die inner- und außenstaatlichen Verpflichtungen des Staates, sowie die Ausgaben einer Werte schaffenden Staatsverwaltung zu befriedigen. Um diese Frage zu beant-

worten, muß natürlich auch eine Vorstellung von Fülle, Ausmaß und Gegenständlichkeit der Staatsaufgaben vermittelt werden.

Leider fehlen zur Beantwortung dieser Frage fast so gut wie alle Vorarbeiten. Die Statistik der österreichisch-ungarischen Monarchie behandelte den österreichischen Staat durchaus zentralistisch und gibt keinerlei genaue Nachweise für die einzelnen Kronländer Österreichs. Unsere nachfolgenden Ausführungen stützen sich daher im wesentlichen auf weltbekannte Tatsachen, durch deren Neueinstellung und richtige Verwendung approximative Schätzungen für einzelne Verhältnisse gefunden werden können.

I. Die Ernährungsverhältnisse Deutsch-Österreichs.

Das alte Österreich war bekanntlich schon seit Jahren kein Landwirtschaftsland mehr, sondern war ein Industriestaat geworden. Nicht einmal die gewaltige landwirtschaftliche Ausfuhr des ungarischen Schwesterstaates konnte den österreichischen Konsum befriedigen. Schon im Jahre 1912 mußte Österreich-Ungarn für über 100 Millionen Kronen Nahrungs- und Genußmittel vom Ausland hinzukaufen, um die Ernährung der gesamten Monarchie sicherzustellen. Dieser Einkauf geschah im wesentlichen zu Gunsten Österreichs, das bereits für seine Ernährung von Ungarn folgende große Posten bezogen hatte:

Getreide	für	298	Millionen	Kronen
Mehl	„	259	„	„
Reis	„	13	„	„
Obst	„	8	„	„
Rinder	an	161	Tausend	Stück
Schweine	„	91	„	„
Milch	für	12	Millionen	Kronen
Eier	„	15	„	„
Butter	„	8	„	„
Schmalz	„	13	„	„
Speck	„	11	„	„
Fleisch	„	17	„	„

In einzelnen dieser Artikel war Österreich allerdings Ausfuhrland, und zwar unter anderm für Eier, Butter, Speck, aus Galizien-Bukowina nach Deutschland. Aber eben dieser

Umstand ist für Wirtschaftsverhältnisse der österreichischen Monarchie charakteristisch und für die gegenwärtige und künftige Lage des Alpengebiets von besonderer Wichtigkeit. Die unentwickelten, mit Naturschwierigkeiten kämpfenden Verkehrsverhältnisse Österreichs gaben und geben die Überschüsse der charakteristischen Produktionsländer, wie es Galizien war und ist, an das benachbarte Deutschland und Polen, nicht aber an das Alpengebiet weiter, das auf den ungarischen Nachbarn angewiesen bleibt. Solange der österreichisch-ungarische Staat ein einziges Wirtschaftsgebiet war, konnten die Verkehrsverhältnisse ohne Gefahr zugelassen werden. Als mit dem Krieg die ungarische Wirtschaft sich zu Gunsten ihres eigenen Verbrauches gegen Österreich abschloß, trat die Katastrophe ein. Diese Katastrophe wurde noch dadurch erhöht, daß die Verschiebungen von Nahrungsmitteln innerhalb des österreichischen Staates selbst mit den Kriegsvorgängen unmöglich wurden. Die österreichische Ukraine und Galizien, die eigentlichen agrarischen Produktionsgebiete Zisleithaniens, wurden in die Kriegsoperationen einbezogen oder dienten als Etappe für die Ernährung der Armee. Für das alte Österreich kam als eigene Ernährungsquelle nur noch die Landwirtschaft von Böhmen und Mähren in Betracht, und auch diese reichte kaum für den Verbrauch der großen Städte und der Produktionsgebiete selbst. Für die gebirgigen Gegenden, und also erst recht für die Alpenländer fing das große Hungern an. Ein Blick auf die Karte zeigt, daß innerhalb der Grenzen eines deutsch-österreichischen Staates nur in Niederösterreich Ebenen für Ackerbau zur Verfügung stehen. Das ganze übrige Deutsch-Österreich ist Gebirgsland, zu 75 % Hochgebirge! Und die gesamte landwirtschaftliche Produktion dieses Alpenlandes beschränkt sich auf eine allerdings qualifizierte, aber niemals den heimischen Fleischkonsum deckende Gebirgsviehzucht und auf eine hierfür bestimmte Futtermittelproduktion. Getreide- und Kartoffelanbau reichen nicht aus, auch nur den zehnten Teil der Bevölkerung zu ernähren! Dazu kommt, daß die Getreideproduktion unter ungünstigen Bodenverhältnissen, der Bodenbeschaffenheit, der Bearbeitungslage, der Verkehrs-

lage und den klimatischen Verhältnissen leidet. In dem überaus günstigen Erntejahr 1912 erzielten die Weizenstaaten Böhmens die hohe Eintragsdurschnittsziffer von 22, das allein von Deutsch-Österreich weizenbauende Steiermark nur die Hälfte. Wie sich die Ernährungsverhältnisse Deutsch-Osterreichs im Kriege und zumal nach der Revolution, als für Wien sein mährisches Produktionshinterland in Fortfall kam, gestaltet haben, ist bekannt. Seit Jahren beträgt das rationierte Ernährungsminimum der Wiener Bevölkerung nicht mehr als ein halbes Kilo Brot auf die Woche und ein viertel Kilo Mehl. Das Fleisch hat eine Rationierung überhaupt nicht zugelassen und ist für den Großteil der Wiener Bevölkerung infolge seiner Preisansetzung unerschwinglich, außerdem nur in verschwindend geringen Mengen auf dem Markte. Wenn die österreichische Einfuhr an Nahrungsmitteln im Jahre 1912 aus Ungarn und dem Auslande und zwar nur für Getreide, Mehl, Kartoffeln und Gemüse an 650 Millionen Kronen ausmachte, so gehen wir nicht fehl, wenn wir diesen Betrag im ganzen für den Bedarf der Alpenländer einstellen. Denn das ganze übrige Deutschland war ein mit Überschüssen arbeitendes Produktionsland, und wir müßten daher eigentlich noch in unsere Rechnung alle diejenigen Verschiebungen von Nahrungsmitteln aufnehmen, die aus dem alten Österreich selbst in das Alpengebiet kamen. Schließlich müssen wir für unsere Rechnung wenigstens noch die Weltpreiserhöhungen bewerten, auch wenn wir die Valuta der Krone nicht in Ansatz bringen wollen. Nach alledem wird der Bedarf an Nahrungsmitteln für Deutsch-Österreich eine Einfuhr von wenigstens einer Milliarde Kronen jährlich notwendig machen.

II. Die Produktionskräfte Deutsch-Österreichs.

Es fragt sich ob Deutsch-Österreich in der Lage sein wird, die von dem Auslande einzuführenden Lebensmittel durch Ausfuhr an Rohstoffen, die es heimisch produziert, oder an Industriefabrikaten bezahlen zu können. Und zwar ist für diese Überlegung nicht entscheidend, was Deutsch-Österreich später einmal, nach letzter Entwickelung der noch

unerschlossenen Wirtschaftskräfte, wird leisten können, sondern was es auf Grund der vorhandenen Organisation des wirtschaftlichen Lebens darstellen kann. Ein annähernd gutes Bild gewinnt man davon, wenn man die Außenhandelsstatistik des österreichischen Staates studiert. Nehmen wir die Ergebnisse von 1913. Die Tabellen von Hübner-Juraschek haben die Ausfuhrposten der österreichisch-ungarischen Wirtschaft übersichtlich nach ihrer Höhe geordnet.

Voran steht Zucker, Raffinadezucker mit 222,1 Millionen Mark und Rübenzucker, roh, mit 34,8 Mill. M. Mit Ausnahme von Niederösterreich ist das alpenländische Gebiet an der Zuckerproduktion überhaupt nicht beteiligt. Die gesamte Zuckerproduktion machte im Jahre 1913/1914 16821 q (in Tausenden) aus. Davon liefen über 7000 böhmisch, über 5000 ungarisch, der Rest verteilte sich auf Mähren, Schlesien, Galizien und Niederösterreich, dessen Anteil der Kompaß von 1917 nicht feststellt, der aber von diesen 4666 nicht mehr als 12% betragen dürfte. Deutsch-Österreich wird also unter allen Umständen ein großes Zuckereinfuhrland werden, auch wenn es seinen Konsum weiterhin so bescheiden beschränkt, wie vor dem Kriege, indem es pro Kopf 3 kg weniger Zucker im Jahre verzehrte, als Böhmen. Das Minimum der alpenländischen Zuckereinfuhr wird, wenn auch die niederösterreichische Produktion berücksichtigt wird, an 60 Millionen kg im Jahre betragen!

Der dritthöchste Posten der Ausfuhr sind die Eier. Wir haben schon oben gesagt, daß Österreich für den abendländischen Verbrauch für 12 Millionen Kronen Eier aus Ungarn einführen mußte. Dieser große gesamtösterreichisch-ungarische Ausfuhrposten geht also wiederum auf Rechnung von Galizien, Ukraine und Ungarn, nicht aber auf Rechnung der Alpenländer, die Eiereinfuhrland werden. Dieselben Überlegungen treffen zu für Felle und Häute, die mit 7217 Millionen für 1913 verzeichnet stehen.

Malz, Hopfen und Gerste marschieren mit 47,4, 32,9, 28,7 Millionen Mark, das Bier selbst mit 15 Millionen Mark. Daß die deutsch-österreichische Gerstenernte nicht in Betracht kommt, versteht sich von selbst. Die Hopfenernte aus Stei-

ermark und Oberösterreich ist nur gleich einem Sechstel der böhmisch-mährischen Ernte! Dagegen verfügt Deutsch-Österreich über eine nicht unbeträchtliche Brauerei-Industrie; zwar erreicht keine der großen Wiener Brauereien die böhmische Produktion: das Pilsener Bürgerliche Bräuhaus steht mit 700 000 hl Jahresproduktion weit vor der größten Wiener Brauerei, der von St. Marx mit 444 000 hl. Günstigenfalls ist die österreichische Produktion im ganzen ebenso groß wie die von Böhmen, Mähren und Galizien. Dagegen wäre es falsch, den Anteil Österreichs an der Bierausfuhr gleich hoch zu bewerten. Die ganze Welt trinkt Pilsener Bier, dagegen nicht Wiener Biere. Vielmehr wird selbst in Wien nicht unbeträchtlich viel Pilsener Bier konsumiert. So stellt sich also die Sachlage so, daß die Erträgnisse der Bierausfuhr sicherlich nicht reichen werden, um die Einfuhr von Rohstoffen für die hochentwickelte österreichische Brauerei bezahlen zu können.

Glas und Glaswaren, einer der wichtigsten Posten der österreichischen Ausfuhr in Anbetracht der großen Verdienstmöglichkeiten dieser Industrie! Sie steht 1913 mit 38,4 Millionen Mark; Glasperlen werden für 9,3, Spiegelglas, Tafelglas und Gußglas für 3,2 Millionen Mark ausgeführt. Leider aber bedeutet dies für die Alpenländer so gut wie nichts. Von den 1006 österreichischen Betrieben sind 872 böhmisch und nur 102 in Niederösterreich, Salzburg und Steiermark ansässig. Die übrigen alpenländischen Kronländer fallen für die Glasindustrie ganz aus. Auch die Größe der Betriebe ist nicht zu Gunsten der Alpenländer. Die böhmisch-mährischen Betriebe beschäftigen von den 43 569 Arbeitern allein 36 834; dazu kommt, daß die österreichischen Arbeiter verhältnismäßig weniger qualifiziert sind, als die böhmischen, wie die niedrigeren Löhne beweisen. In dieser wichtigen Industrie macht sich eben der Standort, die bessere Verkehrslage Deutsch-Böhmens an der Elbe entscheidend bemerkbar. Wir rechnen jedenfalls noch zu günstig für Deutsch-Österreich, wenn wir seine mögliche Produktion in Glas und Glaswaren mit 5 Millionen Mark jährlich abschätzen. Ähnliche Verhältnisse liegen, unwesentlich zu

Gunsten Österreichs verschoben, für die Ausfuhr von Tonwaren vor, die 1913 23 Millionen Mark einbrachte.

Von besonderem Interesse ist die österreichische Papierindustrie. Von den 141 österreichischen Papierfabriken sind allein 66 böhmisch und mährisch. Für Galizien, Schlesien, Krain und Görz gehen wiederum 20 ab, so daß für das alpenländische Gebiet ungefähr 60 Papierfabriken übrig bleiben. Diese Industrien haben allerdings zum Teil ihre Geschäftszentrale in Wien; Firmen, wie die Leikam A.-G. in Wien haben Fabriken sowohl in Steiermark, Niederösterreich und Galizien; nicht viel anders ist die Dezentralisation der Produktion für die nächstgroße Firma, die Neusiedler Papierfabrik A.-G. in Wien. Die Zentralisation durch die geschäftliche Leitung dürfte für die Papierindustrie auch weiterhin in Wien verbleiben, schon infolge der bekannten Konzernverhältnisse, in denen die Presse zur Papierproduktion steht. Die hauptsächliche Presse Wiens wird auch künftighin der stärkste Träger, der stärkste Konsument dieser Industrie bleiben. Auch dürfte, soweit es sich nicht um Druckpapier handelt, sondern um die feinere Papierfabrikation und die Kartonfabrikation, die deutsch-österreichische Produktion weiterhin eine beträchtliche Rolle spielen, schon wegen der qualifizierten, in der ganzen Welt geschätzten Arbeit, die hier geleistet wird. Wenn wir also sehr günstig rechnen, so können wir den halben Ertrag der alten Ausfuhr für Deutsch-Österreich in Anspruch nehmen, also einen Wert von ungefähr 20 Millionen Mark. (Papier 21,9, Papierzeug aus Holzstroh usw. 17,6, Zigarettenpapier 2,6.)

Dieselben günstigen Bedingungen dürfte die Industrie von Möbel und Möbelteilen aus gebogenem Holz besitzen, die mit 18,1 Millionen Mark im Buch steht; günstigere noch die Buchproduktion mit 16,8 Millionen Mark!

Mit diesen Industrien kommen wir jetzt zu einer Reihe von Artikeln, die in erster Linie Wiener Fabrikat sind, oder doch ihre Hauptproduktion in Deutsch-Österreich haben. Perlmutterknöpfe und andere Perlmutterwaren mit 17,5 Millionen Mark, Galanteriewaren aus Porzellan mit 12,5 Millionen Mark, Arbeiten aus Glasperlen mit 12,9 Millionen

Mark, Knöpfe aus Horn, Hornmassen oder Knochen mit 8 Millionen Mark, Bürstenbinderwaren mit 4,5 Millionen Mark, Korbflechterwaren mit 0,9 Millionen Mark. Selbstverständlich haben auch alle diese Industrien in Deutsch-Böhmen eine nicht unbeträchtliche Fabrikation, die Auseinanderrechnung ist auf Grund der heutigen statistischen Nachweise nicht möglich. Wir müssen indessen, um vor der Überschätzung dieser Ausfuhrwerte zu warnen, wie sie heute gang und gäbe ist, darauf hinweisen, daß sie noch nicht 50 Millionen Mark betrug. Ernsthaft wird man den deutsch-österreichischen Anteil wohl nur mit 40 Millionen Mark bewerten können.

Derselben Überschätzung macht man sich in der Bewertung der Ausfuhr von Lederwaren schuldig, die allerdings den großen Wert von 50,5 Millionen Mark darstellt; wenn wir gut rechnen, können wir hiervon 30 Millionen Mark auf Wien und Deutsch-Österreich ansetzen.

Es bleibt uns an interessanten Fragen gegenüber der alten Ausfuhrstatistik nur noch die der Textilindustrie, sowie die des verarbeiteten Eisens, der Eisenwaren, der Maschinen. Die übrigen bemerkenswerten Ausfuhrposten kommen für Deutsch-Österreich nicht in Betracht. Günstigenfalls versorgt es sich in diesen Artikeln selbst! Es sind teils Ausfuhrerzeugnisse aus den landwirtschaftlichen Produktionsgebieten der Monarchie, wie Malz, Sämereien, Obst, Federn, Hülsenfrüchte, Leinkuchen, Hasen- und Kaninchenfelle, Mehl, Weizen, Roggenkleie, Gurken, Eichenholzextrakte, Heu, Kartoffeln, Rindvieh, Pferde, Esel, Stärke, Geflügel, insgesamt zirka 220 Millionen Mark, teils Rohstoffe, die, wie wir noch sehen werden, in Deutsch-Österreich ebenfalls nicht oder nur wenig vorhanden sind, wie Braunkohle, Steinkohle, Magnesit, Koks, Mineralwasser, Brennholz, Holzkohle, Briketts, Steinkohlen-, Braunkohlen- und Schieferteer, insgesamt für zirka 101 Millionen Mark. Von den agrarischen Produkten macht nur der Wein eine Ausnahme zu Deutsch-Österreichs Gunsten. Seine Ausfuhr von 6,8 Millionen Markwert kommt ungefähr zur Hälfte Ungarn, zur Hälfte Deutsch-Österreich zu. (Natur- und Kunstweine!)

Die Textilindustrie setzt sich aus sehr verschiedenen Fabrikationen zusammen. Vornan steht Baumwollwäsche mit einer Ausfuhr von 9,6 Millionen Mark. Putzwaren, Kragen, Manschetten aus Baumwolle folgen mit 5,3 Millionen Mark. Putzwaren aus Leinen mit 0,2 Millionen Mark. Filzhüte mit 7,8 Millionen Mark; Mädchenhüte aus Stroh, Bast usw. mit 8,2 Millionen Mark, Hutstumpen (Haar- und Wollfilze) mit 2,6 Millionen Mark. Die Statistik des Handelsministeriums für das Jahr 1916 gibt die Ziffern von 1913 in Einfuhr und Ausfuhr nach dem Wert in Kronen

für Klasse 22 des Zolltarifs (Baumwolle, Garne und Waren daraus):
die Einfuhr mit 392 Millionen Kronen
die Ausfuhr mit 151 „ „

für Klasse 23 (Flachs, Hanf, Jute und andere vegetabilische Spinnstoffe, Garne und Waren daraus):
die Einfuhr mit 111 Millionen Kronen
die Ausfuhr mit 82 „ „

für Klasse 24 (Wolle, Wollengarne und Wollwaren):
die Einfuhr mit 242 Millionen Kronen
die Ausfuhr mit 111 „ „

für Klasse 25 (Seide und Seidenwaren):
die Einfuhr mit 116 Millionen Kronen
die Ausfuhr mit 51 „ „

für Klasse 26 (Konfektionswaren):
die Einfuhr mit 25 Millionen Kronen
die Ausfuhr mit 101 „ „

Die Einfuhrüberschüsse für Klasse 22—25 betragen also insgesamt 466 Millionen Mark, denen ein Ausfuhrüberschuß für Konfektionswaren mit 76 Millionen Mark gegenübersteht. Dies Resultat der alten österreichischen Textilindustrie ist gegenüber den andern textilindustriellen Staaten, wie England und Deutschland, nicht gerade günstig zu nennen, doch ist anzunehmen, daß sich die Verhältnisse für Deutsch-Österreich wesentlich günstiger gestalten werden. Die Textilindustrie Österreichs und speziell die Konfektionsindustrie war naturgemäß in den industriell höher entwickelten Alpenländern und in Böhmen im wesentlichen domiziliert und versorgte von hier aus die weiter östlich gelegenen Kronländer und

Ungarn. Dieser Markt dürfte der deutsch-österreichischen Industrie auch jetzt nicht genommen werden, so daß die Ausfuhrzahlen der künftigen deutsch-österreichischen Textilindustrie, wenn die unbedingt notwendige Modernisierung vorgenommen wird, eine aktive Handelsbilanz aufzeigen werden, selbst bei scharfer Konkurrenz der in den Produktions- und Einfuhrverhältnissen viel günstiger gelegenen böhmischen Textilindustrie.

Der Hauptvorsprung der deutsch-österreichischen und der Wiener Industrie auch der böhmischen gegenüber wird sich durch die internationale Überlegenheit der Wiener Konfektionsbranche einstellen. Trotz all dieser günstigen Auspizien ist aber für die nächsten Jahre keine Aussicht auf ein großes Geschäft vorhanden. Die völlige Erschöpfung aller Läger, sowohl an Fertigwaren wie an Rohstoffen, verweist die deutsch-österreichische Textilindustrie ebenso wie die reichsdeutsche auf die Notwendigkeit ungeheurer Rohstoffeinkäufe aus dem Ausland. Die valutarischen Verhältnisse Deutsch-Österreichs würden diese Einkäufe so teuer gestalten, daß an irgend eine Rentabilität der Textilindustrie auf Jahre hinaus nicht zu denken ist. Die Lage ist ganz einfach die, daß man gezwungen ist, auch unter großen Opfern diese Einkäufe zu tätigen, um überhaupt eine Industrie in Gang zu halten, die im Augenblick wenigstens die Arbeitsmöglichkeiten und Existenzgrundlagen für Hunderttausende heimischer Arbeiter und für spätere nicht zu berechnende Zeiten vielleicht wieder einmal internationale Verdienste abgeben kann.

Die eisenverarbeitenden Industrien. Die Statistik des Handelsministeriums beziffert die Ausfuhr in Maschinen, Apparaten und Bestandteilen derselben aus Holz, Eisen oder unedlen Metallen für 1913 mit 31 Millionen Kronen; die Ausfuhr von elektrischen Maschinen und Apparaten, sowie elektrotechnischen Bedarfsartikeln mit 12 Millionen Kronen, die von Fahrzeugen mit beinahe 18 Millionen Kronen. Die Wiedereinfuhr in denselben Warenklassen übertrifft natürlich die Ausfuhr um ein bedeutendes, fast um 100 %; aber auch in dieser Industrie kehren die eben geschilderten Verhältnisse

wieder, daß die österreichische Industrie mit Rücksicht auf auswärtige besser bezahlte Absatzmöglichkeiten garnicht in der Lage war, den heimischen Konsum allein zu befriedigen, umso weniger, als die eisenverarbeitende Industrie in die differenzierte europäische Arbeitsteilung voll einbezogen war und man in Österreich eine Reihe von Spezialwaren fabrizierte, deren Absatz ebenso auf den Weltmarkt berechnet war, wie die Produktion Deutschlands, Englands und Amerikas. Allerdings hatte die österreichische eisenverarbeitende Industrie für den Absatz auf dem Weltmarkt mit sehr erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen, die innerpolitisch begründet waren, dadurch, daß die eisenproduzierende Industrie Österreichs durch hohe Zollmauern vor dem Ausland geschützt war und unter wohlwollender Förderung des Staates, der damit sowohl steuerpolitische, wie Rüstungsinteressen verfolgte, in einem straff organisierten Kartell beinahe souverän in der Preisansetzung war. Die daher kommende Verteuerung der Rohstoffe hat die Entwicklungsmöglichkeiten der eisenverarbeitenden Industrie nicht unerheblich beschränkt.

Die Zukunft der österreichischen eisenverarbeitenden Industrie wird zunächst davon abhängen, ob es ihr möglich ist, sich von dem Diktat des Eisenkartells frei zu machen und sich ihre Rohstoffe zu billigen Preisen zu besorgen. Diese Aussichten würden im Falle einer Donaukonföderation, d. h. der Herstellung eines gemeinsamen zollgeschützten Wirtschaftsgebietes aus den Staaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, zu Wasser werden. In diesem Falle würde das Eisenkartell triumphieren.

Es ist ungeheuer schwer, die geschäftlichen Chancen der eisenverarbeitenden Industrie zu berechnen. Um für unsere Deduktionen so viel Sicherheiten wie möglich zu haben, wollen wir aber die Verhältnisse der eisenverartenden Industrie in Deutsch-Österreich so günstig wie möglich und daher den Anteil Deutsch-Österreichs in den Warenklassen 40—42 (Maschinen usw., elektrische Maschinen usw., Fahrzeuge) mit einem Drittel der Gesamtausfuhr des alten Staates gleich 20 Millionen Kronen annehmen.

Wenn wir nun aus diesem Studium der Ausfuhrstatistik und der Handelsbilanz des alten Staates unsere Folgerungen ziehen wollen, so kommen wir zu folgenden Resultaten:

Erstens: Deutsch-Österreich fällt als Ausfuhrland fort:

a) für fast alle Produkte der Landwirtschaft;

b) ebenso für die Produkte der landwirtschaftlichen Industrien (namentlich scheiden aus die großen Posten der alten Ausfuhr in Zucker, Brauereistoffen, Fellen und Häuten usw.);

c) für alle jene Rohstoffe, die als Wirtschaftsfaktoren der industriellen Produktion in Frage kommen, in erster Linie Eisen und Kohle, aber auch andere Metalle, sowie Erdöle usw.

Zweitens: für die deutsch-österreichische Handelsbilanz fallen auch jene großen Ausfuhrposten der alten Bilanz fort, die sich aus gewissen Spezial-Fabrikationen der Gesamtmonarchie ergaben. Als wesentlich deutsch-böhmisch, nicht aber alpenländisch domiziliert erwiesen sich Glas und Glaswaren, Tonwaren und als wenigstens zur Hälfte deutschböhmische Papier- und Textilindustrie.

Drittens: die Aussichten der größten Industrie, der Textilindustrie, leiden unter dem allgemeinen mitteleuropäischen Rohstoffmangel und unter den speziellen deutsch-österreichischen Valutaverhältnissen, so daß an eine Rentabilität dieser Industrie auf Jahre hinaus nicht zu denken ist.

In Ziffern ausgedrückt heißt das, daß von der alten österreichisch-ungarischen Ausfuhr in einem Gesamtbetrag von 2,7 Milliarden Kronen schätzungsweise 1,5 Milliarden Kronen für die Ausfuhr an Erzeugnissen der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Industrie, der industriell wichtigen Rohstoffe und der Erzeugnisse der alten Spezialindustrien für Deutsch-Österreich nicht in Betracht kommen, daß sicher anzusetzen ist nur ein Betrag von ungefähr 200 Millionen Kronen für Papier, Möbel, Bücher, Galanteriewaren, verschiedene Leder und Maschinen, und über den Rest von 1 Milliarde nicht viel gesagt werden kann. Wollte man den Anteil Deutsch-Österreichs an diesem Restbetrag

seiner Bevölkerungszahl von 6 Millionen gemäß feststellen, so würden nicht mehr als zirka 150 Millionen zu seinen Gunsten sein. Aber selbst, wenn wir diesen Betrag mit Rücksicht auf die Arbeit der großen Bevölkerung Wiens verdoppeln, so kommen wir günstigenfalls zu einer deutschösterreichischen Gesamtausfuhr von 1/2 Milliarde Kronen. Dieser Ausfuhr würde eine Einfuhr gegenüberstehen, die wir schon für die notwendigen Nahrungsmittel mit 1 Milliarde beziffert haben und die sich noch erschreckend erhöht durch die notwendig werdende Einfuhr an Produkten der landwirtschaftlichen Industrien, wie Zucker usw. und die Einfuhr von Rohstoffen für die großen Industrien der Textil- und der Eisenbranche. Alles in allem müssen wir auf Einfuhrnotwendigkeiten von anderthalb Milliarden Kronen uns gefaßt machen. Bei alledem ist die Einfuhr von Kohle, über die wir noch sprechen werden, bisher noch nicht in Ansatz gebracht.

Möglichkeiten für die Aktivität einer Zahlungsbilanz. Die alte österreichische Handelsbilanz wurde bekanntlich von Jahr zu Jahr passiver. Die Passivität wuchs so stark, daß sie sogar die Grundlagen der lange Zeit aktiven Zahlungsbilanz erschütterte und Österreich mehr und mehr international verschuldete. Die Aktivität der Zahlungsbilanz beruhte, da ein internationales Kreditgeschäft oder ein nennenswertes Reedergeschäft dafür nicht in Betracht kam, so gut wie ausschließlich auf den Rückzahlungen der von den österreichisch-ungarischen Auswanderern gemachten Ersparnisse. Die Passivität der österreichisch-ungarischen Handelsbilanz machte im Jahre 1912 bereits 740 Millionen Kronen aus; demgegenüber konnte die Zahlungsbilanz nicht mehr als annähernd 400 Millionen Kapitalbezug aus Auswanderergeldern notieren. Diese Kapitalbezüge fallen nun für Deutsch-Österreich vollkommen fort, (da die Auswanderer fast ausschließlich aus den galizisch-bukowinischen oder tschecho-slowakischen Gebieten kamen. Deutsch-Österreich, im besonderen das Alpenland, mit seinen nocht nicht 6 Millionen Einwohnern hat keinen Überfluß an Menschenkräften, sondern ist vielmehr, falls überhaupt an seine wirtschaftliche

Entwicklung gedacht werden soll, auf den Zuzug von Arbeitskräften angewiesen, die ihm nach dieser Weltkatastrophe nur aus Deutschland kommen werden und bei Anschluß Deutsch-Österreichs an das Muttervolk kommen würden.

Die Frage ist, ob Deutsch-Österreich durch seine für den Zentralstaat bestimmten Banken Geschäfte machen kann aus dem internationalen Kreditgeschäft, aus der Beteiligung der Banken am wirtschaftlichen Leben der neu entstandenen Nationalstaaten. Die Möglichkeit ist nicht grundsätzlich abzulehnen. Allerdings ist die Situation der großen Banken — es handelt sich um nicht weniger als 10 Großbanken mit einem Aktienkapital von fast einer Milliarde Kronen — mehr als prekär. Zunächst durch die valutarischen Verhältnisse Deutsch-Österreichs. Mit dem Gelde dieses Kleinstaates können Unternehmungen vom Format dieser Banken überhaupt keine internationalen Geschäfte machen, selbst wenn durch künstliche Mittel, überreiche Kreditgewährung vonseiten der Entente, die Valuta der Krone sich entscheidend gebessert haben sollte. Für Deutsch-Österreich bleibt nichts anderes übrig als der Anschluß an eine große Währung, entweder an die Reichsmark oder an die lateinische Währung- und Münzunion, an den Franc. Daß dieser letztere Anschluß nur möglich ist bei einer Lösung des österreichischen Staatsschuldenproblems dürfte allen Finanzsachverständigen ohne weiteres klar sein.

Aber noch in anderer Hinsicht ist die Lage der österreichischen Banken schwierig. Ebenso wie ihre Geschäfte im Rahmen des alten österreichisch-ungarischen Staates heute internationalisiert sind, ist es auch ihr Aktienkapital. Der Generalrat der Anglo-Österreichischen Bank zählt unter elf Mitgliedern drei Ungarn und zwei Angehörige des tschechoslowakischen Staates. Es ist ja ganz selbstverständlich, daß die kapitalkräftigen ungarischen Magnaten und die noch kapitalkräftigeren Industriellen aus Deutsch-Böhmen, Prag, Schlesien und Mähren im hohen Grade am Geschäft der Banken beteiligt sind. Unter diesen Umständen erscheint das spezifisch deutsch-österreichische Geschäft ,das die Banken machen könnten, nicht sehr aussichtsreich, ja die Zukunft

der deutsch-österreichischen Banken ist durch die nunmehr wachsende Konkurrenz der Nationalbanken in den neuentstandenen Staaten überhaupt gefährdet und ein Ausweg nur durch internationale Anschlüsse gegeben, die sich im Falle der großdeutschen Lösung mit den Berliner Banken bei den schon bestehenden Geschäftsbeziehungen leicht realisieren lassen würden. Daß die Banken in der Lage wären, durch ihre internationalen Geschäfte der deutsch-österreichischen Zahlungsbilanz Kapitalbezüge zu sichern, die die ungeheure Passivität der Handelsbilanz ausgleichen könnte, muß als ausgeschlossen erscheinen.

Spezialuntersuchungen über Bodenschätze.

In unserem Studium der österreichischen Handelsbilanz haben wir als stillschweigende Voraussetzung behandelt, daß Kohle und Eisen für eine Ausfuhr aus Deutsch-Österreich nicht in Frage kommen. Wir haben vielmehr angedeutet, daß Österreich ein ausgesprochenes Kohleneinfuhrland sein wird. Wenn wir in jenem Zusammenhang die Frage der Einfuhrmengen und Einfuhrwerte für Kohlen nicht näher erörterten, so geschah es nur, um sie zurückzustellen und zugleich mit dem von Phantasten überschätzten Problem der Umsetzung von Wasserkräften in elektrische Energie zu behandeln.

Es ist weltbekannt: Kohle ist in Deutsch-Österreich nicht vorhanden; die verschwindenden Mengen Braunkohle kommen nicht in Betracht. Der Ausbau dieser Vorkommen in Niederösterreich kann sich nicht lohnen, sie werden immer nur lokalen Bedürfnissen genügen können. Deutsch-Österreich bleibt auf den Bezug von Kohle aus Oberschlesien, Mährisch-Ostrau und Witkowitz angewiesen, falls nicht mit dem Ausbau der Wasserstraßen rheinisch-westfälische Kohle billiger nach Wien gelangen sollte. Dabei ist der Verbrauch von Kohle schon durch den unverhältnismäßig hohen Bedarf der Gebirgseisenbahnen sehr groß. Unter diesen Umständen begreift man den Wunsch und die Hoffnung, die Kohle durch Elektrizität auf Grund von Wasserkräften ablösen zu können.

Die Hoffnungen darauf sind auch nicht gegenstandslos, nur muß man sich darüber klar sein, daß auf Jahre hinaus die aus Wasserkräften umzusetzende Energie für die Industrie wenigstens ein ebenso teueres Betriebsmittel darstellt, wie die Kohle. Eine Rentabilität wird erst sehr langsam zu erzielen sein. In diesem Zusammenhang sei auf die bedeutenden Studien verwiesen, die Dr. Ing. Walter Conrad bereits 1910 unter dem Titel: „Die kaufmännische Bedeutung der österreichischen Alpenwasserkräfte, ihre Rentabilität, Finanzierung und Besteuerung“ veröffentlicht hat. Schon damals berechnete Conrad die Kosten einer Pferdekraft von Wasserkräften mit 1000 bis 1500 Kronen. Man muß diese Kosten vergleichen mit denen anderer durch Wasserkräfte ausgezeichneten Länder; die Norwegens dürfte nur den dritten Teil der Ausbaukosten betragen. Die Jahreskosten für die Pferdekraft sollten sich 1910 für die Alpenländer auf 63 Kronen, im Vergleich die norwegischen Kosten auf 24 Kronen stellen. Dabei werden die vorhandenen Wasserkräfte überschätzt. Conrad nimmt den Vorrat mit 1 870 000 Pferdekräften an. (Die Wasserkraft der Niagarafälle allein stellt eine Höchstleistung von einer Million Pferdekräfte dar!) Die Ausbaukosten der vorhandenen Energie stellten sich nach Conrads Schätzung schon 1910 auf eine bis anderthalb Milliarden Kronen. Daß diese Summe auch ohne Ansetzung der Valuta heute bereits verdoppelt, wenn nicht verdreifacht werden müßte, ist klar. Der selbständige deutsch-österreichische Staat würde aus eigenem nicht in der Lage sein, diese Arbeiten in die Hand zu nehmen. Und was wird nun, wenn durch fremde Hilfe die österreichischen Wasserkräfte vollständig ausgebaut sein sollten, der Ertrag sein? Die durch die Wasserkräfte erzielte elektrische Energie würde nicht mehr als einem Achtel der Kohlenproduktion des alten österreichisch-ungarischen Staates entsprechen.

Bei allen diesen Überlegungen ist von vornherein ausgelassen, was an privatrechtlichen, verwaltungsmäßigen Schwierigkeiten, sowie internationalen Auseinandersetzungen der Aufgabe, die Wasserkräfte in elektrische Energie umzusetzen, entgegenstehen. Das österreichische Wasserrecht ist

heute landschaftlich verschieden; die wichtigsten Wasserkräfte sind in den Händen der Anlieger; große und wichtige Wasserläufe laufen an den Grenzen des deutsch-österreichischen Staates entlang. Hier müssen also ein Reichsgesetz, ein Enteignungsgesetz, internationale Abmachungen vorbereitet werden, alles Dinge, die Zeit zur Durchführung kosten. Günstigenfalls wird das ganze Problem in zwanzig Jahren gelöst, die Folge aber dürfte, wenn wir vom Verkehr absehen, nicht die sein, daß die gegenwärtige industrielle Organisation den Bezug an Kohle in den von elektrischer Energie durch Wasserkräfte eintauscht, sondern daß in der Nähe der Anlagen eine neue Standortsindustrie unter Berücksichtigung vorhandener Rohstoffe oder Verkehrslagen entstehen wird. Wenn im ganzen ein Achtel der alten österreichisch-ungarischen Kohlenproduktion und damit günstigsten Falls drei Achtel des österreichischen Kohlenverbrauchs durch Wasserkräfte ersetzt werden können, so wird nach wie vor ein namhafter Import von Kohle für Deutsch-Österreich eine Lebensnotwendigkeit sein.

Der Mangel an Kohle ist von besonderer tragischer Bedeutung für eine auf Grund des steirischen Eisenvorkommens autzubauende deutsch-österreichische Eisenproduktion. Das alte Österreich hatte Eisenvorkommen in Steiermark und in Böhmen. Von beiden ist das unbedingt wertvollere das steiermärkische. Die Nachhaltigkeit der Versorgung aus dem Steierer Eisenberg ist sichergestellt, während der Kladnoer Erzberg und die Erzlager Nuccitz in vielleicht 20 Jahren erschöpft sein können. Für die gesamte Eisenindustrie in Europa hat sich indessen als entscheidend die leichte Möglichkeit der Kohlenbesorgung und die günstige Verkehrslage überhaupt herausgestellt, so daß die großen Eisenhüttenwerke nicht dort entstanden sind, wo das Erz abgebaut werden kann, sondern dort, wo Kohle in größeren Quantitäten vorhanden ist und das Erz leicht herbeigeschafft werden kann. Das große Hochotenwerk in Servola bei Triest wurde nur dadurch möglich, daß die Seetransporte sowohl von Eisen und Kohle aus England eine zum Teil billigere Produktion ermöglichten, als es die von Steiermark und Böhmen

war, für die entweder Kohle oder Erze über Land transportiert werden müssen. Die großen Wittkowitzer und Trzynietzer Eisenwerke bezogen hauptsächlich ausländische Erze, und zwar schwedische, ungarische, bukowinaer, spanische u. a. Alle diese Erze kamen wesentlich auf dem Landwege, da die Oderschiffahrt noch immer unter ungünstigen Wasserstandsverhältnissen leidet. Trotz alledem war die eigentliche Eisenhüttenindustrie Österreich-Ungarns hier konzentriert; das beweist, daß die Erztransporte erheblich billiger sein müssen, als es die Kohlentransporte für die Steierer Hüttenwerke sind. Der Transportraumverbrauch ist eben ungeheuer zu Ungunsten der Kohle. Diese schwierigen Transportlagen, der Mangel an Erzen für die böhmischen und mährischen Werke, der an Kohle für die steirischen erklären die starke Verteuerung der Eisenproduktion im alten Österreich. Schon 1899 waren die Gestehungskosten für ein m. qu. Roheisen für Kladno 6 Kronen 60, für die Alpinen Werke 6 Kronen 82, für Witkowitz 7 Kronen. Das deutsche Oberschlesien produzierte für 5 Kronen 80. Das 1906 erschienene Werk von Simmersbach „Die Eisenindustrie" schlug die Produktionskosten für frisch Roheisen in einigen Werken Rheinlands-Westfalens mit 5,7 bis 5,45 Mark, von Siegerland mit 3,50 bis 5 Mark, von Lothringen-Luxemburg mit 4,46 Mark, für Amerika mit 4 bis 4,50, für Belgien mit 5,60 Mark, für England mit 5,25 bis 5,50 Mark an.

Zum Schutze der heimischen Eisenindustrie und im Interesse ihres Ausbaues wurde daher ein hoher Zoll eingeführt und zwar besonders für die Halbfabrikate der Eisenindustrie, in deren Interesse es prohibitiv wirken sollte und wirkte. Der Vertragszoll für nichtfassoniertes Stabeisen stellte sich auf 45—50 %, der für Bleche und Platten auf 60—75 % des Handelswertes (loko Grenzstation, also ausschließlich des Zolles). Unter solchen Kautelen war, wie schon oben ausgeführt, die österreichische Eisenproduktion durch ihre Kartellierung in der Preisansetzung für den heimischen Markt fast souverän. Der Wiener Preis war höher als der Berliner um Prozente:

	1908:	1909:	1910:	1911:
für Stabeisen	44,5	34,7	22,9	29,6
„ Träger	36,1	35,5	35,5	35,5
„ Grobbleche	66,2	62,5	48,1	45,5
„ Schienen	25,3	25,3	23,2	27,6

Dabei ist zu berücksichtigen, daß im Berliner Preis infolge der größeren Entfernung von den Eisenproduktionsgebieten mehr Fracht steckt, als im Wiener Preis. Für Walzeisen stehen die Berliner Preise um ein Viertel bis ein Drittel höher als die Berliner Preise.

Was diese Verteuerung des Roheisens und des verarbeiteten Eisens für die eigentlich eisenverwendende Industrie bedeutet, wurde schon oben erwähnt. Sie ist schuld daran, wenn die hoch qualifizierte österreichische Maschinenindustrie auf keinen grünen Zweig kommen konnte und konkurrenzunfähig für den Weltmarkt blieb. Aber nicht nur die Maschinenindustrie, auch die Bauindustrie ist direkt abhängig und gedrückt von den hohen Eisenpreisen. Dr. Erich Pistor führt in seinem Buche „Die Volkswirtschaft Österreich-Ungarns“, Berlin 1915 als Beleg dafür an, daß der gleiche Fabrikbau, den ein Unternehmen unter denselben Bedingungen einmal in Deutschland und dann in Österreich aufführen ließ, in Deutschland 210 000 Mark, in Österreich 324 000 Kronen kostete!

In anderen Metallen Blei, Kupfer, Zink sind die deutsch-österreichischen Schätze nicht groß. Von der österreichischen Bleiproduktion kamen 59 000 q auf Galizien, 37 000 q auf Littai in der Krain, 11 000 auf die Pribamer Werke in Böhmen und nur 8000 auf Raibl in Steiermark. (1917). Kupfer wird in Mittenberg (Steiermark), in Schwaz und den aerarischen Kupferwerken Tirols gewonnen, der Gesamtwert stellte indes für 1917 nur 619 587 Kronen dar. Die Verhüttung ging überdies zu guten Teilen noch in Witkowitz vor. Zink wird in Kärnten gefunden; 1914 waren es im ganzen nicht mehr als 304 128 q Zinkerze. Quecksilber kommt für Deutsch-Österreich nicht in Betracht; es ist Erzeugnis von Idria in der Krain und wird dem jugoslawischen Staate Millionen abwerfen (1914 3 972 000 Kronen).

Hoffnungen werden auf Holz gesetzt. Die Ausfuhr von Holz stand für Österreich-Ungarn 1913 auf 259 Millionen Kronen, hiervon gingen 82 %, also zirka 215 Millionen Kronen auf Österreich. Den größten Bestand hiervon wird das Grubenholz ausgemacht haben, das von Galizien und der Bukowina nach Schlesien gegangen ist. Die alpenländische Holzproduktion leidet bisher unter der ungünstigen Verkehrslage der Alpen, die erst mit der Elektrisierung des Bahnverkehrs und der Entwicklung der großen Wasserstraßen gehoben werden kann. Wenn also auch das Holz einen natürlichen Reichtum Deutsch-Österreichs darstellt, so wird der Staat doch große Investitionen für die Verkehrsmöglichkeiten vornehmen müssen, um diesen Reichtum fruchtbar zu machen.

Die Verkehrsverhältnisse Deutsch-Österreichs.

Die nationalistisch erhitzte Revolution hat eine ruhige Liquidierung des alten österreichischen Staates unmöglich gemacht. In dem planlosen Zusammenbruch blieben viele der wichtigsten Fragen der Auseinandersetzung unter den neu entstehenden Nationalstaaten über Gemeinschaftlichkeiten des alten Staates ungelöst. Dazu gehört auch die Auseinanderrechnung über die Staats- und Privatbahnen.

Die Leistungsfähigkeit der Bahnen in Österreich ist nicht befriedigend gewesen. Im Jahre 1912 kamen in Österreich auf 100 qkm 7,7 km Bahnlänge und auf 10000 Einwohner 8 km Bahnlänge; in Deutschland dagegen 11,6 bezw. 9,5, in der Schweiz 11,6 bezw. 13,5 km. Von den Eisenbahnstrecken waren 1913 in Österreich zwei- und mehrgleisig in Staatsbetrieb 17,6 %, im Privatbetrieb 43,4 %, im Gesamtnetz 21,9 %, das ist wenig mehr als die Hälfte der Prozentzahl für Deutschland, ein Drittel der Prozentzahl für Großbritannien.

Die Rückständigkeit war aber keineswegs Schuld der Verwaltung, sie lag teilweise an den Terrainverhältnissen, teilweise in den gesellschaftlichen Verhältnissen. Für das alpenländische Gebiet kommen natürlich die Terrainschwierigkeiten allein in Frage. In Gesamtösterreich lagen 25 %

der Strecken in den großen Steigungen über 10 per Mille; Krümmungen von 500 m und weniger wiesen 26 % der Strecke aut (in Preußen 9 %). Zu diesen natürlichen Verhältnissen, die die Zugwiderstände, Brennmaterialkosten und Abnutzung erhöhen, kommt noch die unverhältnismäßig hohe Anzahl der Brücken, Viadukte und Tunnels, die zunächst die Baukosten ungeheuer verteuerten, dann aber auch für die Dauer viel größere Aufsichts- und Erhaltungskosten verursachten. Endlich verteuerten sich die Eisenbahnbauten durch die hohen österreichischen Eisenpreise. Mit dem gleichen Geldbetrag konnte in Preußen das Doppelte an Strecken gebaut werden. Alle diese Verhältnisse liegen für das alpenländische Gebiet besonders ungünstig; hier fallen die großen ungekrümmten Strecken, wie sie sich in Böhmen, Mähren, Ungarn finden, vollkommen aus. Die oben angegebenen Prozentsätze dürfen daher wenigstens um sich selbst erhöht werden, um die Verhältnisse des Alpenlandes richtig zu charakterisieren.

Zum Schluß hat der Krieg die Bahnen zu Grunde gewirtschaftet. Die Bilanz der Südbahn vom 28. April d. J. weist schon ein Defizit von über 12 Millionen Kronen auf!

Dazu kommt, daß die Betriebslängen und Baulängen der Eisenbahnen in den Alpenlanden prozentual erheblich größer sind, als in den übrigen österreichischen Gebieten. Pro qkm kamen in Niederösterreich 125, in Oberösterreich 91, in Salzburg 58, in Steiermark 66, in Kärnten 61, in Tirol und Vorarlberg allerdings nur 40 m. Wenn man von dem hochbegünstigten Böhmen und Schlesien absieht, in denen pro qkm je 130 m Bahnstrecke vorhanden sind, ist der Unterschied im Alpengebiet sehr bemerkenswert; Mähren hat pro qkm 95 m, das Küstenland 73 m, die Bukowina 58 m, Galizien nur 53 m, Dalmatien gar nur 18 m. Die Baulänge ist für das gesamte Alpengebiet 7774 km, gegenüber 24 992 Kilometer in Österreich überhaupt, also fast ein Drittel der Baulänge kommt auf die alpenländischen Kronländer.

Nach diesen Zahlen also müßte der deutsch-österreichische Staat ein Drittel der ehemals kaiserlich österreichischen Bahnbetriebe und der Privatbahnen des alten

Österreichs übernehmen, damit zugleich auch die Verpflichtungen der Privatbahngesellschaften in entsprechender Höhe. Sein Ausgabenetat für die Bahnen aber wird nach den oben aufgezeigten Notwendigkeiten erheblich höher als der des alten Staates werden und damit die Rentabilität der Staats- und Privatunternehmungen sich relativ verschlechtern. Denn es ist, um nicht das Wirtschaftsleben vollständig brach zu legen, so gut wie ausgeschlossen, die Tarifpolitik der Eisenbahnen im Sinne einer den Kosten entsprechenden Erhöhung der Tarife zu betreiben. Schon vor dem Kriege waren die Transportkosten auf österreichischen Bahnen teilweise um 50 % oder mehr höher als etwa die der preußisch-hessischen oder der belgischen Bahnen; pro Gütertonne und Kilometer nahmen die Privatbahnen 5,38 Heller ein, gegenüber 2,33 in den Vereinigten Staaten. Die österreichischen Verhältnisse wurden nur durch die Schweiz übertroffen, die eine Einnahme von 8,89 Heller pro Tonne und Kilometer hatte. Bekanntlich haben die Verkehrsverhältnisse der Schweiz grundlegend den Aufbau des wirtschaftlichen Lebens der Schweiz beeinflußt. Die Schweizer Industrie spezialisierte sich auf die höchstwertigen, den geringsten Frachtraum beanspruchenden Produkte, Seidenstoffe, Stickereien, Schokolade, bei denen die Fracht keine erhebliche Rolle mehr spielt. Eine derartige Umstellung der Industrie ist aber für Deutsch-Österreich nicht mehr oder nur in Jahrzehnten möglich. Für heute liegen die Verhältnisse ganz einfach so, daß man sich in Österreich fragen muß, ob man durch kurzsichtige Tarifpolitik die Lebensfähigkeit der Industrie weiter untergraben oder eine großzügige Industriepolitik auch unter tarifpolitischen Opfern der Industrie in die Höhe bringen will. Die Möglichkeit, in dieser letzten Richtung zu arbeiten, hängt von der finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates ab.

Dasselbe Problem wiederholt sich für die Wasserstraßen, wird aber hier noch schärfer dadurch, daß so gut wie fast alles noch zu tun ist. Die Wasserstraßen-Politik war für das alte Österreich verhältnismäßig von untergeordneter Bedeutung. Die Hauptlebensader des Staates war die Donau, deren Stromverhältnisse und industriebaupolitische Auswer-

tung zwar durchaus verbesserungsbedürftig waren, die aber doch in ihrem Lauf von Wien abwärts den Bedürfnissen ungefähr genügte.

Auch in Bezug auf die Donau konzentrierte sich das österreichisch-ungarische Verkehrsinteresse darauf, dem einzigen großen Seehafen der Monarchie Triest so viel Wege wie möglich zuzuführen. Oberhalb Wiens interessierte die Donau kaum, insofern ihre Kanalisierung und Schiffbarmachung in Frage stand, schob man die Angelegenheit den deutschen Ausfuhrinteressen zu. Heute nun teilt Deutsch-Österreich dies deutsche Interesse, die Grenzen Deutsch-Österreichs liegen unmittelbar hinter Wien. Wien wird der Ausfallsort des österreichischen Handels und die Donau oberhalb Wiens die große Zufuhrstraße. Allerdings müssen die Wasserverbindungen zwischen Donau und Rhein, Donau und Elbe im Einvernehmen mit dem Deutschen Reich und dem Tschechoslowakischen Staat behandelt werden. Aber die Kanalisierung der Donau selber und einiger großer Donaunebenflüsse, sowie die Hafenbauten in Wien sind eine österreichische Sache. Auch hier werden Investitionen über Investitionen, deren Rentabilität bei den heutigen Löhnen, Rohmaterialpreisen usw. ein Wechsel auf lange Sicht ist nötig. Eisenbahnen und Wasserstraßen werden von der Umsetzung der Wasserkräfte in elektrische Energie stark profitieren können, wenigstens für die Eisenbahnen und für die neu zu entwickelnden Industrien können dadurch die teuren Kohlenimporte erspart werden, aber wir führten schon oben aus, daß sich die Elektrizität selbst nicht billig stellen wird und sie für ihre Entwicklung vom Staat phantastisch hohe Kapitalsanlagen fordert.

Das Problem Wien.

Wir müssen kurz in diesem Zusammenhang die großen Probleme streifen, die sich durch das Schicksal Wiens ergeben, das die Zentrale eines Weltstaates gewesen ist und nunmehr Hauptstadt eines Kleinstaates wird.

Nicht nur, daß die großen Zentralbehörden fortfallen, daß Tausende von Beamten mit ihnen fortgezogen sind,

daß künftighin auch die Staatsrentner fehlen werden, nicht dies allein ist die Tragödie, auch nicht, daß die internationale Aristokratie des Blutes und des Kapitals nicht mehr ein Leben des Luxus und des Geldverbrauchens in Wien führen wird, — weit ernsthafter ist, daß auch die Zentralen des geschäftlichen Lebens der alten Monarchie abwandern werden nach Prag und Krakau, Budapest, Agram und Belgrad, und mit ihnen Tausende von Kaufleuten, Angestellten, sowie die von allen diesen Kreisen abhängende kleinbürgerliche Klientel. Staatssekretär Riedel hat in seinem ausgezeichneten Vortrag, der im ersten Heft der Monatsschrift „Gerechtigkeit" unter dem Titel „Das Schicksal Wiens" veröffentlicht ist, nachgewiesen, welche Blut- und Kapitalverluste Wien wird durchmachen müssen; er hat aber auch die Mittel gezeigt, diese Verluste zu ersetzen. Es ist natürlich kindisch, Wien zuzumuten, seine Existenz als international sehenswürdige Ruine zu fristen, vom Fremdenverkehr zu leben. Wiens Schicksal kann nur zum Guten gewendet werden, wenn ernsthafte Arbeit geleistet wird, aus Wien eine Stadt des Handels und der Industrie zu machen. Zu diesem Zweck muß für Wien und ganz Deutsch-Österreich, denn das Problem ist fast überall dasselbe, eine vollkommen neue Industrie aufgebaut werden. Voraussetzung dafür ist aber die Entwicklung der Verkehrsmöglichkeiten und der wenigen großen Naturkräfte und Bodenschätze, von denen wir oben gesprochen haben.

Die Staatsschulden Deutsch-Österreichs.

Was könnte für diese produktive Arbeit Deutsch-Österreich aus Eigenem leisten? Sicherlich so gut wie nichts. Die Schuldenlast dieses Staates ist so ungeheuerlich, daß er ihr auch bei gutem Stand seines Wirtschaftslebens, bei guter Entwicklung seiner Verkehrsverhältnisse, bei Reichtum seiner Bevölkerung kaum gewachsen wäre.

Die Auseinandersetzung über die Aufteilung der Staatsschulden Österreich-Ungarns ist infolge des Zusammenbruchs noch nicht erfolgt. Wir können den Anteil Deutsch-Österreichs nur annähernd berechnen, und zwar auf Grund einer Zusammenstellung über die Kriegskosten und die Staats-

schulden Österreich-Ungarns, die das „Neue Wiener Tagblatt" vom 23. Januar 1919 nach amtlichen Angaben angefertigt hat.

Eine im deutsch-österreichischen Staatsamte der Finanzen eingesetzte Kommission zur Vorbereitung der finanziellen Friedensangelegenheiten hat eine Zusammenstellung über die Verbindlichkeiten der beiden Staaten der gewesenen österreichisch-ungarischen Monarchie verfaßt und den zuständigen Stellen überreicht. Dem Elaborat ist zu entnehmen: Ungefähr alle durch den Krieg verursachten Ausgaben der Militär- und Zivilverwaltung wurden aus den Anleihen bestritten. Auf Grund dieser Annahme könne man in beiden Staaten die Kriegsausgaben den Kriegsschulden gleichstellen. Da aber die Kriegsschulden ziffernmäßig vollkommen feststehen, so kennt man auf diesem Umwege auch die Gesamtsumme aller Kriegsausgaben.

Die militärischen Kriegsausgaben betrugen demnach:

			Österreich	Ungarn
			Millionen	Kronen
1.	Kriegsjahr	1914/15	6,809	3,897
2.	„	1915/16	10,002	5,724
3.	„	1916/17	11,949	6,839
4.	ii	1917/18	12,003	6,870
5.	„	1. Juli bis 31 Okt. 1918	3,151	1,803
		Zusammen:	43,914	25,133

Die Kriegsausgaben der Zivilverwaltung lassen sich auf rund 32 Milliarden schätzen, von denen mehr als 22 Milliarden Kronen aut Österreich und weniger als 10 Milliarden Kronen aut Ungarn entfallen.

Bis zum 31. Oktober 1918, also jenem Tag, der einvernehmlich von den Regierungen der neuen Nationalstaaten einstweilen als Dissolutionstag für die alte Staatswirtschaft angenommen wurde, haben die beiden Staaten folgende Kriegsschulden aufgenommen: Österreich 68,955 Millionen Kronen, Ungarn 33,091 Millionen Kronen, die Monarchie also zusammen 101,046 Millionen Kronen.

Diese Beträge stellen aber nicht die Gesamtverbindlichkeiten der beiden Glieder der gewesenen Monarchie dar. Es müssen ihnen noch zugeschlagen werden: a) die Vor-

kriegsschulden der beiden Staaten, einschließlich von Bosnien-Herzegowina; diese betrugen für Österreich 12,807 Millionen Kronen, für Ungarn 7892 Millionen Kronen, in Bosnien-Herzegowina 243 Millionen Kronen; b) die noch außenstehenden nicht geleisteten Verbindlichkeiten der beiden Staaten; schätzungsweise können dieselben folgendermaßen aufgestellt und aufgeteilt werden: Österreich 3180 Millionen Kronen, Ungarn 1820 Millionen Kronen.

Die gesamten Verbindlichkeiten der beiden Staaten der gewesenen österreichisch-ungarischen Monarchie lassen sich demnach am Dissolutionstage, 31. Oktober 1918, wie folgt schätzen:

	Österreich	Ungarn
	Millionen	Kronen
Vorkriegsschulden	12,962	7,980
Kriegschulden	67,955	33,091
Andere Verbindlichkeiten	3,180	1,820
Zusammen:	84,097	42,891

Die Verbindlichkeiten Österreichs im Betrag von 84 Milliarden Kronen sind also unter den jugoslawischen, den ukrainischen, den polnischen, den tschechoslowakischen und den deutsch-österreichischen Staat zu repartieren. Der jugoslawische Staat hat seinerseits sich an den Verbindlichkeiten Ungarns zu beteiligen, dürfte infolgedessen nur einen geringen Betrag der österreichischen Schuld übernehmen wollen; der ukrainische und der polnische Staat rechnen auf ihre Verbindlichkeiten die Kriegsverwüstungen des ehemaligen galizischen Kronlands und der Bukowina an, sodaß die Hauptmasse zwischen Tschecho-Slowakien und Deutsch-Österreich zu teilen ist. Wer der Stärkere bei diesem Geschäft sein wird, ist außer allem Zweifel und wir werden nicht zu hoch greifen, wenn wir die österreichische Staatsschuld aus der Erbmasse der Monarchie mit 35 bis 40 Milliarden ansetzen. Danach würde auf den Kopf der Bevölkerung eine Staatsschuldenlast von wenigstens 6000 Kronen kommen. Wie diese Verpflichtungen steuerpolitisch aufgebracht werden sollen, zumal bei steigender internationaler Verarmung, ist vollkommen schleierhaft. Noch unklarer aber

ist es, wie der Staat in der Lage sein soll, neuen internationalen Verpflichtungen gerecht zu werden, die er aufnehmen muß, um das vollständig verhungerte und ausgepoverte Land mit Lebensmitteln und Rohstoffen zu versorgen und jene großen Arbeiten einer Landwirtschafts-, Industrie- und Verkehrspolitik anzufangen, durch die allein der weitere Zerfall des Landes aufgehalten und eine Aufwärtsentwicklung langsam angebahnt werden kann.

Folgerungen.

Fassen wir zusammen:

I. Deutsch-Österreich ist ein international vollständig abhängiges Land. Auf keinem Gebiete, weder dem der Ernährung noch dem der Industrie kann es sich irgendwie selbst genügen. Es ist ein Einfuhrland von Nahrungsmitteln und Rohstoffen. Seine Handelsbilanz wird eine 75prozentige Passivität aufweisen; die Aussichten seiner Zahlungsbilanz sind vollständig unsicher. Es ist menschenarm!

II. Bodenwerte, Naturkräfte sind in Eisen, Holz und Wasser vorhanden, aber ihre Entwicklung stößt auf die unerhörte Ungunst der geographischen Struktur des Landes, von der seine Verkehrsverhältnisse abhängen. Außerordentliche Kapitalzuführungen werden notwendig sein, um die natürlichen Werte Deutsch-Österreichs zu entwickeln. Eine Rentabilität des Anlagekapitals wird nur sehr langsam und in bescheidenen Grenzen zu erreichen sein.

III. Die Ausscheidung des Staates aus dem Zusammenhang eines größeren Reiches macht eine Neuorganisierung des Wirtschaftslebens und des Verkehrs notwendig, um die vorhandenen gesellschaftlichen Organisationen (Wien) nicht in neue Katastrophen zu stürzen. Wiederum die Notwendigkeiten namhafter Investitionen für die in dieser Richtung notwendig werdenden verkehrs- und industriepolitischen Aufgaben.

IV. Der deutsch-österreichische Staat übernimmt aus der Erbmasse der österreichisch-ungarischen Monarchie eine Schuldenlast, der er steuerpolitisch niemals gerecht werden kann, die weit über die finanziellen Kräfte seiner Bürger

bei der Armut, bezw. der Unentwickeltheit des Landes, (Unentwickeltheit mit Rücksicht auf die neuen Verhältnisse) hinausgeht.

V. Es ist ausgeschlossen, daß ein selbständiger deutschösterreichischer Staat unter diesen Umständen den internationalen Verpflichtungen gewachsen ist, zu denen ihn die Not der Stunde zwingt, völlig ausgeschlossen, daß er einen Heller Kriegsentschädigung zahlen kann.

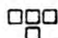
VI. Bei Neutralisierung des deutsch-österreichischen Staates würden befreundete Staaten durch außerordentliche Konzessionen einschreiten müssen, um diesem Staate überhaupt Lebensmöglichkeit zu geben. Man würde nicht nur auf Kriegsentschädigung ihm gegenüber verzichten müssen, man müßte ihm die Hauptmasse der von Österreich-Ungarn stammenden Staatsschulden abnehmen (10 Milliarden Kronen!), ja man müßte weiter ihm niedrig verzinsliche Anleihen auf lange Frist gewähren, damit er in der Lage wäre, seine Kräfte wieder herzustellen. Das jährliche Staatsdefizit des deutsch-österreichischen Staates dürfte an 1 Milliarde Kronen betragen und müßte durch Anleihen vonseiten der Entente gedeckt werden. Das dürfte die Summe auch nach Fortfall des Staatsschuldendienstes werden!

* *
*

(Anmerkung des Herausgebers): Die Darlegungen des geschätzten Mitarbeiters werden in einzelnen Punkten vielleicht Widerspruch finden, können in Einzelheiten vielleicht auch modifiziert und rektifiziert werden, weil sie sich, wie vom Verfasser selbst hervorgehoben wird, nicht in allen Teilen auf durchaus zuverlässiges Quellenmaterial zu stützen vermögen; das Endergebnis der angestellten Untersuchung über die Frage, ob ein selbständiges, neutralisiertes Deutsch-Österreich lebensfähig ist, kann nach den angeführten Beweisen und Belegen nicht angezweifelt werden, entspricht im übrigen auch vollkommen den Anschauungen, die von der deutsch-österreichischen Friedensdelegation in Saint German in ihren Noten zu den Friedensbedingungen der Gegner

niedergelegt sind. Zweierlei geht unseres Erachtens mit aller Klarheit aus den Darlegungen unseres Mitarbeiters hervor: einmal die Notwendigkeit für Deutsch-Österreich sich einer ihm Bestand und Lebensfähigkeit versprechenden größeren Macht anzuschließen und zum anderen, daß rein wirtschaftliche Erwägungen keinem Staate und auch keinem Staatenverband die Einbeziehung Deutsch-Österreichs in seinen Wirtschafts- und Finanzenbereich unwiderstehlich verlockend erscheinen lassen könnten. In der Tat spielen in der Frage der künftigen staatsrechtlichen Gestaltung und völkerrechtlichen Stellung Deutsch-Österreichs politische Erwägungen eine größere Rolle als Fragen wirtschaftlicher und finanzieller Interessen. Sowohl den Vertretern des Gedankens der Vereinigung Deutsch-Österreichs mit Deutschland als auch den Verfechtern der sogenannten Neutralisierung Deutsch-Österreichs unter dem Protektorate des Völkerbundes ist die Zukunft des Deutschtums für ihre Forderungen ausschlaggebend. Die Anschlußfreunde erblicken in einem Zusammenschluß der beiden Länder eine Festigung und Stärkung des Deutschtums, die zwar zunächst und vor allem sich in nationaler und kultureller Hinsicht und später erst auch zu wirtschaftlichem Vorteil sich auswirken kann; die Anschlußgegner unter Frankreichs Führung streben bewußt oder unbewußt eine Schwächung des Deutschtums an, weil Frankreichs Staatsmänner und Politiker nur ein ohnmächtiges Deutschtum zu ihrer eigenen Sicherheit neben sich dulden wollen. Bei Hervorkehrung der wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten in der Frage des Anschlusses wird meist nur eine Verschiebung der Frage selbst erstrebt, denn sie ist in erster Linie eine politische und dann erst eine wirtschaftliche Frage, sie ist mehr als eine Interessentenfrage, weil sie die Frage der nationalen und kulturellen Zukunft des Deutschtums in Österreich ist. Bei einem Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland würden gewiß für beide Teile im Augenblick eher wirtschaftliche Nachteile als Vorteile erwachsen, aber auch in der Geschichte der Völker gibt es Momente, die keine Ewigkeit mehr einholt. Die deutsche Nation steht in einer Schicksalswende. Die Völker

schöpfen ihre Kraft und bleibende Stärke nicht aus der größtmöglichen Ausnutzung einer Konjunktur, sondern aus der Treue zu den Wurzeln ihrer Kraft, zu ihrem Volkstum, ihren nationalen und kulturellen Ideen, aus dem Festhalten an ihrer Eigenart. Diese geschichtliche Erkenntnis und Tatsache muß richtungweisend sein für die über die Not des laufenden Tags für Deutschland und Deutsch-Österreich zu verfolgende Politik. Fest muß der Blick auf das große Ziel der deutschen Einheit gerichtet bleiben — auch auf die dunkelste Nacht folgt wieder der Tag.



Zeitgeschichtliches.

In den Schicksalen dieser Zeitenwende so schlechte Piloten am Steuer des Zeitgeschehens zu haben, ist unser Schicksal. Nicht nur Deutchlands Schicksal und Verhängnis, sondern das Unglück der ganzen Welt. Nur Unverstand kann wähnen, daß es in diesem Kriege nur einen Besiegten — den Vierbund — und einen Sieger — den Vielverband — gibt. In fünf Kriegsjahren ist die Welt zu stark durcheinander gerüttelt worden, als daß sie noch so leicht auf einfache Formeln und Gleichungen gebracht werden könnte. Der Krieg hat die alte Welt zerschlagen; aber während Deutschland sich dieser für das Völkerleben grundstürzenden Tatsache bewußt geworden ist, liegt die Erkenntnis derselben bei den sich ihres „Triumphes“ freuenden Völkern erst in den Geburtswehen. Wenn sich erst die Hochflut kriegerischer Verworrenheit und chauvinistischer Verstiegenheit verlaufen haben wird, wird auch in den siegreichen Ländern die Welt wieder mit nüchternem Blick betrachtet und erkannt werden, daß in diesem Weltkrieg alle Kriegführenden mit starker Unterbilanz gearbeitet haben. Der Gewinn dieses Krieges kann nur in Ideen bestehen und Ideen haben mehr Eroberungskraft als Waffen — in einem Menschenalter spätestens wird sich erwiesen haben, ob in diesem Weltkrieg wirklich Deutschland der Besiegte war.

Vorerst jubeln die Sieger und knirscht das unterlegene Volk; die Menschheit aber sieht sich in sehnsüchtig gehegter Hoffnung bitter enttäuscht. Es gab eine Zeit, in der sie aufhorchte und im Präsidenten der freien Vereinigten Staaten den Herold der neuen Zeit und den Bahnbrecher in eine bessere Zukunft erblicken zu können glaubte. Aber Wilson hat sich nicht nur als Staatsmann im Westentaschen-

format, sondern auch als einen seinen Lehren untreuen Lehrer und als Mensch kleiner Gesinnung erwiesen. Daß er kein großer Staatsmann ist, kann ihm nicht zum Vorwurf gereichen, aber daß er seine Ideen preisgab und die von ihm verfochtenen Ideale verriet, ist eine Schuld, die Wilson aus der Liste großer Männer für immer streicht. Alle vier, die in Paris sich Weltgeschichte zu machen vermaßen, sind nur Glücksspieler, bloße Nutznießer der Konjunktur, über die einst die Geschichte und wahrscheinlich bald schon ihre eigenen Völker ein vernichtendes Urteil sprechen werden. Was sie als Weltfriedensvertrag in sieben Monaten zusammengeflickt haben, ist ein Schriftstück ohne eine einzige große Idee, ein Produkt tausendfältiger Verlegenheiten, ein Niederschlag jämmerlichen Hasses, hemmungslosen Siegerübermuts und kreischender Rivalität. Ob sie selbst wohl glauben, daß ihr Werk Bestand haben wird? Ob sie nicht selbst schon eingesehen haben, daß ein Vertrag, der so an inneren Widersprüchen krankt, wie dies Dokument geistiger Verirrung, nie Leben gewinnen und niemals die Grundlage für das Neben- und Miteinander, ja selbst nicht für das Untereinander großer Völker bilden kann?

Deutschland hat unterzeichnet im Bewußtsein der Unerfüllbarkeit mancher ihm auferlegter Bedingungen; es hat unterzeichnet trotz ehrenrühriger Forderungen, die nicht im letzten Augenblick noch preisgegeben zu haben, eine Schande und Schmach für die Sieger bleiben wird; es hat unterzeichnet, weil es nicht anders konnte, weil es einer demonstrativen Ablehnung zuliebe nicht nochmals das Volk schwerster körperlicher und seelischer Not aussetzen durfte; es hat unterzeichnet, um die Einheit des Reiches zu wahren, um die Lage im Innern nicht einer neuen schweren Belastungsprobe zu unterwerfen und um einer unmittelbar drohenden Katastrophe zu entgehen in der leisen Hoffnung, einer langsam heranschleichenden vielleicht doch noch Herr werden zu können.

* * *

Ein lähmendes Entsetzen ergriff die Öffentlichkeit **Deutsch-Österreichs** als die Friedensbedingungen der Gegner bekannt wurden. Selbst die großstädtische Bevölkerungs Wiens, die anfänglich wohl etwas phlegmatisch auch diesen Dingen gegenüber stand, faßte eine Wut über die Absichten der Feinde, mehr aber noch über das falsche Spiel, das der französische Gesandte Allizé und der englische Oberst Cunningham in Wien gespielt haben. Die Zeitungen, die bis dahin jede Äußerung Allizés wiedergegeben und dankbar kommentiert hatten, waren wie vor den Kopf geschlagen und wußten in ihrer Verlegenheit nichts besseres zu tun, als weit von Herrn Allizé abzurücken. Sogar das „Neue Wiener Journal", wandte sich wütend von Allizé ab und gab ihm den Rat, möglichst schnell aus Wien zu verschwinden. Daran denkt Herr Allizé aber vorläufig offenbar noch nicht, denn er kennt die lieben Wiener und weiß, daß er unter ihnen immer noch Gläubige findet.

Bei der Prüfung der von den Feinden gestellten Forderungen kommen die Zeitungen zu dem Ergebnis, daß die vorgesehenen Bestimmungen das Bestreben zeigen, das Land wirtschaftlich und politisch zu vernichten und das deutsche Element auf Kosten der Nachbarn zu schwächen. Die gegnerischen Staatsmänner haben sich offenbar von einem doppelten Gesichtspunkte leiten lassen: Sie wollen so viel als möglich von dem deutschen Gebiete Österreichs abtrennen, um die jungen slawischen Staaten zu stärken und den übrigbleibenden Rest wollen sie von dem Anschluß an Deutschland, der wieder sehr aktuell geworden ist und jetzt selbst von Blättern verfochten wird, die früher nichts von ihm wissen wollten, zurückhalten. Dem ersten Zweck dienen die rücksichtslosen Bestimmungen über die territorialen Veränderungen. Österreich soll an Italien ganz Südtirol bis zum Brenner abtreten, also einschließlich der alten deutschen Städte Brixen, Bozen und Meran, und im Südosten Triest und Istrien und allerlei andere Gebiete, über die erst später genaue Verfügungen getroffen werden sollen. An den südslawischen Staat soll zu dem ehemaligen Kroatien und Slawonien, wie es scheint, Krain und der ganze östliche Teil von Kärnten und das südliche Steiermark geschlagen werden mit reindeutschen Gebieten, darunter der deutschen Stadt Marburg. An Tschecho-Slowakien werden ganz Mähren und der Nordostzipfel von Nieder-Österreich mit Gmünd und Felsberg und ein Landstreifen an der March fallen und wahrscheinlich das österreichische Schlesien mit Troppau und Jägerndorf und selbstverständlich alle deutschen Gebiete Böhmens mit Außig, Teplitz, Karlsbad, Eger und den vielen anderen deutschen Städten, insgesamt $3^1/_2$ Millionen Deutsche. Das zweite Ziel, das Fernhalten Deutsch-Österreichs vom Reiche, suchen die Gegner anscheinend durch die Schaffung eines wirtschaftlichen Zollbundes zwischen den Staaten der alten Monarchie zu erreichen. In diesem Sinne haben sich besonders

schon maßgebende Tschechen, wie Masaryk, Tusar und Nemec ausgesprochen und bemerkenswert war auch der diesbezügliche Passus in einem Vortrag des bisherigen Staatssekretärs der Finanzen Dr. Schumpeter vor einer Versammlung des Wiener Handels- und Industrievereins, wo er erklärte: „Ob sie es wünschen oder nicht, in der einen oder anderen Form wird ein gemeinschaftliches Zusammenwirken eintreten müssen. Es ist also zweifellos, daß wir, wenn nicht zu einer Zollunion, so doch zu einer Zollkonvention, wenn nicht zu einer Währungsunion, so doch zu einer Währungskonvention kommen müssen.“ — Was aber eigentlich werden soll, weiß niemand zu sagen und aller Erörterungen Schluß ist meist die Hoffnung. Nächst der Hoffnung auf Wilson, der aber, wie Dr. Stolper betont, politisch weder den Deutsch-Österreichern noch der alten Monarchie verpflichtet ist, weil die Vereinigten Staaten seinerzeit das Friedensangebot Österreich-Ungarns unter den Wilson'schen Bedingungen ausdrücklich abgelehnt haben, die Hoffnung auf Italien. Staatssekretär Dr. Bauer hat in der Nationalversammlung Mitteilung von einem Schritt der deutsch-österreichischen Regierung bei Italien gemacht und wenn Italien wegen seines Verhältnisses zu den Verbündeten bislang auch noch keine Antwort auf Deutsch-Österreichs Anfrage gegeben hat, so glauben die Deutsch-Österreicher doch gerade wegen der zunehmenden Verärgerung zwischen Italien und seinen Alliierten auf italienische Hilfe rechnen zu können. — Die Lage im Innern, insbesondere in Wien, wird gekennzeichnet durch die Besorgnis vor der bolschewistischen Gefahr, die angesichts der von den Italienern geforderten Auflösung der Volkswehr drohend geworden zu sein schien. Die Regierung hat sich aber zunächst dem Widerstand der Volkswehrmänner gefügt und vorerst bleibt die Volkswehr bestehen, angeblich, weil Deutsch-Österreich durch den tschechisch-magyarischen Konflikt bedroht wird. Der kommunistische Putsch, der für den 15. Juni geplant war, ist aber doch nicht vermieden worden. Auch Wien hat jetzt seine blutigen Spartakusunruhen gehabt, doch ist die Regierung bislang Sieger geblieben, obwohl sie sich schwach zeigte.



Die Sowjetregierung in **Ungarn** hat ein zäheres Leben, als ihr fast allgemein zugetraut worden ist. Erstaunlich sind besonders die militärischen Erfolge, die die ungarische rote Armee über ihre Gegner davongetragen hat. Erklärlich werden sie durch den Umstand, daß die Räteregierung sich die Hilfe des alten ungarischen Offizierkorps gesichert und nicht zuletzt gerade dadurch wieder eine verhältnismäßig gute Disziplin in die Truppe hineingebracht hat. Den Erfolgen nach außen hat die Budapester Räteregierung allerdings keine gleichwertigen im Innern zur Seite zu stellen, da

sie sich der wachsenden Not und der dadurch bedingten Unzufriedenheit der Bevölkerung nicht gewachsen zeigen kann. Die Landbevölkerung will mit der kommunistischen Regierung nichts zu schaffen haben und verhängt über Budapest eine Art Hungerblockade, wodurch das Verhältnis zwischen Stadt und Land zweifellos nicht gebessert wird. Eine furchtbare Entladung des zwischen den Rotgardisten und den Bauern aufgespeicherten Grimms ging im deutschungarischen Komitat Ödenburg vor sich, wo von Rotgardisten unter viertausend bewaffneten deutschen Bauern ein furchtbares Blutbad angerichtet wurde. Terror im Innern ist für die Budapester Sowjetregierung ebenso unentbehrlich wie für die Herrschaft Lenins, dem Bela Kun in jeder Hinsicht nacheifert. Ganz nach Leninschem Muster war auch die Antwort gehalten, die Bela Kun auf das Entente-Ultimatum, das die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten gegen die Tschechen forderte, gegeben hat. Sie war ausweichend und hinhaltend und nutzte geschickt die Schwäche aus, die das Ultimatum Clemenceaus nur schlecht zu verhüllen vermochte. In der Tat sind die Alliierten im Augenblick den Ungarn gegenüber ziemlich machtlos, da sie sich auf ihre Truppen im südöstlichen Europa ebenso wenig mehr verlassen können, wie auf ihre Soldaten in den noch weiter von der Heimat entlegenen Bezirken und die unter dem Entente-Protektorat ins Leben gerufene ungarische Gegenregierung unter dem Grafen Julius Karolyi ist bislang noch weniger in der Lage gewesen, dem Schicksal der Magyaren einen anderen Lauf zu geben.



Im **Tschecho-Slowakischen Staate** haben sich die sozialen Gegensätze immer schärfer herausgearbeitet und auch die dem tschechischen Prestige so empfindliche Einbusse tuenden Niederlagen der tschechischen Truppen in der Slowakei, haben die Krisis in der jungen Republik nicht zu entspannen und zu lösen vermocht. Der tschecho-slowakische Staat krankt an der Unbestimmtheit und Ungeklärtheit seiner innerpolitischen Machtverhältnisse, da keine Partei mit Sicherheit weiß, welchen Anhang sie im Volke besitzt und darum eine jede den Anschein erwecken möchte, als ob hinter ihr die Massen des Volkes stünden. In die Nationalversammlung haben bekanntlich die politischen Parteien nach einem vereinbarten Schlüssel ihre Vertreter entsandt und allgemeine Wahlen sind bis zu den Gemeindewahlen am 15. Juni in der tschecho-slowakischen Republik noch nicht vorgenommen worden. Die ganze innere Struktur des neuen Staates trägt darum etwas Unfertiges, Provisorisches an sich und verständlich ist darum auch das gegenseitige Mißtrauen, das die politischen Parteien hegen und besonders die Abneigung der bürgerlichen Parteien gegen die erstarkende Sozialdemokratie, deren linker Flügel, der dem Bolsche-

wismus nicht allzu ferne steht, immer mehr Anhänger und Macht gewonnen hat. Unverhältnismäßig stark scheint der Linken vor allem der Einfluß der kapitalistisch - imperialistischen Nationaldemokraten, der Partei des Ministerpräsidenten Kramer, zu sein, der auch die größte Schuld daran beigemessen wird, daß bislang so wenig soziale Fortschritte gemacht wurden. Weniger scharf als auf dem Gebiete der inneren Politik, sind die Gegensätze in der äußeren Politik, obwohl auch hier der linke Flügel der Sozialdemokraten sich als ein stark hemmendes Moment der imperialistischen Tendenzen erweist. Daß indes der Durchschnitt des tschechischen Volkes wenig Neigung verspürt, für seinen Imperialismus persönliche Opfer zu bringen, hat sich deutlich durch die Maßnahmen erwiesen, die die tschechische Regierung zu ergreifen sich gezwungen sah, um dem siegreichen Vorrücken der Ungarn in der Slowakei Einhalt zu gebieten. Die sich als notwendig erweisende Verhängung des Standrechts über das ganze Land zeigt klar, daß ein großer Teil der wehrfähigen Tschechen keine Lust mehr hat, für den neuen Staat das Leben in die Schanze zu schlagen.



In **Südslawien** gährt es gewaltig. Am meisten machen die Kroaten den Serben zu schaffen. Die kroatische Bauernpartei, die gegen Serbien die Trägerin der Unabhängigkeitsideen des kroatischen Volkes ist, hat jüngst der italienischen Mission in Fiume eine von 150 000 Bauern unterzeichnete Petition überreicht, in der auf Grund des Selbstbestimmungsrechts die Errichtung einer neutralen kroatischen Bauernrepublik sowie die sofortige Einberufung einer freien und unabhängigen Konstituante verlangt wird, die über die Zukunft Kroatiens beraten soll, ehe der Friedenskongreß in Paris seine Entscheidung in der südslawischen Frage getroffen hat. Neben den Kroaten geben die Sozialdemokraten dem Belgrader Ministerium viel zu schaffen, das sich ihrer antidynastischen und revolutionären Agitation durch Maßregelung ihrer Führer zu entledigen sucht. Auch mit der Tätigkeit des südslawischen Ausschusses in Paris ist man in weiten Kreisen des neuen S. H. S.-Königreiches, das inzwischen auch die Anerkennung Frankreichs gefunden hat, sehr unzufrieden; noch unzufriedener aber ist man über die Absichten, die die Friedenskonferenz selbst mit dem Südslawenstaate hegt. Leidenschaftlich wird besonders der Anspruch auf ganz Dalmatien verfochten und der Streit um Fiume geht mit unverminderter Schärfe weiter. Daneben führen die Südslawen ihren Krieg gegen das Deutschtum in Kärnten und Steiermark unbekümmert um alle Einsprüche der Wiener Regierung und der Pariser Herren weiter.



Aus **Bulgarien** dringen nur wenig Nachrichten über die Grenze. Wie über Belgrad gemeldet wurde, ist es Theodoroff nach langwierigen Verhandlungen geglückt, sein Kabinett auf neuer Grundlage zusammenzustellen. Theodoroff, der den Vorsitz beibehält, übernimmt interimistisch die Auswärtigen Angelegenheiten. Die übrigen Portefeuilles sind folgendermaßen verteilt: Inneres: Pastukow (Sozialist), Krieg: Danew (Progressist), Handel: Sachazow (Sozialist), Landwirtschaft: Radloff (Agrarier), Öffentliche Arbeiten: Kembamtsky (Agrarier), Eisenbahnen: Balakow (Agrarier). Das Konzept für den Friedensvertrag mit Bulgarien ist nach amerikanischen Meldungen von Venizelos in Gemeinschaft mit der serbischen und rumänischen Delegation in Paris entworfen worden. Seine Bestimmungen sollen wie folgt lauten: Die Bulgaren treten das gesamte Küstengebiet am Ägäischen Meer, die Bulgarien nach dem Balkankrieg annektiert hat, an Griechenland ab. Griechenland erhält auch Adrianopel und einen Teil der Gebiete in Thrazien, die nach dem zweiten Balkankrieg im Besitze der Türkei verblieben. Die Grenze zwischen Griechenland und dem Gebiet von Konstantinopel wird durch die bekannte Enos—Midia-Linie gebildet werden. Dies bedeutet, daß die gesamte Küste des Marmarameeres und die Halbinsel Gallipoli weiterhin zu Konstantinopel gehören werden, unabhängig von dem Status, den diese Stadt selbst erhalten wird. Die griechisch-bulgarische Grenze wird von Agathopoli am Schwarzen Meer in westlicher Richtung verlaufen, bis sie in die frühere Grenzlinie übergeht. Die Bulgaren erhalten einen Freihafen am Ägäischen Meer, und zwar entweder Saloniki, Kawalla oder Dedeagatsch, nach ihrer freien Wahl. Sie werden durch diesen Hafen einen freien Zugang zur See erhalten unter Bedingungen, die in großen Zügen dieselben sein werden wie diejenigen, die Serbien im Bukarester Vertrag von 1913 erhielt.



Allem Anschein nach verdienen die Vorgänge in **Rumänien** unser Interesse in stärkerem Maße, als wir es bei dem Mangel an Nachrichten über dies Land zu erweisen befähigt sind. So viel steht jedenfalls fest, daß die Rumänen über ihre Verbündeten kaum minder stark enttäuscht sind, als die Italiener. Das rumänische Mißvergnügen über die Entente hat einen beachtenswerten Niederschlag in einer Unterredung gefunden, die Bratianu einem Vertreter des Pariser Journals gewährt hat. Er hat darin sein Herz ausgeschüttet über die Undankbarkeit der verbündeten Großmächte gegenüber den großen Leistungen und Opfern, die Rumänien durch seine Teilnahme am Weltkrieg gebracht hat. „Man hatte uns versprochen“, klagte er, „daß die Saloniki-Armee die Bulgaren in Schach halten würde. Dieses Versprechen wurde nicht gehalten, und so wurden wir im Rücken angegriffen und verloren 320 000

Mann an Toten, die Hälfte unserer Armee. Wir mußten unsere Ölquellen in Brand stecken; wir haben alles verloren. Wir exportierten jährlich 800 Millionen Tonnen Getreide und essen jetzt das Gnadenbrot Amerikas. Von Deutschland haben wir 50 Milliarden Schadenersatz zu fordern, aber in Paris ist zwar ein belgischer und serbischer Vertreter in die Kommission für die Wiedergutmachung berufen worden, doch kein rumänischer. Ich fürchte, daß wir in territorialer Hinsicht nicht besser behandelt werden. Weil 150 000 Slawen die Donau, unsere natürliche Grenze, überschritten haben, will man das Banat von Temesvar zwischen Rumänen und Serben teilen." Noch deutlicher äußern sich die rumänischen Blätter, die nach indirekten Meldungen einstimmig fordern, daß die rumänische Friedensdelegation Paris verlasse. Auch in militärischen Kreisen herrscht nach in Wien eingelaufenen Berichten große Enttäuschung und der ehemalige Ministerpräsident, General Averescu, sagte in einer Rede: „War es notwendig, daß wir in den Krieg zogen, um das, was wir fordern, zu bekommen? Ohne Opfer und ohne unser Land zu verwüsten, hätten wir von den Mittelmächten dasselbe erhalten. Los von der Entente, wenn unsere Forderungen nicht erfüllt werden!" Verbittert hat die rumänische Öffentlichkeit insbesondere die Absicht des Pariser Friedenskongresses, die Hälfte des Banats den Serben und einen großen Teil der Dobrudscha den Bulgaren zu überlassen.



Es ist schwer, ein genaues Bild über die Lage **Griechenlands** zu geben, zumal fast in keinem Lande der Wechsel der Stimmung so häufig ist wie hier. Bis vor kurzem stand das Land unter dem Eindruck der Landung griechischer Truppen auf kleinasiatischem Boden und der Besetzung Smyrnas und seines Hinterlandes durch dieselben. Diese Maßnahme war in Paris während der Abwesenheit der italienischen Delegation beschlossen und zur Vereitelung eines italienischen Handstreiches (die italienische Flotte war bereits im Hafen von Smyrna eingelaufen) schleunigst durchgeführt worden. Sie kam zur rechten Zeit für die griechische Regierung, denn die Stimmung in Griechenland war in bedrohlichem Maße gereizt. Es ist bekannt, daß die griechischen Ansprüche fast überall auf die entgegengesetzten Interessen der „verbündeten" Mächte stoßen: in Epirus, in Thrazien, in Kleinasien und daß darum Venizelos in Paris gegen große Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Immer wieder fragte man sich; wo bleiben die gepriesenen Prinzipien der Gerechtigkeit? Wo bleiben die Sympathien der „Schutzmächte" für Griechenland? Die allgemeine Mißstimmung wuchs mit jedem Tage.

Die Besetzung Smyrnas hatte die Wirkung eines Gewitters in schwüler Atmosphäre. Die öffentliche Meinung änderte sich

von Grund auf. Die Regierung und ihre Presseorgane sonnten sich in ihrem Triumph. Die Opposition schwieg. Griechische Truppen in Smyrna! Ein Teil des nationalen Traumes war zur Wirklichkeit geworden. Wer konnte den Mut haben, der Regierung Venizelos etwas vorzuwerfen?

Seitdem sind aber mehrere Wochen vergangen und schon ändert sich wiederum das Bild. Auf die erste Freude folgte die Enttäuschung. Smyrna war zwar besetzt, aber was sollten die Landungen der Italiener in Konia, Ismit, Redesto usw. rings um das griechische Gebiet, bedeuten? Und wie steht es um die noch nicht entschiedenen Fragen: Thrazien, Epirus und die Inseln des Dodekanesos? Unter dem Eindruck dieser Ungewißheit ist die Freude über das frohe Ereignis der Besetzung Smyrnas schnell verflogen. Schon spürt man in der Presse und nicht nur in der Oppositionspresse wieder die alte Angst. Die Unzufriedenheit wächst wieder mit jedem Tage. Genau so war es nach dem ersten Enthusiasmus nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes mit Bulgarien und der Türkei. Von den Beschlüssen der Friedenskonferenz hinsichtlich der Ansprüche Griechenlands hängt die Entwicklung der Lage in Griechenland ab.



Die Pariser Konferenz hat sich auch schon mit dem Schicksal der **Türkei** beschäftigt und die Welt wissen lassen, wie sie sich die Zerstückelung des osmanischen Reiches denkt. Griechenland soll die kleinasiatische Küste mit Smyrna als Hauptort, Italien die Südküste Kleinasiens mit Adalia und Konia als Hauptplätzen, England die Häfen von Alexandrette und Haifa an der syrischen Küste und einen Teil von Mesopotamien, Frankreich einen Teil des Hinterlandes von Syrien und Gebiete in Süd-Kleinasien, Amerika endlich das Protektorat über Konstantinopel und Armenien erhalten. England soll außerdem selbstverständlich Palästina und Ägypten zufallen, in welchem es heute unter Aufgebot aller militärischen Machtmittel gegen aufrührerische Massen um seine Existenz zu kämpfen hat. Das englische Weltreich käme auch hierbei wieder am besten weg. Es sichert sich durch Palästina, Syrien und Mesopotamien und weiterhin durch Persien die unmittelbare Landverbindung zwischen seinem afrikanischen und asiatischen Besitz, eine Verbindung, nach der es die ganzen letzten Jahrzehnte hindurch gestrebt hat. Nach dem ursprünglichen Plan der Entente sollte das türkische Reich als Staatsgebilde überhaupt von der Bildfläche verschwinden. Denn Konstantinopel und der Rest der europäischen Türkei sollte von Amerika als Mandatar des Völkerbundes verwaltet, und Frankreich die Garantie über den Restteil der asiatischen Türkei gegeben werden, was in gutem Deutsch soviel heißt, wie Preisgabe dieses alles an Frankreich. Die Bekanntgabe dieses ungeheuerlichen Plans

hat aber solche Wirkungen ausgelöst, daß man von der restlosen Ausführung dieses Planes Abstand nehmen mußte. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Mohammedaner in der ganzen Welt, namentlich aber die großen Massen in Indien von der geplanten Zerstückelung der Türkei und der Mundtotmachung des Kalifen erfuhren. Die Erregung, die darüber in der mohammedanischen Welt entstand, konnte England im Hinblick auf die Sicherheit seines indischen Besitzes nicht gleichgültig lassen; und so mußte man sich denn in Paris wohl oder übel zu einer Revision des Mordinstruments entschließen. Augenblicklich ist man in Paris dabei, eine schonendere Behandlung für den Sultan und für den Reststaat zu finden, der unter dem Scheinnamen der Türkei weiterbestehen soll. Während man ursprünglich den Sultan verpflichten wollte, seinen Sitz nach Brussa in Kleinasien zu verlegen, ist man jetzt geneigt, ihn an dem alten Kalifensitze in Konstantinopel zu belassen und ihm eine Scheinsouveränität zu bewahren.



In der **Ukraine** sieht es gegen Mitte Juni so aus, wie es uns gehen würde, wenn die Pläne der Gewaltpolitiker von Versailles traurige Wirklichkeit werden. . . . Ein Teil, gutes Drittel, des ukrainischen Territoriums wird von den Bolschewiki besetzt gehalten. Alle gegenteiligen Äußerungen der bolschewistischen Presse können nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Besetzung auf Gewalt ruht und jedes national-ukrainischen Charakters bar ist. Ein weiterer großer Teil der Ukrainer durchlebt den Kleinkrieg ukrainischer Aufständischen gegen die bolschewistischen Eindringlinge. Es handelt sich hier anscheinend um weite Gebiete der Gouvernements Kiew, Tschernigow, Poltowa und Jekaterinoslaw. Nach den Mitteilungen des „Ukrainischen Pressedienstes" vom vom 29. Mai machen die ukrainischen Bauernaufstände und die militärischen Operationen des Atamns Selenyj bei Kiew, Grigorjew bei Odessa, Gozolowsky bei Poltawa und des ukrainischen Organisation-Komités in Bilozeskwa, die alle im Einvernehmen mit dem ukrainischen Direktorium und den Truppen Petljura's vorgehen, den Bolschewiki viel zu schaffen. Weiter westlich liegen die von den Petljura-Truppen noch gehaltenen Gebiete von der Westukraine und Ostgalizien. Gegen diesen Teil rücken im Norden die Polen, im Süden die Rumänen vor.

Es ist bewundernswert zu sehen, wie stark das ukrainische Nationalbewußtsein ist. Trotz des konzentrischen Druckes einer gewaltigen Übermacht, trotz der entmutigenden Versuche, die Anerkennung der ukrainischen Unabhängigkeit durch die Entente zu erlangen, trotz des Mangels an Mitteln, an Kriegsmaterial, an mächtigen Verbündeten, kämpft diese tapfere Schar, zusammengehalten durch den Gedanken an die geliebte vielgeprüfte Heimat. Die

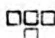
neue ukrainische Regierung unter Martos, sowie die Amtsführung des Oberkommandierenden der ukrainischen Truppen, Petljura, sind demokratisch im wahrsten Sinne des Wortes. Ihnen kann am wenigsten der Vorwurf imperialistischer oder „kapitalistischer" Absichten gemacht werden. Um so höher ist ihr Idealismus einzuschätzen.

Eine recht eigenartige Rolle spielt in der ukrainischen Frage die Entente. Eine Kommission nach der anderen wurde nach der Ukraine zum Studium der dortigen Verhältnisse gesandt, viele Kommissionsmitglieder haben recht freundliche Worte über die Ukrainer verlauten lassen, viele von ihnen kehrten mit „befriedigenden" Eindrücken zurück, aber das Ergebnis, die Anerkennung des ukrainischen Staates durch die Entente, bleibt noch aus. Die Franzosen unterstützen jetzt die Polen und die Rumänen, die eine schwere Gefahr für die Ukrainer bedeuten. Von den Italienern ist folgende charakteristische Episode mitzuteilen, Am 24. März wurde aus Stanislau berichtet, daß eine italienische Mission, bestehend aus dem Major Giuliod, Joe und Leutnant Torrugio de Lupis bei der Regierung der West-Ukraine eingetroffen seien. Die Kommission kam, um sich über die Verhältnisse der ukrainischen Republik zu informieren und freundliche Beziehungen zwischen der italienischen und ukrainischen Nation anzuknüpfen. Die Bestätigung dieser freundlichen Absichten ließ auch nicht lange auf sich warten. Die Krakauer Zeitung „Nowo Reforma" vom 5. Mai meldete: „Heute vormittag sind in unserer Stadt fünf italienische Eisenbahnzüge von je 40 Waggons mit italienischen Kanonen schweren Kalibers eingetroffen. Die Eisenbahnzüge kehren nach Italien mit polnischen Kohlen zurück." Selbstverständlich werden die Kanonen von den Polen gegen die Ukrainer verwandt. Trotz des nun doch gerade lange genug dauernden Studiums der Verhältnisse in der Ukraine, scheint die Entente, Frankreich voran, immer noch vorzuziehen, die ukrainische Frage durch die Brille hauptsächlich polnischer Politiker anzusehen. Sie hält die ukrainische Bewegung für eine Art Variante des Bolschewismus, worüber auch die Schwankungen der aus Paris ausgehenden Richtlinien für die ukrainische Politik der Alliierten zu erklären sind.

Nach einer Mitteilung des „ukrainischen Pressedienstes" vom 2. Juni befindet sich der frühere Hetman Skoropadski in Helsingfors. Er soll sich bei den Engländern um seine Anerkennung als zukünftiger Hetman der Ukraine bewerben. Ein Moment, das der Arbeit der ukrainischen Friedensdelegation in Paris nur neue Ungelegenheiten schaffen wird. Wir wollen bei dieser Gelegenheit die Namen der ukrainischen Delegierten verzeichnen, weil auf die einzelnen Persönlichkeiten der Delegation an dieser Stelle noch zurückzukommen sein wird. Die Delegation, unter Führung des Ministers Sydorenko und des west-ukrainischen Staatssekretärs Panejko, besteht aus folgenden Mitgliedern: ehem. Obmann der

ukrainisch-russischen Friedenskonferenz Senator Geh. Rat Scheluchin, Minister Dr. Schulhin, Minister Dr. Matjuschenko, Univ.-Prof. Tymoschenko, Univ.-Prof. Rudnytzkyj, Sekretär der Delegation Diduschok, Leiter der Presseabteilung Dr. Kuschnir, Oberst Kolossowskyj, Dr. Sarchej, Issajewytsch.

Zum Schluß wollen wir noch erwähnen, daß wir in unserer Reichshauptstadt Mykola Porsch, den hervorragenden ukrainischen Schriftsteller und Sozialpolitiker, als Gesandten der ukrainischen Republik begrüßen dürfen. Er hat am 22. März sein Beglaubigungsschreiben dem Herrn Reichspräsidenten überreicht und ist von diesem mit warmen Worten empfangen worden.



Rundschau.

Untergang des osmanischen Reiches

Von **Kamburogl.***

Im Viererrat sind die Würfel über das Schicksal der Türkei gefallen. Sie wird heute in Zonen geteilt, die morgen einen tatsächlichen Machtzuwachs jedes Verbündeten bedeuten. Immerhin ist die Teilung nicht endgültig. Die Vereinigten Staaten werden kaum dauernd das Aufsichtsrecht über Konstantinopel und Armenien behaupten, dies Recht vielmehr als Vorerbe eines Rußland ausüben, das sich aus dem bolschewistischen Verfall zu neuer Lebensmächtigkeit erhebt. Diese Teilung ist nicht das Erzeugnis der Versailler Beratungen, sondern lag im Pane des Vierverbandes, als er sich zur machtpolitischen Austragung der europäischen Gegensätze entschloß. Dafür zeugen die Darlegungen, die der vielgeschäftige Paul Miljukow am 26. September 1916 in der nordamerikanischen Zeitschrift „The Jndependent" veröffentlichte. Miljukow hatte die Nase in alle diplomatischen Geheimküchen gesteckt, er wußte also auch, daß der Jubelruf der „Times" im November 1914, das Schicksal der Türkei sei besiegelt, ein Ergebnis und keine Stimmung war. Überdies hatte die panslawistische Politik des Zarenreiches die Losung ausgegeben, daß die Dardanellen über Berlin und Wien erobert werden müßten. Nach Miljukow sollte außer der Vorherrschaft auf dem Balkan an Rußland der Rest der europäischen Türkei mit Konstantinopel fallen. Auf dem gegenüberliegenden asiatischen Festlande war Rußland ebenfalls ein breiter Streifen zugedacht. Außerdem waren Armenien, Nordpersien mit Teheran bestimmt, im

---

* In der Münchener Zeitung.

russischen Ländermeer zu versinken. Für England war Arabien und Mesopotamien vorgesehen, für Frankreich Syrien. Griechenland hatte die Anwartschaft auf die Levantinische Küste mit den vorgelagerten Inseln, während Italien mit einem Gebietsstreifen abgefunden wurde, der eigentlich nichts mehr als die Vorebene des Taurus umfaßte.

Die vom Viererrat besorgte Teilung weicht nicht erheblich von den Angaben Miljukows ab. Nur daß Konstantinopel und Armenien zunächst den Vereinigten Staaten zugewiesen werden, das auch den Küstenstreifen mit Adana erhält, das den freien Ausweg zum Mittelmeer sichert. Allein dieser Ausweg, als dessen geographisch bestimmtes Ziel Alexandrette galt, war eine der wesentlichen Forderungen des panslawistischen Imperialismus. Daß England die Sinaihalbinsel, Arabien, Mesopotamien und das Irak nicht wieder herausgeben wird, glaubt der Viererrat nicht einmal besonders bestätigen zu müssen. Auch Frankreich hat sich seine Hypothek auf Syrien gesichert und kämpft nur noch diplomatisch um die Aufsicht über den anatolischen Rest des osmanischen Reiches. Italien endlich, dessen Imperialisten ganz Kleinasien als Beute betrachteten, die nicht einmal Rußland und England als Nutznießer zulassen wollten, muß sich mit Südanatolien zufrieden geben. Die Türkei ist beseitigt, allein die Völker, über die sie herrschte, werden, im Gegensatz zur Wilson-Doktrin, von einer Macht an die andere verschoben. Das wird die nüchternen machtpolitischen Erwägungen der Staatsmänner im Viererrat weniger beeinflussen als die Genugtuung darüber, daß der teutonische Staatenblock in Trümmer gegangen ist. Dieser Staatenblock, der von Hamburg bis Bagdad reichen sollte, hat auf dem politischen Nebenkriegsschauplatz eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Daß dieser Block das Ziel der imperialistischen deutschen Politik gewesen sei, wurde in allen Erdteilen unablässig verkündet. Wilson selbst hat vor Jahresfrist diese ungeheuerliche Verschwörung gegen den Frieden und die Sicherheit der Völker in Boston enthüllt. Er glaubte kein wirksameres Mittel zur Entfesselung der Kriegslust in den Vereinigten Staaten zu finden, als die Arbeiter mit

der Furcht vor einer deutschen Herrschaft über Asien graulich zu machen. Denn die Bagdadbahn war, nach Wilsons Auslegung, die Achse, um die sich alle politischen und wirtschaftlichen Energien der Zukunft drehen würden. Sei einmal die Türkei der Herrschaft der teutonischen Rasse unterworfen, so sei auch die Sicherheit der anderen Länder Asiens und Afrikas bedroht. Wilson schöpfte hier nicht aus Eigenem. Was er in Boston vortrug, hatte er dem Buche Roland G. Ushers über den Pangermanismus entlehnt, das außerordentlich dazu beigetragen hat, die politische Stimmung der Vereinigten Staaten gegen Deutschland zu vergiften. Hätte sich Wilson ernstlich die Mühe gegeben, die Triebkräfte der deutschen Islampolitik zu ergründen, so hätte er weniger ungerecht und unvoreingenommen urteilen müssen. Ob das seine Handlungen beeinflußt hätte, ist allerdings zweifelhaft. Tatsächlich ist der Plan Berlin—Bagdad gar nicht deutschen Ursprungs. Er ist zuerst von dem englischen Kolonialpolitiker Sir Harry Johnston im Jahre 1906 erörtert worden. Karl Peters stellte Sir Harry für diesen Zweck weißes Papier in der Londoner Finanzchronik zur Verkügung. Damals hatte Johnston noch nicht entdeckt, daß den Deutschen die Fähigkeit zur Kolonisation fehle. Im Gegenteil, er hielt es für unumgänglich, daß Deutschland sich ein großes Kolonialreich schaffe, wozu er Kleinasien ohne Arabien für geeignet hielt. Dieser Vorschlag war mehr als doppelsinnig. Zunächst hätte er Deutschlands gefürchtete wirtschaftliche Energien in ein totes Gebiet gelockt. Kleinasien ist nicht nur menschenarm, sondern spottet auf ungeheuren Flächen jeder Urbarmachung. Selbst Mesopotamien, das phantastische Köpfe in einen neuen Garten Eden verwandeln wollten, hätte nur in mühsamer Arbeit in Jahrzehnten vielleicht fruchtbar gemacht werden können. Das hätte Deutschland nicht allein festgelegt, vielmehr wären auch politische Reibungsflächen mit Rußland hinzugekommen.

Und hier war wohl auch die eigentliche Absicht von Sir Harry zu suchen. Rußland wälzte damals alle politischen Energien nach dem fernen Osten. Die Mandschurei war

nahezu erobert und damit das Tor nach China aufgestoßen. Englands Diplomatie warf den Russen zunächst Japan in den Weg, was zwar den Erfolg hatte, daß sie die russische Gefahr im fernen Osten beseitigte, nicht aber die andere, daß sie mit verstärkter Kraft im nahen Osten auftreten konnte. Hier waren Englands Interessen nicht weniger empfindlich, da die russische Überwältigung der Türkei Persien und Indien bedrohten. Tatsächlich hat die russische Politik nach dem mandschurischen Zusammenbruch mit der gewohnten Zähigkeit die Jagd nach der Grenze und nach dem eisfreien Hafen Südosteuropas fortgesetzt. Das war England unwillkommen, solange es seine Ansprüche in Kleinasien nicht in Sicherheit gebracht hatte. Der Vorschlag Johnstons, die Türkei in die Einflußzone Deutschlands einzugliedern, mußte notwendig den Widerstand Rußlands hervorrufen. Gerade das mußte den Briten willkommen sein. Sie hätten dann Gelegenheit gehabt, vermittelnd einzugreifen, um sich in der Rolle des Schützers des Kalifats zu gefallen. Das hätte nicht ohne Wirkung auf die Mohammedaner in Indien bleiben können, für die das Kalifat in Stambul noch immer der Zentralnerv des Islams ist.

Die deutsche Politik gegenüber der Türkei war nichts weniger als darauf gerichtet, die osmanische Herrschaft zu untergraben. Es hat heute keinen Zweck, darüber Betrachtungen anzustellen, ob es im Sinne des Ausgleiches der europäischen Gegensätze nicht zweckmäßiger gewesen wäre, dem Zarenreich den Weg nach Konstantinopel frei zu geben. So viel dafür sprach, so viel sprach auch dawider. Und über den Wert oder Unwert der tatsächlichen Politik hätte immer nur der Erfolg entschieden. Nachdem sich aber Deutschland einmal entschlossen hatte, die Türkei machtpolitisch nicht ausschalten zu lassen, war wieder richtig, was zu ihrer inneren und äußeren Stärkung geschah. Die jungtürkische Umwälzung war nicht nur ein Einschnitt in den soziologischen Entwicklungsprozeß des osmanischen Reiches, sie war oder sollte vielmehr der Beginn einer neuen Geschichte sein. Allein sie war in ihrem Ausgang und in der Folge nicht einheitlich und das hat schließlich auch auf die

innere Schwäche der Türkei zurückgewirkt und ihr Schicksal wesentlich mitbestimmt. Hätten sich die Jungtürken geschlossen und entschlossen hinter die Träger der machtpolitischen Erneuerung gestellt, so hätte der westmächtliche Einfluß der gesellschaftlichen Erneuerer nicht so unheilvolle Formen gewinnen können. Als der Krieg ausbrach, da wußten die führenden Jungtürken, daß die Entscheidungsstunde geschlagen habe. Die Balkankriege hatten das diplomatische Spiel Englands und Rußlands bloßgelegt, das Kleinasien unter die Westmächte aufteilen sollte. Wäre die Türkei neutral geblieben, so hätte sie aus ihrem geographischen Bestand ohnedies nur Trümmer gerettet, denn Rußland hätte sich Konstantinopel ebensowenig entwinden lassen, wie England die Bausteine zur Landbrücke nach Indien.

Wilson, der auszog, um die machtpolitischen Gegensätze Europas zu schlichten, hat ihre Ursachen nicht beseitigt, sondern vertieft. Die Trümmer des osmanischen Reiches bilden eine dauernde Anklage gegen die Politik Wilsons, denn die erneuerte Türkei hätte aus sich heraus wohl Kräfte des Aufbaues entwickeln können, die sich mindestens fruchtbarer erwiesen hätten als die, die in Zukunft die mit Kolonialgebieten überlasteten Westmächte aufzubringen vermögen. Die Türkei ist nicht das Opfer ihrer Mißwirtschaft und ihrer deutschfreundlichen Politik geworden, sondern des englischen und französischen Imperialismus. Ihr Schicksal war schon besiegelt, ehe die „Göben" in die Dardanellen einfuhr. Denn Kleinasien war neben der Schwächung Deutschlands das Beuteobjekt, um das vier Jahre lang erbittert gerungen wurde.



Jugoslawien.

Das junge Jugoslawien, in einer Ekstase der Begeisterung geboren, befindet sich nach wenigen Monaten schon in einer sehr schwierigen inneren Lage. Die Unnatur seines Werdens und die Widersprüche seiner Einheit, so schreibt eine aus Belgrad in Wien eingetroffene Persönlichkeit in der „Reichspost", treten mit jeder Woche stärker hervor.

Die Belgrader Regierung stützt sich bekanntlich auf eine Nationalversammlung, die aus Ernannten besteht. Volkswahlen haben nicht stattgefunden. Die herrschenden Parteien haben ihre Parteiführer und ihre Vertrauensleute mit Mandaten für diese Nationalversammlung versehen, aber selbst in dieser Ernanntenversammlung besitzt heute die jugoslawische Regierung und der Gedanke des S. H. S.-Reiches keine Mehrheit mehr. Die einzige Regierungspartei ist gegenwärtig der Demokratische Klub, der über ein Drittel Mitglieder der Ernanntenversammlung, nämlich etwas über hundert Stimmen, verfügt. Der Klub setzt sich aus der Proticgruppe (den Samostale), der Pasicpartei und ferner aus der kroatisch-serbischen Koalition des Agramer Landtages zusammen. Seltsamerweise ist dies die einzige parlamentarische Vereinigung, in der Serben und Kroaten zugleich sitzen. Im übrigen hat eine scharfe nationale Scheidung bereits stattgefunden und Gegensätze treten hervor, die den Präsidenten des Klubs, Medakovic, kürzlich zum Rücktritte veranlaßt haben. Der Demokratische Klub ist die einzige Partei, die heute noch das S. H. S.-Reich will, und seine stärkste Persönlichkeit ist Zvetozar Pribicevic, der bekannte Agramer Serbenführer, der den Belgrader Zentralismus mit aller Schärfe vertritt und dadurch schon mit einem Teile seiner eigenen bisherigen Gesinnungsgenossen aus Kroatien in Widerspruch geraten ist. Denn im Gegensatze zu den Zentralisten hat sich eine starke Autonomistenbewegung herausgebildet, der fast alle Mitglieder der Agramer Koalition, auch einige Serben wie Banjanin, angehören. Selbst unter den Serben des Königreiches sind nicht wenige Autonomisten und sogar solche, die den S. H. S.-Staat, in dem sie eine Gefahr der Majorisierung des Serbentums durch die Kroaten und Slowenen erblicken, ablehnen und an dessen Stelle eine starke autonomistische Gliederung wünschen. Die Widersprüche und Mißhelligkeiten sind um so tiefgehender, als das in Paris arbeitende südslawische Komitee (Trumbic, Smodlaka, Potocnjak) für das autonomistische Kantonalsystem ist und in einer kürzlich veröffentlichten Entschließung sich vehe-

ment ausgesprochen hat. Dr. Hinkovic, der auch zu dem südslawischen Komitee gehört, ist sogar schon weiter gegangen und befindet sich heute in der heftigsten Opposition gegen Belgrad.

Die zweitstärkste Gruppe neben dem Demokratischen Klub bilden die serbischen Radikalen, über achtzig Mann, in heftiger Fehde gegen die Regierung stehend. Sie verlangen eine stärkere Betonung der Interessen des eigentlichen Serbien, begehren die Einberufung einer Konstituante auf Grund von Volkswahlen und eine andere Orientierung der auswärtigen Politik, die sie gegenwärtig zu sehr von Slovenen und Politikern aus Kroatien beherrscht sehen.

Die dritte Gruppe, der Narodni Klub, über dreißig Mann stark, umschließt die Starcevic-Partei und die Abgeordneten aus Dalmatien und Istrien und die katholischen Abgeordneten aus Bosnien. Präsident war bis vor kurzem Dr. Pavelic. Kürzlich hat sich die Starcevic-Partei mit der kroatischen Fortschrittspartei (Lorkovic-Surmin) und mit der katholischen Essegger Gruppe (Dr. Pabratovic) sowie der Obzor-Gruppe (Dr. Dezman) vereinigt. Ihr gemeinsames Organ ist das Blatt „Hrvat" in Agram. — Die tiefe Enttäuschung, welche die Kroaten, von denen ja die wenigsten Freunde des S. H. S.-Reiches gewesen sind, in Belgrad erfahren haben, prägt sich der Politik dieser vereinigten Gruppen auf. — Dr. Pavelic hat sich vom politischen Leben mit einer Erkärung zurückgezogen, die seiner schweren Bekümmernis über diese erlittenen Enttäuschungen in Belgrad Ausdruck gab. Jetzt führt Dr. Laginja die Präsidentschaft und damit haben jene Kroaten, die immer schon stark ein autonomistisches Programm vertreten haben, an Betonung gewonnen. Der Narodni-Klub bekennt sich programmatisch zu einem sehr ausgebildeten Kantonalsystem, das nur mehr als Staatenbund aufgefaßt werden kann und die Einheitsstaatlichkeit ablehnt.

Die vierte der größeren Parteien bildet der Jugoslawische Klub, aus den slowenischen Abgeordneten bestehend, über 20 Mann mit Dr. Korosec als Obmann.

Auch dieser Klub steht in heftiger Opposition zur Regierung und verficht ähnliche autonomistische Ziele wie der Narodni-Klub. Dr. Korosec, der in seinem eigenen Lande eine heftige Gegnerschaft gegen seine Person aufwachsen sieht, hält sich mit Mühe noch an der Spitze des Klubs, in dem die Katzenjammerstimmung von Zeit zu Zeit kräftig durchschlägt.

Außerdem besitzt die Nationalversammlung eine montenegrinische Gruppe, bestehend aus reinen Pagoden der Belgrader Regierung, die mit dem montenegrinischen Volke kaum etwas gemeinsam haben, eine kleine sozialdemokratische Partei von zwölf Mann, die ganz in der Richtung auf Rußland orientiert ist, außerdem noch eine kleine mazedonische Gruppe.

Gemeinsam ist allen Parteien der Zug ins Republikanische, das Königtum besitzt heute nicht einmal in dieser Nationalversammlung mehr eine Majorität. Aufgehalten wird die Krise des Königtums nur durch die allgemeinen politischen Schwierigkeiten, welche die Parteien verhindern, die Verfassungsfrage aufzurollen.

Viel deutlicher kommen die politischen Wandlungen, welche sich im Gebiete Jugoslawiens vollzogen haben, außerhalb der Nationalversammlung in der allgemeinen politischen Bewegung zum Ausdruck. Vor allem bei den Kroaten. Die Ernüchterung, die bei jenen kroatischen Gruppen Platz gegriffen hat, die bisher eine allgemeine jugoslawische Richtung im Sinne der Agramer Deklaration verfolgt hatten, ist eine außerordentliche. Nicht zu reden von der Bauernpartei des Radic und der Rechtspartei, die als radikale Opposition in die Belgrader Nationalversammlung überhaupt nicht Aufnahme gefunden haben, ist in weiten Kreisen der kroatischen Bevölkerung eine Bewegung im Gange, die auf eine strenge Separation von Serbien hinausläuft. Die vor kurzem begründete „Kroatische Volkspartei", die bis auf geringfügige Partikel die ehemaligen Elemente der Koalition umfaßt, bekennt sich offen für den kroatischen unabhängigen Staat, für den sie nur ein politisches Bündnis mit Serbien und nicht mehr wünscht. Die Ablehnung

des S. H. S.-Reiches kann man heute als die Signatur der kroatischen nationalen Politik bezeichnen und seltsamerweise treffen sich hier die Kroaten mit Pasic, diesem eigenartigen Belgrader Politiker, der jetzt, obwohl er noch die Regierung stützt, ein rein serbisch-nationales Programm aufgestellt hat, das in der Vereinigung der serbischen Länder mit Ausschluß Kroatiens und Slawoniens, also in einer Vereinigung von Serbien, Montenegro, Süddalmatien und Mazedonien, die Zukunft Serbiens erblickt.

Sehr interessant ist auch die Bewegung in Bosnien-Herzegowina, wo die Katholiken und Mohammedaner, übel behandelt in Belgrad, einmütig sich in Opposition gegen das S. H. S.-Reich gesetzt haben und für eine volle kroatische Autonomie kämpfen. Baurat Vanczas, der Führer der kroatischen Katholiken Bosniens, der verdienstvolle kroatische Vizebürgermeister von Sarajewo, befindet sich noch immer im Gefängnis. Welche Wandlungen in Bosnien vorgegangen sind, zeigt die Haltung des mohammedanischen Führers Scherif Arnautovic, der zuerst dem Klub der Regierungspartei der Demokraten angehörte, aber noch im Jahre 1918 ausschied und seitdem gemeinsam mit den übrigen oppositionellen Mohammedanern und den katholischen Kroaten in Opposition steht. Bosnien-Herzegowina strebt heute die Selbstverwaltung mit aller Kraft an und schon war die Belgrader Regierung in den letzten Tagen genötigt, nach Sarajewo starke Zugeständnisse zu machen. Sobald die Krise reif geworden sein wird, wird auch Bosnien-Herzegowina mitgehen, um sich von dem Belgrader Einheitsstaat loszulösen. In Montenegro verwindet man den Verlust der staatlichen Selbständigkeit noch viel weniger, und heute schon kann man sagen, daß die Montenegriner den Serben stark zu schaffen geben werden. Die Individualität dieses Bergvolkes wird sich über kurz oder lang durchringen. Immer deutlicher zeigt es sich, daß der jugoslawische Staat ein politisches Kunstprodukt ist, erfunden von einigen hitzigen Stubengelehrten und unhistorisch denkenden Akademikern, das mit dem Sinnen und Denken des Volkes und seinen wirtschaftlichen Interessen nichts gemein hat. Es ist

heute ein geflügeltes Wort in ganz Kroatien: „Mit den Magyaren waren wir achthundert Jahre beisammen, mit den Serben werden wir nicht achthundert Tage beisammen sein.“



Die mazedonische Frage.

Auf Betreiben Griechenlands hatte die Pariser Friedenskonferenz eine Kommission eingesetzt, die die Aufgabe erhielt, die Zustände in Mazedonien zu untersuchen, und die Verwüstungen, die ganz besonders im östlichen Teile des Landes durch die bulgarische Besetzung entstanden sind, festzustellen. Die Kommission bestand aus je einem Vertreter Griechenlands, Frankreichs, Englands, Serbiens und Belgiens. Bei dieser Zusammensetzung konnte ja von vornherein über das Ergebnis der Untersuchung gar kein Zweifel bestehen. Hätte man nun der Arbeit dieser Kommission wenigstens einen Schein von Unparteilichkeit verleihen wollen, dann wäre es doch nötig gewesen, auch einen Vertreter Bulgariens mit hinzuzuziehen, damit das unter Anklage stehende Land wenigstens einen Verteidiger dabei hatte. Aber es kam selbstverständlich ja nur darauf an, die Schuld Bulgariens zu beweisen, um so die Möglichkeit zu haben, Mazedonien demnach zwischen Griechenland und Serbien aufzuteilen.

Die Kommission hat nunmehr ihren Bericht erstattet. Jede Zeile ist, wie der „Deutschen Orient-Korrespondenz“ geschrieben wird, eine schwere Anklage gegen die frühere Regierung und Heeresverwaltung Bulgariens. Beide werden in dem Berichte nun in allen Stücken verantwortlich gemacht für das Verbrechen der Ausrottung einer Bevölkerung von etwa 72 000 Griechen durch Hunger und Verschleppung. Auch für alle Plünderungen, Vernichtungen von Wäldern, Wiesen und Ackerboden, ebenso für die Mordtaten, Einkerkerungen, Folterungen Unschuldiger sowie für die Zerstörung von Gebäuden und den Raub von Kindern wird der bulgarischen Heeresverwaltung uneingeschränkt die Schuld aufgebürdet. Die Komission hat sich aber nicht darauf beschränkt, Tatsachen festzustellen, sondern sie gelangt auch

noch am Schlusse ihres Berichtes zu einem geradezu vernichtenden Urteile über die moralischen Qualitäten des bulgarischen Volkes. Nicht nur für die unmittelbaren Nachbarn, sondern auch für die gesamte zivilisierte Welt soll das bulgarische Volk eine schwere Bedrohung sein. Es muß ihm deshalb nicht nur die Verpflichtung auferlegt werden, den gesamten Schaden wieder gu zu machen, sondern es müssen ihm auch Strafen auferlegt werden, die es für alle Zeiten unmöglich machen, daß sich derartige Schandtaten wiederholen. Bulgarien darf nun nach diesem Berichte nur auf Friedensbedingungen rechnen, die an Härte jedenfalls den seinen früheren Verbündeten zugedachten nicht nachstehen werden. Im übrigen dürfte der Bericht der Kommission die Unterlage für den Schiedsspruch der Konferenz bilden, durch den Mazedonien demgemäß zwischen Griechenland und Serbien aufgeteilt wird.

Das mazedonische Volk ist aber durchaus nicht geneigt, sich nun stillschweigennd dem Urteile der Friedenskonferenz zu unterwerfen. Es hat sich eine Gesellschaft zur Verteidigung der Rechte des mazedonischen Volkes gebildet, die den Vertretern der Großmächte auf der Pariser Friedenskonferenz eine Denkschrift über die Wünsche der Bevölkerung und über die völkischen Verhältnisse des Landes übermittelte. Darin wird aber volle Unabhängigkeit für Mazedonien gefordert, für die das Volk bereits seit einem halben Jahrhundert mit den Waffen in der Hand kämpft. Würde ein Teil des Landes unter griechischer Verwaltung verbleiben, so bedeute dies, wie es in der Denkschrift heißt, nichts anderes als ewige Sklaverei nach dem griechischen Grundsatze: Wer nicht Hellene ist, ist Barbar. Wenn die Pariser Konferenz sich auf den Boden des Friedensvertrages von Bukarest vom Jahre 1913 stellen würde und den anderen Teil Mazedoniens Serbien zuteilen würde, wo übrigens auch nicht ein einziger Serbe wohnt, so würde damit nur die Bevölkerung der serbischen „Schwarzen Hand“ auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sein. Wenn sich schon Kroaten und Montenegriner über den an Wahnsinn grenzenden Chauvinismus der Serben beklagen, dann könnte man sich

ein Bild machen von dem Schicksal, das danach die Mazedonier zu erwarten hätten. Im übrigen wäre eine Aufteilung des Landes zwischen Griechenland und Serbien gar nichts anderes als ein Verbrechen gegen das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker. „Das Volk von Mazedonien fordert politische Selbständigkeit unter dem Schutze der verbündeten Großmächte. Mazedonien den Mazedoniern!" Das ist die Forderung, die deshalb das gesamte Volk an die Friedenskonferenz richtet.

Daß diese Forderung indes keine Aussicht auf Erfüllung hat, ist nach dem Berichte der von Paris entsandten Kommission schon jetzt als ganz sicher anzusehen. Damit werden dann die blutigen Bandenkämpfe, die seit Jahrzehnten die Bevölkerung Mazedoniens dezimieren, von neuem aufleben und der Balkan wird auch noch in Zukunft der Wetterwinkel Europas bleiben.



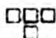
Der Koran des Kalifen.

Neben schweren wirtschaftlichen und territorialen Bedingungen für das deutsche Volk erscheint im Pariser Friedensentwurf eine merkwürdige Forderung: ein Koran soll an den neuen König von Hedschas zurückgestellt werden. „Trage auch dieses mein Herz, schon Schwereres hast du getragen," könnte das deutsche Volk mit dem schwergeprüften Dulder Odysseus sprechen. Es würde also leichten Herzens diese Forderung erfüllen, wenn es den Koran wirklich besäße. Er soll bekanntlich einmal vom Sultan dem deutschen Kaiser geschenkt worden sein, aber dies ist eine Fabel, und niemand — England, das die Forderung der Rückgabe aufstellt, vielleicht ausgenommen — weiß, wo sich das heilige Buch befindet.

Nun könnte man leicht von dieser „Kleinigkeit" zur Tagesordnung, die ungleich wichtigere Probleme umfaßt, übergehen, aber man darf nicht vergessen, daß auch diese Frage eine symptomatische Bedeutung hat und eine ernstere Seite aufweist. Das erkennt man sofort, wenn man die Herkunft und das Schicksal des zurückverlangten Buches würdigt und die ungeheure Macht, die der Islam über die Völker des Orients besitzt, verstehen gelernt hat.

Der Schwiegersohn des Propheten, der zugleich der dritte Kalif war, darf als der Autor des ehrwürdigen Buches angesehen werden. Nach der Tradition beschäftigte sich der fromme Mann

damit, die überlieferten Worte getreu aufzuzeichnen, alle mündlichen und schriftlichen Zeugnisse zu sammeln und eine endgültige Fassung des Korans festzustellen. Die Sage erzählt, daß der bejahrte Herrscher in diesem Koran las, als die Mörder in sein Haus in Medina stürmten und ihn töteten. Das Buch soll noch Spuren des Blutes seiner Gemahlin zeigen, die ihn schützen wollte, und der die unbarmherzigen Schlächter die Hand abhackten. Der besonderen Heiligkeit dieses Mannes sowie der Rolle, die das Buch bei seinem tragischen Tode spielte, verdankt es seinen besonderen national-religiösen Wert. Der Koran war zusammen mit anderen Heiligtümern in der Moschee in Medina, die die sterblichen Überreste Muhammeds barg, verwahrt. Dort lag er jahrhundertelang, unberührt von den Stürmen der Zeit. Da kam der Weltkrieg und die Gefährdung der heiligen Stätten. Im Jahre 1916 besuchten der türkische Kriegsminister Enver Pascha und der Marineminister Medina und führten alle Reliquien nach Konstantinopel. Es drohte nämlich der Verlust der Heiligtümer, da Medina durch die Angriffe des Großscherifen von Mekka, Emir Hussein, der sich gegen den Sultan empört hatte, gefährdet war. Da die Möglichkeit naherückte, daß Mekka und Medina dem rechtmäßigen Besitzer verloren gehen könnten, sollten wenigstens die transportablen Reliquien gerettet werden. Das alte Serail in Stambul nahm sie auf. Mit großem Pomp wurden sie in den Pavillon Hirkai Scherif Odassi, den noch kein Ungläubiger betreten hat, getragen und dort neben dem Mantel des Propheten und anderen Heiligtümern niedergelegt. Was weiter mit dem Buche geschah, ist ungewiß. Sollte es aber möglich sein, daß eines der heiligsten Besitztümer des Islams in aller Stille verschwindet? Feststeht lediglich, daß der Koran niemals dem deutschen Kaiser geschenkt wurde, denn dieses Geschenk hätte den Sultan um sein Ansehen in der islamitischen Welt gebracht.



Wirtschaftliche Übersicht.

Bulgarien.

Zur wirtschaftlichen Lage Bulgariens. Die Entente hat Bulgarien von jedem Verkehr mit den übrigen Ländern abgeschnitten. Waren- und Geldsendungen sind nicht möglich, Briefe und Telegramme können nicht befördert werden, keine Zufuhr von Rohstoffen findet statt. Die Lebensmittelvorräte aus Amerika beginnen allmählich einzutreffen, doch stößt die Verteilung auf große Schwierigkeiten. Bei Beurteilung der gegenwärtgen Lage muß berücksichtigt werden, daß die Vorräte des Landes bereits im Jahre 1918 außerordentlich knapp waren, und daß die heimische Produktion sehr unbedeutend ist. Um das Wirtschaftsleben wieder herzustellen, bedarf es vor allem einer geregelten Einfuhr und der Ausfuhr der in Bulgarien überschüssigen Produkte, wie Tabak, Opium, Mohn usw. Inzwischen ist durch Verfügung der Entente wenigstens die Blockade für die Küsten des Ägäischen Meeres aufgehoben worden.



Sicherung deutscher Guthaben in Bulgarien. Bekanntlich hat der Deutsch-Österreichisch-Ungarische Wirtschaftsverband eine Abteilung gegründet, die sich mit der Sicherung der Guthaben der deutschen Industrie in den früheren österreichischen und ungarischen Ländern befaßt. Das Institut für den Wirtschaftsverkehr mit Bulgarien E. V., Berlin W. 8, Charlottenstr. 56, benutzt die Gelegenheit, allen Interessenten bekanntzugeben, daß es als seine besondere Aufgabe betrachtet, deutschen Besitz in Bulgarien zu schützen und ausstehende Forderungen für Deutsche geltend zu machen. Es stellt daher anheim, in vorliegenden Fällen seine Hilfe in weitestem Maße in Anspruch zu nehmen.

Griechenland.

Die wirtschaftliche Zukunft Griechenlands. Michalacopoulos, Minister und wirtschaftlicher Vertreter Griechenlands bei den alliierten Mächten, hat der „Agence économique et financière“ inter-

essante Darlegungen gemacht, über die Aussichten, die Griechenlands Zukunft offenstehen, sowohl über die Erweiterung seiner Grenzen, wie auch über seine finanzielle Lage. Michalacopoulos stellte fest, daß aus dem Friedensvertrag ein an Land vermehrtes Griechenland, reicher als das frühere und dreimal so groß wie 1911, hervorgeht. Um die neu gewonnenen Landstriche zu verwerten, beabsichtigt die Regierung Venizelos, sich auf den von der Natur vorgezeichneten Rahmen zu beschränken: sie wird nicht versuchen, mittels eines Schutzzollsystems die Industrieen künstlich zu entwickeln; die Griechen sind immer Landwirte und Seeleute gewesen und bleiben es auch. Inbezug auf die finanzielle Lage erinnerte Michalacopoulos daran, daß dieselbe trotz des Krieges vortrefflich geblieben sei. (?) Die Staatsschulden haben sich auf $2^1/_2$ Milliarden erhöht, sehr umfassend berechnet, fügte der Minister aber hinzu, dürften sie höchstens 6 Milliarden (!) erreichen, bei einer Bevölkerung von 7 Millionen Einwohnern.

Rumänien.

Über die wirtschaftlichen Zustände in Rumänien veröffentlicht der Balkan-Berichterstatter des „Nieuwe Rotterdamsche Courant" einen längeren Bericht, in dem es u. a. heißt: „Überall ist die Landbevölkerung wieder an der Arbeit. In Beßarabien und im nördlichen Teil der Dobrudscha sind fast alle geeigneten Äcker sachgemäß bestellt, die Ernteaussichten ausgezeichnet. In der Moldau sind ungefähr 70 pCt. der Anbaufläche von vor dem Kriege bestellt, in der Wallachei dagegen nur ungefähr 30 pCt. An landwirtschaftlichen Maschinen und Arbeitsvieh fehlt es noch im ganzen Lande, aber man hofft, noch vor oder am Anfang der Erntezeit genügendes Arbeitsmaterial aus Amerika zu erhalten. Für die Ausfuhr kommen Holz und Petroleum bereits für den nächsten Herbst in Betracht, Getreide dagegen frühestens 1920. Großbritannien hat durch die Lieferung von Kohlen die Wiedereröffnung des Eisenbahn- und Schiffahrtsverkehrs möglich gemacht. Frankreich liefert dazu 500 Lokomotiven und 3000 Waggons von dem durch Deutschland abgelieferten Eisenbahnmaterial. Sodann wurden Schritte unternommen, um die durch die Deutschen beschlagnahmten rumänischen Güter- und Petroleumwagen, von denen sich noch ein Teil auf den Eisenbahnen in der asiatischen Türkei befindet, wieder zu erhalten. Sobald dies geordnet und die Petroleumindustrie wieder hergestellt ist, wird auch die Ausfuhr von Petroleum wieder in Gang kommen, die für die Staatsfinanzen des Landes von so hoher Bedeutung ist. In dieser Erwartung hat außer den Vereinigten Staaten auch Kanada sich vor einiger Zeit bereit erklärt, Rumänien schon jetzt durch eine große Anleihe instand

zu setzen, seinem finanziellen Bedarf zu genügen. Sehr hinderlich für die Petroleumausfuhr ist die Zerstörung der Brücke über die Donau, so daß der Hauptausfuhrhafen Konstanza bis auf weiteres von Rumänien aus nicht mit der Eisenbahn zu erreichen ist. Durch das Aufnehmen der Röhrenleitung vom Petroleumgebiet nach Konstanza und deren Verlegung nach den Donauhäfen Magurel und Korabia und durch die Zerstörung einer Anzahl großer Tanks durch Beschießung oder Fliegerangriffe kann Petroleum in Konstanza weder verschifft, noch eingelagert werden. Galatz und Braila sind jetzt die einzigen Häfen, welche für die Ausfuhr in Betracht kommen. Pläne werden jetzt ausgearbeitet, um Galatz zum Hauptausfuhrhafen für Petroleum zu machen. Daneben sind die finanziellen Fragen augenblicklich die wichtigsten. Es handelt sich um die Finanzierung der für rumänische Rechnung zu kaufenden Waren. Der Goldvorrat des Finanzministeriums, der im November 1916 nach Moskau gebracht worden war, fiel in die Hände der Bolschewiki, und die Vorräte von Getreide und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen sowie von Petroleum sind von den Deutschen weggeschafft worden. Infolgedessen und wegen der Ausgabe von Milliarden von ungedecktem Papiergeld hat Rumänien jetzt einen ungünstigen Wechselkurs. Es kann daher seine Einkäufe nur in eigener Valuta oder auf Kredit ausführen.

Südslawien.

Die Handelsbeziehungen Südslawiens. In einem Bericht der Esseger „Drau“ wird über die Zolltarifverhandlungen in Belgrad mitgeteilt: Millorad Pavlovic, der Präsident der Belgrader Handelskammer, erklärte in einer Rede, die Regierung dürfe sich nicht wundern, wenn der Handel mit Besorgnis sieht, wie nun alle geschäftlichen Beziehungen mit den feindlichen Staaten abgebrochen werden. „Wir haben viele Waren, für die als Abnehmer fast ausschließlich Deutschland in Betracht kommt; ähnlich steht es mit vielen Artikeln für Österreich. Wir waren bisher gezwungen, viele Artikel mit diesen Staaten auszutauschen. Wir haben für die ausgeführten Landeserzeugnisse notwendige Waren eingeführt. Vor allem muß man es möglich machen, jene Landeserzeugnisse, die dem Verderben unterliegen, schleunigst nach diesen Staaten auszuführen, natürlich in einem vom Staate geregelten und überwachten Kompensationsverkehr. Es muß auch bedacht werden, daß die Geschichte sehr viele Beispiele dafür kennt, daß Völker, die sich bis aufs Messer bekämpft haben, später die lebhaftesten Handelsbeziehungen unterhalten haben.“ Diesem Standpunkte pflichteten sowohl die slowenischen als auch die kroatischen Delegierten bei. Der Sprecher der ersteren erklärte, ein Abbruch der Handelsbeziehungen mit den feind-

lichen Staaten würde den wirtschaftlichen Zusammenbruch der slowenischen Länder bedeuten, und der kroatische Vertreter meinte, ein Aufhören des Handelsverkehrs mit dem feindlichen Auslande sei im Augenblicke ganz unmöglich.



Serbische Außenhandelsorganisationen. Unter Leitung der Belgrader Handelskammer haben sich 9 Konsortien zwecks Auffüllung der serbischen Läger und Wiederanknüpfung der Handelsbeziehungen zu fremden Ländern gebildet. Die Konsortien gliedern sich wie folgt: 1. Textilien, 2. Eisenwaren, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, 3. Leder, Material und Zubehör für die Schuhfabrikation, 4. Kolonialwaren, 5. Posamentier-, Strumpf- und Luxuswaren, fertige Kleidung, Schuhwaren für die Stadtbevölkerung, 6. Dasselbe für die Landbevölkerung, 7. Glas und Glaswaren, Porzellan und Töpferwaren, Farbwaren und elektrotechnische Artikel, 8. Bücher, Papier und Schreibmaterialien und 9. Drogen, Apothekerwaren usw. Infolge des Geldmangels für die Auslandskäufe forderte die Belgrader Handelskammer die Regierung auf, den Importeuren für ihre Auslandskredite Staatsgarantien durch die serbische Nationalbank und von Zweiganstalten zu gewähren. Jedes der obigen Konsortien wird zwei Vertreter zum Besuch der Auslandsmärkte und zum Kaufabschluß für die betreffenden Importeure abordnen. Ähnliche Vereinbarungen sollen auch in Agram, Laibach, Serajewo und Spalata mit Zweiganstalten in allen wichtigen Zentren des neuen Königreiches gegründet werden.



Ein Dinar = drei südslawische Kronen. Der südslawische Ministerrat beschloß, den amtlichen Kurs des Dinars im Verhältnis zur südslawischen Krone mit 3 K zu einem Dinar festzusetzen (bisher war der Kurs $2^1/_2$ K).



Englisches Kapital in Bosnien. Zwischen einer englischen Gruppe und der jugoslawischen Regierung schweben Verhandlungen, welche die Überlassung bosnischer Erzlager an die Engländer zum Gegenstand haben.



Englisch-französische Fabrikgründungen in Kroatien. Aus Fiume wird berichtet, daß in Agram und Umgebung die Errichtung von dreißig Fabriken mit vorwiegend französischer und englischer Kapitalbeteiligung geplant ist. Von Einzelheiten weiß man nur, daß die Engländer in Agram eine große Schuhfabrik zu erbauen beabsichtigen, da sich in dieser Stadt eine der größten Gerbereien Südslawiens befindet.

Tschecho-Slowakei.

Die Kapitalsvermehrung der Zivnostenska Banka. Der Verwaltungsrat der Zivnostenska Banka hat die Erhöhung des Aktienkapitals um rund 130 Millionen, somit von 120 auf 250 Millionen, beantragt. Da der Nennwert der Aktien der Bank 200 K. beträgt, wird die Ausgabe von 650 000 Stück neuen Aktien erforderlich sein, wodurch die Gesamtzahl der Aktien auf 1 250 000 Stück sich erhöhen wird. Die vorgeschlagene Kapitalserhöhung soll nicht auf einmal, sondern in Teilemissionen erfolgen. Die Hinaufsetzung des Eigenkapitals der Gesellschaft auf eine Viertelmilliarde wird mit der Nationalisierung zahlreicher Industriegesellschaften in der tschecho-slowakischen Republik erklärt, mit denen das Institut eine Bankverbindung anzuknüpfen suchen will.



Tschechische Kommission für den Außenhandel. Die tschecho-slowakische Einfuhrkommission wird auf breiter Grundlage organisiert unter dem Titel: „Tschecho-slowakische Kommission für den Außenhandel.“ Zu den Mitgliedern der Kommission werden Vertreter von neun Ministerien, der Syndikate sowie der Devisenzentrale, Agrarier, Kleingewerbetreibende, Vertreter der Arbeiterschaft und der Konsumenten gehören. Die Kommission errichtete Filialen in Paris, London, Triest, Hamburg und New York.



Französische Handelsbeziehungen zur Tschecho-Slowakei. Das Handelsministerium in Prag hat es verstanden, mit Paris eine Exportverbindung herzustellen, die unsere besondere Aufmerksamkeit verdient. Es sollen bereits weitgehende Abmachungen zwischen der Prager Regierung und der französischen Regierung getroffen worden sein mit Bezug auf Zucker und Holz, doch sind hierüber die Einzelheiten nicht bekannt. Dagegen wird etwas mehr mitgeteilt über die Absichten, die in Verbindung stehen mit der Organisation des tschechischen Gasexportes. Im tschechischen Handelsministerium ist ein Funktionär, dem die Aufgabe gestellt ist, von allen tschechischen Glasindustriellen zweifache Muster ihrer Erzeugnisse einzuholen. Diese Muster werden nach Paris geleitet und ihnen, nach Angabe der Fabrikanten, die Informationen darüber mitgegeben, welches Quantum sofort und welches im Laufe der nächsten drei Monate lieferbar ist. Auf diese Weise will man den tschechischen Glaswarenerzeugern die Möglichkeit geben, vorteilhaft ihren Export einzurichten. Nach den Meldungen aus Prag sind bereits die größten Glasfabriken, wie z. B. Stölzle und Inwald, auf diese Vorschläge eingegangen. Es soll dann, wenn

Aufträge auf die gleichen Artikel eingehen oder Verkäufe derselben vorliegen, im Wege einer Exportquote die Verteilung auf die verschiedenen tschechischen Fabriken stattfinden.



Die Beschlagnahme des Großgrundbesitzes. Die Prager Nationalversammlung hat ein Gesetz über Beschlagnahme des Großgrundbesitzes angenommen. Unter Großgrundbesitz wird darin ein Komplex von Liegenschaften verstanden, der sich im Besitze einer einzelnen Person oder im Besitz von Mitteleigentümern befindet und mehr als 150 ha Ackerland oder 250 ha überhaupt umfaßt; nicht geschiedene Eheleute gelten hierbei als eine Person. Von der Beschlagnahme ausgeschlossen bleibt der Grundbesitz des Landes, der Bezirke und der Gemeinden. Über die Entschädigung für übernommenen Besitz wird ein eigenes Gesetz entscheiden. In einem besonderen Gesetz soll dann der Grundsatz durchgeführt werden, daß ohne Entschädigung übernommen werden: der Besitz von feindlichen Staatsangehörigen, Mitgliedern der ehemaligen Dynastie Habsburg-Lothringen, von Stiftungen, die auf Rechten des Adels beruhen; ferner der „unrechtmäßig" erworbene Besitz von Personen, die sich „in grober Weise während des Weltkrieges an der tschecho-slowakischen Nation vergangen haben", und schließlich der Besitz, der auf Grund der Bestimmungen der Finanzgesetze dem Staat als Abzahlung auf die Vermögensabgabe zufällt.

Türkei.

Türkische Finanzen. Sir Adam Block veröffentlicht einen Bericht über die türkischen Finanzen während der letzten 4 Jahre, nachdem er wieder die Präsidentschaft über die dortige Schuldenverwaltung angetreten hatte. Danach betrugen die Einnahmen in den ersten 3 Kriegsjahren:

	Bruttoeinnahmen	Ausgaben	Nettoeinnahmen
1914/15 . . .	£ 3 627 913	£ 739 825	£ 2 883 088
1915/16 . . .	2 868 056	849 473	2 018 683
1916/17 . . .	3 632 692	877 246	2 755 446

Die Durchschnitts-Bruttoeinnahmen der letzten Friedensjahre betrugen £ t. 4,03 Mill. Die Annuitäten für den Schuldendienst und die Türkenlose betragen £ t. 2,16 Mill., so daß 1914/14 £ t. 730 000, dagegen 1915/16 ein Defizit von £ t. 109 500 und 1916/17 ein Überschuß von £ t. 598 000 vorhanden war. Zur Deckung des Defizits von 1915/16 wurden die Kupons der feindlichen Gläubiger von der Einlösung ausgeschlossen. Da nun während des ganzen Krieges feindliche Kupons nicht eingelöst wurden, sind auf diese Weise £ t. 5,50 Mill. rückständig. Für diese sind Fonds vorhanden,

aber entweder in Papier-Piastern in Konstantinopel oder in Papier-Mark in Deutschland, so daß also schon aus Valutagründen eine Bezahlung unüberwindliche Schwierigkeiten macht. Zusammenfassend äußert sich Sir Adam Block über die türkische Finanzlage dahin, daß die allgemeine Schuld des Landes von £ t. 165,25 am 1. März 1915 auf 454,65 Mill. am 31. August 1918 gestiegen ist, wozu aber noch die Forderungen Deutschlands und der Ententemächte kommen. Diese Forderungen werden auf £ t. 100 Millionen geschätzt. Die Zahlungsfähigkeit des Landes beurteilt der englische Finanzmann recht skeptisch. Namentlich ist er der Auffassung, daß die Verbindlichkeiten an Deutschland nie bezahlt werden können, was er natürlich von seinem englischen Standpunkt aus für durchaus gerechtfertigt hält. Aber selbst wenn diese Schulden nicht eingelöst werden, werde die Türkei Schwierigkeiten haben, ihren Verbindlichkeiten nachzukommen, denn die Bevölkerungsverluste durch die Kämpfe, Hunger, Krankheiten und Massenmorde seien unheimlich groß gewesen. Die Quellen des Landes seien erschöpft. Es werde viele Jahre dauern, bis die Zerstörungen wieder gutgemacht werden können.



Amerikanisches Geld in der Levante. Die „New York Times" meldet, daß die amerikanische Handels-Korporation mit einem Kapital von 20 Millionen den Handelsverkehr im nahen Osten organisiert. Mittelpunkt des Verkehrs wird Konstantinopel sein, und in Smyrna, Syrien und am Schwarzen Meer werden Zweigstellen errichtet.



Die Bagdadbahn. Der Verkehr auf der Bagdadbahn ist wieder aufgenommen worden. Der Taurusdurchbruch ist vollendet, und die Züge von Haidar Pascha fahren bis Nassibin, 150 km von Mossul. In Mesopotamien herrscht rege Tätigkeit, um die Linie bis zum Persischen Golf weiter zu führen. Die Geleise sind bereits bis Tekrit gelegt. Infolge der Wandlung der politischen Verhältnisse wird voraussichtlich in Zukunft nicht mehr Haidar Pascha, sondern Alexandrette der bedeutendste Orienthafen sein und die Eingangspforte für Armenien, Kurdistan, Persien, Mesopotamien und Nordsyrien bilden.



Jaffa. „Near East" berichtet über Jaffa: Während des Krieges hat kein Teil von Palästina finanziell und wirtschaftlich so sehr gelitten wie gerade Jaffa. Die Stadt wurde entvölkert, die Einwohner in Syrien und Anatolien zerstreut. Bevor die Türken Jaffa

räumten, verwandelten sie einen großen Teil der Stadt in Ruinen. Unter der neuen Herrschaft beginnt Jaffa wieder emporzublühen, und die Zukunft wird hier eine große Entwicklung zeigen. Jaffa ist der Haupthafen und der geschäftliche Mittelpunkt für Palästina und muß als solcher gute Hafen- und Kaianlagen besitzen. Die Anlage einer Wasserleitung ist ferner sehr notwendig. Der Aujahfluß könnte die Stadt und die Provinz mit Wasser sowohl zu Genußzwecken als auch zur Bewässeunrg der Orangeanlagen versorgen. Ferner könnte durch die Anlage eines großen Stauwerkes Kraft für eletrisches Licht und Straßenbahnen erzeugt werden. Handel und Landwirtschaft sind die Hauptzweige Jaffas, doch fehlen ihm als landwirtschaftlicher Mittelpunkt viele Dinge, besonders Geräte und Maschinen für die Feldbestellung, Erntemaschinen usw. Da aber das Land arm ist, ist zu deren Anschaffung finanzielle Unterstützung notwendig.

Ukraine.

Eine Ukrainisch-Schweizerische Handelskammer in Genf. Die außerordentliche wirtschaftliche und finanzielle Mission der ukrainischen Volksrepublik in der Schweiz teilt mit, daß in Genf eine ukrainisch-schweizerische Handelskammer, als erste auf dem Kontinent, gegründet worden ist.



Literatur.

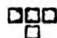
Zankow, Dr. theol. et jur. Stefan: **Die Verfassung der bulgarischen orthodoxen Kirche.** XXII und 223 Seiten. Zürich 1918. Leemann & Co.

Bisher fehlte sowohl in der bulgarischen wie in der ausländischen Literatur jede Darstellung des geltenden Rechts und des Rechtslebens der bulgarischen orthodoxen Kirche. Dem Mangel hat Zankow mit der vorliegenden Arbeit abgeholfen, der noch ein zweites Buch über die bulgarische Kirchenverwaltung folgen wird. Der Verfasser beschreibt sowohl das positive Recht der Kirche in seinen wesentlichen Grundzügen, wie auch das gesamte kirchliche Rechtsleben in seiner ganzen Fülle und Mannigfaltig-

keit. Er beschreibt nicht bloß, sondern bietet überdies eine Erklärung und kritische Beleuchtung aller Erscheinungen des Rechtslebens der Kirche. Diese Leistung ist umsomehr anzuerkennen, als keine Vorarbeiten vorhanden waren und die Beschaffung des Materials in Zürich, dem Wohnort des Verfassers, während des Krieges auf große Schwierigkeiten stieß. — In der Darstellung folgen einem kurzen geschichtlichen Überblick Abschnitte über die Quellen des bulgarischen Kirchenrechts, die Grundlagen der Kirchenverfassung, die Organisation der Kirchengewalt, sowie über das Verhältnis zwischen Staat und Kircke. **H. Fehlinger.**

Wendel, Hermann: **Makedonien und der Friede.** 113 Seiten. München 1919. Musarion-Verlag. 5,50 M.

Diese Schrift Wendels stammt aus dem Sommer 1917. Während des Krieges durfte sie nicht erscheinen, denn sie tritt mit größter Entschiedenheit gegen die Balkanpolitik des alten Deutschland und Österreich-Ungarn auf. Die Ereignisse haben inzwischen bewiesen, daß die Warnungen des Verfassers gegen die Fortsetzung dieser Politik vollauf berechtigt waren, ja es ist weit schlimmer gekommen, als er voraussah. Die Darstellung ist nicht auf die makedonische Frage beschränkt, sondern es wird der ganze Kreis der politischen und wirtschaftlichen Balkanprobleme behandelt. Gewissen Vorgängen ist Wendel nicht so ganz richtig auf den Grund gekommen, wie z. B. dem Bruch des makedonischen Übereinkommens durch Serbien nach dem ersten Balkankrieg, dem verhängnisvollsten in der Kette der Ereignisse, die den Weltkrieg einleiteten. — Wenn nun zwar Deutschland auf dem Balkan politisch ausgeschaltet ist, so ist doch noch immer die Möglichkeit zukünftiger enger wirtschaftlicher Beziehungen vorhanden, vorausgesetzt, daß wir weltkundige Führer haben, die mit den Wirklichkeiten zu rechnen verstehen. **H. Fehlinger.**



Verlag: Balkan-Verlag G. m. b. H., Berlin SW 48.
Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Dr. Karl Spiecker, Berlin-Friedenau.
Druck: F. W. Rohden Essen

Bekanntmachung.

Die **Zwischenscheine** der **IX. Kriegsanleihe**
für die **4½% Schatzanweisungen** können vom **4. Juni ab**,
für die **4% Schuldverschreibungen** vom **23. Juni d. J. ab**
in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum **5. Dezember 1919** die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen" in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts **oberhalb** der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Von den Zwischenscheinen **der früheren Kriegsanleihen** ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im Juni 1919.

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein. v. Grimm.

Direction der Disconto-

Bilanz am 31. Dezember 1918.*)

Aktiva.		Mark
Kasse, fremde Geldsorten, Kupons und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken		204 948 349.85
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen		1 975 117 263.04
	Mark	
a) Wechsel und unverzinsl. Schatzanweisungen des Reiches und der Bundesstaaten .	1 975 117 263.04	
b) eigene Akzepte .	—.—	
c) eigene Ziehungen	—.—	
d) Solawechsel der Kunden an die Order der Bank	—.—	
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen		407 048 665.54
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere		299 294 401 96
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen		18 026 400,72
Davon am Bilanztage gedeckt:		
a) durch Waren, Fracht- oder Lagerscheine .	2 247 185 15	
b) durch andere Sicherheiten . .	15 709 673.32	
Eigene Wertpapiere		96 390 048.41
a) Anleihen u. verzinsliche Schatzanweisungen des Reiches und der Bundesstaaten .	83 848 160.70	
b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere . . .	3 824 746.28	
c) sonstige börsengängige Wertpapiere	6 024 812.75	
d) sonstige Wertpapiere	2 692 328.68	
Konsortial-Beteiligungen		48 017 097,68
Beteiligung bei der Norddeutschen Bank in Hamburg		60 000 000.—
Beteiligung bei dem A. Schaaffhausenschen Bankverein A.-G.		100 000 000.—
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen		61 657 641 45
Schuldner in laufender Rechnung . .		886 886 526,11
a) gedeckte . . .	727 427 325.70	
Dav. d. börsengängige Wertpapiere gedeckt M 265 335 020,50		
b) ungedeckte . .	159 459 200,41	
Außerd. Aval- u. Bürgschaftsschuldner M 362 649 525.62		
Forderungen an das Reich oder die Reichsbank aus für Rechnung derselben übernommenen Verpflichtung		119 737 402.98
		4 277 123 797.74

Passiva.			Mark
Eingezahlte Kommandit-Anteile			310 000 000.–
Allgemeine (gesetzliche) Reserve			109 000 000.–
Besondere Reserve			25 000 000.–
Gläubiger			3 649 304 035.
		Mark	
a) Nostroverpflichtungen . .		24 706 803.93	
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite .		29 854 485.53	
c) Guthaben deutsch. Banken und Bankfirmen		453 539 802.67	
d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung:			
	Mark		
1. innerhalb 7 Tagen fällig .	1 092 428 052.99		
2. darüber hinaus b. zu 3 Monat. fäll.	466 248 039.88		
3. nach 3 Mon. fäll.	352 081 555.62	1 910 757 648.40	
e) sonstige Gläubiger:			
1 innerhalb 7 Tagen fällig .	1 130 986 916.99		
2. darüber hinaus b. zu 3 Monat. fäll.	81 678 476.31		
2. nach 3 Mon. fäll.	17 779 811.24	1 230 445 202.54	
Akzepte und Schecks			68 252 797
a) Akzepte		54 385 972.73	
b) noch nicht eingelöste Schecks		13 866 824.93	
Außerdem:			
Aval- und Bürgsch.-verpflichtungen .	362 649 525,62		
Eigene Ziehungen	1 976 518,15		
davon für Rechnung Dritter .	1 976 518,15		
Weitergegebene Solawechsel d. Kund. an die Order der Bank	—.—		
Für Rechnung des Reiches oder der Reichsbank übernommene Verpflichtungen			119 737 4
Wohlfahrtseinrichtungen:			
Dav. Hansemannsche Pensionskasse . .	4 920 729,92		
hierzu Überweisg. aus d. Gewinn- u. Verlust-Rechnung von 1918	400 000.—	5 320 729,92	
			4 281 294

*) Die nachstehende Bilanz enthält nicht den Vermögensstand unserer Londoner und Metzer Niederlassungen

Gesellschaft in Berlin.

Bilanz am 31. Dezember 1918.

Aktiva.			Mark
Übertrag:			4 277 123 797.74
Wertpapier-Bestände der Pensionskasse und der Stiftungen			6 218 786.20
Einrichtung			1.—
Bankgebäude i. Berlin und bei den Zweigniederlassungen .	Mark	36 547 891.75	
Abzügl. Hypothek auf Grundstücke:			
Unt. d. Linden 33/34, Lindengasse und Charlottenstr. 37/38	5 000 000.—		
Unter d. Linden 32	1 000 000.—		
Koblenz	220 000.—		
Stettin	75 000.—		30 252 891.75
Sonstige Liegenschaften: Grundstücke Behrendstraße 21/22 u. Französische Straße 53/56 zu Berlin, sowie in Bielefeld, Essen, Mülheim, Münster und Trier			7 665 702.45
			4 321 261 179.14

Passiva.		Mark
Übertrag:		4 281 294 236.—
	Mark	
Übertrag:	5 329 729.92	
Adolf v. Hansemann-Stiftung	466 057.10	
Schoeller-Stiftung	273 467.79	
Dr. Arthur Salomonsohn-Stift.	62 076.10	
Dr. P. D. Fischer-Stiftung .	49 457.90	
Sonstige Stiftungen für die Angestellten der Gesellschaft	742 668.03	6 923 456.84
Noch nicht abgehobene Gewinnanteile der früheren Jahre		542 335.—
Rückstellung für Talonsteuer	885 020.—	
hierzu Überweisung aus der Gewinn- und Verlust-Rechnung von 1918 . .	310 000.—	1 195 020.—
9% Gewinnanteil auf Mark 310 000 000.— Kommandit-Anteile		27 900 000.—
Gewinnbeteiligung des Aufsichtsrats		734 597 15
Gewinnbeteiligung der Geschäftsinhaber . .		2 365 789 48
Übertrag auf neue Rechnung		305 744.67
		4 321 261 179.14

Gewinn- und Verlust-Rechnung 1918.*)

Soll.	Mark
Verwaltungskosten einschl. Gewinnbeteiligung der Angestellten . . .	33 805 792.24
Steuern	6 294 675.13
Zu verteilender Reingewinn	32 016 131 30
	72 116 598.67

Haben.	Mark
Vortrag aus 1917	292 619.47
Kupons	1 076 942.32
Verfallene Gewinnanteilscheine	—.—
Provision	14 529 036.49
Wechsel und Zinsen	40 877 187.69
Beteiligung bei der Norddeutschen Bank in Hamburg	4 800 000.—
Beteiligung bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G.	7 000 000.—
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	3 540 812.70
	72 116 598.67

*) Die nachstehende Gewinn- und Verlust-Rechnung enthält nicht das Erträgnis unserer Londoner und Metzer Niederlassungen.

DEUTSCHE BANK

Abschluß am 31. Dezember 1918.

Besitz

Bargeld, Sorten, Zinsscheine und Guthaben bei Abrechnungsbanken		468 432 112,—
Guthaben bei Banken und Bankfirmen		282 706 977,96
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen		4 616 847 660,47
Verzinsliche Deutsche Schatzanweisungen		196 818 813,11
Report- und Lombard-Vorschüsse gegen börsengängige Wertpapiere (darunter 515 Millionen an Städte und sonstige Körperschaften)		624 101 552,38
Vorschüsse auf Waren- und Warenverschiffungen (davon am Abschlußtage durch Waren, Verschiffungen usw. gedeckt 54 Millionen)		56 000 451,64
Eigene Wertpapiere		
Gesamtbestand M 45 583 640,92		
Anleihen des Reichs und der Bundesstaaten		18 835 520,98
		6 263 743 088,54
sonstige bei der Reichsbank beleihbare Wertpapiere	10 197 537,34	
sonstige börsengängige Wertpapiere	14 787 464,30	
nicht notierte Wertpapiere	1 763 118,30	26 748 119,94
Beteiligung an Gemeinschafts-Unternehmungen		23 845 648,09
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken u. Firmen		39 676 414,30
Schuldner in laufender Rechnung		
gedeckte	825 876 250,67	
ungedeckte	180 830 269,07	1 006 706 519,74
(außerdem: Schuldner aus geleisteten Bürgschaften 482 Millionen)		
Forderungen an das Reich und die Reichsbank aus für Rechnung derselb. übernommenen Verbindlichkeiten		432 320 233,60
Bankgebäude		40 000 000,—
Sonstiger Grundbesitz		1,—
Verschiedenes		1,—
	Mark	7 833 040 026,21

Verbindlichkeiten.

Grundvermögen			275 000 000,—
Rücklagen			
gesetzlich vorgeschriebene		173 388 031,30	
freie		56 611 968,70	230 000 000,—
			505 000 000,—
Gläubiger in laufender Rechnung			
Verpflichtungen für eigene Rechnung (darunter M 3 311 991,66 noch nicht ablösbare Hypotheken auf unsern Grundbesitz)		3 835 441,26	
seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite		22 583 007,75	
Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen		320 211 955,32	
Einlagen auf gebührenfreier Rechnung			
innerhalb 7 Tagen fällig	M 2 490 325 382,09		
darüb. hinaus bis zu 3 Monaten fällig	„ 1 227 540 810,58		
nach 3 Monaten fällig	„ 531 808 405,38	4 249 674 598,05	
sonstige Gläubiger			
innerhalb 7 Tagen fällig	M 1 599 010 838,82		
darüb. hinaus bis zu 3 Monaten fällig	„ 24 209 282,59		
nach 3 Monaten fällig	„ 520 671 571,23	2 143 891 692,64	6 740 196 695,02
Akzepte			
eigentliche		38 912 387,64	
noch nicht eingelöste Schecks		32 495 335,20	71 407 722,84
(außerdem: geleistete Bürgschaften 284 Millionen)			
Für Rechnung des Reichs und der Reichsbank übernommene Verbindlichkeiten			432 320 233,60
Sonstige Verbindlichkeiten			
Unerhobene Dividende		2 076 857,—	
Dr. Georg von Siemens-Fonds für die Beamten		9 523 106,02	
Rückstellung für Zinsbogensteuer		2 600 000,—	
Übergangsposten der eigenen Stellen untereinander		20 339 277,87	34 539 240,89
Zur Verteilung verbleibender Überschuß			49 576 133,86
		Mark	7 833 040 026,21

VI. JAHRGANG ▪ JULI/AUGUST 1919 ▪ 4./5. HEFT.

SÜDOST

BALKAN-REVUE

EINE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER: OTTMAR E. STRAUSS

AUS DEM INHALT:

ABONNEMENTSPREIS JÄHRLICH 24.— M.

BALKAN-VERLAG • G.M.B.H.
BERLIN-FRIEDENAU • MAYBACHPLATZ 18

VI. Jahrg.	Juli/August 1919	Heft 4/5

Das dritte Wunder.

(Zur ukrainischen Frage).

Von **Ernst Frey.**

Ein russischer Dichter hat einmal in patriotischer Gefühlsaufwallung gesagt, Russland sei nicht mit der Elle zu messen, es könne nicht verstandesmässig in seinem Wesen erkannt werden, man könne an Rußland nur glauben. Dieser mystisch-schwärmerische Gedanke ist für den Russen seit jeher durchaus typisch. Trotz allem Rationalismus seiner kühnsten sozialistischen Fantasten oder der kühl abwägenden Kadetten steckt die Mystik des Glaubens tief in seiner Psyche, von Mereshkowski bis zum letzten Bauern, von Lenin bis zum reaktionärsten Kosakengeneral. Und eine der tiefsten Stützen des Glaubens ist die Sehnsucht nach dem Wunder.

* *
*

Als der erste Rausch der gelungenen Revolution im Vorfrühling 1917 noch kaum verflogen war, sprachen die Russen von ihrem ersten revolutionären „Wunder": von der „unblutigsten" und „idealsten Revolution der Weltgeschichte." Der alte, von dem Zarismus, seiner Kirche und seinen Ideologen (zu denen auch Dostojewski gehörte) sorgsam gehegte Glaube an die Weltmision des Russentums ist in neuer Form wiedererstanden: die Welt sollte durch die russischen Ideale der Humanität und der Freiheit (welche Ironie des Schicksals) verjüngt werden. Während die bürgerliche Demokratie zusammen mit der rechtssozialistischen Intelligenz begeistert das neue weltbeglückende Wunder genoß, begann der extreme Sozialismus im stürmischen Drang seine Predigt für eine „Uglublenje", Vertiefung der Revolution, für eine Verankerung ihrer Errungenschaften in der Seele der Massen, dieses mystischen Kollektivums, das nicht mehr eine Zahl

bleiben durfte, sondern zur Schaffung neuer Werte berufen werden sollte. Mit dem Erscheinen Lenins auf russischem Boden setzte die Auswertung der Revolution durch die Fanatiker des utopistischen Kommunismus ein. Der erste Mai im Frühling der ungehemmten Freiheit zeigte bereits das Nahen einer neuen Umwälzung in Russland, das Opfer jener Massen werden sollte, die nun die Straße zu beherrschen begannen. Schilderungen aus den Tagen um den ersten Mai 1917 herum entrollen ein seltsames Bild: ob Tag, ob Nacht — die Menge ergoß sich in breitem Strome auf die Straßen und Plätze und berauschte sich an Worten von nie dagewesener Verwegenheit. Ganz Russland hält jetzt ein Meeting ab, sagte man damals. Das meiste wurde von der Menge dabei nicht verstanden: Sozialismus, Programm, Internationale, Meeting, — alles das waren Fremdwörter und der einfache Mann aus dem Volke legte in das Wort hinein, was ihm gerade sein Glaube diktierte, der Glaube an die Befreiung — am meisten wurde wohl an die Befreiung vom Krieg gedacht. Mit dem Anmarsch der Millionen geknechteter Sklaven, die ihre Ketten eben gesprengt hatten und nun keine Schranken in der Begierde und im Genuß sahen, verblaßte allmählich das erste Wunder: die „unblutigste, idealste Revolution der Weltgeschichte" verwandelte sich in eine von den extremen Elementen gewollte „permanente Revolution", in der allmählich das Bürgerblut in einer einzig in der Weltgeschichte dastehenden Weise zu fließen begann und der elementarste menschliche Idealismus auf das schmählichste verraten wurde......

* *
*

Der Weltkrieg tobte draußen weiter. Der gefürchtete deutsche Waffenring lag wie schwerer Wall um Rußlands Westgebiete. Und die russische Revolution begann sich auf die äußere Gefahr zu besinnen. Mit einer beispiellosen Hingebung warf sich Kerenski in die Schranken und bemühte sich das Unvereinbare zu vereinen: die Zähmung der entfesselten Revolutionskräfte und die nationale Verteidigung. Schon glaubte der im äußeren und inneren Kampf ermüdete

Russe in Kerenski seinen Napoleon gefunden zu haben. Dieser russische Napoleon hatte besonders mit einer Zauberformel das wogende Revolutionsmeer glätten wollen: er wurde zum begeisterten Wortführer, der seit dem Sturz des Zaren mit besonders magischer Kraft wirkenden Idee des Volkes — der Konstituierenden Versammlung. „Der Herr kommt, er wird das Urteil sprechen" — dieser alte Glaubenssatz des russischen Mushik fand hier eine neue Erscheinungsform. Die Konstituierende Versammlung sollte, wie ein zweites Wunder der russischen Revolution wirken: in dieser Versammlung sollte über die russische Staatsverfassung und alle schwebenden, brennenden Fragen des Tages das letzte Wort gesprochen werden, sie sollte dem Volke den inneren und äußeren Frieden bringen, sie würde das Wunder der ersten Revolutionstage noch einmal erstehen lassen und strahlend würde Rußland mit seinen humanen Idealen der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit durch die Welt schreiten und Frieden auf Erden stiften. Mit der Nationalversammlung sollte Haß und Hader der Revolution verschwinden und ihre Errungenschaften für immer besiegelt werden.

Der Krieg und seine Folgen lasteten aber mit jedem Monat der Revolution schwerer auf Rußland. Im Herbst 1917 entbrannte überall der Bürgerkrieg: der fanatische, von eisernem Willen beherrschte Lenin verdrängte mit seinen Scharen den sentimentalen Kerenski und im Januar des neuen Jahres zerstörte er mit rücksichtsloser Hand den schönsten Traum der russischen Revolution: ... Die Konstituierende Versammlung, an die Lenin früher selbst geglaubt hat, wurde von ihm gesprengt, sobald er an der Macht war. Auf den Trümmern dieser mystischen Hoffnung des Volkes richtete Lenin die blutige Autokratie des Bolschewismus auf.

* *
*

Die Weltmission des Russentums wird auch von den Bolschewiki geglaubt — und nur mit etwas „anderen Worten" als es der Zarismus tat, gepredigt. Ex oriente lux. Vom russischen Osten soll der zündende Strahl der reinsten Form des Sozialismus in das morsche Gebäude der euro-

päischen kapitalistischen Kultur fallen und dort, ja darüber hinaus — in der ganzen Welt — eine soziale, befreiende Revolution entfesseln. Die Paläste sollen stürzen, die Hütten der Armen sollen zu traulichen Heimstätten werden und Genugtuung den werktätigen Massen für lange Knechtschaft soll aus dem neuen Weltbrande erwachsen, Glück erblühen, Sonne erstrahlen. Um diese Weltmission zu erfüllen, muß nach bolschewistischer Auffassung, das Werk der Vertiefung, der „Uglublenje" der Revolution in der russischen Heimat vollendet werden. Unbekümmert um das „mystische" Selbstbestimmungsrecht der Völker haben die Bolschewiki begonnen, ihre Ssowetorganisationen auch auf dem gefährlichsten Boden des früheren russischen Reiches einzupflanzen unter den Nationalitäten der westlichen, südlichen Randgebiete und in Russisch-Asien.

Das zermürbte, seelisch-zerbrechende russische Bürgertum suchte in den Randgebieten, in Sibirien und im Auslande nach Zentren, von denen aus die Sammlung der russischen Länder und die Wiederaufrichtung des zertrümmerten russischen Reichs wieder beginnen könnte. Und es ist ein merkwürdiges Spiel des Schicksals, daß gerade die von den Großrussen so hart bekämpfte Ukraine im Jahre 1918 zum Lande geworden ist, von dem aus die Wiedergeburt Rußlands, wie man glaubte, am erfolgreichsten eingeleitet werden konnte. Und so wurde die Ukraine zu einer neuen Sehnsucht des russischen Volkes, hier sollte das dritte Wunder der russischen Revolution Ereignis werden.

Das dritte Wunder der russischen Revolution reifte allmählich heran. Seit dem Beginn der Umwälzung spielte die Ukraine in der inneren Politik Rußlands eine hervorragende Rolle, insbesondere deshalb, weil die Ukrainer das zahlenmäßig größte „Fremdvolk" Rußlands waren, und sich konsequent für den Zusammenschluß der russischen Fremdvölker gegenüber der großrussischen Bedrückung eintraten. Kiew ist allmählich zum Zentrum der Bestrebungen aller Nationalitäten Rußlands geworden, nur Polen und Finnland standen abseits. Aber auch Finnland hat der neuen Bewegung in Kiew, wo der Sitz des Bundes der russischen Fremd-

völker errichtet werden sollte, seine Sympathie erklärt. Der Zustrom an großrussischen Flüchtlingen wurde für die Entwicklung der ukrainischen Staatsidee verhängnisvoll. Immer stärker wurde der großrussische Einfluß, dem es unter anderem gelungen ist, die deutschen Okkupationsbehörden in seinem Bann zu halten und die bekannten Schwankungen der deutschen Politik der Ukraine gegenüber herbeizuführen. Diese Großrussen waren es hauptsächlich, die die selbständige Ukraine nur als einen schönen Traum weniger nationalistischen Fantasten, als eine Fata Morgana darstellten. Der ukrainische Staat, wie er von den Ukrainern gewünscht wurde, war nach der russischen Auffassung nur ein Gebilde mit schwankenden Umrissen, ein Gebilde, das über den Wogen des Kampfes schwebte, der als Nachwirkung des Krieges und der Revolution den ganzen Süden in lähmenden Fesseln hielt.

Die Ukraine hat von dem Gift des utopistischen Sozialismus russischer Färbung getrunken und als mit dem Sturz der sozial-revolutionären Regierung in Kiew und der Proklamierung des Hetmanats Skoropadski die Entgiftung des ukrainischen Lebens einzusetzen schien, begann das von den Bolschewiki an die Wand gedrückte russische Bürgertum eine neue Hoffnung zu hegen: die Ukraine sollte von dieser Bourgeoisie als ein Sprungbrett benutzt werden, um die Gesundung von Großrußland zu erreichen. Und letzten Endes war das „dritte Wunder“ symbolisch für ganz Rußland: genau so, wie in der Ukraine bereitete sich auch dort die große Abwendung vom Sozialismus vor. Die Kommunisten haben in Rußland dem Sozialismus den Weg verlegt und so begannen so manche der russischen Sozialisten, in der auf ukrainischen Boden eingeleiteten Bewegung wehmütig resigniert etwas unvermeidbares zu sehen. So schien sich der Kreis wieder zu schließen und die Erinnerung des Russen kehrte zu den ersten Tagen des ersten Wunders im Vorfrühling 1917 zurück, noch mehr aber vielleicht zu den Dumatagen von 1916, wo man eine Front der sozialistischen und der liberalen Demokratie zu besitzen glaubte.

Die Tragik des Schicksals der Ukraine und auch Rußlands wollte es aber, daß in der Zeit, wo die Russen auf

die Ukraine als die rettende Oase zu blicken begannen und hoffnungsvoll die Hände nach ihr ausstreckten, das dritte Wunder der russischen Revolution zu ihrem letzten zerstörten Wunder wurde.

Schon seit langem richteten die Bolschewiki eine kommunistische Zentralstelle für die Ukraine in Moskau ein. Von dieser Zentralstelle aus wurde schon während der deutschen Besetzung in der Ukraine eine ausgedehnte Agitation betrieben und mit dem Abtransport der deutschen Truppen aus dem Süden des früheren Rußland, rückten die organisierten bolschewistischen Banden nach und richteten in zynischer Weise eine sogenannte ukrainische Sowjet-Republik, zuerst in Charkow, dann in Kiew ein, obwohl alles, was sich als „Sowjet-Ukraine" ausgab, nichts weiter war, als eine durch die Gewalt der bolschewistischen Bajonette zusammengehaltene Organisation zur Ausbeutung und Unterdrückung des ukrainischen Volkes, um der Erhaltung des wirtschaftlich zusammenbrechenden Sowjet-Rußland willen.

Für die Bolschewiki sollte die Ukraine zur Brücke werden, über die sie den Anschluß an die von der „Weltrevolution" erfaßten Länder am sichersten zu gewinnen hofften: in der Krim haben sie eine Zentrale zur Propaganda im nahen Orient eingerichtet und über Bessarabien wollten sie dem kommunistischem Gedanken in Rumänien und Ungarn zum Siege verhelfen.

Die letzten Ereignisse in der Ukraine (das Vordringen Denikins nach dem Westen, der Widerstand der Bolschewiki, der Druck der Petljuratruppen gegen Kiew, Ausbreitung der antibolschewistischen Aufstandsbewegung) zeigen, wie sehr die Ukraine eine Zukunftshoffnung der Ukraine selbst, zugleich aber auch der Bolschewiki und der Großrussen ist. Die Ukrainer kämpfen für ihre nationale Idee, die Bolschewiki für die Weltrevolution, die Russen für das große Rußland, und jeder glaubt vom anderen, daß er einer Fata Morgana nachjagt ..... Jedenfalls ist das Land, das das „dritte" Wunder der russischen Revolution werden sollte, gegenwärtig in einem Zustande, aus dem, wenn nicht „Wunder", so doch Überraschungen entstehen könnten.

Albanesische Rechtsverhältnisse*.

Von Dr. E. **Fryda von Kaurimsky.**

Obzwar Albanien, bevor es zu einem selbständigen Staate erklärt wurde, zur Türkei gehörte, hat das osmanische Recht dort niemals allgemeine Geltung erhalten. Seine Wirksamkeit reichte nur soweit, wie die Macht der türkischen Behörden selbst, die auf die Städte und deren unmittelbare Umgebung in den Niederungen beschränkt blieb. In den Bergen Albaniens erhielt sich ein uraltes, aus den Heidenzeiten stammendes Recht, das auch heute noch für die Rechtsverhältnisse der albanischen Gebirgsbewohner entscheidend ist. Die Albaner der Mirdita führen diese Rechtsnormen, Kanuni (Kanon) auf einem ihrer Fürsten Lek (Alexander) Dukadschini, einem Zeitgenossen des berühmten Albanerfürsten Skanderbeg, zurück. Doch dürften sie eher von Alexander dem Großen stammen, worauf schon der Umstand weist, daß sie eine allgemeine Geltung auch bei den anderen Stämmen haben, nicht nur bei den Mirditen. Jedenfalls stammt das albanische Recht aus bedeutend älteren Zeiten. Der sagenhafte Lek Dukadschini hat die einzelnen geltenden Rechtsnormen möglicherweise in eine neue Form gebracht,

---

* Über das albanische Gewohnheitsrecht bestehen nur sehr wenige verläßliche Mitteilungen. Zu den verläßlichsten gehören jedenfalls die Aufsätze aus der Feder zweier albanischer Pfarrer: Don Lazar Mjedia und Don Nikola Aschta, die in der albanischen Revue „Albania" (Brüssel) erschienen und in deutscher Sprache im 1. Band der „Illyrisch-Albanischen Forschungen" 1916 wiedergegeben sind.

um deren Einhaltung und mündliche Überlieferung zu erleichtern, keinesfalls hat er, ein Katholik des 15. Jahrhunderts, diese Rechtsnormen geschaffen, denn sie gelten auch bei den Mohammedanern, was nur dann zu erklären ist, wenn man annimmt, daß dieses Recht älter ist, als die Anhänger des Islams in Albanien. Dieses Gewohnheitsrecht dürfte schon unter der Herrschaft der Römer als das lokale Recht der Eingeborenen bestanden und in den damaligen drei illyrischen conventus Anwendung gefunden haben. Es hat die römische, die slawische, die byzantinische und die türkische Herrschaft überlebt und sich bis zum heutigen Tage erhalten. Dieses ungeschriebene Recht bezieht sich sowohl auf die innere Verfassung der Stämme, als auf das Privatrecht, zu welchem auch das Strafrecht gehört, da die Albaner die Bestrafung des Übeltäters oder Beleidigers als eine Privatangelegenheit des Beschädigten oder Beleidigten betrachten. Das albanische Privatrecht umfaßt demnach Rechtsnormen strafrechtlicher, vermögensrechtlicher und familienrechtlicher Natur. Die bisherigen Aufzeichnungen und Sammlungen dieses Gewohnheitsrechtes sind leider nicht vollständig, dennoch lassen sie einen Einblick in dieses seltsame Urrecht zu.

Das Strafrecht.

Die Verfolgung eines Verbrechens oder Vergehens ist in Albanien aus uralter Zeit her bis zu den heutigen Tagen eine privatrechtliche Angelegenheit des Beschädigten geblieben. Er ist berechtigt, meistenteils sogar verpflichtet, Sühne zu nehmen, er hat das Recht, beziehungsweise die Pflicht der Blutrache. — Sie setzt voraus, daß Blut geflossen ist und berechtigt den Beschädigten, die Beschädigung in gleicher Weise zu sühnen, den Schlag durch Schlag, die Wunde durch eine ähnliche Wunde, die Tötung durch Tötung. Es ist dabei gleichgültig, ob die Beschädigung oder Tötung mit Absicht oder absichtslos erfolgte, — nur ist bei einer zufälligen Beschädigung eine friedliche Beilegung durch Zahlung einer Entschädigung leichter zu erwirken, insbesondere wenn es sich nur um eine Verwundung handelt. Außerdem wird auch der Entschädigungs-

betrag geringer bemessen. Bei Beschädigungen, die nicht mit dem Tod enden, stehen regelmäßig nur der Beleidigte und der Beleidiger im Verhältnisse der Blutrache, d. h. regelmäßig ist nur der Beleidigte berechtigt, an dem Täter allein Rache zu nehmen, liegt jedoch eine Tötung vor, so hat die Blutrache einen allgemeineren Charakter. Alle Blutsverwandte des Getöteten haben das Recht und die Pflicht, den Täter selbst oder irgend ein anderes männliches Mitglied seiner Familie zu töten. Die Blutrache verjährt nicht, sie dauert so lange, bis Blut mit Blut gesühnt wurde. Öfters vergehen viele Jahre von der Tat bis zur Sühne, Fälle, wo die Blutrache erst nach 5 oder 10 Jahren vollzogen wird, sind nicht selten, es sollen aber auch Fälle vorgekommen sein, daß sie erst nach 90 Jahren erfolgte. Das Recht, Rache zu nehmen, geht von den Vätern auf die Söhne, Enkel, Urenkel, auf alle Erben mit der Erbschaft selbst. Es treten jedoch öfters Unterbrechungen des Fehdezustandes ein. Durch Vermittlung von Freunden wird ein förmlicher Waffenstillstand geschlossen, während dessen der beleidigte Teil gegen den Beleidiger nichts unternehmen darf. Auch geschieht es oft, daß sich der Täter unter den Schutz eines unbeteiligten Dritten begibt. So lange er sich unter einem solchen Schutze befindet, darf ihm der Beleidigte nichts antun. Bricht der Beleidigte das Gelöbnis der Waffenruhe oder nimmt er an dem Täter Rache, während er unter dem Schutze einer dritten Person steht, so verfällt er selbst der Blutrache, zu der der vermittelnde Freund oder der Beschützer berechtigt und verpflichtet ist.

Mit der Blutrache sind auch vermögensrechtliche Folgen verbunden, die besonders streng sind, wenn der Getötete oder Beschädigte dem eigenen Stamme des Täters angehört und die Tötung nicht in Ausübung der Blutrache erfolgte, da sie in diesem Falle straflos ist. Das albanesische Gewohnheitsrecht verfügt bei Tötung eines männlichen Stammesmitgliedes folgendes:

1. Die Häuser des Täters werden verbrannt, die fruchttragenden Bäume gefällt, das Getreide auf dem Felde vernichtet.

2. Die bewegliche Habe (Hausrat, Getreide in den Speichern, das Vieh usw.) mit Ausnahme der Waffen, die unbedingt möglichst rasch dem Täter übergeben werden müssen, wird konfisziert.
3. Der Täter muß eine Buße von 2200 Piaster bezahlen und außerdem alle Spesen, die die Häupter des eigenen Stammes und die Exekutionsorgane bei der Vornahme der eben angeführten Vernichtungsarbeit gehabt haben.
4. Er muß seine Wohnstätte und sein Stammgebiet mit der ganzen Familie, mit Männern, Weibern und Kindern, verlassen.
5. Die unbeweglichen Güter des Täters werden Eigentum des zur Blutrache Berechtigten. Um sie zurückzuerlangen, muß der Schuldige eine Befreiungsgebühr bezahlen, deren Höhe von einem Schiedsgericht bestimmt wird. Auf dem in dieser Weise befreiten Boden kann wieder ein Haus gebaut werden, die Weiber können mit einem oder mehreren männlichen Mitgliedern, je nachdem es der zur Blutrache berechtigte erlaubt, zurückkehren, um die Grundstücke zu bewirtschaften. Der Täter selbst und die übrigen männlichen Mitglieder der Familie, denen die Heimkehr nicht gestattet wurde, dürfen ihr Heim nicht besuchen, wenn sie nicht unter Schutz und Geleite einer dritten Person genommen werden.

Wenn auch alle diese vermögensrechtlichen Folgen nicht immer zur Anwendung kommen, ist es doch genügend schrecklich, daß eine solche Selbstahndung ungestraft erfolgen kann.

Gehört der Getötete nicht dem eigenen Stamme des Täters an, sondern einem anderen Stamme, so entfallen die angeführten vermögensrechtlichen Folgen. Der Täter und seine Familie verfallen nur der Blutrache: einer ihrer männlichen Angehörigen kann unbestraft getötet werden. Die Tötung eines Fremden unterliegt aber keiner Strafe.

Die Blutschuld kann auch im Versöhnungswege durch Geldsühne getilgt werden, jedoch muß der Beschädigte

regelmäßig damit einverstanden sein, er hat auch das Recht, die Höhe des Entschädigungsbetrages zu bestimmen, die jedoch den Betrag von 6 Beuteln (3000 Piastern) nicht übersteigen darf. Um die Blutrache einzudämmen, haben die türkischen Sultane von Zeit zu Zeit eine allgemeine Versöhnung amtlich dekretiert und gleichzeitig den Geldbetrag bestimmt, den der Täter dem Beleidigten bezahlen mußte. Diesem Versöhnungsdekret haben sich dann die Blutracheberechtigten allgemein, auch gegen ihren Willen, zu fügen gehabt, insofern es natürlich in der Macht der türkischen Behörden lag, ihm Gehorsam zu verschaffen.

Besondere Vorschriften gelten für den Mord eines Weibes. Er zieht gewöhnlich keine vermögensrechtlichen Folgen nach sich, es wird nur die Blutrache gefordert. Im Falle einer Versöhnung ist nur das halbe Blutgeld zu entrichten. War das getötete Weib verheiratet, so hat im ersten Jahre nach der Tat nur die väterliche Familie das Recht zur Blutrache, nach diesem Zeitraume ist es die Pflicht des Gatten und seiner Familie, den Tod zu rächen. Für ein Weib, das in der Schwangerschaft getötet wurde, unterliegt der Täter einer doppelten Blutrache, für das Weib und das zu erwartende Kind. Im Falle einer Versöhnung muß er zwei Entschädigungen bezahlen, für das getötete Weib 1500 Piaster, für das umgekommene Kind 1500 oder 3000 Piaster, je nachdem es weiblichen oder männlichen Geschlechtes war. Um das Geschlecht des Kindes festzustellen, wird der Leib des getöteten Weibes geöffnet. Wenn ein verheiratetes Weib im Liebesverhältnis mit einem anderen Mann vom Gatten, Bruder oder vom Sohne überrascht wird, so haben diese das Recht, die Gattin, Schwester beziehungsweise Mutter samt dem Liebhaber zu töten, ohne der Blutrache zu verfallen. Tötet er jedoch nur einen von den beiden, so liegt ein gewöhnlicher Mord vor, der die Blutrache zur Folge hat.

Auch bei Verwundungen treten ähnliche vermögensrechtliche Folgen ein, wie bei Totschlag oder Mord, die Häuser des Täters werden verbrannt, die Familie geächtet usw., nur findet bei Verwundungen eine Versöhnung häufiger

statt, wobei die Geldbuße geringer ist. Nachdem für den Totschlag gewöhnlich 6 Beutel bezahlt werden müssen, wird für Verwundungen nur ein Teil dieses Betrages gefordert, zum Beispiel für eine Hand oder für einen Fuß der vierte Teil der Totschlagsentschädigung, also 1½ Beutel.

Die Notzucht wird gleichfalls mit Blutrache geahndet. Im Falle einer Versöhnung ist für das vergewaltigte Weib jedoch der volle Entschädigungsbetrag von 3000 Piaster an die beleidigte Familie zu bezahlen, während beim Totschlag eines Weibes, wie oben erwähnt, nur das halbe Blutgeld entrichtet wird.

Der Raub galt früher als ritterlicher Erwerb, jetzt ist er jedoch gleich dem Diebstahl eine Schande und wird regelmäßig durch Zahlung des doppelten Wertes des entwendeten Gegenstandes bestraft. Außerdem sind noch 500 Piaster wegen Hausfriedensbruches zu entrichten, wenn in ein Haus oder in einen Kornspeicher eingebrochen wird, oder wenn Vieh aus einer Viehherde oder Bienenstöcke entwendet worden sind. Besondere Vorschriften gelten für den Waffenraub. Er wird dem Totschlage gleich gestellt und durch Blutrache gesühnt. Eine Versöhnung durch Zahlung der üblichen Entschädigung ist nur schwer möglich, und auch nur dann, wenn die Waffen heimlich entwendet wurden. Sind jedoch die Waffen offen und gewaltsam jemanden genommen worden, so kann die Tat nur mit dem Blute des Gegners geahndet werden, Die strafbare Schuld liegt beim Waffenraub mehr in der Ehrvereltzung des Beraubten, begangen durch die Schmach der persönlichen Bezwingung als in der gewaltsamen Entwendung der Waffen selbst.

Bei Beschädigung fremden Eigentumes ist der verursachte Schaden zu entrichten, wenn er unabsichtlich zugefügt wurde. Bei absichtlicher Beschädigung ist der Schadenersatz regelmäßig bedeutend größer als der wirklich zugefügte Schaden. Meistenteils ist er schon im voraus taxiert, beispielsweise beträgt er für ein getötetes Kleinvieh 250 Piaster, für ein Großvieh 500 Piaster usw. Bei absichtlicher Beschädigung von Waffen ist aber das volle Blutgeld wie bei Totschlag von 3000 Piaster zu bezahlen.

Falls der Täter bei der Ausübung der Tat erfaßt wird, ist das Recht der Selbstahndung dadurch gegeben, sonst muß seine Schuld durch ein Schiedsgericht bewiesen werden, das aus zwei Schiedsrichtern besteht, von denen je einer von dem Beschuldigten und dem Beschädigten gewählt wird. Die Beweisführung erfolgt entweder durch Eid oder durch Zeugen. Der Eid wird niemals von einer der Parteien selbst geleistet, sondern von einer von den Schiedsrichtern bestimmten Zahl eidesfähiger Männer aus der Verwandtschaft der zum Eide zugelassenen Partei. Die andere Art des Beweises ist die Einvernahme geheimer Zeugen (Kaputzar) durch die Schiedsrichter. Diese Zeugen, es genügt unter Umständen auch nur einer, haben von der Tat selbst keine unmittelbare Kenntnis, sie haben aber für ihre Angaben Indizien vorzuweisen, oder müssen wenigstens als ehrenvolle und gewissenhafte Männer bekannt sein. Die Person des Zeugen, die Männer gereiften Alters sein müssen, bleibt geheim, die Zeugen werden deshalb von den Schiedsrichtern in Abwesenheit der Parteien vernommen. Auf Grund ihrer Aussage wird das Erkenntnis über die Schuld oder die Nichtschuld gefällt. Gleichzeitig wird auch das Honorar für die geheimen Zeugen nach Wichtigkeit des Gegenstandes bestimmt, das der Verurteilte allein zu tragen hat, während das Honorar der Schiedsrichter von beiden Parteien zur Hälfte entrichtet werden muß. Die Exekution des Urteils obliegt auf Grund des Selbstahndungsprinzips dem Beschädigten selbst.

Die amtlichen Bemühungen, die Blutrache aufzuheben oder das Männermorden wenigstens einzudämmen, haben bisher nur wenig Erfolg gehabt. Durch Fermane der Sultane gelang es zwar manchmal, eine mehr oder weniger allgemeine Versöhnung in einzelnen Stämmen herbeizuführen, die Versuche jedoch, die Blutrache durch gesetzliche Bestimmungen zu verbieten oder allgemein einzuschränken, die knapp vor dem Balkankriege erneuert wurden, stießen auf Hindernisse, die die türkische Regierung nicht imstande war, zu beseitigen. Durch Gesetze dürfte in dieser Richtung überhaupt wenig zu erreichen sein, — dazu gehört Kultur.

Verträge.

Die albanesische Familie lebt in einer Familiengemeinschaft, deren Oberhaupt die Geschäfte der Familie abschließt und regelt. Verbindlichkeiten, die einzelne Familienmitglieder eingehen, sind nur dann verbindlich, wenn das Familienoberhaupt seine ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung hierzu erteilt. Die Frauen der albanesischen Familie sind handlungsunfähig, ebenso auch die Knaben. Verträge, die von ihnen abgeschlossen wurden, sind ungültig und für die Familiengemeinschaft nicht bindend.

Der hauptsächlichst vorkommende (onerose) Vertrag, ist der Kaufvertrag. Gegenstand dieses Vertrages sind regelmäßig Waffen, Tiere und Grundstücke. Grundstücke dürfen jedoch nur den nächsten Verwandten väterlicher Seite verkauft werden, jedenfalls muß der Käufer dem Stamme des Verkäufers angehören. Einem Angehörigen eines fremden Stammes darf ein Grundstück in keinem Falle verkauft werden, auch dann nicht, wenn das Grundstück des Fremden an das zu verkaufende angrenzt. Findet sich kein Käufer im eigenen Stamme, so darf es überhaupt nicht verkauft werden. Übrigens können nur Grundstücke verhältnismäßig kleinen Umfanges veräußert werden, da das meiste Land gemeinsamer Besitz des ganzen Gemeinwesens ist, in welchem eine größere Anzahl von Familiengemeinschaften lebt. Insbesondere sind die Waldungen und Weideplätze unveräußerliches Gut eines bestimmten Gemeinwesens, die sämtliche Familien des betreffenden Gemeinwesens gemeinsam besitzen und genießen. Die ausgedehnten Wälder und Weiden dürfen nur von Familienmitgliedern des betreffenden Gemeinwesens benutzt werden, zu dem sie gehören. Bebaut ein Fremder, d. i. ein Angehöriger eines anderen Gemeinwesens den Boden eines Gemeinwesens, zu welchem er nicht gehört, so wird die Saat vernichtet; vom Vieh, das auf der Weide des fremden Gemeinwesens betroffen wird, verfällt ein Stück dem beschädigten Gemeinwesen; der Holzfäller, der im fremden Wald erfaßt wird, verliert sein Werkzeug und natürlich auch das gefällte Holz.

Zur Abschließung des Kaufvertrages werden zwei oder mehrere Zeugen geladen, die auch ihr Gutachten bezüglich des Preises abgeben. Die Bedingungen des Vertrages werden von den Zeugen festgehalten und der Nachkommenschaft überliefert, so daß noch die kommenden Geschlechter darüber Aufklärung geben können. In neuerer Zeit wird der Kontrakt öfters auch schriftlich niedergelegt. Der verkaufte Gegenstand wird sofort beim Vertragsabschlusse übergeben, wobei gewöhnlich besondere Formen eingehalten werden müssen. Bei Waffen wird das Eigentumsrecht dadurch erworben, daß sie vom Käufer geschwungen werden, die Tiere werden von ihm berührt, bei Grundstücken wird als Symbol der Übergabe ein Mahl gegeben, zu welchem auch die Zeugen geladen werden müssen. Der Kaufpreis muß nach Übereinkommen und zum festgesetzten Termine bezahlt werden. Wegen Mängel, die verleugnet oder auf Befragen verschwiegen wurden, kann der Vertrag gelöst werden. Eine der Parteien kann nur mit Zustimmung der anderen vom Kaufvertrage zurücktreten und muß ein Reugeld bezahlen, das unparteiische Schiedsrichter bestimmen.

Der Pfandvertrag ist nicht nur zur Sicherstellung einer Geldschuld, sondern auch zur Sicherstellung der Rückgabe eines erhaltenen Gegenstandes allgemein üblich. Nach Ablauf des Auslösungstermines, der genau festgestellt werden muß, ist die Hauptschuld zu bezahlen oder der betreffende Gegenstand an den Pfandnehmer zurückzustellen unter gleichzeitiger Rückgabe des Pfandgegenstandes. Erfolgt die Auslösung zum bestimmten Termine nicht, so hat der Pfandnehmer das Recht, die Sache sich als Eigentum anzueignen, doch muß er den Schuldner vor zwei Zeugen vorerst mahnen, die fällige Schuld zu bezahlen.

Von den nicht onerosen Verträgen kennt das albanesische Gewohnheitsrecht die Schenkung, den Hinterlegungsvertrag und eine besondere Entstehung einer Verbindlichkeit durch einseitiges Versprechen.

Eine Schenkung liegt nur dann vor, wenn der geschenkte Gegenstand übergeben wird, ein Schenkungsversprechen hingegen ist nicht verbindlich. Gegenstand der

Schenkung können bewegliche und unbewegliche Sachen sein. Unbeweglichkeiten dürfen jedoch weiblichen Personen (auch Töchtern) nicht geschenkt werden.

Der Hinterlegungsvertrag ist auf Glauben und Treue begründet. Das anvertraute Gut muß als heilig und unverletzbar aufbewahrt und dem Hinterleger auf Verlangen unversehrt zurückgegeben werden. Wenn es auch nur aus Fahrlässigkeit desjenigen, bei dem es hinterlegt wurde, irgend einen Schaden erleiden würde, so ist der Schaden vollkommen gut zu machen.

Das Versprechen ist ein eigenartiger Kontrakt, halb Schenkung, halb oneroser Vertrag. Es besteht darin, daß jemand etwas für eine Freundschaftsleistung verspricht, Geld oder andere Wertgegenstände. Insbesondere kommt es bei drohender Blutrache vor, daß der Bedrohte den Freunden der zur Blutrache berechtigten Personen etwas verspricht, wenn es ihnen gelingt, bei diesen eine Nachsicht betreffend der Rache zu erwirken. Der Vermittler ist berechtigt, nach gelungener Vermittlung den versprochenen Gegenstand zu fordern. Das Versprechen ist eine Ehrenschuld, die unbedingt getilgt werden muß.

Das Erbrecht. Die Erbfolge ist eine gesetzliche, Testamente sind unbekannt. Als Erben sind die Söhne des Erblassers beziehungsweise seine übrigen männlichen Blutsverwandten berufen, wenn er keine Söhne hinterließ. Der nähere Blutsverwandte schließt den entfernteren von der Erbschaft aus. Weibliche Personen haben kein Erbrecht. Es erben in jedem Falle nur die männlichen Blutsverwandten, auch die entferntesten, selbst dann, wenn den Erblasser Töchter überleben. Diesen kann er nur zu Lebzeiten etwas von den beweglichen Gütern durch Schenkung übergeben, während Unbeweglichkeiten an weibliche Personen nicht verschenkt werden dürfen, sie übergehen unbedingt auf die männliche Blutsverwandtschaft des Verstorbenen. Die unverheirateten Töchter müssen jedoch mit der Erbschaft vom Erben übernommen werden, der sie als Familienmitglieder bis zu ihrer Verheiratung zu erhalten hat und für die Kosten der Verheiratung aufkommen muß. Die verheirateten

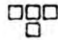
Töchter haben auf die Erbschaft ihres verstorbenen Vaters keinerlei Ansprüche. Die Erbschaft fällt den Erben durch den Tod des Erblassers zu, eine Antrittserklärung ist weder notwendig noch üblich. Verschiedenartig ist das Recht der Witwe auf den Nachlaß ihres verstorbenen Gatten, je nachdem Söhne oder Töchter oder gar keine Kinder hinterblieben. Wenn die Frau ihrem Manne einen Sohn gebar, so bleibt sie im Hause des verstorbenen Gatten und lebt vom hinterlassenen Vermögen, auch dann, wenn der Sohn sterben sollte, ja sogar dann, wenn er bereits vor dem Vater gestorben wäre. Hat sie nur Töchter, eine oder mehrere, so kann sie 100 Tage auf dem Gute ihres verstorbenen Mannes bleiben, danach muß sie in ihr väterliches Haus zurückkehren. Wenn die Witwe außer Töchtern auch einen Sohn hat, oder auch nur gehabt hat, gebührt ihr, — wie bereits erwähnt — die Nutznießung des Nachlasses bis zu ihrer Wiederverheiratung beziehungsweise bis zum Tode. Ihr Nutznießungsrecht geht so weit, daß sie sogar unbewegliche Güter des Nachlasses verkaufen kann, wenn es zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes notwendig ist und der eigentliche Erbe des Vermögens ihres Gatten sie nicht erhalten will. Sie muß jedoch die Nutznießung mit den unverheirateten Töchtern teilen und vererbt ihnen das Recht der Nutznießung. Mit der Verheiratung verlieren die Töchter jeden Anspruch auf den Nachlaß ihres Vaters. Der Witwe, die keinen Sohn hat oder gehabt hatte und auch keine lebenden Töchter besitzt, gebührt gar kein Recht auf den Nachlaß ihres Gatten, sie muß das Haus ihres verstorbenen Mannes sofort nach seinem Tode verlassen und in ihr Elternhaus zurückkehren.

Die Familienrechtsverhältnisse stehen unter starker Beeinflussung der einzelnen Religionen. Allgemein wird die Volljährigkeit bereits mit dem 16. Jahre erreicht. Mit der Volljährigkeit ist jedoch keine volle Handlungsfähigkeit verbunden, denn die Rechtsgeschäfte schließt das Oberhaupt der Familiengemeinschaft in deren Namen.

Das Eherecht ist verschieden. Bei den Katholiken in Nordalbanien ist es katholisch, bei den griechisch-ortho-

doxen Albanern im Süden des Landes griechisch-orthodox, bei den Mohammedanern endlich sind die eherechtlichen Bestimmungen des Scheriatrechtes maßgebend. Besondere gewohnheitsrechtliche Bestimmungen sind bezüglich der Verlobung bei allen drei Konfessionen üblich. Die Knaben und Mädchen werden von ihren Vätern bereits im zartesten Alter einander versprochen. Bei der Verlobung wird die Mitgift festgesetzt, die die Eltern des Knaben bei der Verheiratung für das Mädchen erlegen müssen. Die vollzogene Verlobung wird durch ein Angeld bekräftigt. Eine solche Verlobung ist für die betreffenden Kinder, die oft erst etliche Jahre zählen, rechtlich bindend, doch darf sie der Knabe, wenn er heranwächst, ohne Umstände lösen, nicht aber das Mädchen. Sollte das Mädchen während der Gültigkeit einer Verlobung eine Ehe mit einem anderen Manne eingehen, so verfällt das Mädchen und der Mann, der sie zum Weibe genommen hat, der Blutschuld. Haben die Eltern des Mädchens zu einer solchen Ehe ihre Zustimmung gegeben, so erstreckt sich die Blutrache auch auf sie. Das Mädchen kann einseitig die Verlobung nur dadurch aufheben, wenn sie vor dem Priester oder in Gegenwart aller männlichen Verwandten feierlich erklärt, daß sie künftig ein Mann sein will. Eine solche feierliche Manneserklärung kommt meistenteils nur bei den Stämmen Nordalbaniens vor, gewöhnlich bei den Katholiken, doch gibt es auch Fälle, daß mohammedanische Mädchen diesen Ausweg suchten, um eine mißliebige Verlobung zu lösen. Das Mannweib, Virdsche (vom lateinischen virgo) genannt, wird in verschiedenen rechtlichen Beziehungen als Mann betrachtet. Die Virdsche trägt Waffen, nimmt an den männlichen Arbeiten, an der kriegerischen Tätigkeit, an den Rechten und Pflichten der Blutsrache teil, gewöhnlich trägt sie auch Männerkleider. Außerdem hat die Virdsche einen erbrechtlichen Anspruch auf die Verlassenschaft ihres Vaters. Sie bekommt einen Teil des väterlichen Nachlasses zur lebenslänglichen Nutznießung, wenn sie Brüder besitzt, die die eigentlichen Erben sind. Dem bruderlosen Mannweibe gebührt die lebenslängliche Nutznießung des ganzen väter-

lichen Vermögens, das erst nach ihrem Tode den übrigen männlichen Erben zufällt. Die Manneserklärung bindet bis zum Tode: eine Virsdche muß lebenslänglich Jungfrau bleiben. Gibt sie sich einem Manne hin und wird Mutter, so verfällt sie der Blutrache. Der verschmähte Bräutigam und seine Verwandten wie auch ihre eigenen Verwandten haben die Pflicht, sie zu töten.



Deutsch-Österreich im Orient.*

Von Privatdozent Dr. **Leopold Dittel**, gew. Vizedirektor und Primararzt des Hospitals Abbas in Kairo.

Wie immer sich die Neuordnung der Dinge im neuen Deutsch-Österreich gestalten und konsolidieren möge, wir müssen wieder neue und festere Fühlung mit dem Orient anstreben.

Da mag es nun nicht unangebracht sein, unser bisheriges Verhalten, wenn auch nicht erschöpfend, einer Betrachtung zu unterziehen, über den Verkehr mit dem Orient und den Orientalen zu sprechen und manche Fehler zu beleuchten, die uns oft zum Schaden gereichten.

Ich muß allerdings bemerken, daß sich das, was ich vorbringe, aus ägyptischen Erfahrungen ableitet und daher hauptsächlich den ägyptischen Orient betrifft; vieles aber, um nicht zu sagen das meiste, hat wohl auch Geltung für andere Länder des Orients.

Zwei Ursachen sind es vornehmlich, die — wenn auch logisch genommen, nicht im Verhältnis der Nebenordnung — den Europäer in Mißkredit gebracht haben.

Erstens war oft die Sorte Menschen, die sich im Orient eine Existenz schaffen wollte, minderwertig. Der europäische Export sozusagen der Menschenware betraf oft schlechte Musterkollektionen, schlechte Exemplare. Der Orientale aber, trotz seines Mißtrauens manchmal angelockt durch europäischen Fortschritt und nicht immer reformfeindlich, sondern sogar manchmal stolz „vorgeschritten"

---

*Aus einem am 16. Juni 1919 gehaltenen Vortrage „Über das moderne Ägypten". Wenn der Verfasser in erster Linie auch österreichische Verhältnisse im Auge hat, so sind seine Ausführungen für die Reichsdeutschen von kaum minderem Interesse.

zu sein, mußte oft nachträglich erkennen, daß er sich in Europäern zu seinem Schaden getäuscht habe.

Den Okzidentalen ebensowenig richtig bewertend, wie es umgekehrt der Fall ist, war er in der Auswahl der Europäer, denen er vertraute, nicht immer glücklich. So wollte zum Beispiel der Khedive Ismail Pascha, unter dessen Regierung der Suezkanal eröffnet wurde, rasch europäische Zivilisation einführen. Von ihm stammt das Wort, welches eine in Kairo erscheinende französische Zeitung, das „Journal du Caire", täglich als Motto bringt: „Mon pays n' est plus en Afrique, il fait partie de l'Europe". Treffend bemerkt Lord Cromer in seinem Werk „The modern Egypt" (Das heutige Ägypten, übersetzt von Konteradmiral Plüddemann), daß Ismail Pascha bei den genannten Bestrebungen gezwungen war, zu europäischer Hilfe Zuflucht zu nehmen; dabei war er nicht vorsichtig in der Wahl der europäischen Helfer, wie er eben hätte sein müssen. „Die Europäer, in deren Hände er sich begab, stammten oft grade aus der Klasse, die er am meisten hätte vermeiden müssen." Hier mögen die auch von Cromer zitierten Worte aus „Turkey in Europe" von Odysseus Platz finden: „Von ihrem ersten Erscheinen an haben die Türken eine seltsame Fähigkeit gezeigt, Apostaten, Renegaten und andere Leute zusammenzubringen, die mehr Fähigkeiten als moralische Eigenschaften besaßen."

In dem erwähnten oft ungünstigen Menschenexport Remedur zu schaffen, ist freilich eine Aufgabe, die nicht restlos zu lösen ist. Aber ein Anfang soll gemacht werden, den guten Willen müssen wir haben, und zeigen, daß wir ihn in die Tat umsetzen wollen. Nicht als ob man die Freizügigkeit hindern könnte und sollte; kommt es doch auch beispielsweise vor, daß Menschen, die zu Hause Schiffbruch litten, sich in der neuen Heimat rehabilitierten. Aber wir sollen in den sogenannten Kolonien ängstlich bedacht sein auf die Würde der Kolonie, welche auch den Ruf des Stammlandes bedeutet. Nur tüchtige und ehrenwerte Menschen sollen unser Land draußen repräsentieren, und die das Stammland vertretenden und die heimischen Be-

hörden müssen solchen Menschen ihre Förderunng zuteil werden lassen. Solchen und nicht andern. Es darf nicht vorkommen, daß kaufmännische, ärztliche und andere Schwindler und Hochstapler protegiert werden.

Das Mutterland darf auch nicht mit seiner Anerkennung engherzig sein. Und wie mir scheint, auch nicht nur für solche, deren Arbeit selbst in Beziehung zum Stammland steht. Wer, auch in fremden Diensten, Tüchtiges leistet, trägt bei zum Rufe seines Vaterlandes, und mit solcher Anerkennung ehrt und nützt sich dieses selbst. Das alte Österreich-Ungarn hätte vorsichtiger in der Aufnahme neuer Staatsangehöriger — zum Beispiel mancher Levantiner — sein müssen. Nicht die Zahl allein und nicht das Geld allein macht es aus! Wir hatten eine Anzahl solcher Leute in Ägypten, welche zuerst sogenannte Protegés, Schutzgenossen der Monarchie waren — ein geistreicher Bekannter, interniert auf Malta und dort gestorben, pflegte sie Schmutzgenossen zu nennen — und die dann österreichische oder ungarische Staatsbürger wurden. Ich kenne Leute, die nie wirklich Österreicher oder Ungarn waren in dem Sinn, daß ein Vaterlandsgefühl ein ehrliches Zusammengehörigkeitsgefühl in ihnen lebte, und die doch für die österreichische oder ungarische Staatsbürgerschaft optierten und Titel, Orden, Adel, Würden erreichten, Leute, die selbstverständlich bei Ausbruch des Krieges sich sofort der ihnen in Ägypten in diesem Moment schädlichen Staatsbürgerschaft zu entledigen trachteten. Darunter befand sich auch der — „Präsident" der Kolonie.

Der zweite Grund, der uns bei den Ägyptern, bei Orientalen überhaupt schadet, erwächst aus der Unkenntnis der orientalischen Seele, aus oft zu geringer Tendenz, in dieser Hinsicht zu lernen, aus falsch angesetzten Bestrebungen, aus Ungeschicklichkeiten, aus Taktlosigkeiten. Es ist hier nicht der Ort und der Raum, in diese schwierige Frage tiefer einzugehen. Gewiß ist es schwierig, um nicht zu sagen unmöglich, sich in die Gedankenwelt des Orientalen hineinzudenken. Lord Cromer z. B., der sein halbes Leben im Orient und zuletzt 24 Jahre ununterbrochen in

Ägypten zubrachte, gesteht, daß er schon längere Zeit in Ägypten war, ehe er sich vollständig klar wurde, wie wenig er von seiner Sache verstand und daß er bis zum letzten Tage seines Aufenthaltes im Lande fortwährend zulernte.

Es ist ganz falsch, den Orient und den Orientalen in geistiger und moralischer Hinsicht nach unserem Maßstab, nach dem Maßstab des Okzidents zu beurteilen. Was wir als richtig erkennen oder was wir als ethisch, moralisch nicht einwandfrei erkennen, das mag für uns zutreffen, aber nicht immer für den Orientalen. Wir sind poesielose Logiker gegenüber dem Orientalen; seine Gedankengänge, seine Mentalität ist grundverschieden von der unseren. Nach längeren Erfahrungen, nach ehrlichen Bemühungen können wir soweit gelangen, uns dem Verständnis der orientalischen Seele zu nähern — wirklich, voll und ganz begreifen werden wir sie nie. Man muß Lord Cromer zustimmen, wenn er sagt, daß der Europäer und der Orientale, wenn sie von den gleichen Voraussetzungen ausgehen, oft zu diametral entgegengesetzten Schlüssen kommen. Und treffend sind auch die von Cromer zitierten Worte von Professor Sayce in seinem Werk „The higher Criticism and the Monuments“:

„Leute, die im Orient gelebt und versucht haben, mit den Eingeborenen zu verkehren, wissen, wie vollständig unmöglich es für den Europäer ist, die Welt vom Gesichtspunkt des Orientalen zu betrachten. Eine Zeitlang mag der Europäer wohl glauben, daß er und der Orientale einander verstehen, aber früher oder später tritt der Moment ein, wo er plötzlich aus seinem Traum erwacht und sich in Gesellschaft einer Seele befindet, die ihm so fremd ist, wie es die Seele eines Satur-Bewohners sein würde.“

Wer in dieses schwierige Thema weiter eindringen will, dem sei unter anderem ein kleines Büchlein empfohlen: „Die Seele des Orients“, Grundzüge einer Psychologie des orientalischen Menschen von Willy Haas.

Vom Standpunkt des praktischen Lebens muß wiederholt auf das bekannte Mißtrauen des Orientalen hingewiesen werden, auf seine Tendenz zu schmeicheln, seine Eigenschaft, womöglich nicht zu widersprechen, oft scheinbar einzu-

gehen auf die von uns vernommenen Meinungen, uns „nach unserem Willen zu reden", wenn ich so sagen darf. Der Orientale hat immer Zeit; es ist unklug, ihm gegenüber Ungeduld zu zeigen. Eile, Hasten, Zornausbrüche begreift er nicht, und der Europäer, der sich von solchem Tun nicht zurückhalten kann, gewinnt nicht an Achtung und setzt sich selbst dem Orientalen gegenüber an eine inferiore Stelle. Der praktische, geschäftstüchtige Deutsche hat sich eine Buchunterweisung seiner Landsleute bereits angelegen sein lassen. Da gibt es z. B. ein kleines Büchlein von Wilhelm K. Kubié in der Globus-Bücherei (Beibücher zur Globusbücherei Nr. 1, Violet, Stuttgart), benannt „Wegweiser zu kaufmännischer Betätigung im Orient", in welchem auch über die Konsequenzen, die aus orientalischem Wesen zu ziehen sind, manches Treffende gesagt ist. Freilich ist es für den Reichsdeutschen berechnet und manches, das man angesichts des reichs- und insbesondere norddeutschen Wesens zu predigen gut tut, fiele für den Österreicher weg und umgekehrt. Ich kannte einen Kollegen, Deutschen, in Kairo, der zunächst einmal im Irrtum befangen war, englisch sei für ihn wichtiger als französisch; derselbe begrüßte, frisch angekommen, Ägypter, Mohammedaner mit der Anrede „Salem aleykum". Nun ist ja gewiß der Friedenswunsch an sich nicht unzulässig — da aber dieser Gruß doch sozusagen nur unter Moslems Sitte ist, ist es ein Mangel an Takt für einen Nichtmoslem, ihn bei erster Bekanntschaft anzuwenden. Etwas anderes ist es bei älteren Bekannten, Freunden, da darf man sich das eher erlauben. Ebenso taktlos wird es empfunden, wenn man einen Muselmann nach seiner Frau, auch nach ihrem Befinden fragt; man mag es bei einem guten Bekannten tun, insbesondere, wenn dieser selbst uns gegenüber schon einmal von seiner Frau sprach — übrigens kann das nur ein Aufgeklärter sein — sonst fragt man einfach nach seiner „Familie".

Aus meinen Ausführungen ergibt sich wohl die Notwendigkeit, daß unsere Vertreter bis zu einem gewissen Grade wirklich führen sollen, daher auch führen können.

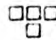
müssen. Ich denke natürlich nicht daran, daß unsere Landsleute am Gängelbande zu führen wären. Vieles wird ja vereinfacht dadurch, daß die Zahl der Österreicher schon an und für sich verschwindend klein sein wird gegenüber der der früheren Österreicher und Ungarn und all' dem, was sich so nannte. Auch wird sich manches durch eine mehr homogene und bessere Zusammensetzung der „Kolonien" von selbst ergeben, mancher Umstand wegfallen, der früher hätte bekämpft werden sollen. Wie kann man sich, um nur einiges zu erwähnen, vorstellen, daß z. B. in einem deutschen, französischen oder italienischen Spital ärztliche und andere Einrichtungsgegenstände, die im Mutterlande zu haben sind, selbst bei einem geringfügigen Preisunterschied, in einem anderen Lande bestellt und angeschafft werden? Bei uns war dies aber möglich! Wer kann sich vorstellen, daß ärztliche Stellen in dem einem Lande zugehörigen Hospital mit nicht landesangehörigen Ärzten besetzt werden oder bleiben, wenn tüchtige Landsleute zur Verfügung stehen?! Und doch kam dies bei uns — nicht nur in Ägypten — vor. Damit soll nicht gesagt sein, es wäre nur an einer Führung gelegen und von dieser allein abhängig.

Ich bringe dies und manches andere, das ich erwähnte, nicht vor, um der Vergangenheit Vorwürfe zu machen — das würde auch gänzlich zwecklos sein — sondern um bescheiden Richtlinien für eine bessere Zukunft anzudeuten.

Der Vertreter unseres Landes soll weniger zünftiger Beamter, Konsul, Gesandter sein, sondern, um im obigen Sinn führen zu können, ist es nötig, daß er einerseits in inniger, konstanter Fühlung mit der Kolonie steht und andererseits ihm vollständige Vertrautheit mit den Landesverhältnissen eigen ist. Mag das nun ein Kaufmann, Arzt, Rechtsanwalt oder was immer sein, er muß Österreicher sein, muß vertraut sein mit der eingeborenen und ansässigen Bevölkerung, gute Beziehungen zu dieser und zu den Behörden haben, die Landessprache — hier also arabisch — wenn auch nicht beherrschen, so doch in ihr sich verständigen können.

Die Forderung einer Vertretung nach solcher Richtung drängt sich jedem, der im Orient gelebt hat, auf, nicht nur dem Österreicher. Unter anderem finde ich sie, allerdings nicht ganz in derselben Form, für Deutschland ausgedrückt z. B. in „Japan im Weltkriege und das Chinaproblem" von O. H. Smidt (Leuwer, Bremen, 1915). Smidt fordert auch, daß die Auslandspresse auf eine viel breitere Basis gestellt werde. Diese Forderung ist vom Standpunkt des mächtigen, aufstrebenden, noch nicht zusammengebrochenen Großdeutschland gestellt, aber auch heute noch gilt es, die Idee der Presse nicht aus den Augen zu verlieren.

Im Jahre 1907 zählte man in Ägypten Österreicher und Ungarn 7704, Deutsche 1847, Schweizer nur 637, Italiener 34 926, Griechen 62 973. Das Ansehen der Kolonie ist aber nicht immer proportional ihrer Größe. Büßen wir gegen früher auch an Quantität ein, so wollen wir es durch Verbesserung der Qualität wettmachen!



Die deutsch-slowenische Sprachgrenze.

Von H. Fehlinger.

Nach dem Zusammenbruch des Habsburger-Reiches haben sich Kroaten und Slowenen den Serben angeschlossen und ein südslawisches Reich gebildet, das sich von Makedonien bis in die Alpen hinein erstreckt, da ihm auch Teile von Steiermark und Kärnten zufallen, wo das slowenische und das deutsche Sprachgebiet aneinanderstoßen. Die sprachlichen Verhältnisse sind im Süden weniger kompliziert als in den Sudetenländern, doch gilt es auch in Südsteiermark und Kärnten, so manche strittige Frage zu entscheiden, Lösungen zu suchen, die beiden Völkern gerecht werden.

Bei der Volkszählung von 1910 gaben von 1 444 000 Einwohnern Steiermarks 983 000 deutsch und 410 000 slowenisch als Umgangssprache an. Von einer kleinen Anzahl von Personen, welche die Frage nach der Umgangssprache nicht richtig beantworteten, wurden andere Sprachen angegeben, doch gibt es in Steiermark als Umgangssprachen nur deutsch und slowenisch.

Der größte Teil Steiermarks gehört zum geschlossenen deutschen Sprachgebiet. Rein slowenisch sind bloß die Bezirke Cilli-Umgebung, Luttenberg, Pettau-Umgebung, sowie Rann; dort bilden die Deutschen weniger als 10 Prozent der Bevölkerung. Überwiegend slowenisch sind außerdem bloß die Bezirke Marburg-Umgebung und Windischgraz.

Überwiegend deutsch sind der Bezirk Radkarsburg, sowie die im slowenischen Sprachgebiet liegenden Städte Marburg, Cilli und Pettau; in diesen Städten bilden die Deutschen rund drei Viertel bis fast neun Zehntel der Einwohner.

Innerhalb des geschlossenen deutschen Sprachgebiets hat nur der Bezirk Radkersburg mehr als 10 Prozent slowenische Einwohner. Im slowenischen Sprachgebiet weisen die Bezirke Marburg und Umgebung starke deutsche Minderheiten auf. In Stadt und Bezirk Marburg bilden die Deutschen rund ein Viertel, in Windischgraz bilden sie etwa ein Siebentel der Bevölkerung. Manche Bezirke sind nur deshalb gemischt, weil sie die Sprachgrenze durchschneidet, die oft reinsprachige Gebiete trennt, wie es z. B. in Radkersburg zutrifft. In anderen Bezirken hingegen gibt es ausgedehnte Mischbezirke oder Sprachinseln (z. B. Marburg, Windischgraz).

Die Sprachgrenze ist in Steiermark ungefähr 72 Kilometer lang. Sie beginnt an der steierisch-ungarischen Grenze nördlich von der Ortschaft Korosetsh, mitten in der der Mur vorgelagerten Ebene* und streicht zunächt von Norden nach Süden, bis sie bei Radkersburg die Mur erreicht. Windisch-Goritz, Zelting, Laafeld, Dedenitz und Sicheldorf sind slowenische Gemeinden am linken Murufer, im sonst deutschen Gerichtsbezirk Radkersburg. Bei Radkersburg überschreitet die Sprachgrenze die Mur und wendet sich in scharfem Bogen nach Westen, um diese Richtung fortan im allgemeinen beizubehalten. In der Hauptsache fällt die Sprachgrenze bei Radkersburg zusammen mit der Grenze zwischen der Ebene und den windischen Büheln. Im Gerichtsbezirk Mureck schneidet die Sprachgrenze die südliche Hälfte des am rechten Murufer gelegenen Teils des Bezirkes gegen das deutsche Sprachgebiet zu ab. Bei Siegendorf erreicht die Sprachgrenze wieder die Mur (die hier ein einziges Mal auf eine kurze Strecke die beiden Völker trennt), und weiterhin verläuft sie der Bezirksgrenze Marburg-Leibnitz entlang. Zwischen Fötschach und Glanz erreicht sie die Grenze des Gerichtsbezirks Arnfels, bleibt jedoch nicht auf ihm, sondern weist Glanz, Pößnitz und Großwalz dem

* Vergl. Pfaundler: „Die nationalen Verhältnisse in Steiermark." Statist. Monatsschrift, N. F. XI, S. 408. — „Die Südgrenze der deutschen Steiermark"; Denkschrift des akad. Senats der Universität Graz, Verlag: Leuschner und Lubensky.

slowenischen Sprachgebiet zu. Dann bildet der Kamm des Remschnigg die Scheide zwischen Deutschen und Slowenen, später die Grenze der Gerichtsbezirke Aisbiswald und Mahrenberg bis zum Haderniggberg. Pongratzen, Kornriegel, Stammeregg und St. Anton sind hier die deutschen Grenzposten. Am Hadernigg verläßt die Sprachgrenze die Bezirksgrenze, um die deutsche Gemeinde Soboth von den slowenischen Orten Rotwein und Laake zu scheiden, bei St. Leonhard auf deutscher und St. Urbani auf slowenischer Seite erreicht sie die Landesgrenze von Kärnten. Im großen und ganzen begünstigte der Verlauf der deutsch-slowenischen Sprachgrenze in Steiermark — namentlich im westlichen Teile — ein friedliches Nebeneinanderwohnen der Völker.

Im geschlossenen deutschen Sprachgebiet gibt es keine einzige slowenische Sprachinsel. Dagegen liegen im slowenischen Gebiet mehrere deutsche Sprachinseln, und zwar sind es immer die größeren Orte, die eine deutsche Mehrheit aufweisen; wo der Verkehr sich entwickelt und Anlaß zum raschen Wachsen von Siedelungen gibt, herrscht die deutsche Sprache vor. Alle Städte Untersteiermarks mit Ausnahme von Luttenberg sind mehr als zur Hälfte deutsch, ebenso ein großer Teil der Märkte. An diese größeren Orte schließen sich manchmal noch einige deutsche Umgebungsgemeinden an; meistens aber sind die Sprachinseln von sehr geringem Umfang und auf einen Ort beschränkt. Eine Ausnahme von dieser Regel macht der Gerichtsbezirk Mahrenberg, in dem sich eine große Sprachinsel befindet, die nur durch einen schmalen Streifen slowenischen Landes von dem geschlossenen deutschen Sprachgebiet getrennt ist. Die Sprachinseln liegen fast ausnahmslos an Eisenbahnlinien oder wenigstens an wichtigen Straßen.

Im geschlossenen slowenischen Sprachgebiet liegen zwei deutsch-slowenische Mischgebiete, nämlich das zwischen der Mahrenberger Sprachinsel und der Sprachgrenze gelegene Gebiet im oberen steirischen Drautal; es erfüllt nahezu die ganze nördliche Hälfte des Gerichtsbezirkes Mahrenberg. Wichtiger noch ist das zu beiden Seiten der Südbahn gelegene Mischgebiet, das sich von der Sprachgrenze bei Spiel-

feld bis über Marburg hinaus erstreckt und die Verbindung zur Marburger Sprachinsel herstellt.

Jnnerhalb des geschlossenen deutschen Sprachgebiets befinden sich in der Nähe der Sprachgrenze einige kleine Mischgebiete von untergeordneter Bedeutung.

In Kärnten gab es im Jahre 1910 301 000 Bewohner (78,9 Prozent) mit deutscher und 80 600 (21,1 Prozent) mit slowenischer Umgangssprache. Das rein deutsche Sprachgebiet bildet eine große zusammenhängende Fläche mit nur 1500 Slowenen unter 262 000 Einwohnern; am Rande dieses Gebietes liegen 16 gemischtsprachige Gemeinden mit deutscher Mehrheit.

Die Grenze des Gebiets mit slowenischer Bevölkerungsmehrheit zieht im Osten vom Südgehänge der Koralpe zur Drau unterhalb des deutschen Ortes Lavamünd und von da in nordwestlicher Richtung nach dem Wölfnitzgraben bis an den Schwarzkogel, östlich von Eberstein. Dann verläuft sie in unregelmäßigen Ausbuchtungen südwestlich an die Gurk und gegen Klagenfurt, das hart an der Sprachgrenze liegt. Dort buchtet das deutsche Sprachgebiet nach Süden aus. Weiter im Westen verläuft die Grenze zwischen Deutschen und Slowenen im Süden des Wörthersees zur Drau, übersetzt diese in der Richtung zum Faaker-See und zur Gail, der sie eine kurze Strecke folgt, worauf sie sich nach Süden zur Krainer Grenze wendet. In Krain liegt nur der Zipfel von Wurzen und Weißenfels im geschlossenen deutschen Sprachgebiet.

Die Stadt Klagenfurt wurde von Deutschen gegründet und erhielt 1338 deutsches Stadtrecht. Im 16. Jahrhundert erhielt sie neuen Zuzug von Bayern und Schwaben. Die Slowenen haben hier niemals politisch oder wirtschaftlich eine Rolle gespielt. Enge wirtschaftliche Beziehungen unterhielt diese Stadt, ebenso wie Villach, mit dem benachbarten gemischtsprachigen Gebiet. Von den Ufergemeinden des westlich von Klagenfurt gelegenen Wörthersees haben im Laufe der letzten 40 Jahre durch die Verkehrsentwicklung alle mit Ausnahme von zweien starke deutsche Mehrheiten erhalten.

Im deutschen Sprachgebiet liegen nur wenige slowenische Sprachinseln, die größte davon im Westen, im Drautal zwischen den deutschen Orten Hermagor und Arnoldstein; durch das Uggowitz- und Leiseratal reicht sie bis an die italienische Grenze, an der auch die kleine slowenische Sprachinsel Malborghet liegt. Die Bewohner der großen slowenischen Sprachinsel Westkärntens sind durchweg Bauern, von welchen sich viele in ärmlichen Verhältnissen befinden, weshalb gerade hier die Auswanderung ziemlich stark war. Dagegen spielten in den vorwiegend oder ganz deutschen Nachbargemeinden neben der Landwirtschaft auch Industrie und Verkehr eine nicht unbedeutende Rolle. Am Westrand des Gebietes liegt im Treffpunkt der Kreuzbergstraße und Gailtaler-Straße der schon genannte rein deutsche Markt Hermagor, der Sitz der Verwaltungsbehörden des mittleren und unteren Gaitales.

Wirtschaftlich ebenfalls recht rückständig ist die slowenische Sprachinsel südlich vom Ossiacher-See (an dessen Ufer sie nicht heranreicht).

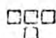
Größere deutsche Sprachinseln sind die von Ferlach (südlich von Klagenfurth), Eisenkappel östlich von dieser Völkermarkt an der Drau (deutsches Stadtrecht von 1342), Bleiburg (Stadtrecht von 1370), Unterdrauburg und Gutenstein. In allen diesen Siedlungen ist das Deutschtum bodenständig. In neuerer Zeit haben noch die Ortschaften Kühnsdorf (an der Abzweigung der Eisenkappler Bahn von der Südbahnstrecke Marburg-Franzensbeste) und Eberndorf, der Hauptort des Jauntales, deutsche Mehrheiten bekommen. Stärkere Mischung weisen auch die Gemeinden Prävali und Mieß auf, das wichtigste Industriegebiet Kärntens (Bleibergbau mit einer Jahresförderung von 80 000 q Bleiglanz, Stahlwerk Streiteben, Kohlenbergwerk Liescha).

Vergleicht man die Ergebnisse der Volkszählung von 1910 mit jener von 1900, so ergibt sich, daß in diesem Jahrzehnt die deutsche Umgangssprache an Boden gewonnen hat. Ihr Hundertsatz ist für ganz Kärnten von 75 auf 78,8, also um 3,8 gestiegen. Eine stärkere Zunahme ist überall dort eingetreten, wo Handel, Industrie und Verkehr sich

weiter entwickelt haben, so in der Gegend von Klagenfurt, am Wörthersee (Fremdenverkehr) im unteren Gail- und Kanaltal (Aufschwung der Bleiindustrie), im unteren Rosental (Eröffnung der Karawankenbahn, Aufschwung der Eisenindustrie) und in der Gegend von Völkermarkt.*

An das Vordringen der deutschen Sprache gemahnen die vielen slowenischen Ortsnamen in Teilen Steiermarks und Kärntens, die heute weitab von der slowenischen Sprachgrenze liegen. Jm allgemeinen hielt das Zurückweichen der Slowenen bis in die jüngste Vergangenheit an. Die recht oft gehörte gegenteilige Meinung ist irrig. Richtig ist dagegen, daß die letzten Jahrzehnte dem deutschen Volkstum in Steiermark und Kärnten Einbußen an politischer Machtstellung brachten, die in dem erwachten und vielfach künstlich gesteigerten Nationalbewußtsein der Slowenen ihre Ursache hatten. Auffällig ist unter anderem die Tatsache, daß die kleineren deutschen Minderheiten sich überall hielten und zu einem großen Teil verstärkten. Die Tendenz der Entwicklung war keineswegs auf Absonderung, sondern vielmehr auf weitere Vermischung der beiden Völker gerichtet. Ob es in Zukunft auch so sein wird, ist eine Frage, die sich schwer beantworten läßt. Mindestens eine erhebliche Abschwächung des Verkehrs der Völker ist infolge der Einschiebung der neuen Staatsgrenze zu erwarten.

* Wutte; „Die sprachlichen Verhältnisse in Kärnten." Kartograph. Zeitschr., VIII, S. 12 usw.



Zeitgeschichtliches.

Die Welt tut so, als ob sie allmählich wieder „friedlich" würde; Friedensverträge werden weiter fein ausgeklügelt, vorgelegt und unterzeichnet und wer will, kann sich heute einbilden, es wäre Frieden auf der Welt und das alte Europa hätte wieder seine Ruhe. Wer aber anders denken will, mag allerdings auch meinen, daß der „kranke Mann", der einstens nur am Bosporus daheim war, heute in ganz Europa heimisch geworden ist und man jetzt mit ungleich größerem Rechte als je von der Türkei vom kranken Europa sprechen kann. Der brave Mitteleuropäer mitsamt seinen aufgeblähten Nachbarn scheint davon freilich sehr wenig zu merken: ihm ist die Welt zum bunten Jahrmarkt geworden und während die einen Siegesfeste feiern, eröffnen die andern Spieler- und Schieberklubs; bis zur Erschöpfung wird gefeiert, gewettet, gejeut und genossen — nur gearbeitet wird noch nicht. Dafür dürfen wir dann im Winter frieren und vielleicht auch noch einige andere Annehmlichkeiten dieses Lebens unser eigen nennen. Mit den Friedensverträgen allein scheint also doch wohl das neue, bessere Zeitalter noch nicht aufziehen zu wollen und darum pflegt man jetzt wohl auch weniger häufig und heftig von den besseren, herrlichen Zeiten zu reden, die doch bestimmt anbrechen sollten. Selbst von den hohen Idealen, für die doch bekanntlich eine ganze Welt 4 Jahre lang und länger gegen Deutschland gekämpft und geschimpft hat, ist es merkwürdig still geworden. Sie sind inzwischen offenbar unbequem geworden und werden wie der Mohr, der seine Schuldigkeit getan hat, beiseite geschoben. Stillschweigend werden indessen wieder die alten, immer nur bei den anderen so verpönten Grundsätze inkraft gesetzt: Macht geht wieder

vor Recht, Hauptsache ist immer der Profit und im übrigen hat der Sieger das Wort und allein zu bestimmen.

* * *

So muß auch das viel gepriesene Selbstbestimmungsrecht der Völker aufgefaßt werden, das Recht, auf Grund dessen bekanntlich dreieinhalb Millionen Deutsche in den tschechoslowakischen Staaten eingepfercht werden und kraft dessen auch Deutsch-Österreich nicht zu Deutschland darf. Es gibt Dinge, über die man ihrer törichten Vorläufigkeit wegen am klügsten gar nicht spricht. Wenn die alliierten und assoziierten Regierungen während des Krieges durch die Kraft von Ideen, die sie schlagwortartig unter die Völker warfen, Eroberungen gemacht haben, dann handeln sie nicht weise und wieder sich selbst, wenn sie jetzt durch die Drosselung dieser Ideen europäische Zukunft bauen wollen. Die Geschichte geht doch ihren Weg und historische Notwendigkeiten lassen sich wohl eine Zeitlang zurückdämmen, bis sich die Wasser so hoch gestaut haben, daß ihre Gewalt die stärkste Wehr zerbricht. Die Einsicht in die Entwicklung, die kommen wird, kann nicht mit Freude erfüllen, hindert indes nicht die Erkenntnis der Notwendigkeit praktischer, opportunistischer Gegenwartsarbeit.

* * *

Daß die siegreichen demokratischen Ententemächte auch monarchistische, oder wenn man will reaktionäre Anwandlungen haben können, jedenfalls aber auch mit dem Artikel „Monarchie“ Geschäfte zu machen geneigt sind, haben sie durch ihren Staatsstreich in Budapest gezeigt. In bewegten Zeiten ist der Pendelschlag der geschichtlichen Revolution und Evolution sehr häufig unruhig und unberechenbar, aber das sollte die Vergangenheit doch lehren, daß, wenn Druck auch immer Gegendruck erzeugt und ein Extrem das andere ruft, das rollende Rad fortschreitender Entwicklung sich nur scheinbar hemmen läßt und Geschehenes nie ungeschehen gemacht werden kann. Der Bolschewismus hat's wie überall, wo er sich austoben konnte, so auch in Ungarn dem armen Land und Volk gewiß gründlich besorgt und wohl ein Jeder,

der nicht gerade Nutznießer der kommunistischen Epoche war, hat erleichtert aufgeatmet, als es eines Tages mit Bela Khun und all seiner Herrlichkeit zu Ende war. Aber was trotz all seiner Verzerrung und Übertreibung gesund war an diesem unglückseligen kommunistischen Experiment, das hat in den für alles Gesunde empfänglichen Massen des Volkes doch ganz gewiß Wurzel geschlagen und wird Leben und Kraft gewinnen. Nicht durch Rückberufung von Fürsten und Königen im Exil werden die siegreichen Entente-mächte der drohenden Balkanisierung Europas entgegen-wirken; der werden sie nur steuern können, wenn sie den Mut zur Erkenntnis und Tat finden, daß die Zukunft Europas und der ganzen Welt nicht auf dem Machtspruch eines greisenhaften, racheschnaubenden sogenannten Staatsmanns aufgebaut werden kann, sondern nur auf dem Recht und der Ehrfurcht vor diesem Rechte.



Die Bekanntgabe der endgültigen Friedensbedingungen bedeutete für **Deutsch-Österreich** ein schlimmes Erwachen. Hatte sich die Öffentlichkeit von Tag zu Tag in den letzten Wochen mehr in die Hoffnung eingewiegt, daß die Gegner letzten Endes Deutsch-Österreich doch günstigere Bedingungen stellen würden, so mußte sie nunmehr erkennen, daß all ihr Wähnen und Hoffen trügerisch und vergeblich gewesen war. Allgemein ging neben der durch die Enttäuschung doppelt lebhaften Empörung das Urteil dahin, daß die gestellten Bedingungen unerfüllbar seien. Die Presse schlug scharfe Töne an und besonders in der Provinz wurde mit kräftigen Worten an die Adresse der Entente nicht gespart. In Tirol wurde besonders über den Verlust von Deutsch-Südtirol heftig geklagt und in der Steyerer und Kärntner Presse wurde heftiger Unmut über die Regelung der Südgrenzen sowie über die Fortdauer der südslawischen Vergewaltigungen laut. Die Tiroler sind heute in ihrer weitüberwiegenden Mehrheit einig in dem Verlangen nach dem Anschluß Nordtirols an Deutschland bezw. an Bayern.

Nach dem Bekanntwerden der Friedensbedingungen wurde der Anschlußgedanke überhaupt wieder stärker ventiliert, aber mehr in der Form des Mögens, als in der des Wollens und Verlangens, denn darüber ist die Presse sich heute durchweg einig, daß angesichts der tatsächlichen Verhältnisse an eine Durchführung des Anschlusses Deutsch-Österreichs an Deutschland gegenwärtig nicht zu denken ist. Besonders unterstrichen sie diese Unmöglichkeit anläßlich des

Rücktritts des Staatssekretärs des Äußern Dr. Bauer. Fast allgemein wurde dieser Rücktritt als eine Entspannung der Lage bezeichnet und als Vollzug einer Notwendigkeit sogar begrüßt. Dr. Bauer hatte schon seit langem keine gute Presse mehr, denn den klerikalen Blättern war er wegen der Art seiner Anschlußpolitik längst nicht mehr genehm, und die nationalen Zeitungen verdachten ihm besonders seine Schwäche gegenüber dem Kommunismus. Bauer selbst bezeichnete als Grund seiner Demission das Scheitern seiner Politik hinsichtlich Italiens. Er wollte nach Verständigung mit Italien unter Zusammenschluß Deutschlands mit Deutsch-Österreich und Einigung mit Ungarn offenbar eine Art neuen Dreibund gründen, dessen Zentrum allerdings in Rom gelegen wäre. Seine Annäherungsversuche an Italien haben den Verlust Deutsch-Südtirols nicht zu verhindern vermocht, seine schwächliche Politik gegenüber der Budapester Regierung hat ihm die Sympathie der nationalen Kreise genommen und seine ganze Anschlußpolitik hat ihn von vornherein bei der Entente in Mißkredit gebracht, die von jeher auf seine Beseitigung gedrängt hat. Mit dem Verschwinden Dr. Bauers ist auch die praktische Verfolgung des Anschlusses an Deutschland vorerst begraben worden und in der Presse wird im Anschluß an Äußerungen Dr. Renners, der nunmehr auch das Ministerium des Äußern übernommen hat, immer deutlicher darauf hingewiesen, daß der Kurs Deutsch-Österreichs in Zukunft mehr nach dem Westen, vor allem nach Frankreich, gerichtet werden muß. Die Lage Deutsch-Österreichs ist gegenwärtig jedenfalls derart, daß es sich dahin wenden muß, wo ihm am ehesten Hilfe werden kann, ohne daß es Politik auf weitere Sicht im Augenblicke zu treiben im Stande wäre. Die Hoffnung geht dahin, daß die Durchführung der Friedensbedingungen vor allem in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht vielleicht doch noch milder ausfallen wird, wenn sich Deutsch-Österreich nunmehr ganz dem Willen der Entente, d. h. Frankreichs, ausliefert. Der Gedanke einer Donaukonförderation taucht wieder auf, doch haben die Blätter durchweg das richtige Empfinden, daß eine solche Föderation, naturgemäß unter tschechischer Führung, nicht nur zu einer Verslawung, sondern auch zu einer wirtschaftlichen Versklavung Deutsch-Österreichs führen muß.

Das ganze finanzielle Elend Deutsch-Österreichs zeigte sich bei der Vorlegung des ersten Budgets in der Nationalversammlung. Deutsch-Österreich mit seinen 6 Millionen Einwohnern muß einen Etat von $6\frac{1}{2}$ Milliarden Kronen mit einem Defizit von 4 Milliarden aufstellen. Und das schlimmste in der Frage der Sanierung der Staatsfinanzen ist, daß gar nicht ersichtlich ist, wo überhaupt die Sanierung einsetzen kann, weil die innere Politik ständig zwischen Bankerott und Anarchie hin und her schwankt. Mit Recht betonen die Blätter, daß die Beseitigung des Defizits für Deutsch-Österreich

kein staatsfinanzielles, sondern ein allgemein wirtschaftliches Problem sei und daß dem Lande nur zu helfen wäre, wenn die Möglichkeit zur Arbeit und Freude daran neu geschaffen werde.

In der inneren Politik Deutsch-Österreichs ist immer noch keine Klärung eingetreten. Wohl ist wieder einmal davon die Rede, daß demnächst zum Wiederaufbau des Landes ein Konzentrationskabinett aller Parteien gebildet werden soll, doch scheint die stark links gerichtete Sozialdemokratie wenig Freude daran zu finden. Die kommunistische Agitation geht munter weiter und die Regierung findet keinen festen Punkt, auf den sie sich zu stellen traut.



In **Tschecho-Slowakien** haben die ersten allgemeinen Wahlen für die Gemeindevertretungen dem imperialistisch-nationalistischen Regime Masaryk-Kramarz eine große Niederlage gebracht. Sie bewiesen, daß sowohl die Zusammensetzung der Nationalversammlung, wie erst recht der Regierung den tatsächlichen parteipolitischen Machtverhältnissen nicht entsprach und bewirkten daher schon bald die unbedingt notwendige Umbildung der Regierung, die jetzt aus 4 Sozialdemokraten, 4 Nationalsozialisten, 4 Agrariern, 2 Slowaken und einem Parteilosen, dem bisherigen Außenminister Benesch, besteht. Das Ministerpräsidium hat der bisherige tschechische Gesandte in Wien, Tusar, übernommen; Kramarz gehört der neuen Regierung nicht mehr an. Bedeutsam war der Ausfall der Gemeindewahlen aber auch insofern, als er den unumstößlichen Beweis dafür erbrachte, daß 31⅓ Prozent der Bevölkerung in Tschechien Deutsche sind und die tschechische Propaganda im geschlossenen deutschen Sprachbereich, in Deutschböhmen, im deutschen Sudetenland und im deutschen Südmähren nicht im entferntesten das Ergebnis gezeitigt hat, das sich die nationalistische Regierung Kramarz von ihr versprochen hat. Mit aufdringlicher Deutlichkeit ergibt sich jetzt für alle einsichtigen Elemente in der tschechoslowakischen Republik die Notwendigkeit nationaler Verständigung und nationaler Zusammenarbeit, wenn der junge Staat sich zu einem lebensstarken Gebilde entwickeln will. Dem neuen Ministerpräsidenten Tusar, der stets zu den maßvollsten tschechischen Politikern gezählt hat, fällt die gewiß nicht leichte Aufgabe zu, den nunmehr von außen gesicherten Besitz Deutsch-Böhmens und des Sudetenlandes dem tschechischen Staate auch organisch einzufügen und die sozialen Gefahren und Nöte zu beheben, die gerade auch in der Tschecho-Slowakei groß und brennend geworden sind. Geht der Wille der tschechischen Regierung aber dahin, in den Deutschen Freude am Staate zu wecken, dann wird sie vor allem Wert auf gute, ja freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland und Deutsch-Österreich legen müssen, denn es würde ihr nie gelingen, das Deutschtum in der tschecho-slowakischen Republik zu einem Träger des Staatsgedankens zu machen, wenn sie

der großen deutschen Völkerfamilie in mehr oder minder feindseliger Gesinnung gegenüber stünde.



Die Räteregierung in **Ungarn** hat das Ende gefunden, das alle einsichtigen Elemente, auch im sozialistischen Lager, ihr von Anbeginn an vorhergesagt haben und das ungarische Volk trägt jetzt die Kosten des schlimmen Experiments des bolschewistischen Interregnums. Vier Monate hat Ungarn das Joch tragen müsen, das ihm von etlichen bolschewistischen Fanatikern, die mit den Führern in Sowjetrußland weder als Menschen noch als Staatsmänner verglichen werden können, auferlegt worden ist. Am 21. März erfolgte bekanntlich unter dem zunehmenden Druck der kommunistischen Elemente die Fusion zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten und zugleich die Abdankung des vom Präsidenten Michael Karolyi mit der Regierung betrauten Ministerium Berinkey. Am 22. März wurde die ungarische Räterepublik ausgerufen; sie schien von einer nationalistischen Welle emporgeworfen, gar bald aber erwies sich, daß sie nichts anderes war, noch sein wollte, als ein getreuer Abklatsch der russischen Sowjetrepublik. An der Spitze der neuen bolschewistischen Regierung stand Alexander Garbai, der indes bald durch Bela Khun, den Schüler und Freund Lenins zurückgedrängt wurde. Genau wie in Rußland arbeiteten auch in Budapest die Machthaber mit allen Mitteln terroristischer Willkür. Die Entente enschied sich nach längerem Zaudern zu einer militärischen Aktion gegen Ungarn. In raschem Stoß überrannten die Rumänen am 20. April die ungarischen Verteidigungslinien, zwei Tage später gingen auch die serbischen Truppen zum Angriff über, bis schließlich am 29. April nach dem Eingreifen der Tschechen im Norden die ganze ungarische Front ins Wanken geriet. Da erklärte sich Bela Khun zu Verhandlungen bereit, worauf der Verband den weiteren Vormarsch der Rumänen gegen Budapest aufhielt. Die Räteregierung benützte diese Atempause zu einem schnellen Gegenstoß gegen die tschechischen Truppen, die in der zweiten Hälfte des Mai in eine sehr bedrängte Lage gerieten. Sie wurden erst durch eine neuerliche energische Drohung des Verbandes aus ihrer Klemme gerettet. Am 10. Juni kam es zum Waffenstillstand, der aber von der ungarischen Regierung nicht eingehalten wurde, sodaß der französiche General Pelle als Oberkommandant der Nordfront die Räumung der Slowakei mit Gewalt durchsetzte. Die Budapester Regierung suchte inzwischen durch Revolutionierung der Nachbarländer Deutsch-Österreich, Serbien und Rumänien ihre eigene gefährdete Lage wieder herzustellen und die Verhandlungen mit dem Verband auf die lange Bank zu schieben. Die Entente aber war des Verhandelns schließlich überdrüssig geworden und so begann

von neuem die rumänische Offensive an der Theiß, die mit dem Einmarsch der Rumänen in Budapest ihren Abschluß fand. Der völlige militärische Zusammenbruch führte den endgültigen Sturz der Räteregierung herbei, die sich mit terroristischen Maßnahmen bis zum letzten der immer größer werdenden inneren Schwierigkeiten und Gegenbewegungen zu erwehren gewußt hatte. Eine schnell gebildete sozialistische Regierung, die eine Erweiterung zum Konzentrationskabinett erstrebte, fand nicht den Beifall der Entente, die dem Erzherzog Joseph die oberste Gewalt übertrug, der sich dann, wie früher der König, einen Ministerpräsidenten und Staatssekretäre berief. Die Entente hat in ihm dem ersten Habsburger wieder zur Macht verholfen und der weiteren Entwicklung in der alten Monarchie darf mit einigem Interesse entgegen gesehen werden.



Nachdem bis vor kurzem überhaupt keine Zeitungen aus **Rumänien** zu erhalten waren, treffen jetzt die rumänischen Blätter wieder ziemlich regelmäßig ein. Das Hauptthema der rumänischen Presse bildet die durch die Friedensbedingungen für Rumänien geschaffene Lage und zwar richtet sich der Hauptwiderstand gegen die Abtretung des Banater Torontotales an die Serben, den Artikel 5 über den Schutz der Minderheiten und endlich gegen die wirtschaftlichen Klauseln, durch welche Rumänien ein wirtschaftlicher Aufschwung unmöglich gemacht werden würde. — Wohl wird verschiedentlich offen gegen die Alliierten, „cei mari" (die Großen) Stellung genommen, die, wie der „Viitorul" vom 23. Juli ausführt, mit zwei verschiedenen Maßen messen und, wenn eigene Interessen auf dem Spiele stehen, selbstverständlich sehen, daß sie nicht zu kurz kommen, wenn es sich aber nur um die Interessen der „Kleinen" handelt, den Feinden großmütig die weitestgehenden Konzessionen gewähren. Dies bezieht sich vor allem auf die Frage der Liquidierung deutscher Unternehmungen im Auslande, welche Klausel im Vertrage mit Deutchland wohl beteht, im Vertrage mit Deutsch-Österreich jedoch fehlt. Auch können es die Rumänen noch immer nicht verschmerzen, daß den Serben gestattet wurde, den bereits Rumänien zuerkannten Teil des Banats zu besetzen, während umgekehrt in der Dobrudscha keine rumänischen Besatzungstruppen verwendet werden, um die „Empfindlichkeit der Bulgaren" nicht zu verletzen. — Daneben bringen die Blätter zahlreiche in französischen und belgischen Blättern erschienene Artikel, in welchen auf die ungerechte Behandlung Rumäniens hingewiesen und für Rumänien Stellung genommen wird. Die Presse führt vor allem aber auch einen Kampf gegen die jetzige Regierung, insbesondere gegen Ionel Bratianu, den Außenminister und Vorsitzenden der rumänischen Vertretung in Paris. In dieser Hinsicht zeichnet sich neben der „Indreptarea" (Organ General Averescus)

besonders das Organ Take Jonescus, die „Romanimea“ aus, gegen welche wiederum das Regierungsblatt „Viitorul“, hauptsächlich durch Gegenangriffe auf Take Jonescu, Stellung nimmt und so blühen auch jetzt in Rumänien der alte Parteihader und Rivalitätenhaß genau so wie ehemals.

Der größte Vorwurf, der gegen Bratianu erhoben wird ist der, daß er dem Volke, das immer wieder zu einer solidarischen Haltung aufgefordert wird, keinen reinen Wein einschenkt. Von der Opposition wird energisch die Forderung erhoben, er solle doch endlich kurz und bündig erklären, welches die Folgen der Annahme oder Nichtannahme für Rumänien wären, auf daß das Volk sich einheitlich hinter die Regierung stellen könne, wenn die endgültige Entscheidung falle. Demgegenüber schreibt der „Viitorul“, die Regierung hätte schon längst ihren Standpunkt bekannt gegeben, d. h. Widerstand gegen die drei zu Anfang erwähnten Punkte und es liege nun an Herrn Take Jonescu im Namen seiner Partei dazu Stellung zu nehmen. Herr Take Jonescu aber hat wohl am 19. Juli seine Partei zu einer Sitzung im National-Konservativen Klub eingeladen, daselbst jedoch nur erklärt, daß er nicht sprechen könne, ehe nicht die Regierung gesprochen hätte. Es wartet somit einer auf den anderen und keiner fängt an.

Selbstverständlich geht diese Pressekampagne nicht ohne persönliche Angriffe und Reibereien ab. Bratianu wird da wohl nicht ganz mit Unrecht beschuldigt, eine Marionettenpolitik zu betreiben und immer nur auf das persönliche Effektmachen bedacht zu sein. Außer seinen persönlichen Interessen lägen ihm nur die Interessen seiner Partei oder vielmehr die seiner Clique am Herzen. So bringt die „Indreptarea“ vom 19. Juli einen sehr scharfen Artikel, in welchem ausgeführt wird, daß die Hauptursache für die Bevorzugung Jugoslawiens und Tschechoslawakiens gegenüber Rumänien zweifellos darin zu suchen ist, daß diese beiden Staaten den Abendländern und vor allem Amerika bedeutende wirtschaftliche Konzessionen gemacht haben, während Rumänien, oder vielmehr Herr Bratianu, nur ängstlich bemüht ist, die Unternehmungen seiner Anhänger vor Konkurrenz zu schützen und aus diesem Grunde die Betätigung fremden Kapitals im Lande untersagt hat. Daß dem Volke dadurch nicht gedient würde, sei klar, denn dieses müsse nur alles bedeutend teurer bezahlen, während andererseits die rumänischen territorialen Forderungen aus diesem Grunde äußerst stiefmütterlich behandelt würden.

Take Jonescu hinwieder wird der „Mann der Kompromisse und Konzessionen“ genannt, der in Paris, anstatt für die Integrität der rumänischen Forderungen einzutreten, nicht nur gegen die Rumänien außerordentlich schädlichen Bestimmungen des Friedensvertrages keinen Einspruch erhob, sondern sich sogar zur Abtretung des Torontotales an die Serben bereit erklärt habe.

Inzwischen steigert sich im Lande die geradezu fieberhaft gewordene Spannung immer mehr. Wenngleich Bratianu noch immer nicht demissioniert hat, besteht doch eine akute Regierungskrise, die von sämtlichen Blättern täglich eingehendst besprochen wird, denn daß Bratianu gehen muß, steht außer Frage. Nur hat er, wie die „Indreptarea“ zynisch ausführt, nicht die Seelengröße eines Cavaignac, der sagen konnte: „Je ne suis pas tombé du pouvoir, j'en suis descendu“; er wartet darauf, heruntergeworfen zu werden.

Über die Bildung der neuen Regierung steht noch nichts fest. Bratianu wünscht am neuen Kabinett nicht beteiligt zu sein und in den Oppositionskreisen wird behauptet, daß den letzten aus Paris eingetroffenen Nachrichten zufolge eine liberale Regierung überhaupt nicht mehr in Frage kommen könne. Nach der „Indreptarea“ vom 26. Juli verlautet, daß der jetzige rumänische Botschafter in London, Misu, mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut werden wird. Sollte er ablehnen, so habe Bratianu vorgeschlagen, einen General zu dieser Aufgabe heranzuziehen.

Bratianu bleibt auch nicht länger Vorsitzender der rumänischen Vertretung in Paris; bei seiner Abreise hatte er die Herren Misu und Al. Vaida Voevod mit der vorläufigen Vertretung dieser Interessen betraut.



In **Südslawien** ist jüngst das Ministerium Protic, das schon seit Monaten wankte, gefallen. Der Grund hierfür lag in seiner unnatürlichen Zusammensetzung. Während die starke radikale Partei in der Regierung nur durch drei Minister vertreten war, fielen von den 18 Mitgliedern der Gesamtregierung 11 Sitze der südslawischen demokratischen Partei zu, was natürlich zu Reibereien führte, die die Regierungsmaschine schließlich zum Stillstand brachten. Allerdings liegen die Verhältnisse im Südslawenreiche heute so, daß das Regieren für kein Kabinett ein Vergnügen wäre, denn die Zersetzung des kaum erst erstandenen SHS-Reiches schreitet unaufhaltsam fort und es ist wenig wahrscheinlich, daß der südslawische Traum von dem großen einheitlichen Jugoslawien, der schon verwirklicht zu sein schien, seine Erfüllung findet. Der Widerstand gegen die Serben nimmt diesseits der Donau und Sawe überall zu und die Slovenen sind den Belgradern Machthabern heute kaum minder feindlich gesinnt als die Kroaten, die es bereits zu blutigen Zusammenstößen mit den Serben haben kommen lassen. In Kroatien wird jetzt immer offener eine völlig unabhängige kroatische Republik angestrebt, aber wenn auch dieser Wunsch des kroatischen Volkes nicht erfüllt werden sollte, worüber allerdings angesichts der Entwicklung, die mit Hilfe der Entente die Dinge in der alten Monarchie zu nehmen scheinen, das letzte Wort noch nicht ge-

sprochen ist, so dürfte die Entscheidung über die Frage Südslawien oder Groß-Serbien unmittelbar vor die Entscheidung gestellt sein und ihre Beantwortung kaum im zentralistischen Sinne der Belgrader Machthaber ausfallen.



Die Lage in **Bulgarien** ist für das gesamte Ausland immer noch in ein recht tiefes Dunkel gehüllt, so daß die aus dem Lande zu uns dringenden Nachrichten und Gerüchte kaum nachzuprüfen sind. Von einer Seite wird berichtet, daß die Stimmung in Bulgarien im allgemeinen ruhig sei und von einer anderen wieder stammt die Meldung, die auch Reuter verbreitet hat, daß Bulgarien dem Beispiel Ungarns folgen, eine Sowjet-Republik errichten und den König Boris absetzen werde. Eine solche Entwicklung dürfte allerdings nach dem neuerlichen Umschwung in Ungarn wenig wahrscheinlich sein, wenngleich an der englischen Meldung stimmen mag, daß die Alliierten mit den Bulgaren nicht sonderlich zufrieden sind. Es scheint nämlich, daß sich die Bulgaren dem Liebeswerben der Ententegenossen wenig zugänglich zeigen und mehr, als es den Herren in Paris lieb ist, auf ihre Freundschaft mit den Vereinigten Staaten pochen und sich im übrigen wenig geneigt zeigen, in den Serben und Griechen die Sieger und zugleich die von Natur gegebenen Freunde zu erblicken. Dornenvoll ist für die Pariser Konferenz insbesondere die Regelung der thrazischen Frage und die Lösung des Balkanproblems bereitet der Entente überhaupt schon soviel Unbehagen, daß der „Temps" nicht mit der Befürchtung zurückhalten kann, daß die Durchführung des Friedensvertrages mit Bulgarien etwa gar Frankreich übertragen werde; es bestehe kein Grund, warum gerade Frankreich diese undankbare Aufgabe übernehmen solle, während in Kleinasien und der Türkei England die Führung haben solle.



Griechenland ist über die angeblich viel zu milde Behandlung Bulgariens durch die Friedenskonferenz erbost und erhebt mit steigender Leidenschaft Ansprüche auf den größten Teil von Ost- und Westthrazien. Sehr eingehend befassen sich die griechischen politischen Kreise auch mit der Lage in Kleinasien, wo die griechischen Truppen durch Freiwillige aus dem Lande selbst immer größeren Zuwachs erhalten sollen.



Wenig klar und sehr labil sind auch die Verhältnisse in der **Türkei**, über die der Balkanberichterstatter des „Nieuwe Rotterdamsche Courant" folgende interessante Mitteilungen macht: Die Pariser Konferenz weiß angesichts der Wendung der Dinge in

der asiatischen Türkei und der in der ganzen moslimischen Welt entstandenen Aufregung augenblicklich keinen Rat ür das türkische Problem. Die türkischen Delegierten wurden in Paris immer entgegenkommender behandelt. Offen wurden sie von Italien und Japan unterstützt; auch die Amerikaner gaben ihnen manches Zeichen von Wohlwollen. Durch die offene oder indirekte Stellungnahme einiger der „wichtigsten Mächte“, wie sich die „Großen“ unter den vereinigten Mächten jetzt nennen, zugunsten der türkischen Wünsche und Aufassungen ist die Lösung des türkischen Problems natürlich nicht vereinfacht worden. Im Gegenteil, die Gegensätze der Interessen in der Levante treten immer schärfer hervor. Es stellt sich heraus, daß der Weltareopag seine Macht überschätzt hat. Die Oberkommissare der Mächte bei der Pforte geben das offen zu. Die „wichtigsten Mächte“ verfügen — wenigstens hier in der Levante — nicht mehr über die nötige militärische Macht, um ihren Willen den besiegten Ländern und Völkern mit Gewalt aufzuzwingen. Noch im vorigen Jahre wäre ihnen das möglich gewesen. Jetzt ist das nicht mehr der Fall, hauptsächlich infolge ihrer Uneinigkeit und weil sie das internationale Heer im Osten immer mehr verminderten, da die Mannschaften auf ihre Entlassung drängten. General Franchet d' Esperay verfügt nicht mehr über hinreichende Truppen, um irgend etwas erhebliches zu unternehmen, weder in Ungarn gegen die Räterepublik, noch in der Ukraine und in Bessarabien gegen die russischen Bolschewiki, noch auch in Kleinasien gegen die türkischen freiwilligen Truppen, welche dort gegen die Griechen auftreten. Auch den Briten geht es nicht viel besser. Auch sie mußten ihre weißen Truppen zum größten Teil aus Mesopotamien, Palästina und Syrien nach Hause schicken, während sich auf der Balkanhalbinsel keine britischen Truppen mehr befinden und die molimischen Regimenter aus Indien überhaupt nicht mehr auf dem Gebiete des türkischen Reiches zu gebrauchen sind. Aus diesem Grunde wurde den kleinen Mächten gestattet, sich in den Besitz langersehnter Gebiete zu setzen. Rumänien durfte in Ungarn, Griechenland in Kleinasien bei Smyrna einrücken. Aber die ernsten Folgen dieser militärischen Expeditionen haben bereits klar bewiesen, daß der Verband damit eine verkehrte Politik gemacht hat. Er hat damit nur die Lösung der Probleme der Donaumonarchie und des osmanischen Reiches noch weiter erschwert. Der schlimmste Fehler war, daß man den Griechen gestattete, in Kleinasien einzurücken, gerade als der Islam in der ganzen Welt in Bewegung geriet auf die Nachricht hin, daß der Verband beschlossen habe, den Kalif-Sultan aus Konstantinopel zu vertreiben. Das hieß Öl ins Feuer gießen. Dazu kam noch, daß die Griechen sofort begannen, die moslimische Bevölkerung im Hinterlande von Smyrna zu verfolgen und Gefangene zu ermorden.

Das wurde so arg, daß der englische Unterstaatssekretär im Parlament erklären mußte, die Ausschreitungen der Griechen hätten die ernste Aufmerksamkeit der britischen Delegation in Paris auf sich gezogen und in Athen seien deshalb Vorstellungen erhoben.

Die türkische Bevölkerung in Kleinasien hat massenweise den Aufrufen der kommandierenden Generäle, wieder ins Heer einzutreten, Gehör gegeben. Ebenso erhielt Enver Pascha, welcher vom Kaukasus her mit 20000 Tartaren heranrückte, dadurch unterwegs ansehnliche Verstärkungen. Auf diese Weise stehen jetzt wieder an die 100000 Mann gut ausgerüstete und reichlich mit Geschützen und Munition versehene türkische Truppen in Asien und haben die Griechen bereits bis zur Küste zurückgedrängt. Gleichzeitig brachen unter den Kurdenstämmen in Nord-Mesopotamien und unter den Beduinen im Irak Aufstände gegen die britische Besatzung aus, welche noch nicht ganz unterdrückt sind. Die Oberkommissare wollten deswegen dem Sultan und der Pforte geharnischte Noten überreichen. Der italienische Vertreter wollte sich jedoch daran nicht beteiligen, während der Engländer es für besser hielt, der Pforte nicht allzu beschwerlich zu werden, in der Hoffnung, daß Kurden und Beduinen sich dadurch veranlaßt sehen würden, ihren Widerstand gegen die britische Verwaltung aufzugeben. Die Pforte und der Sultan versichern, daß sie dieser Bewegung völlig fernstehen. Sie verhehlen aber nicht, daß sie außerstande sind, dagegen aufzutreten, da das Verhalten der Griechen dazu allen Anlaß gegeben hätte. Sie fügen hinzu, daß der plötzliche Abbruch der Verhandlungen in Paris und die gehässigen Kommentare der Pariser Blätter neue Unruhe und Mißstimmung unter der türkischen Bevölkerung erzeugt hätten. Die Oberkommissare befinden sich in einer recht unangenehmen Lage In den leitenden türkischen Kreisen ist man dagegen opimistisch gestimmt. Man glaubt bis jetzt, daß die Unabhängigkeit des osmanischen Reiches, mit Konstantinopel als Haupt- und Residenzstadt, erhalten bleiben wird und daß man nur betreffs Mesopotamiens und Syriens (mit Palästina) Konzessionen an die „vereinigten" Mächte zu machen haben wird. Gegen amerikanische Hilfe beim Wiederaufbau von Staat und Wirtschaft hat man nichts einzuwenden.



Seit dem Ausbruch der deutschen Revolution konnte man bereits bemerken, daß Frankreich ein besonderes Interesse für die Ukraine zeigte. Freilich ein rein egoistisches, wenn auch die Franzosen im Namen der Alliierten auftraten. Immer mehr aber wurde es klar, daß die Franzosen keine Lust verspürten, die ukrainische Frage zu „studieren", wie das etwa die Amerikaner taten. Sie sahen die Dinge in der Ukraine, und das ist bis zum heutigen

Tage so geblieben, durch die polnisch-großrussische Brille und handelten nach den real-politischen Erwägungen, die hauptsächlich mit der Erhaltung der polnischen Freundschaft und dem Einvernehmen mit den großrussischen Nationalisten beschäftigt waren.

Der äußere Gang der Ereignisse in der Ukraine seit Mitte Juni zeigt, welche unheilvollen Ergebnisse gerade die französische Politik für die Herstellung des Friedens im Osten, speziell in der Ukraine, gehabt hat.

Die in Paris weilenden Friedens-Delegationen der Republiken Aserbeidschan, Estland, Georgien, Lettland, Nord-Kaukasien, Weißruthenien und Ukraine richteten Anfang Juli an die Pariser Friedenskonferenz, im Zusammenhang mit der Frage der Anerkennung der Regierung Koltschak's, eine gemeinsame Note, in der sie auf der Anerkennung ihrer Souveränität bestehen. Fast gleichzeitig richtete der Verband der russischen demokratischen Organisationen in Paris einen Protest an die Friedenskonferenz, wegen der beabsichtigten Aufteilung der ehemaligen österreichisch-ukrainischen Gebiete zwischen Rumänien und Polen. Beide Kundgebungen zeigen, welches Maß der Unzufriedenheit die Entente-Politik, sowohl auf ukrainischer, als auch auf der großrussischen Seite auslöst.

Die Unzufriedenheit der Ukrainer ist ohne weiteres leicht erklärlich. Unter Petljuras Führung haben sich die Ukrainer immer mehr auf den Kampf gegen die Bolschewiki eingestellt. Diese von den Ukrainern mit größtem Opfermut übernommene Aufgabe wurde ihnen von der Entente, auf deren materielle Hilfe das ukrainische Heer angewiesen war, nicht erleichtert. Die Entente konnte es nicht verhindern, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen der Ukraine und Rumänien am 4. Juni abgebrochen wurden. Ebenso wenig Erfolg hatten die Ende Juni zwischen der Ukraine und Polen eingeleiteten Waffenstillstandsverhandlungen. Beide Tatsachen fallen gerade in die Zeit, in der es den ukrainischen Truppen gelungen war, bedeutende Erfolge gegen die Bolschewiki zu erringen und sich Kiew zu nähern. Noch schwerwiegender und merkwürdiger erscheint das zeitliche Zusammenfallen der Anfang Juli bekannt gewordenen polnisch-bolschewistischen Verständigung an der polnischen Ostfront und das fast gleichzeitige Einsetzen einer bolschewistischen Gegenoffensive an der Südwestfront gegen Petljura. Durch den Anfang Juli erfolgten Beschluß des Obersten Rats der Alliierten über Ostgalizien ist die militärische und diplomatische Stellung der ukrainischen Republik so gut wie hoffnungslos geworden. Der erwähnte Beschluß bestimmt folgendes: „Die polnische Regierung ist beauftragt, in Ostgalizien eine Zivilverwaltung zu errichten, auf Grund einer vorhergehenden Vereinbarung mit den Ententemächten, die der örtlichen Bevölkerung, soweit als möglich, eine Territorial-Auto-

nomie, sowie Ausübung politischer, religiöser und persönlicher Freiheit gewährleisten soll. Diese Vereinbarung wird auf dem Rechte der Selbstbestimmung basieren, welches Recht durch die Bevölkerung Ostgaliziens bezüglich ihrer politischen Angehörigkeit später ausgeübt werden soll. Der Zeitpunkt der Ausübung dieses Rechtes wird von den Ententemächten, oder von einem andern durch die Entente beauftragten Organ bestimmt werden." Diese Entscheidung stößt auf den schärfsten Widerspruch der Ukrainer, die den Sitz des westukrainischen Nationalrats nun ins Ausland (nach Wien) verlegen mußten.

Frankreich ist eins der Länder, das am pathetischsten zum Kampf gegen die Bolschewiki ruft. Noch unlängst bezeichnete ein französisches Radio diesen Kampf als die wichtigste Aufgabe der ganzen Welt. Die Franzosen ziehen daraus aber nicht die richtige Konsequenz und versagen den Ukrainern die Hilfe. Gleichzeitig nehmen sie einseitig Partei für die ukrainischen Todfeinde, die Polen, und verhelfen zu einer, jedem Selbstbestimmungsrecht der Völker zuwiderlaufenden Entscheidung in der ostgalizischen Frage. Dadurch wird der polnisch-ukrainische Gegensatz stabilisiert und die Ukrainer werden in politischer und militärischer Hinsicht auf eine Bahn gedrängt, auf der taktische Erwägungen unter Umständen ein Zusammengehen der Ukrainer mit den ausländischen Kommunisten, auch mit den russischen Bolschewiki herbeiführen könnte.

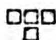
In diesem Zusammenhange könnte die Tatsache interessieren, daß das jetzige ukrainische Regierungskabinett Martos, das seit April besteht, aus sozialistischen Elementen zusammengesetzt ist, die noch vor kurzem für eine Orientierung nach der bolschewistischen Seite eintraten. Noch kurz vor der Bildung des Kabinetts Martos waren die ukrainischen Sozialrevolutionäre und Sozialdemokraten für eine Verständigung mit den Bolschewiki. Nur die Parteien der „Ssamostijniki", der „Volksrupublikaner" und der sozialistischen Föderalisten waren für ein Zusammengehen mit der Entente. Die Änderung in der Auffassung der Sozialrevolutionäre und der Sozialdemokraten, die mit Martos wieder in die Regierung eingetreten waren, scheint aus taktischen Gründen erfolgt zu sein. Einen Niederschlag dieses Kompromisses kann man in der am 12. April veröffentlichten Regierungsdeklaration des ukrainischen Kabinetts Martos erblicken. In dieser Deklaration heißt es unter anderm: „Die Volksregierung wünscht keine Wiederholung der Fremdherrschaft in der Ukraine und erklärt, daß sie die Hilfe von militärischen Kräften irgend einer Macht nicht anrufen werde. Alle Verträge mit fremden Mächten wird die Volksregierung nur auf der Grundlage der Anerkennung der Unabhängigkeit der Ukraine und der Nichteinmischung in unsere innere Angelegenheiten abschließen." Diese Erklärung

schloß natürlich nicht aus, daß man seitens der Entente moralische und materielle Hilfe zu erhalten hoffte. Da diese Hilfe ausgeblieben, die Anerkennung der Unabhängigkeit der Ukraine nicht erfolgt ist und die Regelung außenpolitischer Fragen der Ukraine nach freiem Ermessen der Alliierten vorgenommen wird, kann man gewärtig sein, daß die an den Rand der Verzweiflung gebrachten Ukrainer sich schließlich doch für ein Vorgehen entscheiden, das einen gewaltigen Strich durch die Rechnung in der Ostpolitik der Entente bedeuten würde. Jedenfalls klingt der militärische Situationsbericht des ukrainischen Pressedienstes vom 19. Juli recht pessimistisch, darin heißt es: „Drei ungefähr gleich starke Parteien stehen hier im erbittersten Kampfe: Die Ukrainer, also die regulären Truppen Petljuras und die mit ihnen verbündeten Scharen aufständischer Bauern, hauptsächlich im Westen und Südwesten des Landes, auf der anderen Seite im Osten, zwischen Don und Dnjepr, mit der Küste des Asowschen Meeres als Basis für die englischen Nachschübe, die sogenannte Freiwilligenarmee Denikin und im Norden und in der Mitte die Roten Truppen, die von Rakowsky nach Moskauer Weisungen gegen die Fronten der Ukrainer und Denikins geschickt werden. Die ukrainische Nationalarmee Petljuras hatte in den letzten Wochen beiderseits der Hauptbahn Tarnopol—Proskurow—Shmerinka—Kiew in raschem Angriff einen so ansehnlichen Raum gewonnen, daß seine Vortruppen über Fastow bereits in Obuchow unmittelbar vor Kiew, auftauchten, während gleichzeitig im Süden Grigorjew von Odessa aus gegen den Dnjepr vorstieß. Zwischen Petljura und Grigorjew stehen noch starke bolschewistische Kräfte am Dnjestr, ursprünglich zum Angriff gegen Rumänien bestimmt, infolge der Erfolge Petljuras jedoch in der Richtung Shmerinka und Mohilew eingesetzt, während neue, aus Rußland eingetroffene Verstärkungen, hauptsächlich aus Ausländern bestehend, von Rowno und Dubno aus in der Richtung Tarnopol zum Angriff übergingen. Nach großen Erfolgen Petljuras, die besonders dadurch ermöglicht wurden, daß ukrainische Truppen aus Ostgalizien an die Front gegen die Bolschewiki gebracht worden sind, trat durch den neuesten polnischen Rückenangriff bei Tarnopol eine neue Schwächung der gegen die Bolschewiki gerichteten ukrainischen Front ein. Während die Ukrainer mit allen Kräften gegen die Truppen Rakowskys ringen, erfochten die Polen in ihrem Rücken einen billigen Sieg bei Tarnopol. Diesem polnischen Rückenangriff ist also hauptsächlich die Schwächung der ukrainischen Front gegen die Bolschewiki zuzuschreiben, sowie die Verzögerung der Vereinigung Petljuras mit Grigorjew und den im ganzen Lande verteilten aufständischen Abteilungen des Ataman Wolynetz bei Winnitza, des Ataman Tjutjunyk bei Umanj, des Ataman Sokolowskij bei Radomischel, des Ataman Schapowal bei

Swenigorodka, des Ataman Anhell bei Korsunj und Zelenij und Schynkar bei Kiew. Die Armee Denikins, die auf 200 000 Mann geschätzt wird und von England jede mögliche Unterstützung erhält, ist von Taganrog und Rotow mit Beginn des Sommers in dem weiteren Gebiete der Ostukraine, zwischen Don und Dnjepr, in der Richtung Nordwesten gegen Kiew und die Bolschewiki angesetzt worden. Das erste Operationsziel, die reichen Erzreviere des Donetzbeckens, war bald erreicht und in einem weitgeschwungenen Bogen vom Asowschen Meer bis Katerinoslaw am Dnjepr und Charkow verlief Denikins Front gegen Norden zum mittleren Don. Nach den ersten großen Anfangserfolgen ist jedoch kürzlich ein Rückschlag am Dnjepr und der Verlust von Katerinoslaw eingetreten. Inzwischen sind neue Schiffsladungen modernster Kriegsmittel aus England nach dem Asowschen Meer unterwegs, und neue Rekrutierung im Gange. Das Ziel ist, vor Anbruch des Winters die ganze Ukraine der bolschewistischen Fremdherrschaft zu entreißen. Dies Ziel wird auch den früheren österreichischen Ukrainern in den italienischen Kriegsgefangenenlagern bekanntgegeben, ebenso den aufständischen Abteilungen in der Ukraine, die Denikin zu gewinnen sucht. Jn Hinblick auf seine Verbindung mit Koltschak und die Zusammensetzung seiner Armee wird jedoch Denikin von ukrainischen Bauern mit starkem Mißtrauen betrachtet, was die bolschewistische Propaganda unter der Bevölkerung ungemein erleichtert. Es ist ein kaum mehr gutzumachender Fehler der Westmächte, daß sie es unterlassen haben, auch nur einen Teil der an Denikin gelieferten Kriegsmittel Petljura in seinem schweren Kampfe zur Verfügung zu stellen, der jetzt durch den polnischen Raubzug wieder ernstlich bedroht wird. —

Vom Ende Juli ist die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Ukraine und Rumänien zu verzeichnen.

Die schwierige Lage der Ukraine hindert die demokratischen Organisatonen des Landes nicht, an der Ausgestaltung der auswärtigen Beziehungen auf wirtschatlichem Gebiet zu arbeiten. Drei bevollmächtigte Vertreter der ukrainischen Genosenschaften sind nach der „L'Ukraine“ in der Schweiz eingetroffen, um engere Beziehungen zu den Schweizer Genossenschaften anzubahnen und eine ständige Vertretung ukrainischer Genossenschaften in der Schweiz einzurichten.



Rundschau.

Bosnisches Dorf.

Von **Erik Krünes.**

Es ändert an dem Titel nichts, wenn dieses Dorf offiziell auch Stadt heißt und sich Banjaluka, Jaice, Prijedor oder Kljuc nennt. Die Welt des Orients, die an der bosnischen Grenze ihren Anfang nimmt, macht keine Unterschiede: die ländlichen Sitten sind dieselben, in Schilda, Sarajevo und im versteckten Dorfnest irgendeines Waldes. Daß diese Welt so bunt und ungewöhnlich ist, zaubert Fremdenromantik in tötenden Alltag. Noch immer bewundert man, was für mitteleuropäische Tradition überraschend wirkt, noch immer starrt der Reisende aus dem Wien ohne Sultan auf das neue Treiben, das sich in stoischem Gleichmut und drückender Pracht gefällt. Der Balkan ist schmutzig, grotesk; nur der Orient kann mit den Gesetzen der Ästhetik versöhnen. Und Bosnien ist Orient, vom Osten bis zum Westen, vom Norden bis in den heißen Süden, ist ein mohammedanischer Klex inmitten katholisch-orthodoxen Südslawentums, ist kultiviertes Theater neben prosaischer Wirklichkeit.

Als Wahrzeichen der bosnischen Stadt zielen die schlanken, weißen Türme der Minaretts in den Himmel. Mittags und abends tönen monotone, fanggezogene Töne in die Umwelt hinaus. Sie künden Allahs Allmächtigkeit und rufen zum Gebete auf. Heute ist Bairam, des Türken Fasten, bis die Sonne sinkt. Da glänzen die Spitzen dieser Türme in abenteuerlichem Lichtschein, da neigen sich die frommen Türken wohl tausendmal des Tages vor ihrem Herrgott, da turnt sich die gläubige Gemeinde alle Weltsünden aus dem Leibe, wenn sie stundenlang den militärisch anmutenden

Exerzitien ihres Imams folgt, ihre Gebete gen Himmel schmettert und dann wieder ihren Kopf im eingebildeten Staube vergräbt. Der mohammedanische Kultus wirkt unverständlich, sobald er des Milieus entkleidet wird. Wenn man aber die frommen Gesellen an Ort und Stelle versammelt sieht, muß man die Stärke und Gewalt dieses Glaubens bewundern, der eine festgefügte Pflicht ist und in der religionslosen Gegenwart fast wie ein Anachronismus dünkt.

Bädeker macht einen Stern, wenn von türkischen Kaffeehäusern geprochen wird. Man muß sie also sehen und sieht doch nichts. Denn da sitzt in der muffigen Stube ein Menschenhaufen beisammen, hält die Beine verschränkt und den Fes auf dem Kopfe, bafft Zigaretten in die Luft, schlürft schwarzen echten Kaffee aus kupfernen Tassen, glotzt in den Himmel und — schweigt. Dieses Schweigen ist eine Hauptbeschäftigung aller Türken und ihre beste Tugend die sie gegen Mitteleuropa voraus haben. Es wirkt aristokratisch-vornehm, wohltuend und imponierend. Und ist doch ein Beweis dafür, daß die stoische Trägheit und bequemliche Ruhe, die den Türken oft zum Herrn und oft zum Sklaven einer Situation zwingen, veraltete Seelenfaulheit bedeuten und in das maschinenratternde, telephonklingelnde, energieerfüllte Gegenwartszeitalter kaum mehr passen.

In den Straßen ein reges Geschäftsleben. Offene Basare haben ihre Ware bis auf die Gasse gestellt. Hier springt ein türkischer Hemdmatz herum, einen Miniaturfes auf dem kugelrunden Kopf, und tollt sich seine kurzen Beine zu einem geschweiften O; dort schleicht eine verhüllte Frauengestalt vorüber, und, je nach dem Alter, daß ihr Maskenkleid erraten läßt, bedauert oder frohlockt der Fremde, daß ein Schleier ihr Antlitz verdeckt. So wird man doch daran erinnert, daß der Türke auch ein Familienleben hat, auch wenn er die Tage im Kaffeehaus versitzt und hölzerne Gitterstäbe den Blick in seinen sagenumwobenen Harem verwehren. Der Beg aber empfängt den fremden Gast mit einer Freundlichkeit, die nur noch im Orient zu finden ist, zieht die Teppichpolster zurecht, auf die man sich lümmeln darf, wie es jedem beliebt, verteilt die Schläuche, die in

den Koloß einer Wasserpfeife münden, tischt den unvermeidlichen Kaffee auf und beginnt — das Schweigen. Hier unten wird der Gast so geehrt. Und es wirkt ehrlicher als die übertünchten Höflichkeitsphrasen einer mitteleuropäischen Gesittung.

Das türkische Leben, das die Stadt nur zur Hälfte erfüllt, zieht alle Blicke auf sich, da sein Prunk besticht und seine Exotik die Konkurrenz verdrängt. Doch Bosnien wird von drei Nationen bewohnt, die außerdem im Glauben verschieden sind. Den Mohammed ergebenen Türken stehen katholische Kroaten und orthodoxe Serben gegenüber. (Ihr nationaler Unterschied beginnt ich erst jetzt zu lösen.) Nur selten gelingt der Blick in diese Welt. Der Alltag hält sie umsponnen und es muß ein nationales Fest gefeiert werden, wenn sich ihr derb-natürliches, urwüchsiges Volkstreiben entfalten soll. An solchen Tagen tritt der Türke in den Hintergrund. Auf dem Marktplatz aber fassen sich Jugend und Alter, Mann und Frau an den Händen und stampfen den Kolo im Schweiße ihres Angesichts, vom Staubmeer umwolkt. Der serbische Nationaltanz ist ein asexueller Reigen, ein kindisches Drehen mit Zappeln und Hüpfen. Seine Melodie ist schläfrig, monoton, kennt nur zehn Takte, in denen sich die Glut des südlichen Temperaments verspritzt und hält Sinne und Bewegungstaumel in züchtigen Grenzen. Da sieht man erst, wie unverdorben, natürlich und primitiv das serbische Volk noch fühlt.

Die Menge schaut zu, andächtig, als ob die Tanzenden eine rituelle Handlung zelebrieren würden. Ein Pope mischt sich in den Knäuel. Eine hagere, schwarze Gestalt mit langem Bart, die Ballonmütze über wirres, ungepflegtes Haupthaar gestülpt; das Prototyp eines fanatischen Hetzers, eines Judas Ischariot ohne Entschuldigungsgründe. Und wo er erscheint, beginnt man von Politik zu sprechen, als ob man sonst nicht glücklich wäre. Und man wäre doch viel glücklicher und zufriedener hier unten, wenn dieses jesuitische Popengelichter nicht hetzen, schüren und agitieren wollte. Allzu leicht rauchen die südslawischen Köpfe vor „Politik“ und brennen wie ausgedorrte Strohschober. Es

ist ein Spiel mit dem Feuer, das nur Gewissenlosigkeit sich leisten darf. Und die Popen zünden es heute ebenso an, wie sie dies zur Österreicherzeit taten. Ja, werden diese Männer niemals zufrieden werden. ...?

Am Abend zieht die türkische Musik durch die Straßen und die serbische Jugend betrinkt sich in Wein. Und wenn man die willenlose Ruhe der Muselmanen und die ungebändigte südslawische Leidenschaft betrachtend vergleicht, so muß man sich wundern, daß Kraft hier Überlegung besiegte, daß cholerisches Temperament beschaulicher Melancholie überlegen blieb. Und findet schließlich doch einen guten Kern in dieser jungen Freiheit, die revoltieren müßte, weil sich ihre physische Kraft überschäumend verbrauchen darf, um neuen Platz der Zukunft zu gewähren.

Das bosnische Dorf, die bosnische Stadt, sie schlafen den nächtlichen Schlaf des Gerechten ...



Die Agrarfrage in Südslawien.

Von **Hermann Wendel.***

Mit der Errichtung des südslawischen Staates schließt im wesentlichen die bürgerliche Revolution des Südslawentums ab, die mit dem großen serbischen Aufstand von 1804 begann, sich durch den Illyrismus nach dem Habsburger Reich fortpflanzte, sich 1848 in dem Aufstand gegen die Magyaren offenbarte, in den bulgarischen Schul- und Kirchenkämpfen lebte, in den kroatischen und slowenischen Selbstverwaltungsbestrebungen ihre Wellen schlug und mit dem Balkankrieg von 1912 in ihren letzten entscheidenden Abschnitt eintrat. Da der Sinn dieser weltgeschichtlichen Bewegung wie der jeder bürgerlichen Revolution Abbau des Mittelalters, Überleitung aus der feudalen in die bürgerliche Rechtsordnung und Entkettung des Individuums aus überkommenen Gebundenheiten ist, liegt der SHS-Regierung als brennendste Aufgabe ob, dem zwanzigsten Jahrhundert durch Unrat und Moder vergangener Zeiten breite Bahn zu

* In der „Frankfurter Zeitung".

brechen, und da Südslawien ein Agrarland ist, in dem vier Fünftel der Bevölkerung sich von Ackerbau und Viehzucht nähren, steht an Anfang, Mitte und Ende aller Forderungen die Lösung der Agrarfrage.

Buntscheckig genug sieht der Teppich bäuerlicher Rechts- und Besitzverhältnisse in dem jungen Staate aus, in den Römer, Byzantiner und Türken ihre Fäden hineingewebt haben. Während Serbien seit seiner Selbständigkeit ein klassisches Kleinbauernland ohne Großgrundbesitz ist, in dem der Bebauer der Scholle mit ihrem Eigentümer zusammenfällt, haben, von der elenden Lage der Tschiftschija genannten Pachtsklaven in den eben noch türkischen Strichen Mazedoniens ganz zu schweigen, vierzig Jahre habsburgischen Regimes in Bosnien die seit alters betriebene Ausbeutung der orthodoxen Kmeten durch die mohammedanischen Begs und Agas auf dem Wege eines ungemein fortschrittfeindlichen Erbpachtsystems kaum anzutasten gewagt; in Dalmatien stellt sich das ebenso ehrwürdig alte und ähnlich geartete Kolonat jeder gesunden Entwicklung entgegen; in Kroatien schreien 250 000 bäuerliche Proletarier nach Boden und verfügen rund 4000 Großgrundbesitzer über mehr als ein Viertel der Anbaufläche; in den von magyarischer Herrschaft befreiten südslawischen Gauen ist der Gegensatz zwischen den landhungrigen Kleinbauern und den übersättigten Landlords noch aufpeitschender, und auch in Slowenien befinden sich 250 000 Hektar, zum Teil fideikommissarisch gebunden, in der Hand fremder, meist deutscher Großgrundbesitzer. Wer in diesen Augiasstall, in dem sich unter der Segnung der k. u. k. Machthaber eine Schicht Guano über die andere lagerte, die reinigenden Fluten hineinläßt, darf demnach bei Verwandlung der Zins- und Fronbauern (Kmeten, Kolonen, Tschiftschijas) in freie Eigentümer nicht stehen bleiben, sondern muß zur Aufteilung des Großgrundbesitzes unter die bedürftigen Landproletarier fortschreiten.

Als vor hundert und etlichen Jahren die Serben der Schumadija gegen ihre osmanischen Bedränger aufstanden, lösten sie, durch Paragraphen nicht gehemmte Naturkinder, die Agrarfrage einfach und gründlich nach dem unsentimen-

talen Rezept: Svaki svoga ubite subachu! Schlage jeder den Zinseintreiber seines Grundherrn tot! Dumpfe Erinnerung an jene wirtschaftliche Selbstbefreiung flackerte in den Köpfen der Bauernhaufen, die sofort nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Herrlichkeit in verschiedenen südslawischen Gegenden auf eigene Faust expropriierten und ihren Grundherren den roten Hahn aufs Dach setzten, bis einrückende serbische Truppen die anhebende Jacquerie im Keim erstickten und zunächst einmal die alte legitime Ordnung wiederherstellten. Aber wenn die Regierung auch zur Ernüchterung aller Anhänger des schnellen Reinentischmachens die Agrarfrage, statt durch eine kühne Verordnung den gordischen Knoten zu durchhauen, auf die lange Bank der gesetzgeberischen Erledigung schob, so schien sie doch zu gründlicher Lösung entschlossen. „Jeder Serbe, Kroate und Slowene", hieß es in dem Regierungsprogramm des Prinzregenten Alexander vom 6. Januar, „soll Eigentümer auf seiner Scholle sein. In unserem freien Staat darf es nur freie Grundbesitzer geben." Eine amtliche Kundgebung vom 22. desselben Monats erklärte das Kmeten- und Kolonenverhältnis für abgechafft und kündete die Aufteilung alles Großgrundbesitzes an, der über eine Höchstgrenze von 100 bis 500 Hektar hinausging. Liegenschaften, die den Habsburgern gehörten oder von ihnen ihren Günstlingen geschenkt worden waren — die riesigen Latifundien der Erzherzog Friedrich, Fürsten Thurn und Taxis, Odescalchi, Schaumburg-Lippe kamen hier in Frage — sollten sogar, wie auch während des Krieges erworbene Großgüter ohne jede Entschädigung der Enteignung verfallen; auf derselben Linie bewegte sich die ministerielle Verfügung vom 25. Februar.

Der mit Ausführung der Reform beauftragte Minister für Sozialpolitik war der Sozialistenführer Vitomir Koratsch, einer der ausgeprägtesten Köpfe in der südslawischen Arbeiterbewegung. Aber während die Sozialdemokratie als solche den Standpunkt einnimmt, den ihr ältester serbischer Abgeordneter Dragischa Laptschewitsch vor kurzem erst in einer Broschüre über das Agrarproblem erneut verfochten hat, und für entschädigungslose Beseitigung der Feudalrechte

und Enteignung des Großgrundbesitzes eintritt, legte sich Koratsch, schon als Glied einer Koalitionsregierung statt auf das revolutionäre Aufwaschen in einem auf die Ablösung des überlieferten Rechts und Eigentums gegen angemessene Entschädigung fest, die allerdings nicht wie bei früheren österreichsch-ungarischen Plänen der zu befreiende Bauer, sondern der Staat zu übernehmen hatte. Gleichwohl erschien der keineswegs wilde Reformentwurf, hinter den man füglich nicht gut zurückgehen konnte, den Vertretern des Großgrundbesitzes — nicht nur den weltlichen, denn auch in Südslawien hatte die Kirche allzeit einen guten Magen! — als ultraradikaler Scheuel und Greuel. Während seit April ein einundzwanziggliedriger Parlamentsausschuß, in dem die neue Südslawische Demokratische Partei wie im Plenum die relative Mehrheit und absolute Führung hat, die einzelnen Punkte der Agrarfrage bebrütete, suchten geheime und offene Treiber im Lande der Reform so viel Wasser wie möglich abzugraben; namentlich macht sich der Bund der Grundherren (Saves gospodora) mausig, der für Südslawien die Rolle unseres Bundes der Landwirte zu spielen unternahm, indem er vor den Interessenkarren der großen Bauern auch einen Teil der mittleren und kleinen Landleute zu spannen wußte.

Als Koratsch nicht nur wegen der gegen die Sozialdemokratie gerichteten allgemein reaktionären Strömung, sondern insbesondere wegen Schwierigketien in der Agrarreform sein Amt dem Demokraten Dr. Poljak überließ, zeigten bald Kleinigkeiten und Einzelheiten, daß der zähe Widerstand der Privilegienhüter und Latifundienbesitzer nicht fruchtlos geblieben war. Koratsch hatte die vorläufige Verpachtung von Großgrundbesitz an bedürftige Bauern noch in diesem Jahre eigens zu wählenden Gemeinde-Agrarausschüssen übertragen, und zwar sollten in fünf Klassen [Bauern a) ohne Land, b) mit so wenig Land, daß sie nebenbei noch in Tagelohn gehen müsen, c) mit so viel Land, daß sie es mit ihren Familienmitgliedern bearbeiten können, d) mit so viel Land, daß sie fremde Hilfkräfte heranziehen müssen, e) die nur mit fremden Hilfskräften arbeiten] je zwanzig

Interessenten einen Vertreter wählen, sodaß in diesen Körperschaften die große Zahl der landlosen oder landarmen Bauern das unbedingte Übergewicht haben mußte. Eine Verfügung aus jüngster Zeit aber beschränkt die Mitgliederzahl der Ausschüsse auf acht, von denen die Klassen a, b und c je zwei, die Klassen d und e je einen Vertreter zu wählen haben. Damit wird den landlosen und landarmen Bauern ihre entscheidende Stellung stark beschnitten, denn das Verhältnis derer, die nach Grund und Boden schreien, und derer, die genug Grund und Boden ihr eigen nennen, ist nunmehr gleich zu gleich. Ebenso stößt die Einteilung des Großgrundbesitzes je nach der geographischen Lage in fünf Klassen, in denen die Höchstgrenze des nicht zu enteignenden bebauten Landes zwischen 50 und 300, der Gesamtfläche zwischen 100 und 500 Hektar schwankt, nicht überall auf Zustimmung, obwohl hier die sachlichen Gründe, in erster Reihe die verschiedene Ertragfähigkeit des Bodens und Art der Bebauung, mehr einleuchten.

Aber ob hinter den Gegnern einer ernsthaften Agrarreform manch hochmögender Einfluß steht, ob selbst unter den äußerlich reformfreundlichen Politikern mancher in großen Dingen schlau zu sein versucht, eine gründliche Lösung der Agrarfrage setzt sich doch durch, denn einmal widerfährt es nicht oft in der Weltgeschichte, daß Revolutionen an ihrem eigentlichen historischen Sinn vorbei ins Leere tappen, und zum zweiten sind die südslawischen Bauern, denen die soziale Vergewaltigung solange unter dem Deckmantel nationaler Bedrückung erschien, jetzt nach der nationalen Befreiung mehr denn gierig auch nach Erlösung aus der sozialen Bedrängnis. Durch die breiten besitzlosen und landhungrigen Massen geht ein Gären und Brodeln, ein Drängen und Stoßen; nicht nur von der Landbevölkerung in Dalmatien wird die stehende Redensart berichtet: Regierung und Regent haben uns Land geschenkt; wir erkennen keinen Grundherrn mehr an, geschweige, daß wir Abgaben für Land zahlen, das wir bebauen, und als Ende Juni in Belgrad unter Vorsitz des Ministers Poljak eine Sitzung aller von der Agrarfrage Berührten stattfand,

umbrandete die Vertreter des bosnischen Großgrundbesitzes, die ein Lamento ob zu niedriger Entschädigung anstimmten, Haß und Erbitterung der Kmeten. Hinaus! schrie man, und an alte Lieder gemahnend: Ihr werdet nicht mehr das Blut des Volkes trinken! und ähnliches, und nach Abzug der Geschmähten ging man mit einzelnen des Bauernſegens verdächtigen Besitzern besonders scharf ins Gericht.



England und die Türkei.

Eines der verwickelsten Probleme neben den Balkanfragen und von dort übergehend und politisch übergreifend ist für die Entente die Lösung der türkischen Frage. Sir Theodore Morison tritt in dem Juliheft von „Nineteenth Century“ aufs schärfste den von England begünstigten Zerstückelungsplänen der Türkei entgegen:

Es ist Zeit, daß man sich in England des Ernstes der Vorgänge im Orient bewußt wird. Die ganze mohammedanische Welt steht wegen der vorgeschlagenen Aufteilung der Türkei in Flammen. Wutausbrüche, wie sie sich in so weit voneinander entlegenen Orten wie Kairo und Kabul zutrugen, sind nur Symptome der weitverbreiteten Erbitterung. Die Zeitungen haben nur wenig über diese Vorgänge wissen lassen, und die Mohammedaner, denen die Fähigkeit moderner Publizistik abgeht, haben ihrer Sache nur unvollkommen Ausdruck verliehen. Aber Militärs und Verwaltungsbeamte, die den Orient kennen, fühlen ernste Sorge über die Art, mit der die berechtigten Interessen des Islams in Paris behandelt werden. Die offenbar auf der Friedenskonferenz herrschende Ansicht, auf der, nebenbei bemerkt, kein einziger mohammedanischer Vertreter Indiens anwesend ist, ist, daß außerhalb der Türkei nirgends Sympathie für die Türken vorhanden ist. Das ist ein verhängnisvoller Irrtum. Man braucht nur die indischen Mohammedaner in London zu sprechen, um zu hören, zu welcher Weißglut ihr Zorn sich gesteigert hat. In ganz Indien, von Peschawar

bis Arlot, ist die Erbitterung der Mohammedaner beispiellos. England darf also aus eigenstem Interesse den Untergang des osmanischen Reiches nicht zulassen. Aber noch ein höherer Grund spricht gegen diese unkluge Politik: England hat sein Wort verpfändet, daß die türkische Souveränität nicht vernichtet werden soll. Viele Engländer haben das vergessen. Bei der breiten Masse ist diese Vergeßlichkeit im Drange der Ereignisse begreiflich, aber für unsere Staatsmänner gibt es dafür keine Entschuldigung.

In seiner Rede vom 5. Januar 1918 weist Lloyd George zunächst die uns zugeschriebenen aggressiven Tendenzen in bezug auf Deutschland zurück und fährt dann fort: „Ebensowenig kämpfen wir, um die Türkei ihrer Hauptstadt zu berauben, noch der reichen Gegenden von Kleinasien und Thrazien, deren Bevölkerung vorwiegend türkischen Stammes ist.“ Und an anderer Stelle: „Während wir den Bestand des türkischen Reiches in den Stammlanden der türkischen Rasse mit ihrer Hauptstadt Konstantinopel — die Durchfahrt zwischen Mittelländischem und Schwarzem Meere müßte neutralisiert und internationalisiert werden — nicht in Frage stellen, so haben unseres Erachtens Arabien, Armenien, Mesopotamien, Syrien und Palästina ein Recht auf Anerkennung ihres eigenen nationalen Lebens.“

Das ist ein ganz unzweideutiges Versprechen. Thrazien, Konstantinopel und ganz Anatolien, mit Ausnahme der anatolischen Vilajets, sollen unter türkischer Souveränität bleiben. Es war ein Versprechen, das gegeben wurde 1918, zu der kritischen Zeit, in der Deutschland seine große Offensive vorbereitete. Es war ein Versprechen gegeben, um die Loyalität von 80 Millionen Mohammedanern des britischen Reiches in den dunklen Tagen, die bevorstanden, zu gewährleisten. Und nun hören sie, wie halb Anatolien an Italien, Smyrna nebst Hinterland an Griechenland gegeben und die Türken aus Thrazien und Konstantinopel vertrieben werden sollen. Ist ihre Wut erstaunlich? Teilt nicht jeder Engländer, der weiß, was Englands Wort bisher im Orient galt, ihre Entrüstung? Die Diplomaten des Hotels Majestic mögen sich über die schönen Worte, mit denen man den Krieg begann,

hinwegsetzen, aber wir einfachen Leute, die wir unser Khaki anzogen, um für die Heiligkeit internationaler Verträge einzutreten, haben keine Lust, an einem Treubruch teilzunehmen, der nicht harmloser ist als Deutschlands Bruch der Neutralität Belgiens.



Die Armeniergreuel.

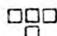
Die feindliche Presse hat während des Krieges besonders schwere Anschuldigungen gegen uns wegen der Armeniergreuel erhoben. Mit Vorliebe wurde es von den Hetzblättern so dargestellt, als ob Deutschland die Morde und Vergewaltigungen ruhig zulasse, ja sogar billige, und die von den Türken begangenen Untaten wurden völlig auf das Schuldkonto ihrer Verbündeten geschrieben. Wie unrecht man der deutschen Regierung damit getan hat, beweist das umfangreiche Werk „Deutschland und Armenien“, das Dr. Johannes Lepsius, seit Jahrzehnten ein eifriger Kämpfer für die Armenier, auf Grund des gesamten Aktenmaterials des deutschen Auswärtigen Amtes veröffentlicht hat.

Die von Lepsius veröffentlichten Aktenstücke beweisen, wie groß die Entrüstung der Deutschen über die armenischen Vorgänge war und wie unermüdlich die deutschen Diplomaten und Heerführer sich gegen diese Maßnahmen der Türken gewandt haben. So überreichte der deutsche Botschafter vom 4. Juli 1915 persönlich dem Großwesir ein Memorandum, das die bereits im Juni gemachten Vorstellungen gegen „solche schmachvolle Vorfälle“ in feierlichster Form wiederholte. In einem Zusatz vom 9. August weist der Botschafter die Pforte darauf hin, daß man in der öfentlichen Meinung schon glaube, „daß Deutschland in seiner Eigenschaft als verbündete und befreundete Macht der Türkei diese Gewalttaten gebilligt oder sogar inspiriert habe.“ Die Pforte gab scheinbar nach, kehrte sich aber in Wirklichkeit nicht an die deutschen Proteste, und die deutsche Diplomatie war dagegen machtlos. „Die Pforte“, schrieb am 16. Juli 1915 der Botschafter Freiherr v. Wangenheim an den Reichskanzler, „fährt trotz der wiederholten eindringlichen Vorstellungen fort, die Armenier zu deportieren und der Vernichtung preiszugeben. Wir können sie nicht daran hindern und müssen ihr die Verantwortung für die wirtschaftlichen und politischen Folgen dieser Maßregel überlassen.“ 1916 erklärte der Staatssekretär Zimmermann im Reichshaushaltungsausschuß: „Unser Botschafter hat sich direkt den Unwillen des Großwesirs und des Ministers des Innern zugezogen. Nach drei Monaten seiner Tätig-

keit haben diese gesagt, der Botschafter scheine nichts anderes zu tun zu haben, als sie immer in der Armeniersache anzuöden."

Dennoch gab der deutsche Botschafter seine Bemühungen für die Armenier nicht auf, mit dem einzigen Erfolg, die Türkei immer mehr zu verärgern. Darüber besagt eine Aufzeichnung des Staatssekretärs vom 19. März 1918: „Die Regierung ist bei ihrem Druck auf die türkische Regierung bis zur äußersten Grenze gegangen. Die Verantwortung dafür, durch einen Bruch mit der Türkei wegen der Armenierfrage die Südostflanke unserer Weltkampfstellung zu entblößen, hätte keine deutsche Regierung tragen können." Die Pforte erklärte kategorisch in einer am 1. März 1916 überreichten Denkschrift: „Die Kaiserliche Regierung, fest entschlossen, ihre absolute Unabhängigkeit zu wahren, konnte natürlich keine Einmischung, unter welcher Form auch immer, in ihre inneren Angelegenheiten zulassen, wäre es auch selbst von der Seite ihrer verbündeten Freunde."

Selbst von der Goltz wurde von Enver bei seinen Vorstellungen schroff abgewiesen, erreichte aber die Rettung der Armenieur von Mossul, ebenso wie Liman von Sanders die Bedrohten Smyrnas rettete. In eindringlichen Briefen hat General v. Preß das Flüchtlingselend aus der letzten Phase des Weltkrieges im Kaukasus geschildert und Abhilfe gefordert. Die deutschen Konsuln sparten nicht mit Berichten an die Botschaft in Konstantinopel, aber ihre Macht reichte zum Eingreifen nicht aus. Die deutschen Missionare haben ihr möglichstes für die Armenier getan, und überhaupt sich alle Deutschen für die Vertriebenen eingesetzt: die Zentrumspartei und die Sozialdemokraten in der Heimat, die Direktoren der Anatolischen Bahn in Konstantinopel, die Lehrer von Konia und viele andere.



Wirtschaftliche Übersicht.

Ungarn.

Die Landwirtschaft während der Räteregierung. Ungarn ist während vier Monaten unter der Diktatur des städtischen Proletariats gestanden und so konnte man vergessen, daß Ungarn, so klein auch dessen Territorium in Zukunft sein mag, ein agrarischer Staat bleiben und daß nicht bloß seine wirtschaftliche Kraft in der landwirtschaftlichen Produktion die Hauptstütze finden wird, sondern auch gut 80 Prozent der Bevölkerung außerhalb Budapests in der Landwirtschaft tätig sein werden. Während der Rätediktatur machte sich deren Herrschaft hauptsächlich in Budapest und in wenigen Städten Ungarns fühlbar, aber auch die landwirtschatliche Produktion blieb nicht unberührt hiervon. Formell wurde die Aufteilung des Großgrundbesitzes beschlossen und zum größten Teile auch praktisch durchgeführt, das heißt, nach der Richtung, daß die bisherigen Großgrundbesitzer oder Großpächter entsetzt oder verjagt oder im besten Falle als Beamte oder Angestellte auf dem Gute belassen wurden. Eine tatsächliche Aufteilung hat jedoch nur in seltenen Fällen stattgefunden und die großen Gutkomplexe bleiben als solche vorläufig erhalten und wurden nur gemeinwirtschaftlich verwaltet. Diese gemeinwirtschaftliche Verwaltung drückte sich darin aus, daß die Verwalter, Beamten, Schaffer ungeheure Gehalte erhielten und die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter fast den städtischen Löhnen gleichgestellt wurden. Dessenungeachtet konnten die landwirtschaftlichen Arbeiten nicht vollkommen durchgeführt werden. Schon im Herbst war infolge der politischen Wirren, zum Teil auch durch Arbeitermangel der Anbau stark zurückgeblieben. In vielen Gegenden verfaulten Kartoffeln, Rüben und Mais auf dem Felde. Auf den Gütern des ehemaligen Großgrundbesitzes konnte durch die „gemeinwirtschaftlichen Verwaltungen" auch der Frühjahrsanbau nicht nachholen, was im Herbst versäumt war. Das Bild im großen und ganzen ist das folgende: Auf den Bauerngütern ist sowohl im Herbst als auch im Frühjahr ganz ausreichend angebaut worden, wenn auch die Bodenbearbeitung manches zu wünschen übrig ließ und der Mangel in der Verwendung

von Kunstdünger sich fühlbar machen wird. Hingegen ist die Anbaufläche auf den Gütern des Großgrundbesitzes stark zurückgegangen und die Bodenbearbeitung eine vollständig ungenügende. Trotz dieser ungünstigen Vorbedingungen kann die Ernte aber doch noch immerhin als eine mittlere bezeichnet werden. Die Erntearbeiten scheinen zum Teil durchgeführt, zum Teil noch im Zuge zu sein, wenn auch überall Leutemangel herrschte. Es waren zwar von der Regierung städtische Arbeiter und Rotgardisten zur Erntearbeit auf das Land kommandiert worden, aber der Bauer trachtete, die unliebsamen Gäste so rasch als möglich los zu werden. Der Viehbestand ist durchaus nicht ungünstig, wenn auch Jungvieh überwiegt. Ebenso hat sich der Schweinebestand und das Federvieh im Laufe des Winters stark vermehrt. Die Requisitionen der Roten Armee haben zwar manche Lücke gerissen, die aber dank der guten Futterernte bald wieder ausgefüllt werden dürften. Die Verpflegung auf dem Lande ist nach wie vor vorzüglich. Nur waren die Bauern ebenso aus politischen Gründen, als weil sie das weiße Geld nicht wollten und im Tauschwege aus Budapest keine Waren erlangen konnten, nicht zu bewegen, etwas für die Approvisionierung Budapests zu tun. Sie lieferten nur, was ihnen zwangsweise abgenommen wurde. Darin wird sich auch erst in einiger Zeit etwas ändern. Der Bauer muß erst Vertrauen in die neuen Verhältnisse bekommen und seine Delegierten müssen auch in der Regierung sitzen. Auch muß er wieder Kleider, Schuhe, Ackergerät kaufen können, ehe er sein Getreide oder Vieh hergibt, denn sein „blaues Geld" hat er in Hülle und Fülle, und weder dieses, noch viel weniger neues Geld wird ihn verkaufslustig machen. Daher muß Budapest wohl nach Aufhören der Blockade bis zur völligen Beruhigung vom Auslande versorgt werden, und das Urteil Hoovers, daß Ungarn in diesem Jahre kleine Ernährungszuschübe brauchen wird, ist wohl richtig. Bisher waren die Budapester Mühlen noch kaum in der Lage, arbeiten zu können, weil die Bauern noch kein Getreide abgeliefert haben, und es wird noch einige Zeit dauern, bis in diese Verhältnisse eine Veränderung eintritt und die Mühlen halbwegs reguläre Tätigkeit treten. Ebenso wird der Budapester Schweinemarkt, der unter der Räteregierung absolut verödet lag, wohl nicht so bald wieder beschickt werden. Die Kampagne 1919/20 wird daher sicher noch kein normales Bild über die landwirtschaftliche Produktion in Ungarn geben. Dennoch muß man daran festhalten, daß Ungarn, selbst wenn Westungarn abgetrennt wird, die fruchtbarsten Gebiete der Theiß und des Banat an Rumänien und den serbischen Staat wird abtreten müssen und die Slowakei mit ihren guten Gersten- und Rübengebieten czecho-slowakisches Gebiet wird, doch ein Agrarland bleibt, dessen Weizenproduktion ansehnliche Exportüberschüsse liefern wird. Auch sollen Eier, Hühner und Gänse ebenso wie Ochsen und Schweine auf den Wiener Markt kommen. Allerdings wird

dies erst nach Wiederkehr ruhiger politischer Verhältnisse möglich sein, die eine normale landwirtschaftliche Produktion gestatten.



Die Umwälzungen in Ungarn auf wirtschaftlichem Gebiet. Der politische Umschwung in Ungarn dürfte auch große Veränderungen auf wirtschaftlichem Gebiet nach sich ziehen. Ungarn ist heute völlig von Waren entblößt; alle Branchen bedürfen der völligen Neuauffüllung. Eine Reihe von Anzeichen deutet darauf hin, daß mehrere der neuen Nachbarn des Landes dieser Situation schon seit geraumer Zeit ihre Aufmerksamkeit geschenkt und weitgehende Vorbereitungen für die wirtschaftliche Neuerschließung Ungarns im Interesse ihrer eigenen Industrien getroffen haben. In kurzer Zeit wird das Land voraussichtlich von französischen, italienischen, amerikanischen, aber auch tschechischen Fabrikaten überschwemmt sein. Will der deutsche Markt seinen alten Absatz in Ungarn nicht in kürzester Zeit verlieren, so wird er unverzüglich alles daran setzen müssen, auch seinerseits an diesem Wettbewerb teilzunehmen: vor allem ist die Entsendung deutscher Reisender ein Gebot des Augenblicks, die sich an Ort und Stelle über die dringendsten Bedürfnisse, die Zahlungsmöglichkeiten usw. informieren müssen.

Bulgarien.

Bulgariens wirtschaftliche Lage. Die von der Deutsch-Bulgarischen Gesellschaft herausgegebenen Mitteilungen geben über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Bulgariens Auskunft. Wir entnehmen daraus, daß die Ententemächte alles aufbieten, um die Mittelmächte in wirtschaftlicher Hinsicht zu verdrängen; hierbei wird Italien eine besondere Rolle spielen, dessen Gegensatz zu den Ingo-Slawen sich lebhaft bemerkbar macht. Wenn auch die Blockade über Bulgarien aufgehoben wurde, so spürt man davon bisher wenig. Serbische und kroatische Handelshäuser suchten direkt und indirekt Beziehungen anzuknüpfen, was ihnen jedoch bisher nicht gelang, hauptsächlich auf Betreiben der Franzosen, die auf große Tabakvorräte, namentlich in Philippopel, wo die größten Tabaklager vorhanden sind, Beschlag gelegt haben, hierdurch deutsche Interessen empfindlich schädigend. In wirtschaftlicher Hinsicht stockt alles, es findet keine Aus- und Einfuhr statt, bei vollständiger Post- und Geldabsperrung von ganz Europa. Die Teuerung ist unerträglich geworden, die Preise steigen fortgesetzt und haben vielfach eine unsinnige Höhe erreicht. Auf eine nennenswerte Getreideausfuhr nach Friedensschluß ist wenig Hoffnung zu setzen, da der bekanntlich sehr konservative bulgarische Bauer nach vier verhältnismäßig schlechten Ernten während der

Kriegszeit nichts oder nur wenig verkaufen wird, bevor er nicht seine leeren Speicher wieder gefüllt und sich eine Reserve für eventuelle Mißernten geschaffen hat, wie er dies von seinen Vorfahren her gewohnt ist. Für die Ausfuhr bleiben dann in erster Linie übrig Tabak, Mohn, Anis, Eier, Häute, Felle, Rosenöl. Bessere Aussichten bestehen für die Einfuhr, zumal der Bauer durch den großen Nutzen, den ihm der Verkauf seiner sämtlichen Erzeugnisse in den letzten Jahren brachte, gelernt hat, auch Geld auszugeben. Im ganzen Lande macht sich nach sieben schweren Kriegsjahren das Bedürfnis nach Ruhe und Frieden deutlich bemerkbar. Man ist der Politik und des politischen Haders völlig überdrüssig geworden. Die gebildeten Kreise in Sofia und den größeren Städten fühlen schwer die geistige Absperrung vom westlichen Europa; sie sehnen die Aufnahme der kulturellen Beziehungen mit Deutschland, mit dem sie bis zum Abfall Bulgariens — den sie noch immer schmerzlich empfinden — in regem literarischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Verkehr gestanden, sehr herbei, zumal sich die Vertreter der Ententemächte, besonders die französischen Offiziere, keiner Beliebtheit erfreuen. Gute Kenner des Landes sehen mit Vertrauen in seine Zukunft, denn bei dem arbeitsamen und energischen, nüchternen und strebsamen Volk wird sich die Landwirtschaft als Grundlage des ganzen Staates bald wieder emporarbeiten und dann wichtige Exportwerte schaffen.

Griechenland.

Aus dem griechischen Wirtschaftsleben. Die griechische Industrie hat im letzten Jahrzehnt einen beachtenswerten Aufschwung zu verzeichnen; durch den Krieg hat sie noch an Kapitalkraft gewonnen und verspricht bei intensiverm Ausbau in Zukunft noch günstigere Erfolge. Nach einer von der griechischen Regierung im Jahre 1918 veranstalteten Umfrage gibt es in Griechenland 2218 kleinere und größere Fabriken, die im ganzen 36 124 männliche und weibliche Arbeiter beschäftigten. Davon sind 1188 kleinere Betriebe mit 1—5 Arbeitern, 743 mittlere Unternehmungen mit 6—25 Arbeitern und 282 größere Betriebe mit über 26 Arbeitern. Unter den letztgenannten Betrieben, die die eigentliche Großindustrie Griechenlands darstellen, nehmen die erste Stelle die Spinnereien und Webereien ein, deren man 28 mit über 10 000 Arbeitern zählt; es folgen 72 Lebensmittelfabriken, 28 Maschinenfabriken, 23 chemische Fabriken, 16 Gerbereien und Fabriken für Ledererzeugung und andere kleinere Fabriken. Von den 282 größern Betrieben entfallen 222 (mit 17 841 Arbeitern) auf Alt-Griechenland, 60 auf die neuern Gebiete (Mazedonien, Epirus, Ägäische Inseln) in welch letztern die Spinnereien und Webereien gleichfalls den ersten Platz einnehmen. Der Wert der Installationen beziffert sich für sämtliche 2213 Fabriken auf

260 363 647 Drachmen, wovon auf die Großbetriebe allein 163,35 Mill. Drachmen entfallen. Der Gesamtwert der Jahreserzeugung sämtlicher Fabriken beträgt $872\frac{1}{4}$ Millionen, wovon auf die 282 Großbetriebe 514,9 Millionen entfallen. Die zwölf großen Dampfmühlen des Landes weisen eine Jahreserzeugung im Werte von $236\frac{1}{3}$ Millionen auf. Von den Fabriken arbeiten 570 mit Dampfkraft, 583 mit Elektrizität, 326 mit Wasserkraft, 308 mit Gas- und 285 mit Petroleummotoren.

Rumänien.

Rumäniens Rohölerzeugung. Nach „L'Information" vom 18. Juli betrug die rumänische Rohölerzeugung von November 1918 bis einschließlich April ds. Js. 605 958 Tonnen. Die Erzeugung der einzelnen Monate war die folgende: Oktober 110 225, November 52 015, Dezember 76 646, Januar 81 986, Februar 81 877, März 100 494, April 101 715. Das ergiebigste Gebiet ist nach wie vor Morent, worauf 40 bis 50 Prozent der gesamten Erzeugung entfallen. An zweiter Stelle kommt Bushtenari, an dritter Ochiuré und Baicoi. Das einst so reiche Campina ist auf 7—8000 Tonnen im Monat zurückgegangen. Aus den Zahlen ergibt sich, daß selbst im April das Ergebnis des letzten deutschen Besetzungsmonats noch nicht erreicht war.



Rumänische Messe 1920. Nach der „Schweizer Export-Revue" ist in Bukarest unter Vorsitz des rumänischen Handelsministers für 1920 eine Ausstellung von Warenproben usw. geplant. Nach Mitteilung einer Kopenhagener Zeitschrift sind dänische Kaufleute und Industrielle aufgefordert worden, sich an der Messe zu beteiligen.



Der Deutsch-Rumänische Wirtschaftsverband E. V. hielt kürzlich seine satzungsgemäß einberufene zweite ordentliche Mitgliederversammlung in Berlin ab. Der Vorsitzende, Handelsrichter Behrendt, erstattete den Jahresbericht, nach welchem die Tätigkeit des Verbandes insbesondere auch die Einziehungstätigkeit seiner rumänischen Niederlassungen, sich sehr befriedigend gestaltet hat, und der Erfolg noch günstiger gewesen wäre, hätte nicht der Verband wegen des überstürzten Rückzuges aus Rumänien seine Arbeit dort bis auf weiteres einstellen müssen. Einstimmig wurde der satzungsgemäß ausscheidende Vorstand und Ausschuß wieder- und an Stelle von zwei ausgeschiedenen Mitgliedern des Ausschusses die Herren Direktor Rich. E. Pestel von der Direktion der Disconto-Gesellschaft und Direktor Ullner von der Deutschen Erdöl A.-G. neu

hinzugewählt. Auch die im Hinblick auf die Friedensarbeit des Verbandes und infolge veränderter Verhältnisse erforderliche Satzungsänderung wurde einstimmig angenommen.



Die diesjährige Ernte und der Getreideexport. Nach allen Blättermeldungen steht die diesjährige Ernte in ganz Großrumänien außerordentlich gut. Nur fürchtet man, daß infolge des Mangels an Arbeitskräften 15—20 Prozent des Getreides verlustig gehen könnten. Immerhin ist allein schon durch die Ernte in Transylvanien, Bessarabien und der Moldau der Bedarf des Landes vollauf gedeckt, sodaß die Bodenerzeugnisse der Bukowina und Wallachei für den Export verwendet werden können. Zunächst ist jedoch noch jeder Export streng untersagt. Im Inland dagegen ist der Handel mit Getreide vollkommen frei, wenngleich es Brot immer noch auf Karten gibt.



Rumänien und Italien. In Italien schreitet man zur Bildung eines Konsortiums der vier größten Banken des Landes und zwar der Banca d'Italia, Banca Comerciale, Banca di Sconto und Banca di Roma, welches die Handelsbeziehungen zwischen Italien und Rumänien erleichtern soll. Den rumänischen Kaufleuten soll ein einjähriger Kredit gewährt werden und zwar in der Weise, daß der Gegenwert der bestellten Waren in Lei (plus 10—15 Prozent als Garantie für die Kursdifferenz) bei der Zweigniederlassung des angeführten italienischen Konsortiums in Bukarest hinterlegt wird. Auf diese Weise wird Rumänien die augenblickliche hohe Kursdifferenz erspart.

Tschecho-Slowakei.

Die deutsche Industrie in Böhmen. Der tschechische Handelsminister Dr. Heidler äußerte sich einem Schriftleiter des Prager Tagblattes gegenüber über das Verhältnis der deutschen und der tschechischen Industrie, über die Zwangssyndikate und die Reformbedürftigkeit der Ausfuhr- und Valutapolitik und sagte u. a. gegenüber den Befürchtungen, als ob die deutsche Industrie hinter der tschechischen zurückgesetzt würde, es sei undenkbar, daß in einem Staate Verkehrsbeschränkungen eingeführt werden, die eine verschiedene rechtliche und wirtschaftliche Grundlage für einzelne Gruppen der gewerblichen Arbeiten festlegen würden. Das könnte man schon mit Rücksicht auf die wechselnde Arbeiterschaft nicht durchführen, da man den Arbeiter nicht an die begünstigten Unternehmungen binden könne. Die deutschen und tschechischen Industriellen hätten bisher alle Fragen durch gemeinsame Arbeit gelöst. Die deutschen

Industriellen und Arbeiter bilden eine viel zu große wirtschaftliche Macht, als daß die Tschechen ohne sie auskommen könnten, und die Tschechen laden sie deshalb zur Mitarbeit auf gleichberechtigter Grundlage ein. Das Syndikatwesen muß unbedingt umgestaltet werden, die Einfuhrsyndikate dürften dem einzelnen nicht mehr die Möglichkeit nehmen, seine besonderen Beziehungen aufzunehmen. Auch die Devisenzentrale müsse neu gestaltet werden. Die nordböhmischen Industriebezirke, in denen wichtige Ausfuhrzweige vereinigt sind, bedürfen einer besonderen Rücksicht, denn die Glas-, Porzellan- und die Gablonzer Industrie verdienten eine entschiedene Förderung, da sie dem tschechischen Staate im Auslande von hohem Nutzen sei, keine nennenswerten Einfuhrforderungen stelle, andererseits aber hohe Beträge schaffe, die eine Belebung derjenigen Industriezweige ermöglichen, die auf eingeführte Rohstoffe angewiesen seien.

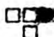
Türkei.

Türkische Finanzen. Seitdem die Verbindung Deutschlands mit der Türkei abgeschnitten ist, fließen die Nachrichten über die türkischen Finanzen aus trübster Quelle. Der britische Delegierte Block berichtete jüngst seiner Regierung, es sei wenig wahrscheinlich, daß die Schuld an Deutschland je bezahlt würde. Aber dennoch sei die Lage der Türkei durch den großen Verlust an Bevölkerung durch den Krieg, Hunger, Krankheiten und Massenmorde für Jahre hinaus hoffnungslos. Nachdem durch Gesetz vom 24. November 1915 die türkische Regierung die Zinszahlung an feindliche Ausländer einstellte, war es gelungen, die Zinsen an deutsche, österreichische und türkische Gläubiger zu zahlen und den Reservefonds auf der normalen Höhe von etwa 2 Millionen türkischen Pfund zu halten. Trotzdem ist es zurzeit nicht möglich, die rückständigen Zinsen an die Ententegläubiger zu zahlen, jedenfalls nicht, bevor der Friede unterzeichnet ist und der türkische Kurs sich gebessert hat, und daher erhält die türkische Regierung einstweilen die üblichen 75 Prozent aus den Überschüssen der Dette Publique jedenfalls nicht ausgezahlt, ehe die rückständigen Zinsen voll bezahlt sind.



Gegen die Liquidation der deutschen Banken in Konstantinopel. Nach der deutschen Regierung von den Alliierten erteilten Aufschlüssen, über die Lage der deutschen Banken in Konstantinopel ergibt sich, daß nach Ansicht der Alliierten „die alliierten Behörden in der Türkei die Liquidation der deutschen und österreichischen Banken in Konstantinopel nicht verfügt haben, sondern nur eine Kontrolle über diese Banken eingesetzt haben, um zu ver-

hindern, daß sie sich mit Geschäften abgeben, die den Interessen der Alliierten entgegenlaufen." Demgegenüber hat die deutsche Regierung die Alliierten kürzlich darauf aufmerksam gemacht, daß allerdings laut einem Schreiben des britischen Höchstkommandierenden in Konstantinopel vom 28. Jan. ds. Js. nur die Einsetzung einer interalliierten Finanzkontrolle verfügt worden ist. Diese interalliierte Kontrollkommission hat aber in einem Schreiben vom 8. März 1919 den Direktor der Filiale der Deutschen Bank in Konstantinopel sowie die Filialen der anderen dortigen deutschen Banken benachrichtigt, der interalliierte Oberkommissar habe beschlossen, daß die Schließung der Filialen der deutschen Banken in Konstantinopel notwendig sei. In diesem Schreiben kommt das Wort Liquidation allerdings nicht vor, sondern es wird dort von „Fermeture" gesprochen. Eine solche ist aber ohne Liquidation nicht möglich. Tatsächlich hat auch die Finanzkontrolle fortgesetzte Maßnahmen verfügt, die der Liquidation der Banken gleichkommen. So hat sie insbesondere die Direktionen aufgefordert, schriftlich an ihre sämtlichen Debitoren heranzutreten, damit sie ihre Schuld bei den Banken abzahlen. Ferner hat sie die Gläubiger und Depotkunden aufgefordert, ihre Guthaben und Effekten abzuheben. Diese Maßnahmen können schwerlich „zur Verhinderung von Operationen, die den Interessen der Alliierten entgegenlaufen", getroffen worden seien. Da nach den bisherigen Erklärungen der alliierten Regierungen eine Liquidation der Filialen der deutschen Banken in der Türkei nicht beabsichtigt ist, so ist an die Alliierten deutscherseits am 13. Juli das Ersuchen gerichet worden, ihre Vertreter in Konstantinopel anzuweisen, alle entgegenstehenden Verfügungen und Maßnahmen unverzüglich rückgängig zu machen.



P 34

VI. JAHRGANG ▪ SEPT./OKTOBER 1919 ▪ 6./7. HEFT

SÜDOST

BALKAN-REVUE

EINE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER: OTTMAR E. STRAUSS

AUS DEM INHALT:

ABONNEMENTSPREIS JÄHRLICH 24.— M.

BALKAN-VERLAG ▪ G.M.B.H.
BERLIN-FRIEDENAU ▪ MAYBACHPLATZ 18

VI. Jahrg.	Sept./Okt. 1919	Heft 6/7

Die Griechen.

Von Professor Dr. **Koussidis.**

Griechenland hat im Weltkrieg schwer gelitten. Die Sympathien des deutschen Volkes blieben den Griechen auch erhalten, als Venizelos es endlich erreicht hatte, auch Griechenland in den Krieg hineinzutreiben, denn Deutschland wußte, daß der echte Sinn der Griechen mit König Konstantin in die Verbannung gezogen war. Uns liegt es natürlich fern, in Griechenlands innere Angelegenheiten uns einmischen zu wollen; wir geben aber im folgenden gern einem hervorragenden griechischen Politiker und Gelehrten das Wort, der die augenblicklich gegebene Gestaltung der Dinge in Griechenland nicht für endgültig hält.

Ethnologie Griechenlands.

Athen hatte im Altertum so viele Eulen, daß man den Versuch, eine vielbesprochene, bereits veraltete Aufgabe als neu zu behandeln, mit dem Spruch „Eine Eule nach Athen bringen" bezeichnete. In Deutschland ist soviel über Alt- und Neugriechenland geschrieben worden — und was blieb doch unerforscht und unerschöpft in diesem wunderbaren Lande —, daß ich kaum etwas Neues hinzuzufügen hätte. Immerhin hoffe ich, daß die Auffassung eines Griechen über das nationale Gewissen, die politischen und sozialen Probleme, sowie die Psyche des griechischen Volkes nicht ohne Interesse vom deutschen Publikum gelesen werden wird, zumal ich mich bemühen werde, die verschiedenen Fragen auf das Niveau der deutschen Intellektualität zu reduzieren oder vielmehr zu erhöhen und hie und da auch beide Völker zu vergleichen.

Unser Nationalinstinkt, den wir Griechen ohne jegliche

Ausnahme von den Universitätsprofessoren bis zu den Hirten von Parnassos teilen, sagt uns, daß wir Nachkommen der alten Hellenen sind. Dieser Instinkt, der ja auf jahrhundertelangen Traditionen beruht, ist schon ein Beweis an und für sich und zwar ein sehr großer. In der dreitausendjährigen Geschichte Griechenlands gab es Invasionen von allerlei Völkern, welche notwendigerweise eine Rassenvermischung herbeiführten, die jedoch so unbedeutend war, daß sie den hellenischen Kern nicht abändern konnte. Nie mehr ist im Laufe der Zeit das fremde Blut, welches Anfangs zur Belebung der ewigen griechischen Rasse diente und dieselbe vor Entartung schützte, völlig aufgesogen worden. Denn nach der erweiterten Malthustheorie entspricht einer arithmetischen Progression der Generation eine gometrische Abnahme des fremden Blutes bei gemischten Ehen, so daß das fremde Blut sehr bald ohne Einfluß bleibt. Voraussetzung dabei ist, daß die Invasion nicht ständig von außen genährt wird und daß die Eindringlinge die Minderzahl bilden. Beides war der Fall bei der slawischen Invasion, die nur berücksichtigt werden muß. Denn der Römer, die Kreuzfahrer und die Venezianer schlossen fast nie Ehen mit dem griechischen Volke, welches sie in der Regel als Parias betrachteten. Noch schärfer war die Trennung zwischen Griechen und Türken. Ein Türke darf zwar eine Griechin heiraten, nur müssen unbedingt die Kinder Muselmanen werden; eine Türkin wird jedoch nach dem türkischen Scheriatrecht mit dem Tode bestraft, wenn sie einen Christen heiratet. Danach haben die Türken viel griechisches Blut (denn außer den gemischten Ehen sind viele Griechen gezwungen worden zum Islam überzutreten, während das Umgekehrte unmöglich ist, weil ein Türke, der seinen Glauben leugnet, mit dem Tode bestraft wird), die Griechen aber fast kein türkisches. Die Perser, Goten, Hunnen, Bulgaren, welche auch ins Land eindrangen, blieben nur sehr kurze Zeit und gingen bald wieder weg, nachdem sie das Land verheert hatten. Die Albanesen, die immer noch in unmittelbarer Nähe Athens wohnen und ihre Sprache bewahren, zähle ich nicht; erstens weil sie größtenteils unter sich heiraten;

zweitens weil ihre Ansiedelungen dieselben geblieben sind, wie in der Zeit, wo sie eingewandert sind; drittens weil die Albanesen, die bis jetzt keine Schriftsprache besitzen und durchweg griechisch schreiben und auch sprechen, vollständig das griechische Nationalbewußtsein haben. Am griechischen Freiheitskampfe haben sie sich am regsten beteiligt und man kann sagen, daß die albanesisch sprechenden Soldaten auf dem Lande und die albanesischen Insulaner auf den Inseln Hydra und Spetzae (Psara, die dritte Heldeninsel, die Vaterstadt vom Seehelden Kanaris ist griechisch sprechend) auf der See in diesem großen Heldenkampfe einen Ehrenplatz errungen haben. Heute noch ist der Vizeministerpräsident (wir wollen von der verfassungsmäßigen oder verfassungswidrigen Konstituierung der aktuellen griechischen Regierung absehen) ein Albanese; ebenfalls sind Albanesen der griechische Generalissimus Danglis und der Admiral und Marineminister Kunduriotis, sowie viele höchste Beamte und Offiziere namentlich in der Marine. Kurzum, die griechischen Albanesen haben nicht das geringste Gefühl, daß sie einer anderen Rasse zugehören könnten als der griechischen. Wohlverstanden, ich spreche von den griechisch-orthodoxen Albanesen, denn die muselmannischen Albanesen denken nicht alle griechisch; aber solche haben wir sehr wenige und zwar in dem nach dem letzten Balkankriege mit dem Mutterlande vereinigten Nordepirus. Die muselmännischen Albanesen, die von der Pforte während des griechischen Aufstandes von 1770 zu Hilfe gerufen wurden und verschiedene Militärkolonien hauptsächlich im Peloponnes gründeten, sind nach den Freiheitskriegen teils verschwunden, teils zurückgezogen worden. Hingegen kamen die christlichen Albanesen als Freunde und meist suchten sie sogar Zuflucht in Griechenland, genau so wie die Aromanen oder Vlachen vom Pindos, welche teilweise aus epirotischen Veteranen der römischen Legionen, teilweise aber aus rumänischen Flüchtlingen bestehen. Die Vlachen zählen nicht mehr als dreißigtausend, während die Albanesen über 200 000 zählen. Auch die Vlachen haben sich in unseren Freiheitskämpfen und überhaupt im ganzen politischen Leben Neu-

griechenlands sehr tätig gezeigt. Kolettis z. B., einer der Hauptführer und Politiker in den ersten Zeiten der griechischen Unabhängigkeit, wie auch der Universitätsprofessor und Ministerpräsident während des Weltkrieges Lambros sind beide Vlachen.

Auch im öffentlichen Wohltätigkeitswesen haben sowohl Albanesen wie Vlachen mit den Griechen gewetteifert; so war z. B. Zappas, der die permanenten Ausstellungsgebäude in Athen, nach dem Namen des Spenders Zappeion genannt, gestiftet hat, ein Albanese. Averoff, der größte Nationalwohltäter, war hingegen Vlache. Als nichtgriechisch fühlende Elemente bleiben die Türken, die Juden und die wenigen Bulgaren Makedoniens. Die ganze übrige Bevölkerung bildet nach dem Spruche König Konstantins eine Rasse, eine Sprache, eine Religion, ein Ideal.

Außer dem Nationalinstinkt möchte ich als weitere Beweise dafür, daß die Neugriechen die Abkommen der alten Hellenen sind, folgendes hinzufügen: 1. die Sprachenverwandtschaft. Die neugriechische Sprache steht der altgriechischen viel näher als die italienische der lateinischen Sprache. 2. Auch die griechischen Dialekte, unter anderem der merkwürdige tsakonsche Dialekt in Lakonien am Parnon lassen sich in denselben Gegenden bis tief ins Altertum verfolgen. 3. Von den Sprachen der Eindringlinge sind nur italienische Worte (hauptsächlich auf den Inseln und zwar für technische vornehmlich die Seefahrt betreffende Ausdrücke) und türkische (hauptsächlich in den neuen Ländern Epirus, Thessalien, Makedonien und vorzugsweise in Ausdrücken der Staatsverwaltung) aufgenommen worden. Wir haben aber bereits die Gründe angegeben, weshalb keine Rassenkreuzungen zwischen Venezianern und Türken einerseits und Griechen andererseits stattfanden. Slawische Benennungen von Feldern (z. B. Selo) oder von Flüssen (z. B. Bistritza) von Bergen (z. B. Zaghor) sind vorhanden, doch hat die Umgangssprache fast kein slawisches Wort, wenigstens in den allermeisten Gegenden nicht. 4. Viele Sitten und Gebräuche sowie auch Sprichwörter und Sagen der modernen Griechen berühren sich eng mit denjenigen der

alten Hellenen. 5. Auch die meisten Charaktereigenschaften der alten und neuen Griechen zeigen eine auffallende Ähnlichkeit und nicht minder auch die Geistesveranlagung, die dichterische Begabung, die feurige Einbildungskraft mit der Tendenz, alles Leblose in der Poesie zu personifizieren, als ob der altgriechische Pantheismus immer noch lebendig wäre. 6. In vielen Gegenden ist noch der reine edle hellenische Typus bei Männern und Weibern zu sehen. Die Kranioskopie gibt zwar etwas von dem altgriechischen abweichende Resultate, auch wundern sich viele oberflächliche Beobachter und Besucher, daß sie nicht überall in Neugriechenland Achilles treffen. Aber erstens vergessen diese Herren, daß es auch im Altertum einen Sokrates gab, also einen sehr häßlichen Mann. Zweitens, daß die lange Knechtschaft, die endlose Leidensgeschichte, die mangelhafte Nahrung und die Lebensweise manches geändert haben. Es ist jedoch erstaunlich, wie sich die ganze Bevölkerung durch die Einführung und Verallgemeinerung der Gymnastik, des Lebens im Freien, und die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse kräftigt und veredelt. Es ist nicht übertrieben, zu behaupten, daß diese Veredelung namentlich bei den Mädchen jedes Jahr mehr bemerkbar ist.

Ich werde auf Charakter, Sitten, Volksdichtung noch zurückkommen. Ich glaube, daß ich meine Behauptung genug gestützt habe. Übrigens gilt allgemein schon lange die Theorie Falmerayers, wonach die altgriechische Rasse verschwunden ist, als ein Irrtum.

Diese Abstammung erregt bei manchen Griechen einen Größenwahn, den wir „Ahnenwahn" genannt haben und den jeder vernünftige Grieche bekämpft. Gewiß haben wir gewisse Rechte auf die Achtung und den Dank der Menschheit, wenigstens insofern, daß die Vergewaltigung des griechischen Staates von der denkenden Menschheit anerkannt und wiedergutgemacht wird und daß unsere Brüder Thraziens, Kleinasiens und der Inseln, die der Welt einen Homer und andere unzählige Genies gegeben haben, endlich befreit werden. Aber wir haben eben große und noch größere Pflichten, daß wir uns unserer Vergangenheit und Erbschaft

wie auch der großen menschlichen Familie würdig zeigen. Und dazu gehört eine eminent große Arbeit und unsere ganze nationale Energie, wenn dieselbe einmal durch die Befreiung unserer Brüder auch ihrerseits befreit wird.

Größe und Verteilung des Griechentums.

Die Griechen bilden eine nummerisch kleine Nation. Die zuverlässigsten Angaben über Größe und Verteilung des Griechentums enthält das seitens der griechischen Regierung im Anfang Februar ds. Js. der Pariser Konferenz unterbreitete Memorandum über die griechischen Nationalaspirationen. Darnach beträgt das ganze Griechentum zwischen $8^1/_2$ und 9 Millionen Köpfe, die folgendermaßen verteilt sind:

4 300 000 im Königreich Griechenland,
151 000 in Nordepirus,
731 000 in Konstantinopel und Thrazien,
43 000 in Bulgarien nach dem Stande vor den Balkankriegen,
1 694 000 in Kleinasien, einschließlich der Inseln Imbros, Mytilene, Chios, Samos, Ikaria, Rhodus und Kastelorizzo, die geographisch und wirtschaftlich zu Kleinasien gehören,
102 000 im Dodekanes,
235 000 in Cypern,
1 000 000 Diasporagriechen und zwar 150 000 in Ägypten und dem übrigen Afrika, 400 000 in Südrußland und dem Kaukasus, 450 000 in Nord- und Südamerika.

Außerdem muß man noch die 150 000 Griechen aus serbisch Makedonien (Gegend von Monastir) und etwa 100 000 Griechen in den europäischen Ländern zerstreut dazu rechnen (davon 20 000 allein in Rumänien).

Nicht 1/5 von diesen 1,1 Million der Diasporagriechen geht dem Mutterlande verloren. Von den Griechen Nordamerikas kamen während der Balkankriege 53 000 Freiwillige auf eigene Kosten herüber, also der größte Teil der wehrfähigen Männer. Die Geldsendungen nach Griechenland

per Post oder durch die Banken betragen in den letzten Jahren etwa hundert Millionen Francs, und haben zur Beseitigung der in Griechenland während der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts eingetretenen Finanzkrisis viel beigetragen.

Das Griechentum ist heute noch (von Sizilien, Süditalien und überseeischen Ländern abgesehen) in denjenigen Ländern verteilt, welche es schon in den klassischen Zeiten, also vor etwa 3000 Jahren bewohnte. Es kann sich somit als autochthon betrachten und das Selbstbestimmungsrecht beanspruchen.

Die Wiederherstellung des Volkes, dessen Vorfahren die Grundbegriffe für Freiheit, Demokratie und die menschlichen Ideale im allgemeinen festgelegt und den menschlichen Geist seit drei Jahrtausenden beeinflußt haben, wird sicherlich von allen denkenden und fühlenden Menschen mit Begeisterung begrüßt werden.

Geschichte des Griechentums.

I. Die Griechen im Altertum.

Wir behandeln nun die lange sturmvolle Geschichte des Griechentums und zwar in ganz allgemeinen Umrissen bis zum neugriechischen Freiheitskriege und von da an bis an die heutige Zeit etwas ausführlicher.

Wie alle alten Völker, hat auch das griechische alle sozialen und politischen Verfassungsstufen erlebt. Von der kleinen zu der patriarchalischen Familie, zum Stamm, zur Sippe, zur Gemeinde, zur Stadt, zum Kleinstaat, zum Großstaat, zum Weltreich (nach den damaligen Begriffen), zum Staatenbund. Die Staatsform machte entsprechend alle bis bis jetzt bekannten Verfassungen durch: Häuptling, patriarchalischer König, Monarchie, Tyrannis, Aristokratie, Demokratie. Das größte Verdienst der Griechen ist eben die Schaffung der Demokratie und überhaupt der weitestgehenden Beteiligung der Volksmassen an den Staats- und öffentlichen Angelegenheiten.

Die Griechen betrachteten sich als die Ureinwohner des Landes, jedoch stellte schon Aristoteles die Behauptung

auf, daß sie vom Norden gekommen seien. In der Tat hat die Linguistik nachgewiesen, daß die alten Hellenen dem südlichen Teile des großen arischen oder indogermanischen Stammes angehören, welcher von Norden kommend sich nach Süden und auch nach Osten ausbreitete. Eine Gegenwelle von dem nach Kleinasien vorgerückten Stamme kehrte später nach Griechenland zurück; sie bestand aus den Pelasgern, die jene cyklopischen oder pelasgischen Mauern hinterließen, denen man sehr oft in Griechenland begegnet.

Dieser prähistorischen Zeit folgt die sogenannte heroische Zeit, welche durch den Argonautenzug und den trojanischen Krieg gekennzeichnet wird. Dieser Krieg, der durch das unsterbliche Epos Homers „Ilias“ verherrlicht wurde, ist durch die epochemachenden Ausgrabungen Dr. Schliemanns in Kleinasien sowie im Peloponnes (Mykenae) als geschichtliche Tatsache nachgewiesen worden.

Dieser heroischen Zeit folgt dann die geschichtliche. Nach dem Übergangsstadium der Wanderungen gewinnt Sparta dank der Gesetzgebung und Verwaltung von Lykurgos das Übergewicht, um nach den messenischen Kriegen die Hegemonie über den dorischen Peloponnes zu erringen. Sparta vereinigte die peloponnesischen Staaten zu einem Bunde und hatte damals die Oberleitung in allen hellenischen Nationalangelegenheiten.

Es folgte nachher das Emporsteigen Athens; nach dem Heldentode des Kodros wurde das Königtum durch die Aristokratie und das Archontat ersetzt. Durch die Gesetzgebung Solons (594) wurde der Athenische Staat geordnet und gekräftigt; durch Handel und Schiffahrt wurde der Wohlstand gehoben, die Zunahme der Bevölkerung sowohl in Athen wie im übrigen Griechenland befördert und die Folge davon war die Kolonisierung nicht nur Kleinasiens und des Hellesponts, sondern auch der westlichen Mittelmeerküsten (Marseille, Großgriechenland in Süditalien, Sizilien usw.).

So entstanden die zwei Pole der altgriechischen Herrlichkeit: Sparta und Athen, etwa Preußen und Süddeutschland, jedoch nach umgekehrter Himmelsrichtung. Sparta vertrat die Militär- und Staatsmacht, Athen die Kunst und

Wissenschaft. Das Zusammenwirken von Sparta und Athen, das nur sehr kurze Zeit dauerte, erlaubte die Erscheinung des „griechischen Wunders“, d. i. die Schaffung aller Richtungen des menschlichen Wissens und Könnens und die Entwicklung des allseitigen griechischen Genius. Als der Bruderkrieg eintrat, war schon der Anfang des Endes da; Athen schwand und mit ihm ging auch die griechische Sonne unter.

Die Kooperation fast aller Griechen kam zustande während der Perserkriege (490/479 v. Chr.); die Perser griffen, nachdem sie die kleinasiatischen Griechen überwältigt hatten, auch Griechenland an. Sie wurden aber trotz ihrer größten nummerischen Übermacht wiederholt geschlagen. Unvergleichlich sind die Waffentaten von Marathon, Salamis, Termopylae, Plataä und die Namen der Heerführer Miltiades, Themistocles, Leonidas. Es folgt die Bildung des attischen Reiches, bestehend aus den Inseln und den kleinasiatischen Städten, die etwa in derselben Beziehung zu Athen standen, wie die Dominions zu England. In dieser Zeit hauptsächlich und dem Zeitalter des Perikles ist die heute noch unerreichte Entwicklung des Großen, Wahren und Schönen im veilchenbekränzten Atthen entstanden. Da rief aber der spartanische Neid den verhängnisvollen peloponnesischen Krieg hervor (431/404); 413 wurde in Sizilien das Athenische Heer fast völlig vernichtet. 404 besiegte der Spartaner Lysandros endgültig die Athener und breitete die Gewaltherrschaft Spartas aus.

Im nächsten Jahrhundert wurde Sparta durch Epaminondas und Pelopidas geschlagen und die Oberleitung ging an Theben über.

Unterdessen aber entwickelte sich der griechische Norden zu seiner Macht. Makedonien unter seinem König Philipp besiegte bei Chäonea (2. August 338) die verbündeten Athener und Thebaner und dehnte seine Herrschaft über ganz Griechenland aus. Erst jetzt kann man eigentlich von einem vereinigten Griechenland sprechen, wie etwa von einem Deutschland nach 1870. An dem siegreichen Feldzug Alexanders des Großen bis zum Hindus und Ganges beteiligten sich alle griechischen Stämme außer den Spartanern.

Diese Einigung, die auf Zwang beruhte (wie übrigens alle Vereinigungen wenigstens im Anfang) dauerte nicht lange. Das griechische Weltreich wurde nach dem frühzeitigen Tode Alexanders des Großen unter die Diadochen verteilt und bald wurde in Griechenland der Versuch der Losreißung von Makedonien gemacht. Zu diesem Zweck wurde der ätolische Bund (in Mittelgriechenland) und der achäische (im Peloponnes) gegründet, die jedoch bald durch die Makedonier unterworfen wurden. Als aber die römisch-makedonischen Kriege ausbrachen, kämpften diese Bünde mit den Römern gegen die Makedonier und Flaminius zwang Philipp nach der Schlacht bei Kynoskephalä (197) zur Zurückziehung der makedonischen Besatzungen. Die Freiheit der Hellenen wurde alsdann bei den isthmischen Spielen feierlich verkündet.

Bald jedoch brach Zwietracht und der Krieg von neuem aus. Die Ätolier verbündeten sich mit dem König Antiochus von Syrien, sie wurden aber bei Thermopylae geschlagen. Auch die Achäer, gereizt durch die Tücke und Einmischung der römischen Gesandschaften (die in Form von Bundesgenossen in jeder Stadt blieben), suchten sich vergeblich durch Philopömeu, der der letzte Hellene genannt wird, vom verschleierten römischen Joch zu befreien. Nach verschiedenen verzweifelten Kämpfen und gleichzeitigen Bürgerkriegen wurde das letzte achäische Heer bei Leukopetra 146 v. Chr. durch die Römer geschlagen, der römische Prokonsul Mummius eroberte und zerstörte Korinth, das London jener Zeit, Griechenland wurde unterworfen und das ganze Land wurde zu einer römischen Provinz unter dem Namen Achaïa gemacht.

Die Versuche zur Befreiung vom römischen Joch scheiterten. Athen ergriff die Partei des Königs von Pontus Mithridates gegen die Römer, es wurde aber von Sulla erobert und mit einem furchtbaren Blutbad heimgesucht (86 v. Chr.).

Auch im römischen Bürgerkriege stand Athen wieder auf und trat auf die Seite des Pompejus, aber der Sieger Caesar verschonte großmütig die besiegte Wunderstadt.

Unter den römischen Kaisern gab es einzelne, die Wohltäter Griechenlands gewesen sind, wie Trajan und vor allem Hadrian, der zahlreiche Bauten in Athen, Korinth und anderen Städten und Wasserleitungen ausführte. Die hadriansche Wasserleitung versorgt heute noch Athen. Nichtsdestoweniger aber ist das vom alten Geographen Strabo gegebene Bild des damaligen Hellas recht traurig. Das Land war der Willkür der römischen Legionäre preisgegeben und namentlich war Nordgriechenland stark verödet und entvölkert. Auch die griechische Kunst und Wissenschaft waren unter dem Drucke der fremden Herrschaft in Verfall geraten. Die philosophischen Schulen Athens blieben und funktionierten noch bis zu der Zeit Justinians, der sie schließen ließ. Dort studierten im Jahre 400 nach Chr. Basilius der Große, Gregorius von Nazianz und andere große Apologeten des Christentums, zugleich aber als ihr Mitschüler auch Julian Apostata (der Abtrünnige), der das hellenische Heidentum wieder herstellen wollte. Jedoch waren die Originalität und der Genius dem klassischen Boden entflohen.

II. Die Griechen im Mittelalter.

Der römische Kaiser Konstantin der Große verlegte seine Residenz von Rom nach Byzanz, welches nach seinem Namen Konstantinopel genannt wurde. Der Sieg Konstantins gegen Maxentius vor den Mauern Roms, der den endgültigen Sieg des Christentums bedeutete, wird einem Wunder zugeschrieben. Vor der Schlacht sah Konstantin am Himmel ein leuchtendes Kreuz und die Worte: „In hoc signo vinces" (d. i.: durch dieses Zeichen wirst du siegen). Dieser Spruch (griechisch: en touto nika) mit dem Kreuz bildete die Zeichnung der griechischen Briefmarken nach den durch unseren Helden- und Märtyrerkönig Konstantin (Konstantin XII. genannt) siegreich erfochtenen Balkankriegen.

Rom machte den Versuch, zum Heidentum zurückzukehren. Es wurde aber durch Kaiser Theodosius den Großen (379/395) in der venezianischen Ebene besiegt und damit der Triumph des Christentums beschleunigt. Die

Söhne Theodosius, Honorius und Arkadius, teilten nach dem Tode des Vaters das römische Weltreich in das West- und Oströmische Reich (395). Griechenland blieb bei letzterem und eroberte es geistig durch das Christentum, welches hauptsächlich von griechischer Sprache und hellenischem Geist getragen war. So entstand das zweite hellenische Wunder, d. i. die Eroberung der Sieger durch die Besiegten. Vom Kaiser bis zum einfachsten Mann sprachen bald, dachten und fühlten alle griechisch und das oströmische Reich, welches eine ziemlich lange Zeit auch das westliche Reich beherrschte, wurde zum byzantinischen oder griechischen Reich. Dies ist das zweite griechische Weltreich. Das erste ist das von Alexander dem Großen.

Wir werden nicht die allgemeine Geschichte des zweiten griechischen Weltreiches beschreiben, wir werden nur die Hauptereignisse angeben, die das eigentliche Griechenland, also die Ägäis betreffen.

Von den herheerenden Stürmen der Völkerwanderung blieb Griechenland nicht verschont. Die Goten eroberten 267 n. Chr. das ganze Land bis Lakonien und verwüsteten Athen, Sparta und viele andere Städte. Die Barbaren wurden durch römische Legionen aufgerieben und Griechenland blieb ruhig bis zum Einbruch des Gotenkönigs Alarich, der 396 n. Chr. Mittelgriechenland verwüstete, Athen aber verschonte. Alarich drang auch in den Peloponnes ein; er wurde aber von den Byzantinern zurückgedrängt.

Die Plünderungszüge des Hunnenkönigs Attila sowie die der anderen Barbaren berührten bloß die Grenzen von Hellas. Erst während der Zeit von Kaiser Justinian (540 n. Chr.) verheerten die Bulgaren das Land bis zum Isthmus, zogen sich aber dann zurück.

Die Slawen begannen ihre Einfälle um 577. Anfangs konnten sie sich nur kurze Zeit halten. Nach dem Ausbruch der furchtbaren Pest (746/747), die das Land dezimierte und erschöpfte, konnten sich die Slawen im Binnenlande festsetzen und bis zum 9. Jahrhundert behaupten. Dann wurden sie aber von den Byzantinern besiegt und christiani-

siert. Nach und nach sind sie von den Einheimischen völlig aufgesogen worden.

Im 10. Jahrhundert drangen die Bulgaren wieder in Griechenland ein. Sie erlitten aber nach langen erbitterten Kämpfen durch Kaiser Vasilios Vulgaroktonos (den Bulgarentöter) eine fürchterliche Niederlage.

Während der Kreuzzüge belebte sich wieder der Handel und neben Konstantinopel blühten auch andere griechische Städte, namentlich Theben, Korinth, Patras (namentlich durch ihre Seidenindustrie).

Der vierte Kreuzzug, der statt des heiligen Landes Konstantinopel zum Ziel hatte, führte zur Abschaffung des griechischen und Aufrichtung des lateinischen Kaisertums in Byzanz. Die fränkischen Ritter besetzten ganz Griechenland und teilten es nach Belieben (Herzogtum Athen, Fürstentum Achaïa). Auch die Inseln wurden durch die „Nobili" der italienischen Republiken besetzt und die Griechen zu Leibeigenen herabgedrückt, so daß eine Mischung und Verschmelzung der östlichen und westlichen Rassen nicht eintrat. Während Byzanz schon 1261 wieder griechisch wurde, blieb Hellas einer 200jährigen Anarchie, dem Streite von Fürsten, Häuptlingen, Abenteurern und Söldnerbanden aus aller Herren Händer preisgegeben. Die Ruinen der Burgen, denen man oft in Griechenland begegnet, sind ein Andenken an diese traurige Zeit.

III. Das Griechentum unter der Türkenherrschaft.

Da kam der schon lange tobende islamische Orkan und überwältigte den langen, verzweifelten Widerstand des griechischen Reiches, welchem statt Hilfe die Feindschaft auch des christlichen Westens zu Teil wurde. Konstantinopel fiel am 29. Mai 1453 alten Stils. Konstantin XI. fand den Heldentod und die Hagia Sophia wurde in eine Moschee verwandelt. Bald teilte auch das eigentliche Griechenland das Schicksal des übrigen Reiches. 1456 wurde Athen von den Türken erobert, 1460 der größte Teil des Peloponnes und nach langen Kämpfen mit den Venezianern die Inseln und auch Kreta (1669). Die Venezianer konnten sich in

einigen Küstenfestungen vom Peloponnes noch behaupten, wurden aber durch den Frieden von Passarowitz (1718) endgültig verdrängt.

Unter den Türken waren die Griechen kaum etwas mehr als eine Menschenherde. Vom ganzen Bodenertrag wurde ein Fünftel versteuert, der fünfte Sohn jeder Familie wurde weggenommen, zum Jslam mit Zwang bekehrt und den berüchtigten Janitscharen angegliedert. Das Recht zum Leben wurde für ein Jahr bewilligt und zwar durch eigens ausgestelltes Zeugnis, die gegen Bezahlung der „Kopfsteuer" erteilt wurden.

Unter diesen Bedingungen ist es wunderbar, daß das griechische Volk sich selbst bewahrte und nicht vom Erdboden verschwand. Seine Rettung verdankt das Griechentum, wie auch die übrigen von den Türken eroberten christlichen Völker der Kirche. Mohammed Fatih (der Eroberer) nahm zwar den Christen alle politischen und menschlichen Rechte weg, ließ ihnen jedoch das Leben und tolerierte den Glauben. Gennadios wurde vom Sultan bald als Patriarch eingesetzt und galt als das geistige Oberhaupt der Griechen. Die Ausübung der christlichen Religion wurde mit Einschränkungen gestattet; nur kleine, niedrige, in abgelegenen Stadtvierteln gelegene Kirchen wurden erlaubt. Keine Türme, keine Bauten auf Anhöhen, vor allem kein Glockengeläute durften die gläubigen Moslims stören. Bis heute noch werden keine christlichen Glocken selbst in Konstantinopel von den Türken geduldet.

Da der Eroberer sich entschloß, die Christen nicht auszurotten, mußte er denselben notwendigerweise in gewissen Fragen eine Selbständigkeit gewähren. Der theokratische sich durchweg auf das heilige Sheriatrecht stützende islamische Staat konnte sich weder mit den religiösen Fragen noch mit den Angelegenheiten der monogamischen Familie beschäftigen. So entstanden die sogenannten Priviligien des griechischen Patriarchats, die im Grunde genommen nichts anderes waren, als ein modus vivendi: der das Zusammenleben von zwei grundverschiedenen Mentalitäten ermöglichte. Hat doch auch Österreich dieselben Privilegien

der bosnisch-mohammedanischen Bevölkerung zugestehen müssen.

Die griechische Kirche, die schon seit der byzantinischen Zeit (als die Einheit von Staat und Kirche existierte) mit Verwaltungssachen betraut war, übernahm die Verwaltung, die Hierarchie, die Disziplin des Klerus, die Ernennung desselben einschließlich der Bischöfe, die jedoch durch einen Firman vom Sultan bestätigt werden mußten. Die Kirche war auch befugt, alle Angelegenheiten des Familienlebens, wie z. B. Eheschließungen, Ehescheidungen, Erbschaften, Vermächtnisse usw. zu ordnen, aber außerdem auch in kleinen Strafsachen zu urteilen. Die Bischöfe waren jetzt nicht nur geistliche, sondern auch Verwaltungsbeamte und Richter. Die Christen gingen mit Vorliebe an diese kirchlichen Gerchte undi vermieden möglichst, aus bitterer Erfahrung, mit der Staatsgewalt in Berührung zu kommen. Oberste Apellationsinstanz war das ökumenische Patriarchat. Im Volksgewissen blieb der Patriarch der Träger aller nationalen Hoffnungen. Er galt und gilt heute noch (denn die Zustände sind in der Türkei dieselben geblieben) als Ethnarch, also als Oberhaupt des Griechentums. Diese Eigenschaft wird, solange es noch Griechen unter fremden Joch gibt, ihm auch von den freien Griechen des Königreich zuerkannt.

Die Kirche bewahrte dem Volke nicht nur den Glauben und die erwähnte, an und für sich kleine, jedoch in Anbetracht der schweren Zeiten, sehr wichtige Selbständigkeit, sondern auch die Sprache. In griechischer Sprache wurde und wird der Gottesdienst abgehalten und die wenigen griechischen Schulen wurden von der Geistlichkeit unterhalten. Griechisch war die kirchliche Verwaltung. Die Geistlichkeit gab ferner manche Märtyrer für den Glauben und die Rasse, deren Blut die Leidensgenossen festigte.

In zweiter Linie sind es zwei andere Faktoren, die zur Rettung des Griechentums beitrugen: 1. das Gemeindewesen; 2. die sogenannten Armatolen und Klephten.

Die Unterdrückung der Türken war ungleich groß sowohl in den verschiedenen Provinzen, wie auch nach den ver-

schiedenen Bodenverhältnissen. Unter der Türkenherrschaft wurde überall in den fruchtbaren Ebenen sämtlicher Grund und Boden auf dem Wege der Raubwirtschaft enteignet und die verschiedenen Dörfer bestanden aus besitzlosen Leibeigenen, die ein äußerst trauriges Los hatten. Solche Besitztümer, die den türkischen Namen Tschiflik haben, sind heute noch in Thessalien, Makedonien und Epirus vorhanden und bilden für die griechische Regierung ein großes Problem. Das Land wird expropriiert (unsere Verfassung sieht die Zwangsexpropriation von diesen Tschifliks vor) und unter die Bauern verteilt.

Anders war es aber mit den Gebirgsansiedlungen. Dieselben bildeten unter dem Namen Kephalochoria (freie oder Hauptdörfer) selbständige Gemeinden mit einem aus den Demogheronten (den Dorfältesten) bestehenden Rat, der nicht nur das Gemeinde- und Schulwesen in Gemeinschaft mit den kirchlichen Behörden verwaltete, sondern auch die Dorf- und Feldpolizei leitete und alle Aufgaben des Friedensrichters übernahm.

Manche Gebirgsdistrikte hatten sogar eine förmliche Unabhängigkeit, so z. B. die Gegend von Taygetos (Maïi) und diejenige von Tomaros in Epirus (Suli). Andere wieder, wie Zaghor (in Epirus), Zaghora in Thessalien und einige Inseln hatten eine halbe Unabhängigkeit und wurden durch einen Proëstos (Vorsteher) verwaltet.

Auch bildeten die Berge und namentlich der Pindos und der alte Olympos die Zuflucht von verwegenen Kämpfern, die einen nie ruhenden Kleinkrieg mit den Türken führten. Diese Männer, unter dem Namen Klepten (Räuber) von der Volksmuse besungen, trachteten die türkische Verwaltung wieder durch griechische Armatolen (Bewaffnete) in Schach zu halten. Jedoch waren Armatolen und Klephten vielfach verbrüdert. Trotz ihrer häufigen Ausschreitungen sah in ihnen die Bevölkerung die künftigen Nationalhelden und in der Tat haben sie, wie wir sehen werden, die Hoffnungen des unterdrückten Volkes nicht enttäuscht.

Durch die Kirche ist auch der Schutz Rußlands dem Griechentum geworden. Seitdem die Großfürstin Olga sich

in Konstantinopel hatte taufen lassen (945) und dem orthodoxen Christentum der Weg nach dem Norden gebahnt war, galt für die Russen der griechische Patriarch als das geistige Oberhaupt. Die Vorstellung von dem Primat des ökumenischen Patriarchats ist nie aus dem Bewußtsein des russischen Volkes verdrängt worden. Schon seit Peter dem Großen wurden die russischen Kriege gegen den Jslam als Kreuzzüge zur Befreiung der Christen empfunden. Die Griechen fanden in Rußland stets Zuflucht und gelangten an die höchsten Zivil- und Militärstellen. Eine eifrige russische Propaganda war in der ganzen Balkanhalbinsel tätig und insbesondere in den angrenzenden Donaufürstentümern, die oft von griechischen durch die Pforte ernannten Fürsten verwaltet wurden. Der Glaube, daß die Freiheit von der blonden Rasse kommen würde, ward beim griechischen Volke traditionell. Ein Versuch zum Aufstand der Griechen unter Skanderbeg ist mißlungen. Katharina II., die durch den Griechen Evghenios Vulgaros die russische Gesetzgebung ins Griechische übersetzen ließ, um dieselbe für Griechenland anzuwenden, ließ durch ihre Flotte Truppen unter den Orloffs landen und reizte die Griechen zum offenen Aufstand gegen die Türken (1770). Der Aufstand wurde trotz der Heldentaten des Seelöwen Katsonis sowie des Vlachavas und Andrutzos auf dem Lande durch die Turkalbanesen blutig niedergerungen und die Griechen wurden durch Rußland, welches mit der Türkei den Frieden von Kutschuk-Kainardzi (1774) schloß, im Stich gelassen. Dieser Vertrag war aber insofern für die Griechen wohltätig, daß dieselben das Recht erhielten, unter russischer Flagge Handel zu treiben.

(Schluß folgt.)



Die deutschen Kapitalsbeteiligungen in der Türkei und ihre Zukunft.

Von Joseph Mendel-Berlin.

Seit Monaten stehen wir zu der ehemals verbündeten Türkei in keinerlei Beziehungen mehr. Das Streben der Entente ist seit Waffenstillstand darauf gerichtet gewesen, jede Verbindung Deutschlands mit der Türkei völlig abzuschneiden. Der Friedensvertrag aber sucht gewissermassen diese Trennung noch zu verewigen, wie er es auch gegenüber Bulgarien tut. Nach einem besonderen Artikel 155 haben wir uns zu verpflichten, alle Vereinbarungen anzuerkennen und anzunehmen, die von den alliierten und assozierten Mächten mit der Türkei und Bulgarien hinsichtlich aller Rechte, Interessen und Vorrechte abgeschlossen werden, auf welche Deutschlands, oder die deutschen Staatsangehörigen in der Türkei oder in Bulgarien Anspruch erheben könnten und die in den anderen Teilen des gegenwärtigen Vertrages nicht bestimmt sind. Es kann wohl hinsichtlich der Beziehungen zu einem einstmals befreundeten oder verbündeten Lande kaum eine schärfere Bestimmung geben, als diese, die nicht nur in die staatsrechtliche politische, sondern weit mehr noch in die wirtschaftlichen, ja privatwirtschaftlichen Verhältnisse, die zwischen der Türkei und Deutschland bestanden haben, eingreifen. Der Sinn des Artikels ist der, daß wir uns aller Rechte, die wir in irgend einer Beziehung in und zu der Türkei besitzen, zu begeben haben und ihre Ordnung der Entente überlassen, der wir

somit Generalvollmacht geben. Abgesehen von diesem allgemeinen oder ergänzenden Artikel wird ferner in den Artikeln 290 und 291 bestimmt, daß wir für jetzt und dauernd durch den gegenwärtigen Friedensvertrag alle Verträge, Abkommen oder Übereinkünfte, die wir mit der Türkei, ebenso wie mit den übrigen Bundesgenossen seit dem 1. August 1914 geschlossen haben, als aufgehoben anerkennen und daß wir uns ferner verpflichten, der Entente und ihren Beamten und Staatsangehörigen ohne weietres den Genuß aller Rechte und Vorteile, welcher Art sie auch sein mögen, zu sichern, die wir der Türkei oder den Beamten und Angehörigen dieser Staaten durch vor dem 1. August 1914 abgeschlossene Vertragsabkommen oder Übereinkünfte eingeräumt haben, solange wie diese Verabredungen in Kraft bleiben, wobei es außerdem den Alliierten und assosierten Mächten vorbehalten bleibt, den Genuß dieser Rechte anzunehmen oder abzulehnen. Endlich werden in Artikel 259 bis 261 eine Reihe von finanziellen Bestimmungen ausgesprochen, auf die des weiteren noch zurückzukommen sein wird. U. a. verpflichten wir uns, der Entente unsere gesamten Forderungen an die Türkei zu übertragen, insbesondere diejenigen, die aus der Erfüllung der gegenüber der Türkei während des Krieges von uns eingegangenen Verpflichtungen gegenwärtig bestehen oder sich künftig ergeben.

Die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu der Türkei haben sich im Laufe der letzten 30 Jahre immer enger gestaltet. Galt uns doch die Türkei sozusagen als eine Art wirtschaftliche Versicherung, die wir um so weniger entbehren konnten, als es sich bei der Aufteilung der Welt an die großen Mächte hier um eins der wenigen neutralen Absatzgebiete handelte. Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts haben England und Frankreich mit wachsendem Glück und Erfolg sich Einfluß in der Türkei gesichert, aber ihre politischen Aspirationen haben doch ein wärmeres Freundschaftsbündnis mit diesem Lande verhindert. Wo die erwähnten Großmächte sich politische Vorteile durch offene oder verschleierte Gewalttaten sichern konnten, haben sie es getan und Ägypten, Cypern und Kreta sind nur

Etappen auf diesem Wege gewesen. Wenn der türkische Halbmond mehr und mehr seine Macht in Europa verlor, so dankt er es teils direkt, teils indirekt England und Frankreich. Die Mäßigung, welche die Türkei in dem ihr aufgezwungenen erfolgreichen Kriege gegen Griechenland nach Mitte der 90iger Jahre zeigte, ging den genannten Großmächten lange noch nicht weit genug, und viele Demütigungen mußte sich das Osmanentum sowohl von den Westmächten, wie auch von Rußland gefallen lassen, teils direkte, teils indirekte, indem die Großmächte die kleinen Balkanstaaten gegen die Türkei ausspielten. Deutschlands Konto blieb unbelastet, es suchte nur wirtschaftliche Vorteile in der Türkei, ohne sich doch politisch ihre Freundschaft entgehen zu lassen. Das bekannte Wort des deutschen Kaisers, daß er Freund und Schützer der 300 Millionen Mohamedaner sein werde, hat die Gemüter der islamischen Welt mächtig erregt, und ist in der Folgezeit weder von der Türkei, noch von den in der Türkei rivalisierenden Westmächten vergessen worden.

Wirtschaftlich haben Frankreich und England, daneben wohl Österreich, ältere Rechte in der Türkei besessen als Deutschland, aber die deutsch-türkischen Beziehungen haben nicht zuletzt dank dem Wagemut des deutschen Kaufmanns, Industriellen und Finanzmannes immer mehr an Ausdehnung gewonnen und die älteren wirtschaftlichen Einflüsse Englands und Frankreichs stark vermindert.

Die Beziehungen der europäischen Mächte zu der Türkei bewegten sich anfangs auf rein finanziellem Gebiete. Seit dem Krimkriege im Jahre 1854 hatte sich zum ersten Male die Türkei, die bis dahin keine auswärtigen Schulden besaß, obwohl sie an Staatsbankrotten in Form von Münzverschlechterungen schon früher keinen Mangel litt, zum ersten Mal an das ausländische Gläubigerkapital gewandt. Sie erhielt 1854 von England und 1855 von Frankreich und England zwei, für damalige Zeiten nicht unbeträchtliche Anleihen, eine 6prozentige von 3 Millionen Lt und eine 4prozentige von 5 Millionen Lt gewählt, garantierte aber dafür die Sicherheit des sogenannten ägyptischen Tributes,

den Ägypten direkt an die Bank von England abzuführen hatte.

Erst in späteren Jahren tritt die Beteiligung Deutschlands und Österreichs hinzu, so u. a. weitgehend an der Türkischen Prämienanleihe, den sogenannten Türkenlosen, die in dem Riesenbetrage von 792 Millionen Francs im Jahre 1870 zum Bau türkischer Eisenbahnen ausgegeben wurden.

Die türkische Finanzwirtschaft in den 60iger und 70iger Jahren, die sich nicht zuletzt darin aussprach, daß die Zinsen der erwähnten und immer wieder neu aufgenommenen Anleihen vermutlich immer nur mit Stücken abermals neuer Anleihen bezahlt worden sind, haben den großen Finanzkrach des Jahres 1875 hervorgerufen, den der Sultan 'Abdul Aziz nur vorübergehend durch eine Neuordnung abzustellen vermochte. Der unglückliche Krieg der Türkei mit Rußland in den Jahren 1876/77 und die dem Osmanenreich auferlegten Kriegsentschädigungen von 802 Millionen Franks haben dann erneut eine Regelung der türkischen Staatsschulden und Finanzen unter Beaufsichtigung der Großmächte herbeigeführt. Das berühmte Muharremdekret vom 8./20. Dezember 1881 rief die Dette Publique Ottomane, eine internationale Staatsschuldenverwaltung, ins Leben, welche die bis dahin aufgelaufenen Schulden derart regulierte, daß die bisherigen Anleihen einschließlich der Türkenlose, jedoch mit Ausnahme der erwähnten auf dem ägytischen Tribut fundierten ersten Anleihen auf einen geringeren Nominalbetrag herabgesetzt wurden. Dieser Anleihebetrag wurde dann durch eine Anzahl von Garantien, wie der Monopoleinnahmen (Salz, Tabak, Stempel, Spiritus, Fischerei, Seide) u. a. Steuern, Zolleinnahmen und Tributeinnahmen (Bulgarien und Ostrumelien) sichergestellt. Eine abermalige Neuordnung der Finanzen unter Berücksichtigung der in den 80iger und 90iger Jahren aufgenommenen Anleihen fand dann im Jahre 1903 durch das großartige Konversionsprojekt statt, an welchem deutsche Bankhäuser hervorragend mitwirkten. Es wurde die 4prozentige konvertierte unifizierte otomanische Anleihe von 1903 Höhe von 744 Millionen Francs geschaffen, in welche große Teile bestehender Anleihen aufgingen, und dieser Schulden-

dienst mit dem Dienst der Türkenlose zusammengefaßt. 1903 stellten sich die türkischen Staatsschulden, die von der Dette Publique Ottomane kontrolliert wurden, d. h. eben die unifizierte Anleihe und die Türkenlose auf 42,27 Millionen Lt bezw. 15,63 Lt oder zusammen auf 57,91 Lt oder über 1 Milliarde Mark. Zu den Anleihen, deren Dienst zwar nicht durch die Administration der Dette Publique garantiert, aber immerhin unter ihre Aufsicht gestellt und gesichert wurde, gehören eine Reihe weiterer, in der Folgezeit aufgenommenen Anleihen, darunter die als Staatspapiere geltenden Bagdadeisenbahn-Obligationen, die bereits 1890 aufgenommenen Osmanieanleihe, die Fischereianleihe u. a. Endlich wurden noch eine Anzahl Anleihen aufgenommen u. a. außer Staatsanleihen auch Eisenbahn- und Munizipalanleihen, die nicht durch die Dette Publique berührt wurden. Am Ende des türkischen Finanzjahres am 14. März 1914 stellte sich der umlaufende Betrag an unifizierten Anleihen auf 37,06 Millionen Lt, an Losen auf 10,87 Millionen Lt, zusammen 47,93 Millionen Lt. Hierzu treten weitere 35,28 Millionen Lt sonstiger Anleihen, darunter die der Bagdadbahn, deren Dienst durch die Dette Publique berührt ist, schließlich die durch den ägyptischen und Cyperntribut gesicherten Anleihen von 17,98 Lt, so daß sich der Gesamtbetrag der türkischen Staatsschuld für das letzte Finanzjahr vor dem Kriege auf 139,64 Millionen Lt stellt.

Während des Weltkrieges hat dann die Türkei zu ihrer bisherigen Staatsschuld, die sich im März 1918 auf 155 Millionen Lt stellte, und, wie bemerkt, zum größten Teil zur konsolidierten Schuld gehört, deren Tilgung der Dette Publique übertragen ist, noch weitere Kriegsschulden aufgenommen. Die Höhe dieser Kriegsschulden wurde bis Oktober 1918 auf 274 Millionen Lt berechnet; davon waren bei Deutschland 220 Millionen Lt, in Österreich-Ungarn 2 Millionen Lt, außerdem bei einem Konsortium der Österreich-Ungarischen Banken 10 Millionen Lt aufgenommen worden, während die Gläubiger in der Türkei selbst 42 Millionen Lt aufbrachten. Von den bei Deutschland aufgenommenen 220

Millionen Lt waren mindestens 100 Millionen Lt für geliefertes Kriegsmaterial zu zahlen. Außerdem schuldet die Türkei an Deutschland noch die Zinsen für die im Kriege gewährten Darlehen. Ein Teil der erwähnten 220 Millionen Lt Kriegsschuld an Deutschland aber war der Türkei noch nicht eingehändigt worden. Die wirkliche Schuld an Deutschland wird auf etwa 192 Millionen Lt berechnet. Auf diese Summe waren vom Tage des Friedensschlusses an 5 Prozent Zinsen zu zahlen. Vom gleichen Termin ab sollten 170 Millionen Lt der türkischen Kriegsschuld innerhalb 11 Jahren die restlichen 22 Millionen Lt innerhalb 14 Jahren zurückgezahlt werden. Die an Österreich-Ungarn, teils staatlich, in der Hauptsache aber privat geschuldeten Beträge von zusammen 12 Millionen Lt sind zu 6 Prozent zu verzinsen, dazu tritt eine jährliche Tilgungsquote von 1 Prozent. Was die sogenannte innere türkische Kriegsschuld betrifft, so hat die Dette Publique auf dieselbe erhebliche Beträge gezahlt. Hinzu kommt endlich, daß die Türkei nicht weniger als für 150 Millionen Lt Papiergeld emittierte, dessen Disagio gegenüber dem Gold heute mindestens 300 Prozent beträgt. Der Friedensvertrag ordnet, wie erwähnt, laut Artikel 259 diese Verhältnisse derart, daß die Dette Publique auf alle Fälle schadenfrei ausgeht. Nach dem letzten Rechenschaftsbericht Sir Adam Block's, des ehemaligen Präsidenten der Dette Publique, der unmittelbar nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes im Oktober nach der Türkei zurückkehrte und seinen Posten wieder aufnahm, war die allgemeine Staatsschuld der Türkei, die am 1. Mai 1915 165,25 Millionen Lt betragen hatte, am 31. August 1918 auf 454,65 Millionen Lt angewachsen. Die Differenzen stellen die Kriegskosten dar, die sich also mit den vorangegangenen Berechnungen decken. Man nimmt aber an, daß sich infolge von Forderungen Deutschlands und der Entente an die Türkei eine Summe ergeben wird, die den obigen Betrag noch um zirka 100 Millionen Lt überschreitet. Sir Adam Block führt aus, daß ein großer Teil der türkischen Schulden an Deutschland niemals bezahlt werden kann und daß es ja auch nur recht und billig wäre, diese Forderungen zu streichen, da Deutsch-

land in diesem Kriege die Dienste der Türkei als die eines Vasallen und Söldners benützt habe, eine etwas merkwürdige Auffassung über Rechte und Pflichten eines Staatswesens, wie es die Türkei schließlich doch gewesen ist.

Auf Grund der obigen Erläuterungen wird man bezüglich der türkischen Schulden und Finanzen wohl zu folgendem vorläufigem Ergebnis kommen. Man wird zu unterscheiden haben, zwischen der eigentlichen Vorkriegsschuld und der Kriegsschuld, die, wie erwähnt, zum größten Teil von Deutschland, zum ganz geringen Teil von Österreich- Ungarn aufgebracht wurde und endlich als innere Schuld von der Türkei selbst. Was die Vorkriegsschuld betrifft, die, wie bemerkt, zum größten Teil der Verwaltung der Dette Publique unterstellt ist, so wird an ihr die Entente voraussichtlich nicht rütteln dürfen, denn England, Frankreich und Jtalien sind an der Dette Publique mit fast 75 Prozent des Gesamtbetrages beteiligt. Auch bezüglich der sogenannten inneren Kriegsschuld, d. h. der innerhalb der Türkei aufgebrachten Beträge nicht zum geringen Teil gleichfalls von der Dette Publique mit aufgebracht bezw. unterstützt worden sind. Hier ist der erwähnte Artikel 259 heranzuziehen. Was die Kriegsschuld betrifft, so ist der deutsche Teil nur indirekt von deutschen Privaten mitgetragen worden. Es handelt sich hier um Vorschüsse und Darlehen des Reiches an die Türkei, die zum größten Teil nicht in bar, sondern in Kriegslieferungen gezahlt wurden. Natürlich stammen diese Beträge, die Deutschland der Türkei gewährte, ebenfalls mit aus dem Erlös der eigenen Kriegsanleihen, stellen also gewissermaßen auch mit einen Teil unserer Kriegskosten dar. Die Zinsen auf die türkischen Schulden werden zur Zeit nicht bezahlt. Die Zahlungseinstellung ist zu verschiedenen Fristen erfolgt.

Bezüglich der sonstigen Finanzen der Türkei, vor allem der Papiergelddemissionen, hat sich nach dem Friedensvertrag Artikel 259 Deutschlannd zu verpflichten, innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten des Vertrages die bei der Reichsbank auf dem Namen des Verwaltungsrates der türkischen Staatsschuldenverwaltung als Garantie für die

erste Papiergeldausgabe der türkischen Regierung in Gold hinterlegte Summe an diejenigen Behörden zu überführen, die von der Entente bezeichnet werden sollen. Weiter verpflichten wir uns, 12 Jahre hindurch jährlich die Goldzahlungen zu bewirken, die auf den von uns zu verschiedenen Zeitpunkten auf den Namen des Verwaltungsrates der türkischen Staatsschuldenverwaltung als Garantie der zweiten und folgenden Papiergeldemission der türkischen Regierung hinterlegten Schatzanweisungen festgelegt sind. Außerdem haben wird das bei der Reichsbank gegen den Rest des am 5. Mai 1915 vom Verwaltungsrat der Dette Publique der türkischen Regierung zugebilligten Geldvorschusses hinterlegte Golddepot zu übertragen und endlich etwaige Rechte auf die von uns dem türkischen Finanzministerium im November 1918 in Vorwegnahme der im Mai 1919 fälligen Zahlung für den Dienst der türkischen Anleihe in Gold und Silber überwiesenen Summe abzutreten.

Die Entschädigungskommission kann ferner von uns auch bezüglich der Türkei verlangen, daß alle Rechte oder Interessen deutscher Staatsangehöriger an allen öffentlichen Unternehmnungen oder an allen Konzessionen der Türkei abgetreten oder von einem Mandatar verwaltet werden (Artikel 260), wobei wir die Verpflichtung übernehmen, unsere Staatsangehörigen, die so ihren Besitz abgetreten haben, zu entschädigen. Endlich verpflichten wir uns nach Artikel 261, der Entente unsere Forderungen an die Türkei zu übertragen, eine Verpflichtung, die natürlich auch den übrigen ehemaligen Bundesgenossen gegenüber gilt.

Die in Frage kommenden Paragraphen des Friedensvertrages lauten hinsichtlich der türkischen Werte für Deutschland und Österreich ungünstig genug, aber wie in so vielem, wird auch hier vermutlich eine Revision stattfinden, die vielleicht manches noch zum Bessern wendet.

Was nun die Beteiligung des privaten deutschen Kapitals, abgesehen von Anleihen, die seit Jahrzehnten bestehen, betrifft, so kommt hier vor allem noch die Beteiligung an der Türkischen Tabaksregie, sowie am Bahnbau in Betracht.

Die Frage der Tabaksregie wird von der Entente recht behutsam angefaßt werden müssen, da hier internationales Kapital insofern mit beteiligt ist, als ja ein enger Zusammenhang mit der Dette Publique besteht. Wenn auch in erster Linie deutsche und österreichische Kapitalisten dabei in Frage kommen, so hatten immerhin auch Tabakaktien schon vor dem Kriege einen internationalen Markt und bildeten ein beliebtes Valeur auch an der Pariser Börse.

Was den türkischen Bahnbau betrifft, so lagen hier die Verhältnisse derart, daß der Eisenbahnbau der europäischen Türkei im Jahre 1870 mit Begründung der Compagnie générale pour l'exploitation des Chemins des fer de la Turquie d'Europe als französische Aktiengesellschaft einsetzte, welche die Eisenbahnen der europäischen Türkei sowie die Anschlußlinien nach Maßgabe der dem Baron Moritz von Hirsch durch Firman des Sultan erteilten Betriebskonzession betreiben sollte. Auf die interessante Geschichte der Orientbahn braucht in diesem Zusammenhange nicht weiter eingegangen zu werden, da sie Gegenstand einer besonderen Studie in einem der früheren Jahrgänge dieser Zeitschrift gewesen ist. Die wechselvollen politischen Geschicke des Balkan spiegeln sich auch in der Geschichte der Orientbahn wider. Mit der Begründung des Königreichs Bulgarien hat der bulgarische Staat im Jahre 1908 aus politischen und wirtschaftlichen Beweggründen von der sogenannten ostrumelischen Strecke der Orientbahn sowie von den der Orientbahn zum Betrieb übergebennen, aber Bulgarien früher gehörenden Strecke Tschirpan—Novazagora Besitz ergriffen, wobei aber die Eigentumsrechte der Türkei an der Bahn und das Betriebsrecht der Gesellschaft ausdrücklich anerkannt und ihre Schadloshaltung zugestanden wurde, indem Bulgarien an die Orientbahn 24 Millionen Francs Entschädigung gewährte. Durch den Balkankrieg sind dann auch die in Neuserbien und Neugriechenland gelegenen Strecken der Orientbahn diesen Ländern zugefallen. An der Orientbahn ist heute in der Hauptsache privates österreichisches und etwas französisches Kapital beteiligt, wogegen der größte Teil des deutschen Besitzes an Orient-

bahnaktien im Jahre 1913 gänzlich auf Österreich-Ungarn überging. Damals hat die Bank für Orientalische Eisenbahn in Zürich, auf deren Tätigkeit noch zurückzukommen sein wird, sich ihres Aktienbesitzes an Orientbahnen und Mazedonischen Eisenbahnaktien entledigt. Es waren in ihrem Besitz 45 000 Orientbahnaktien à 500 Francs die in der Bilanz der Bank mit 575 Francs oder 115 Prozent zu Buch standen, was einen Gesamtwert von 25,87 Millionen Francs ausmachte. Von Aktien der SalonikiMonastirbahn (Kapital 20 Millionen Francs), die ebenfalls ursprünglich auf türkischem Boden lag, der durch den Balkankrieg der Türkei verloren ging, besaß die Bank für Orientalische Eisenbahn insgesamt 9,64 Millionen Francs. Wenn auch der Schwerpunkt der Kapitalsbeteiligung an der Orientbahn somit völlig nach Wien gefallen ist, so hat doch ein nicht unerhebliches Interesse auch noch in Deutschland bestanden, was sich auch darin kundgibt, daß dem Verwaltungsrat bis in die letzte Zeit hinein Mitglieder der Deutschen und Dresdner Bank angehörten. Dieses Interesse zeigt auch das lebhafte Börsengeschäft in Orientbahnwerten, die als sog. Valutapapiere in letzter Zeit besonders gekauft werden und demgemäß im Kurse steigen.

Das Orientbahnproblem wird deshalb besonders verwickelt sein, weil hier jetzt serbische, bulgarische, griechische, türkische und deutsche Interessen neben dem österreichischen maßgebend sind. Die letzte vorliegende Bilanz der Orientbahn am 31. Dezember 1917 weist ein Aktienkapital von 50 Millionen Francs, einen Reservefonds von 14½ Millionen und einen Erneuerungsfonds von 9 Millionen Francs aus. Die Betriebskonzession steht mit 20,95 Millionen Mark zu Buch, die Bahnbetriebsmittel mit 17 Millionen Mark, der Effektenbesitz mit 20,37 Millionen Francs. In Orientbahnaktien hat in den letzten Zeitläuften eine lebhafte Bewegung eingesetzt, die den Kurs auf über 250 heraufgehen ließ.

Noch bedeutungsvoller ist die Beteiligung deutschen Kapitals an dem Ausbau der Bahnen in der asiatischen Türkei. Hier ist es zunächst die Anatolische Eisen-

bahngesellschaft, die 1889 zur Übernahme der seit Anfang der 70iger Jahre im Betrieb befindlichen Linie von Haidar Pascha (der Vorstadt Konstantinopels auf der asiatischen Seite) bis Ismid und von da bis nach Angora errichtet wurde. Die Gesellschaft hat in der Folgezeit weitere Konzessionen für ein Ergänzungsnetz erworben. Das gesamte anatolische Eisenbahnnetz stellte sich Ende 1917 auf 1032 Kilometer. Das Kapital der Gesellschaft betrug 135 Millionen Francs, amortisiert waren hiervon 1 634 500 Francs. Tatsächlich ist das Aktiengesellschaft aber nicht so groß, da noch nicht sämtliche Einzahlungen stattgefunden haben. Es stehen nämlich noch rund 75 016 000 Francs Einzahlungen aus. Das Obligationskapital hat eine Höhe von 212,21 Millionen Francs, auch hier sind noch 9,92 Millionen Francs zu begeben, so daß Ende 1917 an Aktien und Obligationen rund 260 Millionen Francs vorhanden waren, zu denen noch 23,75 Millionen Francs Reserven treten, immerhin ein werbendes Kapital von 284 Millionen Francs. Die Bahnanlagekosten stehen in der Bilanz des Jahres 1917 mit 204,46 Millionen Francs zu Buch; dazu treten noch das rollende Material mit 17,80 Millionen Francs zu Buch. Die Einnahmen der Anatolischen Bahn, wie überhaupt der übrigen türkischen Bahnen sind durch sogenannte kilometrische Garantien gesichert. In den letzten Jahren sind aber die kilometrischen Garantien der Regierung gesichert. In den letzten Jahren sind aber die kilometrischen Garantien der Regierungs wesentlich durch die Bruttoeinnahmen überschritten worden, so saß der türkischen Regierung aus ihrer 25prozentigen Gewinnbeteiligung selbst mehrere Millionen Francs zustanden. Der Anatolischen Bahn wurde ab 1888 ein Betriebsrecht auf 99 Jahre für ihre Stammlinien und ebenfalls ab 1893 für ihre Ergänzungslinie zugesprochen. Durch die Konzession der Bagdadbahn, welche die Anatolische Bahn 1901 erhielt, wurde ihr gesamtes Betriebsrecht bis zum Jahre 2002 verlängert.

Die Bagdadbahn stellt die Verlängerung der Anatolischen Bahn dar. Es wurden an ihr in den letzten Jahren, auch noch anfangs während des Krieges unentwegt weiter

gearbeitet. Die Gesamtlänge der dem Betrieb übergebenen Strecken stellte sich seit 1915 auf 1036 Kilometer. Die Bagdadbahn besitzt ein Kaiptal von 15 Millionen Francs, dazu treten die Subventionen der türkischen Regierung in Form sogenannter 4prozentigen Obligationen der Bagdadanleihen, die in drei Serien einen Gesamtbetrag von 278,84 Millionen Francs darstellen. Tatsächlich aber liegen die Obligationen der dritten Serie in Höhe von 118,56 (ursprünglich 119 Millionen Francs) zum größten Teil im Effektenkonto der Gesellschaft selbst. Die Bagdadobligationen stehen türkischen Staatspapieren gleich. Die Bahnanlagekosten werden nach der Bilanz für 1916 auf 309,78 Millionen Francs angegeben, dazu treten noch 8,56 Millionen Francs Kosten für das rollende Material. Anatolische Bahn und Bagdadbahn haben während der Kriegsjahre deshalb besonders günstig gearbeitet, weil sie die Militärtransporte der türkischen Regierung ausführten. Ein weiteres, unmittelbar mit der Anatolischen und Bagdadbahn zusammenhängendes Unternehmen bildet die Hafengesellschaft Haidar Pascha, die ein Aktienkapital von 16 Millionen Francs (davon 10 Millionen Francs eingezahlt) und eine Obligationsschuld von 7,83 (ursprünglich 8) Millionen Francs besitzt. Das Konto der Hafenanlagen steht mit 13,73 Millionen Francs in der Bilanz zu Buch.

Die gewaltigen Kapitalsbeteiligungen deutscher Banken am türkischen Bahnbau sind in eine, in der Schweiz bestehende finanzielle Trustgesellschaft, die sogenannte Bank für Orientalische Eisenbahnen, eingebracht. Letzteres Unternehmen wurde 1890 begründet, es besitzt heute ein Aktienkapital von 50 Millionen Francs, von denen 35 Millionen Francs eingezahlt sind, außerdem ein 4¼prozentiges Obligationenkapital von 36,9 Millionen Francs. Als Zweck der Bank für Orientalische Eisenbahnen wird die Übernahme und Durchführung aller Arten von Finanzgeschäften, welche mit dem Bau und Betrieb von Eisenbahnen oder der Förderung des Verkehrs dauernd dienenden Einrichtungen im Orient (Europa und asiatische Türkei) zusammenhängen. Ende des Geschäftsjahres 1917/18 besaß die Bank für Orien-

talische Eisenbahnen 17,83 Millionen Francs Aktien der Anatolischen Bahn, 9,71 Millionen Francs Aktien der Hafengesellszhaft Haidar Pascha, einige hunderttausend Francs Aktien und Obligationen der Mersina Tarsus Adana Bahn und endlich 23,87 Millionen Francs 4½prozentige Obligationen der Anatolischen Bahn.

Abgesehen von ihrer Beteiligung an der Hafengesellschaft Haidar Pascha und der Bagdadbahn hat sich die Anatolische Bahn an einer Reihe von sonstigen Unternehmungen namentlich an den Bewässerungsarbeiten der Koniaebene und dem Baumwollanbau mit beteiligt. Ihre Vorlagen für diese Bewässerungsanlagen waren in der Bilanz mit 14,56 Millionen Francs ausgewiesen. Erwähnt sei, daß die Anatolische Bahn auch ständig der türkischen Regierung allerlei vorübergehende Vorschüsse gewährt hat, ebenso auch Vorschüsse an die Navigation à vapeur Ottomane.

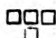
Neben der Bagdadbahn und der Anatolischen Bahn, die durch deutsches Kapital unter ganz außergewöhnlichen Opfern und Wagemut begründet und geleitet wurden, sind die übrigen Bahnen in der asiatischen Türkei in den letzten Jahren wesentlich zurückgetreten. Es waren kleinere französische, englische und belgische Bahnen in Anatolien, die noch bestanden, endlich eine rein türkische Bahn, die sogenannte Mekka—Medina-Bahn. Im Weltkrieg wurden die den Verbandsmächten gehörenden Bahnen beschlagnahmt. Heute ist den ungleich bedeutenderen deutschen oder mit deutschem Kapital begründeten und betriebenen Bahnunternehmungen dasselbe Schicksal zuteil geworden. Sie wurden unter englische Verwaltung gestellt. Seit Abschluß des Waffenstillstandes hat man die Direktion und die Beamten der Bahnen entlassen und durch englische und französische Kräfte ersetzt. Bestehen geblieben ist freilich der sogenannt Verwaltungsrat, an dem man sich wohl nicht herantraute, weil er international zusammengesetzt ist. Man wird annehmen müssen, daß die Entente die großen deutschen Bahnunternehmungen in der Türkei liquidierte und den Erlös Deutschland gutschreiben wird, so daß dann die deutschen Aktionäre

und Gläubiger sich an die deutsche Regierung mit Entschädigungsansprüchen wenden müssen.

Was mit den türkischen Bahnen geschieht, geschieht gleichzeitig auch mit den Bankbeteiligungen in der Türkei. Hier bestand vor dem Kriege und während des Krieges eine Filiale der Deutschen Bank in Konstantinopel. Ein besonderes Unternehmen hatten die Dresdner Bank, der Schaaffhausensche Bankverein und die Nationalbank in der Deutschen Orientbank (Kapital 32 Millionen Mark, davon 20 Millionen Mark eingezahlt) vor einer Reihe von Jahren begründet. Die Deutsche Orientbank unterhielt, abgesehen von ihrer Tätigkeit in Ägypten und Marokko, Filialen in Konstantinopel und Adrianopel, Dedeagatsch, Brussa, Mersina, Adana, Aleppo. Durch den Waffenstillstand sind auch die deutschen Banken bezw. Bankfilialen in der Türkei unter Sequester gestellt worden. Eine Liquidation ist freilich bisher noch nicht ausgesprochen, aber immerhin sind schon seitens der Entente Liquidationshandlungen vorgenommen worden.

Es ist kein erfreuliches Bild, das sich hier dem deutschen Kapitalbesitz bietet. Die recht erheblichen Finanzobjekte werden an Ententekapitalisten veräußert und der Ertrag wie gesagt, auf die deutschen Kriegsentschädigungen angerechnet werden und erst dann können die Aktionäre mit ihren Entschädigungsansprüchen sich an die deutsche Regierung wenden. Immerhin erfährt das unerfreuliche Bild insofern eine Korrektur, als wenigstens ein Teil der in der Türkei investierten Kapitalien, nämlich der Anleihebesitz, durch internationale Institutionen, wie sie vor allem die Dette Publique darstellt, geschätzt und gesichert ist. Die Entente wird es sich doch überlegen, an diese internationalen Institutionen, an denen sie ja selbst weitgehend mit interessiert ist, zu rütteln. Sie könnte natürlicherweise auch hier den deutschen und österreichisch-ungarischen Besitz durch Abstempelung oder sonstige Vexationen differenzieren, allein bei der internationalen Bedeutung der türkischen Werte, bei ihrem ständigen Fluktuieren von Land zu Land wird es doch nicht so leicht möglich sein, den deutschen Gläu-

bigern auf die Dauer Schädigungen zuzufügen, ohne den Ententegläubiger entsprechend mit zu treffen. Vorläufig sind bei der ungeheuren Schuldenlast der Türkei sämtliche Kupons notleidend. Man wird annehmen dürfen, daß diese Frage international geregelt wird. Freilich hinsichtlich der Bahnbeteiligungen liegt, soweit es sich nicht um die staatlich garantierten Bagdadbahnobligationen handelt, welche den türkischen Staatsanleihen gleichstehen, die Sache wesentlich ungünstiger. Aber auch hier wird man hoffen dürfen, daß vielleicht das Endergebnis nicht ganz so ungünstig ausfällt, wie es zunächst den Anschein hat.



Türkische u. arabisch-persische Spracheindringlinge in Europa.

Von C. Franz-Treutler,
fr. a.-o. Prof. a. d. Handelshochschule Antwerpen.

Die Türken sind ein Mischvolk ersten Ranges, das sich auf seiner Wanderung vom westlichen Mittelasien, vom Altai-Gebirge, bis nach Europa zahlreiche fremde Bestandteile des Blutes angeeignet hat. Sie gehören zu der großen mongoloiden Völkergruppe der Altaier oder Tartaro-Mongolen. Noch heute bevölkern sie mehr als ein Viertel von ganz Asien, bis an die untere Lena im Norden und bis tief hinein nach China und Tibet im Süden und Südosten. Die Sprache des Volkes — eine tartarische Mundart — hat sich verhältnismäßig rein gehalten, wenngleich sich mit zunehmendem Weltverkehr zahlreiche Ausdrücke aus dem Englischen, Französischen, Deutschen, noch mehr aber aus dem Griechischen und Italienischen einbürgerten. Die Sprache der Wissenschaft geriet allerdings in noch größere Abhängigkeit vom Arabischen, als es im Deutschen gegenüber dem Lateinischen der Fall ist. Die jahrhundertelange Völkerwanderung dieses tartarischen Volkes vom Herzen Asiens gelangte im Südosten Europas ins Stocken. Nur einmal noch flackerte sie auf und endete nach anfänglichem Siegeslauf vor Wien. Die Kreuzzüge und die bequeme Handelsstraße auf der Donau bildeten dann aber noch oft den Anlaß, wenngleich in friedlicher Handelsabsicht, zu mehrfacher Berührung mit mitteleuropäischen Völkern. Die alten deutschen Pestordnungen des 15. und 16. Jahrhunderts warnen vor den auf den Jahrmärkten „umherschleichenden Raitzen (Serben), Griechen und Türken.“ In Wien erinnert

noch heute ein „türkisches Kaufhaus“, in Venedig der „Fondaco dei Turchi“ an den Handel der Türken und zahlreiche Bezeichnungen, wie der Türkengraben in München an den Aufenthalt von Türken bei uns.

Zum Teil aus jener Zeit, zum Teil aus der Zeit der Kreuzzüge, durch zunehmenden Handelsverkehr mit dem Orient vermehrt, stammt eine ganze Reihe türkischer, arabischer und persischer Wörter. Sie haben in der deutschen Sprache allmählich Bürgerrecht erworben und den wenigsten von ihnen sieht man heute ihren Ursprung an.

Abgesehen von jenen Wörtern, welche typisch orientalische Begriffe decken, wie Serail (Palast), Harem, Kalpak (steife Fellmütze), Odaliske (Haremsdame), Kiosk (Zelt), Kawasse (Diener), Beduine, Derwisch, Bey, Pascha, Chalif, Diwan (wörtl. Hoher Rat; übertragen: Sammlung von Gedichten), Fez usw. denkt man heute wohl kaum noch daran, daß auch Ulan, Akazie, Haiduck, Mameluck, Balsam dem türkisch-arabischen Wortschatz entstammen. Auch das Wort keß (scharf) hat seinen Ursprung fraglos im Türkischen, desgleichen die Wörter Dragoman (aus: terdschüman), Dolmetscher (aus: tilmatsch), Groschen (aus: grusch = Piaster), Delirium (von: deli, arabisch = närrisch, verrückt).

Aus dem Arabischen unmittelbar oder auf dem Umwege über das Türkische ins Deutsche übernommen sind: Admiral, Kapitän (vom türkischen Kapudan = Wächter, Aufseher), Sudan (vom Wasser — des Nils — her), Karawane, Moschee, Minaret, Sarazene, Azur (Wind), Haschisch, Samum (Wüstenwind), Zephir (leichter Wind, arabisch: syfyr = Null, gering), Meile (arabisch = mil), Karat (von arabisch qara = schwarz; die kleinen schwarzen Kerne der Johannisbrotfrucht wurden als Gewichte benutzt), Kaftan (Ehrenkleid), karmoisin qyrmysy = rot), Scheck (persisch = tscheck arabisch Anweisung, Wechsel), Basar (Markt), Zigarre (türkisch: ßigarra = Zigarette), Tarif (arabisch = Beschreibung, Erklärung), Schal, Sandale (türkisch = Boot), Tasse (arabisch: tas = Gefäß), Sofa (arabisch = steinerne Bank), Satyre (arabisch: Batyr = lustig), Kanapee, Kanonisch(es) Recht (aus arabisch: qanun = Gesetz).

Ferner: Zenith, Kali, Sirup, Gummi, elastisch (arabisch: lastik), Alkoven, Alkohol, Arak, Altane, Kautschuk, Kaffee (arabisch: kahweh) und einige Bezeichnungen aus der von den Arabern seit altersher gepflegten Mathematik: Algebra, Alchymie, Chemie, Almanach. Aus dem Persischen stammen ferner die Wörter: Schach (= König), Padischah (= Fürst der Fürsten), Backschisch (Trinkgeld), Paradies, Scharlach. Gemeinsam sprachlichen Ursprungs (die Perser gehören der indogermanischen Völkergruppe an) sind: Barbier (berber), Vater (peder), Bruder (birader), Pfeffer (biber), Zucker (scheker), Ochse (ögüs). Obwohl diese Wörter in der persischen Form nicht in unserer Sprache vorkommen, so ist doch Grund zu der Annahme vorhanden, daß die persische Sprache der gemeinsamen Ursprache der Indogermanen näher kommt als die deutsche.

Auf maurische, d. i. arabische Abkunft deuten zahlreiche geographische Bezeichnungen in den Ländern des südlichen und südwestlichen Europas. Am meisten tritt diese Tatsache in Spanien und Portugal in Erscheinung, jedoch überall, wo die Araber einmal geherrscht haben, also auch in Sardinien, Sizilien, Südfrankreich, sogar in der Schweiz werden einige Ortsbezeichnungen auf sie zurückgeführt. La Maurienne (die maurische) war noch im 10. Jahrhundert von den Arabern besetzt. So ist Gibraltar entstanden aus Dscheb al Tarik (Berg des Tarik); Guadalquivir hieß ursprünglich Wadi el kebir, der große Fluß. Die Bezeichnung Wadi ist auch wiederzuerkennen in Guadalkasar (el kasr = Schloß), Guadarama (rami = sandig), Guadalhorra = Wadilghar = Fluß der Steine. Das Wort Kala' = Burg, Festung tritt in den Wörtern auf: Calatajub (Ejob-Job), Calahorra (Steinburg), Calatrava (Burg des Rabah); in Sizilien: Caltamisetta, Calatafimi, Caltabellotta, Caltagirone (= Kala 't/i/ djirun). Andere Ortsnamen sind von mensil = Hütte, Halteplatz abgeleitet, wie Misilmeri = Mensil-Emir, über hundert von rahl = Haus: Regalmuto; Marsala und Marseille von Mirsa = Hafen. In Palermo haben die zwei Hauptstraßen arabische Namen, nämlich Cassaro (Schloß) und Macqueda (die neue Straße). Der

arabische Artikel al kehrt wieder in Almaden (Bergwerk), Almeida (Tisch), Algesiras (Insel), Almanza (Ebene), Almasen (Vorratskammer), Alkasar (Schloß), Alk'antara (Brücke), Albufera (Al-buherah, See), Almasara (Mühle). Trafalgar bedeutet = Taraf- al ghar, das Vorgebirge der Höhle; Alhambra = das rote (Schloß); Alkala (Festung, die berühmte spanische Universität). Der Bauer am Ätna nennt den Vulkan nur Mongibello = Monte Djebel = Berg (italienisch und arabisch).

Die vorgegangenen Beispiele erheben selbstverständlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sie sollen nur ein Streiflicht werfen auf den nicht allgemein bekannten Ursprung einiger deutscher und europäischer Wörter aus dem Orient. Die Anzahl der Lehnwörter aus dem Deutschen ist im Türkischen und Arabischen verhältnismäßig gering. Sie finden sich hauptsächlich als technische Ausdrücke im Berg- und Hüttenwesen, in der Chemie, im Ingenieurfach und in Heer und Flotte. Die türkischen Kommandos sind fast sämtlich aus dem früheren „Preußischen Exerzier-Reglement" wortgetreu übersetzt. Jedoch bildet ihre Aufzählung eine Aufgabe für sich.



Zeitgeschichtliches.

Auch das Unglück hat seine guten Seiten. Der Verlust des Krieges und der darauf folgende Zusammenbruch sind für Deutschland gewiß ein schwer zu verwindendes Unglück, aber ein Trost in diesem Unglück sollte dem deutschen Volke doch der Gedanke sein, daß ihm die unendlich schwierige Arbeit, auf dem Balkan geordnete Verhältnisse zu schaffen, durch den Verlust des Krieges erspart geblieben ist. Seien wir ehrlich! Hätten unsere Staatskünstler es fertig gebracht, den Ansprüchen Bulgariens und der Türkei Genüge zu tun, wenn der Vierbund siegreich geblieben wäre? Hätten wir uns der Aufgabe gewachsen zeigen können, auf dem Balkan die ewigen Unruhen, die durch die stets wache Rivalität der Balkanvölker immer neue Nahrung erhält, dauernd niederzuhalten? Wäre dem siegreichen Vierbund das Balkanproblem nicht eher noch dorniger, noch komplizierter geworden, als es sich jetzt der siegreichen Entente erweist? Wahrhaftig, wir dürfen in all unserem Unglück froh sein — Schadenfreude ist bekanntlich die reinste aller Freuden — daß nicht wir, sondern die Entente an dem Balkanfeuer sich die Finger verbrennen darf. Denn wohl oder übel müssen die Sieger der Welt doch auch im südöstlichen Europa ihre Kunst und Klugheit zeigen. Was bislang davon ersichtlich geworden ist, gehört allerdings kaum in die Mappe der Referenzen und Empfehlungen — worüber sich übrigens auch die Entente kaum einer Selbsttäuschung hingeben dürfte, wenn sie auch nach außen hin begreiflicherweise die gute Form zu wahren sich bemüht und, solange es eben geht, das Klügste tut,

was unter ähnlichen Umständen zu tun sich empfiehlt: sie schweigt sich aus. So schweigt sie zur Stunde auch immer noch über Fiume, obwohl manche darüber doch allerlei zu erfahren begierig sind. d'Annunzio ist der starke Mann und der Oberste Rat ist ein bischen ratlos und fühlt sich recht ungebührlich beiseite geschoben.

Überhaupt scheint der hohe Rat der Alliierten im Kurs zu fallen, denn die Mode des Diktierens über Länder und Völker vom grünen Tisch aus überlebt sich allmählich. Die starken Worte und großen Gesten üben nirgends mehr die starke Wirkung aus, denn auch die siegreichen Völker wollen allmählich wieder normal werden. In Deutschland ist man schon seit Jahresfrist ernüchtert, aber die andern, die Sieger, haben noch ein ganzes Jahr lang in wüsten Phantasien und Illusionen weiter geschwelgt — leider fast ganz auf unsere Kosten — aber ganz sachte dämmert jetzt auch bei ihnen die Erkenntnis, daß auch nach diesem Kriege immer noch mit Wasser gekocht wird und daß eigentlich keiner ein Gewinnkonto hat, wenn die Bilanz aus diesem Weltkrieg gezogen wird. Ist die große Völkerfamilie ein Organismus, und daran zweifelt auch nach dieser fünfjährigen Vernichtungsorgie der Menschheit im Ernste doch niemand, dann muß schlechterdings auch eine organische Lösung für das heillose Durcheinander, in das wir allesamt geraten sind, gefunden werden und dann werden sich auch die als die Herren der Welt sich fühlenden Sieger dazu bequemen müssen, mit den Völkern, die nun einmal da sind, entsprechend ihrem inneren Werte und ihrer geschichtlichen Mission und Bedeutung zu rechnen.

Es gibt nun einmal trotz aller Völkerentzweiung gemeinsame Menschheitsinteressen, die auch nur von der gesamten Menschheit gewahrt und gesichert werden können. Das haben auch die Staatsmänner der alliierten und assoziierten Regierungen bekundet, als sie an alle Welt die Aufforderunng und Bitte richteten, über Sowjetrußland die große Blockade zu verhängen. Denn der Bolschewismus ist ein Menschheitsübel und eine Gefahr für alle, die sich zivilisiert nennen. Der Bolschewismus aber ist ein schlei-

chendes Gift, das aus dem Organismus der Völker nur ausgeschieden werden wird, wenn nirgends ein böser Krankheitsherd vorhanden bleibt und gesundes Blut durch die Lebensader der Völker und Staaten strömt.

Aus Bulgarien.

Über die Vorgänge in **Bulgarien** liegt immer noch ein tiefes Dunkel. Die Neuwahlen zur Sobranje haben den sozialistischen Parteien einen Erfolg gebracht. Die frühere Regierung wurde von der Volkspartei, der Bauernpartei und den „weiten" Sozialisten gebildet, während die „engen" Sozialisten in scharfer Opposition standen. Die Volkspartei erhöhte ihre Sitze von 48 auf 85, die „weiten" Sozialisten stiegen von 11 auf 39 und die „engen" Sozialisten von 10 auf 47 Mandate.

Neben den Wahlen haben die Friedensbestimmungen die Bulgaren beschäftigt. Theodorow hat durch sein wenig würdiges Verhalten vor den Pariser Herren keine Erfolge für sein Land zu erzielen vermocht. Im Wortlaut sind uns die Bulgarien auferlegten Bedingungen nicht bekannt geworden, es scheint indes, daß die südliche Dobrudscha, die 1913 an Rumänien mit 305 000 Einwohnern, wovon über die Hälfte Bulgaren, abgetreten werden mußte, Bulgarien durch den Frieden nicht zurückgegeben werde, dagegen soll Bulgarien ein kleines Stück der Küste des Schwarzen Meeres, vielleicht bis Baltschik nördlich Warna, zurückerhalten. Serbien hatte Anspruch auf kleinere Gebiete an der bulgarischen Westgrenze erhoben; wahrscheinlich handelt es sich um einen Streifen am Timok, westlich Widdin, und um das Gebiet der Schopen in der Gegend von Trn und Bresnik. Ganz Mazedonien bis zur grichischen Grenze bleibt in serbischer Hand. Die bulgarischen Hoffnungen, die sich auf das sehr große Übergewicht der bulgarischen Kirchen und Schulen in Mazedonien gründeten, sind zu Grabe getragen. Sehr empfindlich trifft Bulgarien der Verlust von Thrazien. Man muß unterscheiden zwischen West-Thrazien und dem Teile von Ost-Thrazien, der hier in Betracht kommt. Unter Westthrazien ist zu verstehen das Gebiet zwischen der Mesta und der Maritza mit den größeren Orten Demotika, Dedeagatsch, Gümüldschina und Xanthi, das Gebiet zwischen den Radopebergen und dem Ägäischen Meer, ein im Süden durch seinen vorzüglichen Tabak und im Norden durch seine Seide wertvolles Land. Die Bevölkerung dieses Landes ist etwa zur Hälfte türkisch-mohammedanisch und bulgarisch-mohammendanisch (pomakisch); zur andern Hälfte besteht sie aus 64 890 Griechen und 111 360 Bulgaren; letztere sind oder waren noch bis vor kurzem

gespalten in 96 624 Anhänger des bulgarischen Exarchats (stammesbewußte Bulgaren) und 14 736 Anhänger des griechischen Patriarchats (noch nicht zum Stammesbewußtsein erwachte Bulgaren), von den Griechen bulgarophone Griechen genannt, weil sie sich des Bulgarischen als Umgangssprache bedienen). Die Mohammedaner sind in den Rodopebergen in der Mehrheit, die Griechen in dem Küstenstrich und in den Städten, die Bulgaren in dem Gebiet zwischen Küstenstrich und Gebirge. Die ägäische Küste ist für Bulgariens Schiffahrt und seine Ausfuhr von Wichtigkeit. Dem soll die Möglichkeit einer freien bulgarischen Schiffahrt auf der Maritza und einer ungehinderten Benutzung von Dedeagatsch für Bulgariens Handel Rechnung tragen. In dem bisher türkischen Ostthrazien, dem Lande östlich der Maritza, erstreckt sich das Bulgarentum weit über Adrianopel und Kirk Kilisseh nach Osten und Südosten. Wo es mit den Griechen gemischt wohnt (Eparchien, Adrianopel, Malgara, Sosopolis und Enos) kommen auf die Griechen 84 435 Köpfe, auf die Bulgaren 173 984, wovon 37 072 Anhänger des griechischen Patriachats und 136 912 des bulgarischen Exarchats. Je näher dem Meere, um so zahlreicher werden die Griechen, je mehr im Innern, um so größer wird die bulgarische Mehrheit. Es ist das Land, das durch den Londoner Frieden 1913 Bulgarien mit der Grenzlinie Midia—Enos zugewiesen war, in demselben Jahre aber infolge des Bundeskrieges wieder unter türkische Herrschaft gelangte. Über das endgültige Schicksal Thraziens scheint durch den Frieden noch nicht entschieden zu sein; Bulgarien hat sich nur mit allem einverstanden zu erklären, was über Thrazien beschlossen werden wird. Wahrscheinlich ist, daß sowohl West- wie Ostthrazien bis auf eine den Meerengen nahe Grenzlinie Griechenland zufallen wird.

Aus Deutsch-Österreich.

Deutsch-Österreichs Frieden ist unterzeichnet und es darf sich heute nicht mehr Deutsch-Österreich nennen. Der Haß, der aus den Friedenswerken von Versailles und St. Germain spricht, ist so kleinlich, daß er selbst das Wort „deutsch“, am liebsten ausmerzen und vertilgen möchte. Die Illusionen, die weite Kreise des deutsch-österreichischen Volkes, insbesondere unter der geschickten Einwirkung des französischen Gesandten Allizé, lange gehabt haben, sind natürlich längst dahin und heute ist kein Zweifel mehr daran, daß die Entente mit Deutsch-Österreich nicht das geringste Mitleid empfindet und kein Herz hat für die grenzenlose Not, in der sich das Land befindet. Deutsch-Österreich ist ein Staat, der erst ein Staat werden will, der es wohl möchte, aber die Kräfte zum

Vollbringen nicht in sich verspürt; Deutsch-Österreich ist ein Staat, der nicht leben und nicht sterben kann, ein Staat, der, um nur sein Leben notdürftig fristen zu können, der werktätigen Hilfe von außer her bedarf. Den Anschluß an Deutschland hat die Entente verwehrt, aber bislang hat sie nichts getan, was dem armen Deutsch-Österreich einen Ersatz für das ihm auferlegte naturwidrige Opfer bieten könnte. So ist das Volk Deutsch-Österreichs genötigt zu hungern, zu frieren und die Hände in den Schoß zu legen, weil ihm die Mittel fehlen, die ihm die Arbeit ermöglichten; das einstmals stolze Wien ist eine absterbende, hungernde Stadt geworden und die Länder, die einstens in Wien ihr Haupt und den Mittelpunkt des Landes sahen, wenden sich mehr und mehr von der verlöschenden Metropole ab. Es ist ein graues Elend, das über Deutsch-Österreich gekommen ist und das Volk wird sterben, wenn ihm nicht bald Hilfe kommt. Es wirkt geradezu erschütternd, in der deutsch-österreichischen Presse immer wieder den Aufschrei nach Hilfe zu vernehmen, den Schrei nach Hilfe, nicht um sich satt zu essen, sondern um einen kargen Bissen, um nicht vollends zu verhungern.

Inzwischen sprechen und verhandeln die politischen Parteien über die künftige Regierung. Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages und dessen Annahme in der Nationalversammlung ist das seinerzeit zwischen Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten getroffene Übereinkommen wegen vorläufiger gemeinsamer Führung der Staatsgeschäfte abgelaufen und die beiden Parteien müssen sich jetzt erneut darüber ins Klare kommen, welche politische Grundlage für die kommende Zeit geschaffen werden soll. Zwei Möglichkeiten sind gegeben: eine Koalition der beiden großen Parteien wie bisher, oder eine noch breitere Basis, auf der nicht nur diese beiden Parteien, sondern auch die große deutsche Partei sich zusammenfinden würden. An eine solche Verbreiterung der Regierungsmehrheit ist indes nicht zu denken und in der Tat sind die bisherigen Verhandlungen, die auch bereits zu einem praktischen Teilergebnis geführt haben, nur zwischen den Christlich-Sozialen und den Sozialdemokraten gepflogen worden. Um vier Punkte drehen sich in der Hauptsache die Verhandlungen, um die Vermögensabgabe, die Verfassungsreform, die Heeresreform und die Wirtschaftsreform.

Aus Rumänien.

Nachdem es Bratianu verstanden hatte, die Regierungskrise in **Rumänien** noch den ganzen Monat August hinzuziehen, wohl in der geheimen Hoffnung, daß es ihm vielleicht doch noch gelingen

könnte, die Regierungsgewalt, welche die Familie Bratianu, wie die Oppositionsblätter spöttisch bemerkten, auf 99 Jahre gepachtet zu haben schien, weiter zu behalten, kam es am 13. September, als Rumänien vor die Alternative gestellt wurde, entweder den Vertrag mit Österreich zu unterschreiben oder nicht, endlich doch zur Demission des Kabinetts. Nach einer sehr erregten, die Hilflosigkeit und Verlegenheit der einzelnen Parteien nur schlecht verhüllenden Erörterung in der Presse betraute der König endlich mit der Bildung des Kabinetts den General Vaitoianu. Er gehört keiner Partei an, war der Regierung Marghiloman Regierungskommissar für Bessarabien und im Kabinett Bratianu Kriegsminister. General Vaitoianu hat das neue Kabinett bereits gebildet, das eine Militärregierung darstellt. Sämtliche Portefeuilles sind in den Händen von Generälen mit Ausnahme des Ministeriums des Äußern, das der fühere Gesandte in London, Misu, übernimmt, der auf der Friedenskonferenz neben Bratianu und Vajda als Delegierter fungiert. Die neue Regierung wird wahrscheinlich in der äußeren Politik in die Fußstapfen Bratianus treten, nämlich die Politik der Renitenz gegen den Friedensvertrag in seiner heutigen Form verfolgen. Die neue Regierung hat sogleich in einer Verordnung die Wahlen für die Konstituante um zwei Wochen verschoben. Als einer der Gründe für die Bildung einer Militärregierung war der Umstand maßgebend, daß zum ersten Mal die Wahlen für Großrumänien, und zwar auf Grund des allgemeinen Wahlrechts, stattfinden sollen, und da wollte man eine Beeinflussung der Wahlen durch die eine oder andere Partei von vornherein unmöglich machen.

Während die Bukarester Presse infolge mangelnden Entgegenkommens der Entente einen deutsch-freundlicheren Ton anzuschlagen beginnt und Stimmen laut werden, die sich für engeren Wirtschaftsanschluß an Deutschland aussprechen, wird in den jetzt okkupierten Gebieten von der rumänischen Politik trotz der Zusicherung des Minoritätenschutzes die Vernichtung deutscher Kultur systematisch vorgenommen. Im Monat August wurde die Czernowitzer Universität gewaltsam romanisiert, trotzdem nur 20 Prozent der Hörer Rumänen sind, während 80 Prozent Nichtrumänen deutsche Sprache wünschen. Weil die rumänische Regierung den deutschen Universitätsprofessoren die Zumutung stellte, binnen sechs Monaten in rumänischer Sprache vorzutragen, wurden Professoren entlassen, als sie erklärten, die Bedingung sei nicht erfüllbar.

Auch das seit einem halben Jahrhundert bestehende, blühende deutsche Theater in Czernowitz wurde aufgehoben, trotzdem Czernowitz eine deutsche Stadt ist und die Rumänen nur 50 Prozent der Bevölkerung bilden.

Aus Südslawien.

Südslawien hat wieder einmal eine Ministerkrisis gehabt, da sich das Kabinett Dawidowitsch gegen die Opposition der Radikalen nicht zu halten vermochte. Palowitsch ist nach langem Hin und Her mit der Bildung einer neuen Regierung auf breitester Basis betraut worden. Die Aufmerksamkeit und das Interesse der Südslaven ist aber den Vorgängen in Fiume weit mehr zugewandt, als den verzwickten inneren Verhältnissen, denn sie fühlen instinktiv, daß ein Friede für sie noch nicht möglich ist, solange zwischen Italien und dem S. A. S. Staate kein schiedliches Einvernehmen erzielt ist.

Aus der Türkei.

Über den Vorgängen in der **Türkei** lastet ständig ein nahezu undurchdringliches Dunkel. Die Kabinette lösen einander rasch ab und in Klein-Asien wird weiter Krieg geführt. Der oberste Rat verspürt offenbar noch kein Verlangen nach „definitiver" Lösung des orientalischen Problems und wartet zunächst noch ab, wie sich die Dinge in der alten Türkei gestalten werden.

Aus Tschecho-Slowakien.

In **Tschecho-Slowakien** hat sich mit der Zeit eine ziemlich erhebliche Ernüchterung eingestellt. Die Tatsache, daß der Oberste Rat in Paris in der Teschener Frage dahin entschieden hat, daß eine Volksabstimmung in dem zwischen Tschechen und Polen strittigen Gebiet vorgenommen werden soll, hat die imperialistisch gesinnten Tschechen gegen die Entente außerordentlich verstimmt. Diese Entscheidung des Obersten Rates wird von einem Blatt als die größte tschechische Niederlage seit der Schlacht am Weißen Berge bezeichnet. Ein anderes Blatt schreibt, daß die Tschechen jetzt sähen, daß die Entente für sie nicht das geringste Gefühl habe und das Organ des Dr. Kramarsch sagt: „Nach zehnmonatigem Hoffen und Bangen erwachen wir als ein geschlagenes Volk. Die Entente, an deren Seite wir gekämpft haben gibt unser Land den Polen, die gegen die Entente gekämpft haben."

Die Erkenntnis, daß sie doch nicht in allem Schoßkinder der Entente sind, hat für die Tschechen aber das Gute gehabt, daß sie die Notwendigkeit einer Verständigung mit den Deutschen besser einzusehen beginnen. Von der Haltung der Deutschen im Abstimmungsgebiet wird es aller Wahrscheinlichkeit nach abhängen, ob Teschen zu Tschechien oder zu Polen fallen wird;

als Realpolitiker aber werden die Deutschen ihre Stimmen nur dann den Tschechen geben, wenn diese sich zu Gegenleistungen bereit erklären. Daß die Stellung der Tschechen zu den Deutschen überhaupt mehr und mehr einer entschiedenen Revision unterzogen wird, geht auch deutlich aus einer Rede hervor, die der tschechische Außenminister Dr. Benesch im Syndikat der tschechischen Journalisten gehalten hat. In dieser Rede sagte Benesch, der eben aus Paris gekommen war, daß Deutschland der einzig korrekte Staat gegenüber der Tschecho-Slowakei gewesen sei und die Tschecho-Slowakei einem demokratischen Deutschland seine Unterstützung zusichern müsse. Diese Äußerungen des tschechischen Außenministers werden in Deutschland selbstverständlich sympathisch aufgenmomen und erhalten eine erhöhte Bedeutung durch die bevorstehende Ankunft der tschechischen Handelskommission in Berlin. Deutschland ist gern bereit, in gutnachbarliche Beziehungen zur Tschecho-Slowakei zu treten, aber unbedingte Voraussetzung für ein gutes, freundschaftliches Verhältnis ist die kulturelle und politische Gleichberechtigung der starken deutschen Minderheit im tschechischen Staatsgebiete.

Aus Ungarn.

Nach langer Pause können in **Ungarn** jetzt wieder die Zeitungen erscheinen und was mehr ist, sie sollen auch schreiben dürfen was sie wollen. Wie weit unter den obwaltenden Umständen allerdings eine Pressefreiheit in Ungarn möglich ist, bleibe dahingestellt, die Gerechtigkeit aber erfordert hervorzuheben, daß die Regierung Stephan Friedrich bislang verstanden hat, die Ruhe und Ordnung im Lande im großen und ganzen wieder herzustellen.

Ungarn leidet allerdings furchtbar unter der rumänischen Besatzung und erst später wird sich erkennen lassen, wie barbarisch die Rumänen in dem durch den Krieg und die Revolution schon hart mitgenommenen Lande gehaust haben. Die Konsolidierung der Verhältnisse unter dem Regime Friedrich hat die Entente bewogen, ihren Einspruch gegen das Kabinett fallen zu lassen, und wenn nicht alles täuscht, dürfte der Ausfall der Wahlen zur Nationalversammlung eine Rechtfertigung für die Regierung Stephan Friedrich werden. Interessieren dürfte in diesem Zusammenhang, was von informierter ungarischer Seite den „Neuen Züricher Nachrichten“ über die Entwicklung der ungarischen Parteiverhältnisse geschrieben wird.

In den Wahlkämpfen wird voraussichtlich der bürgerliche und der christlichsoziale Block einander gegenüberstehen. Der bürgerliche Block wird derzeit aus vier Parteien gebildet. Erstens

aus der nationalliberalen Partei, die sich aus den Mitgliedern der alten ungarischen bürgerlichen Parteien, der nationalen Arbeitspartei und der Kossuthpartei rekrutiert. Ihre Führer sind Stefan Barczy, langjähriger Bürgermeister von Budapest, der Szekler Gabriel Ugron, Minister des Innnern im Kabinett Moritz Esterhazy, und der bekannte Fayence-Fabrikant Nikolaus Zsolnay. Die zweite Gruppe im bürgerlichen Block ist die 48er Partei Martin Lovaszis, die jedoch einen Teil ihrer ehemaligen Mitglieder teils an die christlichsoziale, teils an die Barczy-Ugron-Partei abgeben mußte. Dann kommt die Demokratenpartei Wilhelm Vazsonyis, die in Budapest auf ein halbes Dutzend Mandate rechnen kann, schließlich die Partei der Kaufleute, die eine groß angelegte Organisationstätigkeit entfaltet. Ihr Führer ist Paul Sandor, der bekannte Reichstagsabgeordnete und Generaldirektor der Budapester Straßenbahn.

Diesem bürgerlichen Block hat sich die starke und im Lande mächtige Partei der kleinen Landwirte, deren Führer Stefan Szabo aus Nagy-Arad ist, angeschlossen. Diese Unterstützung und die der sozialdemokratischen Partei könnte unter Umständen einen Stimmungsumschwung zu Gunsten des bürgerlich demokratischen Prinzips bei den Wahlen herbeiführen und der vereinigte große bürgerlich-bäuerlich-sozialdemokratische Block könnte aussichtsreich in den Wahlkampf mit den Christlichsozialen eintreten.

Der Block der Christlichsozialen besteht einstweilen aus folgenden fünf Parteien: der christlichsozialen Partei mit den Führern Stefan Haller, Karl Huszar und Graf Aladar Zichy, der christlichen Bauernpartei unter Georg Szmrecsany und Markgraf Georg Pallavicini, der christlichsozialen Nationalpartei des ehemaligen Szegediner Ministerpräsidenten Graf Paul Teleky und des berühmten ungarischen Novellisten Julius Pekar, dem ungarischen Nationalen Bund des Barons Siegmund Pereny und schließlich der Partei der sogenannten „Erwachenden Ungarn", die dem Ministerpräsidenten Friedrich ganz besonders ergeben ist. Mit diesem starken christlichsozialen Block hat die ungarische Bürgerpartei des eben erst aus dem Kabinett getretenen Handelsministers und Großindustriellen Franz Heinrich einen Pakt für die kommenden Wahlen geschlossen und diese sechs Parteien zusammen sollen bei den Wahlen die Regierungsmehrheit des Ministerpräsidenten Friedrich ergeben, welche schon jetzt auf 180 von 250 Mandaten veranschlagt wird.

Die bevorstehenden allgemeinen Wahlen dürften dem Streit, wer in Ungarn nun eigentlich die Massen des Volkes hinter sich hat, bald entscheiden.

Aus der Ukraine.

Mit dem Vorrücken der Truppen Denikins in der **Ukraine** tritt die ukrainische Frage erneut in ein anderes Stadium. Das von den national-ukrainischen Truppen besetzt gehaltene Territorium gleicht gegenwärtig einer Insel, gegen die die polnisch-großrussische Brandung immer heftiger schlägt. Aber selbst wenn diese Insel zu überfluten wäre, würde die ukrainische Frage keine Lösung finden. Im Gegenteil, gerade im gegenwärtigen Zeitpunkte würde jede dauernde Annexion weiter ukrainischer Gebiete durch die Polen oder die Unterdrückung des Ukrainertums durch die Großrussen eine Wirkung ausüben, die für den Bestand des Friedens höchst gefährlich werden könnte. Das ukrainische Problem, wie so manche andere der unseligen und unzähligen Fragen der Ostpolitik harrt immer noch der Lösung und der Zeitabschnitt seit unserem letzten Bericht läßt uns nach dieser Richtung hin noch keine genügenden Anhaltspunkte gewinnen, um gewisse Schlüsse für die nächste Zukunft zu ziehen.

Dieses Mal wollen wir zunächst verzeichnen, daß die Ukrainer unter Petljuras Führung gegen die Bolschewiki Stand halten, trotz der neuen Bedrohung von Denikins Seite. Je weiter der letztere im ukrainischen Territorium vordringt, desto unsicherer scheint seine Etappe zu werden. Von ukrainischer Seite wird vom Widerstand berichtet, den die Ukrainer in dem von Denikin besetzten Gebiet leisten. Um die Gunst und die Stimmung der ukrainischen Bauern buhlen gegenwärtig Trotzki und Denikin gleichzeitig. Jeder auf seine Weise. Es ist immerhin interessant, wie die Bolschewiki dabei ihre Agitation anlegen. In den „Petersburger Iswestija" vom 15. August, also noch vor der Einnahme Kiews durch die ukrainischen und dann die Denikin'schen Truppen, finden wir einen Aufruf Trotzki's an die „von Banditen betrogenen ukranischen Soldaten", wo er seine südrussischen Gegner als „Banditen" schlecht zu machen sucht. Er sagt, in der Ukraine trieben zahlreiche Banditen ihr Unwesen. Sie stünden unter sog. Atamanen, z. B. Petljura, Selenyj, Ssokolowski usw., und tagtäglich tauchten neue Bandenführer auf, die das hungrige Volk, unwissende Soldaten aus der roten Armee, reiche Bauern und Straßenräuber für ihre Banden anwürben. Die Banden verwüsteten das Land, plünderten die Bauern, veranstalteten Progroms in den Städten, zerstörten die Bahnstrecken und brächten Tausenden unschuldiger Greise, Frauen und Kinder den Untergang. Die Atamane strebten nach Macht und Reichtum, vielen stünden im Solde Denikins, und die unwissenden Soldaten und Bauern, die es infolge der deutschen Okkupation, der Wirtschaft Skoropadski's, der Räuberei der Franzosen und Engländer und der Verbrechen Petljuras schwer hätten, sähen keinen anderen

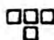
Ausweg aus ihrer Lage, als ihre Aufnahme unter die Banditen, die die ganze Ukraine zu Grunde richten. Daher habe die Sowjetgewalt sich die Beseitigung der Banditen zur Hauptaufgabe gemacht. Die Macht dürfte nur den vereinigten Bauern und Arbeitern der Ukraine gehören. Ein besonderer Bevollmächtigter des Verteidigungssowjets, Genosse Woroschilow, sei mit der Ausrottung der Banden beauftragt. Trotzki erklärt, er halte es für seine Pflicht, ein letztes Mal alle Soldaten und Bauern, die sich den Banden angeschlossen, zu warnen. In Großrußland seien alle Banden vernichtet worden, die Banditen erschossen oder gefangen gesetzt. Das sollten sich die Bauern und Soldaten der Ukraine gesagt sein lassen.

Es folgt im gleichen Blatte ein Aufruf des Vorsitzenden des Verteidigungssowjets der „Ukrainischen" Sowjetrepublik Ch. Rakowski „an die von den Ssamostiyniki, Petljura, Selenyj und anderen betrogenen Bauern". — „Wenn Ihr Bauern-Genossen Euch nicht besinnt, so droht Eurer Gewalt die vollkommene Katastrophe," heißt es im Aufruf, der auf die Gefährdung der Bauernherrschaft durch einen Teil der Bauern hinweist. Der Landbesitz und die Freiheit, die die Revolution den Bauern verschafft, würden ihnen genommen werden. Petljura habe im vorigen Jahre die Deutschen und die Österreicher herbeigeführt, jetzt öffne er den Weg Denikin und den polnischen und rumänischen Gutsbesitzern. Denikin werde Petljura fallen lassen und, wie es die Deutschen getan, mit seinem Stabe ins Kiewer Lukjanow-Gefängnis setzen. Denikin habe in Jekaterinoslaw offen erklärt, daß der Einsatz auf Petljura und die selbständige Ukraine geschlagen sei und nunmehr nur der Einsatz auf das ungeteilte Rußland übrig bleibe. Denikin setze die Zarengewalt wieder ein. Die verwüstete Ukraine werde dem fremden Kapital preisgegeben, und schon hätten die Franzosen eine Million Säcke nach Bessarabien gesandt, um das bessarabische Getreide nach Rußland land auszuführen. Auch aus der Ukraine werde alles Getreide fortgeführt werden. — Der Aufruf fordert die Bauern, die sich in den Banden befinden, auf, sich zu besinnen und der Roten Armee anzuschließen. Das Zentralkomitee habe am 6. August beschlossen, alle Bauern, die die Waffen gegen die Sowjetgewalt erhoben haben, volle Amnestie zu gewähren, falls sie die Waffen abliefern und sich an die Denikifront begeben. Zur Besinnung werden „3 Tage" gegeben! Allen Armen und mittleren Bauern, die durch den Bürgerkrieg gelitten haben, werden ihre Schäden „ersetzt" werden usw. Die Aufrufe blieben wohl ohne Wiederhall, denn die Bolschewiki mußten sich weiter nach Norden zurückziehen.

Inzwischen ist auch das Regierungskabinett Petljuras erneuert worden. Nach dem Rücktritt von Martos besteht das von Mazepa (Soz.-Dem.) gebildete Kabinett aus: Mazepa (Ministerpräsident und

Innenminister), sein Stellvertreter Dr. Marosch; Kriegsminister Petrow; Landwirtschaftsminister Kowalewski; Justizminister Lewickyj; Volksaufklärungsminister Koltschelnizki; Arbeitsminister Bespalko; Finanzminister Martos; Minister für Galizien Semen Witjak. Die Diktatur Petraschewstsch bleibt daneben bestehen.

Auf die näheren Zusammenhänge der ukrainischen Ereignisse, sowie auf die Behandlung des ukrainischen Problems durch die Entente hoffen wir demnächst in einem besonderen Aufsatze zurückzukommen.



Rundschau.

Die Greuel in Armenien.

Eine Rechtfertigungsschrift Djemal Paschas.

Djemal Pascha, der frühere türkische Marineminister und Oberkommandierende der türkischen Armeen in Syrien veröffentlicht folgende Rechtfertigungsschrift, die zu lesen und zu prüfen angesichts der schweren gegen Djemal Pascha erhobenen Beschuldigungen eine Pflicht der Gerechtigkeit ist.

Das Ministerium, dessen Mitglied ich war, wird, weil es das Bündnis der Türkei mit den Zentralmächten abgeschlossen hat und an ihrer Seite in den Krieg mit den Regierungen der Ententemächte getreten ist, von den letzteren mit unnachsichtlicher Feindschaft behandelt. Nachdem Bulgarien sich unter den allgemein bekannten Umständen von dem Bündnis losgesagt hatte, sah sich die Türkei in Übereinstimmung mit der deutschen Regierung gleichfalls genötigt, von der Entente einen Waffenstillstand zu erbitten, worauf das Kabinett Talaat Pascha es im Interesse des Landes für richtig fand, von der Leitung der Staatsgeschäfte zurückzutreten und seinen Platz einem Koalitionsministerium einzuräumen. Einerseits der Haß und die Feindschaft der Ententeregierungen gegen die Mitglieder des Kabinetts Talaat Pascha und gegen die Jungtürken im allgemeinen, andererseits heftige aus der Mitte unserer Mitbürger losbrechende von der Ententepropaganda geschürte Gegenströmungen haben mich veranlaßt, zusammen mit Talaat und Enver Pascha und einigen anderen Parteifreunden das Land nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes zu verlassen.

Durch den ständigen Druck der Ententeregierungen, welche seit ihrem Einzug in Konstantinopel unter vollständiger Außerachtlassung der Bedingungen des Waffenstillstandes die innere Unabhängigkeit der Türkei vernichtet haben, begann die Regierung von Konstantinopel ein Verfahren gegen die jungtürkische Partei einzuleiten unter dem Vorwand, daß diese Partei den Eintritt der Türkei in den Weltkrieg gegen die Entente und die Armeniermassacres verschuldet habe. Infolgedessen wurden über 150 unserer Parteigenossen, darunter die opferfreudigsten und achtbarsten Leute, gegen alle Loyalität und Gerechtigkeit verhaftet und ins Gefängnis gesperrt. Obwohl wie in anderen Ländern die Verfassung der Türkei für die Aburteilung von Ministern die Bildung eines Staats- bezw. Obersten Gerichtshofes vorschreibt, hat die Regierung von Konstantniopel uns einem unzuständigen Kriegsgericht überantwortet. Die Engländer aber, auch mit dieser Art von Rechtsverfahren noch nicht zufrieden, haben unter den Augen der türkischen Regierung die 150 verhafteten Parteimitglieder aus dem Gefängnis des Kriegsministeriums weggeschafft sie in Lastautos verladen, an Bord eines Schiffes gebracht und nach Malta abgeführt.

Die gegenwärtige türkische Regierung benahm sich so, als ob sie den ganzen Ernst dieses Vorgehens, das den furchtbarsten Schlag bedeutet, den man der Unabhängigkeit eines Staates zufügen kann, nicht verstünde, und so hat sie sich in Fortsetzung dieser Handlungsweise bereit finden lassen, uns vor dem Kriegsgericht den Prozeß zu machen, der vor eineinhalb Monaten damit endete, daß Talaat und Enver Pascha, Dr. Nazim Bey, der frühere Unterrichtsminister, und ich in contumaciam zum Tode, der vormalige Scheich ul Islam Mussa Kiazim Effendi und der Finanzminister Djawid Bey zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurden.

Ein Hauptgrund, der zu unserer Verurteilung beigetragen hat, liegt in dem Vorwurf, daß wir die Türkei zum Kriege gegen die Ententemächte veranlaßt haben, der andere darin, daß wir die armenischen Massacres nicht verhinderten. Der Eintritt der Türkei in den Krieg gegen die Entente kann

jedoch nicht als politisches Verbrechen qualifiziert werden; denn wir behaupten unsererseits, daß, wenn die Türkei im Bunde mit dem Deutschen Reich den Krieg gewonnen hätte, sie für immer von ihren schonungslosen Feinden, die sich sämtlich in den Reihen der Ententemächte befinden, befreit worden wäre, sie hätte frei und unabhängig leben und alle modernen und brauchbaren Faktoren der Zivilisation und des Wohlstandes bei sich einführen können. Ich werde versuchen, dieses Problem ausführlicher in meinen demnächst erscheinenden Denkwürdigkeiten zu erörtern.

Was aber den Vorwurf betrifft, daß wir die armenischen Massacres nicht verhindert haben, so ist darüber folgendes zu sagen: Das Kriegsgericht, außerstande, gegen jeden einzelnen Beschuldigten irgend welche konkrete Tatsachen festzustellen, hat eine moralische Verantwortlichkeit der jungtürkischen Partei angenommen und uns vier als angeblich einflußreichste Parteimitglieder kollektiv schuldig befunden. Ich bin ganz sicher, daß meine Freunde Talaat und Enver Pascha, die ihr Leben dem Glück und der Wohlfahrt der Türkei gewidmet haben, sowie meine anderen politischen Gesinnungsgenossen, sobald sie erst einmal mit der Veröffentlichung der Dokumente beginnen, um sich vor der zivilisierten Welt zu verteidigen, imstande sein werden nachzuweisen, daß sie persönlich an den Armeniergreueln keine Schuld trifft und daß sie ganz und gar frei sind von den verbrecherischen Absichten, die man ihnen zuschreibt; sie werden beweisen, daß die Feinde der Politik des Comités zu lügnerischen Behauptungen greifen, einzig zu dem Zwecke, die Partei zu vernichten. Indem ich ihnen die Pflicht und das Recht, sich selbst zu verteidigen, überlasse, werde ich mich hier begnügen, alle Schuldhaftigkeit, die man mir persönlich aufladen will, zurückzuweisen.

Als völlig unumstößlichen und unleugbaren, positiven Beweis dafür, daß ich niemals Ausschreitungen und Greueltaten gegen Armenier gestattet und alles nur irgend Mögliche getan habe, um das Los der Deportierten zu mildern, führe ich folgende Tatsachen an:

1. Ich habe alle wirksamen Maßregeln ergriffen, um die Hunderttausende von deportierten Armeniern, die durch die Zone meines Befehlsbereiches zogen, vor Belästigungen und Gewalttätigkeiten zu schützen, und mich erfolgreich bemüht, sie mit Lebensmitteln aus den Etappendepots, die für die Bedürfnisse der Divisionen der zweiten Suezexpedition bestimmt waren, zu versehen.

2. Mehrere tausend armenischer Deportierter brachte ich bei der Bagdadbahn zwischen Taurus und Aleppo unter und verschaffte ihnen Anstellung bei der Baugesellschaft, damit sie ihren Lebensunterhalt verdienen.

3. Mehrere Tausend dieser armenischer Deportierten habe ich in der syrischen Zone aufgenommen und ließ sie trotz verschiedener politischer und verwaltungstechnischer Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten in den Wilajets von Syrien, Beyruth, Aleppo und auch Jerusalem wohnen und versuchte, in den Grenzen des Möglichen ihnen Lebensmittel zu verschaffen.

4. Knaben und Mädchen, die sich unter den Zwangsauswanderern befanden, habe ich, um sie vom Tode und moralischen Gefahren zu retten, in Syrien aufgenommen und für sie Waisenhäuser errichtet, eins im Kloster von Ain-Tura im Libanon, ein zweites in Damaskus, ein drittes in Aleppo. Ich habe diese Waisenhäuser, in die 3—4000 Kinder aufgenommen werden konnten, unter meinen persönlichen Schutz gestellt und habe alle Kosten aus dem Armeebudget bestritten, um den Kindern Nahrung, Kleidung und Unterricht zu verschaffen.

5. Ich habe Fräulein Altunghian, der Tochter des bestbekannten armenischen Arztes in Aleppo, die Erlaubnis zur Errichtung eines Waisenhauses erteilt, auch dieses meinem Schutz unterstellt und es aus dem Armeedepot unentgeltlich mit Lebensmitteln versehen.

6. Für armenische Frauen und Mädchen habe ich Arbeitshäuser errichtet, in denen 15—20 000 weibliche Personen Arbeit gegen Lohn fanden. Sie konnten sich die nötigen Lebensmittel zu den niedrigsten Preisen aus den Militärverpflegungsmagazinen verschaffen.

7. Zahlreiche armenische Handwerker habe ich unter meinen Schutz gestellt und sie gegen angemessenen Lohn in den Militärwerkstätten und ärarischen Fabriken meiner Armee beschäftigt.

8. Ich habe unter meinen besonderen Schutz genommen den **ehrwürdigen Monsignore Sahak, den Patriarchen Katholikos der** Armenier von Cilicien, und habe von der Zentralregierung die Erlaubnis erwirkt, ihn in dem armenischen Patriarchat von Jerusalem unterzubringen, anstatt ihn nach der kleinen Stadt Kassab im Wilajet Aleppo zu verschicken. Alle Auslagen des Patriar-

chen und seines Gefolges bestritt ich bis zum Kriegsende aus dem Armeefonds. So wie den Patriarchen ließ ich auch mehrere armenische Notabelnfamilien in Jerusalem wohnen und stellte sie unter meinen persönlichen Schutz.

9. Den Direktor einiger deutscher Waisenhäuser habe ich gebeten, armenische Waisen nach Zulänglichkeit der verfügbaren Mittel aufzunehmen, und auf Ersuchen der Herren Missionsdirektor D. Axenfeld, Direktor A. W. Schreiber und Oberlehrer Sommer, welche mir während meiner offiziellen Reise in Deutschland 1917 das Vergnügen ihres Besuchs machten, unentgeltlich Lebensmittel für diese Anstalten zur Verfügung gestellt.

10. Als ich erfuhr, daß zwei Türken mit Namen Ahmed der Cirkassier und Halil Grausamkeiten gegen armenische Deportierte im Wilajet Diarbekir, das nicht zu meinem Befehlsbereich gehörte, begangen hätten und daß eben dieselben auch den Mord an den zwei armenischen Abgeordneten Zohrab und Watkes, die von Konstantinopel an das Kriegsgericht nach Diarbekir geschickt worden waren, begangen hätten, habe ich die Übeltäter, sobald sie sich innerhalb der Grenzen meines Befehlsbereichs befanden, festnehmen, vor das Kriegsgericht in Damaskus stellen und, nachdem sie von diesem zum Tode verurteilt worden waren, das Urteil sofort vollstrecken lassen.

Obwohl ich in der Aufzählung des von mir unternommenen Hilfswerks zu Gunsten der Armenier noch lange fortfahren könnte, möchte ich mich auf diese wenigen Tatsachen beschränken. Ich bin völlig sicher, daß zahlreiche deutsche und österreich-ungarische Offiziere, mit denen ich im Kriege das Vergnügen hatte zusammenzuarbeiten, nicht zögern werden, alles was ich soeben ausgeführt habe, zu bestätigen. Ebensowenig zweifle ich, daß auch zahlreiche Schweizer, Amerikaner, Engländer und Franzosen, welche sich während des ganzen Krieges unbehelligt in Syrien, in Beyruth und in Libanon aufgehalten haben, meine für den Schutz und die Rettung der Armenier geleisteten Dienste anerkennen werden. Da ich nicht die Ermächtigung habe, ihre Namen als Zeugen anzuführen, enthalte ich mich der Nennung von Namen. Aber ich appelliere an ihre Wahrheitsliebe, um sie zu veranlassen, an irgend einer publizistischen Stelle über ihre Wahrnehmungen und Erfahrungen in dieser Hinsicht zu berichten. Ebenso bin ich sicher, daß auch zahlreiche meiner armenischen Mitbürger sich verpflichtet fühlen werden, Zeu-

genschaft abzulegen für den Sieg der Wahrheit und Gerechtigkeit.

Übrigens finden sich in der Veröffentlichung von Dr. Johannes Lepsius (Deutschland und Armenien 1914—1918, Potsdam 1919), die ich soeben gelesen habe und die einige nach meiner Meinung anfechtbare und widerlegbare Dokumente enthält, zahlreiche Beweisstücke für die Wahrheit dessen, was ich oben ausgeführt habe. Ich darf insbesondere auf die Dokumente Nr.: 23, 24, 25 Anl. 3, 34, 107, 135, 193, 209, 210, 226 mit Anl. 2, 233, 256, 263 mit Anl. 1, 270, 327, 360 dieser Sammlung diplomatischer Aktenstücke verweisen.



Das orientalische Problem.

Der Oberste Rat ist auseinandergegangen, nachdem er sich selbst das Abgangszeugnis ausgestellt hat, laut dem er seine hauptsächlichsten Aufgaben für gelöst betrachte. Die Kritik, die die Verbandspresse an diese Auflösung des Viermännerkollegiums knüpfte, war mit diesem nicht eben viel Selbstkritik veratenden Bewußtsein nur bedingt einverstanden und ließ es sich dann auch nicht nehmen, sofort eine Liste der von der Pariser Friedenskonferenz ungelöst gebliebenen Fragen aufzustellen. Unter diesen nimmt, nachdem nun durch d'Annunzios kühnes Vorgehen die Adriafrage eine Wendung genommen hat, die eine Lösung in nächste Nähe rückt, das orientalische Problem eine hervorragende Stellung ein.

Der Verlauf der Friedenskonferenz hat das türkische Problem in verschiedenster Beleuchtung gezeigt, die erkennen ließ, daß die Mittel, die dem Obersten Rat zu einer Lösung zur Verfügung standen, durchaus unzureichend waren, weil einerseits tiefere Erkenntnis fehlte und diese, wenn sie vorhanden gewesen wäre, durch persönliche Interessen in den Hintergrund gedrängt worden wäre. Die Regelung,

oder sagen wir besser, die Aufteilung des Bestandes des türkischen Gebiets geht auf die Pläne der Entente vom Jahre 1915 zurück; sie finden ihren Niederschlag in dem Abkommen von 1915 und 1916, nach denen zwar eine Türkei bestehen bleiben sollte, von der jedoch alle nicht türkischen Elemente losgelöst werden sollten. Syrien, Mesopotamien und Arabien waren englischem Protektorat vorbehalten. Im weiteren Verlauf der Fühlungnahme unter den Verbandsstaaten meldeten dann auch Italien und Griechenland ihre Forderungen an; letzteres namentlich unter Berufung auf das Nationalitätenprinzip. Und Veniselos erreichte dann auch die Zuteilung der östlichen Küste Kleinasiens an Griechenland. Es stellte sich jedoch bald heraus, daß dieser Ver- und Aufteilungsplan nicht allen Interessen dienlich war, und so kam die Pariser Konferenz auf den Gedanken, das im ersten Plan vorgesehene alte türkische Gebiet in Abschnitte zu zergliedern, über die dann die einzelnen Verbandsstaaten, möglichenfalls auch nur die Vereinigten Staaten, ihr Protektorat ausüben sollten. Man dachte sich, um ein für allemal den türkischen Einfluß auszuschalten und radikal vorzugehen, die Sache so: Exmittierung des Sultans aus Konstantinopel und damit des Kalifats, das Mekka überlassen werden sollte; Verschickung Mehmeds VI. nach Brussa oder in eine andere kleinasiatische Stadt, von wo aus er mit französischer Hilfe über die ihm bleibenden zwei oder drei Wilajets hätte regieren können. Griechenland erhielt dann nicht nur die Küste, sondern auch Smyrna und den ganzen übrigen Teil des Wilajets Aidin. Amerika überwachte die europäische Türkei und Armenien. Jm Mai dieses Jahres, als man wieder einmal am türkischen Problem laborierte, wurde auch dieser Plan umgeworfen. Der Maharadscha von Bikanir hatte im Namen der indischen Mohammedaner gegen die Vergewaltigung des Kalifats durch die Verbandsmächte Einspruch erhoben und damit erreicht, daß der Oberste Rat auf den ersten Plan zurückgriff, der an Konstantinopel als Residenz des Sultans nicht rüttelte, dieses selbst mit einer noch einigermaßen lebensfähigen Türkei unter internationale — möglichenfalls amerikanische — Kontrolle stellte.

Dies waren die Pläne, die bald verwirklicht werden sollten. Die Italiener, deren Ansprüche auf Kleniasien im Abkommen von Saint-Jean-de-Maurienne vom 21. August 1917 niedergelegt und in die „grüne“ und „Zone C“ verlegt worden waren, hatten sich inzwischen in Adalia und Konia niedergelassen, und eines Tages, nachdem man die Gefahr eines weiteren Hinausziehens erkannt hatte — die nationaltürkische Bewegung, die sich gegen die Aufteilungspläne der Entente richtete, hatte inzwischen in Anatolien einen bedrohlichen Umfang angenommen und sich auch im Wilajet Aidin bemerkbar gemacht —, wurden diese Pläne, wenigstens was Smyrna betraf, dadurch vereitelt, daß interalliierte Streitkräfte die Küste besetzten, französische und griechische Truppen in Smyrna, amerikanische und englische in der Umgebung der Stadt landeten. Mit dieser Landung dokumentierte der Oberste Rat seinen Entschluß zur Aufteilung des ehemaligen osmanischen Reiches.

Dies war Ende Mai. Bis dahin hatte man der Öffentlichkeit, besonders in Frankreich, die Wahrheit über die tatsächlichen Zustände im Innern Kleinasiens verschwiegen. Man hatte wohl zeitweilig von jungtürkischen Agenten, die ihr Unwesen im Wilajet Aidin treiben sollten, berichtet, auch vom immer mehr um sich greifenden Bandenwesen, nicht aber von den Ursachen, die dem Obersten Rat die Durchführung des Aufteilungsplanes vereitelten und der Pariser Konferenz die Lösung des türkischen Problems unmöglich machten. Die Schwierigkeiten sind auch heute noch nicht behoben, wo der Oberste Rat der Ansicht ist, seine Hauptaufgabe erfüllt zu haben. Gerade die gegenwärtige Lage in der Türkei zeigt, wie sehr man in Paris die Dinge verkennt und wie falsch man sie angefaßt hat, eine Kritik, die sich der Viererrat übrigens selbst vom „Temps“ gefallen lassen mußte, der ihm weder die Besetzung Smyrnas, noch die Ausweisung der zu Besprechungen nach Paris geladenen türkischen Mission des Großwesirs Damad Ferid Pascha als besonders geschickte diplomatische Aktion gutgeschrieben hat. In der Tat hat sich dann auch die Ungeschicklichkeit dieses Vorgehens bitter gerächt. Die Besetzung Smyrnas

mußte die immer mehr um sich greifende von Mustapha Kemal Pascha geführte Bewegung schüren; die Rücksendung der Mission Ferid Paschas hatte zur Folge, daß dieser ergebnislos von seiner Pariser Reise heimkehrte und damit jeder Fühlungnahme mit der nationalen Bewegung beraubt war. Diese hat sich inzwischen derart verstärkt, daß sie die Konstantinopeler Regierung immer mehr bedroht, die, da ganz Anatolien der Nebenregierung untersteht, nur mehr ein Scheindasein führt. Mustapha Kemal Pascha hat einen Teil seiner Front bereits in die nächste Nähe Konstantinopels vorgeschoben. Kemal, der 1915 die Angriffe der Engländer gegen die Dardanellen siegreich abgewiesen und zu spät am syrischen Feldzug sich beteiligt hat, sitzt in Erserum und ist die Seele der national-türkischen Bewegung. Ihm zur Seite steht Reuf Bey, der aus dem Tripoliskrieg bekannte Kommandant der „Hamidie", und während des Krieges Führer der türkischen Truppen in Persien, später vorübergehend Marineminister.

Für den zunehmenden Einfluß Kemals spricht die Nachricht, daß die Bewegung bereits die Grenzen des ehemaligen türkischen Reiches überschritten hat. Die Gründung der „Republik Aserbeidschan" — nach dem „Temps" das Produkt einer Abmachung zwischen Georgiern und Tataren — soll damit im Zusammenhang stehen und die Blockierung der von den Armeniern bewohnten Gebiete bezwecken. Der armenienfeindliche Charakter dieser Gründung wird allerdings von georgischer Seite in Abrede gestellt und das Abkommen lediglich auf militärische Notwendigkeiten und gegen eine Invasionsgefahr durch Denikins Truppen gerichtet bezeichnet.

Großwesir Damad Ferid Pascha hat kürzlich sich dem Vertreter eines Pariser Blattes gegenüber geäußert und dabei ein erkleckliches Maß von Optimismus zur Schau getragen. Er meinte, die Aktion Kemals sei bereits im Absterben und für die Stambuler Regierung ausgeschaltet. Interessant ist nun aber, was der türkische Gendarmeriekommandant, der mit Mustapha Kemal Pascha den Namen gemein hat, über das berichtet, was er auf seiner Erkundungsreise im Wilajet

Aidin zu sehen bekam. Nach seinen Angaben stehen vier türkische Fronten den Griechen gegenüber. Die militärische Organisation ist ausgezeichnet, in die lokale Verwaltung greifen die nationalen Truppen nicht ein, oder dort nur, wo die Behörde sich ihnen widersetzt. Irgendeinen Erfolg hat der abgesandte Gendarmeriekommandant bei seiner Aktion nicht zu verzeichnen gehabt. Auch die Aufforderung des Sultans an die Walis, sich in Konstantinopel zu melden, blieb ohne Echo. Da, wo sie sich der Bewegung nicht anschlossen, wurden sie von Kemal Pascha durch andere ersetzt.

So ist in dem Augenblick, wo der Oberste Rat außer Funktion tritt, die Lage in Kleinasien: In Stambul eine schwache Ententeregierung, deren Macht kaum über die Stadtgrenze hinausreicht, in Erserum eine Gegenregierung, deren Einfluß von Kartal bei Konstantinopel bis zur persischen Grenze reicht und vielleicht eine Armee von über 300 000 Mann zählt, gegen die der Verbandsgeneral Milne vergeblich vorzugehen versucht. Und selbst die Frage des Konstantinopler Protektorats bleibt, nachdem Amerika endgültig darauf verzichtet hat, nach wie vor ungelöst. England und Frankreich, die als Hauptinteressenten dem nahen Orient eine Neugestaltung und vor allen Dingen den Frieden geben wollten, werden heute infolge gänzlichen Versagens ihrer Politik zu Urhebern neuer Kämpfe. Abseits davon steht Italien, das sich anscheinend darauf beschränkt, in wirtschaftlicher Hinsicht als tertius gaudens die Erfolge, die den anderen Verbandsstaaten nicht beschieden sind, auf seine Mühlen zu leiten. Auf seiten der Jungtürken hat man diese Bestrebungen erkannt und mit Sympathie aufgenommen. (Deutsche Allgem. Ztg.)



Der bulgarische Friedensvertrag.

Von einem Bulgaren.

Nachdem die Bulgaren mehr als ein ganzes Jahr auf die Friedensbedingungen gewartet haben, vernehmen sie heute endlich deren Inhalt. Das bulgarische Volk kann sich kaum denken, daß die Friedenskonferenz mit einer solchen Härte gegen das Land vorgehen konnte. Besonders nachdem so oft von den Ententemächten und hauptsächlich von Präsident Wilson erklärt wurde, daß das Balkanproblem nach strengster und gerechtester Beobachtung der Nationalitäts-Prinzipien gelöst würde. Die Balkanhalbinsel, die wegen ihrer komplizierten nationalen Verhältnisse und der ununterbrochenen innern Kämpfe von den Westeuropäern der „Hexenkessel“ genannt wurde, erwartete von der Friedenskonferenz, daß sie den dort lebenden Völkern die Möglichkeit einer ruhigen Entwicklung verschaffen würde. Der Vertrag zeigt jedoch, wie weit sich die Pariserkonferenz von der gerechten Lösung der Balkanfrage entfernt hat! Nie kamen die imperialistischen Bestrebungen der balkanischen Nachbarn deutlicher zum Ausdruck als heute: Das bulgarische Gebiet ist wieder zerrissen; Teile des bulgarischen Volkes werden von neuem unter fremde Herrschaft geworfen. Das bulgarische Volk, welches seit 1912 Krieg führte, nur um seine Brüder in Mazedonien und der Dobrudscha zu befreien, muß heute noch weitere Teile der fremden Herrschaft preisgeben. Von der Westgrenze Bulgariens wurden, unter der harmlosen Bezeichnung „kleine Korrektionen der serbisch-bulgarischen Grenze aus strategischer Notwendigkeit“ rein bulgarische Gebiete mit der Stadt Zaribrod, von Bulgarien abgeschnitten. Die serbische Grenze rückt um 20 Kilometer der Eisenbahnlinie Belgrad-Sofia entlang ins bulgarische Gebiet ein und ist nur 40 Kilometer von Sofia entfernt. Hier kam eine Veränderung der bulgarischen Grenze, welche im Jahre 1878 vom Berliner Friedensvertrag gezogen wurde, zustande. Im Südwesten wurde das Tal der Strumitza, mit der gleichnamigen Stadt von Bulgarien abgerissen. Der Teil Mazedoniens, der im Jahre 1913 vom Bukarester Vertrag den

Bulgaren zugesprochen wurde, wird heute wieder von diesem getrennt! Und zuletzt wurde Thrazien, das Asyl der verfolgten Bulgaren aus Ost-Thrazien, der Dobrudscha, Serbisch- und Griechisch-Mazedonien und das in den letzten fünf bis sechs Jahren neben den 140 888 Seelen bulgarischer Bevölkerung noch 32 000 Flüchtlinge in seiner fruchtbaren Ebene sammelte, ebenfalls von Bulgarien abgeschnitten. Dies war das einzige Gebiet, das Bulgarien nach dem unglücklichen Balkankriege im Jahre 1913 erhielt. Es gab Bulgarien einzig und allein die Hoffnung, sich in Zukunft auch wirtschaftlich zu bessern, weil es durch die Nähe des Ägäischen Meeres den Bulgaren den geradesten Weg zu den Westeuropäern bot. Das gleiche hätte Bulgarien die Möglichkeit gegeben, die großen, finanziellen Lasten, die auf seinen Schultern ruhen, leichter zu ertragen; besonders wenn man bemerkt, daß diese Gegend sehr fruchtbar ist und man dort berühmte Sorten Tabak pflanzt. Warum wurden diese Gebiete von Bulgarien abgeschnitten? Bestehen irgendwelche Gründe, die diese Ungerechtigkeit rechtfertigen können? Nein! Das Strumitzatal ist ein ausgesprochen bulgarisches Gebiet. Kein einziger Serbe befindet sich dort. Kein Mensch hätte sich gedacht, daß Serbien eines Tages Ansprüche auf diese Gebiete, sowie auf Zaribrod erheben würde.

Noch schmerzlicher ist die Tatsache, daß die Friedenskonferenz kein Wort über Mazedonien und die Dobrudscha spricht. Diese beiden Gebiete sind unglückliche Opfer des Krieges. Ihr Schicksal wurde nicht auf Grund eines gerechten Prinzips entschieden, sondern nur deshalb, weil Bulgaren gegen die Entente kämpfte. Ist es heute wirklich noch möglich, ein Volk, welches 500 Jahre unter türkischer Herrschaft stand und doch in seinem ganzen Wesen den nationalen und kulturellen Charakter beibehielt, von neuem unter fremdes Joch zu stellen? Wird es möglich sein, den bulgarischen Stamm aus diesen Gegenden auszurotten? Nein! Leider läßt die Pariser Konferenz, die den ethnographischen und nationalen Charakter Mazedoniens und der Dobrudscha sehr gut kennt, diese Gebiete in den Hän-

den der Gegner Bulgariens die sich sogar heute noch widersetzen, für die einfachen menschlichen und bürgerlichen Rechte der fremden Nationalitäten in ihren Ländern Sicherheit zu geben. Mazedonien und die Dobrudscha werden also im zwanzigsten Jahrhundert einer neuen Knechtschaft unterworfen und müssen, in dieser Zeit, wo die Menschen sich bestreben, ihre volle politische und wirtschaftliche Freiheit zu erlangen, Knechte der rumänischen Bojaren und der serbischen Imperalisten bleiben. Kann das im zwanzigsten Jahrhundert möglich sein? Die Frage bleibt offen, die Zukunft wird antworten!



Die Geheimverträge über Syrien.

Von Dr. **Edgar Stern-Rubarth** in der „Voss. Ztg."

England macht alle Anstrengungen, um die Orientfrage durch gütliche Einigung mit Frankreich beizulegen. Feldmarschall Lord Allenby, — nebenbei bemerkt eine militärische Größe, die ihre jungen Rangerhöhungen nur auf demselben fruchtbaren Nährboden des Orients geerntet hat, der von je Englands militärische Lords und Feldmarschälle liefert: vergleiche Lord Roberts of Kandahar, Lord Kitchener of Khartoum — ist eigens zurückgekehrt und in Paris. eingetroffen. Lloyd George ist eben dorthin geeilt, um mit dem Obersten Rat gemeinsam zu verhandeln. Sie haben aber in Paris keine gute Presse vorgefunden: der „Journal des Debats" erklärt, daß lediglich eine bedingungslose Anerkennung der französischen Ansprüche auf das syrische „Mandat" den Zweck dieser Reise bilden könne; andernfalls sei nicht einzusehen, welchen nützlichen Zweck die Rückreise Lord Allenbys nach Europa verfolgen könne. Der „Temps" wirft den Engländern, in vorerst allerdings höflichen Worten die Art und Weise vor, wie britische Behörden die französischen Interessen in Konstantinopel und Klein-Asien behandelt haben, und erklärt eine neue Debatte über die syrische Frage für ziemlich überflüssig. Zuvor müsse der Tag, an dem britische Truppen Syrien räumen, auf einen möglichst baldigen Termin festgesetzt und die Finanzwirtschaft Syriens ausschließlich der französischen Regierung übertragen werden.

Der „Journal" will von Lord Allenby erfahren haben, daß England das Mandat Frankreichs über Syrien anerkenne, die politische Angelegenheit des Landes den Franzosen überlasse und lediglich aus militärischen Gründen seine Truppen vorläufig in

Syrien belassen möchte. Wie weit hier der Wunsch Vater des Gedankens ist, steht dahin. Auf englischer Seite besteht der Wunsch, die täglichen Sitzungen des Obersten Rates beendet zu sehen und die syrische Frage gewissermaßen unter vier Augen besonders zu behandeln, während Clemenceau auf der erneuten Aufrollung des ganzen Orientkomplexes besteht und an der Verhandlung im Rahmen des Obersten Rates festhält. Die Besprechungen haben am 14. September begonnen, bisher aber zu einem Abkommen offenbar nicht geführt, obwohl in wiederholten Meldungen von dem geplanten Rückzug britischer Truppen aus Syrien berichtet wurde. Wo der formale Schwerpunkt der Frage liegt, zeigt eine Auslassung des britischen Obersten T. E. Lawrence, der nach dem Beispiel Lord Fishers seiner Regierung — in bester Absicht offenbar — in den „Times" in den Rücken fällt. Lawrence war einer der wichtigsten Gehilfen, wenn nicht selbst der Macher bei dem arabischen Aufstand und der ganzen britischen Orientpolitik der letzten vier Jahre. Er befand sich zuletzt, wohl in der Eigenschaft eines „Beraters", als Vormund, im Stab des Emir Feysal, des präsumptiven Königs von Syrien. Die vier von ihm auszugsweise veröffentlichten Dokumente sind folgende:

I. Ein britisches Versprechen an den nachmaligen König Hussein von Mekka, datiert 24. Oktober 1915. Darin verpflichten sich die Engländer, die Unabhängigkeit der Araber südlich des 37. Breitengrades, mit Ausschluß der Provinzen Bagdad und Basra anzuerkennen. Für die beiden letzteren Provinzen werden „besondere Maßnahmen der Verwaltungskontrolle durch die britischen Interessen erforderlich gemacht". Weiter ist in dem Abkommen die arabische Unabhängigkeitszone begrenzt durch „Gebiete, wo Großbritannien nicht frei ist, zu handeln, ohne die Interessen Frankreichs zu benachteiligen". Dieser Vertrag ist von Sir Henry McMahon.

II. Abkommen zwischen England und Frankreich vom Mai 1916. Dieses teilt die arabischen Provinzen der Türkei in fünf Zonen:

A) Palästina vom Jordan bis zum Mittelmeer, soll „international" werden.

B) Haifa und Mesopotamien ungefähr von Tekrit ab bis zum Persischen Golf wird britisch.

C) Die syrische Küste von Tyrus bis Alexandrette, ferner Cilicien und das südliche Armenien von Siwas bis Diarbekir wird französisch.

D) Das Innere des Landes, insbesondere die Wilajets Aleppo, Damaskus, Urfa, Deir-es-Zor und Mosul werden „unabhängig-arabisch".

Für die unabhängig-arabische gilt weiter:

1. Zwischen der Linie Akaba—Koweit und Haifa—Teknt dürfen die Franzosen keinen politischen Einfluß erstreben, während England die ökonomische „Priorität" und das Recht verlangt, den Arabern die von ihnen geforderten Ratgeber zu stellen.

2. Zwischen der Linie Haifa—Tekrit und der Südecke Französisch-Armeniens (besser: Kurdistans) verzichtet Großbritannien auf das Streben nach politischem Einfluß und gewährt Frankreich die unter 1 näher bezeichneten Rechte.

Als besonderes Kuriosum enthält dieser Vertrag, dessen Urheber mit der Geographie und den wirtschaftlichen Zusammenhängen umgehen, wie der Esel mit dem Porzellanladen, die Bestimmung, daß die Bagdadbahn nicht fertiggestellt werden darf, bevor eine neue Euphratbahn (im französischen Interesse) erbaut worden ist.

III. Vertrag Englands mit den 7 Syrern von Kairo (dem Syrischen Unabhängigkeitskomitee) vom 11. Juni 1917. Hierdurch wird festgelegt, daß die vor dem Krieg bestehenden arabischen Staaten und Gebiete, welche durch kriegerische Maßnahmen ihrer Bewohner während des Krieges von türkischer Herrschaft befreit werden, vollkommen unabhängig bleiben sollen.

IV. Das britisch-französische Abkommen vom 9. November 1918. In diesem kommen Großbritannien und Frankreich dahin überein, Regierungen der Eingeborenen in Syrien und Mesopotamien zu „ermutigen" und, ohne sich aufzudrängen, einen geregelten Geschäftsgang solcher Regierungen, welche die fraglichen Völker selbst erwählt haben werden, sicherzustellen.

Oberst Lawrence gesteht selbst, wenn auch in etwas gewundener Form, ein, daß jedes von diesen Abkommen das andere totschlägt und seine Durchführung unmöglich macht.

Während das erste von Sir McMahon herrührt, ist zwei und drei von Sir Mark Syke, einem alten, besonders in Persien und Afghanistan bekannten Orientkrieger undiplomatischsten Kalibers verfaßt, drei zusammen mit dem französischen Bevollmächtigten Picot. Als Vater des vierten bezeichnet er Lord Robert Cecil und gesteht ein, daß sie alle unter dem Zwang der militärischen Notwendigkeit entstanden seien, die Araber zum Kämpfen auf seiten der Alliierten zu veranlassen.

Der Zeitpunkt des ersten Abkommens fällt mit dem ersten großen Vorstoß der Engländer gegen Bagdad zusammen. Um diesen durchführen zu können, brauchten sie die Unterstüztung oder zum mindesten die wohlwollende Neutralität der Araberstämme des Irak, um die außerordentlich große und schmale Etappenlinie längs des Tigris nicht von ihnen abgeschnitten zu bekommen. Zugleich war damit die Organisation des Aufstandes im Yemen verbunden, der aber lange Zeit hindurch militärisch auf ein unfruchtbares Geplänkel zwischen den Truppen des Emirs von

Melka und den in Arabien stationierten türkischen Regimentern hinauslief.

Der Feldzug in Mesopotamien kam im April 1916 mit der Wiedereinnahme Kut-el-Amaras durch die Türken unter Gefangennahme Townshends und seiner Armee, ebenso wie vorher der Dardanellenfeldzug zu einem für die Alliierten unglücklich verlaufenden Abschluß. Diesen Augenblick haben vermutlich die Franzosen benutzt, um ein für sie günstiges Abkommen mit England zu treffen, das unter II. angeführte, das die hauptsächlichste Grundlage für die französischen Ansprüche bilden dürfte. In ihm wird auf die Araber wenig Rücksicht genommen, offenbar weil ihre Unterstützungen in den vorhergegangenen Operationen nicht den gewünschten Erfolg brachten. Es sind denn auch bei jedem türkischen Erfolg arabische Häuptlinge prompt zu den Türken übergegangen, nachdem sie vorher die Waffen und das Gold Englands eingesteckt hatten.

Als Gegenleistung erfolgte im September 1916 die Blockade Syriens durch französische Schiffe. Der dritte Vertrag ist zweifellos mit der reservatio mentalis englischerseits vollzogen worden, ihn nicht einzuhalten; seine ganze Fassung läßt darauf schließen, daß den Engländern seine Hintertüren das Wichtigste dabei waren, und daß es sich zunächst nur darum handelte, das syrische Komitee zufriedenzustellen. Inzwischen war der russische Bundesgenosse infolge der Märzrevoluton ausgeschieden, türkische Truppen in Persien vorgedrungen, und es mußte zunächst an der Sinaifront Ruhe herrschen ,um die direkten Bedrohungen des Landweges nach Indien durch einen Vorstoß über Bagdad hinaus abzuwehren, der dann auch Mitte 1917 Erfolg hatte. Hieran schlossen sich September—November 1917 die erfolgreichen Operationen der Engländer gegen die Palästinaarmee, die am 8. Dezember 1917 zur Einnahme Jerusalems führten. Von diesem Zeitpunkt ab scheiden die Araber als Vertragspartei offenbar aus.

Zum Verständnis sei folgendes bemerkt:

Der 37. Breitengrad, südlich dessen Vertrag Nr. I. den Arabiern die Unabhängigkeit garantiert, läuft durch Klein-Asien im Golf von Mendelia, durch den Taurus, südlich der Cilicischen Tore und durch Ober-Mesopotamien, etwa bei den Städten Biredjik-Misibin, umfaßt also nicht nur ganz Syrien, Palästina und Mesopotamien (mit Ausschluß der für England vorbehaltenen Wilajets Bagdad und Basra), sondern auch die wichtigen von Italien und Frankreich beanspruchten Golfs von Adalia und Alexandrette und Teile Klein-Asiens. Das Abkommen Nr. II., in dem schon die Gebietsbezeichnung „Haifa und Mesopotamien“ mehr als großzügige geographische Auffassung erkennen läßt, schneidet Mesopotamien mit Hilfe der Jordanlinie auseinander und konstituiert ein französisches Gebiet aus Syrien, Cilicien und Süd-Armenien, oder richtiger Kurdistan, teilt dann mit einem rohen Strich das

Verbleibende in zwei Hälften, von denen die nördliche französischem, die südliche, durch den 34. Breitengrad geschnittene, englischem Einfluß unterworfen werden sollen. Hier ist von dem freien Araberreich nach Vertrag Nr. 1 eigentlich nichts mehr übrig geblieben. Der Vertrag Nr. III stellt es, offenbar unter dem Einfluß der türkischen Erfolge, (Dardanellen, Kut-el-Amara) wieder her und verspricht den Arabern vollständige Unabhängigkeit aller bisher arabischen oder mit arabischer Hilfe zu befreienden Gebiete.

Dem Buchstaben nach hatten die Araber wohl Anspruch auf fast die ganze asiatische Türkei; Lawrence; dem dies auch aufgefallen ist, meint, daß ein „lokales“ Abkommen zwischen Allenby und Feysal die Schwierigkeiten beseitige, da die arabische Armee fast vollständig in dem durch Vertrag Nr. II. den Arabern zugewiesenen Gebiet verwendet worden sei. Das stimmt aber nicht, zum mindesten nicht für Palästina und Syrien, weshalb auch die Franzosen mit ihren Ansprüchen und die Engländer mit dem geplanten Judenstaat Palästina auf den Widerstand der Araber stoßen. Der Vertrag Nr. IV versucht die Widersprüche der anderen insofern zu mildern, als er die britischen und französischen Interessengebiete (vergleiche Vertrag II, 1. und 2.) in Einflußzonen verwandelt. Lawrence betont, daß eine befriedigende Lösung für die Ansprüche der Araber, die sich im besonderen auf Damaskus, Homs, Hama, Aleppo und Mosul erstrecken, vor allen Dingen gefunden werden müsse, ehe der englisch-französische Konflikt überhaupt eine brauchbare Basis zur Verständigung bekommen könne. „Times“ kommentiert die Ausführungen des Obersten mit der Bemerkung, daß unglücklicherweise die Kenntnis dieser Verträge bisher nur sehr begrenzt gewesen, und ein Verständnis dafür, wie man ihre zum Teil unvereinbaren Bestimmungen auszulegen habe, noch begrenzter sei. Sie seien Erbschaften des Krieges und zeigten als solche ihr vice d'origine.

Daß die Engländer den Emir Said, einen Parteigänger der Franzosen, verhaftet haben, daß syrische Patrioten sich an Amerika wenden mit dem Ersuchen um Übernahme des Mandats, um aus der Zwickmühle des englisch-französischen Interessenstreites herauszukommen und wenigstens in politischer Beziehung, wenn nicht in wirtschaftlicher, sich die wiederholt zugesicherte Unabhängigkeit zu bewahren, zeigt die Schwäche der nach rein militärischen Gesichtspunkten aufgestellten willkürlichen Abmachungen. Und, gleichviel, ob Lloyd George, Alleby und Clemenceau jetzt zu einer Verständigung kommen oder nicht: sie werden unter dem selbst geweckten Unabhängigkeitsdrang ihres dritten Partners, der Araber, dauernd um so schwerer zu leiden haben, als der Stachel bei jedem von beiden zurückbleiben wird, auf irgendwelche früher „erworbenen“ Ansprüche verzichten zu müssen.

Wirtschaftliche Übersicht.

Die Eröffnung des Handelsverkehrs mit dem Orient.

Vor einiger Zeit wurde bereits berichtet, daß in Newyork zwei Schiffahrtslinien errichtet sind, deren Aufgabe es nur ist, den Handel der Vereinigten Staaten mit dem Orient zu fördern. Konstantinopel, Konstanza, Gallatz, Smyrna, der Piräus und noch einige andere Häfen werden regelmäßig von den Schiffen dieser Linien angelaufen. Es hat sich ferner unter dem Namen American-Foreign-Trade-Corporation auch eine Gesellschaft mit einem Kapital von 80 Millionen Mark zur Belebung des Handels mit dem Orient gebildet. An der Gesellschaft sind 15 große amerikanische Handels-Unternehmungen beteiligt. Der Hauptsitz der Gesellschaft ist Konstantinopel, Zweig-Niederlassungen werden in Smyrna, Syrien und Palästina errichtet. Diese Meldungen haben in England, wo man den Orient als eigene Domäne betrachtet, starke Beunruhigungen hervorgerufen. Die Baumwollfabrikanten von Lancashire haben sich infolgedessen zusammengeschlossen, um gemeinsame Vertreter nach Rumänien, Serbien, Kleinasien, Syrien und Mesopotamien zu entsenden und dort neue Absatzgebiete für ihre Erzeugnisse zu eröffnen. Man hofft auf diese Weise der amerikanischen Konkurrenz zuvorkommen zu können. Bevor aber die Amerikaner in der Levante Fuß fassen können, sind dort bereits die Japaner erschienen, um die großen während der Kriegsjahre angehäuften Mengen von Waren nun im Orient abzusetzen. Gerade auf dem Gebiete der Textilindustrie hat Japan während des Weltkrieges außerordentliche Fortschritte gemacht, und da die Arbeitslöhne dort nicht annähernd in

dem Maße gestiegen sind, wie in den kriegführenden Ländern, bietet die japanische Textilindustrie ihre Erzeugnisse zu Preisen an, mit denen auch Lancashire nicht in Wettbewerb treten kann.

Auch Frankreich bemüht sich, durch Schaffung von Organisationen der verschiedensten Art im Orient einen erweiterten Markt für seine Erzeugnisse zu finden. Jetzt ist in Bukarest ein französisches Wirtschaftsunternehmen ins Leben gerufen, das ein Bindeglied zwischen dem französischen und dem rumänischen Handel sein soll. Es will den Warenbedarf Rumäniens auf allen Gebieten ermitteln und den französischen Handels- und Industriekreisen Winke erteilen über Art und Preise von Waren, die in Rumänien gute Absatzmöglichkeiten haben. Auch die Beschaffung von Vertretern gehört mit zu den Aufgaben des Unternehmens. Die französischen Industriellen sind ersucht, dem Büro der Gesellschaft in Bukarest ihre Preisverzeichnisse zur Verfügung zu stellen. Ob diesem Unternehmen ein großer Erfolg beschieden sein wird, bleibt abzuwarten. Alle Berichte über den gegenwärtigen Handel auf dem Balkan und im Orient sprechen sich dahin aus, daß Abschlüsse auf Grund von Preislisten dort so gut wie nicht zu stande kommen. Nur Waren, die an Ort und Stelle vom Käufer besichtigt und übernommen werden können, haben Erfolg.

In der Regelung des Außenhandels Bulgariens sind neuerdings wieder einige Abänderungen in Kraft getreten. Die Kontrolle über Einfuhr und Ausfuhr liegt nach wie vor in den Händen der wirtschaftlichen Sektion der Abteilung für Sozialversicherung. Im allgemeinen gilt jedoch auch weiterhin das vom Verwaltungsrat der bulgarischen Nationalbank für den Außenhandel aufgestellte Regulativ. Die Ausfuhr von Tabak und Rosenöl ist in Zukunft der Zustimmung der wirtschaftlichen Sektion vorbehalten. Sie wird nur gestattet gegen Bezahlung in fremden Devisen, die an die Devisenzentrale der Nationalbank abzuliefern sind.

Nach den übereinstimmenden Berichten von Konsulaten neutraler Länder entwickelt sich der Handel in den Balkanstaaten nur außerordentlich langsam, obwohl überall ein sehr

starker Warenmangel herrscht. Zum guten Teil sind Transportschwierigkeiten daran schuld. Außerdem aber ist die wirtschaftliche Lage dieser Länder durch den Weltkrieg derartig erschüttert, daß sich der fremde Handel nur sehr schwer zu Kreditgeschäften entschließt. Die großen Erwartungen, die man in den Ländern der Entente und auch in den neutralen Ländern an die Gewinnung der Märkte im Orient nach Ausschaltung Deutschlands geknüpft hat, haben sich bisher nur in sehr bescheidenem Umfange erfüllt.

Bulgarien.

Bulgariens Wirtschaftsnot. Die politischen Bedingungen, denen Bulgarien sich zu unterwerfen hat, mögen vielleicht etwas milder erscheinen als die des deutschen und österreichischen Friedensvertrages. Die wirtschaftlichen Verpflichtungen, die Bulgarien zu übernehmen hat, zeigen jedoch fast dieselbe grausame Härte wie die seiner früheren Bundesgenossen.

Man darf im Vorhinein nicht vergessen, daß Bulgarien Neuland ist und erst am Anfang seiner Entwicklung steht. Umso weniger Widerstand kann es wirtschaftlichen Gewaltforderungen entgegensetzen. Auf Grund des Friedensvertrages ist es verpflichtet worden, eine Kriegsentschädigung von $2\frac{1}{4}$ Milliarden Franken in Geld an die Alliierten abzuführen. Diese Summe mag vielleicht niedrig erscheinen im Vergleich zu den Entschädigungssummen, die Deutschland nach den bisherigen Äußerungen maßgebender Kreise auferlegt werden sollen. Sie ist aber dennoch ganz ungeheuerlich, wenn man berücksichtigt, daß sie ein Volk von kaum 4 Millionen Einwohnern zu tragen hat, dessen finanzielle Leistungsfähigkeit zudem durch wiederholte Kriege der letzten Zeit völlig erschöpft ist. Es wäre falsch, wenn man behaupten wollte, die Bulgaren hätten für eine solide Finanzwirtschaft kein Verständnis gehabt. Im Gegenteil, der bekannte bulgarische Finanzminister Tontschew tat, was in seinen Kräften stand. Wenn er sich aber bei seinem ganzen Finanzgebaren während des Krieges trotzdem stark an Deutschland anlehnen mußte, so kam dies vor allem daher, daß Bulgaren nach wie vor ein ausgesprochenes Agrarland war, dessen Kreditsystem schwerfällig und dessen Bevölkerung mit besonderen Reichtümern nicht beglückt ist. Augenblicklich ist nicht recht ersichtlich, woher Bulgarien plötzlich das viele Geld zur Bezahlung der Kriegsschuld nehmen könnte, selbst wenn es den größten Teil seiner bisherigen Schulden annullieren würde.

Ebenso ist Bulgarien gezwungen worden, eine gewisse Menge Vieh abzuliefern. Zwar verfügte das Land in Friedenszeiten einmal über einen verhältnismäßig reichen Viehbestand. Durch die Kriegsnot und die großen Ernährungsschwierigkeiten wurde jedoch dieser Viehbestand stark beeinträchtigt. Nach früheren Zählungen belief sich der Bestand an Pferden auf 0,6 Millionen, der Rinder auf 2,4 Millionen; besonders hoch war die Zahl der Schafe (8½ Millionen), gering dagegen die der Schweine (0,2 Millionen). Außerdem wurden noch 136 000 Maulesel gezählt.

Als Entschädigung für die in den Kohlengruben der serbischen Gebiete bewirkten Zerstörungen ist Bulgarien verpflichtet worden, dem serbischen Staate während 5 Jahre 50 000 Tonnen Kohlen jährlich zu liefern. Vor dem Kriege war von einer Ausnützung der Kohlenschätze kaum die Rede. Es fehlten größere Bergbaubetriebe. Bekanntlich hatte gerade die deutsche Bankwelt durch Zuleitung von Kredit bei der Erschließung der bulgarischen Bodenschätze Pionierdienste geleistet. Im Kriege konnten die Erträgnisse wesentlich gesteigert werden. Immerhin aber bedarf es noch großer Anstrengungen, bis die Leistungsfähigkeit dieser Betriebe so gehoben ist, daß ein Export sich ermöglichen lassen soll.

Sofia soll Sitz der Interalliierten Kommission sein, in der England, Frankreich und Italien vertreten sein sollen. Sie soll unter anderem auch die Liste der Steuern und Einkünfte des bulgarischen Staatshaushaltes kontrollieren. Sollte Bulgarien seinen Verpflichtungen nicht nachkommen, so solle sie das Recht haben, die absolute Kontrolle der butgetären Steuern und Einkünfte in die Hand zu nehmen. Wie gezeigt, sind aber die finanziellen Forderungen so, daß Bulgarien kaum in der Lage sein dürfte, sie in der gewünschten Weise zu erfüllen. Auf diese Weise verschaffen sich die Alliierten das beste Kontrollrecht über die gesamte bulgarische Volkswirtschaft und sind jederzeit in der Lage, die Fesseln tiefer in das Fleisch des bulgarischen Volkes zu stoßen je nach dessen Verhalten und Sympathien für die Entente.

Die Absicht, Bulgarien zur Domäne für die Wirtschaftsinteressen der Entente zu machen, geht aus dem Friedensvertag deutlich hervor. Verschiedene Meldungen liegen vor, daß man bereits auf dem besten Wege ist, das Land wirtschaftlich zu durchdringen. Eine französische Handelskanzlei ist in Sofia bereits errichtet. Ihr Vorstand ist der frühere französische Konsul in Antwerpen. Öl, Seife, Oliven, Leder, Baumwolle, Honig werden bereits seit Beginn dieses Jahres von den Ententeländern eingeführt. Große Schwierigkeiten dagegen werden der bulgarischen Ausfuhr bereitet. Eine nach Amerika entsandte bulgarische Kommission hatte große Mühe, um bulgarischen Tabak auch nur in kleinsten Mengen abzusetzen. Auch das bekannte bulgarische Rosenöl fand kaum Aufnahme.

Die Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel sind in Bulgarien nach wie vor sehr hoch, obgleich ein allmähliches Abflauen zu beobachten ist. Die diesjährige Ernte ist besser als die frühere. Von den Fremden will der Bulgare nichts mehr wissen, gleichgültig, ob es sich dabei um Angehörige der Entente oder der Mittelmächte handelt. Das Volk verlangt Ruhe und Frieden und will nichts mehr von Politik wissen.

Rumänien.

Rumäniens wirtschaftliche Lage. Der „Argus" (18/IX) gibt einen Artikel der „Epoca" wieder, worin ausgeführt wird, daß die rumänischen Staatsschulden sich insgesamt auf zwölf Milliarden belaufen und zwar:

Staatsschulden im Jahre 1914	1 600 000 000 Lei
Anleihe im Jahre 1916	400 000 000 Lei
Während des Krieges bei den Alliierten gemachte Anleihen	1 500 000 000 Lei
Anleihe der Vereinigung	700 000 000 Lei
Staatsschulden bei der Banca Nationala	2 500 000 000 Lei

Dazu kämen noch 300 000 000 für Warenlieferungen im Laufe des Jahres 1919, ferner eine Milliarde, die zur Instandsetzung der Verkehrswege erforderlich sei und ungefähr drei Milliarden Schulden, welche der Staat mit den neuen Gebieten zu übernehmen hätte. So erdrückend diese Schuldenlast auch im ersten Augenblicke erscheine, sei die finanzielle und ökonomische Lage Rumäniens keineswegs über die Maßen besorgniserregend, da Rumänien durch seinen Export an Getreide, welcher von jetzt ab um noch 150 bis 200 000 Waggons bessarabischer Produkte mehr betragen wird, sowie seinen Export an Holz und Petroleum rasch wieder sein Budget ins Gleichgewicht zu bringen vermögen wird, ganz abgesehen davon, daß es einen sehr großen Teil der Erzeugnisse, welche es früher aus dem Auslande zu beziehen gezwungen war, nunmehr aus Siebenbürgen geliefert erhalten wird.



Die rumänischen Banken während des Krieges. Einen interessanten Überblick über die Ergebnisse der rumänischen Banken während des Krieges finden wir in dem „Corriere Economico". Das Blatt schreibt, daß keine der rumänischen Banken während des Krieges Verluste erlitten, sondern, daß alle Dividenden, beinahe wie in normalen Zeiten, ausgeschüttet haben. Einzelne haben sogar dieselbe Dividende wie vor dem Kriege verteilt. Allerdings ist in der Aufstellung die jetzt unter Zwangsverwaltung stehende

„Banca Generala Romana", die erst in diesem Jahre die Dividenden für die letzten drei Jahre verteilt hat, nicht aufgenommen. Die rumänische „Kommerzialbank", bei der ein verhältnismäßig großes französisches Kapital beteiligt ist, wird nicht erwähnt. Wenn im Jahre 1917 die Dividenden der meisten Banken um 1 bis 3 Prozent geringer sind als im Jahre 1915, so bedeute das nicht, daß der Reingewinn entsprechend niedriger gewesen sei, sondern es sind größere Rückstellungen zur Deckung allfälliger Kriegsschäden gemacht worden. So hat z. B. die Bank „Marmorosch Blank u. Co." ihren Reservefonds von 13 508 000 Lei im Jahre 1915 auf 23 500 918 Lei vermehrt. Auch die „Banca Romaneasca", die rein rumänisch ist, vermehrte ihren Reservefonds um über 100 Prozent. Von 1915 bis 1918 verdoppelten sich bei fast allen Banken die Einlagen. Was die Aktiven betrifft, so wird die Lage der Banken von 1916 bis 1918 durch das große Ansteigen der Kassenbestände charakterisiert, die sich bei einzelnen Banken im Vergleich zum Jahre 1915 verdreifacht haben. Es war natürlich, daß die Banken auf große Kassenbestände halten mußten, um gegenüber möglichen großen Abhebungen gesichert zu sein. Die diskontierten Wechsel haben sich gegen die Vorkriegszeit unverändert gehalten. Ein interessantes Kapitel ist das der öffentlichen Effekten, das im Jahre 1918 bei allen Banken, ausgenommen die „Kreditbank", ein fühlbares Ansteigen im Vergleich zum Stand des Jahres 1915 zeigt. Nach der obengenannten Zeitung beweist dies, daß die Leiter der rumänischen Großbanken sich über den Ausgang des Krieges klar waren und deshalb, und zwar unter vorteilhaften Bedingungen die ihnen angebotenen Effekten aufgenommen haben, unter dem Zwang der wirtschaftlichen Verhältnisse wohl auch aufnehmen mußten. Auf diese Weise haben die rumänischen Banken erheblich verdient, nur die „Kreditbank", die unter österreichisch-ungarischer Leitung stand, hat ungefähr 2 Millionen Lei der rumänischen Nationalanleihe abgestoßen . Die folgende Übersicht gibt einen Vergleich der Gewinne und der Dividenden von 1915 bis 1918.

Bank	Kapital 1918		Reserven		Dividend. %		
	nominal	eingezahlt	1915	1918	1915	1917	1918
Banca Romaneasca	60000000	34871000	2 647225	6285215	7,5	6	8
Marmorosch Blank & Co. . . .	30000000	20000000	13500000	23500000	6	9	11
Rumän. Kreditbank	20000000	20000000	10350000	11300000	11	8	8
Banca Agricola .	18500000	18500000	10212218	10737231	11	5	5
Banca de Scont .	10000000	9500000	1712379	4151000	8	5	8
Banca Comertului din Craiova .	9500000	9500000	6762065	8003500	10	9	9

Rumänische Ausfuhrzölle. In Rumänien wird auf alle Güter, mit Ausnahme von Ölen, ein Ausfuhrzoll von 20 Prozent vom Werte der Produkte erhoben werden. Alle anderen Ausfuhrzölle, die durch frühere Gesetze eingeführt wurden, werden abgeschafft. Die neue Taxe soll auf Grund des Verkaufspreises und des üblichen Marktpreises zur Zeit der Ausfuhr erhoben werden. Eine Königliche Verordnung bringt gewisse neue Verfügungen bez. der Gebühr für Güter, die verschifft oder vorübergehend in Warenhäusern oder den Docks von Braila oder Galatz gelagert werden. Für Güter, welche nach einer Frist von 20 Tagen vom Datum der Einlagerung ab, noch in den Warenhäusern verbleiben, ist eine hohe und ansteigende Lagergebühr zu entrichten.



Rumäniens Petroleum-Industrie. Die Petroleumpreise in Rumänien stellten sich Ende August auf 19 Lei für 100 kg. Bushtenari-Rohöle (August 1916 Lei 8½; August 1915 Lei 3,40). Es ist mithin fast eine Versechsfachung gegenüber dem Stand vor vier Jahren eingetreten. Trintea-Rohöl bedang Lei 15 (August 1915 Lei 3,15). Die inländische Petroleumversorgung Rumäniens leidet nach dem „Mon. du Pétr. Roum.“ noch unter den Folgen des Streiks, auch unter dem Mangel an Eisenbahnmaterial, zumal das Gebiet des Binnenmarkts durch die Angliederung Beßarabiens, Siebenbürgens und der Bukowina sich verdoppelt hat. Es findet bereits nach Deutsch-Österreich eine Ausfuhr im Austausch gegen Lokomotiven und Waggons statt. Auch hat Ungarn 400 Lokomotiven und 4000 Wagen zugesagt. Infolge der vertraglichen Abmachungen mit der Standard Oil Co. bleibt Rumänien der Absatz im nahen Osten auch in Zukunft vorbehalten. Dagegen scheint der tschecho-slowakische Markt künftig statt aus Rumänien aus Polen seinen Bedarf zu befriedigen, das jetzt über die galizischen Ölquellen verfügt und auch schon einen Abschluß mit der Tschecho-Slowakei über 6000 Waggons getätigt hat. Die bereits gemeldete rumänische Lieferung von 70 000 Tonnen Petroleumprodukte an die Standart Oil Co. erfolgte durch die „Birex“, das amtliche Ausfuhrkontor. Unterhandlungen über andere Transaktionen sind noch im Gange. Die Olleitung Campina-Baicoi-Konstanza ist wiederhergestellt, wodurch Konstanza wieder als Umschlagplatz fungieren kann. Die französich-englisch-rumänische Kommission zur Feststellung der Kriegsschäden in der Petroleumindustrie hat ihre Tätigkeit begonnen.

Ohne Quellenangabe bringen „Financial Times“ vom 18. August 1919 folgende Einzel- und Gesamtzahlen der Erdölproduktion Rumäniens in den letzten zweieinhalb Jahren (in Tonnen):

	1917	1918	Erstes Halbjahr 1919
Steaua Romana	182 456	313 701	146 186
Astra Romana	101 871	300 138	131 451
Romano Americana	140 372	270 822	92 870
Concordia	26 822	72 274	31 626
Internationala	11 082	40 275	24 010
Orion	6 620	22 463	16 436
Colombia	4 173	13 630	4 952
Alfa	2 624	11 453	4 390
„Steco“ (Ausbeutung von staatl. Ländereien)	6 360	63 468	28 142
Roumanian Consolidated Oelfields und Chiciura Oilfields	985	21 874	8 563
Aquila Franco Romana	—	7 934	4 630
Petrol Block	—	3 807	3 545
Nafta	—	14 052	6 890
Traian-Roumanian	2 387	5 436	2 427
Anglo-Roumanian	169	2 235	1 009
Sphinx Petroleum Co.	236	2 824	1 789
Baicoi Petroleum Co.	2 069	1 550	736
Victoria Petroleum Co.	—	705	810

Die Gesamtproduktion betrug 1917 nur 499 000, 1918 aber 1 119 000 Tonnen und in den ersten sechs Monaten 1919 527 000 Ton.



Die Bedeutung Siebenbürgens für die Anbahnung deutsch-rumänischer Handelsbeziehungen. Die sächsische Bevölkerung Siebenbürgens sucht die geschäftliche und kulturelle Vermittlung zwischen Deutschland und Deutsch-Österreich einerseits und Rumänien beziehungsweise Siebenbürgen andererseits zu übernehmen. Die Siebenbürger Sachsen, von denen zahlreiche Kolonien auch im Königreich Rumänien bestehen, sind zu dieser Übernahme um so eher geeignet, als sie von der rumänischen Regierung aus politischen Gründen mit einem gewissen Entgegenkommen behandelt werden. Die Vermittelung des siebenbürgisch-sächsischen Elementes ist sehr rumänischen Handelsbeziehungen durch solche zwischen Rumänien noch immer bemüht zu sein scheint, die früheren deutsch-rumänischen Handelsbeziehungen durch eine solche zwischen Rumänien und der Entente zu ersetzen. Die sächsische Bevölkerung Siebenbürgens ist nicht sehr zahlreich, jedoch ist sie geschäftstüchtig und kapitalkräftig. In Hermannstadt ist aus sächsischer privater Initiative die „Siebenbürgische Wirtschaftskanzlei“ unter

Leitung des Herrn Ludwig Jekely gebildet worden, die sich bemüht, geschäftliche Verbindungen mit Deutschland anzuknüpfen. Deutscherseits muß mit Rücksicht auf die Ausschaltungsbestrebungen der rumänischen Regierung größte Vorsicht bei der Benutzung siebenbürgisch-sächsischer Vermittelung angewendet werden. Die Außenhandelsstelle des Auswärtigen Amtes, Balkanreferat, Unter den Linden 78, ist in der Lage, auf Wunsch nähere Auskunft zu erteilen.

Serbien

Der schwierige Wiederaufbau Serbiens. Ein Bericht der englischen Handelskommission für Serbien weist auf die großen Schwierigkeiten des Wiederaufbaues hin. Es zeigt sich dabei, daß die Möglichkeit der Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen mit Serbien vielfach zu günstig eingeschätzt wird. Das Bedürfnis von Waren ist in Serbien zweifellos in größtem Maßstabe vorhanden, aber deren Verteilung und Bezahlung stoßen auf große Hindernisse. Unter anderem sagt der Bericht, daß die Eisenbahnlinien und Bahnhöfe zerstört seien, Pferde und Herden seien auf den fünften Teil des früheren Bestandes zurückgegangen, es fehle an allen landwirtschaftlichen Geräten. Der Wiederaufbau des Landes werde auch noch dadurch erschwert, daß gerade die für ihn notwendigen Güter in erster Linie von Frankreich und Belgien beansprucht und vorweggenommen würden. Am allerwichtigsten für den Wiederaufbau ist die Wiederherstellung der Bahn, vor allem die Fertigstellung der Brücken über die Morawa und Save, denn solange diese nicht wiederhergestellt sind, ist Serbien vom Eisenbahnverkehr sowohl mit Saloniki als mit Mitteleuropa abgeschnitten. Anscheinend sollen diese Brücken im August wiederhergestellt sein, dann fehlt aber noch alles andere, Baustoffe und Ersatz der zerstörten Eisenbahnanlagen. Das einzige, was vorhanden ist, sind die auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen an Serbien gelangten Lokomotiven; aber auch sie können nicht verwendet werden, da es an Kohlen mangelt und Holz für ihre Feuerung nicht verwendet werden kann. Die Landstraßen hat der militärische Verkehr fast völlig unbrauchbar gemacht, die meisten Brücken sind zerstört. Wollte man den Eisenbahn- durch Kraftwagenverkehr ersetzen, so müßte zunächst eine durchgreifende Verbesserung der Landstraßen erolgen; dafür fehlen aber wieder die notwendigen Werkzeuge und Maschinen. Bessere Aussichten für den Verkehr bieten die Wasserstraßen, Donau, Save und Theiß, aber infolge des Kohlenmangels liegen die Dampfer still. Die wenigen Fabriken, die vor dem Kriege bestanden, sind meistens zerstört worden. Alles ist neu zu beschaffen; nach Ansicht

des „Board of Trade Journal“ würde diesbezüglich die geographische Lage der Bezugsquellen von Bedeutung sein, auch wenn politische Gesichtspunkte zurzeit England und Frankreich in erster Linie als Lieferanten geeignet erscheinen ließen. Ganz ungeheuer ist die Wohnungsnot; auch hier ist Abhilfe schwierig, da Baustoffe, Werkzeuge und Baugeräte fehlen. Groß ist der Mangel an Leitern und erfahrenen, gelernten Arbeitern. Frankreich hat schon technische Hilfskräfte an Serbien zur Verfügung gestellt und eine gleiche Hilfe würde von seiten Englands gern gesehen werden, da man sonst zu befürchten scheint, daß diese von Deutschland gewährt werden könne. Das Blatt schreibt, daß die Anzahl der Architekten, Ingenieure und Topographen in ganz Serbien sich nicht auf mehr als siebenzig belaufe, was viel zu gering erscheint. Mittel zur Bezahlung des Einfuhrbedarfs sind reichlich vorhanden, denn der serbische Bauer und Kleinhändler hat im Kriege mit den Österreichern gute Geschäfte gemacht, ohne Geld ausgeben zu können. Dagegen ist Serbien nicht in der Lage, die Zahlung in einer dem westeuropäischen Kaufmann genehmen Form zu leisten; infolgedessen befürworte die Kommission, die von Großbritannien nach Serbien zur Erforschung des Marktes geschickt worden ist, die Errichtung einer britischen Bank in Serbien. Zusammenfassend dürfte der Schluß gezogen werden, daß Deutschland Aussicht hätte, mit Serbien wieder ins Geschäft zu kommen, wenn es ihm gelingt, technisches und kaufmännisches Personal nach Serbien zu schicken, und wenn es in der Lage ist, Zahlungen in Kronen anzunehmen oder die früher üblichen langen Kredite erneut zu gewähren.

Tschecho-Slowakei.

Deutsch-tschechische Handelsaussichten. Ein Mitarbeiter der Vossischen Zeitung hat eine Unterredung mit dem tschechoslowakischen Staatssekretär für den Handel, Herrn Schuster, gehabt, die von dem Berichterstatter wie folgt wiedergegeben wird:

„Liegt es im Interesse und in der Absicht der tschechoslovakischen Regierung, die Handelsbeziehungen mit Deutschland wieder in großem Umfange aufzunehmen?“

„In Friedenszeiten stammten 40 v. H. unserer Einfuhr aus Deutschland. Schon daraus erhellt das Interesse, das wir an neuerlichen Handelsbeziehungen mit dem Deutschen Reiche haben. Wie sehr mir deren rascheste Anbahnung am Herzen liegt, werden Sie daraus ersehen, daß ich schon in der allernächsten Zeit nach Berlin reisen werde, um mich dort mit den führenden Handelspolitikern auszusprechen.“

„Worüber wollen Sie vornehmlich verhandeln?“

„Zunächst über die Aufhebung der Einfuhrverbote. Das Verbot Deutschlands, Luxuswaren einzuführen, behindert unseren Export der Gablonzer Galanteriewaren, der Haiiaer Glaswaren und der westböhmischen Mineralwässer. Andererseits dürften die Vergeltungsverbote, die wir infolgedessen erlassen haben, für Deutschland nicht minder empfindlich sein. Es liegt also im beiderseitigen Interesse, diese Hemmungen zu beseitigen."

„Halten Sie angesichts der jetzigen komplizierten Geldüberweisung einen ausgedehnten Handelsverkehr für überhaupt möglich?"

„Gewiß doch. Die Beschaffung der Valuta ist keine allzu schwierige Arbeit, und die Kontrolle unserer Devisenzentrale wird mit der demnächst bevorstehenden Abschaffung dieser Zentrale einer weitaus liberaleren Methode Platz machen."

„Wird es nicht schwierig sein, den früheren Weg unseres Handels, der von Prag über Wien nach Berlin oder Hamburg ging, aufzugeben?"

„Wenn wir wirtschaftliche Beziehungen zu Deutschland pflegen, dann wollen wir sie direkt pflegen, nicht über Wien. Das ist wohl selbstverständlich."

„Welche Waren aus Deutschland brauchen wir zunächst?"

„Eine ganze große Reihe. Wenn ich sie aufzählte, liefe ich Gefahr, einige sehr wichtige zu vergessen. Darum nenne ich nur die allerwichtigsten, es sind: Farben, Kunstseide, Kali, Werkzeugmaschienen und Steinkohlen."

„Wird Deutschland auf dem hiesigen Markte mit England und Amerika konkurrieren können?"

„Das hängt ganz von Deutschland ab, von den Preisen, die es uns stellt."

„Man spricht in Prag viel davon, daß alle ausländischen (also auch die reichsdeutschen) Betriebe, die in der Tschechoslowakei Filialen haben, irgendwie nationalisiert werden sollen. Würden Sie die Freundlichkeit haben, mir einiges darüber mitzuteilen? Bisher hat man nur Andeutungen gehört, die recht allgemein waren."

„Sie sprechen von der sogenannten Rostrifizierungsaktion. Diese wurde allerdings schon vorbereitet. Der Regierungsentwurf ist bereits umgearbeitet und wird demnächst der Nationalversammlung vorgelegt werden. Die Aktion besteht, präzise gesagt, in folgendem: Ausländische Unternehmungen, die im Bereich des tschechoslowakischen Staates Produktion oder Transport betreiben, können vom Handelsminister aufgefordert werden, ihren Sitz, also ihre Zentrale, in die Grenzen unserer Republik zu verlegen. Der Minister hat das Recht, hierfür eine bestimmte Zeit und einen bestimmten Ort vorzuschreiben. Bleibt die Aufforderung des Ministers ergebnislos, dann wird das Unternehmen unter

Zwangsverwaltung gestellt. Kommt aber das Unternehmen der Aufforderung nach, dann darf es seinen Betrieb ohne weiteres und ohne Rücksicht auf die sonst für neue Unternehmungen geltenden gesetzlichen Vorschriften in unserem Staate weiterführen. Die Aufforderung des Ministers kann entweder spontan erfolgen oder durch ein Gesuch des betreffenden Unternehmers provoziert werden. Selbstverständlich werden sich die Unternehmungen vorher mit den Steuerbehörden ihres früheren Heimatstaates auseinander zu setzen haben, aber das fällt nicht in unsere Kompetenz."

„Sie glauben an einen großzügigen Handelsverkehr zwischen der Tschecholowakei und Deutschland?"

„Gewiß, umsomehr, als er im beiderseitigen Interesse liegt und die beiden Staaten aus ihm Gewinn ziehen werden. Seien Sie bitte, davon überzeugt, daß wir unsererseits nichts unterlassen werden, um die Handelsbeziehungen mit Deutschland auszugestalten. Vor allem müssen die Retorsionen weg! Diese Einfuhrverbote stehen jedem großzügigem Verkehr im Wege".

Türkei.

Abschied von den Orientbahnen.

In allernächer Zeit beginnen die Verhandlungen zwischen Frankreich und einer österreichischen Bankengruppe wegen des Erwerbes der Aktienmehrheit der Orientbahnen durch Frankreich. Der Wiener „Neue Tag" widmet diesem Vorgang eine Betrachtung, der wir folgendes entnehmen:

Die Franzosen sichern sich durch die Erwerbung der Aktien nicht nur politischen Einfluß, sondern auch ein gutes Geschäft. Die Serben haben nach dem Balkankrieg die 370 Kilometer, die in dem ihnen zufallenden Teil Mazedoniens lagen, der Gesellschaft nicht zurückgegeben, sondern ihren Staatsbahnen angeschlossen. Über den Ablösepreis dieser Strecken sowie der im Bau befindlichen Bahn Uesküb—Kalkandelen—Gostiva wurden Verhandlungen geführt, die zu einem für die Gesellschaft recht günstigen Vertrag führten, dessen Ausführung jedoch durch den Beginn des Weltkrieges verhindert wurde. Die Franzosen werden es leicht haben, nicht nur die Rechte der Gesellschaft gegen Serbien, sondern auch die Entschädigungsforderungen, die dem Unternehmen gegenüber den Bulgaren, Türken und Griechen noch aus dem Balkankrieg sowie aus dem Weltkrieg zustehen, geltend und liquid zu machen. Sie werden auch unschwer von allen beteiligten Staaten die Konzessionen

für einen großzügigen Ausbau der Bahn erlangen, insbesondere um die Landverbindung mit Griechenland herzustellen, und die verschiedenen Teile Albaniens dem Weltverkehr anzuschließen suchen. Freilich, die gleiche Bedeutung, die die Orientbahnen für die österreichisch-ungarische Monarchie hatten, können sie für Frankreich nie erlangen. Österreich-Ungarn war der Nachbar, und zwar zu einer Zeit, wo die Balkanstaaten von der Bedeutung des modernen Verkehrs gar keine Ahnung hatten und dem Bau der Bahnen mißtrauisch gegenüberstanden. Sie mußten zu der convention à quatre im Jahre 1882 gezwungen werden, die den Ausbau der Bahnen und ein Betriebsreglement nach europäischen Grundsätzen festsetzte. Nicht nur der Orient-Expreßzug, auch der Orientverkehr überhaupt verdankt der Monarchie seine Entstehung. Erst die Anglobank, später der Bankverein hatten die Führung, und wenn sich auch die Majorität der Aktien die längste Zeit bei einer schweizerischen Eisenbahnbank befand, war der Sitz der Gesellschaft doch immer in Wien gelegen, bis zum Jahre 1908, wo die Gesellschaft die ottomanische Nationalität annehmen mußte. Frankreich dürfte mit der Bahn, die sich im Laufe der Jahrzehnte konsolidierte und trotz allen Störungen enorme offene und stille Reserven angesammelt hat, zunächst gute Geschäfte machen, da die Verkäufer infolge des Zwanges, unter dem sie stehen, nicht den höchstmöglichen Preis durchsetzen dürften. Ob es auch seine politischen Aspirationen längere Zeit aufrechterhalten können wird, ist freilich fraglich. Die Balkanvölker besitzen ein starkes Unabhängigkeitsgefühl, verstehen es, die politische Konjunktur zu benutzen, und kümmern sich gelegentlich nicht allzusehr um von Ausländern erworbene Rechte. Schon Österreich konnte es nicht verhindern, daß Bulgarien ohne Rücksicht auf die Konzession das ostrumelische Netz gewaltsam verstaatlichte. Das jugoslawische Reich wird aber einen wesentlich stärkeren Machtfaktor darstellen, als es Bulgarien gewesen war, es wird fremden Einflüssen auf seinen Bahnbetrieb wahrscheinlich mit der Zeit auf das heftigste widerstreben und sich auch einer einseitigen ökonomischen „Durchdringung“ auf die Dauer nicht Zfügen. Es wird seine Waren dorther beziehen, wo es sich dieselben am besten und billigsten verschaffen kann. In der asiatischen Türkei, wo sich England die Vorherrschaft vorbehalten hat, dürfte das europäische Finanzkapital und die europäische Finanz wahrscheinlich ein viel größeres Betätigungsfeld finden als bisher. Aber eine Patronanz über den Balkan und über Mazedonien wird künftig — nach Stabilisierung der Verhältnisse — noch viel schwieriger auszuüben sein als bisher.

Ukraine.

Die ukrainische Valuta.

Auf dem Gebiete der Valutafrage hat die eiserne Notwendigkeit die ukrainische Regierung bestimmt, eine Reihe von Maßnahmen zur Trennung der ukrainischen Valuta von der russischen zu ergreifen. Außer Forderungen politischen Inhaltes kommen hier auch Erwägungen rein finanziellen Charakters in Betracht. Diese Erwägungen haben schon die Hetmansregierung genötigt, die vorbereitenden Arbeiten zur Schaffung einer unabhängigen ukrainischen Valuta in Angriff zu nehmen. Sie bestanden in folgenden Umständen: in dem Sinken der Kaufkraft des russischen Papiergeldes, sowie in den Abrechnungen mit den deutschen und österreichischen Okkupationsbehörden, die einen festen Kurs der in der Ukraine im Umlauf befindlichen Zahlungsmittel erforderten.

Es ist selbstverständlich, daß das ukrainische Volk die Verantwortlichkeit für die ungeheuren russischen Emissionen, die längst die normalen Grenzen überschritten haben, nicht tragen kann. Laut Nachrichten, die dem ukrainischen Finanzministerium vorliegen, hat der Umfang dieser Emissionen, von denen ein großer Teil von den Bolschewisten gerade gegen die Ukraine gebraucht wird, schon längst 150 Millionen Rubel überstiegen.

Die Moskauer Regierung überflutet Rußland mit Papiergeld und diese Papierlawine rollt über die Ukraine bis an deren Westgrenzen. Als Gegenwert für dieses Papiergeld wird aus der Ukraine nach Rußland das vollwertige ukrainische Mehl, Zucker, Kohlen u. a. ausgeführt, und in dem zugrunde gerichteten und ausgeraubten Lande verbleiben nur die Erzeugnisse der russischen Staatsdruckereien. Eine andere Politik auf dem Gebiete der Valutareform würde der Ukraine in der Zukunft schwere und unausführbare Verpflichtungen auferlegen, während die Ukraine keinen Anteil an der Leitung der Rubel-Emissionen hatte, noch augenblicklich hat; dabei richtet sich die ganze Last dieser Emission gegen die Lebensinteressen der Ukraine.

Andererseits konnte die ukrainische Regierung nicht zulassen, daß die dem Staate zu leistenden Zahlungen in einer Valuta vollzogen werden, deren absoluter Wert die Neigung hat, bis auf Null zu sinken. Selbstverständlich hätte sie nichts gegen Einzahlungen von russischem Gold in die Staatskassen einzuwenden, da dasselbe weder seinen Wert noch seine Kaufkraft eingebüßt hat. Aus diesen Gründen hat das Finanzministerium der neuen ukrainischen Regierung es nicht nur für zweckmäßig und dem Staate nützlich, sondern auch für einzig möglich gehalten, gleich zu Anfang seiner Tätigkeit dafür zu sorgen, um die ukrainische Valuta als eine selbständige abzusondern, ihr den Weg in die westeuropäischen Börsen zu öffnen und sie in dem Welthandel in Umlauf zu bringen.

Das grundlegende Gesetz betreffend die ukrainische Valuta ist am 9. Januar 1919 erlassen worden. Dieses Gesetz setzt als ukrainische Münzeinheit die Hrywnja fest und bestimmt den Gültigkeitstermin der russischen Geldnoten für das Territorium der Ukraine.* Das erwähnte Gesetz zog bereits vom 21. Januar an aus dem allgemeinen Verkehr die russischen Banknoten höherer Werte (zu 1000, 500 und 250 Rubel) und gab dem Finanzminister das Recht, den Kurs, der Gültigkeitsdauer und andere Annahmebestimmungen nach dem 21. Januar für einzelne Kategorien des russischen Papiergeldes festzusetzen. Auf Grund dieses Gesetzes hat der Finanzminister den Kurs des russischen Geldes (außer Marken und Bons) auf 150 Schah für einen Rubel festgesetzt. Die letzte Verfügung vom 10. Juni ds. Js. bekräftigt die Bestimmungen des Gesetzes vom 9. Januar bezüglich der ukrainischen Münzeinheit und der Außerkurssetzung des russischen Geldes. Aus dem Text der Verfügung vom 10. Juni ist ersichtlich, daß augenblicklich das einzige gesetzliche Zahlungsmittel in der Ukraine das ukrainische Geld ist, daneben auch provisorisch, bis das ukrainische Kleingeld in der nötigen Anzahl hergestellt sein wird, einige russische Geldsorten.

Gegenwärtig ist bereits ukrainisches Geld von folgendem Nennwert emittiert: Banknoten zu 2000, 1000, 500, 250, 100, 10 und 2 Hrywni, Reichsschatzscheine zu 1000, 50 und 25 Karbowanzen, Noten der ukrainischen Staatskasse mit Kupons zu 1000, 200, 100 und 50 Hrywni, weiter Wechselnoten der ukrainischen Staatskasse zu 5 Hrywni und Wechselmarken zu 50, 40, 30, 20 und 10 Schah. Demnächst werden Wechselscheine der ukrainischen Staatskasse zu 20 Hrywni und Reichsschatzscheine zu 250,100, 50, 10 und 5 Karbowanzen emittiert werden. Gleichzeitig mit dem obenerwähnten ukrainischen Papiergelde gelten auf den Territorium der Ukraine auch die 5prozentigen Obligationen der russischen Reichskasse, welche auf Grund des Gesetzes vom 4. November 1918 abgestempelt wurden, und außerdem die russischen Wechselmarken zu 1, 2, 3, 10, 15 und 20 Kopeken und die russischen Bons zu 1, 2, 3, 5 und 50 Kopeken; alle nach dem Kurs: 1 Rubel = 2 Hrywni, 1 Kopeke = 2 Schah. Bis zu anders lautenden Verordnungen des Finanzministeriums nehmen die Staatskassen und die Eisenbahnkassen vorläufig auch russische Banknoten zu 100, 50, 25, 10, 5, 3 und 1 Rubel an, jedoch zu einem herabgesetzten Kurs: 1 Rubel = 150 Schah. Übrigens möchten wir hier bemerken, daß das Steigen des offiellen Kurses des ukrainischen Geldes im Vergleich zu dem russischen der Tatsache der Schaffung einer selbständigen ukrainischen Valuta entsprang, als Maßnahme zum Schutze der Hrywnja

---

* 1 Hrywnja = 1/2 Karbowanez = 1/2 Rubel.
1 Schah = 1/2 Kopeka.

gegen den Druck seitens des traditionellen russischen Rubels. Es versteht sich von selbst, daß das ukrainische Finanzministerium sich nicht zur Aufgabe gesetzt hat, das russische Geld gänzlich aus dem zivilrechtlichen Verkehr zu ziehen, seine Zahlung, Annahme oder überhaupt seinen Umlauf zu verbieten.

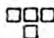
Die Feinde einer ukrainischen Valuta lieben auf den hohen Kurs des russischen Geldes im Vergleich zum ukrainischen hinzuweisen. Das ukrainische Finanzministerium wußte es selbst gut, daß die Bildung einer festen und hochwertigen ukrainischen Valuta das Ziel ist, zu welchem einige Stufen führen, über welche die ukrainische Valuta hinüber muß. Das ukrainische Finanzministerium wußte, daß einige Faktoren, wie der Umlauf der russischen Valuta auf großen Gebieten Rußlands, Sibiriens, Polens usw. sowie im Auslande, ferner die Tradition und die Gewohnheit und endlich die Agitation auf eine gewisse Zeit die Herrschaft und den verhältnismäßig hohen Kurs des russischen Geldes sichern würden. Andererseits ist infolge der Verminderung des ukrainischen .Territoriums, ungünstiger militärischer Ereignisse und infolge Mangels an kleinen Kupons der neuen Valuta und der technischen Minderwertigkeit der sogenannten Odessaer 50-Karbowanzenscheine der Kurs der ukrainischen Hrywnja gesunken. Das Ministerium war jedoch überzeugt, daß durchaus objektive Daten in den folgenden Entwicklungsstadien der ukrainischen Valuta den Wert derselben heben und ihre Verbreitung auf den großen ausländischen Märkten sichern würden. Solche objektiven Daten stellen die natürlichen Reichtümer der Ukraine dar, welche unbedingt auf die Export- und Importverhältnisse Einfluß haben werden, die ausländischen offiziellen und privaten Handels- und Industriekreise an unsere Hrywnja interessieren werden, und endlich die gesetzmäßige und gesunde Regulierung und Diskont unserer Emissionen. Das Finanzministerium hat schon jetzt die erfreuliche Nachricht erhalten, daß man in Deutschland und Österreich sowie in der neutralen Schweiz bereits die Hrywnja zu kaufen beginnt, obwohl noch keine offizielle Kotierung der Hrywnja besteht. Auf der Schweizer Börse steht der Kurs der Hrywnja bereits seit einiger Zeit höher als der Kurs des russischen Dumageldes. Folglich bestätigt die ausländische Börse jene Voraussetzungen, von welchen das ukrainische Finanzministerium ausgegangen ist, als es eine Absonderung der ukrainischen Valuta für zweckmäßig und zeitgemäß hielt.

Was die Deckung des Staates mit Geld betrifft, so läßt sich das ukrainische Finanzministerium die Regelung der Arbeiten der eigenen Staatsnotendruckerei angelegen sein. Diese Druckerei befindet sich zurzeit in Kamenetz-Podolskyj und hat bereits ihre Arbeit begonnen. Der Mangel an guten Druckmaschinen beschrängt vorläufig diese Arbeit, das ukrainische Finanzministerium hält sich

jedoch auch in dieser Hinsicht für die Zukunft hinreichend gesichert. Das von der Notendruckerei herausgegebene Geld wird auf gutem Papier mit komplizierten Mustern hergestellt, welche die Möglichkeit einer Fälschung ausschließen, wie dies z. B. bei den 50-Karbowanzenscheinen der Fall war. Unter anderem hält das Finanzministerium es für notwendig, bei Eintritt normaler politischer Verhältnisse die letztgenannte Papiergeldsorte, welche in großer Anzahl von den russischen „Freiwilligen" in Odessa während der französischen Okkupation nachgemacht wurde, gänzlich aus dem Verkehr zu ziehen und diese durch mehr vollkommene und in der Ausführung einheitliche Geldsorten zu ersetzen wie diese in Berlin von der ukrainischen Notenmission gedruckt werden.



Ukrainisch-italienische Handelsbeziehungen. Ende August haben in Rom Besprechungen zwischen dem Vertreter der Ukrainischen Volksrepublik, Masurenko, und dem italienischen Handelsminister Dante Ferraris und dem Unterstaatssekretär für Volksernährung Murialdi, stattgefunden. Gegenstand der Beratungen war die Herstellung rascher und intensiver Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern. Die wirtschaftlichen Ausführungen Masurenkos wurden als eine brauchbare Grundlage für ein gedeihliches Einvernehmen zwischen beiden Staaten begrüßt. Es wurde beantragt, eine Kommission aus Vertretern des Ackerbau- und des Handelsministeriums einzusetzen, die einen Plan für den italienisch-ukrainischen Warenaustausch ausarbeiten soll.



Literatur.

Wie sieht das neue Europa aus? Die Frage findet klare Beantwortung durch G. Freytags Karte: Europas neue Staatengrenzen. Mit einer Völkerkarte und erläutert statistisch Flächen- und Bevölkerungsangaben. Bearbeitet von Alois Fischer. Auf zwei nebeneinander gestellten Karten ist einerseits das politische Bild und zwar die alten und die neuen Grenzen, die strittigen und die Volksabstimmungsgebiete, endlich jene, über die der Völkerbund entscheiden wird, zu ersehen, andererseits die Völkerkarte, auf der die ebenfalls aufgedruckten neuen politischen Grenzen zeigen, wie die Wilson'schen Punkte beachtet und mißachtet wurden! Das in vielfachem Farbendruck ausgeführte 35:70 Zentimeter große Blatt ist von einem Texte begleitet, der eine kurze aber instruktive Übersicht aller Staaten Europas mit Berücksichtigung der durch den Krieg erfolgten Veränderungen gibt. Die sehr empfehlenswerte Erscheinung ist gegen Vorauszahlung von K 5,50, außerhalb Deutschösterreich M 2,50, von jeder Buchhandlung, wie auch vom Verlage G. Freytag & Berndt, Wien VII. Schottenfeldgasse 62, zu beziehen. — Wer sich für die engeern Verhältnisse der alten Donaumonarchie interessiert, sei aufmerksam gemacht auf die ebenfalls neue Freytagsche Karte der neuen Staaten auf dem Boden des ehemaligen Österreich-Ungarn. Auf einem 45:55 Zentimeter großen Blatte ist in vielfachem Farbendrucke eine Karte des alten Staates mit Angabe der Grenzen der daraus gebildeten neuen Staaten, ferner eine Völkerkarte desselben Gebietes, gleichfalls mit den Grenzen der neuen Staaten dargestellt. Eine Reihe statistischer Angaben über die Nationalitäten, Kriegsanleihen und Vorkriegsschulden wird bei der Wichtigkeit dieser Materien jedem Besitzer der Karte willkommen sein. Auch diese Karte wird gegen Vorauszahlung von K 5, außerhalb Deutschösterreichs M 2,30, von jeder Buchhandlung, sowie vom Verlage G. Freytag & Berndt, Wien VII. Schottenfeldgasse 62 portofrei geliefert.



Verlag: Balkan-Verlag G. m. b. H., Berlin-Friedenau
Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Dr. Karl Spiecker, Berlin-Friedenau.
Druck: F. W. Rohden Essen

VI. JAHRGANG ▪ NOV./DEZEMBER 1919 ▪ 8./9. HEFT

SÜDOST

BALKAN-REVUE

EINE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER: OTTMAR E. STRAUSS

AUS DEM INHALT:

ABONNEMENTSPREIS JÄHRLICH 24.— M.

BALKAN-VERLAG ▪ G.M.B.H.
BERLIN-FRIEDENAU • MAYBACHPLATZ 18

VI. Jahrg.	Nov. / Dez. 1919	Heft 8/9

Die Griechen.

Von Prof. Dr. **Koussidis.**

(Schluß.)

IV. Der griechische Freiheitskrieg.

Ein halbes Jahrhundert relativer Ruhe (von 1770 bis 1820) genügte, um nicht nur die durch den unglücklichen Orloff'schen Aufstand entstandenen Wunden zu heilen, sondern auch einen mächtigen Aufschwung Griechenlands in jeder Richtung herbeizuführen. Der durch Handel und Schiffahrt erworbene Reichtum erlaubte die Förderung der geistigen Interessen. An der Spitze dieser geistigen Bewegung stand das Patriarchat mit den vorzugsweise in seiner Nähe wohnenden griechischen Notabeln, die nach dem Namen des Stadtteils Phanar (Leuchtturm) Phanarioten genannt wurden. Diese Phanarioten waren nicht nur reiche Kaufleute, sondern auch hohe Zivilbeamte der Pforte (namentlich Dolmetscher). Aus diesen Phanarioten wurden die Fürsten der Donaufürstentümer von der Pforte ernannt.

Die Zeit des Neuhumanismus sowie der französischen Auklärunfg und Revolution fand ihren Widerhall wie in der ganzen Welt, so auch in Griechenland. Der Geist der Encyklopädisten, die Lehren Rousseaus und Voltaires waren bis zu den Phanarioten gedrungen. Mit den Phanarioten wetteiferten die Reeder der Inseln und die griechischen Kolonien im Auslande für die geistige Hebung von Hellas. Es wurden Schulen geschaffen in Athen, Saloniki, Kydoniae, Janina, Kuru-Tscheschme am Bosporus, Kozani, Pat-

mos, Smyrna, Missolonghi, auf den Inseln, sowie auch in Bukarest, Jassy, Odessa, Triest, Venedig, Livorno, Petersburg, Wien usw. Vor allem gab die vom Philhellenen Lord Guilford um 1808 gegründete ionische Akademie dem geistigen Leben einen mächtigen Impuls. Die altgriechischen Schätze wurden von griechischen und ausländischen Druckereien herausgegeben. Zahlreiche junge Griechen wurden an die westeuropäischen Hochschulen gesandt, andere wieder dienten in der russischen oder auch in der französischen und englischen Armee und beteiligten sich an den napoleonischen Kämpfen. Die Botschaft von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, die die französische Revolution der Welt verkündigte, brachte auch die griechische Feuerseele zur Glut.

Die Hoffnungen auf die Unterstützung durch Europa wurden jedoch bald enttäuscht. Nach dem Frieden von Jassy (1792) war nicht mehr auf Rußlands Beistand zu rechnen. Auch die in den großen Korsikaner (der von vielen Griechen als Grieche betrachtet wird) während der ägyptischen Expedition gesetzten Hoffnungen wurden nicht verwirklicht. Nur die ionischen Inseln konnten nach dem Zusammenbruch Venedigs (1792) die Republik proklamieren, sie wurden aber nach dem Pariser Frieden (1815) unter englisches Protektorat gestellt und erst 1863 mit dem Mutterlande vereinigt.

Als auch der Wiener Friede (1814) entgegen allen Erwartungen das Schicksal der Griechen vollkommen ignorierte, sahen die Griechen ein, daß sie auf sich allein angewiesen waren. Geheimbunde wurden geschlossen, so z. B. die „Gesellschaft der Musenfreunde“ in Athen, die in Verbindung mit den Intelektuellen Westeuropas trat und den Philhellenismus mächtig entfachte.

Direkt revolutionär war die „Gesellschaft der Freunde“, die 1814 in Odessa durch die Epiroten Skufas und Tsakalof und den Insulaner Anagnostopoulos gegründet wurde. So wie die französische und die anderen Revolutionen, standen auch die griechischen Revolutionäre unter dem Einfluß des Freimaurertums. Dieser Bund gründete sowohl im In- wie

im Auslande Ortsgruppen und zählte in kurzer Zeit über 80 000 Mitglieder, darunter der Patriarch und Nationalmärtyrer Gregorius V., die meisten Bischöfe, die griechischen Donaufürsten, die meisten Klephtenchefs und Notabeln und viele hoch angesehene Griechen im Auslande, namentlich aber der Phanariot Ypsilantis und der Epirot Capo d'Istrias, der Leiter der russischen auswärtigen Politik. Auch höchstgestellte Ausländer waren Anhänger des Bundes, vor allem der edle König Ludwig I. von Bayern, der ständig den Ring des griechischen Geheimbundes trug.

Den Volksmassen blieb diese Vorbereitung unbekannt, jedoch, wie es immer in solchen Fällen geht, entstand jene starke elektrische Spannung, die allen Revolutionen vorangeht, und bei der man ahnt, daß etwas Mächtiges herannaht, ohne jedoch etwas Positives zu wissen.

Die unsterblichen völkischen Heldenlieder wurden jetzt nicht mehr heimlich, sondern mit Triumph gesungen. Die schlichten und feurigen, wenn auch poetisch bescheidenen Kriegshymnen des Nationaldichters Konstantinos Righas aus Ferai oder Valestino in Thessalien ließen den alten Kriegsruf „Auf ihr Griechensöhne“ ertönen. Jeder war bereit, für Glauben und Vaterland alles aufzuopfern.

Den Kern der griechischen Streitmacht bildeten auf dem Lande hauptsächlich die Sulioten und Maïnoten, sowie die Armatolen und Klephten, zur See aber die vortrefflichen Mannschaften der zahlreichen kleinen, flinken Handelsschiffe, die fast alle gegen die damals herrschende Seeräuberei bewaffnet waren. Die Waffentaten dieser Streiter standen den von Marathon, Thermopylae und Salamis keineswegs nach. Athanasios Diakos (Diakou — der erste Grad der Geistlichen) kämpfte an der Brücke des Spercheions nur mit 18 Mann gegen 18 000 unter Omer Brionis während Stunden. Es fielen alle, und der Held selbst wurde verwundet aufgespießt.

Odysseus, Sohn des Andrutzos, (der im Jahre 1770 mit wenigen Leuten den tollkühnen Rückzug durch den ganzen von türkischen Waffen starrenden Peloponnes vollzog) schlug denselben Omer Brionis mit wenigen Hun-

derten in die Flucht. Der edelste und tapferste von allen griechischen Helden, Markos Botzanis, überfiel des Nachts mit 400 Sulioten die Armee Skodrian Paschas von über 20 000 Mann und vernichtete einen großen Teil derselben, wobei allerdings auch der Held selbst fiel. 30 000 Türken, also für die damalige Zeit eine ganz ansehnliche Armee, wurden unter Dramali bei Dervenaki in Peloponnes durch Kolokotronis vollständig aufgerieben. Miaulis schlug mehrmals die mächtige türkische Flotte in die Flucht. Der unsterbliche Kanaris sprengte bei Chios durch seine Brander zwei Admiral- und mehrere andere Kriegsschiffe in die Luft. Also eine volle Wiederholung der Leistungen der alten Griechen gegen die persische Übermacht.

Der nach dem unglücklichen türkisch-griechischen Kriege von 1897 vom türkischen Generalstabe herausgegebene Bericht, der bis zum griechischen Freiheitskrieg zurückreicht, gibt mit Recht als Beginn desselben die suliotischen Kämpfe an. Suli erhob sich im Jahre 1820 anscheinend gegen Ali Pascha von Janina. Die Führer, die jedoch eingeweiht waren, wußten, daß diese Bewegung eine größere Tragweite hatte. Von den ruhmreichsten Ereignissen dieser Zeit sind hervorzuheben erstens die Tat des Mönches Samuel, der im Kloster Kunghi von den Türken umzingelt sich in die Luft sprengte, und zweitens der Tanz der Sulioten, bei dem Tausende sich und ihre Kinder in den Abgrund warfen, um der Sklaverei zu entkommen.

Der Zweck der griechischen revolutionären Bewegung war nicht nur die Befreiung Griechenlands, sondern die Wiederherstellung des byzantinischen Reiches. An die Spitze der Revolution wurde Alexander Ypsilantis gestellt (der im russischen Dienste gegen Napoleon kämpfte und durch seine Tapferkeit vom einfachen Soldaten bis zum Generalmajor avanzierte). Am 7. März 1821 zog er in Jassy ein. Am 19. März griff er die Türken bei Dragatschan an, aber der Verrat der valachischen Truppen führte seine Niederlage herbei, und die heilige Schar, bestehend aus von allen Teilen Europas herbeigeeilten Griechen, meist Akademikern, fiel in heldenmütigem Kampfe bis zum letzten Manne. Ypsi-

lantis trat auf österreichisches Gebiet über, wurde in Munkas interniert und starb, endlich freigelassen, in Wien 1828. Den Rest des Heeres führte Georgakis Olympios in die Moldau und sprengte sich nach heroischer Gegenwehr im Kloster Sekko am 26. August 1821 in die Luft. Damit war der Aufstand in den Donaufürstentümern unterdrückt.

Inzwischen hatte die heilige Synode unter türkischem Drucke die schrecklichsten Flüche gegen die Aufständischen erlassen. Es nutzte jedoch nichts. Durch einen zufälligen Überfall eines türkischen Gendarmen im Peloponnes wurde der Ausbruch beschleunigt, und am 25. März 1821 alten Stils (dieses Datum ist griechischer Nationalfeiertag) erhob der Bischof von Altpatras Germanos das im Kloster von Haghia Laura aufbewahrte Freiheitsbanner. Die anfänglichen Leistungen der Peloponneser waren nicht gerade glänzend, bald aber hatte ihre Kraft sich verstärkt. Beiderseits wurde der Krieg mit tödlichem Haß geführt, und selten gab es Pardon für die Gefangenen. Der Chef von Arkadien, Theodoros Kolokotronis, einer der begabtesten und klügsten griechischen Heerführer, der als Major in der russischen Armee gedient hatte und der Fürst von Acani, Petrobeys Mavromichules, siegten in mehreren Gefechten und nahmen auch türkische Festungen ein. Am 7. April wurde Athen eingenommen und die türkische Besatzung auf die Akropolis beschränkt. Odysseus Audrutzos trieb die Türken aus Böotien. Die Inseln und vor allem Hydra, Spetsae und Psara, die heute noch als Anerkennung ihrer Tätigkeit im Befreiungskampfe das Privilegium haben, im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl eine größere Anzahl Deputierter zu wählen als die anderen Provinzen, organisierten unter Tombasis eine aus 180 trefflich bemannten Briggs bestehende Kriegsflotte, die bald eine ansehnliche Beute an türkischen Fahrzeugen machte.

Die Ereignisse öffneten der Pforte die Augen über den Ernst der Lage. Der Großherr Mahmud II. rief alle Moslims unter die Waffen. Der Patriarch Gregorios und mehrere andere Metropoliten wurden in Konstantinopel am Osterfest nach vollendetem Gottesdienste an der Tür

der Kirche aufgehängt (22. April). Trotz der Proteste der Botschafter wurden über 200 Kirchen zerstört, der russische Gesandte Stroganow offen insultiert und mehrere tausend wehrlose Griechen in Konstantinopel und Kleinasien massakriert. Die Nachricht von diesen Greueln steigerte die Wut der Griechen. Es folgten die schon erwähnten Waffentaten von Diakos, Odysseus und Kanaris. Die Sulioten, verbündet mit ihrem früheren Gegner Ali Pascha, schlugen wiederholt die Türken in Epirus unter der Führung des Markos Botsaris. Am 5. Oktober 1821 wurde Tripolitza erstürmt und 8000 Türken niedergemacht.

Im Dezember desselben Jahres wurde eine aus 67 Abgeordneten aller Provinzen bestehende Nationalversammlung zuerst nach Argos und bald nachher nach Epidaurus einberufen. Mavrokordatos wurde zum Präsidenten und Negris zum Staatssekretär ernannt.

Am 21. Juni 1822 fiel die Akropolis in Athen in die Hände der Griechen. Kapudan Pascha (der türkische Admiral) tötete 23 000 Männer auf der friedlichen Insel Chios und führte 47 000 Frauen, Jungfrauen und Kinder in die Sklaverei (April 1822). Der griechische Admiral Miaulis eilte herbei und griff die weit überlegene türkische Flotte tapfer an. In der Nacht vom 18. zum 19. Juni, während des Ramaranfestes, sprengten Kanaris und Pipinos das Admiral- und ein weiteres Kriegsschiff in die Luft, und der blutgierige Karali fand mit 3000 Mann den Tod.

Die griechischen Taten riefen in ganz Europa einen sehr großen Enthusiasmus hervor, von nah und fern strömten Philhellenen herbei und beteiligten sich an den Kämpfen. Alle Völker sandten ihre edelsten Söhne zur Hilfe des kämpfenden Hellas. England sandte Lord Byron, Frankreich den General Favier, Italien den Grafen Santarosa, Deutschland den General Normann und hunderte anderer Helden.

Favier organisierte die Taktiker, also die regulären griechischen Truppen, die anfangs die Stärke eines kleinen Regiments bildeten. Mit diesen Taktikern, den Philhellenen unter Normann und anderen griechischen Truppen zogen Mavrokordatos und Botzaris im Juli aus und trieben die

Türken aus Phitotien und Arkamanien hinaus. Durch Gogo Bakola's Verrat wurden jedoch die Griechen bei Peta unweit Arta besiegt und mehrere Tausend fielen. Auch Hunderte von Philhellenen, die mit ihren Freimaurerinsignien in die Schlacht zogen, fanden den Heldentod, und selbst General Normann wurde schwer verwundet. Die Armee Dramalis, die inzwischen in den Peloponnes eindrang, wurde jedoch durch Kolokotronis und Aikitas aufgerieben.

Missolonghi, die durch die wiederholte heldenmütige Verteidigung weltberühmt gewordene Hauptstadt Astoliens, wurde zu Wasser und zu Land belagert. Kanaris eilte herbei. Mit zwei Brandern sprengte er nach seiner Gewohnheit das Admiral- und das nächstgrößere türkische Schiff in die Luft, und in der darauf folgenden Verwirrung griff die griechische Flotte unter Miaulis an und versenkte 18 weitere Schiffe. Omer Brionis, der die Stadt auf dem Lande belagerte, wurde zum Rückzug genötigt und konnte, wiederholt geschlagen, kaum 4000 Mann retten.

1823 ermattete der Kampf infolge beiderseitiger Erschöpfung. Das nennenswerteste Ereignis ist der erwähnte nächtliche Überfall Markos Botzaris, der dem Helden zwar das Leben kostete, jedoch die Türken zur Flucht zwang. Auch die Brander taten ihre Arbeit und gaben den Griechen die entschiedene Übermacht zur See. Nunmehr wurde die Blockade verhängt und das Recht dazu vom englischen Minister Georg Canning anerkannt. Damit war ein Schritt von großer internationaler Bedeutung getan, d. h., Griechenland wurde von England als kriegführender Staat anerkannt. Diese Wendung der bis dahin türkenfreundlichen Politik Englands hatte einerseits die Tendenz, den russischen Einfluß auf die Griechen zu vermindern, andererseits aber war sie dem Liberalismus von Canning und dem wachsenden Philhellenismus im Vaterlande Byrons zuzuschreiben. Für die Griechen galten Canning, Byron, Admiral Codrington (der Sieger von Navarin) und der „grand old Man" Gladstone als große Wohltäter Griechenlands.

Als Antwort auf diese englische Initiative einigten sich Rußland und Österreich in der Kaiserzusammenkunft zu

Czernowitz (Oktober 1823) dahin, die griechische Frage als eine Angelegenheit von allgemeinem europäischen Interesse zu betrachten. Einen Monat später schlug Rußland vor, aus den aufständischen Gebieten drei Vasallenfürstentümer zu schaffen. Gegen diesen auf Schwächung Griechenlands zielenden Vorschlag protestierte die provisorische griechische Regierung durch einen an Canning adressierten Brief am 12./24. August 1824. Nach langen Verhandlungen gelang es erst am 4. April 1826, eine Einigung zu erzielen. Ein geheimes Protokoll wurde von England und Rußland unterschrieben, wodurch die Unabhängigkeit Griechenlands anerkannt wurde.

Bis Anfang 1825 war die militärische Lage günstig für die Griechen. Auch finanziell standen die Griechen, teils durch die in London (allerdings mit einem Emissionswerte von nur $56^2/_3$ %) gemachte Anleihe, sowie auch durch Beiträge vom In- und Auslande, viel besser als die Türken. Letztere erlitten einen finanziellen Schlag durch die von den Griechen erfolgte massenhafte Prägung türkischer silberner Münzen, (deren reeller Wert dem nominellen bekanntlich sehr nachsteht) die in die Türkei wieder eingeführt wurden.

Alles erweckte die Hoffnung, daß die Griechen sich behaupten, ja sogar Sieger über die Türkei bleiben würden.

Da trat aber ein unvorhergesehenes Ereignis ein, das auf einmal die Lage umkehrte. Mehmet Ali, der Khedive von Ägypten, verbündete sich mit der Türkei und sandte seinen Sohn Ibrahim Pascha an der Spitze einer starken Flotte und einer nach europäischem Muster durch christliche Renegaten organisierten starken regulären Armee gegen Griechenland und landete am 5. Februar 1825 mit 20000 Mann und 150 Kanonen im Peloponnes. Ibrahim rückte, brennend und mordend, im Peloponnes vor, während gleichzeitig ein türkisches Heer unter dem tapferen Rechid Pascha Kutschi Missolonghi belagerte. Ibrahim wurde durch den Widerstand von Mavrokordates, Demetrius, Ypsilantis und Favier in den Südpeloponnes geworfen, den er in eine Einöde verwandelte.

Die vereinigte türkisch-ägyptische Flotte belagerte Missolonghi von der Seeseite. Zweimal gelang es dem Helden Miaulis, diese Blockade zu durchbrechen und sich zu verproviantieren. Schließlich aber wurde die Stadt durch die Belagerung vollständig ausgehungert. Auch fielen über 100 000 Bomben in die Stadt und die glänzendsten Waffentaten in Klissona, Vassiladi und vor den Mauern der Stadt vermochten sie nicht zu retten. Am 22. April durchbrachen die Verteidiger unter Noti Botzaris und Kitzos Tzavellas kämpfend die Reihen der Feinde. Die Verluste der Griechen waren enorm, weil sie durch einen Nichtgriechen verraten worden waren. Die Weiber und die Wehrlosen zogen sich in die Stadt zurück und sprengten sich in die Luft, als die Türken herzukamen.

Mit diesem schauerlichen Feuerwerk endete diese ruhmvolle Stadt, die von der türkischen Pforte neben Rußland und England als der dritte Grundpfeiler Griechenlands bezeichnet worden war.

Durch diese Erfolge und durch die Unterstützung Metternichs wurde jetzt die Hybris der Türkei viel größer; als nämlich Statford Canning, der englische Botschafter in Konstantinopel, dem Reis-Effende (Minister des Auswärtigen) Porten pascha das genannte Londoner Protokoll bekannt machte, bezeichnete er dasselbe als einen Fetzen Papier. Es war somit unentbehrlich, um den Druck zu vergrößern, auch Frankreichs Mitwirkung zu erreichen. Dies gelang auch. Der Philhellenismus, der ritterliche Charakter und der tiefchristliche Sinn König Karls X. einerseits und andererseits der Wunsch, eine führende Rolle in den Orientfragen zu spielen, gewann Frankreich für die griechische Sache. Auf diese Weise kam der in London am 6. Juli 1827 von England, Frankreich und Rußland unterzeichnete Vertrag zustande, der auf die Pazifizierung und Aussöhnung der Kriegführenden zielte und einen Geheimartikel enthielt, die Türkei nötigenfalls durch die Blockade oder auch durch Gewalt zum Waffenstillstand zu zwingen. Als der Vertrag dem Reis Effendi mitgeteilt wurde, antwortete er, daß die Pforte keine Vermittlung zwischen sich und den

Griechen annehme, und daß sie bei diesem Entschluß bleiben werde.

Im Winter 1826/1827 drehte sich der Kampf hauptsächlich um Attika. Am 11. April wurde von der Nationalversammlung zu Trözen Capo d'Istrias als Präsident der Republik gewählt.

Nach der Weigerung der Pforte, den Waffenstillstand anzunehmen, wurde die türkisch-ägyptische Flotte im Navarin blockiert und Ibrahim aufgefordert, nach Alexandria zurückzukehren. Um dieser Forderung mehr Nachdruck zu erteilen, fuhr die alliierte englisch-französisch-russische Flotte am 20. Oktober 1827 in den Hafen von Navarin hinein, wurde jedoch mit Gewehrfeuer empfangen.

Der englische Admiral Codrington, entschlossen, wie er später gestand, Ibrahim für seine Greueltaten zu bestrafen, befahl Feuer. Die Ägypter erlitten in sehr kurzer Zeit eine schreckliche Niederlage, trotzdem sie die Übermacht hatten (82 Schiffe mit 2000 Kanonen gegen 27 Schiffe mit 1270 Kanonen); von den 82 türkisch-ägyptischen Schiffen retteten sich nur 29, und 6000 Mann wurden getötet.

Infolge dieser Seeschlacht brach die Türkei die diplomatischen Beziehungen mit den drei Mächten ab, und die Gesandten derselben verließen Konstantinopel im Dezember 1827. Ende Januar 1828 landete Capo d'Istrias in Aegina, dem Sitz der provisorischen Regierungskommission, und vermochte es, die unter sich kämpfenden Parteien auszusöhnen. Am 26. Februar 1828 brach der schon lange drohende russisch-türkische Krieg aus. Am 6. August wurde Ibrahim durch Mehemet Ali zurückberufen, und am 30. desselben Monats landeten im Peloponnes 15 000 Franzosen unter General Maison, um das Land zu säubern; sie fanden jedoch kaum Gelegenheit zu fechten.

Der Adrianopeler Vertrag (14. September 1829) zwang die Türkei zur Anerkennung der Unabhängigkeit Griechenlands. Aber erst durch das am 3. Februar durch die Türkei und Griechenland unterzeichnete Protokoll wurde der neue Staat, reichend von der Ausmündung des Acholaos bis zur Spercheios gegründet. 1830 bis 1832 tobte in Griechen-

land der Bürgerkrieg, entfacht durch die durch die Revolution hervorgerufene Anarchie und Zügellosigkeit, den vom Auslande geschürten Antagonismus der Parteien und die fast diktatorische Strenge des sonst gerechten und befähigten Capo d'Istrias. Der Haß ging so weit, daß der französisch gesinnte Seeheld Miaulis die ganze Flotte verbrannte, weil er sie durch die am Bürgerkrieg beteiligte russische Flotte gefährdet glaubte. Auch Capo d'Istrias wurde am 9. Oktober 1831 durch Georg Mavromichalis, dessen Vater er verhaften und mißhandeln ließ, ermordet, während er in die Kirche ging.

Erst am 15. April 1832, und zwar durch Vermittlung des großen Philhellenen Professor Thiersch, wurde eine Aussöhnung der Rumelioten unter Kolettis und der Peloponnesen unter Kolokotronis herbeigeführt.

Unterdessen wurde nach langen Verhandlungen am 7. Mai 1832 der Vertrag zwischen den drei Schutzmächten und Bayern abgeschlossen, wonach Prinz Otto von Bayern (der zweite Sohn Ludwigs I.) König von Griechenland ward. Eine Anleihe von 60 Millionen Franken wurde von den Mächten garantiert, Ludwig I. übernahm die Sendung von 3500 bayerischen Soldaten, und die Türkei gestand gegen eine Entschädigung von 12 Millionen Franken eine Grenzerweiterung bis zu den Meerbusen von Arta und Volo zu.

V. Griechenland als Königreich.

Bis zur Volljährigkeit König Ottos sollte eine aus drei Mitgliedern (Graf Armansberg, Staatsrat von Maurer, und der am Freiheitskriege beteiligte General Heideck) bestehende Regentschaft die Staatsgeschäfte leiten. Bald aber zerfiel das befähigte Mitglied von Maurer, der den Griechen eine freie Verfassung geben wollte, sowohl mit Armansberg, wie mit dem russischen Gesandten und mußte von Ludwig abberufen werden. Diese Uneinigkeit, verbunden mit der Anarchie eines von Natur aus wenig disziplinierten und an Unordnung gewöhnten Volkes, welches man auf einmal einer nördlichen Disziplin unterwerfen wollte,

rief große Unzufriedenheit und sogar eine Verschwörung Kolokotronis hervor, die jedoch entdeckt wurde.

Otto wurde am 1. Juni 1835 volljährig erklärt und übernahm die Staatsleitung. Obschon nicht außergewöhnlich befähigt, war er doch mit ganzer Seele seinem neuen Vaterlande ergeben und tat immer sein Bestes für das Land. Er gründete höhere Schulen und ein Polytechnikum, beförderte überhaupt das Schulwesen, ließ Ausgrabungen machen und errichtete 1837 die Athener Universität. Ordnung und Sicherheit im Lande wurden hergestellt, Handel und Schiffahrt gehoben. Trotzdem blieb aber die ständig vom Auslande geschürte Parteileidenschaft unvermindert. Am 3./15. September 1843 kam es zum offenen Aufstande der Konstitutionellen unter Kallergis und Makryannis, und Otto mußte die neue Verfassung bewilligen.

Auch mit dem Auslande, namentlich mit England, hatte Otto fortwährend Schwierigkeiten. 1847 verhängte England die Blockade und nahm 200 griechische Schiffe, um von der griechischen Regierung einen Schadenersatz von 800 000 Francs zu Gunsten eines englischen Juden namens Pacifice zu erpressen, der bei einem Pöbelauflauf einen unbedeutenden Schaden erlitten hatte. England bezweckte damit, Ottos Situation zu erschweren. Da es aber einsehen mußte, daß das in seinem Nationalgefühl tief verletzte Volk mehr denn je sich mit dem König eins fühlte, nahm es das Schiedsgericht Frankreichs an, das die Summe von 800 000 auf 74 000 Francs herabsetzte.

Während des Krimkrieges waren die Sympathien des griechischen Volkes auf der Seite des für die Orthodoxie kämpfenden Rußland. Auch regten sich die panhellenischen Ideen. Es fanden stürmische Kundgebungen des Volkes statt, die jedoch von Seite der Westmächte durch eine Blockade und durch die Landung einer französischen Division in Piräus niedergedrückt wurden.

An dem Mißlingen der Nationalaspirationen gab man dem König Schuld, dem es übrigens an militärischen Gaben und Unternehmungsgeist mangelte. Er verlor in vielen Provinzen sein Ansehen. Am 13. Februar 1862 entstand in

Nauplia unter Kanaris eine Militärrevolte, die jedoch unterdrückt werden konnte.

Während aber der König eine Reise unternahm, um die Sympathien des Volkes neu zu beleben, brach in Skarmanien unter Grivas und in Athen unter Bulgaris, Kanaris und Rufos eine Revolution aus, die die Entsetzung des Königs Otto zum Ziel hatte. Am 23. Oktober erschien Otto vor dem Piräus, wo man ihm aber den Eintritt in den Hafen verweigerte. Nach Beratung mit den Gesandten entschloß er sich, nach Bayern zurückzukehren, nachdem er eine würdige Abschiedsproklamation erlassen hatte. Er dankte jedoch nicht ab.

Daß trotz dreißigjähriger Dauer seiner Regierung sein Königtum mit einem Schlage zusammenbrach, war weniger seinen Fehlern, als der Parteileidenschaft, der offenen oder geheimen Einmischung des Auslandes, der Kleinheit des Staates der Irredenta, die eine geordnete Regierung unmöglich machte, sowie der Kinderlosigkeit Ottos zuzuschreiben.

Erst am 30. März 1863 konnte Prinz Wilhelm von Dänemark als König, und zwar einstimmig, gewählt werden. Er hielt am 30. Oktober seinen Einzug in Athen, wo es unterdessen zwischen den Parteien zu blutigen Zusammenstößen gekommen war, die immer noch fortdauerten.

Am 30. Mai 1864 wurden die bei der Ernennung des Königs von England abgetretenen ionischen Inseln mit dem Mutterlande vereinigt.

Nachdem die Ruhe im Lande wiederhergestellt war, stieß der junge König bald auf andere Schwierigkeiten. Im September 1864 verwandelte sich die Kammer in eine revisionierende Nationalversammlung und schaffte den Senat ab. So bekam Griechenland das bis heute geltende Einkammersystem mit direkten, geheimen, allgemeinen Wahlen, die freieste Verfassung von allen Staaten, aber zugleich den größten Parlamentarismus mit allen seinen Schattenseiten.

Auch der kretische Aufstand von 1866, der viel griechisches Blut und Geld kostete und die schon prekäre Finanzlage des Landes verschlimmerte, erschwerte die Lage des Königs.

Eine Festigung erfuhr jedoch seine Stellung durch die Geburt des späteren Königs Konstantin, die mit allgemeinem großen Jubel begrüßt wurde.

Während des russisch-türkischen Krieges bekam wieder die Irredenta die Oberhand. Es wurde ein Koalitionsministerium gebildet, und nach dem Fall von Plewna überschritten 12 000 griechische Soldaten unter General Sutzos die türkische Grenze und drangen in Thessalien ein. Auf den Druck Englands hin wurde jedoch die griechische Armee zurückgezogen, nachdem Griechenland versprochen worden war, daß bei den Friedensverhandlungen seinen Ansprüchen Rechnung getragen werden würde. Das Protokoll 13 des Berliner Kongresses sah voraus, daß sich die Türkei und Griechenland über eine Grenzrektifikation einigen würden, wobei Griechenland Thessalien und Epirus zufielen. Nach langen Verschleppungen und nachdem Griechenland wieder mobilisiert hatte, trat die Pforte Thessalien und vom Epirus nur Arta ohne die Hauptstadt Janina mit im ganzen 13 000 Quadratkilometern und 390 000 Einwohnern an Griechenland ab.

Nach der Besetzung Ostrumeliens durch Bulgarien und dem Ausbruch des serbisch-bulgarischen Krieges mobilisierte die griechische Regierung unter Delyannis und verlangte ihr Recht (1885). Nachdem es sogar zu Gefechten gekommen war, mußte diese Mobilisierung, die viele Millionen und auch viele Menschenleben kostete, infolge einer von den Mächten verhängten Blockade aufgehoben werden.

1896 gab es einen Aufstand in Kreta, das fortwährend nach der Vereinigung mit dem Mutterlande strebte. Griechenland, von einigen Mächten ermutigt, schickte Truppen und besetzte Kreta. Dieser Zwischenfall hätte noch friedlich geregelt werden können. Durch die sogenannte Nationalgesellschaft wurde aber der Krieg unvermeidlich gemacht, trotzdem Griechenland militärisch ganz unvorbereitet war. Der damalige Kronprinz Konstantin übernahm die Leitung des Krieges, der sich hauptsächlich in denselben Gegenden abspielte, in denen die Schlachten zwischen Pompejus und Cäsar geschlagen worden waren. Trotz der großen

Übermacht des Feindes konnte Konstantin durch geschickte Rückzüge die griechische Armee retten, wobei er dem Gegner noch beträchtliche Verluste beibrachte. Durch Rußlands Vermittlung kam es zum Waffenstillstand, und ein Friede wurde geschlossen, durch den Griechenland zu einer Kriegsentschädigung von 100 Millionen Francs, einer strategischen Grenzrektifikation (etwa 400 Quadratkilometer) und einer internationalen Finanzkontrolle verpflichtet wurde. Gleichzeitig aber wurde Kreta autonom unter der Souveränität des Prinzen Georg von Griechenland (des ältesten Bruders König Konstantins) als Oberkommissar der Schutzmächte und Italiens (Deutschland und Österreich wollten nach dem Worte Bismarcks in diesem europäischen Konzert ihre Flöte nicht spielen). Prinz Georg mußte infolge eines kretischen Parteiaufstandes (1906) unter Venizelos Kreta verlassen. Der griechischen Regierung gelang es, auf diplomatischem Wege durchzusetzen, daß die zukünftigen Oberkommissare Kretas vom König der Hellenen ernannt würden, worauf Zaimis vom König Georgios als Oberkommissar ernannt wurde.

Nach der erwähnten kläglichen Niederlage von 1897, für welche Konstantin der Sündenbock sein mußte, obschon er alles rettete was zu retten war, trat eine große Gährung sowohl im Volke, als auch in der Armee ein, zumal die öffentliche Meinung fest daran glaubte, König Georgios sei England gegenüber engagiert, Griechenland militärisch unvorbereitet zu halten. Diese Reaktion des verletzten Nationalgefühls erreichte ihren Höhepunkt nach der türkischen Revolution infolge der chauvinistischen Tendenzen der Jungtürken und der Griechenverfolgungen in der Türkei. Infolgedessen verlangte die Militärliga im Jahre 1909, unterstützt durch den größten Teil des Volkes, die Entlassung aller unfähigen Beamten und eine Reorganisation von Heer und Flotte. Als Ministerpräsident wurde zuerst der Chef der Militärliga, Oberst Zorbas, dann Mavromichalis hernach Dragumis und schließlich der aus den kretischen Aufständen bekannte Venizelos erwählt, der im September 1910 von Kreta nach Athen kam und die Leitung übernahm.

Venizelos leistete gute Dienste. Die Verfassung wurde revidiert, die Staatsverwaltung geordnet und zur Organisation der Armee eine französische Mission berufen, die hauptsächlich dazu beitrug, die griechischen Offiziere an Arbeit zu gewöhnen. Besonders hervorzuheben sind die Leistungen der französischen Instruktoren in der Artillerie. Für die Flotte war schon unter Mavromichalis bei italienischen Werften der Panzerkreuzer „Averoff" bestellt worden.

Als die Türkei die Forderung Griechenlands, Bulgariens, Montenegros und Serbiens betreffs das Homerule für die Christen der Türkei ablehnte, erklärte Griechenland in Gemeinschaft mit den anderen Bundesgenossen am 18. Oktober 1912 der Türkei den Krieg. Die griechische Flotte konnte nach erfolgreichen Seegefechten die numerisch überlegene türkische Flotte besiegen und in die Dardanellen einsperren. Dadurch wurden die ausgedehnten griechischen Küsten vor feindlichen Angriffen geschützt, die ägäischen Inseln nach Kämpfen mit der Garnison besetzt und endlich die Mobilisierung der Türkei äußerst erschwert. Auf dem Lande eilte das griechische Heer unter Führung seines Führers Konstantin von Sieg zu Sieg. Nach den blutigen Schlachten bei Sarantapore und Yennitze wurde Saloniki am 8. November erobert und nach einem Winterfeldzug auch die stark befestigte Hauptstadt von Epirus, Janina, nach heldenmütiger Verteidigung durch Essad Pascha und seine 30 000 Türken erstürmt. Im ganzen machte das griechische Heer über 80 000 Gefangene, eine Zahl, die der Stärke des griechischen Heeres bei Kriegsausbruch entsprach.

Am 18. März 1913 fiel König Georgios in Saloniki einem Attentat zum Opfer. Mitten in der Trauer für den im Dienste des Vaterlandes gefallenen König wurde der siegreiche Feldherr Konstantin unter dem Enthusiasmus des ganzen Volkes zum König gekrönt.

Durch den Londoner Frieden (30. Mai 1913) erhielt Griechenland Epirus mit Janina und Südmazedonien mit Saloniki und Kavalla bis zum Nestos und außerdem Kreth und alle ägäischen Inseln außer Imbros und Tenedos.

Kaum war der gemeinsame Feind besiegt, so entstanden Streitigkeiten unter den Bundesgenossen, und da Bulgarien das von Rußland vorgeschlagene Schiedsgericht ablehnte und die Griechen und Serben (welche wegen der gemeinsamen Gefahr bereits ein geheimes Defensivbündnis abgeschlossen hatten) ohne vorherige Kriegserklärung überfiel, brach der zweite Balkankrieg aus. König Konstantin besiegte die Bulgaren nach den Schlachten von Kilkis Tzumaja und anderen, die viel blutiger waren, als die des ersten Balkankrieges. Der Friede von Bukarest (6. August 1913) sicherte Griechenland den Besitz von Südmazedonien. Griechenland hatte damit aber nirgends seine ethnologischen Grenzen überschritten, im Gegenteil sowohl die Gegend von Monastir, wie Ostmazedonien und Westthrazien waren aufgeopfert. Erstere war von den Serben, letztere von den Bulgaren annektiert.

VI. Griechenland im Weltkriege.

Durch die Balkankriege wurde ein großer Teil der griechischen Nationalaspirationen verwirklicht. Der Flächeninhalt wurde vergrößert von 64 296 Quadratkilometer auf 120 053 Quadratkilometer, und die Bevölkerung stieg von 2 631 952 auf 4 780 000 Köpfe. Die Verwaltung der neuen Länder wurde eifrig fortgesetzt, sowie auch der begonnene Bau von Straßen, Telegraphen und Telephonlinien und der Verbindungslinie zwischen den thessalischen und mazedonischen Eisenbahnen. Eine allgemeine Zufriedenheit herrschte, und das Nationalempfinden war stark gehoben.

Da entstanden zwei große Schwierigkeiten, die eine mit Nordepirus, die andere mit den Inseln Mytilene und Chios. Auf Verlangen Italiens und Österreichs, die von Deutschland und England unterstützt waren, wurde Nordepirus trotz des ausgesprochenen Widerwillens seiner vorwiegend griechischen Bevölkerung Albanien zugeteilt. Die Folge dieser ungerechten Entscheidung war ein verzweifelter Aufstand der Epiroten unter Zographos, der jedoch nur bis zu einer halben Autonomie führte. Auch die Türkei wollte entgegen den Vereinbarungen der Verträge auf die Inseln

Mytilene und Chios nicht verzichten, sie befahl Massenausweisungen von Griechen, übte sehr starke Repressionen aus und schritt zum Kauf eines großen Linienschiffes in England, worauf Griechenland mit dem Ankauf von zwei amerikanischen Panzerschiffen antwortete. Der Krieg wurde nur dadurch vermieden, daß Serbien, trotz seines Bündnisvertrages die Hilfe für Griechenland verweigerte. Schließlich einigte sich Venizelos mit dem türkischen Großvezir, die Sache friedlich zu lösen. Die Verhandlungen sollten in Brüssel stattfinden. Venizelos trat auch seine Reise an, als er aber in München war, fand die Übergabe des österreichischen Ultimatums statt und er mußte schleunigst nach Athen zurückkehren, nachdem er die Aufforderung Serbiens zur Kooperation gegen Österreich abgelehnt hatte.

Der Weltkrieg brach aus. Das griechische Volk wollte prinzipiell neutral bleiben. Erstens war es erschöpft durch die letzten zwei Kriege. Die Wunden waren noch nicht geheilt, die Kadres noch nicht gefüllt, die Bewaffnung noch nicht ergänzt. Zweitens hegte es trotz seiner starken Sympathien für Frankreich, England und das russische Volk keinen Haß gegen Deutschland, das es bei der Festlegung der Grenzen nach den Balkankriegen sehr unterstützt hatte. Drittens wegen der großen Gefahr, der seine Brüder in der Türkei, die jetzt für ihre Existenz kämpften, ausgesetzt würden im Falle einer Kriegserklärung. Viertens weil das griechische Volk glaubte, daß in diesem Kampfe zwischen Riesen, die kleinen Völker zerschmettert werden würden. Und endlich, weil Griechenland einen Revanchekrieg Bulgariens befürchtete, dem es allein kaum standhalten konnte.

Griechenland hatte übrigens keinerlei Verpflichtungen, einen anderen Weg einzuschlagen, denn der griechisch-serbische Bündnisvertrag, der lediglich und ausdrücklich für kriegerische Verwickelungen zwischen den Balkanvölkern geschlossen war, war automatisch ungültig gemacht worden, und zwar dadurch, daß Serbien sich einer Weltkoalition anschloß und gegen eine andere Weltkoalition kämpfte, und zwar für Zwecke, die ganz außerhalb des Balkans tagen. Eine andere Interpretation des Vertrages

wäre vollständig absurd, denn es wäre kindischer Größenwahn, wenn sich zwei kleine Staaten verbinden wollten, um gegen jede Koalition und gegen die ganze Welt zu marschieren. Auch wäre es gegen jede Vernunft, anzunehmen, daß ein bestimmtes Bündnis zwischen zwei Staaten eine selbstverständliche Verpflichtung zu weiteren Bündnissen mit anderen Staaten einschließt. Diese unanfechtbare Argumentierung genügt vollständig, um das Nichtinkrafttreten des „casus foederis" zu beweisen. Es sei hierbei noch erwähnt die genannte Weigerung Serbiens (die ganz ungerechtfertigt war) gegen die Türkei zu marschieren, ferner die Unmöglichkeit Serbiens, die vom Vertrage bestimmten 150 000 serbischer Soldaten zu stellen, die mit den Griechen gegen die Bulgaren kooperieren müßten usw. Auch haben die verschiedenen Ultimata der Entente niemals von Bundespflichten gesprochen, im Gegenteil, sie erkannten stets das Recht des griechischen Volkes zur Neutralität an und versprachen, es zu respektieren.

So blieb denn Griechenland zuerst neutral. Aber während der Dardanellenexpedition schlug Venizelos die Beteiligung Griechenlands mit zwei oder nur mit einer Division vor. In Anbetracht der inneren Schwierigkeiten einerseits und der unsicheren Haltung Bulgariens andererseits wurde dieser Vorschlag vom König aber abgelehnt, und Venizelos demissionierte am 7. März 1915. (Der Vorschlag wurde übrigens von Rußland formell abgelehnt und von den übrigen Ententestaaten kühl aufgenommen.)

Inzwischen wurden von der Entente die Inseln Lemnos, Tenedos, Mytilene und Chios besetzt, und Gunaris, der Nachfolger Veniseloz, bot unter dem wachsenden Drucke sowohl der Entente, wie auch einflußreichen griechischen Persönlichkeiten zweimal die Teilnahme Griechenlands am Kriege an. Das zweite Mal verlangte er keine größere Gegenleistung als die Garantie der Integrität Griechenlands, die jedoch von der Entente mit Rücksicht auf Bulgarien nicht gewährt wurde. Später (im August 1915) faßte sogar die Entente ohne Einwilligung Griechenlands den Entschluß, Bulgarien griechische und serbische Gebiete abzutreten, um

es für sich zu gewinnenn. Diese Kombination konnte aber nicht verwirklicht werden, da schon vorher Bulgarien sein Bündnis mit den Zentralmächten abgeschlossen hatte.

Venizelos kam wieder ans Ruder, weil die Wahlen (nachdem er dem Volke erklärt hatte, daß die Gelegenheit zur Beteiligung Griechenlands am Kriege definitiv vorüber wäre,) ihm die Mehrheit, allerdings eine schwache (50 Abgeordnete von 315) gegeben hatten.

Am 21. September 1915 mobilisierte Griechenland infolge der bulgarischen Mobilisation.

Am 5. Oktober landete die Entente Truppen in Saloniki. Venizelos protestierte zwar gegen diese Vergewaltigung, gestand aber später, daß dieser Protest nur pro forma erfolgt, und die Sache schon früher zwischen ihm und den Alliierten abgemacht gewesen wäre. Die Entente erklärte dabei, daß sie nur durchmarschieren würde, um den Serben zu Hilfe zu kommen.

Venizelos mußte am 7. Oktober 1915 zum zweiten Male demissionieren, weil er in der griechischen Kammer erklärt hatte, Griechenlands Schicksalsstunde sei gekommen, wenn Bulgarien seine Verbündeten angriffe. Außer Venizelos hatte aber weder der König noch irgend ein anderer Politiker diese Meinung.

Es folgten Koalitionsministerien, anfangs unter Zaimis, dann unter Skuludis. Da brach aber die offene Feindschaft der Entente aus. Karaburun, das Hauptfort Salonikis, wurde besetzt, die nach den Verträgen völlig neutralisierte Insel Korfu okkupiert, griechische und fremde Bürger in den Häfen und auf den Inseln verhaftet und unter dem Vorwande ausgewiesen, daß sie die deutschen U-Boote verproviantierten.

General Sarrail, der Oberbefehlshaber der Orientarmee, breitete sich in ganz Mazedonien aus, sprengte Brücken und ließ Bauern verhaften, einkerkern, ja sogar erschießen.

Die deutsch-bulgarischen Streitkräfte, welche infolge der energischen Vorstellung Griechenlands während des Rückzuges der Ententetruppen nach der Niederlage bei Krivolen die Grenze nicht überschritten hatten, besetzten

nunmehr das griechische Deckungsfort Rupel. Die griechische Regierung befahl der griechischen Garnison, die anfangs Widerstand leistete, sich zurückzuziehen. Die Entente antwortete darauf mit einer strengen Blockade, der am 21. Juni ein Ultimatum folgte, durch das die Auflösung der Kammer, die Demission des Kabinetts Skuludis, die Einführung fremder Kontrolle in Post-, Telegraphen-, Eisenbahn- und Polizeiwesen, und schließlich die sofortige Demobilisierung der griechischen Armee verlangt wurde.

Zaimis, der wieder die Bildung des Kabinetts übernahm, erfüllte die Forderungen der Entente. Trotzdem aber hörten die Chikanen nicht auf. Eine fremde Polizei wurde in Athen eingerichtet, die die Menschen wie die Hunde jagte, eine künstliche Revolte in Saloniki organisiert, sowie ein Attentat gegen die französische Gesandtschaft inszeniert, worauf die Landung von französischen Matrosen erfolgte.

Venizelos verließ Athen und zwang die der fremden Macht exponierten Gebiete von Kreta, die übrigen Inseln und Mazedonien zu einer künstlichen Revolte.

Um die Entente auszusöhnen, wurde versucht, Zaimis durch ein neues Kabinett ohne politische Färbung unter dem Universitätsprofessor Lambros zu ersetzen. Jedoch am Tage der Vereidigung des neuen Kabinetts griff die kampfbereite französische Flotte ein und nahm die griechische Kriegsflotte weg. Der französische Admiral verlangte die Vertreibung der fremden Gesandten, die am 22. November das Land verlassen mußten.

Derselbe Admiral verlangte für den 1. Dezember 1916 die Auslieferung des größten Teils der griechischen Waffen und Kanonen. Trotz der formellen wiederholten Warnungen, ließ er Truppen landen, um die Waffen mit Gewalt wegzunehmen. Da aber kam das schon schwer beleidigte Nationalgefühl zum Ausbruch. Die griechischen Soldaten verteidigten sich, und es erfolgten blutige Zusammenstöße.

Trotzdem die griechische Regierung einen Teil der griechischen Kanonen abgab und man zu einer Einigung gekommen war, wurde eine unmenschliche Blockade verhängt und während voller 7 Monate fortgesetzt, trotz Er-

füllung der neuen Forderungen der Entente, d. i. Fahnensatisfaktion, Freilassung der wegen Hochverrats verurteilten Venizelisten und Zurückziehung der ganzen griechischen Armee und Bewaffnung in den Peloponnes.

Nachdem das Land so ausgehungert und entwaffnet war, kam am 10. Juni Jonnart als Oberkommissar von Frankreich und England, okkupierte Thessalien, Attika und den Isthmus von Korinth mit beträchtlichen Streitkräften und verlangte die Vertreibung des Königs Konstantin unter der Drohung, Athen sofort zu bombardieren. Obgleich das ganze Volk zu verzweifeltem Widerstand entschlossen war, verließ der König am 12. Juni das Land, nachdem er als Stellvertreter seinen zweiten Sohn Alexander ernannt hatte.

Bald wurde Athen durch fremde Truppen besetzt. Venizelos kehrte zurück und bildete die neue Regierung, die die Verfassung aufhob, um Richter und Offiziere, deren Unabsetzlichkeit von der Verfassung bestimmt ist, entlassen zu können. Tausende von geistlichen und weltlichen Beamten wurden ihrer Ämter enthoben, eingekerkert oder auf den Inseln interniert und mit Gewalt ging man gegen alle diejenigen vor, die dem neuen Regiment nicht wohlgesinnt schienen.

Es hat keinen Zweck, Worte des Hasses auszusprechen, sei es gegen Venizelos, sei es gegen die mächtigen Nationen, die einerseits große Wohltäter Griechenlands waren, andererseits aber durch den unerforschlichen Willen der Vorsehung die Schicksale der kleineren Nationen in ihren Händen haben. Ich habe nur die Pflicht des Historikers erfüllt, indem ich die allgemeinen Linien der griechischen Leidensgeschichte während des Krieges angab.



Das Balkanvorland.

Von H. Fehlinger.

Zwischen der unteren Donau und dem Balkangebirge liegt ein nach Osten an Breite gewinnendes Tafelland, welches das Balkanvorland genannt wird. Im Osten besteht der Boden aus Kalkstein, der das Wasser leicht durchläßt; überdies sind hier, in dem bis 500 m ansteigenden Gelände von Deli Orman, die Niederschläge wenig ausgiebig, so daß der Feldbau nicht überall möglich ist. Buschwälder bedecken weite Gebiete. Gegen das Schwarze Meer zu hören die Wälder auf und machen baumlosen öden Steppen Platz. Die kahle Dobrudscha ist in eine mächtige Lößdecke gehüllt, mit deren Staub die Steppenwinde spielen. Dürr und quellarm, mitten zwischen Strom, Sümpfen, Lagunen und Meer gelegen, abwechselnd von brennender Sonnenglut und bitterer Winterkälte beherrscht, gefegt von unfreundlichen Winden und doch nicht gesund, ist die Dobrudscha noch heute wie in den Tagen Ovids ein unerfreuliches Land: „loca felici non adeunda viro“, und doch — wieviel verspricht die Lage an den Marken der Hauptabschnitte des Erdteils, an der Pforte des größten Stromes von Mitteleuropa.

Das Tafelland fällt im Osten sanft gegen die Donau ab, und bereitet dem Verkehr kein Hindernis. Als beredte Monumente der alten und der neuen Zeit laufen hier von der Donau bis zu dem nur 56 km entfernten Meere nebeneinander her die Wälle, welche das römische Kaiserreich zum Schutze seiner Nordgrenze zog, und die Bahn von Rumäniens Hauptstadt zu dem Hafen Konstanza.

Der äußerste Osten des Balkanvorlandes gehört bereits zum Überschwemmungsgebiete der unteren Donau, das eine Größe von 891 000 Hektar hat, wovon 464 000 ha

auf die Dobrudscha und 427 000 ha auf die Walachei und Moldau entfallen. Im Gegensatz zu dem durchschnittlich 20 m tiefen steilwandigen Bett der Donau sind alle Wasseransammlungen des Überschwemmungsgebiets außerordentlich flach und bei Niedrigwasser nirgends tiefer als höchstens 2 m. Längs des Stromes ziehen sich flache Erhebungen hin, gewissermaßen natürliche Deiche, die sich beim Eintritt des Wassers in das stillere Überschwemmungsgebiet aus den mitgeführten Sinkstoffen abgesetzt haben. Sie werden in ihrem Verlaufe durch die Einschnitte der Zu- und Abfluß-Kanäle unterbrochen. Das Überschwemmungsgebiet steht 3—5 Monate im Jahr unter Wasser, in der übrigen Zeit ist es Ackerland. Die von den Überschwemmungen zurückbleibenden Sinkstoffe, die zum großen Teil organischer Natur sind, bewirken eine ausgezeichnete Düngung des Bodens und nach Ablauf des Wassers schießt die Vegetation in großer Üppigkeit empor. Auch die Tierwelt ist überaus reich vertreten, sowohl die Land-, als auch die Wasserfauna.

Im Westen des Lomflusses schließt sich eine waldarme, nach allen Seiten offene, kaum 200 m hohe Plattenlandschaft an die Landschaft Deli Orman an, in die die Flüsse breite asymmetrische Täler eingeschnitten haben. Diese von steilen Rändern eingefaßten Täler wechseln wiederholt ihre Richtung und sind weniger Bahnen als Schranken des Verkehrs, der sich vorzugsweise auf den freien Hochflächen zwischen ihnen abwickelt. Als wichtige Verkehrslinie ist die genau von Süd nach Nord verlaufende Strecke des Jantratales bemerkenswert. Sie hält den Verkehr von den Balkanpässen zusammen, der nach Tirnnowa konvergiert, und führt ihn teils dem Donaulaufe bei Schistrow zu, teils der auf Bukarest zielenden Überfähre von Rustschuk. Ausgezeichneter Lößboden bedeckt das weite, flachgewellte Land, das einst Steppe war, nun aber im ganzen westlichen Teil unter den Pflug genommen ist.

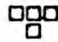
Der steile Abbruch der Tafellandschaft zum weiten Inundationsgebiet der Donau hält die ganze Landschaft zusammen. Wie einst die Römer, so schufen später die Türken eine Reihe von festen Plätzen auf dem südlichen Hoch-

ufer. Schon in der Antike konnte „Moesia inferior“, trotz seiner offenen Lage gegen Norden und Osten, die sich in dem extrem kontinentalen Klima äußert, romanisiert werden. Später wird dieses Land ein Ansiedlungsgebiet bulgarischer Bauern, das in neuerer Zeit unter fremden Einfällen nicht so zu leiden hatte, als der Osten der Tafel. Nur an wenigen Stellen haben sich Walachen am Südufer des Stromes festgesetzt, am meisten in der Gegend von Vidin und in der zu Serbien geschlagenen, geographisch aber hierher gehörigen Kraina, dem wichtigen Grenzland zwischen dem ostserbischen Gebirge und der unteren Donau.

Türkischer Einfluß ist östlich der Jantra stark zu merken; westlich dieses Flusses aber ist er nicht so stark. Die Türken haben sich hier damit begnügt, die Straßen zu beherrschen und einzelne Festungen, besonders an der Donau, anzulegen. Die kleinwüchsige brünette Bevölkerung um Tirnowa ist sicherlich nicht türkischer Abkunft, so sehr sie auch von den hochwüchsigen, großenteils blonden und breitgesichtigen Bewohnern des westlichen Donaubulgarien absticht. Aber von den Türken ist sie ebenfalls in anthropologischer wie kultureller Einsicht wesentlich verschieden. Treffend sagt Norbert Krebs: „Hier entstanden die ersten stabilen Zentren des bulgarischen Reiches, das sich dann leicht über den Balkan südwärts in die Binnenlandschaften und nach Ostrumelien ausbreiten konnte und so auch mit dem byzantinischen Kulturkreis in Berührung trat.“ Die Türken haben einige feste Plätze besetzt und damit auch orientalisches Wesen an die Nordseite des Balkan verpflanzt.

Die Steppennatur und die den überwiegend zerstörend wirkenden Völkerwellen allzusehr ausgesetzte Lage der Landschaften an der unteren Donau verleiht diesen eine besondere Rolle unter den Außengebieten der Balkanhalbinsel. Wohl kamen auf diesem Wege Slawen und Bulgaren ins Land, wohl spannen sich in letzter Zeit in dieser Richtung die Fäden zu dem sprach- und glaubensverwandten Rußland; aber in dem Maß, in dem die Steppen hüben und drüben — zuletzt auch die große Baragansteppe der östlichen Walachei — in Kultur genommen wurden, hörte die Be-

drohung durch Wandervölker auf, und heute besteht auch kaum ein Kulturgefälle gegen das nördliche Ufer der Donau wie in byzantinischer und frühtürkischer Zeit. Rumänien schiebt sich zwischen die nord- und südslawische Staatengruppe. Alle drei aber bekommen nun ihre kulturellen Anregungen von Westen her, aus Mitteleuropa. Vordem überwog jedoch der Einfluß aus dem Süden, dem Bulgarien, mangels einer direkten Verbindung mit Mitteleuropa, am längsten ausgesetzt war.



Zeitgeschichtliches.

Es war das Unglück Deutschlands, daß es im Kriege an seiner Spitze keine Persönlichkeit hatte. Ein Mangel, an den wir gerade in diesen Tagen wieder besonders deutlich erinnert werden, da in Frankreich sich die Kraft einer zielbewußten Persönlichkeit glänzend offenbart hat. Denn, daß die französischen Wahlen einen solchen Ausgang nehmen würden, daß sie eine so völlige Niederlage der Sozialisten ergeben würden, hätte man wohl kaum vorausgesagt. Aber der alle Schranken und alle Hindernisse rücksichtslos niederreißende und überwindende Ministerpräsident Clemenceau hat mit seinem Geist und seinem Willen die weitesten französischen Wählermassen so durchdrungen, daß der Ausfall der Wahlen ihm eine glänzende Rechtfertigung seiner Politik während und nach dem Kriege brachte.

Nach dem Ausfall der französischen Wahlen werden diejenigen, die von den Sozialisten der Entente eine wirksame Hilfe für eine Revision des Friedensvertrags erwartet hatten, wohl ihre Hoffnungen begraben. Denn mögen auch die Wahlen in Belgien und Italien eine starke Mehrheit der Sozialisten gebracht haben, so offenbart sich doch mit jedem Tage aufs neue, daß Frankreich, will sagen Clemenceau, die treibende Kraft bei allen die Demütigung und Niederdrückung Deutschlands bezweckenden Noten und Maßnahmen ist. Das hat sich erst jüngst wieder mit erschreckender Deutlichkeit bei der Frage des Rücktransports der deutschen Kriegsgefangenen gezeigt, deren Behandlung von seiten Frankreich jeder Menschlichkeit hohnspricht.

Es offenbart ein kaum zu fassendes Maß von haßvoller Verblendung, wie Clemenceau mit dem bitteren Leid des deutschen Volkes um seine kriegsgefangenen Söhne und Brüder, die nun schon das sechste Weihnachtsfest hinter Stacheldraht verleben müssen, ein grausames Spiel treibt. Ein Spiel, das selbst in den Ländern der Verbündeten Frankreichs ein kulturwidriges Greuel genannt wird, von dem man sich mit Abscheu abwendet.

Einstweilen aber scheint der „Tiger", der hier seinem Namen alle Ehre macht, der Stimme der Menschlichkeit, die von keinem geringeren, als dem Heiligen Vater in Rom, an sein Ohr getragen wurde, kein Gehör schenken zu wollen. Nicht allein bei den deutschen Kriegsgefangenen zeigt sich das, sondern auch in der Behandlung, die man Deutsch-Österreich zuteil werden läßt. Wie man auf der einen Seite die Seelen der Gefangenen durch die Qualen der endlosen Trennung von ihrer Heimat mordet, so läßt man auf der anderen Seite ein ganzes Volk kalten Blutes verhungern, indem man ihm die Möglichkeiten zu seiner Rettung durch einen Machtspruch versperrt. Aber wenn auch die Entente einen Anschluß der beiden deutschen Brüdervölker gewaltsam verhindern kann, so kann sie doch nicht verhnidern, daß sich deutsche Treue und Hilfsbereitschaft auch im tiefsten Unglück noch herrlich betätigt. Schmählich im Stich gelassen von den mit allem zum Leben Notwendigen reichlich versehenen Ententeländern, wird Deutsch-Österreich in seiner größten Not von dem selbst nur auf Hungerrationen gesetzten Deutschland Hilfe zu Teil.

Wenn auch diejenigen, die angeblich für die heiligsten Menschenrechte in den Krieg gezogen sind, in ihrem Siegesübermut jede Spur von Menschlichkeit vermissen lassen, so ist menschliches Fühlen und brüderliche Hilfsbereitschaft doch noch nicht aus der Welt gewichen. Und wenn auch heute noch, trotz Völkerbund, Rachsucht und Haß triumphieren, so muß und wird doch wieder die Stunde kommen, da die Völker über die Köpfe ihrer Führer hinweg sich die Hände zu brüderlichem Verstehen reichen werden.



Bulgarien hat sich bereit erklärt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Was bleibt ihm auch anders übrig. Es ist ebenso unzufrieden wie die anderen unglücklichen Kampfgenossen, die sich dem heidnisch-rohen Instrument von Versailles und St. Germain haben beugen müssen. Wie es zuerst zusammenbrach und durch seinen Zusammenbruch alles in Frage stellte, so ist es die letzte Macht des einstens so ruhmreichen Vierbunds, die das harte Diktat des Siegers über sich erfahren muß. Wenn Bulgarien gehofft hatte, mildere Bedingungen durch seinen Abfall zu erringen, so hat es sich getäuscht; denn das, was man als Milderung der Bedingungen ansah, man hatte seine Hoffnungen natürlich sehr herabgeschraubt, ist von der Entente auch nicht entfernt verwirklicht worden. Bulgariens Träume sind so gründlich wie nur möglich zerstört, es ist auf dem Balkan eine Macht von geringster Bedeutung geworden, und bleibt auch rein territorial hinter allen anderen Staaten zurück, wenn wir die Zwerggebilde Montenegro und Albanien ausnehmen, über deren Zukunft bekanntlich noch nicht entschieden worden ist. Aus Thrazien zurückgedrängt, hat es den ersehnten Anschluß an das Aegäische Meer wohl für immer verloren, und seine Wünsche auf Macedonien sind unerfüllt geblieben. Aus der Dobrudscha verjagt, stellt es nur noch ein Torso dessen dar, was es noch vor fast einem Jahre war. Es grollt aller Welt, nicht nur den Alliierten, es grollt Rumänien, es grollt Griechenland, es grollt Serbien; aber es grollt ohne jede Aussicht, seinen teilweise berechtigten Groll je einmal verwirklichen zu können. Denn wenn wirklich das Nationalitätenprinzip im Friedensvertrag ein Grundsatz gewesen wäre, nach dem man unbeirrbar vorgegangen wäre, dann hätte der Spruch für Bulgarien in der Tat anders ausfallen müssen.

Der Südnachbar Bulgariens, Griechenland, ist mehr und mehr vom Balkan ausgeschieden. Griechenland hat erreicht, was es wollte. Auf dem Balkan kann man diese Macht füglich als saturiert bezeichnen. Nicht so aber in Kleinasien, und hierhin, also ostwärts, ist jetzt der Ehrgeiz der Athener Politik gewandt. Somit konzentriert sich die eigentliche Balkanpolitik in Belgrad und Bukarest. Denn Jugoslavien und Rumänien, das sind die neuen großen Balkanmächte der Zukunft. Sie repräsentieren ein slawisches und ein romanisches Element. Wenn ihre Grenzen sich auch nur auf verhältnismäßig kleine Strecken berühren, so ist doch die überlieferungsmäßige Feindschaft, die diese kleinen Gernegroße immer unvorteilhaft ausgezeichnet hat, bei ihnen voll entbrannt. Das Streitobjekt bildet der Banat. Er ist ohne Frage von Kroaten bewohnt, aber der Hohe Rat, dessen Entscheidungen so oft allem gesunden Menschenverstand Hohn sprachen, hat ihn den Rumänen gegeben. Dies ist für die Serben um so empfindlicher, als sie dadurch keinen Anteil am linken Ufer der Donau erhalten! Belgrad bleibt wieder so exponiert, wie es dies unter österreichischer Herrschaft gewesen

ist. Auch mit Ungarn lebt Jugoslawien nicht in sonderlich freundschaftlichem Verhältnis, von Deutsch-Österreich nicht einmal zu reden. Aber die Sorgen dieses Landes sind damit noch nicht erschöpft: es kommt hinzu, daß der Hauptfeind jenseits der Adria sitzt, der sich durch die Entscheidungen des Friedenskongresses geradezu vor den Kopf gestoßen sieht, Italien. Kein Wunder, wenn diese Großmacht überall Verbindungen auf dem Balkan sucht, um den Spruch des Friedensgerichtes bei günstiger Gelegenheit über den Haufen zu werfen. Daß die römische Politik über Jugoslawien hinweg Rumänien die Hand zu reichen suchte war klar und ist bereits geschehen. Hier tun sich also wieder eine Menge von neuen Konflikten auf. Mit nichten ist es der Versailler Konferenz gelungen, diesen Feuerherd zu beseitigen. Er wird weiter seine Wirkung tun, denn als Durchgangsland behält der Balkan seine weltpolitische Bedeutung, und wenn auch Rußland und Österreich als Großmächte ausgeschieden sind, andere sind dafür eingetreten, die schon dafür sorgen werden, daß das lodernde Feuer hier nicht erlischt, das weiter die Ruhe Europas stören kann. Mehr wie je ist auf dem Balkan der eine Kleinstaat wieder des anderen Feind und Konkurrent geworden!

Ob und wie sich hier die Verhältnisse noch weiter neu- und umgestalten werden, das wird vor allem davon abhängen, wie und in welcher Form Rußland wieder entsteht. Dann erst werden gewisse Streitpunkte auf dem Balkan wieder in ihrer ganzen abgrundtiefen Gegensätzlichkeit sich auftun. So lange dies nicht der Fall ist, werden Großbritannien und etwa Italien die Beherrscher des Wetterwinkels sein und bleiben. Durch seine Randstaatenpolitik in Rußland gibt sich auch Downingstreet alle Mühe, die Dinge hier in seinem Sinne zu beeinflussen und Rumänien bemüht sich wieder seinerseits, Großbritannien dabei zu unterstützen. Es hat sich zu diesem Zwecke in starke Fühlung zu der Ukraine begeben und sich nicht minder an Italien angelehnt. Anders wieder Jugoslawien; es hat eigentlich außer Großbritannien, das ihm aber eine gewisse Lauheit entgegenbringt, so recht keinen Freund. Es ist die Freundschaft Rußlands, so lange es noch Königreich Serbien war, gewohnt gewesen und leidet sehr unter der neuen Gewohnheit, die es ihm nicht mehr gestattet, eine so bevorzugte Rolle zu spielen, wie ehedem. Es leidet unter seinen Freunden und fühlt sich durch die inneren Verhältnisse, die auch nicht sehr rosig sind, bedrückt.

Der augenblickliche Balkanfriede ist der Friede des Kirchhofs. Er ist teilweise auf ganz künstlichen Voraussetzungen begründet und wird nur so lange halten, wie diese sich aufrecht erhalten lassen, die wieder ihrerseits jeden Augenblick zergehen können. Somit bleibt der Balkan eine ungelöste Frage, und damit tun sich auch für das übrige Europa nicht gerade sehr ansprechende Aussichten auf, daß die jetzigen Friedensschlüsse, die den „letzten

Krieg" beendeten, diesen „Wetterwinkel" endgültig gewandelt haben. Dies wäre möglich gewesen; denn die Friedenskonferenz besaß alle Autorität dazu. Auf ihr herrschte die Gewalt und nicht das Recht, darum wird ihre Arbeit auf dem Balkan keine endgültige sein. Eine Gewaltlösung, wie man sie tatsächlich gefunden hat, kann hier nur neue Wetter entladen.



Die innere Lage in dem von der übrigen Welt so gut wie ganz abgeschnittenen **Bulgarien** ist nach unmittelbaren Berichten südslawischer Blätter aus Sofia nach den Wahlen nicht ganz so wie es bisher in der deutschen Presse zu lesen stand. Als stärkste Partei ist aus den Wahlen die Bauernpartei Stambolijskis mit 85 (im früheren Sobranje 46) von 236 Mandaten hervorgegangen, ihr folgen die engherzigen Sozialisten oder wie sie sich neuerdings nennen, Kommunisten mit 47 (früher 5) und die gemäßigten weitherzigen Sozialisten mit 39 (früher 9) Sitzen. Die bürgerlichen Parteien die in der letzten Regierung vertreten waren, sind ziemlich gelichtet wiedergekehrt. Zwar weisen die Nationalpartei unter Geschow 19 statt früher 10 Abgeordnete und die Demokraten unter Malinow immerhin 28 statt früher 31 Mandate auf; aber die ehemalige liberale Koalition, die unter Führung Radoslawows die Kriegspolitik verantwortlich deckte, ist vollständig zerschmettert. Als einziger Abgeordneter ihrer Richtung ist Genadijew ins Parlament eingezogen. Nun war vielfach davon die Rede, daß die Bauernpartei mit den gemäßigten Sozialisten die Regierung übernommen hätte. In der Tat schwebten darüber Verhandlungen, und die Verbindung beider war auch leidlich logisch, denn die Bauernpartei weist einen stark agrarsozialistischen Einschlag auf. Die Verhandlungen sind aber ergebnislos im Sande verlaufen, anscheinend weil die an Intelligenzen schwache Bauernpartei sich vor zu weitgehenden Zugeständnissen an die Sozialisten, die viele Akademiker in ihrer Gefolgschaft haben, fürchtete. Deshalb schwenkte die Bauernpartei nach rechts und bildet heute mit der Nationalpartei Geschows und den Fortschrittlern Dinews eine Regierung, deren nicht gerade fortschrittliches Wesen nach dem Ausfall der Wahlen eine Verblüffung ist. Es ist auch fraglich, ob sich diese Regierung, deren Hauptaufgabe die Überleitung in den Friedenszustand ist, am Ruder halten kann, zumal da die drei Parteien, aus denen sie zusammengesetzt ist, mit 114 Stimmen im Sobranje nicht einmal die Mehrheit für sich haben.



Die wirtschaftliche Lage **Deutschösterreichs** ist nahezu verzweifelt. Lebensmittel für Wien sind nur bis Ende November vorhanden und neue Nachschübe kaum zu erwarten. Denn obwohl die

Übernahmepreise für einige Waren, so z. B. für Roggen, Weizen, Gerste, Hafer usw., erheblich erhöht worden sind, bieten diese Preise für die Bauern dennoch gar keinen lohnenden Anreiz, da sie von den Schleichhandelspreisen weit übertroffen werden. Und der Schleichhandel ist so fein organisiert, daß dagegen kaum etwas zu machen ist. Die Verbandsmächte, die die Gefahr längst erkannt haben, bemühen sich, Abhilfe zu schaffen, indem sie auf die Länder einen Druck ausüben und auch durch Androhung einer Art Blokkade die Länder zu veranlassen suchen, Wien besser mit Lebensmitteln zu beliefern. Aber dergleichen Versuche sind völlig fruchtlos, solange jegliche Machtmittel fehlen; die hiesige Volkswehr, die an die Stelle der aufgelösten Wehrmacht getreten ist, bedeutet nichts als eine Bande von Tagedieben, oder besser eine Versorgungsanstalt der organisierten Arbeitslosen, mit der nichts anzufangen ist. Wenn daher der Verband seinen Anordnungen Geltung verschaffen wollte, müßte er schon eigne Truppen heranschaffen. Zudem sind die Länder selber notleidend, und könnten daher auch unter einem etwaigen Druck nichts Wesentliches leisten. Die Verbandsmächte müssen daher zusehen, wie sie dieses lebensunfähige Gebilde, das sie geschaffen haben, vor dem Verhungern bewahren. Sie tragen die volle Verantwortung dafür; denn selbst kann es sich nicht erhalten.

Fast noch schlimmer als die Lebensmittelnot ist der gänzliche Kohlenmangel, der auch den letzten Rest der Nahrungsmittelzufuhr lähmt. Der einzige Lichtblick in diesem Kohlenjammer ist die emsige Ausgestaltung der Zillingdorfer Braunkohlenlager der Ebenfurter Überlandzentrale, die in kurzem so weit gediehen sein wird, daß die Hälfte des Strombedarfs der Wiener Elektrizitätswerke daraus gewonnen werden kann. Um dagegen die Wasserkraft der Donau nutzbar zu machen, fehlt es dem Wienertum an Unternehmungsgeist; es begnügt sich, zu jammern, und macht dadurch natürlich auf die tatkräftigen Amerikaner einen üblen Eindruck. So kann es leicht geschehen, daß man die paar Lebensmittel, die man sich durch Verkauf und Verpfändung von Kunstwerken erbettelt hat, nachher nicht wird kochen können, weil der Heizstoff fehlt.

Die politische Lage ist nicht minder trostlos. Im Innern wird weiterhin durch- und auseinanderregiert. Die beiden regierenden Parteien, Sozialdemokraten und Christlichsozialen, vertragen sich gar nicht. Das Übergewicht in der Zentralregierung haben durch den Druck der roten Wählermassen Wiens die Sozialdemokraten. Dagegen verlieren sie auf dem Lande jede Autorität; dort herrschen die Christlichsozialen. Der Gegensatz zwischen Rot und Schwarz wird dadurch verschärft, daß die Sozialdemokraten noch immer mit der Sozialisierung und der Diktatur des Proletariats liebäugeln, wogegen die Christlichsozialen als heimliche Monarchisten beargwöhnt werden. Es dürfte wohl auch eine Tatsache

sein, daß die Christlichsozialen jede Gelegenheit, die Monarchie wieder aufzurichten, mit Freuden benutzen würden. Dazu kommt, daß in Ungarn sich doch vielleicht eine Monarchie anbahnt, wodurch ähnliche Tendenzen in Österreich bestärkt werden.

Wie sich die Verbandsmächte dazu verhalten, ist leicht zu erraten: Frankreich hat, besonders mit Rücksicht auf seine tschechischen Schützlinge, die vor einer etwaigen habsburgischen Restauration in Ungarn und Österreich schwere Sorge empfinden, Interesse daran, die Republik erhalten zu wissen, wenigstens solange Deutschland noch nicht zerfallen ist. In diesem Falle freilich würde ihm wohl das Hemd näher sitzen als der Rock; es würde die Tschechen links liegen lassen und die Errichtung eines großen süddeutschen Reiches betreiben, etwa unter Führung eines Wittelsbachers oder Habsburgers. Denn die Spaltung des Deutschtums in Nord und Süd wäre ihm natürlich viel wertvoller als die Erhaltung eines neuhussitischen Tschechenstaates in der Flanke Deutschlands. Durch solch eine Spaltung ware ganze Arbeit getan. Die Engländer machen demgegenüber eine mehr realistische Politik und begünstigen den Gedanken der Donauföderation, da sie je länger je mehr erkennen, daß das alte Habsburgerreich keine Laune der Geschichte oder eines Dynastengeschlechts, sondern eine historische Notwendigkeit gewesen ist, die auf den Lebensbedürfnissen der darin vereinigten Volkssplitter beruht. Eine Balkanisierung dieses Reiches ist um so weniger nach ihrem Sinne, als sie die Balkanzustände stets zu konsolidieren versucht haben. Von diesem Standpunkt aus haben sie offenbar auch nichts gegen eine Wiederkehr der Monarchie in Ungarn und Deutschösterreich. Von Italien ist bekannt, daß es die ganze Entwicklung des alten Habsburgerreiches aus seinem südslawischen Gesichtswinkel betrachtet. Daher ist ihm alles recht, was die Südslawen niederhält und ihm selbst die Herrschaft über die Adria sichert. Ob Monarchie oder Republik ist ihm daher ziemlich gleich. Es begünstigt alles, was gegen die Südslawen ist, daher auch den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland; denn vorläufig ist Österreich auf die südslawischen Zufuhren angewiesen, so daß Italien unter diesen Umständen von Österreich nichts Günstiges erwarten kann, sondern höchstens nach einem Anschluß, vorausgesetzt, daß Österreich dann im wesentlichen von Deutschland versorgt würde.



Während sich die englischen und französischen Politiker in **Griechenland** bemühen, die zwischen ihnen herrschenden Differenzen über die Aufteilung der Türkei beizulegen, dauern die griechisch-türkischen Kämpfe in Kleinasien mit unverminderter Heftigkeit an. Entgegen den Athener Berichten, die sich bemühen, die bewaffneten Konflikte mit den türkischen Truppen als bedeutungslose Geplänkel hinzustellen, gestaltet sich die Lage bei Smyrna immer ernster.

Für Griechenland ist der Krieg also noch lange nicht zu Ende, und demgemäß kann man es verstehen, wenn die Stimmung im Lande sich stetig verschlechtert. Die Politik eines Venisélos, die einst die Zustimmung fast aller Griechen besaß, kann heute nicht mehr verfangen. Infolge des jahrelangen Blutvergießens ist man nun auch im Süden des Balkans müde geworden und sehnt sich nach Ruhe. Nach Abschluß des gewaltigen Ringens zwischen den europäischen Großmächten blickte man vom Golf von Aegina mit großen Hoffnungen auf London und Paris und erwartete von den mächtigen „Freunden" viel, wenn nicht alles. Wie überall, so ist man jetzt auch in Griechenland von dem bisherigen Ergebnis der Ententepolitik enttäuscht. Statt der Aussicht auf eine friedliche Zukunft und der Sicherung einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung sieht man sich jetzt allenthalben von Feinden umgeben. Im Westen blickt Italien mit nicht gerade freundlichen Augen auf die griechischen Aspirationen im Mittelmeer. Die Tatsache, daß England eine Ausbreitung des griechischen Länderbesitzes einer italienischen Expansion vorzöge, liegt auf der Hand. Aber der Widerstand Amerikas, das eine Vergewaltigung Italiens auf Kosten britischer Interessen nicht zulassen will, hat es vermocht, daß London seinem „Schützling" Griechenland bisher nicht das gewähren konnte, was es wollte. Betrachtet man das Verhältnis des südlichsten Balkanstaates zu den übrigen Nationen der Halbinsel, so kommt man leicht zu dem Schluß, daß auch dieses keineswegs ein erfreuliches genannt werden kann. Bulgarien hat seine Hoffnung auf einen Zugang zum Aegäischen Meer noch nicht aufgegeben und trotz seinem diplomatischen Verhältnis zu den Alliierten, das noch immer das denkbar schlechteste ist, hat es doch Aussicht, seine berechtigten Ansprüche auf kurz oder lang in Erfüllung gehen zu sehen. Auch die albanische Frage verursacht den Griechen manchen Kummer. Wie im westlichen Teil des Mittelländischen Meeres, so stößt auch hier eine jede Athener Expansionspolitik auf italienischen Widerstand. Von Korfu bis Elbassan ist hier alles im Fluß und harrt einer Entscheidung, die nicht kommen will. Und zu all diesen Schwierigkeiten kommt nun als die größte die ernste Lage in Kleinasien, wo die Osmaner scheinbar nicht gewillt sind, sich kurzerhand alles nehmen zu lassen. Die großen Opfer, sowie der geringe Erfolg, mit dem dieser neue Guerillakrieg geführt wird, der allem Anschein nach sich zu einem regelrechten Kriege herausbildet, vollenden das traurige Bild, daß sich heute jeder Grieche von der Zukunft seines Vaterlandes entwirft. Etwas spät kommt eine gewisse Reue über ein Volk, das es nicht notwendig gehabt hätte, für Nichtigkeiten sein Blut zu vergießen. Der Geist unserer Zeit ist nun einmal revolutionär, und Griechenland scheint augenblicklich der beste Boden für eine Umsturzbewegung zu sein, die die bisherige Politik des Landes von Grund aus ändert und sie in sichere Bahnen lenkt.

Zum ersten Male fanden im alten **Rumänien** die Wahlen unter dem allgemeinen, geheimen Wahlrecht statt. Das Ergebnis ist überraschend: die Wählermasse war diesmal nicht für die Regierung, zu deren Gunsten im alten Rumänien die Wahlen beinahe immer eine große Mehrheit ergaben, die alternativ, liberal oder konservativ war. Die liberale Partei hat von 240 Abgeordneten, die das alte Königreich wählt, nur 101 Sitze in der Kammer erhalten. Somit besteht die Mehrheit der neuen Kammer aus denjenigen Elementen der oppositionellen Parteien und Gruppen, die an den Wahlen teilnahmen und nicht die Taktik des Wahlverzichtes verfolgten. Auf diese Weise errang die Bauernpartei 57 Mandate, die national-demokratische Partei 27 und die Fortschrittspartei unter Marghiloman 13. Die übrigen Sitze erhielten 6 Sozialisten und 37 Unabhängige, die keiner Partei oder keiner Gruppe angehören.

Bratianus Niederlage wird nicht nur dadurch bewiesen. Die geeignete Opposition legt besonderen Nachdruck auf die verhältnismäßig geringe Zahl der für die Partei Bratianus abgegebenen Stimmen und auf die hohe Zahl derjenigen Wähler, die sich entweder, ihrer Wahlperiode gemäß, an den Wahlen nicht beteiligt oder aber ungültige Stimmzettel abgegeben haben. Von 1 300 000 eingetragenen Wählern haben nur 199 000 für die Bratianisten gestimmt. 431 500 haben an der Wahl nicht teilgenommen, obwohl diese obligatorisch ist, ferner haben 278 000 ungültige Stimmzettel abgegeben. In Bukarest sprechen die Zahlen noch deutlicher für das Fiasko Bratianus. Von 117 572 Wählern stimmten nur 17 202 Wähler für die Bratianisten. Die große Menge enthielt sich ihrer Stimme oder erklärte sich für diejenigen, die den Wahlkampf unter der Parole „Befreiung vom Bratianistischen Joch" geführt hatten.

Wenn sich somit die meisten Wähler als antibratianistisch erwiesen, so läßt sich daraus freilich noch nicht der Schluß ziehen, daß sie ganz auf der anderen Seite der altrumänischen Parteien stehen. In Rumänien ist das Volk gegen die Männer, die bisher regierten. Die liberale Partei, die am längsten am Ruder war, ist beim rumänischen Volke auch die unbeliebteste. Die Tatsache, daß sie die nationale Einheit Rumäniens verwirklicht, es territorial vergrößert und seine Bevölkerung vermehrt hat (das alte Königreich hatte 140 000 Quadratkilometer und 7 Millionen Bewohner, Groß-Rumänien hat etwa 300 000 Quadratkilometer und an die 15 Millionen Bewohner), rehabilitiert die liberalen Politiker nicht, die beschuldigt werden, das Land in einen gänzlich unvorbereiteten Krieg getrieben und die Lage ausgenützt zu haben, um persönlich dabei phantastische Gewinne zu erzielen. Diese Anklage richtet sich auch gegen Take Jonescu und seine Anhänger, die, wenn sie sich nicht mit Averescus Partei vereinigt hätten, genau so unbeliebt wären wie die Partei Bratianus. Die Macht der Opposition verkörpert sich nicht in der Persönlichkeit Take Jonescus. General

Averescu ist der „neue Mann“, besonders der rumänischen Bauern. Da aber die Gruppe Averescus die Wahlen boykottiert hatte, wählten die Bauern Kandidaten der neuen Bauernpartei, die zum ersten Male im Parlament vertreten ist. Auch diese Partei hat am Wahlkampf teilgenommen, um das Land von der Tyrannei Bratianus und von den alten Politikern zu befreien.

Die allgemeine Unzufriedenheit, die jetzt in den Städten und auf dem Lande herrscht, bot der alten sozialistischen Partei, die in den letzten Jahrzehnten keinen Vertreter im Parlament hatte, eine passende Gelegenheit, sich zu organisieren. Die Zahl der in den Syndikaten eingetragenen Arbeiter ist stark gestiegen. Von Tag zu Tag nimmt die Arbeiterschaft regeren Anteil am politischen Leben, wächst auch ihre Macht. Am ersten Wahltag konnte sich die sozialistische Partei einen eintägigen Generalstreik erlauben, der ihre Stärke bewies. Der sozialistischen Partei und den fortgeschrittenen Demokraten ist zum größten Teil das Fiasko der Bratianupartei bei den Wahlen zuzuschreiben. Wenn die sozialistische Partei an den Wahlen teilgenommen und Listen aufgestellt hätte, so wäre sie zweifellos im Parlament stark vertreten gewesen. Nichtsdestoweniger wird das neue Parlament auch sozialistische Elemente aufweisen. In den neu angegliederten Ländern sowie im alten Königreich wurden Sozialisten gewählt, die sich nicht um die Wahlenthaltung des Ausschusses gekümmert hatten.

In Siebenbürgen, im Banat, der Bukowina und Beßarabien fanden die Wahlen zur selben Zeit wie im alten Königreich statt. In Siebenbürgen und im Banat ergaben sie eine große Mehrheit für die nationale rumänische Partei, unter Führung von Dr. Juliu Maniu. Es wurden auch einige Ungarn, Sachsen und Schwaben gewählt, die zu den Parteien der nationalen Minderheiten gehören und die sich mit der Angliederung an Rumänien einverstanden erklären. In der Bukowina und Beßarabien wurde die Mehrheit von rumänischen, durch Bukarest unterstützten Parteien erzielt. Auch hier hatten sich die Opposition und ein großer Teil der nationalen Minderheiten der Wahl enthalten; doch konnten in der Bukowina u. a. ein Deutscher, ein Jude und ein Ruthene gewählt werden, weil der Beschluß nicht beachtet worden war.

Das neue Parlament, das von der geeinigten Opposition als antikonstitutionell bezeichnet wird, beseitigt nicht die innere rumänische Krise. Keine einzige Partei des alten Königreichs kann auf der Basis der Zahl ihrer Parlamentsvertreter zur Regierung des Landes gelangen. Daher auch die Bemühungen des Königs, eine Koalitionsregierung zu bilden. Angesichts einer solchen Regierung kann sich bei den jetzigen inneren und äußeren Verhältnissen nur ein Mann behaupten, der den politischen Kämpfen im alten Königreich fern steht.



In **Südslawien** hat das wiedergekehrte Ministerium Davidowitsch die Vollmacht erhalten, bei Arbeitsunfähigkeit des Parlaments infolge Sabotage durch die Opposition die Kammer aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben — ob wieder für eine vorläufige Volksvertretung oder für die endgültige konstituierende Nationalversammlung, bleibt zweifelhaft —, so bereiten sich die vorhandenen Parteien allmählich auf den Wahlkampf vor, und neue schießen, wie zu erwarten war, aus dem Boden. Auf einer Versammlung der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Welika Plana ist die Gründung einer ausgesprochenen Bauernpartei beschlossen worden, wozu der Präsident des Verbandes dieser Genossenschaften, Mihajlo Avramowitsch, schon vor dem Kriege einen Anlauf genommen hatte. Die geschichtliche Erfahrung lehrt, daß noch jede Partei im Agrarland Serbien als reine Bauernpartei begann und sich dann nach und nach dem Wesen bürgerlicher Schichten anpaßte, und die Tatsache, daß in dem vorläufigen geschäftsführenden Ausschuß der Partei so unbäuerliche Elemente wie der frühere Finanzminister Mihajlo Popowitsch und der stellvertretende Direktor der Staatsmonopole, Urosch Stajitsch, sitzen, und daß seine Mitglieder früher teils der alt-, teils der jungradikalen, teils der radikalen Partei angehört haben, bringt Skeptiker auf den Gedanken, daß es sich bei dieser Gründung vielleicht nur darum handelt, verfahrene Politiker durch Aufbietung bäuerlicher Massen wieder flott zu machen. Aber natürlich wird man abwarten und die neue Bauernpartei nach ihren Taten beurteilen müssen.

Wichtiger für die politische Entwicklung Südslawiens ist vielleicht die eben an die Öffentlichkeit tretende bürgerlich-republikanische Partei mit Jascha Prodanowitsch an der Spitze, der, bisher Anhänger der jungradikalen Partei, für seine Person schon seit Jahr und Tag den republikanischen Gedanken verfochten hat. In der Nationalversammlung soll eine Gruppe von sieben Abgeordneten entschlossen sein, der von ihm entfalteten Fahne zu folgen, aber auch aus der jungen Intelligenz wird er Zulauf haben, und selbst in den bäuerlichen Massen kann eine republikanische Propaganda Erfolg haben, zumal wenn sie sich, wozu Prodanowitsch bereit ist, auf den Boden des südslawischen Staatsgedankens stellt und nicht, wie die gleichfalls republikanische Bauernpartei Raditschs in Kroatien einen verstiegenen Partikularismus um jeden Preis anstrebt.

Auch aus Agram wird berichtet, daß dort junge Intellektuelle, die bisher parteipolitisch noch nicht hervorgetreten sind, eine neue Partei aus der Taufe heben wollen, die den südslawischen Staatsgedanken auf allen Gebieten des kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens vertiefen und mit den alten Schablonen und gestrigen Politikern gründlich aufräumen will, also ein idealistisches und ideologisches Programm hat, wie es etwa die von Marjanowitsch herausgegebene neue Zeitschrift „Obnova“ vertritt.

Welches Schicksal auch den Neugründungen beschieden sein mag, eins ist sicher: die vorhandenen Parteien werden bei den kommenden Wahlen sich nicht nur gegenseitig ihren Besitzstand streitig machen, sondern auch gegen den stürmischen Andrang neuer Kräfte zu kämpfen haben.



In der **Tschecho-Slowakei** ist die Regierungskrise rascher akut geworden als man hätte annehmen können. Noch vor wenigen Tagen berichtigte das agrarische Abendblatt, es sei durchaus keine Rede von einer Ministerkrise, die Streitigkeiten innerhalb des sozialistischen Blocks, die man fälschlich Krise nannte, würden in wenigen Tagen glatt beseitigt sein. Aber schon kurz darauf hatten hitzköpfige national-sozialistische Abgeordnete den Beschluß durchgesetzt, daß die vier Minister ihrer Partei zurücktreten, und da es nach der provisorischen Verfassung der Tschecho-Slowakei keine Einzeldemissionen gibt, ist damit das Schicksal des Kabinetts Tusar entschieden. Es gibt keine Demission, und der 70jährige Präsident Masaryk wird wieder einmal harte Arbeit haben, die Dutzend Ministerien auf mehrere hundert Anwärter zu verteilen. Der unmittelbare Anlaß zum Rücktritt Tusars, der ein kluger, nur allzu vorsichtiger Politiker und anständiger Mensch ist, scheint unglaublich geringfügig. Er liegt in der Auseinandersetzung national-sozialistischer mit sozialistischen Bergarbeitern und in der Boykottierung zweier national-sozialistischer Budweiser Graphitarbeiten durch ihre sozialistischen Arbeitskameraden. Von solchen Lappalien hängt heute das Schicksal eines tschechischen Kabinetts ab! Die National-Sozialisten brachten wegen der erwähnten beiden Fälle einen Gesetzentwurf ein, der jede politische Beeinflussung in Fabriken und Werkstätten unter Gefängnisstrafe stellt. Den Sozialisten schien dies aus begreiflichen Gründen zu drakonisch. Ministerrat um Ministerrat tagte wegen dieser Angelegenheit. Der Gesetzentwurf wurde schließlich angenommen, aber der Spalt im sozialistischen Block, der mit den Agrariern zusammen die Regierungspartei bildete, klaffte weiter. Und heute zerfiel der Block.

Den Deutschen in der Tschecho-Slowakei kann es herzlich gleichgültig sein, ob sie von diesem Kabinett oder von einem andern geführt werden. Solange die Nationalversammlung ein ungewählter, kooptierter Ausschuß der tschechischen und slowakischen Parteien ist, solange nicht nur kein deutscher Minister, sondern nicht einmal ein hoher deutscher Staatsbeamter an den Regierungsgeschäften teilnimmt, so lange fehlt auch den Deutschen dieses Staates jegliches Interesse an einem Wechsel, da sie ja durchaus keinen Einfluß auf ihn ausüben. Unter Tusar wurden sie allerdings um einen Schatten besser behandelt als unter Kramarsch. Aber auch unter Tusar konnte ihnen der Prager Bürgermeister die Interpellation

eines deutschen Staatsrates wie folgt beantworten: „Wenn Sie wirklich mit uns in Ruhe und Frieden leben wollen, dann müssen Sie jede Provokation der Bevölkerung des tschechischen Prags vermeiden.“ Und dabei versteht der Bürgermeister unter „Provokation“ die Anfrage, ob die deutschen Geschäftsleute in Prag nicht wieder ihre doppelsprachigen Firmenschilder anbringen können, deren deutscher Text am Tage des Umsturzes herabgerissen und unkenntlich gemacht worden war. Noch unter Tusar konnte das Prager Landgericht erklären, daß es von den reichsdeutschen Parteien lediglich tschechische Eingaben entgegennähme, während es der tschecho-slowakischen Republik allerdings gestattet sei, deutsche Klagen zu überreichen. Mit der für Prag natürlichen Einschränkung versteht sich, daß diese Klagen nur einsprachig tschechisch erledigt werden.

Tusar war ein Mann, der sich allerdings um Objektivität bemühte, oder doch um einen Zustand, den man in der Tschecho-Slowakei nationale Objektivität nennen kann. Wenn es ihm nicht gelungen ist, seine Absicht zu verwirklichen, so wird es einem anderen Premier um so weniger gelingen, als ihm sogar die Absicht fehlen dürfte. Daß es aber nicht einmal Tusar gelang, war das „patriotische“ Verdienst eben der National-Sozialisten, deren vier Minister sich schon bei der heutigen Sitzung der Nationalversammlung von der Regierungsbank ferngehalten haben, derselben National-Sozialisten, deren Parteigenosse der Prager Bürgermeister ist.

Wer Tusar ablösen wird, ist völlig ungewiß. Ein Beamtenkabinett, an das man zunächst dachte, ist mangels geeigneter selbständiger hoher Beamter kaum zusammenzubekommen. Zudem sagte der abtretende Handelsminister Dr. Heidler einem Journalisten, daß auch aus politischen Gründen ein Kabinett von Fachleuten unmöglich sei. Bleibt also nur eine neue Koalition! Von der Zusammensetzung, wie sie die National-Sozialisten oder die Sozialisten beraten werden, nicht aber die Bürgerlichen. Ob es diesen letzteren gelingen wird, Kramarsch ins Ministerium zu bugsieren, ist eher zu verneinen. Die noble Geste, mit der Kramarsch der Entente die tschechische Armee in Sibirien zur Verfügung stellen wollte, hat solche Empörung bei den hunderttausenden Angehörigen dieser Legionäre hervorgerufen, daß es kein außerhalb der Kramarsch-Partei stehender Politiker wagen könnte, mit Kramarsch in einem Kabinett zu sitzen. So wird also ein neuer Mann die überaus schwierige Arbeit in der Hradschiner Burg übernehmen müssen, ein Platzhalter für den ersten wirklichen Ministerpräsidenten der tschechischen Republik, für jenen nämlich, der sich auf eine aus den allgemeinen Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung stützen kann. Und diese Wahlen werden bald kommen, so wenig auch die gegenwärtigen Pseudo-Deputierten von ihnen hören wollen.

Unsere Wirtschaftslage ist zu ernst, die Verantwortung der Regierung zu groß, namentlich seit Ungarn wieder ein recht kräftiges Gebiß zeigt, als daß man sich weiter mit einem Provisorium behelfen könnte. Nun ist zwar die neue Wahlordnung ausgesprochen deutschfeindlich, indem sie den 63 vH. der gesamten Bevölkerung bildenden Tschechen mehr als 31 vH. aller Mandate zuweist, während die Deutschen 29 vH. der Bevölkerung ausmachen und sich mit wenig mehr als 27 vH. der verfügbaren Mandate werden begnügen müssen. Eine nach diesem Schlüssel gewählte Nationalversammlung wird den Volkswillen immer noch besser darstellen als das gegenwärtige Scheinparlament. Herr Klofatsch aber, der als Nationalverteidigungsminister mit dem Justizminister, dem Handelsminister und dem Eisenbahnminister eben jetzt aus dem Kabinett scheidet, weil seine Partei es für gut befindet, die Koalition zu sprengen, Herr Klofatsch also wird Gelegenheit haben, zu zeigen, wie er sich eine gerechte nationale Verfassung nach schweizerischem Vorbild denkt, von der er einigemale gesprochen, aber für die er niemals etwas getan hat.



Aus der **Türkei** kommen Nachrichten über Unterredungen, die türkische Journalisten mit dem neuen Freiheitshelden der Türkei und Diktator von Anatolien, Mustafa Kemal Pascha, gehabt haben. Da es so gut wie sicher ist, daß die türkische Regierung die Forderungen des Paschas durchzuführen gezwungen sein wird, dürfte auch die Herstellung enger politischer Verbindung zwischen Konstantinopel und Mustafa Kemal nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Der General hat jedenfalls erklärt, für den Fall, daß die Regierung seine Forderungen annimmt, sich dem Ergebnis der Wahlen zu fügen und selbst eine etwaige Wahl als Abgeordneter anzunehmen. Konstantinopeler Blättermeldungen liegen nur vereinzelt vor, und es ist kaum möglich, aus ihnen ein richtiges Bild darüber zu gewinnen, wie Konstantinopel den General beurteilt, da die Machtverhältnisse in der Hauptstadt nicht derart sind, um annehmen zu können, daß die Blätter wirklich die öffentliche Meinung zum Ausdruck bringen.

Den ersten Eindruck, den man in Deutschland von dem Verhalten Kemal Paschas bekommen wird, ist jedenfalls der, daß der General unter Verzicht auf seine nationalistischen Bestrebungen sich der Regierung unterwerfe. Das ist durchaus nicht der Fall, Mustafa Kemal ist moralisch und wirtschaftlich der Sieger. Er hat für die türkische Nation gerettet, was zu retten war, ohne dabei seine Machtmittel zu überschätzen. Er hat erkannt, was er höchstenfalls von der Regierung fordern könne, aber auch fordern müsse. Andererseits hat die Regierung die Notwendigkeit eingesehen, sich mit dem Pascha zu verständigen, da die Staatseinkünfte und Steuern

aus Anatolien ausblieben. Sie hat das um so leichter tun können, als die Sympathien für den General in der Hauptstadt bedeutend sind. Auch der Sultan schätzt in Kemal Pascha seinen früheren Adjutanten, wenn auch die Minister seiner Regierung in dem General den politischen Gegner sehen müssen. Mustafa Kemal Pascha ist unbedingt ein Mann von bedeutendem Scharfblick, großer Energie und persönlichem Mut, was er während des Weltkriegs oft genug bewiesen hat.

Bei aller Würdigung seiner persönlichen Fähigkeiten hat man die Aussichten seiner Erhebung militärisch nicht allzu optimistisch betrachten können, denn von türkischen Waffen- und Munitionsvorräten sowie Ausrüstung hatte er bei weitem nicht genügende Mengen in der Hand. Eine Zeit lang schien es, als ob er Waffen aus Westeuropa erhalte. Der „Temps" brachte wenigstens eine dementsprechende Notiz. Diese Unterstützung wäre dann von einer Großmacht erfolgt, die Interesse an den Selbsterhaltungsbestrebungen der Türkei hatte. Dieses Interesse ist jetzt bei mehreren der Großmächte vorhanden, da sie in einer politisch selbständigen Türkei mehr wirtschaftliche Vorteile erhoffen als bei einer Aufteilung, bei der große Teile des Landes unter das Protektorat und den Einfluß auch anderer Großmächte kämen. Es beweist Mustafa Kemals hervorragenden politischen Blick, mit dem er den Zeitpunkt erkannt hat und dafür geeignet hält, sein Übereinkommen mit der Konstantinopeler Regierung herbeizuführen. Über das Interesse Englands und Frankreichs an der Erhaltung der Türkei genügt es, zwei Stimmen anzuführen.

So schrieb in der letzten Nummer der Londoner „Asiatic Review" der englische Oberstleutnant Yate über die Erhaltung des osmanischen Kalifats, das 400 Jahre überdauert habe und vom gesamten Islam anerkannt werde, daß ein Reich, wie England, das über ein Drittel aller Mohammedaner herrsche, nicht außer Acht lassen könne, was die übrigen beiden Drittel der Anhänger einer so großen Religion denken und wie erregt schon während des Balkankriegs die mohammedanische Bevölkerung Indiens über den drohenden Zerfall des türkischen Reiches gewesen sei. Er führt dafür die Urteile der hervorragendsten englischen Orientkenner und Staatsmänner an.

Es ist interessant, dem Artikel des Engländers eine französische Veröffentlichung entgegenzuhalten, und zwar das Buch des Grafen Léon Ostrorog, der die Türkei kennt wie wenige derjenigen, die darüber geschrieben haben. Dieser betont, wie wenig auch in französischem Interesse die Aufteilung der Türkei wäre. Die Aufteilung der Türkei könne für Frankreich wohl den Erwerb von Syrien bedeuten, aber es würde den Zusammenbruch der französischen Interessen in den anderen Gebieten der Türkei mit sich bringen. „Denn", sagt er wörtlich, „von den übrigen Teilen der

verschwundenen Türkei wären ebenso verschwunden französische Finanz, Industrie, Erziehungsanstalten, französische Sprache und die hohe bedeutende Stellung, die erlangt worden ist als das Ergebnis der Arbeit langer Generationen von Franzosen." So sprechen alle Anzeichen dafür, daß die Mächte in ihrem eigenen Interesse der Erhaltung der Türkei nicht mehr ablehnend gegenüberstehen.

Mustafa Kemal Paschas Verdienst ist es, gezeigt zu haben, über wie starken nationalen Zusammenhang das türkische Volk noch verfügt, und daß man trotz des militärischen Zusammenbruchs im Weltkrieg die Türkei nicht als totes Objekt zur Aufteilung bringen kann. Das war das höchste Ziel, das er erreichen konnte, und das er klug genug war, nicht zu überschreiten. In der Zukunft der Türkei dürfte der Pascha noch eine bedeutende Rolle spielen.



In der **Ukraine** hat sich die äußere und innere Lage in der letzten Zeit dauernd verschlimmert. Die von den Ukrainern erhoffte und mehrfach vergebens erbetene Hilfe seitens der Entente ist ausgeblieben, und auch die rumänische Unterstützung, die inzwischen eingesetzt hat, vermochte die militärische Lage der Petljura-Truppen nicht wesentlich zu verbessern. Das von den Polen, den Bolschewiki und den Denekin-Truppen eingeengte und von den ukrainischen Nationaltruppen besetzt gehaltene Territorium wird immer kleiner. Ende November sind polnische Truppen in Kamenez-Podolsk eingerückt, und die ukrainische Regierung mußte ihren Sitz nach Proskurow verlegen. Entscheidend für die außenpolitische Lage der Ukraine ist im Augenblick das Verhältnis Petljuras zu Denikin. Seit einiger Zeit berichten die ukrainischen Quellen von der Verbindung, die zwischen den regulären Petljura-Truppen und den verschiedenen Gruppen von ukrainischen Aufständischen, die sich im Rücken der Denikin-Front organisiert haben, hergestellt sei. Die Aufstandsbewegung gegen Denikin werde durch einen Stab der Aufständischen geleitet, der in ständiger Verbindung mit dem Generalstabe ukrainischer Nationaltruppen steht. Einzelne aufständische Gruppen, wie z. B. die des Atamans Selenyj, sollen der ukrainischen Nationalarmee einverleibt worden sein. An der Tatsache der aufständischen Bewegung darf man nicht zweifeln, da sie von drei Seiten — der bolschewistischen, der Denikinschen und der ukrainischen — registriert wird. Allerdings unterscheiden sich alle drei Quellen durch ihre Charakterisierung dieser Bewegung. Die Bolschewiki sehen darin kommunistischen Widerstand gegen das Regime der russischen Freiwilligenarmee, Denikin betrachtet die Aufständischen als Räuberbanden, während die Ukrainer der Bewegung einen national-ukrainischen Charakter zusprechen.

Es hat nicht nur einen historischen Wert, eine Mitteilung der Moskauer „Bednota“ zu verzeichnen, die die Ententeabsichten in Bezug auf den Süden des früheren Rußland charakterisiert. Die Zeitung berichtet, daß die Ssowetregierung unter anderen Papieren einen Geheimbericht des französischen Konsuls in Kiew, Pelissier, an den französischen Botschafter in Petersburg aufgefangen habe, in dem es hieß, daß sich im Juli 1917 in Kiew eine reaktionäre Geheimgesellschaft mit Schulgin und Galiz an der Spitze gebildet habe, und daß Petljura Mitglied dieser Gesellschaft sei, ein energischer Mann, der Verhaftungen unter den bolschewistischen Arbeitern vornehme. Des weiteren machte Pelissier den Vorschlag, aus gefangenen Rumänen, Tschechen, Slowaken, Polen und anderen Banden freier Kosaken für die Jagd auf Bolschewiken und die Wiederherstellung der Ordnung im Dorfe zu bilden. Schließlich forderte der Konsul die Gründung einer französischen Bank in der Ukraine, damit Handel und Industrie der Ukraine dem französischen Kapital untergeordnet werde, und schrieb: „Ich hoffe, sehr geehrter Herr Botschafter, daß die von mir im Verlaufe einer Woche erzielten Erfolge Sie von der Leichtigkeit des Erreichens unserer Ziele überzeugen werden: die Ukraine unter unserem Protektorat, die Ukraine die beste der französischen Kolonien.“

Gegenüber den schwankenden Ansichten der Entente in der russischen Randstaaten- und Fremdvölkerfrage ist es von Interesse, darauf hinzublicken, daß in russischen Kreisen immer mehr der Gedanke einer förderalistischen Staatsverfassung Rußlands Verbreitung findet, was nicht zuletzt ein Ergebnis der konsequenten Bemühungen der ukrainischen Politiker ist.

Wie ist nun die Lage in dem von Denikin besetzten Teil der Ukraine? Darüber wollen wir dieses Mal eine authentische Äußerung verzeichnen, die aus den Denikin-Kreisen stammt und deren Eigenart es ist, daß sie das ukrainische Problem mit Schweigen umgeht. (vgl. Prisyh 23. XI.)

„Das Heer Südrußlands ist etwa 700 000 Mann stark. Das Hauptquartier des Oberkommandierenden Generalleutnants Anton Iwanowitsch Denikin befindet sich in Taganrog. Die Streitkräfte sind in 3 Armeen und die Flotte des Schwarzen und des Kaspischen Meeres geteilt. Die Armeen sind: 1. die kaukasische Armee, welche hauptsächlich aus Kuban und Terek-Kosaken, unter dem Befehl des Generalleutnants Baron Wrangel besteht (Stabsquartier in Zariryn); 2. die Donarmee, besteht hauptsächlich aus Donkontingenten unter dem Befehl des Generalmajors Ssidorin bestehend, (Stabsquartier in Novotscherkassk) und 3. die Freiwilligen-Armee unter Befehl des Generals Maj-Majewski (Stabsquartier in Charkow). Von den Kosaken sind auf Beschluß ihres Kosaken-Krugs fast alle, von der Nichtkosakenbevölkerung nur die jüngsten, nicht im Kriege gewesenen Jahresklassen mobilisiert worden. Die Mobilmachung ging,

zumal in der Krim und in Kleinrußland, sehr erfolgreich vor sich, doch wird von ihr wenig Gebrauch gemacht, da die Armee Maj-Majewskis vollkommen aus Freiwilligen besteht. Die Erbitterung der durch die Bolschewiki geschädigten Leute und der Wunsch, an die Front zu kommen, sind außerordentlich groß, daß niemand in den Stäben hinter der Front bleiben will und die Leute nur auf Befehl sich zum Stabsdienst melden, oft aber zur Front desertieren. Die Stimmung des Heeres ist vorzüglich, die Siegeszuversicht groß, die Versorgung der Truppen zufriedenstellend. Es sind etwa 150 Tanks und Panzerzüge vorhanden, die im Kampfe mit den Bolschewiki vorzügliche Dienste leisten. Denikin ist nicht nur im Heere, sondern auch bei der Bevölkerung sehr populär. Sein Stab besteht aus: Stabschef General Romanowski, Generalquartiermeister Pljuschtschewski-Pljuschkchik, Intendanturchef General Ssannikow, Wachthabenden General Truchatschew. Südrußland wird von Oberbefehlshaber unter dem Beistand einer Regierungskonferenz in Rostow unter Vorsitz des Generalleutnants Lukomski verwaltet Die Ministerien heißen Uprawlenije (Verwaltung, Amt). Chef des Kriegamts ist General Wjasminokow, des Finanzamts Prof. Bernatzki (Kadett), des Außenamts Neratow, des Justizamts Tschebyschew, des Propagandaamts Ssokolow (Links-Kadett), sein Gehilfe der Duma-Abgeordnete Engelhardt, (Nationalist), Chef des Volksaufklärungsamts Masslow (Soz.-Revolutionär). Zur Regierung gehört, vorerst ohne Portefeuille, Kriwoschein, der als Spezialist für Agrarfragen ein Agrarreformprojekt ausarbeitet. Neben der Regierungskonferenz bestehen in den Kosakengebieten (Don-, Kuban-, Terek-, Dehastan-Gebiet) autonome Regierungsbehörden, die sich aus einem gewählten Ataman und einem Rada (Krug) zusammensetzen. Diese Behörden werden von der Regierung zur Beratung der für sie zuständigen Fragen herangezogen. Ganz Südrußland befindet sich im Kriegszustande, unter dem seine einzelnen Militärbezirke (außer dem Don- und Kubangebiet) von Oberkommandierenden der Militärbezirke verwaltet werden: der Kiewer Militärbezirk (Kleinrußland) vom General d. Kav. Dragomirow, des Noworossijsker Militärbezirk (Neurußland) von General Dobrowolski, das Terek-Daghestan-Gebiet vom General d. Kav. Erdela. Die untergeordneten Verwaltungseinheiten sind die Gouvernements, in denen die landschaftlichen und städtischen Selbstverwaltungen wiederhergestellt sind. In diesen Verwaltungen arbeiten auch ehemalige Revolutionäre, die jedoch stark rechts gerückt sind.

Das Regierungsprogramm ist parteilos und hat die Wiederherstellung Rußlands zur Hauptaufgabe. Einzelnen Gebieten, die der Autonomie dringend bedürfen, wird diese gewährt; die Ukraine oder Kleinrußland gilt als unabtrennbarer Teil Rußlands. Peltjura wird zu den Bolschiwiki gerechnet. Verhandlungen mit ihm werden ab-

gelehnt; man erwartet seinen baldigen Rücktritt. Die Banden Selenois, Angelas u. a. werden wie Räuberbanden, die sie auch sind, behandelt. In den besseren Bevölkerungsschichten sind sie überaus unbeliebt.

General Denikin hat die Selbständigkeit Georgiens nicht anerkannt; trotzdem sind die Beziehungen zwischen seiner Regierung und Georgien zufriedenstellend, da er den General Baratow als seinen Vertreter nach Georgien gesandt hat. Die Engländer in Georgien haben ihr Verhalten etwas zu Gunsten des russischen Einheitsgedankens geändert; sie haben Baku geräumt und die Kaspiflotte General Denikin ausgeliefert.

Die südrussische Außenpolitik richtet sich nach den Weisungen des Oberregenten Koltschak, dem General Denikin unterstellt ist. Die Hauptexekutivperson für die Weisungen des Oberregenten und des Generals Denikin ist der Minister des Äußeren Ssasonow, der sich in Paris befindet. Denikins außenpolitische Losung ist „ein einheitliches und unteilbares Rußland für die Russen“. Aus dem Umstande, daß General Denikin von den Engländern unterstützt wurde, darf man jedoch keine falschen Schlüsse auf die künftige Richtung der russischen Politik ziehen. Die in Südrußland befindlichen Engländer begreifen, daß ihre Rußland erwiesene Unterstützung richtig eingeschätzt werden wird, wenn sie ausreichend, rechtzeitig und uneigennützig ist. Den Franzosen gegenüber wird Zurückhaltung geübt, da man ihnen ihre Preisgabe Odessas und der Krim im März ds. Js. bislang nicht vergeben konnte. Deutschland gegenüber verhält man sich abwendend; man interessiert sich für den Kampf mit dem Spartakismus. Mit großem Interesse verfolgt man auch die Entwicklung der kurländischen Frage und hoffte, daß Deutschland aktiv gegen die Bolschewiki vorgehen werde. Es werden Beziehungen zu Polen angeknüpft, das nach Taganrog, den ehemaligen russischen Feldgeneral Karnicky, Kommandeur der Kaukasischen Kavalleriedivision, kommandiert hat. Man sieht aber Schwierigkeiten für eine endgültige Verständigung mit Polen voraus, da die Polen einen großen Appetit nach russischen Gebietsteilen haben.

Alle ausländischen Missionen befinden sich beim Stabe des Oberbefehlshabers in Taganrog. An der Spitze der britischen Mission steht General Bricks, der schon im März für die Waffenlieferung General Denikins sehr viel getan hat, und der als taktvoller Mann, der sich in die russischen inneren Angelegenheiten nicht einzumischen sucht, über große Sympathien verfügt. Die französische Gesandtschaft war durch den Oberstleutnant Côtebelle sehr schwach vertreten, spielte keine Rolle und befand sich nach dem Abzuge der Franzosen aus der Krim und aus Odessa wie auch infolge des damaligen Bestrebens des französischen Oberkommandos, sich in die innerpolitischen Angelegenheiten einzumischen, in einer über-

aus schwierigen Lage. In den letzten Tagen traf in Taganrog als neuer Chef der französischen Mission General Mangin ein. Seiner Ankunft ging die Zustellung von 200 Geschützen und anderen französischen Kriegsmaterials für das Heer Denikins voraus. Die italinische Mission, die sich vornehmlich der Herstellung von Handelsbeziehungen widmet, werden große Sympathien entgegengebracht.

Im allgemeinen sei die Stimmung in Südrußland sehr zuversichtlich und standhaft. Man glaube an eine baldige Wiederherstellung des einigen und ungeteilten Rußland, vertraue auf sich selbst, freue sich über jede auswärtige Unterstützung, überschätze sie aber nicht."

Man sieht aus dieser Darstellung die in den russischen Kreisen anwachsende Stimmung gegen die Entente, findet in ihr aber auch die Antwort auf die Frage, warum die Ukrainer das Freiwilligenheer Denikins als ein Fremdlingsheer bekämpfen.



Die Friedensbedingungen für **Ungarn** sind nun bekannt geworden. Vor dem Abzug der Rumänen aus Budapest hatte der rumänische bevollmächtigte Minister Diamandi eine längere Unterredung mit dem Komissar der Alliierten, Sir Georg Clerk, der eine Abschrift der ungarischen Friedensbedingungen, die durch einen Unterausschuß der Friedenskonferenz bereits festgestellt wurden, dem Minister Diamandi übergab. Über diese Bedingungen verlauten aus gut unterrichteter Seite folgende Einzelheiten:

Die Grenzen Ungarns wurden etwas günstiger festgestellt als in den beiden Noten vom Juni, die der Verband an die ungarische Räteregierung gerichtet hat.

Die Grenzlinie der Tschecho-Slowakei verbleibt auch weiter das linke Ufer der Donau, aber bei der Abbiegung nördlich von Szob bleibt ein Streifen von 42 Kilometern ungarisches Gebiet. Die Städte Balassagyarmat und Losonc werden demnach auch weiterhin Ungarn angehören; nachdem aber die Tschecho-Slowakei von der Donau über Tornalja und Abaujszanto bis zum Ung-Fluß reicht, bleiben u. a. die Städte Preßburg, Komorn, Ersekujvar, Löcse, Iglo, Neutra, Trentsin, Eperjes und Kaschau sowie sämtliche Badeorte und Erz-, Silber- und Goldgruben der Karpathen in tschecho-slowakischem Besitz, dessen sich aber die neue Republik nicht unbehelligt erfreuen kann, denn Polen erhebt Anspruch auf die beiden Zipserkomitate. Insgesamt kommen der Tschecho-Slowakai 16 Komitate zu.

Östlich dieser Grenzlinie liegt das ruthenische Gebiet Rußka-Krajna, dessen Schicksal noch nicht entschieden ist, es wurde aber ein tschecho-slowakischer Korridor hier festgestellt, der an die Gebiete angrenzt, die von Ungarn an Rumänien abgetreten werden sollen. Das sind insgesamt 21 Komitate. Die Grenze läuft hier

7 Kilometer nördlich von Debreczin bis 5 Kilometer westlich über Arad, so daß die Ortschaften Nagyszalonta, Cseffa, Kötegyan und Kisjenö entgegen den Juni-Verbandsnoten im ungarischen Besitz bleiben. Die rumänische Grenze endet 9 Kilometer südlich von Arad, wo die jugoslawische Grenze einsetzt, die an das rechte Ufer Maros bis zur Theißmündung, 8 Kilometer südlich Szegedin über Dorozsma bis zur Donau und hier südlich von Battaszek und Dombovar bis zum linken Ufer der Drau reicht und von hieraus an der gewesenen kroatischen Grenze weiterläuft. Rumänien bekommt also ganz Siebenbürgen mit seinen reichen Schätzen an Kohlen und Erzgruben und Quellenwassern und einen Teil des Banats, an Jugoslawien muß der andere Teil des Banats, die ganze Ebene der Bacska und die Kohlen- und Weingegend Baranya, einschließlich der Stadt Fünfkirchen abgetreten werden. Die Zahl der Deutschen und Ungarn, die somit unter neue Herrschaft kommen, kann auf sechs Millionen geschätzt werden.

Die weiteren Bestimmungen der Friedensbedingungen besagen, daß Ungarn eine Kriegsentschädigung von 18 Milliarden Kronen im Verlauf von 25 Jahren zu bezahlen hat, die Alliierten werden aber eine Verbandskommission einsetzen, die die rumänischen Requisitionen in Ungarn feststellen soll. Der Wert der unrechtmäßigen Requisitionen soll in die Kriegsentschädigung eingerechnet werden. Ungarn ist verpflichtet, ein Fünftel der Staatsschulden der Monarchie zu übernehmen und die Banknoten der Österreich-Ungarischen Bank bis 1. Mai 1920 mit eigenen Banknoten zu ersetzen. Auswärtige Forderungen ungarischer Staatsbürger werden beschlagnahmt und in die Kriegsentschädigung eingerechnet.

Die Donau wird von Regensburg bis zur Sulinamündung internationalisiert und einer Verbandskommission unterstellt. Die Schiffahrt an der Donau ist für jeden Staat und jede Gesellschaft frei, das Einlaufen in den Häfen hängt von der Erlaubnis der zuständigen Staatsbehörden ab, die aber bei Innehaltung der für den Verkehr festsetzenden Bestimmungen erteilt werden muß. Der Sitz der Donaukommission wird in Budapest sein. Zwanzig Prozent der ungarischen Donau- und Seehandelsschiffe müssen als Entschädigung für die Schiffsschäden der Entente überlassen werden, weitere vierzig Prozent sind gegen Bezahlung auszufolgen. Der Anteil Ungarns an der Kriegsmarine wird an Italien und Jugoslawien ausgeliefert. Ungarn soll durch die kroatischen Gebiete freien Weg zum Hafen von Fiume und in Fiume Ankerplatz und Lagerplätze bekommen. Auf der Donau dürfen keine Tarifbegünstigungen gewährt werden.

Die neue Armee Ungarns wird aus sechs Infanterie-, zwei berittenen und einer Artilleriedivision bestehen, die aber nur zur Aufrechterhaltung der Ordnung dient und nicht die Namen „Reichsarmee“, „Nationalarmee“ oder „Honved“ führen darf, sondern

Sicherheitswehr genannt werden muß. Die allgemeine Wehrpflicht wird aufgehoben und das Söldnersystem eingeführt. Schließlich fordert der Friedensvertrag jeweilige Ausschaltung des Habsburgischen Hauses, falls die Monarchie wiederhergestellt werden sollte und die Auslieferung derer, die den Krieg verursacht oder völkerrechtswidrige Handlungen begangen haben.

Noch ungeklärt ist die jetzige Haltung der Rumänen in einer Frage, die in Deutschland das größte Interesse verdient, hinsichtlich des Schutzes der nationalen Minderheiten. Während die tschechoslowakische sowie auch die jugoslawische Regierung hier die von der Pariser Konferenz festgesetzten Bedingungen nach einigem Zögern anerkannt haben, sind die Rumänen bisher noch nicht bereit gewesen, den erheblichen Teilen der magyarischen, sächsischen (deutschen) und ruthenischen Bevölkerung ihres neuen Gebietes auch nur ein Mindestmaß von sprachlicher und kultureller Selbständigkeit zu belassen. Vorgesehen ist diese nur bei geschlossenen Siedlungsgebieten von mindestens 40 000 Seelen. In diesen Gebieten soll die Verwaltung, Gericht und Schule deutsch bezw. ungarisch sein und die Schulen müssen vom Staat erhalten werden. Auch die Kirche kann in diesen Gebieten die Sprache der betreffenden Minderheit beibehalten. Diese Bestimmungen sollen im Anhang an den ungarischen Friedensvertrag festgesetzt und die Innehaltung durch eine Verbandskommission kontrolliert werden.



Rundschau.

Gegenwart und Zukunft des ottomanischen Reiches

Von **Halid Bey.**

Unser türkischer Bundesgenosse hatte fest auf Wilsons Punkte vertraut, ist aber durch die Aufteilungspläne auch rein türkischen Gebiets gröblich enttäuscht worden. Der seit der Niederlage wirklich für tot gehaltene „kranke Mann“ ist im neuen Freiheitskampfe gegen die Verbandsbedrücker sehr merklich wieder aufgelebt. Über das neue türkische Problem geben wir einem türkischen Sachverständigen das Wort. Die Schriftleitung.

Die Pariser Konferenz hat die Angelegenheiten West- und Mitteleuropas zu regeln versucht, im Osten jedoch steht die Lösung überaus wichtiger Fragen noch in weiter Ferne. Die Unzuträglichkeiten eines solchen Standes der Dinge liegen auf der Hand: halb Europa verharrt in einem Zustand des Krieges oder der Anarchie. Werfen wir einen Blick auf die Lage in der Türkei. Bekanntlich will die Konferenz, bevor sie den Friedensvertrag mit diesem Staat perfekt macht, den Bescheid der amerikanischen Regierung abwarten, ob sie das Mandat über Konstantinopel und Armenien übernimmt oder nicht.

Die Aufgabe des Verbandes ist wahrlich nicht leicht. Aus der Türkei kommen andauernd recht beunruhigende Nachrichten. Nach den neuesten Mitteilungen breitet sich die aufständige Bewegung gegen die neue verbandsfreundliche Konstantinopeler Regierung, deren Abordnung die Entente von Paris nach Haus geschickt hat, aus den fünf östlichen Vilajets von Anatolien gegen Norden nach dem Vila-

jets von Trapezunt und Kastanumi, und gegen Westen nach denen von Angora und Konia aus. Eine andere Schwierigkeit der türkischen Lage ergibt sich aus der fieberhaften nationalistischen Propaganda in den mohammedanischen Ländern Asiens. Diese Propaganda begnügt sich nicht damit, die Verteidigung der türkischen Grenzen oder etwa ihre Erweiterung als notwendig hinzustellen, sondern zielt auf die Organisierung einer großen mohammedanischen Bewegung in ganz Zentralasien, Mesopotamien und Indien ab. Es sind auch enge Beziehungen zu den Führern der ägyptischen Bewegung hergestellt worden. Ein weiteres ernstes Problem bietet die türkische Offensive in Transkaukasien, die sich ihrerseits an die nationalistische Bewegung anschließt. In der Tat scheint der Beschluß zur Besetzung der Gebiete von Kars, Ardahan und Batum durch türkische Streitkräfte auf dem nationalistischen Kongresse von Erzerum gefaßt worden zu sein. Man dürfte sich erinnern, daß die Bolschewisten im Artikel 4 des Vertrages von Brest-Litowsk versprochen hatten, jene Gebiete von den russischen Truppen räumen zu lassen. Darauf zogen die Türken dort ein; aber am 30. Oktober 1918 schlossen die türkischen Behörden mit dem englischen Admiral Calthorpe jenen Waffenstillstand, dessen Artikel 11 besagt: „Die türkischen Truppen haben bereits Befehl erhalten, einen Teil Transkaukasiens zu räumen, der übrige Teil des Landes wird geräumt werden, sobald der Verband nach Prüfung der Lage des Landes es verlangt.“ (Ähnlich wie im Baltikum.) Nach Abzug der Türken kam Transkaukasien unter englischer Kontrolle. Aber, wie es scheint, sind die Engländer, nachdem sie die Armenier bewaffnet hatten, inzwischen auch abgezogen, und die Feindseligkeiten zwischen Türken und Armeniern haben auf einer über 200 Kilometer langen Front, zwischen Olty und Bajasid, eingesetzt. Man behauptet, die Türken gingen im Einverständnis mit den Georgiern, den Mohammedanern von Batum und den auf dem Westufer des Kaspischen Sees ansässigen Tataren vor. Alle diese Völkerschaften verfolgen den gemeinsamen Zweck, das Gebiet von Baku mit dem öst-

lichen Anatolien zu vereinigen und die Armenier aus ihren Stellungen zu vertreiben. Die armenischen Truppen, die gegenwärtig in diesen Kampf verwickelt sind, hängen, scheint es, nicht von der armenischen Regierung in Eriwan ab. Ihre Gegner sind irreguläre türkische Truppen und Kurden, beide reichlich mit Kanonen und Maschinengewehren versehen, so daß bezweifelt wird, ob die Armenier noch lange werden Widerstand leisten können.

Die Zuerkennung der Mandate, die Aufteilung Kleinasiens, die Schaffung eines Groß-Armeniens, alle diese Pläne laufen Gefahr, platonische Schöpfungen zu bleiben, weil die Verbandsmächte erst die Macht aufbringen müßten, sie in die Domäne der Wirklichkeit überzuleiten. Dazu wäre eine regelrechte militärische Expedition nötig, doch wird keine der europäischen Nationen nach vier Kriegsjahren und einem sogenannten Friedensjahr zu diesem neuen Opfer bereit sein. Welches ist nun dieser Lage gegenüber das festumrissene politische Orient-Programm des Verbandes? Intervention oder Nichtintervention?

Daß die öffentliche Meinung Frankreichs ihrer überwiegenden Mehrheit nach gegen die Entsendung von Truppen nach Anatolien und Kleinasien ist, kann man wohl annehmen. Auch England hat offenbar wenig Lust sich einzumischen, da es nach Bewaffnung der Armenier seine Truppen aus Transkaukasien zurückzog. Die Vereinigten Staaten haben sich klar und deutlich gegen jedes militärische Unternehmen auf dem alten Kontinent ausgesprochen. Italien endlich hat seine Interessen im südwestlichen Kleinasien zu wahren und wird sicherlich das Abenteuer einer militärischen Intervention nicht wagen wollen. Die Wahrheit ist, daß die Tatsachen selbst den Verband zwingen das ottomanische Problem einer neuen Prüfung auf veränderter Basis und mit anderer Gesinnung zu unterziehen.

Heute kann von einer Zerstückelung Kleinasiens keine Rede mehr sein, und der Verband wird schließlich das ottomanische Reich bestehen lassen und ihm wenn er es auch der Kontrolle der Großmächte unterstellt, die Mittel zur Existenz und Entwicklung gewähren müssen. In England

macht sich bereits eine lebhafte Bewegung in diesem Sinne geltend. Es genüge der Hinweis, daß eine an die britische Regierung gerichtete und von einflußreichen Persönlichkeiten unterzeichnete Petition für die Aufrechterhaltung der ottomanischen Souveränität eintritt. Wenn die Verbandsmächte nun auch nicht ihr Desinteressement an den im Ottomanenreich gärenden Agitationen erklären wollen, so werden sie sich doch vor Augen halten müssen, daß sich unter den Führern der türkischen nationalistischen Bewegung Männer von wahrhaft realpolitischem Sinn befinden. Mit diesen Männern, die die Notwendigkeit einsehen, sich mit dem Verband über die Zukunft der Türkei zu verständigen, wird es nicht schwer sein, zu einer Übereinkunft zu gelangen, durch welche die bedeutenden Interessen der europäischen Mächte im Orient wirksam geschützt werden können.



Der Friede von Neuilly.

Am 28. November wurde in Neuilly bei Paris der dritte Frieden zwischen der Entente und Bulgarien abgeschlossen. Bulgarien war durch einen einzigen Delegierten, den gegenwärtigen Ministerpräsidenten und Führer der Bauernpartei der Sobranje, Stambulinski, vertreten. Die „Presse de Paris", die über das Ereignis berichtet, weiß zu melden, daß Herr Stambulinski wie ein armer Sünder ausgesehen habe, und daß Herr Clemenceau, der Vorsitzende des „Gerichts", von selten guter Laune gewesen sei.

Diese Feststellung bezeichnet, so zynisch und geschmacklos sie ist, durchaus die Bedeutung der politischen Situation. Es ist Bulgarien nicht gelungen, den Friedensvertrag vom September bis jetzt wesentlich zu verbessern, sondern es war genötigt, die Bedingungen zu unterschreiben, die der Vernichtung seiner nationalen Existenz gleichkommen. Die territorialen Bestimmungen berauben es selbstverständlich aller der bulgarischen Gebiete in Mazedonien, die es im zweiten Balkankrieg verloren und im Weltkrieg an der Seite der Mittelmächte zurückerobert hatte. Es wer-

den also die Grenzen des für Bulgarien so schmachvollen Friedens von Bukarest vom Jahre 1913 zwischen Serbien und Bulgarien wieder aufgestellt. Dazu verliert es aber an der serbischen Grenze noch einen Zipfel Gebietes, der bei Strumitza nach Westen gegen den Doiransee vorspringt. Ferner verliert es die Süddobrudscha, die ihm im Frieden von Bukarest zwischen den Mittelmächten und Rumänien im Frühjahr 1918 zugesprochen war; außerdem werden seine thrazischen Gebiete abgetrennt, so daß die neue bulgarische Grenze im Süden nicht mehr an das Ägäische Meer reicht. Die Konzession der Alliierten an Bulgarien, daß ihm ein Handelsweg nach dem Meere zugesprochen werden würde, hat bisher unseres Wissens greifbare Gestalt noch nicht angenommen. Die übrigen Bestimmungen des Vertrages sind im großen ganzen dem Muster der Verträge mit den Mittelmächten angepaßt: seine Armee wird auf 20000 Mann freiwilliger Truppen herabgesetzt, seine Kriegsflotte ausgeliefert und zerstört, sein Handel unter Kontrolle gestellt; dazu werden Bulgarien die Lieferung von Milch und Kohlen an Serbien und eine Gesamtentschädigung von 2¼ Milliarden Franken in Gold auferlegt.

Der Frieden von Neuilly hinterläßt Bulgarien als ein nur dem Namen nach selbständiges Land. Es ist territorial eingeschlossen zwischen Serbien im Westen, Rumänien im Norden, Griechenland im Süden, während es im Osten eine verstümmelte Grenze gegen die frühere Türkei besitzt, deren Schicksal noch ganz im dunkeln liegt, und mit einem Stück seines Territoriums an das Schwarze Meer stößt, ohne daß es daran nach Zerstörung seiner Flotte irgendwelchen Anteil zu erlangen hoffen darf. Wirtschaftlich ist Bulgarien durch die drei schweren Kriege, die es im Zeitraum von sechs Jahren durchgefochten hat, vollkommen verarmt; der Rest seines Wohlstandes wird durch die Vernichtung der nationalen Einheit, die wenigstens ein Ferment künftigen patriotischen Strebens werden könnte, und schlimmer als die Armut, die durch die sprichwörtliche Tüchtigkeit des bulgarischen Bauern langsam behoben werden kann, ist die politische Deroute, in welche die Niederlage das Land ge-

stürzt hat. Der alte Parteihaß, der schon früher eine Geißel Bulgariens war, ist in wilder Wut neu aufgeflammt. Die Parteien, die bei den letzten Wahlen zur Regierung kamen, sehen ihre erste Aufgabe darin, gegen die Parteien und Personen, denen sie die Schuld an dem Bündnis mit den Mittelmächten und damit an der Niederlage beimessen, auf das rücksichtsloseste vorzugehen. So wird sich wahrscheinlich das notwendige Werk der inneren nationalen Konsolidierung in einem der bekannten bulgarischen politischen Monstreprozesse erschöpfen.

Die letzten Wahlen zur Sobranje haben jedoch bezeichnenderweise nicht nur die Partei Radoslawow weggefegt, was nach der Niederlage begreiflich war, sondern auch die Richtung Geschow-Danew, die sich immer durch ihre Franzosenfreundlichkeit auszeichnete, wurde durch das Volksvotum verurteilt. Die jetzige parlamentarische Mehrheit besteht aus der Bauernpartei, die von 236 Sitzen in der Sobranje 85 einnimmt. Sie hat sich aus Abneigung gegen die radikalen und intellektuellen Strömungen in der Sozialdemokratie, mit der sie sozialreformerisch eigentlich hätte zusammengehen müssen, mit den Resten der Partei Geschow-Danew parlamentarisch verbrüdert, die einige zwanzig Mandate besitzt. Diese Koalition, die mit etwa 114 Stimmen in der Sobranje nicht über die Mehrheit verfügt, ist natürlich auf die Dauer gegen die beiden starken sozialistischen Parteien nicht haltbar. Von diesen verfügen die engherzigen Sozialisten, wie sich die radikale Richtung nennt, über 47 und die gemäßigten Sozialisten über 39 Mandate; beide Parteien sind aus ganz geringfügigen Anfängen mit einemmal zu einer bedeutenden politischen Macht geworden und zeigen, daß die Proletarisierung Bulgariens außerordentlich große Fortschritte gemacht hat, so daß man wohl mit schweren inneren sozialen Kämpfen rechnen muß. Zur Opposition gehört außerdem die demokratische Partei Malinows, des Mannes, der den vorzeitigen Abfall Bulgariens von der Sache der Mittelmächte betrieb und damit den katastrophalen Zusammenbruch verschuldete; sie zählt 28 Mandate.

Bei der Unterzeichnung des Friedens in Neuilly haben die Vertreter Rumäniens und Serbiens gefehlt. Diese beiden Staaten sind von den Friedensschlüssen wenig befriedigt, weil sie mit den Bestimmungen über den Schutz der Minoritäten, die ihnen auferlegt werden sollen, nicht einverstanden sind. Südslawien hat zwar den Vertrag mit Österreich im Gegensatz zu Rumänien unterzeichnet, scheint aber die Unterschrift unter den bulgarischen Frieden nicht geben zu wollen. Jm bulgarischen Friedensvertrag dürften außerdem die Klauseln über das Rückwanderungsrecht aus den nationalstrittigen Gebieten die Unzufriedenheit Serbiens und Rumäniens erregt haben. Der Artikel 56 des Friedensvertrages bestimmt, daß die gegenseitige und freiwillige Auswanderung der völkischen, religiösen oder sprachlichen Minoritäten in Griechenland und Bulgarien durch ein Abkommen zwischen diesen beiden Mächten geregelt werden soll. Griechenland ist damit einverstanden und hat es unterzeichnet. Es sieht eine Frist von zwei Jahren vor, in der die Abwanderung vollzogen sein muß, und setzt eine gemischte Kommission fest, welche die Auswanderungen überwacht und die wirtschaftlichen Interessen der Auswanderer wahrnimmt. Serbien und Rumänien können innerhalb eines Jahres dem Abkommen beitreten. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß diese beiden Staaten eine andere, mehr balkanische Methode einer neuen völkischen Grenzziehung vorziehen werden, wenn die Nachrichten richtig sind, nach denen bereits 50 000—60 000 Bulgaren aus der Dobrudscha unter dem „sanften Druck" der rumänischen Regierung das Land verlassen haben, um in Bulgarien Schutz zu suchen. Ebenso sollen zahlreiche Flüchtlinge aus Zaribrod und aus Strumnitza und aus dem übrigen Mazedonien in Alt-Bulgarien eintreffen. Wer die Verhältnisse auf dem Balkan einigermaßen kennt, weiß, daß die Versicherungen der Ententepresse, nach denen nun im Frieden von Neuilly der Grundstein zu einer endgültigen Beruhigung des Balkans gelegt worden sein soll, eine mehr als lächerliche Phrase ist.



Die Not im Südosten.

Von Dr. **C. Korlany.**

Schon in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege wogte im Südteile Kärntens und Steiermarks, wo zwei verschiedene Kulturwelten aufeinanderprallen, in der Verborgenheit ein zäher Kampf, in dem sich das Slawentum mit seinem geheimen Haß gegen alles Germanische in deutsche Lande einzudrängen suchte. Nationale und soziale Gegensätze schoben den Keil immer weiter vor, bis der Weltkrieg kam, wo sich im Kampfe gegen Italien Deutsche, Slowenen und Kroaten noch einmal zusammenfanden; denn der Haß gegen die Italiener ist im Südslawen fast ebenso stark, wie der gegen die Deutschen. Als dann aber die Front zusammenbrach und die mühsam geschweißte Kette zwischen den Nationen Österreichs zerriß, schlossen sich die Slowenen Krains und die Kroaten mit den Serben des Königreichs zusammen und bildeten den neuen jugoslawischen Staat, der nach dem Anfangsbuchstaben der drei Stämme mit S. H. S. bezeichnet wird.

Der Jubeltaumel der Nationalisten war groß, als ihr alter Traum endlich in Erfüllung ging; in seinem Innern allerdings ist Südslawien auch heute noch nicht festgefügt. Die von Anfang an vorhandenen Gegensätze zwischen den Stämmen haben sich sogar im Laufe der Monate trotz des gemeinsamen Slawentums immer mehr vertieft. Zwischen den Kroaten und den Slowenen waren von jeher kleine Reibereien an der Tagesordnung, in ihrer Stellung zu Alt-Serbien aber fanden sie sich zusammen. Sie sehnten sich beide nach republikanischer Freiheit und so lehnen sie sich heute gemeinsam dagegen auf, daß sie König Peters jüngeren Sohn Alexander als Prinzregenten huldigen müssen. Besonders in Kroatien ist der Trotz gegen die anmaßende serbische Diktatur schon bald nach dem Zusammenschluß in Bauernverschwörungen zum Ausbruch gekommen. Die extremen Nationalisten mit ihrem Traum vom einigen Jujoslawien verstanden es jedoch, mit serbischem Militär die „Einigkeit“ schnell wieder herzustellen.

Der inneren Unsicherheit bewußt, haben dann die südslawischen Politiker die gleiche Technik angewendet, wie einst die Franzosen, als in den Wirren der großen Revolution ihr Reich zusammenzubrechen drohte. Sie suchten durch äußere politische und kriegerische Erfolge das Einigkeitsbewußtsein zu beleben; ihre Eroberungslust richtete sich gegen das deutsche Land Kärnten und die Südsteiermark. Unterstützt von Hetzagitatoren und Handgranaten trugen sie die Fahne des slawischen Heils nach dem Norden. Noch in den November- und Dezembertagen 1918 besetzten sie Marburg an der Trau und rückten in Kärnten ein, wo ihnen schließlich deutschösterreichische Landestruppen Halt geboten. Dabei blieben freilich viele deutsche Vorposten, wie Pettau, Cilli usw. in slawischer Gewalt. Diese bekamen denn auch bald die Wohltaten der slawischen Regierung zu fühlen. Die deutschen Beamten und Kaufleute wurden unverzüglich ausgewiesen, sie mußten Hab und Gut im Stiche lassen und bettelarm und brotlos nach Deutsch-Österreich wandern. Oder aber man sperrte sie als Geiseln ein und quälte sie bis zum äußersten; die undisziplinierten Truppen aber zogen plündernd von Hof zu Hof und schonten dabei nicht einmal slowenische Bauern. Dadurch steigerte sich die Empörung in allen Kreisen rasch und stark. Die politischen Führer des S. H. S.-Staates bekümmerten sich darum wenig, waren sie doch der Gunst Frankreichs vollkommen sicher. Eine amerikanische Kommission setzte zwar die genaue Demarkationslinie fest, die Jugoslawen hinderte aber auch das nicht, in den letzten Apriltagen 1919 den Waffenstillstand zu brechen und mit großer Übermacht die Kärntnertruppen südlich der Trau zu überrumpeln. Der Laibacher Bischof Jeglic holte in Paris die Sanktion für dieses alles Recht verhöhnende Vorgehen.

In dieser Zeit flammte in ganz Kärnten die Wut gegen die Eindringlinge auf und sogar die slowenischen Bauern jenes Gebietes, die die Mißwirtschaft der serbischen Diktatur ebenfalls erkannt hatten, stellten sich auf die Seite der Deutschen. Es galt ja nun nicht mehr bloß das Deutschtum zu verteidigen, sondern es sollte Kärntens Teilung

verhindert werden. Begeistert strömte alt und jung zur Fahne, um den engsten Heimatboden zu verteidigen. Von Freiwilligen aus Tirol und Wien und von Studentenkorps aus Graz und Leoben unterstützt, warfen die Tapferen die plündernden und mordenden südslawischen Horden zurück. Sie befreiten Kärnten und setzten schon, überall als Befreier begrüßt, den Fuß auf steierischen Boden, als ein Machtwort der Entente den Vormarsch aufhielt und die Freiwilligen auf die alte Linie zurück verwies. Für alle die, die damit neuerdings in südslawisches Machtbereich kamen, begann nun die furchtbarste Leidenszeit. Die Wehrlosen wurden mit dem Tod bedroht und verschleppt, von Haus und Hof vertrieben, ausgeraubt und die Frauen entehrt. Die Waffenstillstandsverhandlungen zerschlugen sich, und während Deutsch-Österreich seine Volkswehr abbauen mußte, mobilisierte Jugoslawien und griff mit 12 000 Mann die 700 Verteidiger Kärntens an. Trotz heldenhalter und erbitterter Gegenwehr unterlagen die Braven, die ihre Heimat bis zuletzt geschützt hatten. Die feindlichen Truppen konnten in Klagenfurt einrücken. Die Stadt sollte nach jugoslawischem Vorschlag zur Strafe für den Widerstand eingeäschert und die Bevölkerung vertrieben werden. Daß das nicht geschah, hat Klagenfurt den Italienern zu danken, die unter General Segre wenigstens die schlimmsten Ausschreitungen verhinderten. Mehr konnte und wollte Italien nicht tun, dem es nur um die Erhaltung der direkten Bahnlinie nach Wien zu tun war. Das endgültige Schicksal wurde in Paris gehämmert.

Der Vertrag von St. German gibt darüber Aufschluß. Er bildet ein neues Beispiel der Pariser „Gerechtigkeit“, die sich über die Berichte der nach Kärnten geschickten Sachverständigen hinwegsetzte und mitten durch das deutsche Land die Grenzlinie zog. Marburg und die anderen deutschen Sprachinseln in Steiermark und Kärnten sind den Jugoslawen ausgeliefert, nur dem Gebiet um Klagenfurt mit den alten Städtchen Völkermarkt und Bleiburg wurde das Abstimmungsrecht zugestanden. Die Südslawen sind gleich, nachdem der Beschluß des Obersten Rates be-

kannt wurde, also noch vor der Unterzeichnung des Friedens, daran gegangen, diese Abstimmung „vorzubereiten". Ihre Soldaten zogen von Haus zu Haus und sammelten mit Bestechungsgeldern und der Waffe in der Hand die Unterschriften für den S. H. S. Der Einspruch der Italiener machte diesem Tun ein Ende. Das umstrittene Gebiet wurde von den südslawischen Truppen geräumt und damit der gequälten Bevölkerung endlich die Freiheit wieder gegeben.

Trotz der Bestechungsversuche ist an dem Ausgang der Volksabstimmung nicht zu zweifeln. Klagenfurt und seine Umgebung werden wohl deutsch bleiben, wenn die Abstimmung in Freiheit geschehen kann und der Oberste Rat in Paris ihr Ergebnis nach Gerechtigkeit anerkennt. Die Lebensbedingung für die Klagenfurter Gegend aber bleibt auch dann unterbunden; denn die südslawische Grenze verläuft so nahe an dem engeren Wirtschaftsbereiche, daß das materielle Leben für alle Zukunft abgeschnürt und von der Gnade der feindlichen Nachbarn abhängig ist. Die Abschnürung geht so weit, daß sich sogar das Elektrizitäts- und Wasserwerk der Stadt in den Händen der Südslawen befinden. Wird so auch Klagenfurt mühsam gerettet, so bleibt doch eine gewaltige Zahl deutscher Stammesbrüder vorbehaltlos der Fremdherrschaft verfallen. Das verarmte kleine Deutsch-Österreich kann nicht einmal alle die Ausgewiesenen ernähren. Und jeden, der sich, von der Not gezwungen, der neuen Macht fügen muß, erwartet die härteste Knechtschaft in einem Land, das keine nationale Duldung kennt und dessen Regierung sich gerade wegen der Klausel über den Schutz der Minderheiten geweigert hat, den Friedensvertrag für Deutsch-Österreich zu unterzeichnen.

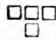


Syrien und Ägypten.

Kürzlich hat Bonar Law im Unterhause auf eine Anfrage erklärt, daß seiner Ansicht nach eine Debatte über die syrische Frage von keinerlei Nutzen sein könne. In der französischen Kammer war man anderer Meinung und hat dort dem britischen Bundesgenossen ziemliche Deutlichkeiten gesagt. Auch die

Pariser Presse ergeht sich, im allgemeinen freilich mit Zurückhaltung, über die Reibungen, die, wie das „Journal des Débats" vorsichtig schreibt ,in Syrien durch „subalterne Funktionäre der beiden Mächte" entstanden sind. Diese Klagen des verletzten Prestige scheinen denn auch einen gewissen Erfolg gehabt zu haben. Bei der Pariser Konferenz hat der von Lord Allenby während des Palästinafeldzuges und auch auf seinem Triumphzug in England stark protegierte Emir Faissal, der Sohn des Königs vom Hedschas, durch Clemenceau eine Ablehnung erfahren. Wieder einmal einer der Fälle, wo ein hoher Alliierter die einem Dritten gemachten Zusagen mit dem höflichen Bedauern bricht, daß gegen die Beschlüsse der Konferenz nichts auszurichten sei. Nach Syrien aber reiste General Gouraud, der bisherige Oberbefehlshaber in Straßburg und alte Marokkaner, um den neugeschaffenen Posten eines Oberkommissars anzutreten. Diese Ernennung ist das Siegel der Verständigung, zu der die beiden Mächte über die Orientfragen gekommen sind, ganz wie einst über Ägypten und Marokko: Divide et impera! Denn gleichzeitig hat auch Allenby den heißen Boden Ägyptens betreten und seinen ersten Handlungen wird man jetzt überall, wo Englands Flagge weht, mit gespannter Aufmerksamkeit folgen. Gefahr ist im Verzuge und die englische Presse ist voller Mahnungen alter Ägypterkenner: sie ersparen der Regierung nicht bittere Vorwürfe wegen ihrer Orientpolitik während des Krieges. Die „Times", denen alles, was gegen Lloyd George spricht, willkommen ist, bringen eine Artikelserie und haben wie immer, eine Flut Zuschriften. Der Hauptvorwurf (der Deutsche hört ihn gern einmal auch anderswo) ist, die Regierung habe überhaupt keine Politik in Ägypten. In der Tat ist es so, daß seit Lord Cromer, einer der großen Baumeister des britischen Reiches, 1907 seine großzügige Verwaltung beendete, ein System das andere in rascher Folge abgelöst hat; auch Cromers Abgang war nicht freiwillig, sondern die Folge persönlicher Vorstellungen des Khediven in London. Als sein Nachfolger Sir Eldon Gonst keine besseren Erfolge hatte, wurde er durch den Militaristen Kitchener abgelöst; später, bei Ausbruch des Weltkrieges, folgte das reine „Khakiregiment". Das Vertrauen der Mohammedaner, das Lord Cromer in zwanzigjähriger unermüdlicher Arbeit erworben hatte, verkehrte sich in das Gegenteil. Entgegen der feierlichen Zusage, die Ägypter nicht zum Kampf gegen die Türken, ihre alten Bundes- und Glaubensgenossen, zu zwingen, wurde eine Armee fellachischer Hilfs- und Arbeitskräfte ausgehoben, die bei der Verteidigung des Suezkanals und später im Sinai- und Palästinafeldzug schwere Verluste erlitt. Zu diesem Druck trat während der letzten fünf Jahre die Arbeit des britischen Zensors; die Hoffnungen, die auch von diesem unglücklichen Lande auf die Friedenskonferenz gesetzt wurden, wurden zuschanden. Während der König vom Hedschas, eine Puppe von Englands Gnaden, als orientalisches Schaustück in Paris

an allen Sitzungen teilnahm, war das hochkultivierte Ägypten ausgeschlossen. Als nationale Kreise auf eigne Hand eine Deputation für die Konferenz zusammenstellten, wurden sie schleunigst nach Malta abgeschoben und dort festgehalten, bis man sich schließlich doch entschloß, Saad Pascha Zaglul nach Paris reisen zu lassen. Darüber sind aber wieder die offiziellen Regierungsvertreter verstimmt, denen seit dem Frühjahr versprochen wurde, ihre Vorschläge zur Verwaltungsreform in London anzuhören, und die sich heute noch mit der Überlastung der Konferenz vertröstet sehen. Ein scheinbares Eingehen auf ihre Wünsche sollte offenbar in der Entsendung der vielbesprochenen Kommission unter Lord Milner zum Ausdruck kommen· aber die Wirkung war alles andere als die gewünschte und das Kabinett hat zahlreichen Deputationen aus dem ganzen Lande versprechen müssen, bei ihrem Eintreffen umgehend zurückzutreten. Die britische Regierung scheint es nun, bestärkt durch die Zusammenstöße der letzten Wochen und so absonderliche Erscheinungen wie den Kompromiß, den die Mohammedaner mit den Kopten auf nationalistischer Grundlage geschlossen haben, vorläufig mit der starken Hand Lord Allenbys versuchen zu wollen. Gelingt es Lord Allenby wirklich, die Ruhe wieder herzustellen, so wird allerdings das beste Mittel, sie zu bewahren, ein festes Programm von Reformen sein, besonders auf dem Gebiete der Finanzen und öffentlichen Arbeiten, das die Mitwirkung der Bevölkerung vorsieht. Das odiöse Wort „Protektorat" darf die Selbstverwaltung nicht ausschließen. Heute gibt die englische Verwaltung zu, daß sie von den Frühjahrsunruhen überrascht worden ist; sie wird es nicht noch einmal darauf ankommen lassen. Vorläufig noch fern am Horizont steht die Frage der Verwaltung Mesopotamiens; immerhin sagen die englischen Blätter schon offen, daß die Araber und Kurden des Zweistromlandes von einer rein englischen Herrschaft nichts wissen wollen. Daß die Christen des Landes dafür zu haben wären, wie ihre Delegierte, Frau Surma di Mar Schimän, behauptet, die sich jetzt in England als Enkelin der Chaldäer bewundern läßt, will bei ihrer geringen Zahl nicht viel besagen.



Wirtschaftliche Übersicht.

Ungarn.

Die wirtschaftliche Zukunft Ungarns.

Von Dr. **Gustav Stolper.**

Solange die ungarischen Friedensbedingungen nicht bekannt sind, lassen sich die Aussichten der ungarischen Wirtschaft nur mit erheblichem Vorbehalt beurteilen. Vorläufig kennt das Land noch nicht einmal seine künftigen Grenzen. Wenn die Demarkationslinie nach der Juni-Note Clemenceaus die von den Alliierten in Aussicht genommene Grenze bilden sollte, so würde Ungarn ein Staat von rund 140 000 Qkm und 10 Millionen Einwohnern bleiben (gegen 82 000 Qkm mit 6,6 Millionen Einwohnern, die Deutschösterreich zählt.) Dabei hegt man in Ungarn einige Hoffnung, daß die schließlichen Grenzen an manchen Stellen erheblich hinter der Demarkationslinie liegen werden, und die Tatsache, daß Graf Albert Apponyi in Paris bereits direkte Besprechungen pflegen konnte, daß vor kurzem die Serben Fünfkirchen mit seinem Kohlenrevier geräumt haben, und andere Anzeichen sprechen dafür, daß diese Hoffnungen nicht ganz unbegründet sind. Aber nicht nur an Größe und Volkszahl bleibt Ungarn dem neu geschaffenen deutschösterreichischen Staat weit überlegen. Im Gegensatz zu diesem bleibt es auch nach seinen wirtschaftlichen Existenzbedingungen ein durchaus lebensfähiges Gebilde.

Von seiner Landwirtschaft behält auch das verkleinerte Ungarn annähernd zwei Drittel seines Ackerbodens, obwohl es die fruchtbarsten Gebiete (Banat und Bacska) einbüßt. Da Budapest das einzige große Verbrauchszentrum ist, das Ungarn noch zu versorgen haben wird, so dürfte es auch dann noch Exportland für Agrarprodukte bleiben. Ebenso behält es eine Reihe von großen Zuckerfabriken. Außerhalb der Demarkationslinie liegen 12 von den 27 ungarischen Zuckerfabriken. Davon allerdings fünf im Ödenburger Komitat, das Deutschösterreich zufallen soll. Was den Vieh- und

Fleischexport betrifft, so wird er davon abhängen, wieviel die rumänischen Besetzungstruppen vom Viehstand des Landes übrig lassen. Den Krieg hat er an sich gut überdauert: Ungarn hat niemals den Futtermangel gekannt, unter dem während der Blockade Deutschland und Österreich gelitten haben, und der ungarische Bauer hat vielfach seine Ersparnisse dazu benützt, in Böhmen oder zu hohen Preisen sogar im Ausland Mast- und Zuchtvieh anzuschaffen. Dieser Wohlstand haben freilich die letzten Monate zum großen Teil vernichtet. Die Rumänen sollen trotz Einspruchs der Budapester Ententemissionen das Vieh herdenweise weggetrieben haben, wie auch das sonstige landwirtschaftliche Inventar unter feindichen Requisitionen stark gelitten hat. Während die Landwirtschaft immerhin das wichtigste Fundament der ungarischen Wirtschaft bleibt, scheidet Ungarn als Holzlieferant in Zukunft aus. Bloß ein Siebentel der Waldflächen des früheren Königreiches liegt innerhalb der restlichen Teile von Ungarn, Siebenbürgen und Slawonien; die reichsten Holzproduktionsländer werden rumänisch und jugoslawisch. Von sonstigen Rohstoffen verliert das Land seine ganzen Salzlagerstätten (Marmaros) und fast alle Eisenerzvorkommen, die hauptsächlich in der Slowakei und im Südosten des Landes liegen, ebenso schließlich die siebenbürgischen Erdgasquellen, für die man allerdings durch neue Bohrungen in der Tiefebene (bei Kecskemet) wenigstens teilweise Ersatz zu finden hofft.

Wie in der Ernährung wird das künftige Ungarn auch in seiner Kohlenversorgung unabhängig sein. Von großen Kohlenrevieren verliert es nur zwei, allerdings der ergiebigsten: das Zsiltal und Resicza. Alle anderen Kohlenvorkommen fallen in die Demarkationslinie, die stellenweise (wie in Salse-Tarjan) scharf am Kohlengebiet vorbeiführt. Natürlich ist auch in Ungarn die Produktion tief gesunken, und die Räteherrschaft hat dazu beigetragen, daß der Ausfall auch heute noch weit größer ist als in Deutschland oder der Tschecho-Slowakei. Von den ungarischen Revieren hatte Tetis im Frieden eine Tagesproduktion von 700 Waggons, jetzt von 290, Salgo-Tarjan früher 300, jetzt 140, Gran früher 200, jetzt 100, Borsod früher 200, jetzt 85 und Pecs (Fünfkirchen) früher 220, jetzt 60. Sollte die Produktion in diesen Revieren halbwegs ihren Friedensstand wieder erreichen, so wird Ungarns Kohlenbedarf daraus reichlich zu decken sein, vielleicht sogar sich ein kleiner Überschuß ergeben. Allerdings wird Ungarn auch dann noch die wertvoller Sorten, insbesondere Gaskohle, einführen müssen, da die ungarische Kohle durchweg Braunkohle ist.

Seine in den letzten Jahren mit beträchtlichem Erfolg großgezüchtete Industrie wird Ungarn allerdings zum größten Teil einbüßen. Mit den Erzlagern verliert es seine sämtlichen größeren Eisenwerke (Rima-Murany, Hernadtal, die staatlichen Eisenwerke in Diesgyör und die Eisenwerke der Staatseisenbahngesellschaft).

Es verliert den größten Teil der Textilindustrie (Rosenberg, Neusohl, Temesvar, Preßburg, Dugaresa u. a.), seine beiden großen Papierfabriken in Siebenbürgen, und es verliert die meisten seiner großen chemischen Betriebe (so die Fabriken der „Klotilde", der „Hungaria", Kunstdünger-A.-G. und die Holzverkohlungsanlagen, sowie die im Krieg gegründete große Kalkstickstoffabrik), die einerseits in der Slowakei, anderseits in Siebenbürgen oder in dem den Tschechen zufallenden ukrainischen Südhang der Karpathen konzentriert sind. Von dem Rest hat lediglich die Industrie in und um Budapest einige Bedeutung. Vor allem die große technisch aufs modernste ausgestattete Mühlenindustrie, sowie eine Anzahl von Maschinenfabriken, die übrigens teilweise dem Interessenkonzern Prager und Brünner Unternehmungen angehören. Ob Ungarn nochmals den Versuch unternehmen wird, trotz des Mangels an natürlichen Voraussetzungen eine Industrie künstlich hochzuziehen, ist eine Frage, die sich erst in ruhigeren Zeiten wird beantworten lassen. Vorläufig wird die agrarische Struktur in dem verbleibenden Ungarn viel schärfer hervortreten, als es im alten Königreich der Fall war.

Das wird natürlich seinen entscheidenden Einfluß auf die ungarische Kreditorganisation, vor allem auf die Budapester Banken üben. Ihre Zukunft ist ebenso ungeklärt wie die der Wiener Banken, im allgemeinen stehen sie vor derselben Amputierung ihres Geschäftes in den verlorenen Gebieten. Aber die Zerschlagung der alten ungarischen Kreditorganisation wird sich leichter vollziehen als die der österreichischen. Die ungarischen Banken haben in der Provinz weniger eigene Filialen unterhalten und mehr ihre Geschäfte durch eigene lokale Provinzinstitute betrieben, an denen sie oft nur mit einer Aktienminderheit beteiligt sind. Diese Banken, die in ihrer Leitung stark von lokalen Fakturen abhängig sind, werden sich wahrscheinlich leicht „nationalisieren", sofern ihnen von tschechischer, rumänischer oder südslawischer Seite die erforderliche Kreditverbindung angeboten wird. In welcher Form sich die Loslösung der Industrie in den abgetrennten Gebieten von der Herrschaft des Budapester Finanzkapitals vollziehen wird, läßt sich noch nicht sehen. Die Beherrschung der Industrie durch das Finanzkapital war in Ungarn viel vollständiger als anderswo. In den älteren Industriestaaten ist die Begründung der Großindustrie der Begründung der modernen Kreditbanken vorausgegangen, hat sich die moderne Kreditbank überall bereits auf eine breite Schicht von Privatkapitalisten, Industriellen und Kaufleuten, stützen können. In Ungarn ist fast die ganze Industrie eine Schöpfung der Banken, die selbst erst in den letzten anderthalb Jahrzehnten ihre stürmische Expansion erfahren haben. Erst in dieser Zeit ist überall das Hypothekar- und Pfandbriefgeschäft, das früher in dem agrarischen Land die Hauptrolle spielte, hinter das Mobilbankgeschäft zurückgetreten.

Aber der schmerzliche Rückbildungsprozeß, den nun das hypertropisch entwickelte Bankwesen wird durchmachen müssen, wird ihm erleichtert werden durch die im Verhältnis zu Wien weit günstigere Lage der Staatsfinanzen. Voraussichtlich werden die finanziellen Friedensbedingungen Ungarns denen Deutschösterreichs nachgebildet sein. Danach wird auch Ungarn den weitaus größten Teil der Kriegsschuld und die ganze Auslandsschuld zu übernehmen haben. Aber die Kriegsschuld des alten Ungarn hat in der Monarchie nur ungefähr ein Drittel, die des alten Österreich hingegen zwei Drittel betragen, und ebenso ist die Auslandschuld im Verhältnis der gesetzlichen Quote aufgeteilt worden. Dazu kommt noch, daß auch die sonstigen Staatsausgaben Ungarns während des Krieges infolge seiner agrarischen Struktur geringerer sozialer Aufwendungen und besserer Ernährungsverhältnisse nicht in dem Maß gestiegen sind wie die Österreichs. Wenn die Kriegsschuld Altösterreichs insgesamt 71 Milliarden beträgt, stellt sich die Ungarns bloß auf 33 Milliarden. Davon entfallen 18,5 Milliarden auf acht Kriegsanleihen, 9 Milliarden auf Darlehen bei der Österreichisch-Ungarischen Bank, 1,1 Milliarden auf Kassenscheine, 1,7 Milliarden (zur gesetzlichen Parität) auf die Markschuld. Seit der Revolution hat sich allerdings (unter dem Karolyi-Regime) die Schuld an die Notenbank um etwa 3 Milliarden erhöht, ohne die bisher noch nicht anerkannte Schuld aus Verlusten, die die Österreichisch-Ungarische Bank durch die Räteregierung erlitten hat. Diese betragen vorläufig 3,4 Milliarden. Genau ist der Umfang der von der Räteregierung aufgenommenen Schulden noch nicht festgestellt. An neuen Noten soll sie, soweit Nummernaufzeichnungen vorliegen, 6 Milliarden Kr. ausgegeben haben. Doch wird der Betrag von manchen Seiten noch viel höher geschätzt.

Alles in allem sind die Aussichten der künftigen ungarischen Wirtschaft nicht allzu düster. Ein Land, das in sich genug Nahrungsmittel und Kohle für seine Bevölkerung hervorbringt, hat an sich ein festes wirtschaftliches Fundament. Es wird nicht mehr den kühnen Phantasien nachjagen können, zu denen der papierne Reichtum des Krieges das leicht entflammte Temperament des ungarischen Volkes angeregt hat, es wird sich auf einem viel bescheideneren Fuß einrichten müssen, aber es wird leben können. Fürs erste freilich ist der Wiederaufbau durch die Wirkungen der Räteherrschaft und der rumänischen Invasion erschwert. Von 5000 Lokomotiven sollen die Rumänen nicht weniger als 4000 fortgeschleppt haben, ebenso den größten und wertvollsten Teil des Wagenparks. Die Verluste, die die ungarischen Staatsbahnen auf diese Weise erlitten haben, werden auf 6 Milliarden geschätzt. Derartige Tatsachen machen es begreiflich, daß das ungarische Volk, welches schon rassenmäßig innerhalb Europas isoliert ist, und durch den Zerfall der Monarchie gewissermaßen heimatlos geworden ist, sich nach

einem Patron umsieht, der es inmitten von feindlich gesinnten Nachbarn beschützt und ihm wirtschaftlich aufhilft. Die Wahl Ungarns, das ursprünglich stark zu Italien neigte, ist auf England gefallen. Es muß sich erst zeigen, ob und in welcher Weise sich das wirtschaftlich geltend machen wird.

Bulgarien.

Beschlagnahme des Privateigentums der Mittelmächte. Die Verordnung über Beschlagnahme des Privateigentums der Staatsangehörigen der Mittelmächte in Bulgarien, von der jedoch nicht feststeht, ob bereits mit ihrer Durchführung begonnen ist oder nicht, bestimmt folgendes: Unter Zwangsverwaltung des bulgarischen Staates sollen gestellt werden alle Handels- und Industriefirmen, Ausfuhrwaren und Güter, die Gesellschaften und Einzelpersonen deutscher, deutschösterreichischer, ungarischer und türkischer Staatsangehörigkeit gehören. Die Sperre wird auf Anordnung des Finanzministers durchgeführt. Die in Betracht kommenden Eigentümer und Firmen haben sich nach Bekanntgabe des Termins bei den örtlichen Finanzbehörden zu melden. Diese sprechen alsdann die Beschlagnahme aus und erstatten dem Finanzministerium Meldung unter Benennung von Art und Menge des beschlagnahmten Gutes. Der Beschlagnahme folgt zunächst eine Inventarisierung. Diese erfolgt durch eine Kommission, die aus einem Finanzbeamten, einem Vertreter der Gemeinde und dem Eigentümer bezw. dessen Stellvertreter besteht. Nach erfolgter Inventarisierung schlägt die Kommission dem Finanzminister eine Reihe von Persönlichkeiten vor, die in den einzelnen Fällen mit der Zwangsverwaltung betraut werden sollen. In der Regel sollen dies Finanz- und Bankbeamte sein. Auswahl und Bestellung der Vorgeschlagenen erfolgt alsdann durch das Finanzministerium. Anstelle eines amtlichen Vertreters kann der Finanzminister dem bisherigen Eigentümer bezw. dessen Stellvertreter die Verwaltung seines bisherigen Besitzes überlassen, wenn — wie es in der Verordnung heißt — dies mit dem Zweck der Verordnung zu vereinbaren ist. Vor Eintritt seiner Tätigkeit hat jeder Verwalter eine vom Finanzminister festgesetzte Sicherheitssumme zu hinterlegen. Die Verwalter sind dem Finanzministerium gegenüber zu monatlicher Rechnungslegung verpflichtet. Für etwaige Schäden sind sie verantwortlich. Überschüsse aus der Zwangsverwaltung sind an die Bulgarische Nationalbank abzuführen. Auf Vorschlag des Verwalters und mit Genehmigung des Finanzministers können den von der Beschlagnahme Betroffenen und ihren Familien, sofern sie sich in Bulgarien aufhalten, Beträge für Ernährung und Lebensunterhalt aus dem unter Zwangsverwaltung stehenden Vermögen ausgezahlt werden.

Deutsch-Österreich.

Deutschösterreichs Finanzlage. Im neuen österreichischen Kabinett sind die Mitglieder im wesentlichen die gleichen geblieben, wenn auch zwei der hervorragendsten Persönlichkeiten, Dr. Bauer und Dr. Schumpeter, dem neuen Kabinette nicht mehr angehören. Für die Entwicklung der deutschösterreichischen Volkswirtschaft und die Gestaltung der finanziellen Lage in der kritischsten Zeit, die je ein Staatswesen durchzumachen hatte, ist der Personenwechsel im Staatsamt für Finanzen von der einschneidendsten Bedeutung. Die Vorgänge, die zum Rücktritt Dr. Schumpeters und zur Ernennung des Direktors der österr. Bodenkreditanstalt, Dr. Reisch, geführt haben, liegen zum Teil im Dunkeln. Soviel aber darüber bekannt wurde, so zeigten sie das höchst unerfreuliche Bild, das sich aus der Verquickung von reiner Parteipolitik mit der an Wichtigkeit alle anderen überragenden Frage der Staatsfinanzen ergibt. Prof. Schumpeter hatte in den letzten Wochen seiner Amtstätigkeit einen Finanzplan ausgearbeitet, den er im Kabinettsrate zum Vortrag brachte und der die Arbeit einer wissenschaftlichen Persönlichkeit von hohem Range darstellt, deren Vorschläge zur Beseitigung des rapid anwachsenden Milliardendefizits und zum Abbau der übergroßen Schuldenlast auch dann die weitestgehende Beachtung hätten finden müssen, wenn der Verfasser nicht zugleich der damalige Chef der Finanzverwaltung gewesen wäre, der hier seine Meinung abgab. Dieser Plan hat nun — aus welchen Gründen, mag für die Frage der öffentlichen Wirtschaft gleichgültig sein — bei der Mehrheit der Kabinettsmitglieder keine Billigung gefunden, und mit ihm ist sein Urheber gefallen. Erst nach Schumpeters Abgang wurden die Grundzüge seiner Anregungen bekannt, und es ist nur zu hoffen, daß sie bei der nunmehr in kurzer Frist zu erwartenden gesetzlichen Regelung nichtsdestoweniger in Betracht gezogen und zumindest in der Nationalversammlung aufmerksamer Beachtung begegnen werden. Der brennendste und sämtliche Kreise der Bevölkerung am meisten interessierende Punkt hierbei ist zweifellos der über die geplante Vermögensabgabe. In dieser Hinsicht können die Vorschläge Schumpeters wie folgt zusammengefaßt werden: Die Abgabe muß eine allgemeine und subjektive sein, d. h. sie ist den Einzelpersonen und Gesellschaften direkt im Hinblick auf das von ihnen besessene Vermögen vorzuschreiben. Die objektive Methode kann deshalb nicht zur Anwendung kommen, weil die Abgabe in ursächlichen Zusammenhang mit der Beschaffung ausländischen Kredits gebracht werden muß. Die Abgabepflichtigen, die mit mindestens 40 v. H. ihres gesamten Sachbesitzes eine persönliche Bürgschaft gegenüber dem Ausland zwecks Kreditbeschaffung übernehmen, würden die Begünstigungen der 30jährigen Abzahlung erhalten, oder sie hatten die ganze vorgeschriebene Summe innerhalb dreier Jahre zu zahlen. Die Abgabepflicht würde bei Vermögen

von 30 000 Kronen mit einem Fuße von 10 v. H. beginnen und bei solchen, die 5 Millionen Kronen übersteigen, 65 v. H. betragen. Im allgemeinen müsse die gesamte Abgabe, soweit sie nicht zur lebensnotwendigen Kreditbeschaffung heranzuziehen sei, ausschließlich zur Abbürdung der Kriegsschulden verwendet werden. Hierbei sei die Kriegsanleihe der seinerzeitigen Zeichner zum Emissionskurse anzunehmen gleichgültig, ob von der langen 30jährigen Zahlungsfrist Gebrauch gemacht, oder ob eine kürzere mit wesentlichen Begünstigungen ausgestattete Zahlungsfrist gewählt werde. Schumpeter vertritt aufs nachdrücklichste den Standpunkt, daß eine Minderbewertung der Kriegsanleihen als Bankerottabzug seitens des Staates unter allen Bedingungen zu verhindern sei. Schließlich betont er, daß die Abgabe in Anbetracht der maßlosen Überlastung des Staatshaushaltes auf mehrere Jahre hinaus das Rückgrat der gesamten Finanzwirtschaft zu bilden habe und daher auf die möglichst rasche Durchführung unter Zulassung von Zahlungen nach vorläufiger Selbseinschätzung der Abgabepflichtigen zu dringen sei. Hiervon weichen die Vorschläge des nunmehrigen Staatssekretärs Dr. Reisch in mehreren Punkten wesentlich ab. Nach diesen soll die Abgabepflicht bereits bei Vermögen von 15 000 Kronen beginnen und neben die einmalige Abgabe eine fortlaufende treten. Kriegsanleihe dürfe nur in einem beschränkten Maße zur Entrichtung verwendet werden, nämlich höchstens bis zu zwei Drittel des vorgeschriebenen Betrages und zwar zu einem Kurse von 75 v. H. Schließlich dürfe das Ergebnis keineswegs ausschließlich zur Tilgung der Kriegsschuldenlast verwendet werden. Diese kurze Skizzierung zeigt, daß Reisch sich im Prinzip den Entwurf des Gesetzes über das deutsche Reichsnotopfer zum Vorbild genommen hat. Nur erscheinen in Anbetracht der noch unendlich schwierigen Lage, in der sich Deutschösterreichs Volkswirtgschaft befindet, viele Bestimmungen wesentlicht verschärft. Welchen Inhalt das endgültige Gesetz haben wird, darüber kann man heute nur erst Vermutungen aufstellen. Naheliegend ist es allerdings, daß die Regierungsvorlage nach den Grundsätzen des neuen Staatssekretärs ausgearbeitet werden und so die Billigung der beiden in der Nationalversammlung führenden Parteien finden wird. Nichtsdestoweniger dürfte es noch zu erregten Debatten in der Öffentlichkeit kommen. Vor allem werden die Kriegsanleihebesitzer trachten, der ihnen drohenden, schwerwiegenden Benachteiligungen nach Möglichkeit zu entgehen, und auch die Besitzer der kleinen Vermögen werden gegen die geplante Einbeziehung ihres Besitzes in die Abgabepflicht sich zu wehren versuchen. Ob diese Stimmen in der gesetzgebenden Körperschaft genügenden Widerhall finden werden, ist allerdings noch sehr die Frage. Das Hauptaugenmerk in der ganzen Angelegenheit ist dabei unbedingt darauf zu lenken, ob sich die neue Regierung dazu entschließt, den ersten Schritt zu einem, wenn auch verhüllten

Staatsbankerott zu machen. Denn die Festsetzung des Annahmekurses von 75 v. H. für die Kriegsanleihe bedeutet nichts anderes. Im Auslande würde ein solches Vorgehen bei weiten Kreisen der wirtschaftlich an Deutschösterreich Interessierten entschieden schwere Bedenken hervorrufen und die Geneigtheit zur Kreditgewährung untergraben. Es bleibt abzuwarten, ob die für das Wohl und Wehe der Bevölkerung verantwortlichen Organe den gewagten Schritt tun werden, der sich auch mit der Argumentation, daß die Folgen der Zerrüttung unserer Volkswirtschaft Staat und Bevölkerung in annähernd gleicher Weise treffen müßten, nicht rechtfertigen ließe. Ein weiterer Artikel soll sich mit den anderen Fragen des schwebenden Finanzplanes des näheren befassen.

Rumänien.

Zur rumänischen Wirtschaftslage. Weil sowohl England als Amerika und Frankreich Rumänien keinen Kredit gewähren, andererseits das Geldbedürfnis Rumäniens dauernd steigt, hat die rumänische Regierung neuerdings bei der Nationalbank Lei 2 Milliarden aufgenommen. Die vor sechs Monaten ausgeschriebene Vereinigungsanleihe im Innern hat einen viel geringeren Erfolg gehabt, als man erwartet hattte. Die Zeichnungssumme beträgt trotz großer Reklame und Anstrengung sämtlicher maßgebenden Finanzkreise Rumäniens, Bessarabiens und Siebenbürgens nur bei 700 Mill. die derzeitige Notenumlaufmenge im Königreich Rumänien beträgt 4 Milliarden der Banca Nationale und etwa 2 Milliarden der deutschen Okkupationstruppen, die von der rumänischen Regierung abgestempelt und im Umlauf gelassen werden, weil die Regierung noch nicht über die Einlösungssumme dafür verfügt, bezw. die Einlösungssumme nicht vorstrecken kann. In Siebenbürgen beträgt die Umlaufsmenge der Kronen, die von Rumänien abgestempelt wurden, 2 Milliarden, ebenso ist in der Bukowina ein Kronenumlauf von einer Milliarde. in Bessarabien sind weiter noch Romanow-Rubel und Kerenski-Rubel in unbeschränkter Anzahl im Umlauf. Infolge der ungewissen Zukunft Bessarabiens hat Rumänien noch seine Abstempelungsmaßnahmen für den Rubel getroffen. Die von der rumänisch-bessarabischen Okkupationsregierung für Bessarabien versuchten Valutamaßnahmen, wie Konstituierung eines Zwangsverhältnisses zwischen Lei und Rubel hat sich in der Praxis als nicht durchführbar erwiesen. Die schätzungsweise Umlaufsmenge der Rubelnoten in Bessarabien beträgt rund 4 Milliarden, so daß das verhältnismäßig kleine erweiterte Rumänien den für seine wirtschaftlichen Verhältnisse viel zu starken Notenumlauf von Lei 6 Milliarden und Rubel 4 Milliarden benützt. Dabei ist noch nichts für den Wiederaufbau des Königreichs geschehen. Rumänische Blätter

schätzen die Bedarfssumme für die Wiederherstellung der Verkehrswege auf 2 Milliarden. In der rumänischen Presse wird lebhaft Klage darüber geführt, daß Rumänien nichts für die Sicherung der Valuta getan habe. Mit Rücksicht darauf, daß die Entente flüssige Geldmittel nicht zur Verfügung stellen wolle, wurde daran gedacht, Warenkredite in Anspruch zu nehmen. Die ersten Verhandlungen wegen Warenkredit wurden mit Canada geführt. Es wird beabsichtigt, evt. auch bei den Zentralmächten Warenkredite in Anspruch zu nehmen. Daraufhin sind auch die Exportangebote in Getreide zurückzuführen. Tatsächlich kann Rumänien in diesem Jahre nur geringe Mengen zur Verfügung stellen trotz guter Getreideernte, weil nur ein Drittel des rumänischen Bodens bebaut war und weil der rumänische Konsum bisher alle Nahrungsmittel entbehren mußte und auf die Einfuhr von australischem Getreide angewiesen war.



Ein rumänisch-belgisches Wirtschaftsabkommen. Dem rumänischen Preßbureau zufolge hat sich Belgien auf Grund der jüngsten rumänisch-belgischen Verhandlungen verpflichtet, Rumänien monatlich 50 000 t Kohlen zu liefern. Rumänien wird dafür Belgien Getreide liefern und zwar zu einem Preise, der um 25% niedriger ist als derjenigen, den Belgien den jetzigen Verkäufern zahlen muß. Gleichzeitig wurde die Errichtung einer rumänischen bezw. einer belgischen Handelskammer in Brüssel und Bukarest eingeleitet.



Englisches Kapital in Rumänien. Das englische Kapital wendet sich mit intensivstem Interesse der Erschließung der rumänischen Produktionsquellen zu. Nunmehr meldet das rumänische Pressebureau, daß das Unterhausmitglied William Cozens Hardy mit einer Spezialmission in Bukarest eingetroffen ist. Er führt dort Verhandlungen auf der Basis, daß von englischer Seite mit Rumänien ein wirtschaftliches Abkommen zwecks Verwertung der natürlichen Hilfsquellen Rumäniens getroffen werden soll. Englisches und rumänisches Kapital sollen sich hierbei gemeinsam beteiligen.



Rumänien als Absatzgebiet für deutsche Wirkwaren. In den Kreisen der deutschen Textilindustrie ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß Rumänien sich in der Herstellung von Wirk- und Strickwaren derart vervollkommnet habe, daß es der deutschen Erzeugnisse nicht mehr bedarf. Diese Ansicht ist irrig. Aus guter Quelle hören wir, daß auch für die Zukunft Rumänien der große Abnehmer für die Erzeugnisse der deutschen Wirk- und Strickwarenindustrie sein wird. Ähnlich liegen die Verhältnisse in bezug auf Irland, Schottland und England, allerdings mit der Beschränkung, daß bestimmte Be-

schaffenheiten für Wirkwaren für die Zukunft sehr schwer einzuführen sein werden, und daß außerdem zu berücksichtigen ist, daß amerikanische und japanische Wirkwaren in England usw. mehr wie vor dem Kriege Eingang finden.



Neue Handelsbeziehungen Rumäniens. Herr Virgit Demitriu, der rumänische Handelsattachee für Skandinavien, äußerte sich über die wirtschaftlichen Zukunftspläne Rumäniens einem Vertreter der Allgemeinen Zeitung in Wien gegenüber: Bekanntlich war bisher Deutschland der Hauptimporteur für Rumänien. Deutschland war im Stande, billiger nach Rumänien zu liefern als die West- und Nordstaaten. Deutschland konnte ferner günistigere Zahlungsbedingungen einräumen. Unter diesen Umständen war es Deutschland gelungen, die englische und französische Konkurrenz in Rumänien völlig zu schlagen. Aber schon während des Krieges sind für die deutsche Wirtschaft verschiedene Hemmnisse entstanden, die einerseits die bisherigen Bedingungen veränderten, andererseits zu Folge gehabt haben, daß Deutschland nicht mehr imstande war und auch in weiter Zukunft nicht mehr imstande sein wird, den rumänischen Importbedarf zu decken. Rumänien sieht sich daher genötigt, diesen seinen Bedarf anderswo zu decken. Mein Plan geht nun dahin, einen Kredit in den nordischen Ländern zu erreichen und die reichlich vorhandenen rumänischen Exportartikel, Getreide, Petroleum usw., dafür sicherzustellen. Die Errichtung einer schwedisch-rumänischen Aktiengesellschaft wird zu diesem Zwecke besonders geeignet sein. Sie soll die Aufgabe haben, die gewisse Plazierung der Produkte und die Zahlungen zu beaufsichtigen. Eine gewisse Schwierigkeit besteht nur in dem Unterschiede der Währung und wir müssen auf jeden Fall durchsetzen, daß Schweden die Zahlung in rumänischer Valuta akzeptiert. Die rumänische Ernte ist eine außerordentlich günstige. Sie ergab 50 000 Waggons Weizen, 100 000 Waggons Roggen und 200 000 Waggons Mais. Unsere Petroleumproduktion ist ausreichend, um den Bedarf der ganzen Welt zu decken. Amerika erhält nach einem soeben abgeschlossenen Vertrag 50 000 t Petroleum sofort und weitere 20 000 t später.

Südslawien.

Über das Geldwesen Südslawiens lesen wir in der Frankfurter Zeitung. Bis heute ist im Südslawischen Staat noch zweierlei Geld im Umlauf, einmal der serbische Dinar und dann die österreichisch-ungarische Papierkrone, die nicht nur in den ehemals zur Donaumonarchie gehörenden Gebieten Südslawiens gesetzliches Zahlungsmittel war, sondern während der Besetzung auch in Serbien und

Montenegro mit Zwangskurs (1 Kr. gleich 2 Dinar) in Geltung war. Während für die in Umlauf befindlichen 300 Millionen Dinar in Papier eine Deckung von 60 Millionen in Gold, 6 Millionen in Silber und 230 Millionen in französischen Franc-Noten vorhanden ist, fehlt für die rund 10 Milliarden Kronen, die durch Abstempelung auf Grund der Verfügung vom 12. Dezember 1918 südslawische Währung geworden sind, jederlei Deckung. Daher der Unterschied in Kurs von Dinar und Krone, die sich anfangs wie 2 zu 1 verhielten. Die Zurückziehung der Kronen aus dem Verkehr und ihr Umtausch gegen Dinars war schon im Frühjahr dieses Jahres beschlossene Sache, und vielfach hieß es, daß man nur die Fertigstellung der in Agram, Prag und Paris bestellten neuen Dinarscheine abwarten wolle. Der Umtausch hat jedoch bis heute auf sich warten lassen, vermutlich weil man sich über den Kurs beim Umwechseln nicht schlüssig werden konnte. Und doch wäre höchste Eile geboten gewesen, denn da in Südslawien die Abstempelung der österreichisch-ungarischen Noten in einer so nachlässigen Weise und von so vielen verschiedenen Behörden vorgenommen wurde, daß die Nachahmung des Stempels ein Kinderspiel ist, fließen seit Anfang dieses Jahres österreichisch-ungarische Noten mit gefälschtem Stempel tagtäglich in beträchtlichen Summen über die Grenzen des Südslawischen Staates und treiben, weil es sich insgesamt schon heute um mindestens Hunderte Millionen handelt, den Kurs der Krone immer mehr herab, während der Dinar sich so ziemlich auf seiner Höhe hält; 100 französische Francs, die vor dem Krieg 95,45 österreichisch-ungarische Kronen galten, im März d. J. noch für 880 Südslawische Kronen zu haben waren, werden heute mit mehr als 800 Kronen bezahlt, und Dinar und Krone verhalten sich gegenwärtig wie 4 zu 1. Um mit einer wirksamen Bekämpfung dieses trostlosen Standes der Dinge wenigstens einen Anfang zu machen, ist jetzt eine zweite Kennzeichnung aller bereits abgestempelten Noten durch Aufkleben von Marken verfügt worden. In Frage kommen die Noten von 1000, 100, 50, 20 und 10 Kronen, während die Zwei- und Ein-Kronenzettel aus dem Spiel bleiben. Alle öffentlichen Kassen und privaten Geldinstitute beteiligen sich an dieser Markierung der Noten, für die eine Frist von 14 Tagen vorgesehen ist; Banken und Wechselstuben, die nicht teilnehmen, müssen während dieser Zeit geschlossen bleiben. Bei der Markierung werden Name, Stand und Wohnort des Besitzers der Noten festgestellt und nur vier Fünftel des vorgezeigten Betrages in markierten Noten zurückgezahlt; über das restlose Fünftel wird eine Quittung ausgestellt, die bei der endgültigen Lösung der Valutafrage zum Nennwert eingewechselt werden soll. Es wird abzuwarten sein, inwieweit diese Maßregel den durch das Mißverhältnis zwischen Dinar und Krone entstandenen und ständig wachsenden Schwierigkeiten des Zahlungsverkehrs Einhalt gebietet.

Tschecho-Slowakei.

Elbeschiffahrt und Tschechien. Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages sind der Tschecho-Slowakei das Pachtrecht auf einen Teil des Hamburger und des Stettiner Hafens, sowie weitgehende Konzessionen am Elbverkehr zugestanden. Neben den allgemeinen mit dieser Annäherung deutscher und tschecho-slowakischer Interessen verbundenen wirtschaftlichen Komplikationen wurden besonders Bedenken darüber laut, daß außer den hohen Unkosten, die mit der Einrichtung eines tschechischen Hafens in Hamburg verbunden sein würden, sich der Umschlagsverkehr nie zu so billigen Sätzen vollziehen könnte, als dies bei dem auf größte Sparsamkeit eingestellten Hamburger Hafens möglich ist. Gegenüber diesen Bedenken wird nunmehr von maßgebender Seite festgestellt, daß die tschecho-slowakische Regierung keineswegs die Absicht hat, einen eigenen Hafen zu bauen, sondern vielmehr die Pachtung eines Hafenteiles von Hamburg erstrebt, um eine Basis für den tschechischen Überseehandel zu schaffen. Die für die nächste Zeit zwischen der deutschen und tschecho-slowakischen Behörde in Aussicht genommenen Verhandiungen werden eine Grundlage schaffen für Verträge, die der Tschecho-Slowakei das Mitbenutzungsrecht an dem gegesamten Hamburger Hafenanlagen sichern sollen. Das Anrecht am reichsdeutschen Elbverkehr beabsichtigt die Tschecho-Slowakei lediglich nach kommerziellen Erwägungen und nicht nach der jeder Sachkenntnis ermangelnden Meinung der für diesen Zweck eingesetzten Entente-Kommission geltend zu machen. Diese könnte nach tschechischem Urteil nun als Appellationsinstanz für alle jenen Fälle in Frage kommen, in denen eine Einigung über strittige Punkte nicht zu erzielen wäre. Die Tschecho-Slowakei bezweckt eine Verständigung auf dem Wege der privaten Initiative und ist durchaus geneigt, in die bestehende deutsche Mietgemeinschaft sowie in das Tarifkartell des Elbverkehrs einzutreten. Die Entfesselung eines wirtschaftlichen Kampfes auf der Elbe soll nach Möglichkeit vermieden werden. Die Verständigung über die im Friedensvertrage vorgesehene Verpflichtung, nach der die deutsche Regierung einen Teil ihres Elbschiffraumes an die Tschecho-Slowakei verkaufen soll, bleibt ebenfalls den demnächst abzuhaltenden Verhandlungen vorbehalten. Man hofft zu einer für beide Teile segensreichen Vereinbarung zu kommen, ohne nach Möglichkeit die Hilfe des internationalen Elb Schiedsgericht anrufen zu müssen. Die wirtschaftlichen Interessen der beiden Länder werden durch die Überleitung des tschechischen Handelsverkehrs über die Elbe so eng verschmolzen, daß lediglich ein auf dem freien Willensentschluß beider Parteien beruhendes Ergebnis der künftigen Verhandlungen eine befriedigende Lösung der Frage bringen kann.



Türkei.

Zur Wirtschafts- und Finanzlage der Türkei. Vorläufig noch nicht definierbar und unübersichtlich gleich den politischen Verhältnissen seit dem Abschluß des Waffenstillstandes hat sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Türkei entwickelt. Es ist der Entente wohl gelungen, durch Ausweisung der Deutschen und Stilllegung ihrer umfangreichen, das ganze Reich umspannenden geschäftlichen Beziehungen althergebrachte Verbindungen zu entwurzeln, sowie der im allgemeinen konservativen türkischen Handelswelt neue Wege aufzuoktroyieren. Aber ebenso sicher ist es, daß diese Wege der türkischen und levantischen Geschäftswelt unbequem und minder lukrativ sind, wobei der Wert der früheren aus dem Geleise gehobener Verbindungen ihr täglich mehr zum Bewußtsein kommt. Ungemein aktiv und mit viel Verständnis betätigt sich Italien. Man kann heute schon übersehen, wie immer unter sich die Zustände fortentwickeln, wird Italien im nahen Orient eine weit größere Rolle an der Teilnahme des wirtschaftlichen Lebens zufallen als früher. Außer den jetzt stark ausgebauten Niederlassungen der Banca di Roma und Banca Commerciale ist die Banca di Sconto neu hinzugetreten. Ferner beabsichtigen die Italiener, eine Bank, welcher das Minengeschäft obliegen soll, zu errichten. Im Kohlenbecken von Heraklea am Schwarzen Meere hatten die Italiener schon vor dem Kriege wichtige Interessen. Jetzt erwerben sie Minen (Schmirgel) im Vilajet Smyrna und verhandeln wegen Ankaufs anderer Minenobjekte in der gleichen Provinz. Durch seine historische Stellung und seine von jeher sehr beweglichen und der jeweiligen Lage sich geschickt anpassenden Handelswelt wäre Griechenland eigentlich berufen gewesen, nach der Neuordnung der Dinge zu einer vorherrschenden wirtschaftlichen Stellung in der Türkei zu gelangen. Im Traume der ersten Zeit war man auch in Athen entschlossen, sich zur Einnahme dieser Stellung anzuschicken. Venizelos betrieb in Paris persönlich die Gründung einer griechischen Großbank für Konstantinopel mit Filialen in der Provinz. Sämtliche griechischen Banken sollten hieran beteiligt sein. Ein griechisches Konsortium hatte zu diesem Zweck bereits das Palais des verstorbenen Senators Abraham Pascha, in dem seit 25 Jahren sich die Räumlichkeiten des Cercle d'Orient befinden, für 100 000 Pfund erworben. Seitdem ist es merkwürdig still um die verschiedenen griechischer Projekte geworden. Die Griechen sahen sich genötigt, viel Wasser in ihren Wein zu gießen. Die politische Gestaltung wird sie wohl zwingen, es noch im erhöhten Maße zu tun. Aktiv treten auch die Amerikaner auf den Plan. Sie gründeten die Export and Import Corporation mit einem Kapital von 20 Millionen Dollars. Die Gesellschaft verfügt über 15 Dampfer, welche den direkten Verkehr zwischen Konstantinopel und den Häfen des

Schwarzen Meeres mit Amerika vermitteln sollen. Vier Dampfer mit Lebensmitteln und Gebrauchsartikeln sind bereits eingetroffen. Natürlich fand alles reißenden Absatz. Die Geschäfte sind so gut wie ausgepowert und sehen sich gezwungen, vorläufig jeden Preis zu zahlen. Die Franzosen versuchen ebenfalls neues Terrain zu gewinnen. Sie haben auch die Verwaltung des gesamten Netzes der orientalischen Eisenbahnen übernommen. Relativ ruhig und in abwartender Haltung verbleiben die englischen Handelskreise. Die Engländer verwalten die anatolischen Bahnnetze. Da wie dort ist der Zugverkehr seit einiger Zeit unregelmäßig geworden. Kohlenmangel, aber auch das Fehlen der geschulten Beamtenschaft macht sich empfindlich fühlbar. Waggons und Lokomotiven sind auf bei den Bahnkörpern in einem Zustand zunehmender Verkommenheit. Vielfach, um nicht zu sagen allgemein, werden Vergleiche gegen früher angestellt, welche nicht zu unseren Ungunsten ausfallen.

Ukraine.

Amerikanische Anleihe für die Ukraine. Einer offiziellen Meldung der ukrainischen Mission in Paris zufolge, gewähren die Vereinigten Staaten von Nordamerika der ukrainischen Volksrepublik eine Anleihe von 13 Millionen Dollar in amerikanischer Valuta. Die ukrainische Mission hat bereits namens der ukrainischen Volksrepublik den Vertrag unterzeichnet. Die Anleihe wird zu 5 % ausgegeben und ist in drei Raten rückzahlbar.



Die Tschechen über die Handelsbeziehungen mit der Ukraine. Tschechischen Blätter bringen folgende offizielle Meldung aus Prag: Die Ukraine ist das größte Absatzgebiet für die tschecho-slowakische Industrie. Sämtliche unsere Industrie- und Handelskreise müssen darauf aufmerksam gemacht werden, daß es hoch an der Zeit ist, Geschäftsbeziehungen mit der Ukraine anzuknüpfen, wenn wir nicht durch die Angehörigen anderer Staaten überflügelt werden wollen. deren Handelsorganisationen die Situation begreifen und Beziehungen mit der Ukraine schon anknüpfen. Von unseren Erzeugnissen braucht die Ukraine hauptsächlich landwirtschaftliche, Mühlen- und Zuckerfabrikmaschinen. Unsere Industrie kann sich weiters bei der Einrichtung von Zuckerfabriken, Spiritusbrennereien, Stärkefabriken, Marmeladefabriken, Sägewerken, Papierfabriken, Spinnereien, Kaolinfabriken usw. betätigen.



Ungarn

Ungarische Staatsfinanzen. Seit dem 1. August 1919 ist die Räterepublik in Ungarn beseitigt, das bolschewistische Regierungssystem gestürzt. Die zahlreichen Staatsgläubiger Ungarns, die von diesem Handel der Regierungsform, von dieser Anbahnung der Rückkehr normaler Verhältnisse eine Besserung ihrer Lage, vor allem die Wiederaufnahme des Zinsendienstes durch die neue ungarische Regierung erwartet haben, sehen sich indessen, wie die Frankfurter Zeitung schreibt, bis heute schwer enttäuscht. Die ungarische Regierung hüllt sich bis jetzt in Schweigen, sie läßt ihre Schuldtitel weiter notleidend und hat es auch bis zur Stunde nicht für notwendig befunden, sich mit ihren Gläubigern und deren verbrieften Rechten auseinanderzusetzen. Dieses passive Verhalten muß den denkbar ungünstigsten Eindruck hervorrufen und kann für die künftigen wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen Ungarns zur Umwelt nur von nachteiligem Einfluß zu Ungunsten Ungarns sein. Es ist ohne weiteres zu verstehen, daß in Nachwirkung des Kriegs, des langmonatigen, finanziell besonders zerfahrenen und destruktiven Räteregiments, der rumänischen Besetzung und der fortdauernden Wirren die Finanzlage Ungarns sehr ungünstig ist und dem Staate die Befriedigung auch längstfälliger Auslandsforderungen ungemein erschwert. Diese Lage berechtigt die ungarische Regierung nun aber keineswegs, passive Resistenz zu treiben und von dem Zustande des Staatsbankerotts gegenüber dem Auslande, den sie als Erbschaft aus der Sowjetzeit übernahm, Nutzen zu ziehen. Im Gegenteil, ihre erste Sorge müßte sein, das zerstörte Vertrauen der Umwelt wiederzugewinnen. Das bedingt aber vor allem, daß die ungarische Regierung ernsthaft den Willen zeigt, ihren Verpflichtungen gerecht zu werden, zum mindesten wegen Zahlung und evtl. Fristerstreckung mit ihren Gläubigern in Verhandlungen einzutreten. Das deutsche Interesse an den ungarischen Staatsschulden ist sehr erheblich; es dürfte die Milliarde überschreiten. Für die deutsche Regierung besteht daher Anlaß, sich der deutschen Finanzinteressen nachdrücklich anzunehmen, für die ungarische steht zu bedenken, daß sie die Mithilfe der Umwelt an der materiellen Neuordnung des Staates in Frage stellt, wenn sie weiterhin die begründeten Ansprüche ihrer Gläubiger ignoriert. Daß ein Weg zur Befriedigung der Verpflichtungen gefunden werden kann, wenn der Wille vorhanden ist, beweist das Verhalten der ungarischen Geldinstitute, die vor einigen Wochen nach Verhandlungen mit dem Deutsch-Österreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverband in Berlin beschlossen haben, den Zinsendienst für die von ihnen emittierten Pfandbriefe und anderen Obligationen in Kronenwährung wieder aufzunehmen. Das sollte nun für ganz Ungarn in die Praxis umgesetzt werden.



Literatur.

Dix, Arthur: Der neue Balkan. 28 S. Hamburg 1919. Dorendorf & Dresel 3,50 Mk.

Dix bespricht Fehler der deutschen Balkanpolitik vor und während des Weltkrieges, die in ungenügender Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse wurzelten. Der Umstand, daß wir den Orient nicht gekannt, hat es zuwege gebracht, daß wir nicht im guten Sinne das Schicksal des Orients geworden, sondern daß er im schlechten Sinne zu unserem Schicksal ward. Weiterhin wird unter Darlegung der verwickelten ethnographischen Verhältnisse der Balkanhalbinsel gezeigt, daß dort der Grundsatz vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker" nicht durchführbar ist und daß deswegen die Bevormundung der Bevölkerung Südost-Europas durch die weststaatliche Diplomatie droht. Gerade diese Möglichkeit aber sollte bei den in Betracht kommenden Völkerschaften das Bedürfnis rege machen, eine wechselseitige Verständigung und einen vernünftigen Interessenausgleich zu finden. Voraussetzung hierfür ist national duldsame Politik.

Die Gesamtlage auf dem neuen Balkan wird hauptsächlich durch das Ausscheiden des habsburgischen Einflusses gekennzeichnet, namentlich des Strebens der habsburgischen Staatsmänner nach Ausschaltung fremder wirtschaftlicher und politischer Konkurrenz. Bei Wiederbelebung der deutschen Volkswirtschaft könnte hieraus Nutzen gezogen werden. Andererseits haben die Amerikaner ihr Auge auf den Balkan gerichtet und sie werden bemüht sein, sowohl dieses Absatzgebiet zu erobern, wie auch einen Teil der balkanischen Wirtschaft unter ihre Herrschaft zu bringen. — Jedenfalls hätten wir den Amerikanern gegenüber manche Vorteile; es handelt sich aber darum: wird die Arbeitsunlust in Deutschland schwinden, bevor alle Aussichten wirtschaftlicher Betätigung im Ausland dahin sind?

H. Fehlinger.

Nitz, E. Militärgeographische Beschreibung von Rumänien. Im Auftrag und unter Mitwirkung der kartographischen Abteilung der preußischen Landesaufnahme herausgegeben. 1 Bd. Text und 1 Karton mit Tabellen und Karten. Berlin 1919. Hans Robert Engelmann. 20 Mark.

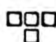
Die vorliegende Arbeit war schon vor Abschluß des Bukarester Friedensvertrages abgeschlossen, behandelt aber Rumänien in seiner Ausdehnung vor dem Weltkriege. Wenn auch die neu dazu gekommenen Gebiete nicht berücksichtigt sind, so ist das Buch doch

wertvoll, da es eine Menge verläßlicher Angaben über Bodengestaltung und Geologie, Klima, Mydographie, Pflanzen- und Tierwelt, Landwirtschaft, Fischerei, Bodenschätze, Industrie, Verkehr und Handel bringt, die durch die politischen Veränderungen großenteils unberührt bleiben. Besondere Beachtung verdienen unter anderem die Details betreffend die einzelnen Städte des Landes und den Verlauf der Straßen unter Anmerkung der an ihnen liegenden Ortschaften und der Entfernungen zwischen diesen.

Die Karten veranschaulichen die Distriktseinteilung, die jährlichen Niederschlagsmengen, die geologischen und Bodenverhältnisse, die Eigenarten des Pflanzenwuchses, die Volksstämme und die Bevölkerungsdichte, Wege und Eisenbahnen in Oltenia, Muntenia, der Moldau und der Dobrudscha. **H. Fehlinger.**

Die geographische Lage der neuen Nationalstaaten. Im Verlage G. Freytag & Berndt, Wien und Leipzig, sind zwei Karten erschienen, die die neue geographische Einteilung des Südslawischen Staates und der Tschecho-Slowakischen Republik wiedergeben, und die wegen ihrer klaren und übersichtlichen Darstellung weitere Kreise interessieren dürften. Die Karten sind in mehreren Farben ausgeführt und enthalten viele Ortsnamen, deren neue Bezeichnungen neben den bisher gebräuchlichen angegeben sind. Außerdem zeichnen sie sich durch einen über die Grenzen des betreffenden Staates reichenden Umfang aus, so daß auch der Zusammenhang mit den benachbarten Staatsgebieten deutlich zum Ausdruck kommt, was sie für den praktischen Gebrauch besonders wertvoll erscheinen läßt.

Die Karte des Südslawischen Staates ist auf einem 55:60 cm großem Blatte wiedergegeben und kostet einschließlich Porto und des Buchhandels-Teuerungszuschlags K. 7,40, außerhalb der Republik Österreich Mk. 3,10. — Die Karte der Tschecho-Slowakischen Republik ist auf einem 35:65 cm großem Blatte erschienen und kostet einschließlich Porto und des Buchhandels-Teuerungszuschlags K. 5,00, außerhalb Österreichs Mk. 2,30. Beide Karten sind gegen vorherige Einsendung des Betrages (auch in Briefmarken) vom Verlage G. Freytag & Berndt, Wien VII, Schottenfeldgasse 62, sowie von jeder Buch- und besseren Papierhandlung zu beziehen. —



Verlag: Balkan-Verlag G. m. b. H., Berlin-Friedenau
Verantwortlich für den gesamten Inhalt: I. V. Otto Schöny, Berlin.
Druck: F. W. Rohden Essen

Zur Aufklärung über das Wesen der Sparprämien-Anleihe ist im Hause Berlin W. 9, Budapester Straße 5, eine amtliche Auskunftsstelle errichtet worden, die unentgeltlich über alle Einzelheiten dieser Anleihe Aufschluß und Belehrung erteilt.

Die Auskunftsstelle, die auch schriftliche Anfragen erledigt, ist werktäglich von 10 bis 1 und 4 bis 7 Uhr geöffnet.

Dadurch, daß bei der Zeichnung der Sparprämien-Anleihe die Hälfte des Betrages in Kriegsanleihe, die augenblicklich ungefähr 80 vom Hundert notiert, zum vollen Wert, also zu 100 angenommen wird, erwerben die zukünftigen Besitzer dieser Sparprämien-Anleihe sie nicht zum Paripreise, sondern zu ungefähr 90 Mark, d. h. sie zahlen 500 Mark bar und 500 Mark Kriegsanleihe zu 80 Mark = 400 Mark, zusammen also ungefähr 900 Mark. Bei der Tilgung erhalten sie jedoch für jedes Stück 1000 Mark plus 50 Mark einfache Zinsen für jedes verflossene Jahr. Neben diesem Vorteil kommt die automatisch einsetzende Kurssteigerung, so daß es sich um eine äußerst günstige Kapitalsanlage handelt.

Bei der Sparprämien-Anleihe werden die Zinsen nicht jährlich ausgezahlt, sondern sie werden aufgespart und kommen bei der Rückgabe des eingezahlten Betrages zur Auszahlung. Da die Zinsen 5 Prozent betragen, so bringt jedes Stück von 1000 Mark jährlich 50 Mark Zinsen, die ohne jeden Abzug ausgezahlt werden. Sie unterliegen im Gegensatz zu den jährlich ausgezahlten Zinsen anderer Anleihen weder der Einkommensteuer noch der Kapitalertragssteuer.

Diese Steuerbegünstigungen bleiben bis zur vollständigen Tilgung der Anleihe bestehen und können nicht aufgehoben werden.

Von der Sparprämien-Anleihe finden jährlich zwei Verlosungen statt. In jeder Ziehung kommen 2500 Gewinne zur Entscheidung und zwar 5 Gewinne zu je einer Million Mark, 5 zu 500 000 Mark, 5 zu 300 000 Mark, 5 zu 200 000 Mark, 10 zu 150 000 Mark, 20 zu 100 000 Mark, 50 zu 50 000 Mark und weitere 2400 Gewinne.

Selbst wer in der ersten Ziehung mit einem reichen Treffer bedacht wird, nimmt solange an den Vorteilen der weiteren Verlosung teil, bis die Nummer in der Rückzahlungsauslosung erscheint, und die Auszahlung des Stückes mit den aufgelaufenen Zinsen erfolgt.

